DEUTSCHE ARGUMENTE 2

Annelies von Ribbentrop

Die Kriegsschuld des Widerstandes

Aus britischen Geheimdokumenten 1938/39

DRUFFEL

Die Kriegsschuld des Widerstandes

Die englische Regierung hat 1972 die Geheimakten der Jahre 1938/39 nach über drei Jahrzehnten freigegeben. Diese bislang unveröffentlichten Dokumente sind für die Entlastung des deutschen Volkes vom Vorwurf der Schuld am Ausbruch des 2. Weltkrieges von entscheidender Bedeutung. Anhand dieser Akten können die geheimen Verbindungen der deutschen Opposition zur englischen Regierung unter Neville Chamberlain im Kampf gegen Hitler mit wissenschaftlicher Genauigkeit aufgezeigt werden. Der Bogen des Verrates gegen Deutschland spannt sich schon von der Ernennung Ribbentrops zum Botschafter in London bis zu den dramatischen Ereignissen der ersten Septembertage 1939. So kann auch nachgewiesen werden, daß Birger Dahlerus kein Mann Görings, sondern der Agent des britischen Premierministers war.

Diese lang erwartete sensationelle Dokumentation zeigt alle wichtigen politischen Stationen der deutschen Politik jener ereignisreichen Jahre auf, die schließlich zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten. Unter diesem Blickwinkel gewinnt auch der erstmals veröffentlichte Hauptbericht Ribbentrops „A 5522" vom 28. Dezember 1937 besondere Bedeutung, da nunmehr die letzten Geheimnisse des Wünschens und Wollens des 1946 in Nürnberg hingerichteten späteren deutschen Außenministers Joachim von Ribbentrop offenliegen.

Der Autorin ist es gelungen, das für die deutsche Opposition erdrückende Beweismaterial zu sichten, zu ordnen und schließlich den Beweis zu führen, daß maßgebliche Kreise des deutschen Widerstandes Chamberlain und Churchill mit festen Putschzusagen in den Kampf gegen Deutschland lockten und damit den Zweiten Weltkrieg entfesselten. Wer künftig über die Kriegsschuldfrage sprechen will, muß dieses Buch gelesen haben.

DRUFFEL-VERLAG

Leoni am Starnberger See

DRUFFEL-BÜCHER

Eine Auswahl aus unserer Verlagsproduktion:

Annelies von Ribbentrop
Verschwörung gegen den Frieden
Studien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges
548 Seiten · 11 Bildtafeln · 2 Kartenskizzen
Ganzleinen DM 28,—

Joachim von Ribbentrop
Zwischen London und Moskau
Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen – Aus dem Nachlaß herausgegeben von Annelies von Ribbentrop
336 Seiten – 12 Bildtafeln – Ganzleinen DM 16,50

Helmut Sündermann
Tagesparolen
Deutsche Presseweisungen 1939 – 1945
Hitlers Propaganda und Kriegsführung
Aus dem Nachlaß herausgegeben von Gert Sudholt
Deutsche Argumente Bd. 1
320 Seiten – Ganzleinen mit Schutzumschlag DM 26,50

Sir Oswald Mosley
Weg und Wagnis
Ein Leben für Europa
408 Seiten – 16 Bildtafeln – Ganzleinen mit Schutzumschlag DM 29,80

Ralph Hewins
Quisling – Verräter oder Patriot?
Porträt eines Norwegers
428 Seiten – 8 Bildseiten DM 28,–

Rudolf Jordan
Erlebt und Erlitten
Weg eines Gauleiters von München bis Moskau
368 Seiten – 4 Bildtafeln – Ganzleinen DM 28,–

Das Morgenthau-Tagebuch
Dokumente des Anti-Germanismus
Aus der Aktenveröffentlichung des US-Senats
416 Seiten – 8 Bildtafeln – 1 Kartenskizze
Ganzleinenband DM 19,80

Dr. Norbert Burger
Südtirol wohin?
Ein politisches Problem unserer Zeit und seine Lösung
224 Seiten · Paperback DM 11,20

Bitte fordern Sie das Gesamtverzeichnis der lieferbaren Druffel-Bücher und die interessanten DRUFFEL-MITTEILUNGEN kostenlos an

ANNELIES VON RIBBENTROP

DIE KRIEGSSCHULD DES WIDERSTANDES

AUS BRITISCHEN GEHEIMDOKUMENTEN 1938/39

Aus dem Nachlaß herausgegeben von Rudolf von Ribbentrop

Bei der Veröffentlichung meiner Tagebücher soll die Wichtigkeit der Geheimdienste herausgestellt werden. Sie sind das fehlende Bindeglied in fast allen Geschichtsabhandlungen.

Sir Alexander Cadogan
Ständiger Unterstaatssekretär im
Britischen Foreign Office 1938–1946

DRUFFEL-VERLAG
LEONI AM STARNBERGER SEE

Umschlagentwurf: Robert Funk

Internationale Standard-Buchnummer
3 8061 0660 6

1974
Alle Rechte vorbehalten – © by Druffel-Verlag
Satz und Druck: Ernst Kieser KG, Graphischer Betrieb, Augsburg
Bindearbeiten, Buchbinderei Thomas, Augsburg

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers 7
Einleitung 9

Ribbentrop in London 12

Ernennung (12) Ribbentrop stößt in London auf die befürchteten Schwierigkeiten (19) Krönungsbericht (24)

England spielt auf Zeitgewinn 33

Der gescheiterte Neurath-Besuch (33) – Goerdeler in London (36) – Goerdeler-Vansittart-Geheimgespräche (41) – „Deutschland am Rätselraten halten" (44) – Halifax-Besuch: Erkundungs- und Verschleierungsmanöver (45)

Ribbentrop: England wird kämpfen! 54

Historische Parallelen: Haldane-Mission 1912 und Halifax-Besuch 1937 (54) – Ribbentrops „Hauptbericht" London A.5522 und „Schlußfolgerungen" vom 28. 12. 1937 und 2. 1. 1938 (58) – Die Lüge von Erich Kordt (87)

Britische Provokationen 97

Die österreichisch-tschechische Frage (97) – Der 21. Mai 1938 (100)

Verleumdung als Staatskalkül 105

Goerdeler berät Vansittart (105) – Kordt schaltet sich ein (107) – Die Runciman-Mission: „Ein ausgezeichneter Schachzug" (108) – Hauptmann Wiedemann: Botengänger der Verschwörer (110) – Wiedemanns Ratschlag: Ribbentrop ausschalten (115) – Wiedemann Verschwörer und Generalkonsul in den USA (118) – Rittmeister v. Koerber meldet sich beim britischen Militärattaché (121)

Die Verschwörer führen Regie 125

Wer will was? (125) – Die Anti-Nazis fordern von der britischen Regierung neue Drohungen gegen das Reich (126) – Krieg oder nicht Krieg gegen Deutschland (136) – Henderson bei Ribbentrop in Sonnenburg ü. d. O. (144) – Weizsäckers Geheimbotschaft an Halifax (148) – Sir Horace Wilson: Was sagt „H", wenn „X" nach Deutschland kommt? (151) – Laufende Putschnachrichten (152)

Chamberlain sammelt Friedensalibis 155

„X" bei „H": Chamberlain auf dem Obersalzberg (155) – Sir Horace Wilsons Memorandum vom 16. 9. 1938 über Chamberlains Reise nach Berchtesgaden (158) – Chamberlains Druck auf Benesch (162) – Godesberg (164) – „Militärischer Staatsstreich und Sturz Hitlers sehr wahrscheinlich" (177) – Das Münchner Abkommen vom 29. 9. 1938 (179) – „Gewalt mit Gewalt beantworten" (181) – Chamberlains Englisch-Deutsche Erklärung (182) – François-Poncet: Eine verbrecherische Torheit, sich auf Feinde des Regimes zu verlassen! (186)

Geheimmeldungen der Verschwörer für das britische Kabinett 189

Der Premierminister als „Friedensfürst" (189) – Die Phantasien des Dr. Goerdeler (194) – Der neueste Goerdeler-Plan (196) – Kordt: Hitler will London im März bombardieren (204) – Hitler-Beck-Ribbentrop-Gespräche im Januar 1939 (206) – „Zusammenfassung aus Informationen von geheimen Quellen" (209) – Britische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und britische Propaganda in Deutschland (217) – Goerdelers Alarmnachrichten sollen britisches „Blut zum Erstarren bringen" (220) – Senatspräsident a. D. Rauschning besucht das Foreign Office (223) – Kein Friede für Deutschland (224) – Daladier über Chamberlain: Ein „verdörrter Stock" (226) – „Unsere deutschen Freunde haben immer noch Hoffnung" (227)

„Deutschland wünscht den Frieden" 230

„Den Eindruck vermeiden, als wollten wir die deutsche Nation gegen ihre Führer aufwiegeln" (230) – Deutsche Informanten (232) – Churchill an Roosevelt: „Rührt die Kriegstrommel" (233) – Vansittarts Mittelsmann: Professor Conwell Evans (234) – Die verfälschte Ribbentrop-Ansprache vor deutschen Offizieren (235) – Die Verschwörer sind bereit (238)

Vom Hacha-Besuch bis zur britischen Polengarantie 242

Die Resttschechoslowakei im März 1939 (242) – Vansittart: „Katastrophal, wenn wir die deutschen ‚Gemäßigten' verlieren" (246) – London, Hendersons Anwesenheit in Berlin „eine nationale Gefahr" (248) – Noch ein Agent: E. W. Tennant (250) – Lipski lehnt am 26. März 1939 Deutschlands Oktober-Vorschläge an Polen ab (252) – Chamberlain legt sich mit der Polengarantie die Zwangsjacke an (254)

Englands feste Front 259

Admiral Canaris: Blitzangriff auf die englische Flotte (259) – Hendersons Vorwürfe gegen die britische Presse (263) – Ribbentrop soll ausgeschaltet werden (265) – Halifax' großer Betrug (268) – Weizsäcker verlangt Englands „drohendes Schweigen" (276) – Goerdeler: „Unsere einzige Chance ist Deutschland und Italien in einen Krieg zu verwickeln" (278) – Regieanweisungen der Kordt-Brüder (281)

Polen oder Rußland? 285

Das sowjetische Problem (285) – Polnische Teilungspläne für ein besiegtes Deutschland – Eine Stippvisite (287) – Polen darf nicht verhandeln (296)

Ribbentrop ausschalten! 297

Graf Schwerins Sondermission in London (297) – Kordt warnt vor einer „Friedenskonferenz" mit Hitler (300) – Ribbentrops Sturz soll einen „Erdrutsch" auslösen (301)

Polnische Provokationen 308

Polen setzt auf England (308) – General Ironside in Warschau (313) – Hitler will die Lösung der Danzig-Frage verschieben und die Polen suchen einen Kriegsgrund (314) – Schacht: „Nur durch einen Krieg kann Hitler beseitigt werden (316) – Henderson versucht die Wogen zu glätten (319) – Polnisches Ultimatum an Danzig vom 5. August 1939 (321) – Nur ein „Zwischenfall" kann den Krieg auslösen (322)

Hitler sucht eine friedliche Regelung für Danzig 326

Burckhardt bei Hitler am 12. August 1939 (326) – Leslie Runciman bei Göring am 12. August 1939 (330) – Präsident Roosevelt greift ein (333)

Ribbentrop rechnet mit britischer Intervention 334

Der Außenminister schickt Dr. Hesse zu Sir Horace Wilson (334) – Briefwechsel Ribbentrop-Rothermere (339) – Chamberlains Brief an Hitler (342) – Hitler stoppt Vormarschbefehl auf Anraten Ribbentrops (344) – Halifax-Note an Daladier (346) – Trott zu Solz schaltet Dahlerus ein (347) – Die Deutschen 16 Punkte (353) – Kleist-Schmenzin wieder in der Britischen Botschaft (357) – Mitternachtsgespräch zwischen Ribbentrop und Henderson am 30. August 1939 (360) – „England soll fest bleiben" (369)

Ribbentrops erneuter Vorstoß gegen die britische Obstruktionspolitik 374

Mussolinis Vermittlungsvorschläge und Englands Kampf um Italien (374) – Chamberlains Rede vom 1. September 1939 (375) – Ribbentrop schickt Dr. Hesse nochmals zu Sir Horace Wilson (379) – Frist und Ultimatum – Der Kriegsausbruch (382) – Staatspräsident Moscicki. „England hinderte uns, deutsche Vorschläge anzunehmen" (383)

Alles wartet auf den Putsch 385

Gamelin: „Am Tage der französischen Kriegserklärung wird Hitler gestürzt" (385) – Auch Roosevelt erwartet den Putsch (390) – Chamberlain: „Was ich erhoffe, ist ein Kollaps der deutschen Inneren Front" (392) – Nach 1945 war die deutsche Verschwörung tabu (394)

Schlußwort des Herausgebers 399

Abkürzungs- und Literaturverzeichnis 408

Namensverzeichnis 410

Vorwort des Herausgebers

Mit dem vorliegenden Buch liegt die letzte Arbeit von Annelies von Ribbentrop über die Vorgeschichte des II. Weltkrieges vor. Neue Dokumente zur deutschen Außenpolitik, die von den Alliierten nunmehr freigegeben wurden und die sich die Verfasserin nur unter großen Schwierigkeiten beschaffen konnte, bilden den Kern der Arbeit. Sie geben weitere hochinteressante Einblicke in die Vorgeschichte des II. Weltkrieges.

Nach der Aussage des Verschwörers Gisevius 1946 im Nürnberger Hauptprozeß schrieb Ribbentrop in einer seiner letzten Aufzeichnungen während des Prozesses: „In London rechnete man mit der Verschwörergruppe von maßgebendsten deutschen Militärs und Politikern und hoffte, dadurch zu einem leichten Sieg über Deutschland zu kommen. Diese Verschwörerkreise haben daher einen entscheidenden Anteil am Ausbruch des Krieges. Sie haben alle unsere Bemühungen, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, vereitelt und bei der englischen Kriegsentscheidung den Ausschlag gegeben." (Joachim von Ribbentrop „Zwischen London und Moskau", Leoni, 1953, S. 220.)

In dem vorliegenden Buch wird die These Ribbentrops an Hand von britischen und alliierten Geheimdokumenten und Memoiren der entscheidenden Akteure aus allen Lagern erstmals eindeutig bewiesen. Die deutschen Verschwörer in Spitzenstellungen des Reiches haben immer wieder in den Jahren 1938 und 1939 die englische Regierung aufgefordert, Deutschland entgegenzutreten und das Risiko eines Kriegsausbruches zu laufen, da sie nur im Falle eines Krieges die psychologischen Voraussetzungen für gegeben hielten, Hitler zu beseitigen.

Aber nicht nur ihr eigenes Land haben diese Leute verraten; sie haben auch die Versprechungen gegenüber ihren englischen Gesprächspartnern nicht gehalten.

Die englische Regierung sah in den Angeboten der deutschen Opposition den Ausweg aus dem Dilemma, entweder mit Deutschland einen erneuten Weltkrieg führen zu müssen, der ohne Zweifel das Empire aufs Spiel setzen würde (und es, wie die Geschichte gezeigt hat, letztlich auch den Engländern gekostet hat), oder aber eine

laufende Erstarkung Deutschlands in Europa hinzunehmen und damit selber an politischem Einfluß zu verlieren. England gab Polen die militärisch unsinnige Garantieerklärung, um es auf diesem Wege zum Krieg kommen zu lassen, nach dessen Ausbruch die deutsche Opposition versprochen hatte, Hitler zu stürzen, wodurch die entscheidende Schwächung Deutschlands in Europa zunächst einmal herbeigeführt worden wäre. Daß die deutsche Opposition diesen Mut, nach Ausbruch des Krieges Hitler zu beseitigen, nicht hatte, bringt die englische Regierung in die Rolle des betrogenen Betrügers, der sich mit Geschäftspartnern eingelassen hatte, denen in jeder Beziehung das Format fehlte, die eingegangenen Verpflichtungen einhalten zu können.

Sir Robert Vansittart, der bei diesen Überlegungen der englischen Regierung, wie sich aus den Dokumenten immer wieder ergibt, ohne Zweifel eine entscheidende Figur gewesen ist, soll von einem der Brüder Kordt in seinem Entnazifizierungsverfahren zum Zeugen für dessen konspirative Tätigkeit gebeten worden sein. Sir Robert soll kalt erklärt haben, er wisse von dieser Rolle nichts. Das Ressentiment gegen Verschwörer, die sich als unzuverlässige Partner erwiesen haben, ist verständlich.

Die hier ausgesprochene und bewiesene These wird heute in der öffentlichen Meinung noch nicht diskutiert. Der Widerstand stellt seine Aktivitäten, mit denen sich dieses Buch auseinandersetzt, als Kampf gegen ein diktatorisches Regime dar und unterläßt es wohlweislich, zuzugeben, daß es sich ganz einfach um Landesverrat von Spitzenfunktionären eben dieser Diktatur handelt. Die englische Regierung kann naturgemäß kein Interesse daran haben, sich selbst als betrogener Betrüger darzustellen.

Wer jedoch an der geschichtlichen Wahrheit interessiert ist, der wird an den Fakten, mit denen sich dieses Buch auseinandersetzt, nicht vorübergehen können. Es geht im vorliegenden Buch darum, Tatsachen aufzuzeigen und Hintergründe zu erhellen.

Rudolf von Ribbentrop

Einleitung

Als im Jahre 1967 mein Buch DEUTSCH-ENGLISCHE GEHEIMVERBINDUNGEN erschienen war, wurde schon sehr bald klar, daß noch eine weitere Arbeit folgen müßte. Es fehlten zu viele Dokumente. Vor allem wurde Ribbentrops Hauptbericht London A 5522 vom 28. Dezember 1937 noch geheimgehalten, und auch die Berichte der deutschen Widerstandsbewegung schienen zu spärlich, um das Ausmaß der Oppositionstätigkeit aufzuklären.

Nun hat die britische Regierung im Jahre 1972 der Öffentlichkeit weitere deutsche Geheimberichte der Jahre 1938/39 freigegeben. Diese Dokumente sind von größter Wichtigkeit, wenn sie auch nur selten eigentliche Berichte über die Lage in Deutschland sind, sondern Empfehlungen und Ratschläge der deutschen Verschwörer enthalten, wie die britische Propaganda gehandhabt werden sollte, um beim deutschen Volk richtig anzukommen. Von England aus wurde alles Geeignete über den Rundfunk in deutscher Sprache ausgestrahlt. Die Deutschen, die damals glaubten, über den englischen Sender die Wahrheit zu erfahren, hörten aber nur die zersetzenden Thesen der Verschwörer.

Nach den weitschweifigen Ausführungen des Verschwörers Bernd Gisevius im Nürnberger Prozeß 1946 formulierte der frühere Reichsaußenminister jene Sätze (vgl. J. von Ribbentrop, Zwischen London und Moskau, S. 220), die den Kern der sog. Ribbentrop-These bilden. Diese These, die zwar in wissenschaftlichen Fachkreisen vielfach diskutiert wird, wird jedoch bewußt einer interessierten Öffentlichkeit vorenthalten. Hans Rothfels, Herausgeber der „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" vom Institut für Zeitgeschichte in München und einer der frühesten Interpreten der deutschen Verrätergruppen, zitiert Ribbentrops Erkenntnis, wonach „diese Verschwörerkreise einen entscheidenden Anteil am Ausbruch des Krieges haben", und kommentiert sie in Verbindung mit dem „Erbübel der deutschen Zwietracht" in sehr bemerkenswerter Weise:

„In Ribbentrops Erinnerungen erscheint diese Zwietracht bzw. die Kenntnis, die man in England von ihr gewann, geradezu als auslösendes Moment für den Zweiten Weltkrieg. Was Hitler als Sünde vorgeworfen wird, beschränkt sich dann darauf, daß er den Kopf des ‚eklen Wurms' nicht rechtzei-

ug zertreten habe. Auch von solchem Angriff her bestätigt sich, daß es bei dem Thema des Widerstandes um keinen abgetanen, sondern um einen sehr aktuellen Gegenstand und zugleich um Maßstabsfragen sittlichen wie politischen Handelns geht, die aus den Bedingungen unserer Epoche mit ihren weltanschaulichen Fronten über nationale Grenzen hin eine neue Aktualität gewonnen haben." (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1969, Heft 3, S. 253.)

Es ist bedeutungsvoll, daß Rothfels im Jahre 1969 das Thema des Widerstandes für noch nicht abgetan ansieht, sondern es im Gegenteil voll neuer Aktualität hält, das auf das sittliche Verhalten der politisch Handelnden zu überprüfen sei. Weiter erinnert Rothfels daran, daß während einer beträchtlichen Zeitspanne nach dem Kriege die „deutsche Opposition ‚tabu' gewesen ist". Es sei z. B. „einem US-Korrespondenten, der 1945 die Wirklichkeit aufzuspüren begann, untersagt worden, irgend etwas über eine spezifische Opposition gegen Hitler herauszugeben, und dieses Verbot sei von höchster Stelle in Washington erteilt worden". Später, so fährt Rothfels fort, wurde einem anderen amerikanischen Journalisten, der in Deutschland tätig war, das Buch von Fabian v. Schlabrendorff, „Offiziere gegen Hitler", weggenommen. Nach Rothfels wurde noch im Sommer 1946 allen Sendern in der amerikanischen Zone verboten, den „Putsch" von 1944 zu erwähnen, nachdem der Frankfurter Rundfunk für den zweiten Jahrestag des Attentats auf Hitler eine Gedächtnisfeier geplant hatte (a. a. O.).

In diesem Buch werden bisher ungedruckte Geheimberichte, die im Jahre 1972 in London der Öffentlichkeit freigegeben wurden, verarbeitet. Die Ernte aus diesem Dokumentenschatz ist erstaunlich groß. Mit Verblüffung werden auch Eingeweihte zur Kenntnis nehmen müssen, daß z. B. Birger Dahlerus kein Mann Görings war, sondern der Agent Neville Chamberlains.

Man darf nicht glauben, daß mit den letzten Veröffentlichungen alle Geheimverbindungen der deutschen Opposition zur britischen Regierung aufgeklärt worden sind. Die Papiere von Sir Horace Wilson, Hauptberater der britischen Regierung für Technische Fragen und Chamberlains „alter ego" für alle Geheimverbindungen, sollen vernichtet worden sein. Noch sind weitere wichtige Chamberlain-Papiere versiegelt, vor allen Dingen die, die sich mit der Abdankung Eduards VIII. befassen. Ebenso bleibt der Nachlaß des Foreign-Office-Beamten Sir Orme Sargent gesperrt, und zwar bis Ende der siebziger Jahre. Der Ständige Unterstaatssekretär Sir Alexander Cadogan bedauert, daß so viel über die Geheimdienste veröffentlicht wurde. Aber da dies nicht mehr zu ändern ist, gibt er den Rat, möglichst viel davon zu verwerten, weil sie das fehlende Bindeglied in fast allen Geschichtsabhandlungen sind.

A. v. R.

Ribbentrop in London

Ernennung

Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum deutschen Reichskanzler am 30. Januar 1933 begann für Deutschland eine neue Epoche. Hitler betrat die politische Bühne nicht als Unbekannter. Im In- und Ausland las man sein Parteiprogramm. Hier heißt es in Punkt 2: *„Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain“.* Wenn auch die Revision des Versailler Vertrages schon zur Zeit von Hitlers Vorgänger, dem Reichkanzler Heinrich Brüning, angestrebt wurde und bei den Nachbarn Fürsprecher fand, blieb man Hitler gegenüber zunächst abwartend. Aber seine innenpolitischen Erfolge – Bewältigung der Arbeitslosigkeit in kürzester Frist – setzten die Welt in Erstaunen. Man wurde neugierig. Die Olympischen Spiele 1936 boten Gelegenheit, sich das neue Reich näher anzusehen. Aus Hitlers „Mein Kampf“, 1923/24 geschrieben, kannte man seine Vorstellung von einer deutschen Bündnispolitik: „Wenn wir Ausschau halten wollen nach europäischen Bundesgenossen, so bleiben nur zwei Staaten übrig, *England* und *Italien*“ (Ausgabe 1934, S. 699)*.

Joachim v. Ribbentrop gehörte nicht zur „Alten Garde“ der nationalsozialistischen Partei. An dem innerpolitischen Kampf der 20er Jahre hatte er sich nicht beteiligt, wenn er auch zeitweise mit dem Gedanken spielte, sich als Kandidat der Deutschen Volkspartei nominieren zu lassen. Erst in der Endphase der Weimarer Republik stieß er zur NSDAP. Eine persönliche Aussprache mit Hitler im Sommer 1932 stellte schließlich die Weichen. Als Mitglied der Partei griff er aktiv ins politische Geschehen ein. In aller Stille führte Ribbentrop die Verhandlungen, die zu Hitlers Ernennung zum Reichskanzler führten. Eindringlich hatte er sich Hitler gegenüber für eine Koalition mit Papen ausgesprochen. Kompromißlos stellte er sich gegen eine Kontaktaufnahme zu Schleicher, dessen charakterliche Schwächen eine konstruktive Zusammenarbeit unmöglich

* Quellenhinweise werden im Text durchweg abgekürzt wiedergegeben. Abkürzungserklärung und bibliographisch genaue Bezeichnung der zitierten Werke finden sich im Abkürzungs- und Literaturverzeichnis am Schluß des Buches.

machen würden. Auch Hitler sollte schließlich einsehen, daß Schleicher eine Doppelrolle spielte.

Ribbentrop verbrachte seine Lehrjahre vor dem Ersten Weltkrieg in Grenoble und London und lebte dann als selbständiger Kaufmann in den USA und Kanada. Aus seiner profranzösischen und anglophilen Einstellung machte er kein Hehl. Wegen seiner Kontakte zu diesen Ländern zog ihn Hitler als außenpolitischen Mitarbeiter heran, betraute ihn mit inoffiziellen diplomatischen Missionen und ernannte ihn im April 1934 zum Bevollmächtigten für Abrüstungsfragen. In seinen persönlichen Gesprächen, die Ribbentrop schon bald nach der „Machtergreifung“ im westlichen Ausland führte, bemühte er sich, die Vorurteile gegen die nationalsozialistische Reichsregierung abzubauen und Hitlers revisionistische außenpolitische Ziele zu erklären. Er leitete direkte Kontaktaufnahmen zwischen dem Kanzler, dem französischen Ministerpräsidenten Daladier und dem britischen Premierminister Baldwin in die Wege, um auf höchster Ebene eine Aussprache über die schwebenden Probleme herbeizuführen. Hitler und Ribbentrop setzten große Hoffnungen auf diese geplanten Gespräche, die auch sicher zur Entgiftung der europäischen Atmosphäre beigetragen hätten, wenn sie zustande gekommen wären.

Trotz mancher Fußangeln, die ihm auch von deutscher Seite gelegt wurden, behauptete sich Ribbentrop auf dem europäischen diplomatischen Parkett. Ende Mai 1935 ernannte Hitler ihn zum Botschafter zur besonderen Verwendung, der ihm direkt unterstand. Die bevorstehenden deutsch-englischen Verhandlungen sollten zu einem Testfall werden. Als Ribbentrop im Juni die deutsche Unterschrift unter das Flottenabkommen setzte, schien die erste schwierige Hürde auf dem Weg zur deutsch-englischen Versöhnung genommen. Der Vertrag war als großzügiges deutsches Entgegenkommen gedacht, um London die Furcht vor einer Rivalität zwischen den beiden Nationen auf den Weltmeeren zu nehmen. Die deutsche Selbstbegrenzung sollte der Auftakt zu einem Bündnis mit England werden. Die Briten aber fürchteten, schon zu weit gegangen zu sein, denn das Flottenabkommen war der erste Einbruch in den Versailler Vertrag, der grundsätzlich jede Aufrüstung in Deutschland verboten hatte.

Ribbentrops Erfolg brachte ihm Glückwünsche, aber naturgemäß auch Neider ein. Obwohl das Auswärtige Amt seine Antipathie noch zügelte, schoß man schon damals versteckte Giftpfeile gegen Hitlers außenpolitischen Berater ab. Nachdem sich Ribbentrop 1934 sein eigenes Büro, die sogenannte „Dienststelle Ribbentrop“ geschaffen

hatte, traten die Kreise, die später ihr verhängnisvolles Verschwörerspiel treiben sollten, zum ersten Mal auf den Plan. Das Auswärtige Amt teilte Dr. Erich Kordt, der im Frühjahr 1971 aus noch ungeklärten Gründen Selbstmord beging und später aus dem Rhein geborgen wurde, der Dienststelle Ribbentrop als Verbindungsmann zu. Bei seiner Ernennung wies der damalige Staatssekretär von Bülow den jungen Kordt an, „Ribbentrops Irrtümer nicht zu verbessern, sondern ihn sich selbst zu Fall bringen zu lassen". „Dies war gewiß Opposition", resümierte der Historiker Rothfels, „aber die Maxime hieß abwarten, bis das Regime, möglicherweise nach gewissen Anfangserfolgen, in einer Sackgasse enden werde." (Hans Rothfels: Die Deutsche Opposition gegen Hitler. Krefeld 1949, S. 69.) Die Verbitterung wuchs, als Ribbentrop vom Londoner Konferenztisch mit einem diplomatischen Erfolg zurückkehrte. Schon vor seiner Abreise nach London kritisierten Beamte des Auswärtigen Amtes den Inhalt des Verhandlungspaktes. Im Gegensatz zu Ribbentrops Forderung nach einer deutschen dreißigprozentigen Beschränkung im Verhältnis zur englischen Flottenstärke, sprachen sie von einer Maximalforderung von 15% als mögliches Verhandlungsergebnis. „Jedes Mehr" hielten sie für völlig ausgeschlossen. Nachdem aber Ribbentrop in London schließlich 35% ausgehandelt hatte, erklärten die gleichen Kreise, Ribbentrops Resultate stellten einen Fehlschlag dar, denn er hätte auf ein Verhältnis 100:50 drängen sollen.

Der erfolgreiche Abschluß des Flottenvertrages mit England hatte erst einmal das Eis gebrochen. Im Winter 1935/36 unternahm Ribbentrop weitere Vorstöße, um das deutsch-englische Verhältnis auszubauen. Doch seine wiederholt in London vorgetragenen Vorschläge, parallel zum Flottenvertrag ein Luftabkommen abzuschließen, wurden hinhaltend beantwortet und scheiterten schließlich. Auch seine Verbindungen nach Paris setzte Ribbentrop in der Hoffnung ein, die Atmosphäre zwischen dem Reich und Frankreich zu verbessern. Die Wiederherstellung der Wehrhoheit im Rheinland als deutsche Antwort auf das sowjetisch-französische Militärbündnis zur Absicherung der westlichen Reichsgrenze wirkte retardierend auf seine Bemühungen. (Joachim v. Ribbentrop, S. 77–78.)

Als Folge hierauf mobilisierte Anthony Eden, Staatssekretär im Foreign Office, die Locarno-Mächte, um mit französischen und belgischen Kollegen diplomatische Gegenmaßnahmen zu diskutieren. Er unterbreitete seinen Vorschlag, Hitler einen Fragebogen zu präsentieren, auf den man detaillierte deutsche Antworten erwartete. Das Foreign Office arbeitete daraufhin ein Memorandum aus, das

Premierminister Baldwin vorgelegt wurde. In einer persönlichen Aussprache mit Neville Chamberlain erhielt Eden dessen volle Zustimmung zu dieser Note. Es tauchten jedoch sofort Widerstände auf, als der berüchtigte Fragebogen in seiner Originalfassung dem englischen Kabinett vorgelegt wurde. Es erhob sich heftiger Widerspruch. Einige Kabinettsmitglieder stellten die für Eden naive Frage, weshalb die ganze Prozedur überhaupt eingeleitet werden sollte, denn es konnte in Berlin nur der Eindruck entstehen, als stelle London Hitlers Bereitwilligkeit in Frage, seinen Beitrag zur Konsolidierung der europäischen Ordnung zu leisten. Und genau darauf hatte Eden abgezielt. Er wollte Hitler „bloßstellen". Der englische Botschafter Phipps überbrachte den Fragebogen dem deutschen Außenminister v. Neurath, aber London mußte noch eine weitere Woche warten, bis Hitler die Note überhaupt entgegennahm. Inzwischen war der Fragebogen bereits in der britischen Presse publiziert worden. (Eden: Facing the Dictators. S. 371f.) Eden beabsichtigte, Deutschland in die Büßerecke zu stellen. Dieser Eindruck mußte zerstört werden. Ribbentrop drängte Hitler, eine im Ton verbindliche, in der Sache jedoch unzweideutige Antwort zu erteilen. Doch er konnte sich mit seinem Ratschlag nicht durchsetzen. (Krogmann-Tagebuch, Juni 1936.)

Die deutsch-englischen Beziehungen bewegten sich 1936 wieder auf eine Talsohle zu. Auch in Ribbentrops Leben steht dieses Jahr als Zäsur da. Gerüchte kursierten schon seit Monaten, daß Hitler für Ribbentrop ein neues Wirkungsfeld ausersehen hatte. Wenige Wochen nach dem Abschluß des Flottenabkommens äußerte sich Dr. Karl Bömer vom Außenpolitischen Amt der NSDAP gegenüber einem amerikanischen Diplomaten über Ribbentrop, dessen „brillante" Verhandlungsführung in London in absehbarer Zeit mit der Ernennung zum Außenminister anerkannt werden würde. Als möglichen Zeitpunkt eines Revirements im Auswärtigen Amt nannte er den Herbst 1935. Ribbentrop war also schon damals als präsumptiver Nachfolger von Neurath im Gespräch. (Botschafter Dodd an Außenminister Cordell Hull. Vertraulich. Berlin, den 17. Juli 1935. Nr. 2151. National Archiv.)

Als sich Hitler im März 1936 entschloß, deutsche Truppenteile ins Rheinland zu entsenden, konsultierte er Ribbentrop über die mögliche Reaktion des Auslandes. Auf Hitlers Frage vertrat Ribbentrop die Meinung – im übrigen auch der Außenminister v. Neurath –, daß die Besetzung des Rheinlandes ohne Krieg durchgeführt werden könne. (v. Ribbentrop a. a. O. S. 78.) Ribbentrops nüchterne Einschätzung der Situation hatte Hitler beeindruckt, zumal seine eige-

nen militärischen Berater kriegerische Verwicklungen in Europa prophezeiten. Als Hitler kurz darauf den Regierenden Bürgermeister von Hamburg, Carl V. Krogmann traf, verstrickte er diesen in ein kurzes Personalgespräch. Ohne großen Vorspann und ausholende Erklärungen fragte er Krogmann, was er von Ribbentrop halte. Der Bürgermeister, der schon verschiedentlich mit Ribbentrop zusammengekommen war, äußerte sich positiv. Hitler blieb ihm auch nicht die Erklärung für seine Frage schuldig: „Ich glaube", so sagte Hitler, „Ribbentrop wird eines Tages Außenminister." (Krogmann-Tagebuch, März 1936.)

Am 20. Januar 1936 starb König Georg V. Sein Sohn trat als Eduard VIII. an die Spitze des Britischen Empires. Hitler bat den Herzog von Coburg, als naher Verwandter des englischen Königshauses, mit dem jungen Monarchen über die zukünftige Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen zu sprechen. Schon einen Tag nach dem Tode Georgs V. fanden die ersten Unterredungen im Buckingham Palace statt. „In familiärer Offenheit" diskutierten der junge Monarch und der Herzog das brennende Problem: England—Deutschland. Ein Bündnis zwischen den beiden großen Nationen galt Eduard VIII. als „eine zwingende Notwendigkeit und Richtlinie der auswärtigen Politik". Frankreich müsse in dieses Paktsystem miteinbezogen werden. Nur eine enge Koalition zwischen den beiden Kontinentalmächten und der Seemacht könnte die Sicherung des „europäischen Friedens auf die Dauer" garantieren. Den Völkerbund bezeichnete der König als „Farce". Die weltpolitische Gestaltung bestimmten lediglich Deutschland, England, Frankreich, Japan und die Vereinigten Staaten. Auf mehr konkrete Gesprächspunkte überleitend, stellte der Herzog von Coburg die Frage, ob eine Aussprache Hitler–Baldwin geeignet wäre, die Lösung der ausstehenden Probleme zu beschleunigen. Sofort entgegnete der Monarch: „Ich selbst habe den Wunsch, Hitler zu sprechen, und werde dies hier oder in Deutschland tun, sage ihm das bitte." Über Ribbentrops Einsatz für eine deutsch-englische Aussöhnung fand Eduard VIII. anerkennende Worte. Besonders lobte er dessen Verhandlungsführung, die im Juni 1935 zum Abschluß des Flottenabkommens geführt hatte. In Ribbentrop sah er den „besten Mann für die außeramtliche deutsch-englische Politik". Als Botschafter des Deutschen Reiches wünschte er sich einen Vertrauensmann Ribbentrops in London. Ribbentrop sollte als Koordinator der gesamten deutsch-englischen Beziehungen fungieren. Der König nannte den amtierenden deutschen Botschafter von Hoesch zwar einen guten Vertreter des Deutschen Reiches, aber einen „schlechten Vertreter

des Dritten Reiches". Außerdem hatte er den Eindruck gewonnen, daß der deutsche Botschaftsstab in London wenig „loyal" arbeitete. Die Ereignisse der nächsten Jahre sollten Eduard VIII. recht geben. Die Deutsche Botschaft am Court von St. James entwickelte sich zu einem Zentrum der regierungsfeindlichen deutschen Kreise. Um die Weichen für die Zukunft zu stellen, wünschte sich der König „einen repräsentativen Nationalsozialisten Deutschlands als Botschafter, der sowohl als Vertreter der amtlichen Politik als auch als Vertrauensmann Hitlers anzusehen wäre". Der junge Monarch hoffte, mehr Einfluß auf die englischen Regierungsgeschäfte nehmen zu können. Er war sich der Schwierigkeiten durchaus bewußt. Der Herzog von Coburg war stark beeindruckt von des Königs Willen, „Deutschland und England zusammenzubringen", und hielt es für wichtig, den Wunsch des Königs zu beachten, die außeramtliche Politik Deutschlands gegenüber England mit der amtlichen in ein Vertrauensverhältnis zu bringen.

Ribbentrop wuchs eine große Aufgabe zu. Seine Rolle wurde in britischen Kreisen „viel" besprochen. Seine englischen Gegner ließen nichts unversucht, ihn zu diskreditieren. Sie verbreiteten das Gerücht, daß „ein Sonderbotschafter nur einen vorübergehenden Auftrag habe, der jederzeit einem anderen übertragen oder ganz abgebrochen werden könnte. So wurde die Dauerhaftigkeit seiner Stellung und damit die Möglichkeit ernsthafter Politik auf lange Sicht mit ihm angezweifelt". Der Herzog von Coburg schlug daher vor, den Titel Botschafter „als Rang- und Platz-Begriff" anzusehen und ihm zum Ausdruck seiner Dauerstellung in der englischen Presse die Bezeichnung „Personal Adviser of the Führer" zu geben. (Herzog von Coburg. Nur für den Führer und Pg. v. Ribbentrop. Streng vertraulich. Kein Durchschlag in: Auswärtiges Amt. Asservat 150. Stabsamt des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring. Auslandsberichte. Meldungen aus den Jahren 1933–1939. Mikrofilmrolle T 120, 2621, E382060ff. u. E382077f.)

Am 10. April 1936 verstarb plötzlich der deutsche Botschafter in London, Leopold von Hoesch. Hitler sollte sich jetzt die Gelegenheit bieten, den wichtigen Londoner Posten neu zu besetzen und damit den Vorstellungen des britischen Monarchen entgegenzukommen. Ob Hitler jedoch Ribbentrop schon zu diesem Zeitpunkt in seine Pläne einweihte, ist unbekannt. Sicher ist nur, daß er die Neubesetzung des Botschafterpostens in London mit General von Blomberg besprochen und Ribbentrop als Nachfolger von Hoesch in die engste Auswahl gezogen hatte. Am 21. Juni verstarb Staatssekretär von Bülow. Hitler, der ursprünglich die Absicht gehabt hatte, Rib-

bentrop nach London zu entsenden, spielte jetzt mit dem Gedanken, seinen außenpolitischen Berater zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt zu ernennen. (Krogmann-Tagebuch, Ende Juni 1936.)

Schon im Frühjahr 1936 hatte Hitler seinen Außerordentlichen Botschafter als seinen persönlichen Gast zu den Wagner-Festspielen eingeladen. Als Ribbentrop im August in Bayreuth eintraf, ernannte ihn Hitler zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Ribbentrop dankte für das ihm erwiesene Vertrauen. Eine lange Aussprache über das deutsch-englische Verhältnis schloß sich an. Hitler befragte ihn über die Aussichten einer Aussöhnung zwischen beiden Nationen. Ribbentrop beurteilte die Möglichkeit recht skeptisch. Er prach von den Widerständen, die sich allen deutschen Angeboten in den Weg gestellt hätten. Aber als ganz hoffnungslos betrachte er die Situation dennoch nicht. Eduard VIII. hatte aus seiner deutschfreundlichen Einstellung kein Hehl gemacht. Seine Popularität erfaßte weite Schichten der englischen Bevölkerung. Vielleicht würde es ihm gelingen, das britische Volk durch sein Beispiel einer deutsch-englischen Versöhnung näherzubringen. Auch Hitler beurteilte die Aussichten für das ursprüngliche Vorhaben eines deutsch-englischen Bündnisses sehr pessimistisch, brachte aber immer wieder zum Ausdruck, nichts unversucht zu lassen, um England für ein Bündnis zu gewinnen. Ribbentrop schlug deshalb vor, einen letzten Versuch zu machen, und bot Hitler seine Dienste an. Er war bereit, die Londoner Mission zu übernehmen. Hitler griff diesen Vorschlag sofort auf. Auch Neurath begrüßte diese Entscheidung. Ribbentrop hatte die gesicherte Position des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt ausgeschlagen und mit der Rolle eines Botschafters in London vertauscht. Aber er machte sich keine Illusionen. (v. Ribbentrop a. a. O. S. 90f.) Sofort wurden kritische Stimmen in der britischen Presse laut. Aber auch wohlwollende Kommentare konnten verzeichnet werden. Der berühmte britische Geschichtsphilosoph, Professor Toynbee, begrüßte „herzlich" Ribbentrops Ernennung zum Botschafter in London in Veröffentlichungen und in persönlichen Gesprächen. (Vertraulich. England. Stimmungsbericht, 25. Okt. 1936, in: Reichskanzlei. Akten betreffend: England, Bd. 4, Mikrofilm T 120, 781, 371440f.) Auch der ehemalige Premierminister Lloyd George erklärte, daß „die Ernennung des Herrn von Ribbentrop in England begrüßt werde und als ein klarer Beweis für die Absichten des Reichskanzlers anzusehen sei, sein Äußerstes zu tun, um seiner Politik Nachdruck zu verleihen – ganz abgesehen von den persönlichen Qualitäten Herrn von Ribbentrops". (Thomas Jones. Tagebücher, S. 251.)

Ribbentrop stößt in London auf die befürchteten Schwierigkeiten

Schon im Juli war ein Attentat auf Eduard VIII. verübt worden. Der Anschlag auf das Leben des Monarchen schlug jedoch fehl. Die Unabhängigkeit Eduards VIII. bereitete der führenden englischen Schicht erhebliches Kopfzerbrechen. Die schwelende Krise zwischen dem Monarchen und dem „Establishment" hätte sich über kurz oder lang sowieso entladen. Dies war jedenfalls die Ansicht des Herzogs von Windsor, der am 14. Januar 1970 der „Times" ein Interview gab. Darin heißt es:

> „Der Herzog von Windsor erklärte gestern abend, daß ein Zusammenstoß zwischen ihm und dem Establishment unvermeidbar gewesen wäre, selbst wenn er Mrs. Wallis Simpson nicht geheiratet hätte.
>
> Gefragt, ob er es bedauere, nicht länger König gewesen zu sein, antwortete er: Nein, ich hätte es gerne getan, aber ich wollte es unter meinen eigenen Bedingungen tun, so daß ich jetzt nichts bedauere. Aber ich habe das größte Interesse an meinem Land . . ., das England ist, Ihr Land und meines, und ich wünsche, daß es ihm gutgeht."

Über die Zeit vom 20. 1. bis zum 10. 12. 1936, dem Tag, an dem er als König abdankte, erklärte der Herzog, daß er nicht so sehr danach gestrebt habe, ein König der Reformen zu sein, sondern ein zeitgemäßer (up-to-date), der auf der Höhe seiner Zeit sei. Er habe das Hof-Zeremoniell ändern wollen, aber ihm habe auch das Sozialproblem am Herzen gelegen. Auf die Frage von Harris, zu welchem Zeitpunkt es ihm klargeworden sei, daß er als Folge seiner verschiedenen Auffassungen über das Königstum mit der damaligen Regierung in Konflikt kommen würde, erklärte der Herzog: „Nun, das war tatsächlich noch ehe ich König wurde. Ich hatte eine Fahrt organisiert, um die Notstandsgebiete zu besuchen. Ich fuhr nach Wales, in verschiedene Teile Englands und auch in den Norden Northumberlands. Als Stanley Baldwin von dieser Fahrt hörte, rief er mich ins Unterhaus und sagte, er würde gerne mit mir darüber sprechen. Er fragte: Warum werden Sie dorthin gehen? Gibt es nicht eine Menge anderer wichtiger Dinge zu tun? Nein, sagte ich, ich halte es für sehr wichtig, herauszufinden, wie wir diese Männer von der Arbeitslosigkeit befreien können. Manche von ihnen sind ohne Arbeit seit zehn Jahren. Jetzt schien Herr Baldwin sich plötzlich bewußt zu werden, daß er und seine Regierung tatsächlich sehr wenig getan hatten, um die Misere der Arbeitslosen zu erleichtern. Er fragte deshalb: Wer hat vorgeschlagen, daß Sie hinfahren sollen? Ich antwortete: Ich gehe tatsächlich mit der Unterstützung von Sir Alexan-

der Leith, dem Präsidenten der Konservativen Gesellschaft in Northumberland. Oh, sagte Baldwin, ein prachtvoller Mann, ein großer Freund von mir. Ich bin glücklich, und ich wünsche Ihnen eine gute Reise. Zu der Zeit war Baldwin Premierminister. Er schien mich in die Politik ziehen zu wollen, vielleicht ein bißchen zu viel, denn die Politik ist gerade das, was die Königliche Familie vermeiden soll, so sehr sie auch ihrer eigenen Ansicht Ausdruck geben möchte."

Gefragt, was er unter Establishment verstehe, antwortete der Herzog:

„Nun, bis vor ungefähr 15 Jahren war Establishment ein neues Wort für mich, und ich bat Bekannte, es mir zu erklären. Es ist ein ziemlich obskures Wort, das sich nicht leicht definieren läßt. Es muß immer bestanden haben und bedeutet wohl Autorität – Autorität der Gesetzgebung, der Kirche und bis zu einem gewissen Grad des Monarchen. Auch die Universitäten und vielleicht die hohen Offiziere der Marine und der Armee. In einem Artikel, den ich vor einigen Jahren las, hieß es, daß Prinz Philipp nicht wirklich ein Mitglied des Establishments sei, d. h. daß er sehr viel seine eigenen Wege gehe."

Auch der Herzog von Windsor war es nicht, mit anderen Worten, er war kein Anhänger des Establishments. Das halte ich für sehr wahr, erklärte der Herzog. Im Gegensatz dazu sei es sein Vater, Georg V., und auch sein Bruder, Georg VI. gewesen, aber ich war unabhängig, erklärte er.

Der Herzog erinnerte daran, daß er nach seiner Abdankung den Posten als Gouverneur der Bahamas fünf Jahre bekleidet habe. Nachher habe er seine Dienste angeboten, aber kein Amt erhalten. Gefragt, warum er keine Arbeit bekommen habe, meinte der Herzog, daß darüber andere gefragt werden müßten, aber die meisten Menschen, die es verhindert haben, seien jetzt unter der Erde.

Die gar nicht so puritanischen Vertreter des „Establishments" entwickelten plötzlich ungeahnt tugendhafte Vorstellungen. Um Eduard VIII. auszuschalten, diente ihnen die beabsichtigte Heirat des Monarchen mit der geschiedenen Mrs. Simpson. Der eigentliche Stein des Anstoßes aber war der Wille des Königs zur Unabhängigkeit. So wäre er nur schwerlich für eine antideutsche Politik zu gewinnen gewesen, und ohne seine Unterschrift konnte kein Krieg geführt werden. (Prof. Fiedler, Begleiter des Prinzen von Wales – später Eduard VIII. in einem persönlichen Gespräch mit Bürgermeister Krogmann, s. Tagebuch, 14. April 1936.) Im Dezember dankte Eduard VIII. ab. „Ich bedaure sehr", schrieb Krogmann in sein Tagebuch, „denn der König war nicht deutschfeindlich eingestellt. Ich glaube, daß über ihn leicht eine Verständigung hätte erfol-

gen können." Diese Enttäuschung teilten Hitler und Ribbentrop. (Krogmann-Tagebuch, 10. Dezember 1936.) (J. v. Ribbentrop. Zwischen London und Moskau, S. 101 u. R. Jordan, „Erlebt und Erlitten", S. 192.)

Seit Eduards VIII. Erklärung zugunsten deutsch-englischer Frontkämpferverständigung hatte eine „automatische Hetze" gegen den Monarchen in der englischen Presse eingesetzt. Eduard VIII. war an den Klippen der deutschfeindlichen Kräfte zerschellt, dies wurde auch von einem maßgeblichen Hofbeamten bestätigt. Sein Einsatz für einen deutsch-englischen Ausgleich hatte ihm in England „zweifellos . . . sehr mächtige Feinde" geschaffen. (Ribbentrop an Hitler und von Neurath. London, 11. Dezember 1936. Nr. 304.) Aber nicht nur das antideutsche britische „Establishment" hatte den Monarchen zu Fall gebracht, auch die deutschfeindlichen Kräfte in den Vereinigten Staaten hatten schon frühzeitig gegen ihn zum Sturm geblasen. Die weltweite Kampagne gegen eine deutsch-englische Verständigung, zu deren Symbolfigur der Monarch geworden war, hatte die erste Schlacht gegen die erstrebte Friedensordnung gewonnen. Als Herzog von Windsor kannte Eduard VIII. die Kräfte genau, die seinen Sturz inszeniert hatten. In einer persönlichen Unterhaltung mit dem amerikanischen Gesandten George S. Messersmith in Wien 1937 sagte der Herzog von Windsor unverblümt: „Wegen der amerikanischen Presse bin ich heute hier." (Messersmith Nachlaß. Unveröffentlichte Memoiren. Auszüge im Privatbesitz.)

Ribbentrop wußte, daß die Abdankung des Königs auch eine Niederlage für ihn und seine Londoner Mission bedeutete: „Ich glaube nicht, daß Eduard VIII. von Anfang an damit gerechnet hatte, zurücktreten zu müssen. Dazu war er ein zu selbstbewußter Souverän. Als aber dann durch seine Eigenwilligkeit starke Kräfte der Politik und Kirche gegen ihn eingeschaltet wurden, zeigten sich die Grenzen der britischen Königsmacht . . . Die deutsch–englische Sache war mit der Thronentsagung Eduards VIII. um eine Möglichkeit ärmer geworden. Sie hatte auf der englischen Seite einen Faktor verloren, der meine Entsendung nach London mit veranlaßt hatte."
(J. v. Ribbentrop, „Zwischen London und Moskau." S. 101f. Ebenfalls Woermanns Analyse. Memorandum. Geheim. O. G. Sargent, 18. Dezember 1936. FO 371/20734, C 448.)

Als weitere Erschwerung seiner Botschaftertätigkeit wurde Ribbentrop mit den politischen Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs in London konfrontiert. Bei seiner Ernennung im Sommer 1936 in Bayreuth hatte er Hitler gewarnt: „Wir täten besser daran, uns aus den spanischen Dingen herauszuhalten, denn dort sind für

uns keine Lorbeeren zu ernten. Spanien ist für uns ein sehr heißes Eisen."

Doch Hitler hielt „mit Nachdruck an seiner gegenteiligen Meinung fest", weil er eine bedrohende Gefahr darin sah, daß der „Bolschewismus in Spanien Fuß fassen könnte". Weisungsgemäß vertrat Ribbentrop in London die Auffassung Hitlers und stieß dabei auf das britisch-französisch-sowjetische Zusammenspiel im Nichteinmischungsausschuß, der sich auf internationaler Ebene mit der Spanischen Frage befaßte und dem Ribbentrop als Vertreter des Reiches angehörte.

Die englischen Regierungskreise verstanden die antisowjetische Politik Deutschlands nicht oder sie wollten sie nicht verstehen. Die gegen die große Militärmacht Rußland gerichtete Aufrüstung derdeutschen Wehrmacht bezogen die Briten auf sich. Im März 1937 schickte Chamberlain, damals Schatzkanzler im Kabinett Baldwin, einen Antwortbrief an seinen amerikanischen Kollegen, Finanzminister Henry Morgenthau jr., und ging auf die Angst vor Deutschland ein:

„Die Hauptquelle dieser Kriegsangst in Europa ist Deutschland. Kein anderes Land, weder Italien, das vollauf mit der Aufgabe beschäftigt ist, seine abessinische Eroberung zu konsolidieren, noch Rußland mit all seinen militärischen Vorbereitungen, sicherlich nicht Frankreich und England, noch andere kleine Mächte, sind im Augenblick mit aggressiven Vorhaben zu belasten. Aber die ungestüme, immer wieder vorgebrachte Propaganda der deutschen Presse und des Radios unter Leitung von Dr. Goebbels, die Heftigkeit und Hartnäckigkeit der deutschen militärischen Aufrüstung – vom Null-Punkt aus – haben alle seine Nachbarn aufs stärkste beunruhigt. Sogar diese Inseln, die in weniger als einer Stunde von Deutschland aus durch eine Luftwaffe, ausgerüstet mit Hunderten von Bomben, erreicht werden können, können sich von dieser Angst nicht freimachen. Das Motiv für die Angriffsbereitschaft Deutschlands scheint dem Wunsch zu entspringen, sich so stark zu machen, daß niemand es wagen wird, seinen Forderungen zu widerstehen, sei es auf europäischem oder kolonialem Gebiet. Mit dieser Absicht im Herzen wird es wahrscheinlich keiner Abrüstung zustimmen, die seinen Absichten im Wege steht. Die einzige Überlegung, die es zu einer gegenteiligen Entscheidung veranlassen könnte, wäre die Überzeugung, daß es seine Kräfte zur Erhaltung seiner Übermacht durch stärkere Kräfte bedroht sieht und daß die Welt sich ihm entgegenstellen würde, wenn es einen Angriff versuchen sollte." (Chamberlain an Morgenthau. März 1937. Abgedruckt in: John M. Blum: From the Morgenthau Diaries, Bd. I: Years of Hope, 1928–1938. Boston 1959 S. 458ff.; die Original-Korrespondenz befindet sich im Franklin Roosevelt Nachlaß, Hyde Park, New York: Roosevelt Papers, PSF I, Diplomatic Correspondence, Great Britain 1933–1937, Box 7; Auszug in Anthony Edens Memoiren: Facing The Dictators p. 526f.)

Trotz mancher Fehlschläge setzte sich Ribbentrop 1937 nachdrücklich für ein Fortschreiten auf der einmal eingeschlagenen Marschroute ein. Der Einsatz für die erhoffte deutsch-englische Versöhnung und Freundschaft konnte nicht groß genug sein. Aber eine leise Skepsis, dieses Ziel überhaupt zu erreichen, schlich sich in seine Berichterstattung ein. Halifax gegenüber hatte Ribbentrop die Gestaltung des deutsch-britischen Verhältnisses als bestimmend für die Zukunft der gesamten weltpolitischen Entwicklung genannt. Die politische Sicherheit zwischen beiden Nationen könnte nur durch zwei Dinge garantiert werden: Durch die klare Festlegung der derzeitigen vitalen Interessen beider Länder zur See und zu Land. Die erste Problemstellung sei durch das Flottenabkommen bereits gelöst. Die zweite Frage könnte durch einen Garantievertrag für die sogenannten „low countries" – Holland und Belgien – und vielleicht darauf aufgebaute westliche Friedenssicherungen geregelt werden. Durch vertragliche Fixierung dieser Garantien entfiele jeder wirkliche Kriegsgrund zwischen England und Deutschland. Starke Kräfte stellten sich dieser Friedensvision entgegen. Einmal aber werde, früher oder später, auch England sich entscheiden müssen: Damit appellierte Ribbentrop an die sprichwörtliche Nüchternheit britischer Staatsmänner, eine Englands Interessen gerecht werdende Entscheidung zu treffen. Halifax' knappe Erwiderung, auch er hege ähnliche Gedanken, kommentierte Ribbentrop: „Inwieweit dies wirklich der Fall ist, bleibt abzuwarten." (Ribbentrop an Hitler und von Neurath. London, 14. Februar 1937. B. 433.)

Im Laufe der kommenden Wochen und Monate verstärkten sich Ribbentrops Zweifel an der Aufrichtigkeit Englands, mit Deutschland positiv ins Gespräch kommen zu wollen, fast zur Gewißheit. Auch seine beiden Aussprachen mit Außenminister Eden schafften diese Zweifel nicht aus der Welt. Im Gegenteil! (Ribbentrop an Reichskanzler und Reichsaußenminister. London, 26. Februar 1937. Nr. 112; Ribbentrop an Führer und Reichsaußenminister. London, 13. März 1937. Nr. 157.)

Zwei Monate nachdem Ribbentrop seine Botschaftertätigkeit in London aufgenommen hatte, kursierten die ersten Gerüchte, die seine Mission als „absoluten Fehlschlag" bezeichneten. So berichtete Bullitt aus Paris und behauptete, dieses aus „verschiedenen zuverlässigen Quellen" zu wissen. „Sogar Hitler beginne, Ribbentrops Beruhigungspolitik gegenüber England mißtrauisch zu betrachten", informierte der amerikanische Botschafter am 8. Januar 1937 seinen Vorgesetzten im State Department, Assistant Secretary R. Walton Moore. Man habe bereits erkannt, daß der britische Flirt

mit Deutschland allein in dem Wunsch begründet sei, Zeit für das englische Rüstungsprogramm zu gewinnen. Weiter teilte er – Bullitt – Moore die englischen Befürchtungen mit, daß Paris und Berlin sich über die Rückgabe von Kolonien einigen könnten. England sei aber entschlossen, bis zum Äußersten zu gehen, um solche Gespräche zu sabotieren, weil sich dann unweigerlich die Frage nach Rückgabe der von den Briten „während der Zeit des Versailler Vertrages eingeheimsten Kolonien" stellen würde. (Bullitt an R. Walton Moore, 8. Januar 1937. Moore Papers, Roosevelt-Bibliothek, Hyde Park, New York USA.)

Krönungsbericht

Hitler hatte die „Unaufrichtigkeit und Scheinheiligkeit" der Engländer im Hinblick auf die deutschen Kolonien erkannt. Aus seinen bisherigen Erfahrungen mit Londons Obstruktionspolitik zog er seine ersten Konsequenzen. Er ließ den Engländern durch Ribbentrop sagen: „. . . Die Zügellosigkeiten seitens der britischen Presse – wie den Fragebogen – ließe er sich nicht mehr gefallen." (Krogmann-Tagebuch, 5. Mai 1937.)

Durch die freundschaftliche Krönungsatmosphäre im Mai 1937 ließ sich Ribbentrop nicht ablenken. Nach den Festlichkeiten würde der politische Alltag wieder beginnen. Er mahnte Hitler, sich gegenüber der englischen Politik eine „gehörige Portion Skepsis" zu bewahren. An einen Wandel glaube Ribbentrop erst, „wenn die englische Unterschrift unter einem für uns annehmbaren Vertragsinstrument, sei es in Spezialfragen oder auch in einer großen, allgemeinen, direkten deutsch-englischen Vereinbarung", vorhanden ist. Nur eine verhältnismäßig kleine führende Schicht bestimme die Geschicke des Britischen Empires. Die „ruling elite" sei äußerst selbstbewußt. Unbeugsam verfolge sie ihr einmal gestecktes Ziel. Die englische Kompromißbereitschaft schätzte Ribbentrop nur sehr gering ein. Rhetorische Verbindlichkeit und Floskeln seien weitgehend Fassade, hinter der sich Unnachgiebigkeit, Härte und Egoismus verbergen. Feldmarschall von Blomberg, der auf ausdrücklichen Wunsch Ribbentrops als deutscher Repräsentant an den Feierlichkeiten teilnahm – Hitler wollte wegen der spanischen Vorkommnisse weder Göring noch Neurath nach London entsenden –, konnte einen persönlichen Erfolg verbuchen. Ribbentrop erhoffte sich davon positive Rückwirkungen auf das deutsch-englische Verhältnis. Aber auch der Reichskriegsminister mußte spüren, daß London nicht gewillt war, von seiner Position abzugehen. In einer ausführlichen Unterredung Edens mit Blomberg über die Kolonial-, Westpakt- und Abrüstungsfragen zeigte sich der englische Außenminister wenig entgegenkommend. Auch in der Beurteilung Spaniens traten die Gegensätze erneut in den Vordergrund. (Eden Memorandum, zur Unterrichtung Botschafter Hendersons, 13. Mai 1937. No. 609. FO 371/20735, C 35555.) Diese Rückschlüsse drängten sich Ribbentrop auf und spiegelten sich in seinem elf Seiten langen „Krönungsbericht" an Hitler und Neurath wider. In einer Mischung von Stimmungsschilderung und sachlicher, politischer Analyse faßte er seine Eindrücke zusammen, die in diesem Buch erstmals veröffentlicht werden:

Deutsche Botschaft

London, den 21. Mai 1937.

A 2276
Inhalt: Krönungsbericht und derzeitige Lage
1 Doppel für den Führer und Reichskanzler direkt übersandt
3 Doppel für Auswärtiges Amt

Die Londoner Krönungsfeierlichkeiten, die heute durch die Flottenparade in Spithead ihren Abschluß finden, waren ein eindrucksvolles Bekenntnis des englischen Volkes und britischen Weltreiches zum Königtum. Das Krönungszeremoniell bestehend aus umfassenden Gelübden des Königs (Programm folgt mit Kurier), gleichzeitiges Aufsetzen der Königskrone, Peerskronen usw. bestätigt erneut, daß der König in erster Linie symbolische Figur ohne eigentliche Herrscherrechte oder, wie die Engländer ihn selbst bezeichnen, „figure head" der herrschenden Schicht in ihrer Politik dem Volk gegenüber im engen Einvernehmen mit den Kirchenorganisationen ist. Ich werde über die innere Struktur und Kräfteverteilung innerhalb des englischen Regierungsapparates demnächst getrennt berichten.

Die Krönung war vielleicht noch mehr als eine englische Feier ein Fest des britischen Weltreiches, für das die Krone das sichtbare Symbol der Zusammengehörigkeit ist, wobei aber zum ersten Mal bei einer Krönungsfeierlichkeit, wie der König in seiner Rundfunkansprache hervorhob, die Dominions (von denen Irland bekanntlich fehlte) als selbständige Schwesternationen auftraten. Die in der Krönungswoche begonnene Tagung der Empirekonferenz unter-

streicht noch diesen Zusammenhang. Diese Konferenz wird von uns besonders zu beachten sein. Sie ist in ihrem außenpolitischen Teil zwar streng geheim, aber möglicherweise wird man doch manches erfahren können, was Rückschlüsse 1. über die Haltung der Dominions zur bisherigen englischen Außenpolitik und 2. über die zukünftigen englischen Absichten uns gegenüber zuläßt. Zunächst hat man den bestimmten Eindruck, daß das Gefüge des britischen Imperiums trotz mancher Lockerung in den letzten Jahren z. Z. noch fest in London verankert ist, und daß man in England entschlossen ist, durch Aufrüstung, Reichsverteidigungsplan, heute gegründetes Verteidigungskomitee und sonstige organisatorische Maßnahmen die Bande im Imperium wieder fester zu knüpfen. Man wird daher für die nächsten Jahre eher mit einer Stärkung als mit einer Schwächung der Struktur des britischen Imperiums zu rechnen haben.

Generalfeldmarschall von Blomberg hat durch sein chevalereskes Wesen und offene militärische Art denkbar besten Eindruck hinterlassen. Er wurde verschiedentlich von König, Königin und sonstigen maßgebenden Persönlichkeiten besonders geehrt, wie ihm überhaupt von allen Seiten persönlich Sympathien entgegengebracht wurden.

Der Feldmarschall hatte teils in meinem Hause, teils bei anderen Gelegenheiten zahlreiche Besprechungen mit maßgebenden englischen Persönlichkeiten, insbesondere auch mit Kabinettsmitgliedern wie Baldwin, Neville Chamberlain, Eden, Halifax, Inskip, Duff Cooper und Hoare, ferner mit Winston Churchill. Über die Gespräche mit den Erstgenannten folgen von Legationsrat Schmidt gefertigte Aufzeichnungen.

Grundtenor dieser Aussprachen war der allgemeine Wunsch, daß zwischen Deutschland und England ein Weg der Verständigung gefunden werden müsse. Auf Einzelheiten, wie diese Verständigung erreicht werden könne, sind die englischen Staatsmänner allerdings weniger eingegangen.

Aus der Besprechung mit Eden ist zu vermerken, daß sie, was das Vorwärtstreiben der Westpaktfrage als auch die belgische Frage anbetrifft, nicht allzu ergiebig war. Die Kolonialfrage wurde mehr gestreift. Eden schien mehr Schwierigkeiten als Möglichkeiten zu sehen. Zu vermerken ist erneutes Anschneiden der bereits berichteten Idee Edens eines Appells zum Waffenstillstand im spanischen Bürgerkrieg. Ich verweise auf besondere Telegramme. Die Kolonialfrage wurde auch in den übrigen Gesprächen berührt und teils in positivem, teils in negativem Sinne kommentiert.

Die Besprechung des Feldmarschalls mit dem englischen Verteidigungsminister Inskip bei Lord Astor verlief besonders freundschaftlich, was meine eigene Erfahrung mit Inskip vom vergangenen Jahr bestätigt. Ich glaube, daß Inskips Einfluß in dem kommenden Kabinett wesentlich bedeutsamer noch als bisher sein wird. Viele Leute

glauben, in ihm einen späteren Premierminister zu sehen. Zweifellos ist Inskip Deutschland gegenüber nicht schlecht eingestellt, und es wird Sorge der Botschaft sein, die Beziehungen zu Inskip, der mit unseren Freunden Lothian-Astor engstens befreundet ist, weiter zu pflegen.

Es hat sich während der Krönungsfeierlichkeiten bei den Veranstaltungen außerhalb und innerhalb der Botschaft überhaupt gezeigt, daß man hier bestrebt war, die deutsche Delegation sowie auch die Vertretung in jeder Beziehung zuvorkommend und freundschaftlich zu behandeln.

Vielfach wurde das Echo der Krönungswoche in der deutschen Presse dankbar hervorgehoben.

Ich hatte auch meinerseits zahlreiche Aussprachen mit maßgebenden englischen Persönlichkeiten. Sie waren meist recht freundschaftlich, auch mit Eden und Vansittart, zu denen die Botschaft rein persönlich ein angenehmes Verhältnis hergestellt hat. Sachlich hat sich an der bekannten Einstellung dieser Herren deutschen Belangen gegenüber nach meinen neusten Informationen nur wenig geändert. Nevile Henderson soll nach einer streng vertraulichen Information von seinen ersten Besprechungen im Foreign Office über seine zukünftige Tätigkeit in Deutschland wenig erbaut gewesen sein. Seine spätere Besprechung mit Neville Chamberlain soll ihm aber den Rücken im Sinne einer Verständigungsarbeit mit uns gestärkt haben. Ich glaube auch, wir können mit Recht gewisse Hoffnungen auf den neuen Premierminister setzen. Er will, wie ich vertraulich höre, Eden als Außenminister behalten, aber selbst die außenpolitischen Fäden stärker in die Hand nehmen. In diesem Zusammenhang verdient ein Gespräch mit Neville Chamberlain besonders hervorgehoben zu werden. Ich sagte Chamberlain, mir schiene, die Zukunft der Welt hänge in erster Linie von der Gestaltung des deutsch-englischen Verhältnisses ab, das heiße, ob unsere beiden Länder auseinander trieben und schließlich sich in gegnerischen Lagern befänden oder ob wir wirklich Freunde würden, wozu jede Voraussetzung gegeben sei. Ich sei vom Führer hierher geschickt, um zur Erreichung des letzteren Zieles beizutragen. Hierauf erwiderte der sonst so trockene Chamberlain mir spontan und herzlich wörtlich, „daß er mir bei dieser Aufgabe in Zukunft hundertprozentig zur Verfügung stünde".

Alles dieses darf natürlich nicht dazu führen, von einer ernsthaften Neueinstellung in englischen Regierungskreisen den deutschen Problemen und Wünschen gegenüber zu sprechen. Den Gesprächen zwischen deutschen und englischen Vertretern entsprechen z. B. auch zahlreiche und in der Presse erwähnte befriedigende Besprechungen, die andere ausländische Staatsmänner mit maßgebenden englischen Persönlichkeiten geführt haben. Aus diesem Grunde darf

die freundliche Atmosphäre, in der sich die deutsch-englischen Gespräche abgewickelt haben, nicht einseitig betrachtet werden.

Englands Politik Deutschland gegenüber – soweit diese derzeit überhaupt klar erkenntlich – kann man wohl wie folgt zusammenfassen:

1. England als saturierte Nation will über alles Frieden.

2. Schlechtes Gewissen über Ausraubung Deutschlands, Deutschlands gewaltige Erstarkung, seine Kampfstellung gegen das bolschewistische Rußland, das Bestehen immer mehr heranreifender östlicher und südöstlicher Probleme lassen Deutschland als einen wahrscheinlichen Angreifer erscheinen. Seine guten Beziehungen zu Italien und Japan verstärken diesen Eindruck.

3. Die kollektive Sicherheit des Völkerbundes hat versagt, und die Erkenntnis dringt immer mehr durch, daß man sich im Ernstfall nicht auf kollektive Sicherheit verlassen kann.

4. Englands Garantien für Belgien und Frankreich sind bisher die Eckpfeiler der englischen Europa-Politik. Ein Angriff im Westen würde England immer an der Seite unserer Gegner finden. Bleibt die Ostfrage.

5. England will sich bezüglich des Ostens nicht binden. Tatsächlich ist es aber durch seine Garantie für Frankreich und durch die französische Garantie für Rußland doch stark in das französische Bündnissystem verwickelt, d. h. also doch indirekt mit dem Osten verbunden. Unterstrichen wird dies noch durch seine dauernde moralische Unterstützung des französisch-russischen Paktes, d. h. also durch die Unterstützung des französischen Hegemoniewillens in Europa, der sich durch Frankreichs Bündnis mit Rußland ausdrückt. Wie die Dinge heute liegen, besteht die Gefahr, daß im Falle eines russisch-deutschen Konfliktes England irgendwie durch Frankreich in den Krieg gegen Deutschland hineingezogen wird (Methoden hierfür gibt es ja genug: Havas Falschmeldungen, falsche Angreiferbehauptungen, Sabotageaktionen usw. usw.). Der einzig klare Weg, dies zu verhindern, wäre eine eindeutige englische Neutralitätsversicherung für den Fall eines deutsch-russischen Krieges. Damit wären wir aller Voraussicht nach im Westen überhaupt gesichert, denn ohne englische Waffenhilfe würde Frankreich wohl kaum die deutschen Westbefestigungen angreifen. Der Schlüssel der Situation liegt also ausschließlich bei England, und vor die Alternative gestellt, einerseits: Freundschaft Deutschlands unter voller Wahrung englischer Interessen (Flottenabkommen, Bereitschaft zur Sicherung der Integrität der zwischen Deutschland und England liegenden Länder inklusive Frankreich) und andererseits: nochmaliger Kampf auf Leben und Tod zwischen den beiden großen germanischen Nationen für eigentlich fremde Interessen, ein Kampf, der für England unter Umständen in einer sehr viel ungünstigeren Konstellation als 1914 aufgenommen werden müßte und der jedenfalls die Existenz des britischen Imperiums aufs Spiel setzt, sollten die englischen Staatsmänner doch noch die richtige Wahl treffen.

Die Argumentation des Foreign Office ist allerdings, wie mir heute ein ganz zuverlässiger Vertrauensmann wieder erneut bestätigte, immer noch folgende: Wenn Deutschland in einem russischen Krieg siegreich bliebe, wäre es so stark, daß es mit Europa und dann auch eines Tages mit England machen könne, was ihm beliebe. Diese Argumentation, der ein angebliches Streben Deutschlands nach Weltherrschaft zu Grunde liegt, und die Deutschland die Fähigkeit, als zufriedene, saturierte Nation zu leben, grundsätzlich abspricht, müssen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln und Argumenten widerlegen, indem wir alles daran setzen, um auf das neue englische Kabinett einzuwirken, denn dieses ist das einzige, was diese traditionelle Einstellung des Foreign Office seit dem Memorandum des Deutschenfeindes Sir Eyre Crowe von 1907, das eine Art Glaubensbekenntnis des Foreign Office geworden ist, umstoßen kann. Unsere Gegenargumentation, wie u. a., daß ein zufriedenes Deutschland wie heute England nur ein Interesse an der Erhaltung seines Besitzes haben könnte, ferner daß Deutschland selbst als mächtigster Staat Europas nicht nur keinerlei Interesse haben könnte, je gegen England zu gehen, sondern im Gegenteil das größte Interesse an der Erhaltung des Britischen Imperiums, dessen Erbe es doch nie werden könnte, geradezu haben müßte, und weiterhin daß, wenn die beiden germanischen Nationen sich einmal gefunden hätten und zu einem dauerhaften Abkommen gekommen wären, sie dieses nicht nur in germanischer Treue halten, sondern auch aus Klugheit zur Erhaltung ihrer gemeinsamen Rasse und ihres Besitzes einer Welt gegenüber zusammenstehen würden, finden allmählich doch mehr und mehr aufmerksame Zuhörer. Eine weitere intensive Arbeit wird notwendig sein, um England für ein klares Desinteressement im Osten zu gewinnen. Lord Lothian wird hierzu den Auftakt in zwei sehr bedeutsamen Artikeln in der Times am nächsten Montag und Dienstag geben. Ferner sagt mir Lord Rothermere, daß er in einigen Tagen mit einer großen Artikelserie „Deutsch-englisches Bündnis ist das einzige Mittel, um Weltkrieg zu verhindern" beginnen wird. Weitere Aktionen in dieser Richtung seitens der Botschaft sind in Vorbereitung. Wie man dann zur gegebenen Zeit hier taktisch nach genügender Vorbereitung weiter vorgehen könnte, hierüber möchte ich im Laufe des kommenden Monats in Berlin mündlich berichten.

Zweifellos ist trotz der dauernden Presseangriffe auf Deutschland in der letzten Zeit bei vielen und maßgebenden Persönlichkeiten der Wunsch nach einer Verständigung mit Deutschland auf einer realen Basis vorhanden und vielleicht da und dort sogar im Wachsen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf Telegr. Nr. 277 vom 18. 5. betreff Besuch englischer Persönlichkeiten in Deutschland.

Die Botschaft wird mit diesen Versuchen der Gewinnung maßgebender Kreise und Personen systematisch fortfahren. Wichtig ist zunächst, die günstige Krönungsatmosphäre in dem politischen Alltag zu erhalten und für etwaige Verhandlungen zwischen England und uns noch weiter zu vertiefen. Dann wird und muß m. E. für uns in absehbarer Zeit der Augenblick kommen, in dem die Atmosphäre so ist, daß man England in bezug auf seine Einstellung zu den deutschen Lebensnotwendigkeiten und seine wahren Absichten uns gegenüber auf die endgültige Probe stellen kann. Man soll dann nicht mehr sagen können, die Atmosphäre sei noch nicht reif für positive Abmachungen usw., wie man es jetzt so oft hört. Endet diese Probe trotzdem negativ, so ist der Beweis des englischen Einkreisungswillens gegen Deutschland erbracht und man wird dann kompromißlos die notwendigen Konsequenzen ziehen müssen. Wie zu diesem Zwecke weiter vorgegangen werden könnte bzw. mit welchen Vorschlägen man zur gegebenen Zeit an England herantreten könnte, hierüber möchte ich ebenfalls mündlich berichten.

Inzwischen wird man gut tun, sich trotz der freundschaftlichen Krönungsatmosphäre eine gehörige Portion Skepsis zu bewahren und nichts zu unterlassen, um auf der eingeschlagenen Linie unsere anderen Freundschaften zu stärken, ohne uns den englischen Weg endgültig zu verbauen. Ich persönlich glaube erst dann an einen Wandel, wenn die englische Unterschrift unter einem für uns annehmbaren Vertragsinstrument, sei es in Fragen: Belgien, Westpakt, Kolonien oder auch einer großen allgemeinen direkten deutsch-englischen Vereinbarung, vorhanden ist. Die Botschaft wird mit allen Mitteln weiter in der Richtung einer deutsch-englischen Freundschaft arbeiten, wobei selbstverständlich unsere Freundschaften zu Italien und Japan in jeder Weise Berücksichtigung finden. Als aussichtslos darf diese Arbeit sicher nicht bezeichnet werden, denn die englische öffentliche Meinung ist Deutschland meist gut gesinnt, und es handelt sich also darum, die führende Schicht zu gewinnen. In welche Form eine solche deutsch-englische freundschaftliche Annäherung bei dem festen und meiner Auffassung nach untrennbaren Verhältnis Englands zu Frankreich – es sei denn, daß eine Bolschewisierung des letzteren alle Berechnungen von Grund auf ändert – eventuell gegossen werden könnte und wie hierbei die Ostfragen von der westlichen Friedenssicherung vielleicht getrennt werden könnten, hierüber möchte ich ebenfalls meine Auffassung im nächsten Monat mündlich dort darlegen.

Der Feldmarschall und ich hatten ferner Gelegenheit zu zahlreichen Gesprächen mit hier anwesenden ausländischen Staatsmännern und Fürstlichkeiten. Fast übertrieben warm für eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland äußerte sich mir gegenüber in meinem Hause der französische Außenminister Delbos. Zur Besprechung konkreter Fragen kam es nicht. Als Delbos hörte, daß ich mir im Juni die Pariser Weltausstellung ansehen wollte, lud er mich zu einer freimütigen Aussprache bei dieser Gelegenheit ein, die ich annahm. Im übrigen bin ich nach wie vor der Auffassung, und diese Auffassung wird mir durch Nachrichten aus verschiedenen Quellen erneut bestätigt, daß wir mit der derzeitigen französischen Regierung zu uns tragbaren Abmachungen nicht kommen können.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß der Besuch des Feldmarschalls ein starker persönlicher Erfolg des Herrn von Blomberg war, und daß daher der Förderung der deutsch-englischen Beziehungen im allgemeinen mit diesem Besuch in bester Form gedient wurde.

Trotz seiner starken Bedenken und Zweifel an der englischen Aufrichtigkeit, die in seinem Krönungsbericht zum Ausdruck kommen, fuhr Ribbentrop fort, in den englischen Regierungskreisen für ein Verständnis des deutschen Standpunktes zu werben.

Die ersten, allerdings vorsichtigen Ansätze zu seiner später konzipierten weltpolitischen Dreierkoalition – als Gegenblock gegen potentielle Angreifer – lassen sich bereits aus Ribbentrops Krönungsbericht herauslesen. Was im Mai nur konturenhaft erkennbar wird, formt sich ein halbes Jahr später in seinem Hauptbericht „London A 5522" und seinen „Schlußfolgerungen" zu einem abgerundeten Bild. Wenn er auch bereits im Mai 1937 über die Weiterentwicklung der deutsch-englischen Beziehungen mit offensichtlicher Skepsis an Hitler berichtete, so hoffte er wohl noch, daß sich die britischen Staatsmänner (in ihrem ureigensten Interesse) zu einer vernünftigen Einstellung gegenüber Deutschland entschließen würden. Aber seine Warnungen, die Hoffnungen nicht zu hoch zu stecken, werden nicht immer ohne Einfluß auf Hitler geblieben sein.

Um aus der Sackgasse herauszukommen, in die die offiziellen Beziehungen gemündet waren, schlug Ribbentrop jetzt vor, durch persönlichen Gedankenaustausch und direkte Kontakte die Atmosphäre zu verbessern. Er hatte bereits mit zahlreichen führenden britischen Persönlichkeiten vereinbart, private Besuche in Deutschland abzustatten. Den Empfang „einer jeden einzelnen dieser Personen beim Führer" empfahl Ribbentrop „wärmstens". Eine lange Besucherliste schloß sich an: Baldwin, der in Kürze sein Amt als Premierminister an Neville Chamberlain abgeben würde; Lord Derby, der mit Ribbentrop in enger Verbindung stand (s. Ribbentrops Bericht an Hitler und Neurath. London, 20. Februar 1937. A 718); Verteidigungsminister Inskip, der wiederholt sein Ausgleichsbestreben ausgesprochen hatte; selbst Winston Churchill, dessen Umwandlung „in einen Deutschenfreund vielleicht doch, noch gelingen wird und wofür im persönlichen Verkehr mit der Botschaft

seit einiger Zeit gewisse Anzeichen vorhanden scheinen"; auch von einem Besuch des kanadischen Premiers MacKenzie King versprach sich Ribbentrop positive Auswirkungen auf das deutsch-englische Verhältnis. In seinem Bericht stellte er die „deutschfreundliche" Haltung des kanadischen Staatsmannes heraus, dessen Besuch „in Anbetracht der Bedeutung der Dominions für die britische Außenpolitik ich für besonders wichtig halte".

Anläßlich der Imperial Conference vom Sommer 1937 erhoben sich warnende Stimmen, besonders von seiten Südafrikas, den Bogen mit Deutschland nicht zu überspannen. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Forderungen, einen Ausgleich mit Deutschland zu suchen und unter allen Umständen eine kriegerische Verwicklung auf dem europäischen Kontinent zu vermeiden, vollzog Chamberlain schließlich seine taktische Wendung gegenüber Berlin. Das Risiko, die Dominions vor den Kopf zu stoßen, war noch zu groß. In einer zukünftigen Auseinandersetzung mit dem Reich war London auf die Hilfe seines Empires angewiesen. Bei Chamberlain spielten diese Überlegungen damals eine gewichtige Rolle. Während er nicht gern auf den Einspruch der Dominions reagierte, aber seine Außenpolitik taktisch an diese Linie anpaßte, hoffte Ribbentrop, die positive Einstellung der Dominions zu einer Generalregelung des deutsch-englischen Verhältnisses nutzen zu können. Auch Persönlichkeiten des britischen Wirtschaftslebens wollte Ribbentrop für sein Projekt gewinnen. Sir Alexander Walker, „ein Mann von nicht unbedeutendem Einfluß in Wirtschaftskreisen", hatte sich bereit erklärt, nach Berlin zu reisen. Lord Arnold, ein „häufiger Verfechter deutscher Interessen im Oberhaus", hatte ebenfalls versprochen, seinen Beitrag zu leisten. Sogar „unser alter Feind, Mr. Gerard", der frühere amerikanische Botschafter in Berlin – bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im Frühjahr 1917 –, schien für Ribbentrops Friedenspolitik gewonnen zu sein. Er hatte anläßlich der Krönungsfeier in London Feldmarschall von Blomberg seinen Entschluß mitgeteilt, „die Vergangenheit zu begraben und für die Zukunft einer deutsch-amerikanischen Freundschaft zu arbeiten". Als Abschluß dieser Sondierungsbesuche und gleichzeitig als Auftakt zu einem neuen Abschnitt deutsch-englischer Beziehungen schlug Ribbentrop einen „eventuellen" Besuch des Lordsiegelbewahrers Halifax vor, „den ich aber lieber erst später, nachdem die Atmosphäre durch die anderen Besucher weiter geklärt ist, zu positiveren Verhandlungen in Deutschland sehen möchte". (Ribbentrop an Hitler und Neurath. London, 18. Mai 1937. Ganz Geheim. Nr. 277.)

England spielt auf Zeitgewinn

Der gescheiterte Neurath-Besuch

Die Imperial Conference war am 14. Mai 1937 zusammengetreten. Dort wurde Widerspruch gegen Edens und Chamberlains Deutschlandpolitik laut. (S. C. M. von der Heever: General J. B. M. Hertzog. Johannesburg 1946, S. 270f.) Daher mußte Chamberlain gegenüber den Dominions seinen Ausgleichswillen mit Deutschland unter Beweis stellen. Nach wenigen Wochen vollzog der Premierminister die erste taktische Schwenkung auf seine neue außenpolitische Linie. Über Botschafter Henderson hatte Eden bereits Fühlung mit Neurath aufgenommen und den deutschen Außenminister zu einem Besuch „in naher Zukunft" in die britische Hauptstadt eingeladen. Der englische Außenminister bat Ribbentrop am 5. Juni zu einer Aussprache in das Foreign Office und eröffnete ihm diesen Plan. Einleitend betonte er, daß der Neurath-Besuch lediglich einem allgemeinen Gedankenaustausch dienen sollte. Die deutsch-englischen Verhandlungen würden auch in Zukunft durch die offiziellen diplomatischen Kanäle laufen. Als Hauptdiskussionspunkt erwähnte Eden die Spanische Frage. Jedoch andere außenpolitische Probleme könnten ebenfalls angeschnitten werden.

Obwohl Ribbentrop einen allgemeinen Gedankenaustausch begrüßte, hegte er leise Zweifel an der Zweckmäßigkeit dieses plötzlich geplanten deutschen Besuches. Er befürchtete, daß die Reise des Außenministers nach London allzu hochgesteckte Erwartungen erwecken würde, ohne sie erfüllen zu können. Er machte Eden darauf aufmerksam, daß Hitler positive Ergebnisse erwarte, warf daher die Frage auf, ob es nicht angebrachter sei, einen britischen Minister nach Berlin zu entsenden, was Eden ablehnte.

„Von größter Bedeutung", so betonte der englische Außenminister, wäre die Bekanntmachung, daß dieser geplante Neurath-Besuch nicht mit der Absicht verbunden wäre, in offizielle Verhandlungen über ausstehende Fragen einzutreten. Informelle Gespräche, wie sie Eden vorschwebten – und diese Ansicht drückte er deutlich aus –, müßten nicht unbedingt zu irgendwelchen Übereinkommen zwischen beiden Regierungen führen. Ribbentrop befürchtete, daß London lediglich den Eindruck zur Diskussionsbereitschaft erwekken wollte, um Deutschland später mit einem etwaigen negativen

Ausgang der Gespräche vor der Weltöffentlichkeit belasten zu können. Aber für Kontaktaufnahmen auf ministerieller Ebene sprach Ribbentrop sich „hundertprozentig befürwortend" aus. Sofort nach seiner Rückkehr nach Deutschland wollte er Hitler den englischen Vorschlag vortragen, denn Eden „zweifelte, ob Neurath den Reichskanzler überhaupt von der englischen Einladung in Kenntnis gesetzt hatte". Am Schluß seiner Unterhaltung mit dem englischen Außenminister brachte Ribbentrop nochmals seine Bereitschaft, sich für den Neurath-Besuch einzusetzen, unmißverständlich zum Ausdruck. (Eden an Henderson. London, 5. Juni 1937. No. 694. FO 371/20748, C 4076.)

Dieser beliebte Londoner Trick der Unterstellung, als ob der Kanzler nicht über alles informiert werde, wurde im Jahre 1938 auch Ribbentrop gegenüber wiederholt angewandt, z. B. aufgrund von Einflüsterungen deutscher Verschwörer wie Hauptmann Wiedemann, Hitlers persönlichem Adjudanten.

Nach dem Gespräch mit Eden flog Ribbentrop nach Berlin. Am 10. Juni kehrte er nach London zurück und setzte sich sofort mit dem Foreign Office in Verbindung. Er teilte Eden mit, daß er den geplanten Neurath-Besuch ausführlich mit Hitler besprochen habe. Berlin begrüße die englische Initiative. Er selbst halte die Angelegenheit „für sehr nützlich". Jedoch solle ein Kalender der Gesprächsthemen vorher festgelegt werden. Die allgemeine internationale Situation sollte Hauptgegenstand der Unterredungen sein. (Ribbentrop an Hitler. London, 10. Juni 1937. Nr. 323; Eden an Henderson. London, 5. Juni 1937. No. 717. FO 371/20748, C 1170.)

Obwohl die Einladung an Neurath längst ausgesprochen worden war, gab Eden erst am 13. Juni dem Foreign Office die Anweisung, sich genauere Gedanken über die Gesprächsthemen zu machen. Sir G. Mounsey riet davon ab, die Spanische Frage in den Mittelpunkt der Aussprache zu stellen. Dieser Komplex sollte auch weiterhin im Rahmen des Nichteinmischungsausschusses behandelt werden. Portugal, Frankreich und Sowjetrußland würden sofort mißtrauisch reagieren, wenn Eden Spanien offiziell zu einem Diskussionspunkt mit Neurath machen würde. Außerdem müßten die italienischen Befürchtungen, die Achse Berlin-Rom auf dem Umweg über Spanien zu sprengen, sich verstärken (ebenda).

In einer zweiten Unterredung nach seiner Rückkehr aus Berlin erkundigte sich Ribbentrop bei Eden, ob das Foreign Office inzwischen die Gesprächspunkte festgelegt habe, die in London angeschnitten werden sollten. Eden erwiderte, „er habe Außenminister

von Neurath mitteilen lassen, er hielte es für richtig, bei der Ankündigung des Besuches nicht von Verhandlungen zu sprechen, sondern nur von einer freundschaftlichen Fühlungnahme über die beide Nationen interessierenden Fragen". Im Laufe seiner wiederholten Aussprachen mit Eden spürte Ribbentrop die etwas schwierige Lage, in der er sich befand. Von Anfang an hatte ihn die Wilhelmstraße im dunkeln gelassen. Es schien, als hätte das Auswärtige Amt eine bewußte Nachrichtensperre gegen ihn verhängt, um ihn als Gesprächspartner zu diskreditieren. In einer persönlichen Mitteilung an Neurath berührte er dieses Thema. In all seinen Londoner Unterredungen habe er empfunden, „wie nachteilig es ist, wenn die Botschaft nicht laufend über solche zwischen Amt und Britischer Botschaft in Berlin geführten Verhandlungen unterrichtet ist". Die Einladung an Neurath war ihm nämlich erst durch Eden mitgeteilt worden. Die Wilhelmstraße hatte ihn nicht von der bereits aufgenommenen Fühlungnahme informiert. Aber auch über die „jetzt . . . in Berlin geführten Verhandlungen und über Einzelheiten des Besuches des Außenministers" hatte er erst durch Eden Kenntnis erhalten. Ribbentrop ließ keinen Zweifel daran, daß der in London entstehende Eindruck „unserer Politik abträglich" sei. Er bat Neurath dringend, ihn auf dem laufenden zu halten. (Ribbentrop an Neurath. London, 15. Juni 1937. Nr. 332.)

Neurath selbst machte in seinen Gesprächen mit ausländischen Diplomaten kein Hehl aus seiner Antipathie gegen Ribbentrop, den er schon damals als seinen Rivalen betrachtete. In seinen Unterhaltungen mit Hendersons Vorgänger in der Britischen Botschaft in Berlin, Sir Eric Phipps, soll er unumwunden seine Hoffnungen ausgeprochen haben, jeden angeblichen „Fehlschlag" Ribbentrops zur Verstärkung seiner eigenen Position nutzen zu können. (Sir Eric Phipps an Eden. Berlin, 14. April 1937. No. 246. FO 371/20732.) Graf Albrecht Bernstorff, der als Verbindungsmann der Anti-Hitler-Kreise zwischen Berlin und London hin und her pendelte, vertraute dem englischen Diplomaten Stevenson an, daß Neurath „mit Zufriedenheit" Ribbentrops „Fehlschläge" beobachtete. Der Außenminister warte lediglich auf den Augenblick, wo der deutsche Botschafter in London sich „völlig diskreditiere". (Memorandum. R. S. Skrine Stevenson. 15. Juni 1937. FO 371/20733.) Auch vor Henderson hielt Neurath mit seiner Abneigung gegen Ribbentrop nicht hinter dem Berg. Der inzwischen abgelöste Neurath „haßte" seinen Nachfolger Ribbentrop „wie die Pest", schrieb der britische Botschafter im Mai 1938 an Sir Alexander Cadogan. (Henderson an Cadogan. Privatbrief. Berlin, 29. Mai 1938. FO 800/269.)

Der geplante Neurath-Besuch wurde abgesagt, nachdem am 15. und 18. Juni vor Oran mehrere Torpedoangriffe eines U-Bootes auf den Kreuzer „Leipzig“ stattgefunden hatten. Ribbentrop erhielt Anweisung, im Nichteinmischungsausschuß gegen diese Vorkommnisse aufzutreten. Die deutsch-englischen Spannungen verschärften sich erneut. Staatssekretär von Mackensen teilte Botschafter Henderson mit, daß der Besuch des deutschen Außenministers verschoben werden müsse angesichts der Lage, „die durch die wiederholten rotspanischen Attentate auf deutsche Kriegsschiffe entstanden ist“. (Mackensen-Aufzeichnung, Nr. 33.)

Goerdeler in London

„Was hat Goerdeler Ihnen erzählt?“ fragte Ende Juni 1937 S. D. Waley vom Finanzministerium den Chef der Wirtschaftsabteilung im Foreign Office, F. T. A. Ashton-Gwatkin. Wer war der geheimnisumwitterte Besucher, der in diesen ereignisreichen Wochen in London erste Kontakte zu Regierungsstellen und Persönlichkeiten im politischen Leben Englands aufnahm? Mit welcher Mission war Carl Goerdeler beauftragt und welche Kräfte in Deutschland hatten ihn als ihren Repräsentanten nach London entsandt?

Im Frühjahr 1937 war Goerdeler von der offiziellen deutschen politischen Bühne endgültig abgetreten. Seine Rolle als Preiskommissar und Oberbürgermeister von Leipzig hatte er beendet. In Berlin hatte Goerdeler seinen neuen Operationsplan mit Verschwörerkreisen innerhalb der Wehrmachtsführung und Regierungsstellen abgestimmt. Seine Reisepläne, die er mit Ludwig Beck, dem Chef des Deutschen Generalstabes, koordinierte, führten ihn über Brüssel nach London und zu einem Blitzbesuch nach Berlin. Von dort kehrte er nach London zurück, um dann nach Den Haag, Amsterdam, Paris, Toronto und Washington aufzubrechen. Gleichzeitig nahm Beck Verbindung zu politischen und militärischen Kreisen Frankreichs auf. Im Sommer besuchte er Paris und führte dort eingehende Geheimgespräche mit dem französischen Generalstabschef Gamelin, Marschall Pétain und Ministerpräsident Daladier. (S. Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die Deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1954, S. 141, 152ff.)

Der Chef der deutschen Abwehr, Admiral Canaris, sicherte die Goerdeler-Mission gegen die deutsche Regierung ab. Der Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident, Hjalmar Schacht, besorgte die nötigen Auslandsdevisen und öffnete Goerdeler die Türen

zu englischen Finanz- und Wirtschaftskreisen. Unter der Vorspiegelung, die Einstellung ausländischer Kreise zu Deutschland erkunden zu wollen, erschlich sich Goerdeler die Unterstützung Görings, der ihn ermahnte, in England eine „patriotische Haltung“ an den Tag zu legen. Dadurch wurden die letzten Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt. Goerdeler, der im Verdacht des Verrats gestanden hatte, kam wieder in den Besitz seines Reisepasses. (Colvin: Vansittart in Office, p. 150.)

Mitte Juni 1937 traf Goerdeler in London ein. In der britischen Hauptstadt empfingen ihn der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, Außenminister Eden, Staatssekretär Sir Robert Vansittart, Lord Halifax und Winston Churchill. In zahllosen Gesprächen machte er seinen Standpunkt, stellvertretend für die Berliner Verschwörer, klar. Wenn auch Goerdeler mit dem britischen Premierminister nicht persönlich zusammentraf, war Chamberlain doch über seine engen Mitarbeiter und Vertrauensleute – wahrscheinlich durch Halifax oder Ashton-Gwatkin – in die Pläne eingeweiht. (Colvin: Vansittart . . ., p. 155.) Der ehemalige Preiskommissar unterrichtete britische Regierungskreise über die geplanten Putschabsichten der deutschen Verschwörer und brachte gleichzeitig seine Hoffnung auf wohlwollende Aufnahme der Umsturzpläne zum Ausdruck. Dieser Tenor durchzog alle seine Gespräche in London und in den anderen Hauptstädten.

Auf den Chef der Wirtschaftsabteilung im Foreign Office, Ashton-Gwatkin, machte Goerdeler den Eindruck eines „ehrlichen Kerls“ – honest fellow –, der seinen britischen Gesprächspartnern eine umfassende Lösung aller ausstehenden Probleme versprach, sobald erst einmal die „richtigen Leute“ das Steuer in Berlin übernommen hätten. Der Schlag gegen das Regime sei für 1937 noch nicht geplant; er sollte aber „vielleicht im nächsten Jahr“ durchgeführt werden. Die wirtschaftliche Situation im Reich bezeichnete Goerdeler als „schlecht“, aber noch nicht „hoffnungslos“. Unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung würden jedoch die Putschabsichten in die Tat umgesetzt werden. Die Lebenshaltungskosten stiegen; die Qualität der Konsumgüter verschlechtere sich ständig. Aber dieser Zustand, obwohl „ernst“, würde noch keine „Revolution“ auslösen. Die Frage, ob der innerpolitische Kampf zu gewalttätiger oder friedlicher Auseinandersetzung führen würde, ließ Goerdeler offen, denn alles hinge von der „Reichswehr“ ab; ihr endgültiger Entschluß sei maßgebend. Gegenwärtig verhielten sich die führenden Kreise der Wehrmacht noch zurückhaltend und abwartend. Große Hoffnung setze man seitens der Verschwörerkreise

auf Göring, der „einfach ein Engel sei". Selbst Hitler scheine zeitweise noch tragbar. Der eigentlich „böse Einfluß" gehe von Himmler und den „Nazibossen" aus. Gegen diese Kräfte solle der erste Schlag geführt werden. In seinen Gesprächen mit dem britischen Diplomaten Stopford und dem Beamten des Finanzministeriums, Waley, bekräftigte Goerdeler immer wieder den „unausweichlichen Zusammenstoß zwischen Hitler und den Verschwörern". Nur über den Tag X konnte er keine definitive Auskunft geben. Einmal sprach er von Monaten, ein anderes Mal von Jahren. Aber *ein* Eindruck mußte sich unauslöschbar in den Köpfen seiner englischen Gesprächspartner festsetzen: Der Mob-Plan für den Umsturz war bereits angelaufen. (S. Ashton-Gwatkin an Waley, 25. Juni; Waley an Ashton-Gwatkin, 24. Juni u. 7. Juli 1937. FO 371/20733, C 4714.)

Goerdelers London-Mission brachte Leben ins Foreign Office. Seine offenen und versteckten Putsch-Andeutungen wirkten elektrisierend. Die Aufzeichnung des Gespräches zwischen dem „Times"-Korrespondenten A. E. Barker und dem Reisenden in Sachen Verschwörung löste unter den führenden Beamten des Foreign Office heftige Diskussionen aus. Die Information, die Barker unter dem Siegel der Verschwiegenheit lieferte, um Goerdeler nicht in Gefahr zu bringen, vermittelte genauen Einblick in dessen Tätigkeit und warf auch gleichzeitig ein schärferes Licht auf die Hintermänner, für die er sprach.

Goerdeler unterbrach am 20. Juni 1937 plötzlich seinen Aufenthalt in London und stattete seinen Mitverschwörern in Berlin einen Blitzbesuch ab. Dort hielt er sich nur wenige Stunden auf und stellte Kontakt zu seinen Freunden in der Armee her. Er informierte sie über seinen bisherigen Botengang und nahm gleichzeitig neue Instruktionen entgegen. In Berlin besuchte er auch Göring, mit dem er in ein „stundenlanges" Gespräch verstrickt wurde. Der Leiter des Vierjahresplanes – so Goerdeler – schien im höchsten Maße beunruhigt über das „Durcheinander", in dem sich das Regime befand. Goerdeler will sogar den Eindruck gewonnen haben, als erwartete Göring ein unmittelbar bevorstehendes Chaos, dem er hilflos gegenüberstehe. Das Regime scheine vor dem „Auseinanderbrechen" zu stehen. Das waren Goerdelers Wunschgedanken, die er als Wahrheit im Ausland verbreitete, um dem bevorstehenden Putsch einen Schein der Berechtigung zu geben. Seine Unterhaltung mit Göring, den Goerdeler über seine eigentlichen Absichten und Hintergedanken natürlich im dunkeln lassen mußte, bestärkte ihn in seiner Ansicht, daß die „deutsche Diktatur" nur noch eine Lebensspanne von sechs bis acht Monaten hätte. Er wußte sogar zu berichten, daß Hitler von seinen Kabinettskollegen „gezwungen" worden sei, eine Sitzung vorzeitig zu verlassen. Der Führer habe sich von Berlin abgesetzt, um in Mitteldeutschland „architektonische Eingebungen" zu sammeln. Goerdeler erzählte seinem lauschenden „Times"-Zuhörer, daß Hitler von dem Gedanken, Berlin und München völlig neu zu gestalten, „besessen" sei. Im Eifer des Gespräches drängten sich Goerdeler sogar Vergleiche mit Ludwig II. von Bayern auf.

Goerdeler und seinen „Freunden im Generalstab" seien Beweise in die Hände gefallen, wonach der „extremistische Flügel" unter Himmler und Heydrich ein Attentat auf Hitler plane. Wie das englische Geheimdokument aussagt, hatte diese Nachricht Goerdeler veranlaßt, anläßlich seines Blitzbesuches in Berlin mit dem Oberbefehlshaber des Heeres, General von Fritsch, in Verbindung zu treten und ihn zu drängen, sofort die „Armee in Bewegung zu setzen, denn der Zeitpunkt für einen militärischen Coup sei gekommen". Aber Fritsch nahm eine abwartende Haltung ein. Ein Putsch erschien ihm noch zu früh. „Die öffentliche Meinung sei nicht vorbereitet, was aber bald der Fall sein würde." Durch diese Ausführungen Goerdelers gewann Barker den Eindruck, daß Fritsch „jede Hoffnung auf den Führer aufgegeben habe und keinen Platz mehr für ihn in einem künftigen Regime sehe". Goerdeler glaubte „die internationalen Gefahren" zu kennen, die sich aus dieser „explosiven deutschen Situation" ergaben. Er war der Ansicht, daß „es zu keinem Krieg kommen würde, wenn Frankreich und England eine *feste Haltung einnehmen würden*". Unter diesen Umständen zeichne sich auch eine einmalige Chance für die Westmächte ab. Der Umsturzplan könne beschleunigt werden. Falls die „deutsch-italienische Politik" eine aggressivere Gangart einschlagen würde, sollten Frankreich und England „Deutschland eine diplomatische Niederlage zufügen". Diese Entwicklung würde eine Gelegenheit schaffen, daß die „gemäßigten und militärischen" Kreise Deutschlands zum Schlag gegen das Regime ausholen könnten. London und Paris würden nicht das geringste Risiko eingehen, denn die „Kriegsvorbereitungen" Hitlers bezeichnete Goerdeler als einen „kolossalen Bluff". Es mangele an Kriegsmaterial, Waffen und Rohstoffen. Zudem sei es um die Qualität der militärischen Ausrüstung schlecht bestellt. Goerdeler warnte, sich unter keinen Umständen von der Größe der deutschen Armee beeindrucken zu lassen. Selbst wenn Hitler und Mussolini ihre diplomatische Niederlage mit kriegerischen Aktionen beantworten sollten, könne „der militärische Widerstand nicht lange andauern". Nur „englisch-französische Schwäche" würde die einmalige Gelegenheit verspielen, die Systeme von Hitler und Mussolini zu stürzen. Darin

sah Goerdeler die einzige Gefahr. Er forderte die Engländer dringend auf: „Seid bereit, die Straße von Gibraltar zu schließen oder droht wenigstens, sie schließen zu wollen und macht klar, daß ihr gegen jede Überraschung gefeit seid." Er erinnerte Barker daran, daß „die Nazis einen Sinn für Jahrestage haben, und drei stünden bevor: „Der Ausbruch des Spanischen Krieges, die Ermordung von Dollfuß und der Ausbruch des Europäischen Krieges im Jahre 1914." (Vertrauliche Aufzeichnung von A. E. Barker, 4. 7. 1937; FO 371/20733, C 4882.)

Goerdelers Nachrichten lösten Alarmstimmung aus. Sargent vom Foreign Office sah dessen Informationen als Bestätigung für die in London einlaufenden Berichte und kursierenden Gerüchte über „einen Coup" gegen Österreich oder die Tschechoslowakei „in naher Zukunft" an. Goerdelers Anspielung auf die Hitler unterschobene Neigung, „Jahrestage" als Aufakt zu außenpolitischen Aktionen zu benutzen, „deprimierte" Sargent. London hatte erste Anzeichen dafür, daß Goerdeler als „geheimer Gesandter" und „Repräsentant" der Reichswehr nach England geschickt worden war, um die „Regierung Seiner Majestät von der Furcht und den Wünschen der Armee, die mit denen der Partei kontrastieren, in Kenntnis zu setzen". Die Tatsache, daß die „Reichswehr eine Kontaktaufnahme für notwendig erachtet, ist allein schon symptomatisch", kommentierte Sargent. (Ebenda. 6. Juli 1937, Marginalie Sargent.)

Obwohl William Strang, Leiter der Europäischen Abteilung im Foreign Office, annahm, daß Goerdeler das deutsche Situationsbild überzogen hatte, konnte er sich nicht des Eindrucks erwehren, daß „ein hoher Spannungszustand in Deutschland besteht." Er hatte erst kürzlich von einem Colonel Stotblack erfahren, daß „das Explosivmaterial für einen Bürgerkrieg in Deutschland herumliege". Wenn aber erst einmal der kritische Punkt erreicht sei, werde die „Reichswehr und mit ihr Göring", wie er hoffte, handeln. Ivo Mallet vom Foreign Office hegte jedoch „ernsthafte Zweifel" an Goerdelers Prognosen. Er hielt es für unwahrscheinlich, daß die deutsche Armeeführung schon den Zeitpunkt für gekommen halte, Hitler zu beseitigen. Im Gegensatz zu Goerdelers optimistischen Erwartungen glaubte er, daß die Armee sich im Augenblick noch in „einer Abwartestellung" befand. (Schriftlicher Kommentar von I. Mallet, W. Strang, O. G. Sargent und Alexander Cadogan.)

Goerdeler-Vansittart-Geheimgespräche

Sir R. Vansittart, der schon seit 1934 von deutschen Verschwörerkreisen mit Informationen über die schlechte wirtschaftliche und politische Lage „überfüttert" worden war, stand noch völlig unter dem Eindruck der Goerdeler-Geheimnachrichten, als er dessen langes Memorandum im Foreign Office zirkulieren ließ. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurden Goerdelers langatmige Ausarbeitungen – 17 Seiten – auch Mitgliedern des britischen Kabinetts vorgelegt. Vansittart führte zwei ausführliche Gespräche mit Goerdeler im Foreign Office und in seiner Privatwohnung. Der ehemalige Reichspreiskommissar war nach Vansittarts Ansicht „eine eindrucksvolle Person, weise und gewichtig, ein Mann von Intelligenz und Mut, ein aufrichtiger Patriot". Er gab bereitwillig Auskunft über die innerdeutsche Lage und bestätigte auch die Berichte über die deutsche Wirtschafts- und Rüstungssituation, die ständig bei Vansittart einliefen. Über die britische Gesandtschaft in Prag und die Botschaft in Berlin wurde das Foreign Office laufend mit Material aus deutschen Verschwörerkreisen versorgt. Goerdeler bekräftigte, daß die Studie über die deutsche Exportlage von ihm selbst in Zusammenarbeit mit Vertretern der deutschen Schwerindustrie, unter aktiver Mitwirkung von Vögler – Vereinigte Stahlwerke – zusammengestellt worden sei. General von Fritsch habe Anfang des Jahres diesen Bericht angefordert, um gegen allzu „überoptimistische" Lageeinschätzungen auftreten und deutsche Armeekreise gegen das Regime beeinflussen zu können. Kurz vor Goerdelers Eintreffen in London war noch ein weiterer Bericht eingelaufen. Er stammte aus der Feder von Oberst Thomas, Chef des Wehrwirtschaftlichen Stabes im Reichskriegsministerium, in dem die Engpässe der deutschen Rohstoffversorgung detailliert ausgearbeitet waren. Goerdeler bestätigte, daß diese Schilderung die wirtschaftliche Lage widerspiegele. Demnach stünden der Durchführung des Vierjahresplanes erhebliche Schwierigkeiten gegenüber. So wertvoll diese Bestätigungen des vorliegenden Geheimmaterials auch für Vansittart gewesen sein mögen, die Tatsache, daß Goerdeler ein „inniges Verhältnis" zu Fritsch und Beck hatte und „freundschaftliche" Beziehungen zu Neurath unterhielt, war viel bedeutsamer.

Goerdeler warnte Vansittart, die englische Politik gegenüber der Reichsregierung auf „illusorischen Hoffnungen und falschen Prämissen" aufzubauen. Die Hauptaufgabe seiner Mission bestand darin, „verantwortliche Ausländer" mit der „wahren" Situation im Reich vertraut zu machen, und ermahnte die Hitler-Regierung, durch Ver-

handlungen nicht aufzuwerten. Drei Tatsachen ließen sich nicht hinwegdiskutieren, betonte der ehemalige Preiskommissar: Das Reich steuere unaufhaltsam auf einen wirtschaftlichen und finanziellen Bankrott zu. Der „moralische Kampf" gegen den Nationalsozialismus würde in einer „Entscheidungsschlacht" ausgetragen werden. Aber gleichzeitig solle London sich keinen falschen Vorstellungen hingeben. Die Trennungslinie verlaufe nicht zwischen der Partei und dem deutschen Volk, sondern ziehe sich mitten durch die nationalsozialistische Bewegung, von der sich die „aufrichtigen, ehrlichen, idealistischen und desillusionierten Leute, unter ihnen sogar einige Männer aus Hitlers unmittelbarer Umgebung, langsam absetzten. Das Menschenmaterial ist vorhanden, mit dem wir ein neues Deutschland und ein neues Europa aufbauen können, wenn wir den Zusammenbruch und den gewaltsamen, entscheidenden Kampf, durch den wir hindurch müssen, überleben." Immer wieder betonte Goerdeler in seinen Unterredungen mit Vansittart, daß „nichts schlimmer für Deutschland und Europa wäre als ein künstlicher deutsch-englischer Ausgleich, der in Illusionen wurzele". Kriegerische Verwicklungen ständen nicht unmittelbar bevor. Selbst wenn ein militärischer Konflikt drohe, würde der deutsche Generalstab *sofort* eingreifen und einen Kriegsausbruch verhindern. Nochmals mahnte er Vansittart, „geduldig und fest" zu bleiben und vor allem „den vernünftigen Menschen in Deutschland eine Chance zu geben" und keinen Kurs einzuschlagen, der die Pläne der Verschwörer durchkreuze, „ohne dadurch zu einem Dauerübereinkommen zu führen". (Memorandum, Sir Robert Vansittart. London, 6. Juli 1937. FO 371/29733, C 5933.) Im Führungskampf um die Macht in Deutschland würden sich die folgenden politischen Gruppen herausschälen: 1. Die Gemäßigten – sprich: Verschwörer –. 2. Hitler und Goebbels, die sich einer radikalen Änderung der Wirtschaftspolitik entgegenstemmten und gleichzeitig mit dem Gedanken spielten, sich auf außenpolitische Abenteuer einzulassen, falls die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich verstärkten und falls Frankreich innerlich zusammenbrechen sollte. Goebbels, so wußte Goerdeler nach London zu berichten, treffe letzte Vorbereitungen für eine „gewaltsame antitschechische Kampagne". Hier tauchten Hinweise, Befürchtungen und Voraussagen auf, die knapp drei Monate später, am 5. November 1937, Hitler von seinem Adjudanten im sogenannten „Hossbach-Protokoll" in den Mund gelegt wurden. Die Sprachregelung der deutschen Verschwörerkreise hatte Perfektion erlangt. Oberst Hossbach unterstellte, wohl im Einvernehmen mit dem Chef des Deutschen Generalstabes, Ludwig Beck, dem Reichskanzler

Absichten und kriegerische Pläne, die Goerdeler bereits im Sommer 1937 kolportiert hatte. (Zum Komplex des Schlüsseldokumentes „Hossbach-Protokoll", s. A. v. Ribbentrop: Kritische Analyse, in: Verschwörung gegen den Frieden, 1. Kapitel.) Alle fälschenden Aussagen, unwahren Behauptungen und Unterstellungen, die im Nürnberger Prozeß zu Schlüsseldokumenten aufgewertet und in der Nachkriegsliteratur als Beweis aggressiver deutscher Politik herangezogen wurden, gehen immer wieder auf die Verschwörerquellen zurück.

Spätestens seit Goerdelers Londonreise im Sommer 1937 stand die englische Regierung unter dem Einfluß von „Geheiminformationen". Die innerdeutsche Lagesituation, die Stopford – englischer Verbindungsmann in Prag – in seinem Handschreiben an Ashton-Gwatkin schilderte, spiegelte das Meinungsbild der Verschwörer wider. Der Machtkampf, so konnte er berichten, war entbrannt. Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Schacht bereitete sich bereits auf seine neue Rolle als zukünftiger Reichskanzler in einem monarchistischen Deutschen Reich vor, während Außenminister Neurath die Verstärkung der Achse Berlin–Rom torpediere. (Robert J. Stopford an Ashton-Gwatkin. Privat. London, 20. August 1937. FO 371/20728, C 6031.)

Einmal auf eine Fährte angesetzt, trieb der Spürsinn die Engländer voran. Aus zweiter und dritter Hand hatte London Geheiminformationen erhalten, die auf eine baldige Machtentladung in der Reichshauptstadt hindeuteten. Goerdeler, vom Leiter des Vierjahresplanes zu „patriotischer Haltung" ermuntert, hatte im Einvernehmen mit der Wehrmacht Göring als präsumptiven Sieger des kommenden Diadochenkampfes hingestellt. In London mußte der Eindruck entstehen, als ob der ehemalige Reichspreiskommissar das Sprachrohr Görings sei. Zweifellos hat sich die Spitze der britischen Regierung von Goerdelers Geheimberichten sehr stark beeindrukken lassen. Durch alle auf sie einstürmenden, schwindelerregenden Geheimberichte beeinflußt, ermunterten sie Chamberlain, die Halifax-Reise nach Deutschland zu genehmigen, um sich an Ort und Stelle selbst ein Bild zu verschaffen über die Vorgänge, die Goerdeler und seine Gesinnungsfreunde den englischen Regierungskreisen geschildert hatten.

„Deutschland am Rätselraten halten"

Ribbentrop hatte im Mai 1937 Hitler „wärmstens" empfohlen, eine Anzahl Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaftskreisen Englands zu empfangen. Er hoffte, durch diese persönlichen Aussprachen das deutsch-englische Verhältnis aufzulockern. Diese Besuche sollten die Gespräche sondierend vorbereiten, die später auf höherer Ebene weitergeführt werden könnten. Nach Abschluß der informellen Aussprachen sollte „eventuell" Lord Halifax nach Deutschland reisen, um mit dem Reichskanzler persönlich über das deutsch-englische Verhältnis zu sprechen. Im November brach Halifax zu seinem „Erkundungs- und Verschleierungsmanöver" nach Deutschland auf, wie Ribbentrop den Besuch später in seinen „Schlußfolgerungen" charakterisierte. Während Ribbentrop mit der Aufgabe, zum Ausgleich mit Großbritannien zu kommen, nach London entsandt worden war, erhielt Halifax für seinen Deutschlandbesuch völlig entgegengesetzte Instruktionen. Chamberlain, der Ribbentrop wiederholt seine „hundertprozentige Mitarbeit" beim Aufbau einer deutsch-englischen Freundschaft zugesagt hatte (s. Ribbentrop-Bericht vom 21. Mai 1937 – A 2276 u. vom 16. Dezember 1937 – Nr. 775), ließ sowohl Halifax vor seiner Abreise wie auch Sir Nevile Henderson, der Ende Oktober in London weilte, durch Eden für ihre bevorstehenden Gespräche mit Hitler ausdrücklich einschärfen: „Über unsere Haltung müssen wir Deutschland am Rätselraten halten. Mehr können wir nicht tun, solange wir nicht stark genug sind, um mit Deutschland Fraktur zu reden." (A. Eden: Facing The Dictators, p. 509.) Als Nachfolger Edens setzte Halifax diese Verschleierungstaktik uneingeschränkt fort. (Halifax zu Harvey, in Oliver Harveys Diaries, Eintragung vom 17. März 1938.)

Aus seinem politischen Verhalten jetzt und im Laufe des Jahres 1938 kann man schließen, daß Chamberlain im November die Taktik verfolgte, über Halifax bereits Kontakte zu deutschen Gegnern des Regimes herzustellen und durch Verschleierungspolitik Zeit für die englische Aufrüstung zu gewinnen. Sobald das britische Rüstungsprogramm genügend fortgeschritten war, sollte Deutschland niedergerungen werden. In der Zwischenzeit mußte das Reich über die wirklichen Absichten Großbritanniens am *Rätselraten* gehalten werden. Nur seine engsten Freunde ließ Chamberlain an diesen geheimen Gedankengängen teilnehmen. In einem Privatbrief aus jener Zeit gestand er: „Mangels mächtiger Verbündeter und solange unsere Rüstung nicht vervollständigt ist, müssen wir unsere Politik diesen Gegebenheiten anpassen." (Chamberlain an Frau Morton Prince, 16. Januar 1938. Chamberlain Papers, zt. nach Colvin: Vansittart . . ., p. 156.) Auch Winston Churchill beklagte diesen Schwächezustand Großbritanniens, das noch nicht „in der Lage war, in den Krieg zu ziehen". (Diaries of Harold Nicholson, 1930–1939, Vo. I.

Notiz v. 15. Nov. 1937.) Diese Chamberlain-Direktiven an Halifax und Henderson durchzogen wie ein roter Faden die britische Politik bis zum erzwungenen Kriegsausbruch, und Sir Robert Vansittart hielt 1938 noch einmal diese Richtlinie schriftlich fest: „Die Politik, Deutschland am Rätselraten zu halten, ist die Politik von 1914. Wir hatten die Deutschen tatsächlich am Raten gehalten und sie errieten schließlich das Falsche – und es folgte der Krieg." (Vansittart am 7. September 1938, zt. nach Colvin: Vansittart . . ., p. 157.) Chamberlain war von der Vorstellung besessen, das Risiko, das seine Politik unzweifelhaft beinhaltete, in Grenzen zu halten: Bevor wieder einmal die Lichter in Europa zu erlöschen drohten, würden die deutschen Verschwörer auf den Plan treten und ihre Umsturzpläne in die Tat umsetzen. Diese „Trumpfkarte" gab ihm eine Zuversicht, die seine Anhänger bewunderten und die seine Gegner in Rage versetze. Das Warten auf den Putsch war Chamberlains Staatskunst. Dieser Leitgedanke bestimmte die Politik des englischen Regierungschefs bis zu dem Zeitpunkt, an dem er verbittert erkennen sollte, daß seine Trumpfkarte nicht stach.

Halifax-Besuch: Erkundungs-und Verschleierungsmanöver

Vor seinem Erkundungsbesuch in Deutschland bat Halifax Botschafter Ribbentrop zu einer Aussprache und betonte, daß „sich England und Deutschland nicht gegeneinanderstellen dürften. Ein Konflikt zwischen beiden Ländern würde, gleich wie er ausgehe, das Ende der Zivilisation bedeuten". Ribbentrop erwiderte, er selbst habe diesen Standpunkt seit Jahren vertreten und „es gäbe bestimmt keinen Deutschen, der einen solchen Konflikt wünsche". (Ribbentrop an Hitler und Neurath. London, 15. November 1937, Nr. 686 und ADAP Serie D, Bd. I, Dok. Nr. 24.) Halifax' Verbindlichkeit konnte Ribbentrop nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß London seine Anstrengungen, die deutsch-englische Aussöhnung voranzutreiben, bisher hinhaltend erwidert hatte.

Noch vor dem Deutschlandbesuch des Lordsiegelbewahrers hatte Ribbentrop, im Einklang mit Hitlers außenpolitischer Konzeption,

die ersten Konsequenzen aus seinen Beobachtungen gezogen. Die britische Unnachgiebigkeit gegenüber allen Bemühungen Hitlers und Ribbentrops, bestehende Differenzen mit England auszugleichen, und die von London ausgehenden Einkreisungsbestrebungen beantwortete Berlin jetzt mit der Absicherungspolitik, die ihren deutlichen Ausdruck in dem Dreieck Berlin–Rom–Tokio fand. In Ribbentrop hatte London einen äußerst kritischen Beobachter und Widerpart gefunden. Schon vor seiner Abreise nach Rom, wo er die Beitrittsurkunde Italiens zum Anti-Kominternpakt im November 1937 unterzeichnete, ließ der englische Botschaftsrat in Berlin, Sir Ogilvie-Forbes, gegenüber den Journalisten vom „Daily Telegraph" diese Befürchtungen anklingen. Er beklagte sich über Ribbentrop, der „solche Sachen" wie den Anti-Kominternpakt durchführe. Dieser würde „sich nach seiner Rückkehr wundern". In englischen Regierungskreisen könne man sich „sein Verhalten nur so erklären, daß er mit seiner Londoner Tätigkeit bereits abgeschlossen hat". (Vertraul. Meld. Berlin, 6. 11. 1937. Dienststelle Ribbentrop.)

London stieß sich nicht nur an den möglichen Folgen dieser deutsch-italienisch-japanischen Koalition, die in Krisenzeiten gleichzeitig Druck auf die neuralgischen Punkte britischer Interessen – Kontinentaleuropa, Mittelmeer und Asien – ausüben konnte, sondern auch an der antikommunistischen Tendenz, die sich in dem Vertragswerk vom November 1937 ausdrückte. „Der antikommunistische Komplex Ribbentrops gefällt uns absolut nicht", gestand Sir Nevile Henderson und unterschob Ribbentrop und dem Antikominternpakt englandfeindliche Absichten. Göring erwiderte, die Tatsache, daß der deutsche Botschafter in London den Vertrag unterzeichnet habe, sollte „die Regierung S. M. überzeugen, daß dieser Vertrag keine antibritischen Tendenzen beinhalte". Diese Bemerkung beeindruckte Henderson, aber noch erstaunlicher empfand er die Tatsache, daß Göring von sich aus das Gespräch auf Ribbentrop brachte. Erst zwei Tage zuvor hatte auch Neurath die Unterhaltung auf dieses Thema gelenkt. In seinem Gespräch mit dem britischen Botschafter machte der deutsche Außenminister „kein Hehl aus seiner Abneigung gegen Ribbentrop". Neurath soll sich – laut Henderson – zu der Bemerkung haben hinreißen lassen, daß er nicht erstaunt wäre, wenn die englische Regierung Ribbentrop „eines Tages zur persona non grata erklären würde". In seinem Gespräch mit Lord Halifax, der am 17. November in Berlin eintraf und von Neurath zu einem Essen *en famille* eingeladen wurde, ließ der deutsche Außenminister angeblich ähnliche Töne anklingen. (Henderson an Eden, Berlin, 18. 11. 1937. FO 371/20751, C 8017.)

Die Verschwörerkreise in der Wilhelmstraße, die sich bald um Kordt und Weizsäcker scharten, zielten darauf ab, Ribbentrop als sachkundigen Englandbeobachter und Mahner an der Seite Hitlers auszuschalten. Die konzertierte Aktion gegen Ribbentrop wurde von jenen Kreisen inszeniert, die den Kriegsausbruch brauchten, um ihre Putschpläne zu realisieren. In London reagierte man auf diese Sabotagepolitik positiv. Ribbentrop hatte die englischen Absichten genau erkannt. Es war verlorene Liebesmüh, die Reichsregierung wiederum, wie schon 1914, im ungewissen und am Rätselraten zu halten, denn dafür war der deutsche Botschafter in London ein zu scharfer Beobachter der britischen Politik, und sein Hauptziel war es, den drohenden Krieg zu verhindern.

Ribbentrop wurde zum Halifax-Besuch nicht nach Deutschland bestellt. Hitler führte nur im Beisein Neuraths das Gespräch mit dem britischen Lordsiegelbewahrer. Da auch Sir Nevile Henderson an der Unterredung nicht teilnahm, wollte Hitler offensichtlich diesem Gedankenaustausch keinen offiziellen Anstrich geben, der deshalb in Berchtesgaden und nicht in der Reichshauptstadt stattfand.

Als Halifax schließlich am Vormittag des 19. November auf dem Obersalzberg eintraf, leitete er sein Gespräch mit den Worten ein: „Er und andere Mitglieder der englischen Regierung seien davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe. Daher könne Deutschland mit Recht als das Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden." (ADAP, Serie D, Bd. I, Dok. Nr. 31.)

Halifax handelte auch weiter ganz im Sinne seiner von Eden erteilten Geheiminstruktion, wonach Deutschland am Rätselraten über die wirklichen Absichten Englands gehalten werden müsse, als er Hitler erklärte, daß „der Status quo in Österreich, der Tschechoslowakei und in Danzig geändert werden könne." (ADAP, Serie D, Bd. I, Dok. Nr. 31.) Auch gegenüber Italien befolgten die britischen Staatsmänner die nämliche Taktik, als Eden wenige Tage später dem italienischen Botschafter in London, Graf Grandi, erklärte, „in Mitteleuropa könnten gewisse Änderungen stattfinden", und seine Regierung erkenne die „Achse Berlin–Rom als eine gegebene Tatsache an". (ADAP, Serie D, Bd. I, Dok. Nr. 59.) Diese Versicherung, die Eden auch Ribbentrop gab, stand im Widerspruch zu der tatsächlichen britischen Außenpolitik, die sich bemühte, die Achse Berlin–Rom zu sprengen. Im Sommer 1937 hoffte Chamberlain noch, den Hebel in Berlin ansetzen zu können. (S. Kabinetts-Schlußfolge-

rungen vom 8. Juli 1937, FO 371/20735, C 4966.) Ab Januar 1938 schwenkte der Premierminister auf eine neue taktische Linie ein. Von diesem Zeitpunkt an konzentrierte sich die englische Politik darauf, „die Achse am Rom-Ende umzubiegen“. (S. u. a. Oliver Harvey’s Diaries, Tgb.-Eintragungen vom 18. Jan., 16. u. 18. Febr. 1938, 25. Dez. 1938, 14. Jan. 1939, 27. Mai 1939.)

Wie schon im Juni mußte Ribbentrop auch im November 1937 das Auswärtige Amt ermahnen, ihn auf dem laufenden zu halten. Drei Tage nach dem Hitler-Halifax-Gespräch wartete er noch immer auf Informationen. Erst auf eine Anforderung hin erhielt er eine kurze Zusammenfassung der einzelnen Gesprächspunkte, die der Reichskanzler und der britische Lordsiegelbewahrer auf dem Obersalzberg diskutiert hatten. (ADAP, Serie D, Dok. Nr. 32 u. 33.)

Der Halifax-Besuch, der nur auf britische Initiative zurückging, hatte Bewegung in die europäische Politik gebracht. Aufgeschreckt durch die ausgestreuten Gerüchte über das Halifax-Hitler-Treffen reisten der französische Ministerpräsident Camille Chautemps und sein Außenminister Ivon Delbos zu Informationsgesprächen nach London. Von einem französischen Gewährsmann erfuhr Ribbentrop, daß die Kolonialfrage den größten Raum bei den Londoner Besprechungen eingenommen hätte. Britische „Linkspolitiker“ hatten sich eingeschaltet, den französischen Ministerpräsidenten in antideutschem Sinne zu beeinflussen. Die Frage, inwieweit diese „Störungsmanöver“ erfolgreich gewesen seien, ließ Ribbentrop in seinem Bericht offen. Aber *eine* Tatsache war nicht wegzudiskutieren: Die englisch-französischen Ministerbesprechungen hatten gezeigt, daß „große Schwierigkeiten einer Lösung der Probleme entgegenstehen“. Berlin sollte sich auf eine Periode „langwieriger diplomatischer Besprechungen“ vorbereiten. (Ribbentrop an Hitler und Neurath, London, den 30. Nov. 1937, A 5125; London, den 1. Dez. 1937. Ganz Geheim! Citissime! Nr. 736, in: Serie D, Dok. Nr. 47 u. 48; Berichte unserer Vertrauensleute in England. E. Nr. 142. Vertraulich! London, den 4. Dez. 1937; Nachtrag zum England-Bericht Nr. 142; Ribbentrop. Abschrift zu Pol. II 3159/37. Aufzeichnung, London, den 30. Nov. 1937.)

Zwei Tage nach dem Besuch der französischen Staatsmänner in London informierte Eden den Botschafter Ribbentrop über die Unterredungen mit Chautemps und Delbos. Er betonte die Bedeutung des englisch-französischen Communiqués, in dem die Kolonialfrage als „akutes und zu lösendes Problem“ erwähnt wurde. Trotz dieser Erklärung hatte sich an der grundsätzlichen Haltung nichts geändert. London war nicht bereit, die Kolonialfrage isoliert zu diskutieren. Als Ribbentrop den englischen Außenminister um eine schärfere Umreißung der Problemstellung bat, wich Eden einer detaillierten Antwort aus. Er sprach lediglich „von einem größeren Gefühl der Sicherheit“. Ribbentrop bedauerte die „Verquickung“ des Kolonialproblems „mit anderen vielleicht nur schwer lösbaren Fragen“. (Ribbentrop an Hitler und Neurath, London, den 2. Dez. 1937. Cito! Ganz Geheim! Nr. 740; Eden an Henderson. London, den 1. Dez. 1937. No. 1445. FO 371/20737, C 8280.)

In Berlin versuchte Sir Nevile Henderson die Reaktion des Außenministers von Neurath zum Halifax-Besuch zu erkunden. Auf die Frage des Botschafters, was Hitler als Resultat erwarte, erwiderte Neurath: „Nicht viel“, verbesserte sich aber sogleich und erklärte seine Bemerkung dahingehend, daß die Schwierigkeiten, die sich auftürmten, kein rasches Verhandlungsergebnis bringen würden. Solange die Spanische Frage zu atmosphärischen Störungen führte, erwartete Neurath keine entscheidende Besserung in den Beziehungen zwischen der Berlin–Rom- und Paris–London-Achse.

Mit dem Erfolg des Halifax-Besuches konnte London vollauf zufrieden sein. Hendersons Gesamteindruck bestätigte, was Chamberlain sich von dem Erkundigungsbesuch seines Lordsiegelbewahrers erhofft hatte. Die Halifax-Visite „hatte deutlichen Auftrieb nicht nur den gemäßigten Gruppen – d. h. den Verschwörern – gegeben, sondern auch aufmunternd auf die breite Masse der deutschen Bevölkerung gewirkt, die kein Verlangen verspüre, in einen Krieg zu ziehen, und die in ihrem Herzen england-freundlich sei“. Aber diese Beobachtung solle nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch „ein großer Teil des deutschen Volkes“ auch in Zukunft eine „abwehrende Haltung“ Großbritannien gegenüber einnehmen werde. Scharfe Opposition war von einer dritten Gruppe zu erwarten, die zwar zahlenmäßig gering sei, aber starken Einfluß auf Hitler ausübe. Diese Kräfte würden eine Verstärkung der Berlin–Rom-Achse oder, als Alternative, ein „Zusammengehen mit Rußland . . .“ bevorzugen.

Das „russische Gespenst“ wurde Henderson wiederholt vor Augen gehalten, und er bezweifelte, ob sich nicht doch mehr als nur ein Druckmittel dahinter verbarg. Völlig ausgeschlossen erschien ihm ein deutsch-sowjetischer Ausgleich nicht. Zwar bestanden noch immer Widerstände, aber auch diese könnten eines Tages überwunden werden. Erst kürzlich hatte Henderson ein langes Gespräch mit Göring und Feldmarschall von Blomberg geführt. Beide machten nachdrücklich klar, daß „Stalin nicht viel länger überleben, Rußland sehr wahrscheinlich zum extremen Nationalismus zurückfinden

würde, so daß Deutschland dann nur den kleinen Finger auszustrekken brauche, den Rußland mit Begeisterung ergreifen würde". Hitler aber stünde einer Zusammenarbeit mit Moskau ablehnend gegenüber. Gedanklich aber schien man sich bereits auf die kommende große Wende vorzubereiten. Über Görings und Blombergs Loyalität gegenüber Hitler bestünde nicht der geringste Zweifel. Beide betonten, daß die außenpolitische Marschroute allein von Hitler bestimmt würde. „Die gesamte deutsche Bevölkerung stände wie ein Mann" hinter dem Reichskanzler. Göring fügte hinzu, „falls Hitler irgend etwas zustoßen sollte, werden seine Gedanken überleben, möglicherweise . . . in einer noch fanatischeren Gestalt". Beide sprachen immer wieder von Hitlers „tiefer und bitterer Enttäuschung über die englische Haltung". Blomberg verglich sogar Hitlers Gefühle mit denen „einer Frau, deren Avancen zurückgewiesen wurden". (Henderson an Eden, Berlin, 1. Dezember 1937, No. 1068; FO 371/20737, C 8315.)

Aber Henderson zeigte sich optimistisch. Er hoffte, daß der Besuch eine neue Ära in der deutsch-englischen Beziehung einleiten würde. (Henderson an Eden, Berlin, 1. u. 7. Dezember 1937; FO 371/20737, C 8634.) Es ist interessant, von Henderson zu hören, der Halifax-Besuch habe den „gemäßigten Gruppen" – den Verschwörern – deutlichen Auftrieb gegeben. Dies beweist, daß Halifax während seines dreitägigen Aufenthaltes in Berlin zum Verschwörerkreis Kontakt aufgenommen hatte. Auch das von Henderson heraufbeschworene „russische Gespenst" weist in diese Richtung, denn bekanntlich war die Erinnerung an die Zusammenarbeit der Reichswehr mit der russischen Armee aus den 20er Jahren noch nicht ganz erloschen.

Hendersons oft freimütige Erörterungen des deutsch-englischen Verhältnisses lösten teils heftige Vorwürfe, teils kritische Kommentare im Foreign Office aus. O. E. Sargent, der sich zusammen mit Vansittart als Fürsprecher der antideutschen Kräfte hervorgetan hatte, hielt den Zeitpunkt für gekommen, Henderson durch unmißverständliche Instruktionen auf eine Diskussionslinie festzulegen. Er befürchtete, daß die Äußerungen des Botschafters „falsche Eindrücke" hervorrufen könnten. Auch Eden war besorgt, daß sich Henderson zu weit vorgewagt habe. In zwei ausführlichen Depeschen erhielt der britische Botschafter klar umrissene Anweisungen, die seinen Themenkreis scharf begrenzten. Hendersons optimistische Bemerkung, daß der Halifax-Besuch einen Wendepunkt in den englisch-deutschen Beziehungen bedeute, wies Eden scharf zurück. Die Hitler-Halifax-Aussprache hätte keine Veranlassung

gegeben, den Kurs der britischen Außenpolitik neu zu überdenken. Die Marschroute, die London eingeschlagen hatte, sollte unbeirrt weiter beschritten werden. London erwarte, daß Berlin die englischen Vorschläge zur Abrüstung, zur Völkerbundsfrage, zum Westpakt und zu allgemeinen Lösungsmodalitäten bezüglich der Mittel- und Osteuropafragen aufgreife. Aber selbst ein deutsches Eingehen auf diese englischen Vorschläge würde die britische Regierung, „nicht einmal im Prinzip" verpflichten, ehemalige deutsche Kolonien überhaupt herauszugeben. Ein bilaterales Übereinkommen zwischen dem Reich und Großbritannien wurde von vornherein ausgeschlossen. London schwebte eine „allgemeine europäische Lösung" vor und nicht „lediglich ein Separatabkommen" zwischen den beiden Staaten. Chamberlain war nicht bereit, auch nur einen Grad von dieser einmal eingeschlagenen außenpolitischen Linie abzuweichen. (Sargents Kommentar vom 13. Dez. 1937; Henderson an das Foreign Office, Berlin, den 9. Dez. 1937, No. 507; Eden an Henderson, London, den 17. Dez. 1937, No. 1510. FO 371/20737, C 8466.)

Henderson ahnte nicht, daß diese scharfen Zurechtweisungen an ihn ergehen sollten, als er am 15. Dezember noch einmal grundsätzlich Stellung zu den zwischen Berlin und London schwebenden Problemen nahm. Sein ausführlicher Bericht über die deutsch-englischen Beziehungen kreuzte sich mit Edens Instruktionen, die ihm als Richtschnur für seine zukünftigen Aussprachen mit deutschen Staatsmännern dienen sollten. Er wiederholte nochmals, daß der Halifax-Besuch positive Reaktionen in Deutschland ausgelöst hätte. Hitler, bekräftigte Henderson, der „mit Sicherheit eine Freundschaft mit England einer jeden mit anderen Ländern vorziehen würde . . ., sehe jetzt wenigstens mit hoffnungsvoller Neugier der Zukunft entgegen, die zeigen solle, ob der Halifax-Besuch tatsächlich zu etwas mehr führen wird als der erfolglose Vorkriegsbesuch Lord Haldanes oder der Besuch von Sir John Simon und Ihnen – Eden – im Jahre 1935". Henderson glaubte eine gewisse deutsche Bereitschaft zu erkennen, „größere Opfer auf dem Friedensaltar zu bringen . . .". Die Reichsregierung, so prophezeite der englische Botschafter, verharre in einer Wartestellung. Die Initiative müsse von London oder gemeinsam von Paris und der englischen Regierung ausgehen. Noch bevor Hendersons Bericht im Foreign Office eintraf, hatte Eden bereits die Antwort vorweggenommen, als er den Botschafter unterrichten ließ: „Es ist nicht beabsichtigt, in baldiger Zukunft an die deutsche Regierung mit englischen und französischen Vorschlägen heranzutreten." Er wies Henderson an, deswegen jeder

konkreten Gesprächsführung aus dem Wege zu gehen. Selbst Mutmaßungen sollte er vermeiden. (Eden an Henderson, 17. Dezember 1937.)

In seinem Bericht, Berlin, den 15. Dezember 1937, No. 1120, FO 371/20737, an Eden, hatte Henderson gedrängt, nicht zu viel Zeit verstreichen zu lassen, und nahm zu den akuten Themen aus seiner Sicht Stellung. Man sollte Berlin eine Lösung der Kolonialfrage anbieten, quasi als Gegengabe zum Flottenvertrag. Der Versöhnungskomplex sollte in den Mittelpunkt gestellt werden. Die österreichische Frage solle man ausklammern, weil er keinen Grund sah, warum diese Frage nicht auf friedlichem Wege gelöst werden könne. Der Fragenkomplex „Tschechoslowakei" werfe wesentlich schwerwiegendere Probleme auf. Eine „wahre Befriedung" versprach sich Henderson nur dann, wenn den Sudetendeutschen „Gleichberechtigung" zugebilligt werde, die sie zu „tatsächlich loyalen Bürgern der Tschechoslowakei verwandele". Als Ausweg befürwortete Henderson ein bilaterales Abkommen zwischen dem Reich und der Tschechoslowakei. Hendersons Vorstellungen standen im scharfen Gegensatz zu denen des Foreign Office. London träumte von einem Kollektivvertrag, während Berlin die europäische Ordnung durch zweiseitig nachbarschaftliche Verträge entspannen wollte. Hitler hatte in seiner Unterredung mit Halifax den Völkerbund als Vollzugsinstrument des Versailler Diktates bezeichnet und nicht als die Plattform, auf der die „Friedensordnung" von 1919 neu ausgehandelt würde. Auch die Forderung nach Rückgabe von Kolonien hatte Hitler niemals als vordergründig angesehen und später die Verhandlungen hierüber von sich aus abgebrochen. Als er erkannte, daß er in dieser Frage mit England kein befriedigendes Resultat erzielen konnte, ließ er die deutsche Presse anweisen, den Kolonialkomplex sehr ruhig zu behandeln. Schließlich ging er noch weiter.

Am 3. März 1938 setzte Hitler einen Schlußstrich unter diese Differenz und sagte im Beisein Ribbentrops dem englischen Botschafter Henderson:

„Er – Adolf Hitler – halte die Kolonialfrage noch nicht für lösungsreif, da man sich in Paris und London zu sehr und zu fest gegen die Rückgabe festgelegt habe. Deshalb wolle er auch nicht drängen. Man könne ruhig 4, 6, 8 oder 10 Jahre warten. Vielleicht sei bis dahin eine Sinnesänderung in Paris und London eingetreten und man sähe dann ein, daß die beste Lösung darin läge, Deutschland das zurückzugeben, was sein durch Kauf und Vertrag erworbenes rechtmäßiges Eigentum war . . . Deutschland wolle nicht andere, nichtbeteiligte Staaten mit der kolonialen Lösung belasten. Vielleicht würden auch Belgien und Portugal gar nicht einverstanden sein und vielleicht würden sie glauben, Deutschland verlange irgend etwas von ihnen, was ihm nicht zustünde." (Akten I, Dok. 138.)

Hitlers Bemerkung, Deutschland wolle andere, unbeteiligte Staaten mit der Kolonialfrage nicht belasten, bezieht sich auf die Falschmeldung der Auslandspresse, daß Deutschland als Kompensation für seinen Verzicht auf Tanganjika – Deutsch-Ost-Afrika – und auf Deutsch-Südwest-Afrika, Teile von Belgisch-Kongo und Portugiesisch-Angola gefordert habe. Diese reine Erfindung war ein Störmanöver, denn *Hitler hatte in seinem Gespräch mit Halifax überhaupt keine Forderungen gestellt.* Im Gegenteil, er hatte seine Ansichten über die Kolonialfrage Halifax mit den folgenden Worten dargelegt:

„Es sei eine Tatsache, daß einige Völker nicht genügend Lebensraum hätten. Wenn England mit seinen 46 Millionen nur vom Mutterlande leben müßte, würde es dies wahrscheinlich leichter verstehen. Die ganze Voreingenommenheit in der Kolonialfrage gehe daraus hervor, daß man es für völlig selbstverständlich halte, daß Amerika und Rußland große Territorien zur Verfügung hätten, daß England ein Viertel der Welt besäße, daß Frankreich ein Kolonialreich habe und Japan zumindest nicht daran gehindert werden könne, sich auszubreiten. Es sei auch selbstverständlich, daß kleinere Länder wie Belgien, Spanien und Portugal Kolonien hätten. Nur Deutschland erkläre man, daß es unter keinen Umständen Kolonien besitzen dürfe . . . Was hätte es für einen Sinn, ein Land zur positiven Mitarbeit einzuladen, wenn man ihm in anderen Fragen die primitivsten Rechte versage . . . Er kenne die Einstellung der Parteien in England in der Kolonialfrage, besonders auch die ablehnende Haltung der Konservativen. Das gleiche sei in Frankreich der Fall. Deutschland könne diese Haltung nur zur Kenntnis nehmen und sich der Tatsache bewußt sein, daß unter diesen Umständen das Kolonialproblem nicht zu lösen sei. Es müsse eben abgewartet werden!" (Akten I, Dok. 31.)

Ribbentrop: England wird kämpfen!

Historische Parallelen: Haldane-Mission 1912 und Halifax-Besuch 1937

Noch vor dem Hitler-Halifax-Gespräch wandte sich Ribbentrop am 18. November 1937 an das Historische Referat des Auswärtigen Amtes und bat um die baldige Übersendung „eines historisch einwandfreien Gutachtens . . . über die politische Zielsetzung der sogenannten Haldane-Mission – im Jahre 1912 – sowie über die Bedeutung des Ergebnisses dieser Mission für die Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen vor dem Kriege". (T 120, 1316, D 496830, Nr. 695.) Der Halifax-Besuch rief historische Erinnerungen wach. Die Haldane-Mission drängte sich ihm als Parallele auf. Das Jahr 1912 hatte damals die Weichen gestellt. Haldane war von 1905 bis 1912 britischer Kriegsminister gewesen.

Ribbentrop erhielt am 3. Dezember 1937 die von ihm angeforderte objektive historische Studie über die „Haldane-Mission", d. h. über die Verhandlungen, die Haldane 1912 in Berlin erfolglos über eine deutsch-englische Verständigung in der Flottenfrage geführt hatte: Anfang 1909 hatte Kaiser Wilhelm II. durch seinen Vertrauten Albert Ballin, den Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, mit dem aus Deutschland ausgewanderten Cassel in London Kontakt aufnehmen und sondierend anfragen lassen, ob Großbritannien zu einem Flottenabkommen mit dem Reich bereit sei (Krogmann-Tagebuch). Die deutsche Regierung hatte zuvor den Eindruck gewonnen, daß das britische Kabinett geneigt sei, die deutsch-englischen Gegensätze aus der Welt zu schaffen. Im August 1909 traten London und Berlin in offizielle Verhandlungen ein. Der deutschen Regierung kam es vor allem darauf an, zum Abschluß eines „allgemeinen politischen Abkommens" zu gelangen, während die Engländer hauptsächlich eine Verständigung über die Flottenrüstung herbeiführen wollten. Als Haldane im Februar 1912 in Berlin eintraf, skizzierte der Kaiser die Grundzüge für ein „politisches Abkommen". Eine befriedigende Klärung dieser Frage sollte ihn in die Lage versetzen, die neue Flottennovelle zu modifizieren und ihre Ausführung zu vertagen. Da Haldane keinen Widerspruch erhob, trat die Flottenfrage in den Hintergrund. Die Gesprächspartner konzentrierten sich auf die Modalitäten eines umfassenden politischen Abkommens. In einer langen Aussprache mit Reichskanzler Bethmann-Hollweg legte Haldane einen „Entwurf zu einer denkbaren Formel" vor: „1. Absage gegen jede direkte oder indirekte aggressive Haltung untereinander, 2. wohlwollende Neutralität und Bemühung in Lokalisierung eines eventuellen Konfliktes des einen Partners mit anderen Mächten, 3. die Nichtverletzung bereits bestehender Abmachungen der beiden Kontrahenten mit anderen Mächten durch die neue Abmachung." Die Kaiserliche Regierung mußte annehmen, daß Haldane „wenn auch ohne Vollmacht zu bindenden Abmachungen", so doch im Gleichgewicht mit dem britischen Kabinett handelte. Haldane aber wurde sofort von seiner Regierung zur Ordnung gerufen. Ihm wurde der Vorwurf gemacht, zu weit gegangen zu sein. Seine Mission diente lediglich „Informationszwecken". Eine politische „Verständigung" ohne Abschluß eines Flottenabkommens könne keine „bindende Wirkung" haben. Im Gegensatz zu der ursprünglich gewählten britischen Taktik, die Flottenberatungen zweitrangig zu behandeln, wurde jetzt eine Verständigung über die Flottenrüstung in den Mittelpunkt der Verhandlungen gerückt. In einem Memorandum vom 24. Februar 1912 forderte das britische Kabinett die völlige Aufgabe der deutschen Flottennovelle. Diese Irreführung löste besonders beim Kaiser Empörung aus. Eine Kanzler-Krise schien auszubrechen. Bethmann-Hollweg machte noch einmal einen Vorstoß in der Hoffnung, die Verhandlungen wieder anzukurbeln und ein einigermaßen tragbares Ergebnis auszuhandeln. Sein Vorschlag lief darauf hinaus, London solle nur „bedingungsweise" die Formel akzeptieren, die er mit Haldane ausgearbeitet hatte. Die britische Regierung lehnte ab und unterbreitete einen eigenen Gegenentwurf, der jedoch einen „möglichst unverbindlichen Charakter" trug. Der deutsche Reichskanzler aber legte nachdrücklich Wert auf eine britische „Neutralitätserklärung", die London abzugeben sich schließlich weigerte. Diese negative Entscheidung hatte London eigenständig gefällt. Paris und St. Petersburg hatten keinen nennenswerten Druck ausgeübt. Nachdem sich die Hoffnungen auf den Abschluß eines Neutralitätsabkommens zerschlagen hatten, benachrichtigte die Reichsregierung London, die britischen Wünsche hinsichtlich der neuen deutschen Flottennovelle ebenfalls nicht berücksichtigen zu können. Die deutsch-engl. Verhandlungen endeten in einer Sackgasse. (Die Haldane-Miss. Prs. Hist. 425. Abt. „Hist. Ref." an Ribbentrop. 3. 12. 1937. Z 120, 1316.)

Nach dem Lesen dieser historischen Darstellung verstärkte sich bei Ribbentrop der Verdacht, daß die Halifax-Mission nicht nur, wie einst die Haldane-Reise, „Informationszwecken" diente, sondern als „Erkundungs- und Verschleierungsanöver" inszeniert worden war.

Zweifellos erfuhr Henderson durch seine gute Verbindung zum Auswärtigen Amt, daß Ribbentrop sich die Unterlagen über die Haldane-Mission von 1912 vom Historischen Referat der Wilhelmstraße nach London hatte kommen lassen. Dem britischen Botschafter drängten sich dunkle Ahnungen auf. Auch er vertiefte sich in historische Studien und ließ sich im Februar 1938 F. Maurices Biographie über „Haldane“ kommen, die bei ihm melancholisches Interesse auslöste, wie er in einem Privatbrief an Halifax vom 15. Februar 1938 schrieb:

„Obwohl Haldanes Mission wesensmäßig verschieden von der Ihrigen war schon allein dadurch, daß jener autorisiert war, Verhandlungen über Spezialfragen zu führen, kann dennoch ein Vergleich gezogen werden; möglicherweise können wir auch noch von dieser Lektion lernen!“ (FO 800/269, 15. 2. 38.)

Damals wie heute, bekräftigte Henderson, „können wir keine Neutralitätsgarantie für jeden Fall abgeben“. Und diese Tatsache, fuhr er fort, müßte den Deutschen deutlich vor Augen geführt werden. Aber ganz hoffnungslos stellte sich Henderson die Situation dennoch nicht dar. Er glaubte schon, daß Hitler den britischen Standpunkt verstehen würde, keine generelle Neutralitätserklärung abgeben zu können. Im Gegensatz zu Admiral Tirpitz, der 1912 auf ein „drittes Flottengeschwader“ drängte, hatte sich Hitler durch das Flottenabkommen vom Juni 1935 eine Selbstbeschränkung auferlegt. Die deutsche Bereitschaft, England entgegenzukommen und mehr als auf halbem Wege zu treffen, bezeugte die friedlichen Absichten des Kanzlers gegenüber der Inselnation, deren Ineressen er achtete und deren Suprematie zur See er akzeptierte. Henderson sah „deshalb auch keinen Grund, anzunehmen“, daß Hitler ein deutsch-englisches Übereinkommen an einer kompromißlosen Forderung nach völliger britischer Neutralität scheitern lassen würde. Die einzige Sicherung, die Hitler von London haben wollte, war eine englische Neutralitätserklärung im Falle eines deutsch-sowjetischen Konfliktes. Das war Hendersons Überzeugung.

Der Zeitpunkt sei gekommen, mahnte Henderson, das großzügige deutsche Flottenabkommen vom Juni 1935 durch eine Gegenleistung zu honorieren. Er schlug daher vor, die britische öffentliche Meinung dadurch psychologisch auf die Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien vorzubereiten. Aber nicht nur gegenüber der eigenen öffentlichen Meinung, sondern auch Hitler gegenüber sollte das Flottenabkommen als Motiv der deutschen „Generosität“ für die Rückgabe der Kolonien herausgestellt werden. Hitler hatte im Juni 1935 den ersten Schritt zur deutsch-englischen Versöhnung

getan und „das müssen wir ihm zugute halten“ – we must give him that credit –. Den Hauptgrund für Hitlers „Enttäuschung uns gegenüber“ glaubte Henderson in der Tatsache zu sehen, daß „wir so wenig Dankbarkeit für diese seine Geste gezeigt haben“. Denn das Abkommen vom Juni 1935 war „eine Geste“, und Hitler hatte sich zu diesem Schritt gegen den Einspruch „von Männern wie Neurath“ entschlossen. Nur ein rasches Handeln, frei von „kleingeistiger“ Haltung, könnte aus der Krisensituation, in die man sich hineinmanövriert hatte, heraushelfen, denn die Langmut der deutschen Regierung würde nicht ewig andauern. London sollte freimütig zugeben, daß die englische Entscheidung, die Kolonien ans Reich zurückzugeben, durch Hitlers freiwilligen Verzicht auf Flottenparität bedingt sei. „Und wir müssen uns dazu entschließen, die große Lösung – the big thing – zu vollziehen, wenn wir überhaupt etwas erreichen wollen“, spornte der englische Botschafter seine Regierung an. „Persönlich würde ch lieber gar nichts unternehmen, als mich wie ein Kleinkrämer aufzuführen, und außerdem würde ich lieber nichts tun als etwa einen Super-Pyrrhus-Sieg – that most Pyrrhic of all combats – zu erringen, nämlich einen diplomatischen Sieg.“ Henderson hatte „seinen Gedanken freien Lauf gelassen“. Dafür entschuldigte er sich bei Lord Halifax. Aber der Ausgang der Haldane-Mission hatte ihn stark „angegriffen“. Ihm graute vor dem Gedanken, daß „die Ereignisse der Entwicklung von 1912 folgen könnten und nur deswegen, weil die eine oder andere Seite das letzte Quentchen guten Willens fehlen ließ“. Für die gescheiterten Verhandlungen vom Jahre 1912 machte Henderson die damalige Reichsregierung weitgehend verantwortlich. Aber ohne es direkt auszusprechen, warnte der englische Botschafter seine Regierung davor, dieses Mal die alleinige Schuld auf sich zu laden. (Henderson an Halifax. Berlin, 15. Februar 1938. FO 800/269.)

Ribbentrop und Henderson standen beide auf verlorenem Posten. Aber dennoch war die Position des englischen Botschafters schwieriger, denn er mußte in seinen Bestrebungen, den Frieden zu erhalten, gegen seine eigene Regierung ankämpfen. Ribbentrop dagegen hatte im Auftrage Hitlers seit Jahren auf einen deutsch-englischen Ausgleich hingearbeitet und genoß die volle Unterstützung des deutschen Kanzlers. Henderson hatte sich gleichfalls der Aufgabe verschrieben, der deutsch-englischen Aussöhnung den Weg zu ebnen. Aber er scheiterte schließlich an den Klippen, die seine eigene Regierung errichtet hatte. Beide Botschafter, Ribbentrop und Henderson, unterlagen dem Veto Londons und seiner Politik der „balance of power“. Aber noch ein zweites Hindernis hatte sich aufgetürmt.

In diesem Fall befand sich Ribbentrop in der schlechteren Position Als Henderson. Er wußte nichts von den Umtrieben der deutschen Verschwörer, die London in beratender Stellung *gegen* Deutschland zur Seite standen und die englische Regierung drängten, gegenüber Hitlers Wünschen – auch den vernünftigsten – fest zu bleiben. Mit diesen Kreisen stand Henderson in engem Kontakt, die er aus propagandistischen Gründen als die „Gemäßigten" einstufen mußte. Im Gegensatz zu Ribbentrop wußte Henderson alles. Er kannte die offizielle deutsche Politik und auch die geheimen Machenschaften der Verschwörer.

Ribbentrops „Hauptbericht London A 5522" und „Schlußfolgerungen" vom 28. Dezember 1937 und 2. Januar 1938

Als Ergebnis seiner Londoner Mission stand Ribbentrops Erkenntnis, an einer Weggabelung angekommen zu sein. Als er Hitler im Sommer 1936 gebeten hatte, ihn mit der englischen Mission zu beauftragen, machte er sich keine Illusionen über die Hindernisse und Hürden, die den Weg nach London verbarrikadierten. Die Grenzen des Möglichen zeichneten sich schon darauf am politischen Horizont ab. Aber der Versuch mußte gemacht werden. Das persönliche Risiko stand in keinem Verhältnis zur Zielsetzung: Der Wille, beide Nationen miteinander zu versöhnen. Aber der Einsatz war nicht unbegrenzt. Deutsches Selbstinteresse durfte nicht aufs Spiel gesetzt werden. Bereitschaft zum Ausgleich unter Wahrung der eigenen nationalen Lebensnotwendigkeiten galt ihm als Richtschnur. Aber im Dezember 1937 konnte Ribbentrop seine Augen vor der Tatsache nicht mehr verschließen, daß die britische Politik der „balance of power" und deutsche Selbstbestimmung sich hart im Raume stießen. Alle diese Eindrücke, Beobachtungen und Erklärungen aus seiner Londoner Zeit hatten sich Ribbentrop eingeprägt, als er das umfangreiche Material für seinen „Hauptbericht" vom 28. Dezember 1937 zusammenstellte. Ribbentrop hatte seine Urlaubsreise nach Deutschland verschoben. Über Schaub ließ er am 20. Dezember Hitler telefonisch von der Verschiebung seines Abfluges unterrichten. Weil er noch „weitere Informationen" erwartete für den Bericht, „den er dem Führer über die Lage und die Weiterbehandlung der Chamberlain-Politik erstatten" wollte. Erst am 22. oder 23. Dezember würde er in der Hauptstadt eintreffen. Sofort

nach seiner Rückkehr wollte er sich bei Hitler melden. (Notiz für Brigadeführer Schaub. London, 20. Dezember 1937. „Dienststelle Ribbentrop" T 120, 31, 28869.)

Dieser Ribbentrop-Bericht „London, A 5522" mit dem Datum vom 28. Dezember 1937 lag im Nürnberger Prozeß 1946 nicht vor. Für die nächsten 22 Jahre wurde er in London versteckt gehalten. In der offiziellen deutschen Aktenpublikation (ADAP, Serie D, Bd. I) wird in der Anmerkung zu „Dokument 93" – Ribbentrops Schlußfolgerungen vom 2. Januar 1938 – der „Hauptbericht" (A 5522) einmal als „nicht abgedruckt", ein anderes Mal als „nicht aufgefunden" bezeichnet. Der „Weg" des nach 1945 verschwundenen und Ende der sechziger Jahre plötzlich wieder aufgetauchten Dokumentes kann selbst heute noch nicht völlig befriedigend geklärt werden. Aber von allen Spekulationen und Vermutungen bietet sich augenblicklich die des Leiters des Politischen Archivs im Auswärtigen Amt in Bonn, Dr. H. G. Sasse, als die überzeugendste an: Nach den Angaben der Herausgeber der „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, 1918–1945" befand sich der Ribbentrop-Bericht „London, A 5522" nicht unter den sogenannten Beuteakten, die die Siegermächte nach dem Zusammenbruch beschlagnahmten und nach London und Washington transportierten. Nachdem die im Foreign Office gelagerten deutschen Akten aufgrund des Rückgabeabkommens zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten in der Zeitspanne von 1956–1958 nach Bonn ins Politische Archiv zurückgebracht worden waren, ergab sich sehr bald, daß laut der 1943 in Berlin aufgestellten Evakuierungsliste der erste Band der Serie Deutsch-Englische Beziehungen der Akten des Büros vom Staatssekretär von Weizsäcker fehlte, obwohl, wie Dr. Sasse feststellte, der Band „nicht durch Kriegseinwirkungen verlorengegangen sein konnte". Englische Regierungsstellen informierten das Bonner Politische Archiv, daß dieser Aktenband nicht in die Londoner Aktensammelstelle gekommen sei. Als Erklärung wurde mitgeteilt, daß der Band „sofort nach dem Auffinden unserer Amtsakten vom britischen Hauptquartier – Montgomery – angefordert und dort verschwunden" sei. (Der Leiter des Politischen Archivs, Bonn, Auswärtiges Amt, Dr. H. G. Sasse an A. v. Ribbentrop, 4. Juli 1969.)

Mit dieser Fehlanzeige hätte man sich abfinden müssen, wenn nicht zufällig der Engländer Laurence Thompson, der über gute Beziehungen zu ehemaligen hohen Beamten des Foreign Office verfügt, auf seiner Suche nach historischen „Juwelen" auf den Ribbentrop-Bericht „A 5522" gestoßen wäre. In seinem wenig beachteten Buch über die Tschechenkrise 1938, „The Greatest Treason –

The Untold Story of Munich" (New York, 1968) – zitiert der Verfasser ausführlich aus „Ribbentrops früherem und interessanterem Bericht A 5522." Es handelte sich um den Hauptbericht und dessen dazugehörende „Schlußfolgerungen." Aus letzteren hat das Nürnberger Tribunal nur eine von zehn Seiten herangezogen. (Zur textkritischen Analyse der „Schlußfolgerungen" s. A. v. Ribbentrop: Deutsch-Englische Geheimverbindungen, Britische Dokumente der Jahre 1938 und 1939 im Lichte der Kriegsschuldfrage, Tübingen 1967, S. 92–105.)

Selbst der sonst kritisch-feindliche Colvin, der 1938/39 als Verbindungsmann zwischen den deutschen Verschwörern und der britischen Regierung hin und her flog, bemüht sich um eine sachliche Aussage, wenn er die wesentlichen Punkte der „Schlußfolgerungen" wiedergibt. Ohne den noch wichtigeren „Hauptbericht" gelesen zu haben, kommt er zu dem positiven Urteil, daß die „Schlußfolgerungen" unter den „von den deutschen Berufsdiplomaten zu der Zeit geschriebenen Berichten als die Arbeit eines ‚policy-makers' – eine Person, die ein politisch-strategisches Konzept entwickelt – hervorragt". (Colvin/Vansittart, S. 117.) Er glaubt, daß Hitler durch diesen abschließenden und wegweisenden Bericht veranlaßt wurde, das Auswärtige Amt Ribbentrop zu unterstellen.

Nur auf Umwegen gelang es, in den Besitz einer Abschrift des Ribbentrop-Berichtes „A 5522" zu kommen. Nachforschungen in deutschen und amerikanischen Archiven, in denen die Deutschen auswärtigen Akten entweder im Original oder auf Mikrofilmen gelagert sind, verliefen ergebnislos. Auch die Britische Foreign Office-Bibliothek in London war nicht bereit, direkte Anfragen zu beantworten. Inzwischen hat der bekannte englische Schriftsteller David Irving den Bericht Ribbentrops an den Führer vom 28. Dezember 1937 im Foreign Office ausfindig gemacht, der im Originaldurchschlag in einer falschen Sammlung abgeheftet war. Der Bericht ist tatsächlich höchst interessant. Aufgrund seines Studiums des Ribbentrop-Berichtes „A 5522" kommt David Irving in seiner demnächst erscheinenden Hitler-Biographie „zu einer ganz anderen Bewertung – Ribbentrops – als in den bisher erschienenen Büchern". Irving hat je eine Kopie an die interessierten Stellen geschickt, auch an das Auswärtige Amt in Bonn. (David Irving an A. v. Ribbentrop. London, 26. Oktober 1972.)

Schon im Jahre 1961 beurteilte David L. Hoggan die „Schlußfolgerungen" Ribbentrops vom 2. Januar 1938 anders als die zahlreichen Zeitgeschichtler: „Kein anderer deutscher Diplomat in jener Zeit hatte Hiler eine vergleichbare Analyse der britischen Politik

und der Haltung Englands gegenüber Deutschland vorgelegt. Der Ribbentrop-Bericht ist dem Memorandum Alfred V. Kiderlen-Waechters vom Jahre 1909 über die deutsch-englischen und deutsch-russischen Beziehungen vergleichbar. Dieses Memorandum war vom Kanzler Bethmann-Hollweg angefordert worden und brachte Kiderlen in die Wilhelmstraße". Auch Hoggan ist wie Colvin der Ansicht, daß Ribbentrops „Schlußfolgerungen" den Ausschlag für seine Berufung zum deutschen Außenminister im Februar 1938 gaben. (Hoggan: Der erzwungene Krieg, Tübingen 1961, S. 95.)

In diesem Buch wird erstmals das historische Schlüsseldokument „A 5522" in vollem Wortlaut publiziert, und zwar nach dem im Foreign Office gefundenen und von Irving bestätigten Original-Durchschlag.

Hauptbericht „London A 5522" vom 28. Dezember 1937

* Durchschlag für den Herrn Gesandten.
Z. Z. Berlin, den 28. Dezember 1937.

A 5522

Inhalt: Das deutsch-englische Verhältnis und die Weiterbehandlung der Initiative Chamberlains.
* Ein Doppel dem Führer und Reichskanzler (bzw. dem Reichsaußenminister direkt zugestellt)

* Für Führer und Reichskanzler persönlich
* (Für den Herrn Reichsaußenminister persönlich)

I. England hat seit Jahrhunderten immer für drei Prinzipien gekämpft:
1. für die englische Suprematie zur See;
2. für die Unantastbarkeit der sogenannten „low countries" (Holland und Belgien) und
3. für das Gleichgewicht in Europa.

Zu 1. Die Suprematie zur See in der Welt besteht nicht mehr. Die Frage einer *Flottenrivalität* zwischen Deutschland und England ist seit dem Flottenvertrag nicht mehr so aktuell wie vor dem Kriege.

* Diese Zeilen wurden nachträglich eingefügt.

Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings folgendes: Die Relation von 100:35 des Flottenvertrages wird von der britischen Admiralität für die englische Seite im Ernstfall mit höchstens 60% in der Nordsee gerechnet, da normalerweise 40% der englischen Flotte in anderen Gewässern weilen müssen. Müßte die englische Admiralität mit der Feindschaft Italiens und eventuell Japans rechnen, würde sich die Ziffer trotz Hinzunehmens der verbündeten französischen Flotte noch mehr zuungunsten Englands verschieben. Mit dem aktiven Eingreifen selbst einer befreundeten amerikanischen Flotte wird England in der Nordsee und in Ostasien m. E. nicht so leicht rechnen können.*

Zu 2. Zu den sogenannten *„low countries"* ist heute infolge des Entstehens der Flugwaffe auch Frankreich getreten. Strategisch werden daher von England die drei Länder Holland, Belgien und Frankreich übereinstimmend mit der Baldwinschen These von der Grenze Englands am Rhein heute als eine Art Glacis für die englische Verteidigung betrachtet. Es ist m. E. eine feststehende Tatsache, daß die englische Außenpolitik mit der französischen, die in den letzten Jahren aus Sorge vor dem wiedererstarkten Deutschland immer mehr in Abhängigkeit vom Foreign Office geraten ist, in Europa auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Aus diesem Grunde hat England immer alles getan, um einerseits eine deutsch-französische Annäherung nicht zu fördern, andererseits aber auch einer Schwächung Frankreichs, wie z. B. durch den Bolschewismus, vorzubeugen. Der englische Agent Sir Charles Mendl (seit langem Presseattaché und Vertrauensmann der englischen Botschaft in Paris) hat nach meinen Nachrichten in den letzten zwei Jahren viele Millionen in Frankreich, besonders auch zur Bekämpfung des Kommunismus verteilt. Es gibt heute sehr viele französische Politiker, die Bestechungsgelder von ihm erhalten haben, und dadurch hat England immer eine starke Hand sowohl in der französischen Innen- wie auch in der französischen Außenpolitik.

Zu 3. Seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus und seit der Wiederaufrüstung Deutschlands sieht England die *Möglichkeit einer Störung des bisherigen Gleichgewichts in Europa*, die ihm seine Rolle als Schiedsrichter Europas und damit seine Handlungsfreiheit nehmen und darüber hinaus England sogar unmittelbar bedrohen könnte. Die unvergessenen Leistungen der deutschen Armee im Kriege gegen die Verbündeten spielen bei diesen englischen Sorgen eine besondere Rolle. Man betrachtet daher Deutschland, wie dies die Berichterstattung der Botschaft im Laufe des Jahres wiederholt zum Ausdruck brachte, als den gefährlichsten möglichen Gegner. Denn: andere mögliche Gegner, z. B. Japan, bedrohen zwar

* nachträglich aus „m. E. kaum rechnen können" geändert.

bedeutsame Interessen Englands, diese liegen aber zunächst nur an der Peripherie seines Imperiums, Italien bedroht zwar den schnellsten, aber nicht den einzigen Weg zu seiner wichtigsten Besitzung Indien, aber das Herz des Britischen Imperiums, nämlich die britischen Inseln, kann allein Deutschland bedrohen.

II. Seit der Entstehung der Achse Rom–Berlin und dem Mussolini-Besuch in Deutschland, seit den Besorgnissen über den Ausgang des spanischen Bürgerkrieges und seine unübersehbaren Auswirkungen auf die englische Position im Mittelmeer, seit Anschluß Italiens an* die Antikomintern-Bewegung und seit Japans Vordringen in China haben sich die Befürchtungen Englands für eine Störung des Gleichgewichts in Europa und in der Welt allgemein verstärkt. England sieht heute seine ostasiatischen Besitzungen durch Japan, seinen Seeweg durch das Mittelmeer nach Indien durch Italien und sein Mutterland, die britischen Inseln, durch Deutschland bedroht.

III. England hat dieser Entwicklung zunächst durch sein *gewaltiges Aufrüstungsprogramm* Rechnung getragen, ferner durch die Festigung seiner bündnismäßigen Freundschaft mit Frankreich. England versucht weiter seit Anfang des Jahres, sich Amerikas als Rohstoffbasis zu vergewissern (vgl. Reise Runcimans nach Amerika). Vorbesprechungen über einen Handelsvertrag, die auch vor ca. Jahresfrist begonnen wurden, werden seit Anfang dieses Jahres ebenso still wie eifrig fortgesetzt und werden demnächst zu regulären Verhandlungen führen. Das Endziel Englands ist aber zweifellos, Amerika wieder zu einem Verbündeten im Falle eines europäischen Konfliktes zu gewinnen.

IV. Die Hauptfrage für England, das selbstverständlich in der Erhaltung des Friedens die beste Gewähr für die Erhaltung des Imperiums sieht, bleibt aber nach wie vor, ob es möglich sein wird, *mit Deutschland doch noch zu einem Arrangement* zu kommen, das den Weltfrieden sicherstellt und das europäische Gleichgewicht erhält. Es ist denkbar, daß es Männer in der englischen Regierung gibt (daß Chamberlain und Halifax hierzu gehören, muß ich nach meinen Erfahrungen und Beobachtungen bezweifeln), die heute noch an die Möglichkeit eines freundschaftlichen Arrangements mit Deutschland glauben, und zwar auf folgender Basis:

Rückgabe einiger deutscher Kolonien und Offenlassung einer Lösung der österreichischen Frage, die einen friedlichen Anschluß vorbereiten könnte, sowie Besserung der Lage der Sudetendeutschen, eventuell bis zur Kulturautonomie, dafür im übrigen Wieder-

* sic.

holung der Verpflichtung Deutschlands, zum Nichtangriff der Nachbarstaaten und Verpflichtung, alle Probleme mit diesen nur auf dem Wege friedlicher Verhandlung zu lösen, im übrigen aber klare Abmachung über zumindest eine qualitative Luftrüstungsbegrenzung nach dem Muster des deutsch-englischen Flottenvertrages, z. B. durch Bombenabwurfverbote, Einschränkung der Bombenflugzeuge, und eventuell in quantitativer Hinsicht durch Offenlegung und eventuell Beschränkung des Budgets.

Dies wäre m. E. ungefähr das Höchstmaß dessen, was sich diese Männer, die grundsätzlich an eine Einigung mit Deutschland glauben (d. h. also die, die nicht in dem Bestand eines Deutschlands der sogenannten expansiven nationalsozialistischen Weltanschauung an sich ein unüberwindliches Hindernis für eine deutsch-englische Verständigung überhaupt sehen), unter einem Arrangement mit Deutschland vorstellen.

V. *Das englische Volk* in seiner Mehrheit ist heute für eine Verständigung mit Deutschland eingestellt. Es würde gern Deutschland einige Kolonien geben und hat zweifellos auch Verständnis für den deutschen Wunsch nach Raum im Osten, wenn dadurch das englische Volk nicht in den Krieg zu ziehen braucht. Diese primitive Grundeinstellung des britischen Volkes ist aber bei der Gestaltung der britischen Außenpolitik von nur geringer Bedeutung. Wenn die vielgepriesene öffentliche Meinung Englands in den letzten Jahren einige Male der britischen Regierung Entscheidungen aufgenötigt hat, so ist dies m. E. mehr auf mangelnde Vorbereitung der öffentlichen Meinung durch die Führenden zurückzuführen gewesen. Ich bin überzeugt, daß die Führerschicht in England in der Lage ist, innen- und* außenpolitische Entscheidungen vorher propagandistisch so zu untermauern, daß das englische Volk schließlich mitgehen würde – (siehe Haltung der öffentlichen Meinung, Presse usw. bei Abdankung des sehr populären Königs Eduard VIII.). Eine Entscheidung, die für das englische Volk Krieg bedeuten würde, müßte natürlich ganz besonders propagandistisch vorbereitet werden. Leicht würde m. E. das Volk nicht für einen Krieg zu haben sein, wenn englische Lebensinteressen nicht unmittelbar bedroht sind. Aber auch in solchen Fällen kann m. E. die Regierung durch entsprechende Greuelnachrichten usw. letzten Endes ihren Willen durchsetzen. Es wird der englischen Regierung nicht unmöglich sein, sowohl dem englischen Volk als auch den Dominien gegenüber eine kriegerische Entwicklung so darzustellen, als ob britische Lebensinteressen bedroht seien. Natürlich ist für eine solche Propaganda eine gewisse Zeit nötig, ehe sie wirksam wird. Eine besondere Rolle spielt hierbei jetzt noch das Schreckgespenst von einem möglichen Luftbombardement der britischen Inseln.

* „innen- und" wurde nachträglich handschriftlich eingefügt.

VI. Das charakteristische Kennzeichen der *englischen Führerschicht* ist heute nach wie vor materieller Egoismus, Machtbewußtsein und als Wichtigstes Herrscherwille und im Grunde die heroische* Lebensauffassung, wie wir sie auch haben, die gleiche Lebensauffassung immer noch, die letzten Endes das Britische Imperium geschaffen und jahrhundertelang erhalten hat. Schlagworte wie „Krämernation" (nation of shopkeepers) waren für das Charakterbild der englischen Führerschicht meines Erachtens grundsätzlich niemals zutreffend. Die englische Führerschicht wird heute ebenso wie früher sowohl für die bedeutenden materiellen Interessen als auch für seine Machtstellung in der Welt, solange eine Chance des Gewinnens vorhanden ist, sich letzten Endes bis zum äußersten, d. h. also bis zum Kriege einsetzen. Niemals wird England einen solchen Einsatz leichtfertig wagen. Immer wird es sorgfältig die Machtverhältnisse abwägen und Entscheidungen notfalls hinauszögern. Sind die besseren Chancen einmal auf Englands Seite, wird es kämpfen. Das Nichteingreifen Englands im Abessinienkrieg ist m. E. nicht auf mangelnden Heroismus, sondern vielmehr auf die Tatsache zurückzuführen, daß England seine Rüstungen zu sträflich vernachlässigt hatte, und auf die falsche Beurteilung der Lage durch die englische Regierung, die glaubte, daß Italien sich dort festfahren und das Abenteuer von selbst aufgeben würde.

VII. In der Beurteilung des *deutschen Problems* zeichnen sich seit der Wiedererstarkung Deutschlands hier zwei Gruppen ab:

a) Die *unbedingten Gegner Deutschlands:* diese ultrakonservativ eingestellten Kreise, zu denen sich auch manche aus dem Lager der gemäßigten Konservativen und Liberalen aller Schattierungen* gesellen, halten eine Zusammenarbeit mit Deutschland deshalb für unmöglich, weil sie in der neuen Gestaltung der deutschen Volkskraft nach den Grundsätzen des Nationalsozialismus an sich eine Bedrohung Großbritanniens sehen, und weil sie glauben, daß Deutschland als rassisch stärkste Nation des Kontinents die einzige Nation ist, die dem Britischen Imperium wirklich gefährlich werden kann. Zu diesen Feinden Deutschlands gehört ferner auch die gewerkschaftliche Führerschicht der Labour-Party, die die nationalsozialistische Weltanschauung ablehnt und die möglichen Rückwirkungen dieser Weltanschauung für ihre eigenen innerenglischen Machtpositionen befürchtet, des weiteren der sich auf alle Schichten erstreckende Einfluß des uns feindlichen Judentums – und teilweise

* „heroisch" nachträglich eingefügt.
* Hier kurzer Text in Klammern durchgestrichen.

auch der englischen Freimaurerei und der Kirchen. Zuletzt und vielleicht als bedeutendster Faktor tritt hinzu die traditionelle Gegnerschaft der Foreign-Office-Kreise gegen Deutschland, die seit dem Memorandum von Sir Eyre Crowe im Jahre 1907, wonach England niemals mit Deutschland paktieren dürfe, bis zum heutigen Tage gleichgeblieben ist. Diese Kreise glauben, daß man der angeblichen Gewaltpolitik des neuen Deutschland nur das Prinzip der Gewalt entgegensetzen könne, und arbeiten daher systematisch an einer Einkreisung Deutschlands. Sie wollen keiner deutschen Friedensversicherung Glauben schenken und behaupten daher, daß auch jede vertragliche Vereinbarung mit Deutschland in dieser Beziehung zwecklos sei. Sie sind auch mitverantwortlich für die Verschärfung der in den letzten Monaten zunächst durch die amerikanische Wirtschaftslage hervorgerufenen Krisenstimmung an der Londoner Börse.

Diese Kreise sind m. M. ferner verantwortlich für eine in den letzten Jahren mehr auffallende allmähliche Kaltstellung von Persönlichkeiten innerhalb der Regierung, die zu Verhandlungen mit Deutschland bereit wären, wie z. B. Lord Monsell, Lord Londonderry, auch* Eduard VIII. usw. Andererseits haben innerhalb des Kabinetts ausgesprochene Deutschenfeinde, wie Duff Cooper, an Stellung und Einfluß gewonnen. Das Verbleiben von Sir Robert Vansittart und Eden als starke Exponenten der deutschfeindlichen Kreise, obwohl immer wieder behauptet worden war, daß sie anderweitig Verwendung finden sollten, ferner die Ernennung von Hoare Belisha (Jude) zum Kriegsminister, ist auch zu beachten. Dauernde starke Versuche seitens Vansittarts, die Geschäfte der Deutsch-Englischen Gesellschaft zu dirigieren und in kleinem Rahmen zu halten, damit diese nicht zu einem großen Propagandainstrument deutsch-englischer Verständigung wird, möchte ich noch erwähnen.

b) *Die bedingten Freunde Deutschlands:* das heißt die Kreise, die eine freundschaftliche Verständigung mit Deutschland wünschen und diese auch grundsätzlich nicht für unmöglich halten. Zu dieser Gruppe gehören die gemäßigten Konservativen (Astorgruppe, Times, Lord Rennell, Londonderry usw.) sowie eine Anzahl nicht unbedeutender Liberaler (Lothian usw.), und aus pazifistischen Idealen auch einige Vertreter der Linkskreise, wie Lord Allen of Hurtwood, Lord Arnold, Lord Noel-Buxton. Ferner treten hinzu noch die Einflüsse der Geschäftsleute der City.

Die Einstellung dieser Kreise, der man natürlich mit der nötigen Skepsis gegenüberstehen muß, könnte man wohl am besten folgendermaßen zusammenfassen:

Auch sie stehen deutschen Friedensversicherungen skeptisch gegenüber. Sie halten es aber trotzdem für richtiger, alle Mittel und

* „auch" Handschriftlich eingefügt.

Wege zu versuchen, um eine kriegerische Auseinandersetzung zu vermeiden und mit Deutschland zu einem Arrangement zu kommen. Dieses Arrangement müßte sich aber ungefähr in dem oben unter Punkt V erwähnten Rahmen halten. Obwohl skeptisch im Hinblick auf die Zukunftsentwicklung, würden diese Kreise ein solches Arrangement, wenn auch nur als vorläufige Lösung, abschließen in der Hoffnung, daß Ereignisse eintreten könnten, die Deutschlands Expansionsdrang hemmen und es wieder „in den Kreis der Nationen zurückführen". Eine besondere Rolle spielt hierbei der Gedanke der Zeitgewinnung im Hinblick auf immer noch für möglich gehaltene wirtschaftliche Schwierigkeiten, die Deutschland zwingen könnten, bescheidener aufzutreten.

VIII. Der englische *Premierminister Chamberlain* ist durch die eben erwähnte zweite Gruppe seit seinem Amtsantritt immer wieder auf die Notwendigkeit einer Verständigung mit Deutschland hingewiesen worden. Ich habe von Chamberlain gelegentlich den Eindruck gehabt, als ob er von dem Gedanken seines Vaters über eine solche deutsch-englische Verständigung nicht unbeeinflußt ist. Man darf hierauf allerdings nicht allzu viel geben, denn Chamberlain ist idealen oder sentimentalen Gedankengängen kaum zugänglich, sondern gilt als nüchterner und unsentimentaler Politiker. Er hat seit Übernahme der Geschäfte nacheinander versucht, mit Deutschland, Italien und Japan ins Gespräch zu kommen. Anstatt eines Erfolges dieser neuen Taktik mußte Chamberlain aber zusehen, wie die Achse Rom–Berlin durch den Mussolini-Besuch immer fester wurde, das Antikomintern-Dreieck Berlin–Rom–Tokio entstand und Japan die englischen Interessen in China immer mehr bedrohte. Diese Entwicklung und die in maßgebenden Kreisen hier sich bemerkbar machende Unsicherheit und Nervosität haben Chamberlain bestimmt, Halifax' Reise nach Berlin zu billigen. Folgende Überlegung Chamberlains war m. E. für die Durchführung dieses nach hiesiger Auffassung von Berlin als unbequem empfundenen Besuches maßgebend:

a) Chamberlain wollte erforschen, ob eine Verständigung mit Deutschland auf für England tragbarer Basis möglich ist, das heißt also, wie weit die deutschen Forderungen gehen und ob England sich damit abfinden kann. Gegebenenfalls wäre dies für Chamberlain der große Erfolg.

b) Wäre eine solche Verständigung nicht möglich, so hätte sich Chamberlain mit dieser Initiative vor dem englischen Volk ein Alibi für seine Friedensbemühungen verschafft. Dies würde mit der traditionellen englischen Tendenz, Argumente für die Schuldfrage in einem eventuellen zukünftigen Kriege zu sammeln, übereinstimmen.

c) Chamberlain wollte im übrigen auf alle Fälle eine Entspannung herbeiführen, um den Krisen- und Kriegsgerüchten ein Ende zu

bereiten und damit die an sich durch Vorgänge im Fernen Osten, in Südamerika usw. nervös gewordene Wirtschaft zu beruhigen. Sicher hat auch der Gedanke an eine leichtere Durchführung des englischen Aufrüstungsprogramms in einer ruhigen wirtschaftlichen Atmosphäre mitgespielt.

d) Es scheint mir aber, als ob auch folgender Gedankengang eine besondere Rolle gespielt hat: England hält es seit längerer Zeit für denkbar, daß früher oder später Deutschland durch die inneren Verhältnisse in der Tschechoslowakei gezwungen werden könne, hier und auch in Österreich mit Waffengewalt einzugreifen. Eine solche Lösung möchte man, besonders was die Tschechoslowakei angeht, wenn möglich ganz verhindern. Geht dies nicht, so möchte England, das durch ein etwaiges Eingreifen Frankreichs jederzeit in einen solchen Konflikt mit hineingezogen werden könne, auf alle Fälle erreichen, daß dieser nicht zu einem Zeitpunkt beginnt, an dem seine Aufrüstung nicht mindestens einen bestimmten Grad erreicht hat. Man hört und liest hier oft von 1939, als dem Jahr, in dem England stärker auftreten kann. M. E. dürfte der Zeitpunkt eher später liegen, besonders im Hinblick auf das englische Flottenprogramm. Vorher* käme England ein solcher Konflikt ebenso ungelegen wie voriges Jahr der italienische Feldzug in Abessinien. Deshalb tut man seit Jahr und Tag im Foreign Office vieles, um Prag auf Besserung in den Sudetenfragen zu drängen. Halifax' Äußerung in Berchtesgaden, daß der Status quo in Österreich und der Tschechoslowakei auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann, könnte daher bei der englischen Besorgnis vor dem kriegerischen Konflikt die Absicht zugrunde liegen, uns mit der Aussicht auf Verständnis und gar Unterstützung einer friedlichen Regelung dieser und anderer Fragen (Kolonialfrage) durch England abzuhalten, angeblich von uns beabsichtigte gewaltsame Lösungen zu einem England nicht passenden Zeitpunkt vorzunehmen. Ich halte es für wahrscheinlich, daß diese Gedankengänge bei der Chamberlainschen Initiative mitgespielt haben. Die Taktik der Verschleierung wahrer Absichten ist in der englischen Politik lange geübte Tradition. Ein Beispiel hierfür war die Haltung Englands vor dem Weltkrieg, als es seine Absichten so gut verbarg, daß „mit dem unerwarteten Eintritt Englands in den Krieg die deutsche Außenpolitik zusammenbrach", und daß es heute noch Politiker gibt, die glauben, daß z. Z. England nicht bewußt auf die Einkreisung Deutschlands hingearbeitet hat.

IX. Das Resultat des Halifaxbesuches:

Nach englischer Auffassung hat der Halifaxbesuch eine gewisse Entspannung in den deutsch-englischen Beziehungen wenigstens nach außen gebracht.

* Handschriftliche Verbesserung.

Ein Positivum des Halifaxbesuches von unserem Standpunkt aus könnte die Tatsache sein, daß die deutsche Kolonialfrage nunmehr als internationales Problem behandelt wird, für das eine Lösung gefunden werden muß. Wenn man bedenkt, daß noch vor einem Jahr Lord Halifax mir erklärte, die Erwähnung unserer Aussprache über die Kolonien in einem öffentlichen Kommuniqué würde ihn sein Ministeramt kosten, so ist dies zweifellos ein Fortschritt. Allerdings sind wir hier von praktischen Ergebnissen noch außerordentlich weit entfernt. Für wirklich großzügige Konzessionen scheint mir weder Regierung noch Parlament derzeit schon reif. Möglich ist ferner, daß die steife Haltung Englands in der Frage Österreich und der deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei etwas gelokkerter geworden ist.

Wichtig ist für uns, ein klares Bild über den Eindruck zu gewinnen, den die bedingten Freunde Deutschlands im Kabinett von der Möglichkeit einer Verständigung nach dem Halifax-Besuch haben. Ich habe in den letzten Tagen lange Aussprachen mit Chamberlain, Halifax, Eden, Vansittart, Lord Rothermere und sonstigen Politikern gehabt. Mein Eindruck ist folgender:

a) Über die *„endgültigen Absichten Deutschlands"* herrscht auch bei den Gutgesinnten weiterhin starkes Mißtrauen. Ein Ausspruch von Lord Halifax, der vor Weihnachten allein bei mir frühstückte, verdient in diesem Zusammenhang der Erwähnung: Als ich nämlich Halifax gegenüber mein Bedauern ausdrückte, daß alle ernsten Versuche zu einer deutsch-englischen Verständigung in den letzten Jahren an der Entschlußlosigkeit der englischen Regierung, besonders Baldwins, gescheitert seien, erwiderte er mir, das käme daher, daß viele Leute ein solch starkes Mißtrauen über die deutschen Absichten hätten. Diese Leute glaubten, wenn man auch heute große Konzessionen mache und vielleicht einen neuen Vertrag zur friedlichen Regelung aller europäischen Fragen mit Deutschland schlösse, so könne doch morgen oder in einem Jahr etwas eintreten, was Deutschland veranlassen könnte zu sagen, seine Ehre stände auf dem Spiel – eine völlig neue Situation sei hierdurch eingetreten – und Deutschland müsse handeln. Lord Londonderry scheint das auch zu glauben. Er sagte mir neulich: wenn eine machtvolle Nation sich erst einmal in Bewegung setzt und eine Position oder ein Land in Besitz genommen hat – z. B. Österreich usw. –, muß diese Nation in ihrer Dynamik immer weiter marschieren gegen Europa, gegen die Welt („there is no end to the moving of a nation, once it has started moving"). Unsere Gegenargumente, wie z.B. daß der Führer dem deutschen Volk diese heroische Lebensauffassung bewußt beigebracht habe – da es nur dadurch seine Freiheit und Gleichberechtigung wieder zurückbekommen konnte –, daß aber nach Erreichung der ideellen und materiellen Gleichberechtigung Deutschlands das deutsche Volk wieder ein zufriedenes und saturiertes Volk werden

würde, daß ferner, was England anbetrifft, Deutschland doch nur ein Interesse an der Erhaltung des Imperiums haben könne, da es als Erbe sowieso nie in Frage käme, daß durch Abschluß des deutsch-englischen Flottenvertrages der Führer gerade die weitsichtige Mäßigung gezeigt habe, die für sich selbst spreche und für die heutige deutsche Denkungsweise charakteristisch sei – sind zwar alles nützliche Argumente, die wohl liberalen Geistern einleuchteten, die harte Politiker aber nicht überzeugen können, denn diese haben mit ähnlichen Argumenten ein Weltreich zusammengeschmiedet* und erhalten.

b) Die Besorgnis vor einer früher oder später angeblich von uns beabsichtigten gewaltsamen Lösung der österreichischen und tschechischen Frage besteht auch weiter fort.

c) *Die Kolonialfrage* wird im allgemeinen als diskussionsreif angesehen, aber es wird allerseits, so auch neulich bei meinen Gesprächen mit Halifax und Eden, von diesen betont, daß es sich um ein sehr schwieriges Problem handelt. Es soll damit wohl angedeutet werden, daß wir uns keine zu großen Illusionen über den Umfang eines Kolonialangebots machen sollen. Man hat vermerkt, daß Deutschland bereit ist, von seinem grundsätzlichen Standpunkt, daß alle früheren deutschen Kolonien zurückgegeben werden müssen, abzugehen, und für Kolonien, die nicht zurückgegeben werden können, Kompensationen anzunehmen. Das Kolonialproblem ist dadurch nach englischer Auffassung von einer unlösbaren Aufgabe zumindest zu einem Objekt geworden, über das man verhandeln kann.

d) In meinen Aussprachen mit allen Kreisen, besonders aber mit Halifax und auch mit Chamberlain, ist mir aufgefallen, daß betont wurde, man könne nur ganz langsam und Schritt für Schritt die weiteren Verhandlungen, und zwar möglichst auf diplomatischem Wege führen. Von einem Drängen oder dem Wunsch nach einer besonders eiligen Behandlung der Dinge habe ich nirgends etwas gespürt, so daß man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, als ob starke Kräfte am Werke seien, um die *Dinge in die Länge zu ziehen.* Immer wieder wird allerseits die Aufrichtigkeit der Initiative Chamberlains unterstrichen, aber erklärt, daß man natürlich ungeheuer schwere Probleme zu behandeln habe, die Zeit erfordern. Als ich Halifax darauf hinwies, daß das Recht Deutschlands auf Kolonien kein Handelsobjekt für die Behandlung irgendwelcher politischer Fragen sei, erwiderte er mir, daß man dies auch nicht wolle, jedoch bat er mich, in Berlin zu empfehlen, daß man doch zumindest gleichzeitig über die verschiedenen Fragen in Besprechungen eintreten könne und

* Aus „geschmiedet" handschriftlich verbessert.

nicht die Behandlung irgendeiner Frage ablehnen möge. Ich sagte ihm, daß dies m. E. doch auf dasselbe hinauskäme.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß diese Vorsicht und langsame Behandlung der Probleme den Wunsch nach Zeitgewinn ausdrükken* und den starken Willen, schnell etwas zustande zu bringen, vermissen lassen.

Ich glaube daher, daß die Frage, ob eine Verständigung mit Deutschland auf dem Wege freundschaftlicher Vereinbarungen nach dem Halifaxbesuch möglich ist, von den Deutschland gut gesinnten Kreisen bestenfalls noch als offen angesehen wird, indem sie hoffen, daß Deutschland sich mit der in Abschnitt IV skizzierten Basis doch noch abfinden wird oder abfinden muß.

X. Chautemps- und Delbos-Besuch in London

Dieser stellt sich hier wie folgt dar: die Franzosen sind informiert worden, daß Halifax lediglich ein informatorisches Gespräch mit dem Führer gehabt hat und daß mitteleuropäische Fragen nur gestreift wurden. Chautemps und Delbos haben dann auf Grund des Halifaxberichtes sich bereit erklärt, das deutsche Kolonialproblem zu prüfen und etwaige Vorschläge zu machen gegenüber deutschen Zugeständnissen im Sinne einer Friedensordnung und Rüstungsbegrenzung. Zweifellos bedeutet der Besuch Chautemps–Delbos eine erneute Stärkung der Achse Paris–London. Dies geht allerdings meines Erachtens nicht so weit, daß England irgendwelche Garantien für die französischen Bundesgenossen in Mitteleuropa übernommen hat oder übernehmen würde. Diese Frage wird England m. E. immer offen lassen, aber Delbos wird doch mit den guten Wünschen Englands zur Stärkung seiner mitteleuropäischen Bündnisse nach dem Osten gereist sein. Nach hiesigen Nachrichten scheint Delbos mit seiner Reise den Zweck verfolgt zu haben**, erstens als Hauptziel die Polen und auch andere Staaten von dem Beitritt zum Antikominternpakt abzuhalten, zweitens seine Beistandspakte in Osteuropa zu festigen und drittens einen Ausgleich zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu versuchen, und letzten Endes auch in Prag auf einen Ausgleich mit den Sudetendeutschen hinzuwirken, letzteres um Deutschland hier nicht den Vorwand zu irgendeinem Eingreifen geben zu können.

XI. Weiterbehandlung der Chamberlain-Initiative

In der Presse, im Parlament usw. ist es über den Halifax- und den Chautemps-Delbos-Besuch und ihre weiteren möglichen Auswirkungen vollkommen still geworden. Wie bereits berichtet, prüfen anscheinend derzeit englische Sachverständige hier und französische

* „ausdrücken" handschriftlich eingefügt.

** Handschriftlich verbessert aus „den Zweck zu verfolgen".

Sachbearbeiter drüben unabhängig voneinander die deutsche Kolonialforderung, auch die Dominien sollen mit derselben befaßt sein. Gleichzeitig sollen Vorschläge für eine politische Regelung in Europa sowie über eine Rüstungsbegrenzung quantitativer Art (Budget) ausgearbeitet werden. Man möchte dann mit Frankreich Ansichten austauschen und Deutschland einen Vorschlag machen, wobei England als Wortführer auftreten will. Wann dies geschieht, bleibt abzuwarten, vielleicht – wenn nicht besondere Ereignisse eintreten – nicht vor Februar/März. Ich möchte annehmen, daß es noch später werden kann. Ob ein wirkliches festes Kolonialangebot gemacht wird und welcher Art die politischen Vorschläge sind, hierüber hört man zunächst nicht mehr als bisher berichtet wurde, nämlich daß auf kolonialem Gebiet etwas Positives geboten werden soll, und daß man im übrigen in erster Linie an die Möglichkeit einer qualitativen Luftbegrenzung denkt und anscheinend auch an politische Vereinbarungen der Friedenssicherung in Europa in Gestalt einer schriftlichen Formulierung früherer Nichtangriffserklärungen Deutschlands an seine Nachbarn (insbesondere wohl der Tschechoslowakei); über Rüstungsbegrenzung in quantitativer Hinsicht spricht man weiter von Budgetveröffentlichung.

Stellt man die Frage, welche Aussichten auf Erfolg die Chamberlainsche Initiative derzeit hat, so kommt man zu dieser Schlußfolgerung:

Zweifellos kann ein englischer Premierminister – wenn er *will* – in außenpolitischen Dingen weitestgehend selbständige Entscheidungen treffen. Chamberlain mag diesen Willen haben, entscheidend ist aber, ob das Maximum an Konzessionen, die er uns machen will, mit den deutschen Mindestforderungen in Einklang zu bringen ist. Großbritannien und Frankreich sollen Kolonialland hergeben. Dafür wollen sie Ruhe in Europa. Ruhe in Europa im englisch-französischen Sinne bedeutet Garantie der Tschechoslowakei und ferner Rüstungsbegrenzung. Was die österreichische Frage angeht, so ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß man, wenigstens in London, einer Sonderregelung in irgendeiner tragbaren Form sich nicht unbedingt widersetzen würde. – Die Bedeutung der zu erwartenden Kolonialkonzession ist schwer zu bestimmen. Sollte am Ende der Kolonialbesprechung ein Angebot herauskommen, das eine sofortige große wirtschaftliche Stärkung des Reiches bedeuten würde, so wäre gegebenenfalls erneut zu prüfen, ob wir, zwar nicht als Gegenleistung, aber doch gleichzeitig gewisse zeitlich begrenzte Bindungen in Europa hinnehmen könnten. Ich selbst bin skeptisch hinsichtlich der Möglichkeit und der Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens. Denn hiermit ist für Deutschland die Kernfrage gestellt: Will Deutschland für ein Kolonialangebot (das wohl doch ein begrenztes sein würde, d. h. vielleicht ein etwas arrondiertes Kamerun und Togo) sich erneut rechtlich und damit moralisch an den Status quo in

Europa binden? Wenn wir dies grundsätzlich nicht können und eine Rüstungsbegrenzung zweifellos undurchführbar ist (die Engländer glauben wohl selbst nicht ernstlich daran), würde die Chamberlainsche Initiative allmählich im Sande verlaufen. – Natürlich kann man hier erst endgültig urteilen, wenn die Vorschläge vorliegen. Diese Verhandlungen werden auch eine endgültige Probe sein, ob doch noch Aussichten auf eine Lösung durch freundschaftliche Arrangements bestehen. Merken wir, daß dies nicht der Fall ist – und ich fürchte das –, sondern daß man uns nur hinhalten will, kann man sich entsprechend einrichten.

Wichtig scheint, daß wir England nicht erlauben, sich aus etwa kommenden Verhandlungen ein *Alibi für die Propagierung seines Friedenswillens zu schmieden*. Denkbar wäre z. B. daß England und Frankreich plötzlich zu irgendeinem ihnen propagandistisch günstig scheinenden Zeitpunkt in größter Aufmachung ein präzises und scharf begrenztes Angebot „Kolonien gegen Frieden", das heißt, Kolonien gegen Garantie der Tschechoslowakei, der Weltöffentlichkeit unterbreiten. Hier liegt eine gewisse Gefahr, und man könnte aus der Ablehnung eines solchen scheinbar verlockenden Angebotes kriegerische Absichten unsererseits gegenüber der Tschechoslowakei konstruieren. Auch dies wäre natürlich mit Hinweis auf die Sudetenbehandlung usw. zu parieren, aber besser scheint mir, wenn wir auf genauester Vorbereitung durch diplomatische Gespräche und Notenwechsel bestehen und jede unmittelbare Aussprache, Konferenzen usw. vermeiden. Unter diesem Gesichtspunkte ist es nützlich, wenn man möglichst viele Probleme gleichzeitig bespricht.

Die Engländer wollen dies anscheinend, jedenfalls haben sie sich, wie berichtet, offiziell in diesem Sinne geäußert. „Wir müssen Zug um Zug unsere Freunde in den Verhandlungen mitnehmen", sagte Lord Halifax. Bleibt man hier bei dieser Methode, können wir m. E. auf der Achse Rom–Berlin spielen wie wir wollen, Schuldzuschiebungen verhindern und vielleicht die andere Achse ins Unrecht setzen.

Möglich ist auch, daß im Laufe der Verhandlungen Probleme wie Österreich und Tschechoslowakei vor der Weltmeinung in unserem Sinne immer reifer werden. Das Kolonialproblem ist auch schnell gereift, und die internationale Entwicklung in Richtung Revision ist zweifellos noch nicht abgeschlossen. Letzten Endes glaube ich aber doch, daß, wenn dies auch für Österreich vielleicht zutreffen mag, bei der Frage Tschechoslowakei die Dinge sich hart im Raume stoßen werden. Territoriale Revision der Tschechoslowakei bedeutet m. E. den Beginn der Auflösung dieses Staatswesens und damit Krieg. Denn: die Tschechen bauen auf ihr französisches Bündnis (die russische Hilfe ist zur Zeit zumindest problematisch) und werden lieber versuchen zu kämpfen, als sich selbst aufzugeben. Nur wenn Frankreich oder England offiziell ihr Desinteressement an der

Tschechoslowakei erklären würden, würden sich die Tschechen *vielleicht* zu einer friedlichen, uns aber kaum befriedigenden Revision im Sinne eines autonomen Sudetenlandes hergeben. Dies wird aber Frankreich nicht tun, England m. E. auch nicht. Selbst wenn England für sich es aber täte, würde dies Prag nicht zur Revision bestimmen, denn Frankreich wäre immer noch da, und die Tschechen wissen genau, daß ein deutsch-französischer Krieg letzten Endes England immer auf seiten Frankreichs finden wird. – Diese Überlegung führt zu dem Schluß, daß die Möglichkeit einer territorialen Revision der Tschechoslowakei auf dem Wege der Verhandlungen schlechthin nicht gegeben ist.

Zusammenfassend ist über die weitere Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen zu sagen, daß wir uns keinen großen Illusionen hingeben dürfen, denn wie aus dem Bericht hervorgeht, stehen einer dauerhaften Verständigung der beiden Länder nach Lage der Dinge auch weiterhin bedeutsame Schwierigkeiten grundsätzlicher Art entgegen. Die besondere Freundlichkeit und Wärme, mit der meine Mitarbeiter und ich in letzter Zeit immer von den Engländern behandelt werden, darf m. E. nicht darüber hinwegtäuschen, daß Anzeichen zu einer wirklich bedeutsamen Wendung der englischen Politik zu einer Verständigung in unserem Sinne zur Zeit nicht festgestellt werden können. Wenn England auch in Zukunft versucht, Deutschland zu blockieren, kann kein Zweifel bestehen, daß die beiden Länder endgültig auseinandertreiben werden. – Trotzdem scheint es mir richtig, daß unsere zukünftige Politik mit England weiter auf Ausgleich gerichtet bleibt. Die Botschaft wird daher auch konstant in Richtung einer deutsch-englischen Verständigung arbeiten. Diese Verständigungsarbeit darf aber nicht dazu führen, daß unsere Freundschaften hierunter leiden können. In diesem Sinne hat die Botschaft mit dortigem Einverständnis auch immer in diesem Jahre die Achse Berlin–Rom, ebenso unsere Antikomintern-Beziehung zu Japan als konstante Faktoren unserer Außenpolitik in der englischen Arbeit behandelt.

Fünf Tage nach der Niederschrift seines Berichtes „Deutsche Botschaft London A 5522" verfaßte Ribbentrop unter dem Datum 2. Januar 1938 die dazugehörenden „Schlußfolgerungen" und sandte die gesamte Denkschrift am selben Tag von Sonnenburg ü. d. O. an Hitler nach Berlin. Im Gegensatz zu den zuvor zitierten unveröffentlichten Botschafterberichten Ribbentrops und des bis 1968 versteckt gehaltenen „A 5522" wurden die „Schlußfolgerungen" von dem Nürnberger Tribunal als „Beweismittel" gegen Ribbentrop herangezogen. Aber nur der Punkt 5 der Seite 9 aus dem zehnseitigen Bericht ist Ribbentrop sozusagen als Überraschungsdokument vorgelesen worden. Das vollständige Dokument, die

„Schlußfolgerungen" zu „A 5522", sind 1949 in der Dokumentation des Internationalen Gerichtshofes und 1950 in den Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik I publiziert worden.

In diesen „Schlußfolgerungen" vom 2. Januar 1938, die nur für Hitler bestimmt waren und nicht, wie der dazugehörende wichtigere Beweis „A 5522" und die sonstigen Botschafterberichte aus London gleichzeitig dem Außenminister von Neurath zugesandt wurden, unterstreicht Ribbentrop noch nachdrücklicher den englischen Einkreisungswillen gegenüber Deutschland. Hier erläutert er eingehend die Gründe, die Chamberlain geleitet hatten, Halifax nach Deutschland zu schicken. Im Gegensatz zu dem Bericht „A 5522" liegen die „Schlußfolgerungen" nicht im Original oder in Original-Durchschrift vor, sondern nur in Abschrift:

„Schlußfolgerungen" zu dem Bericht „Deutsche Botschaft London A 5522"

Ganz vertraulich! Nur persönlich!
Notiz für den Führer. Berlin, den 2. Januar 1938.

Schlußfolgerungen zu dem Bericht „Deutsche Botschaft London A 5522" über die zukünftige Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen.

Mit der Erkenntnis, daß Deutschland sich an den Status quo in Mitteleuropa nicht binden will und eine kriegerische Auseinandersetzung in Europa früher oder später möglich ist, wird die Hoffnung auf eine Verständigung der deutsch-freundlichen englischen Politiker – soweit sie nicht sowieso derzeit nur eine ihnen zugeteilte Rolle spielen – allmählich schwinden. Hiermit ist die Schicksalsfrage gestellt: werden letzten Endes Deutschland und England zwangsläufig in getrennte Lager treiben und eines Tages wieder gegeneinander marschieren? Zur Beantwortung dieser Frage muß man sich folgendes vergegenwärtigen:

Eine Änderung des Status quo im Osten im deutschen Sinne ist nur gewaltsam durchzuführen. Solange Frankreich weiß, daß England, das sozusagen die Gefahrenhaftung für Frankreich gegenüber Deutschland übernommen hat, zu ihm steht, ist Frankreichs Marschieren für seine östlichen Bundesgenossen wahrscheinlich, jedenfalls immer *möglich* und damit der deutsch-englische Krieg. Dies trifft selbst dann zu, wenn England den Krieg nicht will; England, das glaubt, seine Grenze am Rhein verteidigen zu müssen, würde einfach von Frankreich automatisch hineingezogen, d. h. also Frankreich hat es in der Hand, einen deutsch-englischen Krieg auf dem

Wege über einen deutsch-französischen Konflikt zu forcieren. Hieraus folgert wiederum, daß ein Krieg zwischen Deutschland und England wegen Frankreich nur verhindert werden kann, wenn Frankreich von *vornherein weiß,* daß Englands Kräfte nicht ausreichen würden, den gemeinsamen Sieg sicherzustellen. Eine solche Situation könnte England und damit Frankreich zwingen, manches hinzunehmen, was eine *starke englisch-französische Konstellation niemals dulden* würde. Dieser Fall wäre z. B. gegeben, wenn England mangels ausreichender Aufrüstung oder infolge Bedrohung seines Imperiums durch eine überlegene Mächtekonstellation (z. B. Deutschland–Italien–Japan) und damit Fesselung seiner militärischen Kräfte an anderen Stellen Frankreich nicht genügend Unterstützung in Europa zu gewähren vermöchte. Was die Frage der Mächtekonstellation angeht, so hängt diese von der weiteren Entwicklung ab, von unserer Bündnispolitik und auch von der weiteren Gestaltung der englischen Beziehungen zu Amerika. Ungünstig für England wäre, wenn es allein, noch nicht ausreichend gerüstet, der erwähnten Konstellation gegenüberstände. Allerdings müßte diese Konstellation fest gefügt sein, und es dürfte bei England und Frankreich kein Zweifel darüber herrschen, daß Italien und Japan fest zu uns stehen und gegebenenfalls die gemeinsamen Kräfte der Konstellation schlagartig eingesetzt würden. Italien und Japan haben ein ebenso großes Interesse an einem starken Deutschland wie wir an einem starken Italien und Japan. Die Existenz des neuen Deutschlands ist für beide in den letzten Jahren von großem Vorteil für ihre Expansionsbestrebungen gewesen. Mit Hinweisen hierauf und auf später zu lösende gemeinsame Ziele sollte es gelingen, diese beiden Mächte dazu zu bringen, sich mit uns zu gegebener Zeit solidarisch zu erklären. In einer solchen Situation wäre es möglich, daß England Frankreich von einem Eingreifen im Falle eines östlichen Konfliktes Deutschlands mit einem seiner Verbündeten abhalten würde, damit der Konflikt lokalisiert bleibt und England nicht durch Frankreichs Eingreifen gezwungen wäre, unter ungünstigen Bedingungen für sein Weltreich eventuell an drei Stellen, in Ostasien, im Mittelmeer und in Europa, kämpfen zu müssen. Für ein lokales mitteleuropäisches Problem, selbst wenn es Deutschland bedeutend stärken würde, würde m. E. England einen Existenzkampf um sein Weltreich nicht riskieren. Frankreich würde in einem solchen Falle wohl kaum die Nerven haben, allein ohne England gegen die deutschen Westbefestigungen anzurennen. Entscheidend scheint mir in diesem Zusammenhang die Schnelligkeit, mit der ein solcher mitteleuropäischer Konflikt siegreich beendigt wäre. Bei einem blitzartigen Erfolg glaube ich sicher, daß der Westen nicht eingreifen würde. Eine längere Dauer dagegen könnte in den Gegnerstaaten die Auffassung erwecken, als ob die Kräfte Deutschlands von ihnen doch über-

schätzt worden wären, und damit wäre der Moment des Eingreifens der Westmächte nähergerückt.

Wir haben aus diesen Gründen daher m. E. auch weiter ein Interesse an der Stärkung der Achse Berlin–Rom und des Dreiecks Berlin–Rom–Tokio und dem Beitritt weiterer Staaten zu dieser Konstellation. Je stärker unsere Freundeskonstellation ist, um so leichter würde in einem etwaigen Konflikt Deutschlands in Mitteleuropa England und damit auch Frankreich abseits stehen, und der Konflikt könnte zu unseren Gunsten lokalisiert bleiben. Ich bin sogar der Auffassung, daß wir diese Freundschaften immer fester fügen und neue gewinnen sollten. Der frühere französische Ministerpräsident Flandin hat kürzlich in einem Artikel von Konstellationen der Staaten Deutschland, Italien und Japan und der beiden Demokratien England und Frankreich plus Rußland gesprochen, die jede für sich bestrebt seien, möglichst viele Staaten für ihre Anschauungen zu gewinnen. Wenn man die erfolgreichen Bemühungen Englands in diesem Sinne in einigen Ländern betrachtet – ich erwähne z. B. Portugal, das sich England wieder schneller nähert und wo vor kurzem der frühere Privatsekretär von Austen Chamberlain (Selby) eingetroffen ist, und die Türkei, wo Sir Percy Lorraine, einer der besten englischen Diplomaten, die Türken stark proenglisch beeinflußt hat –, scheint diese Information Flandins von seinen englischen Freunden zu stammen. – Vor allem wird England aber auch zukünftig bemüht bleiben, die Achse Berlin–Rom zu schwächen, bzw. das Dreieck Berlin–Rom–Tokio zu trennen. Einflußreiche Kreise in England arbeiten konstant auf eine Verständigung Englands mit Italien und auch Japan hin. Nach Japan hat das Foreign Office im Sommer seinen besten Beamten, Sir Robert Craigie, geschickt. Um das Herz des Britischen Imperiums schützen zu können, wird England meiner Auffassung nach zur gegebenen Zeit alles tun, um zu Italien und Japan, selbst eventuell unter großen Opfern, wieder ein gutes Verhältnis herzustellen, d. h. Deutschland auszukaufen. Meines Erachtens müssen demgegenüber Deutschland, Italien und Japan fest zusammenhalten, denn darin liegt die ganze Stärke ihrer Position in der Welt, und es scheint empfehlenswert, wenn sich alle drei Staaten um die Freundschaft auch des kleinsten ihnen erreichbaren Staates bemühten. Auch im Hinblick auf Nachrichtenwesen und Propaganda kann man m. E. im Ernstfall kaum genug solche Freunde haben. Gefährlich wäre es, wegen einer ungewissen englischen Freundschaft für andere nicht zu optieren und sichere Freundschaften auszuschlagen. Hierdurch könnte man sich zwischen alle Stühle setzen. Ob diese oder jene Freundschaft zunächst besser noch in lockerer Form geschlossen oder aufrechterhalten wird, oder ob diese oder jene besser schon in irgendeiner Form z. B. in die Antikominternbewegung eingeschlossen wird, müßte m. E. von Fall zu Fall besonders entschieden werden.

Was England anbetrifft, so sollte unsere Politik m. E. weiter auf Ausgleich unter voller Wahrung der Interessen unserer Freunde gerichtet sein. England muß auch weiterhin durch uns in der Auffassung bestärkt werden, daß ein Ausgleich und eine Verständigung zwischen Deutschland und England letzten Endes doch möglich ist. Diese Aussicht könnte z. B. auch im Falle eines lokalen Konfliktes Deutschlands in Mitteleuropa, der England nicht vital berührt, auf etwaige Einmischungsabsichten der englischen Regierung bremsend wirken. Besser ist es wohl, wenn unsere sich abzeichnende Konstellation zur Zeit nach außen in noch etwas lockerer Form gehalten wird. Dies wird auf die Dauer jedoch an der Tatsache nichts ändern können, daß die Bildung zweier gegenüberliegender Fronten mit der Zeit zwangsläufig immer klarer zutage treten wird. Die Frage, ob ein deutsch-englischer Ausgleich *dann* überhaupt noch gefunden werden kann, ist meiner Auffassung nach wie folgt zu beantworten:

Steht England mit seinen Bündnissen Deutschland und seinen Freunden gegenüber stärker da, wird es m. E. früher oder später immer schlagen. Gelingt es dagegen Deutschland, seine Bündnispolitik so zu gestalten, daß eine deutsche Konstellation einer englischen stärker oder vielleicht ebenbürtig gegenübersteht, wäre es möglich, daß England lieber doch noch einen Ausgleich versucht. Bei erstarrten Fronten scheint mir ein plötzlicher Ausgleich der vielgestaltigen Interessen zwischen diesen allerdings normalerweise undenkbar. Er könnte nur von zwei sich gegenüberstehenden Staaten, dann auf Kosten ihrer Partner in der Konstellation, versucht werden. Man könnte diesem Gedankengang folgend sich z. B. theoretisch vorstellen, daß England, sich einer überlegenen Konstellation gegenübersehend, Deutschland plötzlich einen weitgehenden Ausgleich anbietet. Eine solche Schwenkung einer Politik um 180° ist in der Geschichte früher, als Kriege noch persönliche Angelegenheiten der Monarchen waren und die Völker oft gar nicht wußten, worum sie kämpften, öfters vorgekommen. Sie ist in unserer heutigen modernen, politisierten Welt kaum noch denkbar, bei den Demokratien sicher nicht durchführbar. Die deutsche Gegenleistung für ein solches Angebot könnte aber nur auf Kosten seiner Freunde gehen. Eine derartige Politik ist meiner Auffassung nach für Deutschland nicht möglich. Abgesehen von allen anderen Gründen würde eine solche Schaukelpolitik ein ungeheures Risiko in sich bergen, nämlich das der Isolierung, denn welche Garantie könnte Deutschland von England für Einhaltung eines solchen, durch die Not erzwungenen Angebots, erhalten? Es scheint mir, daß es eine solche Garantie überhaupt nicht gibt.

Zu der Frage, ob eine deutsch-englische Verständigung noch möglich ist, ist daher zu sagen, daß, während die Fronten locker sind, eine solche Einigung an sich noch denkbar wäre. Allerdings ist sie, wie aus dem beiliegenden Bericht und dieser Notiz ersichtlich, sehr schwierig, weil Deutschland sich seine Zukunft anders gestalten will, als England anscheinend bereit ist, sie bei einem Zusammengehen mit Deutschland uns zuzubilligen (s. auch anliegenden Brief Lord Londonderrys). Nur energisches Handeln des englischen Premierministers in unserem Sinne und gegen die erwähnten bedeutsamen Widerstände können vielleicht den Dingen noch eine neue Wendung geben. Man könnte sich vorstellen, daß ein englischer Premierminister, wenn er nicht von der Psychose der deutschen Stärke und des deutschen Machtwillens erfaßt ist, sondern grundsätzlich an die Möglichkeit einer deutsch-englischen Freundschaft glaubt, immer noch gern einen großzügigen, nüchternen Ausgleich suchen würde, der die deutschen Aspirationen befriedigt, ohne vitale, rein englische Interessen zu gefährden. Dies ist die von Garvin im Observer in den letzten Monaten mit so großem Nachdruck vertretene These. Als ich Chamberlain neulich um seine Ansicht über diese letzten Artikel von Garvin fragte, erwiderte er mir nur, „sie seien ihm zu lang, darum lese er sie nicht!" – Ein klares englisches Zugeständnis in der österreichisch-tschechischen Frage in unserem Sinne könnte luftreinigend für Europa wirken. Nach meinen bisherigen Erfahrungen halte ich aber eine solche Wendung für unwahrscheinlich und glaube, daß England höchstens eines Tages durch die Macht der Verhältnisse gezwungen eine solche Lösung dulden würde. Bestärkt werde ich in der Auffassung, daß auf dem Wege offizieller Verhandlungen mit England dieses Problem nicht gelöst werden kann, durch die Tatsache, daß Chamberlain sowohl innen- wie außenpolitisch (mit Frankreich) in einem System steckt, das große Entschlüsse unendlich schwierig macht.

Sind die Fronten einmal erstarrt, könnten nur ganz besondere anormale Machtverschiebungen oder Ereignisse in Europa oder der Welt (Bolschewisierung Frankreichs, Zusammenbruch Rußlands, ernste Veränderungen bei unseren Freunden) die politische Entwicklung in eine andere Richtung drängen. Auf solchen Möglichkeiten kann man aber eine Politik nicht aufbauen. Daher ist es meiner Ansicht nach richtig, in der eingeschlagenen Linie unserer Außenpolitik fortzufahren.

Abschließend möchte ich meine Auffassung in folgenden Stichworten zusammenfassen:

1. England ist mit seinen :–: Rüstungen im Rückstand – :–: daher spielt es auf Zeitgewinn.

2. England glaubt, daß bei Wettlauf mit Deutschland die :–: Zeit für England :–: arbeitet – Ausnutzung seiner größeren wirtschaftlichen Möglichkeiten für seine Aufrüstung – Zeit zur Erweiterung seiner Bündnisse (z. B. Amerika).

3. Halifax-Besuch ist daher als :–: Erkundungs- und Verschleierungsmanöver :–: anzusehen – auch Deutschenfreunde in England spielen vielfach nur ihnen zugeteilte Rolle.

4. :–: England und sein Premierminister :–: sehen m. E. nach dem Halifax-Besuch :–: keine ihnen möglich erscheinende Basis einer Einigung :–: mit Deutschland – sie trauen dem nationalsozialistischen Deutschland alles zu, wie ja auch wir den Engländern alles zutrauen – sie fürchten daher, von einem starken Deutschland eines Tages zu ihnen nicht genehmen Lösungen gezwungen zu werden – um dem zu begegnen :–: stellt England sich :–: auf alle Fälle mit seinen militärischen und politischen Maßnahmen :–: auf eine Auseinandersetzung mit Deutschland ein. :–:

5. Daher von uns zu ziehende Konsequenz:

1. nach außen weiter Verständigung mit England unter Wahrung der Interessen unserer Freunde

2. Herstellung in aller Stille aber mit ganzer Zähigkeit einer Bündniskonstellation gegen England – d. h. praktisch Festigung unserer Freundschaften mit Italien und Japan – ferner Hinzugewinnung aller Staaten, deren Interessen direkt oder indirekt mit unseren konform gehen – enge und vertrauliche Zusammenarbeit der Diplomaten der drei Großmächte zu diesem Zweck. Nur auf diese Weise können wir England begegnen, sei es eines Tages noch zum Ausgleich oder zum Konflikt. England wird ein harter und scharfer Gegner in diesem diplomatischen Spiel sein.

6. Die besondere Frage, ob im Falle eines Konfliktes Deutschlands in Mitteleuropa Frankreich und damit England eingreifen würden, hängt von den Umständen und dem Zeitpunkt ab, an dem ein solcher Konflikt ausbricht und beendet ist, und von militärischen Erwägungen, die hier nicht zu übersehen sind. Ich möchte dem Führer hierüber einige Gesichtspunkte mündlich vortragen.

Dies ist nach eingehender Prüfung aller Umstände meine Auffassung von der Lage. Ich habe seit Jahren für eine Freundschaft mit England gearbeitet und wäre über nichts froher, als wenn sie herzustellen wäre. Als ich den Führer bat, mich nach London zu schicken, war ich skeptisch, ob es gehen würde, aber im Hinblick auf Eduard VIII. schien ein letzter Versuch geboten. Heute glaube ich nicht mehr an die Verständigung. England will kein übermächtiges Deutschland in seiner Nähe, das eine ständige Bedrohung seiner Inseln wäre. Dafür wird es kämpfen. Dem Nationalsozialismus aber traut man Gewaltiges zu. Schon Baldwin hat dies erkannt, und Eduard VIII. mußte abdanken, weil man nicht sicher war, ob er bei seiner Einstellung eine Deutschland feindliche Politik mitmachen würde. Chamberlain hat nun Vansittart, unseren bedeutsamsten und zähesten Gegner an eine Stelle berufen, an der er in das diplomatische Spiel gegen Deutschland führend eingreifen kann. Jeder Tag, an dem in Zukunft – ganz gleich, welche taktischen Zwischenspiele der Verständigung mit uns versucht werden sollten – unsere politischen Erwägungen nicht grundsätzlich von dem Gedanken an England als unseren gefährlichsten Gegner bestimmt würden, :–: wäre ein Gewinn für unsere Feinde. :–:

gez. R. (IMT XXXIX, Dok. 075-TC).

Im Mittelpunkt dieser großen England-Denkschrift stand die Feststellung, die Ribbentrop bereits im Sommer 1936 Hitler gegenüber nachdrücklich betont hatte, daß das Konzept des machtpolitischen Gleichgewichts in Europa wie eh und je das Grundprinzip der britischen Politik geblieben war. Jede Balance-Verschiebung zum Nachteil der Inselnation würde die englische Führerschicht zum diplomatischen und schließlich auch militärischen Eingreifen zwingen.

Ribbentrop warnte davor, den Halifax-Besuch zu überschätzen. Dieser war nur ein Erkundungsbesuch in Verfolg der Politik des Zeitgewinns und sollte Chamberlain ein Alibi schaffen für eine Verständigung, nichts unversucht gelassen zu haben. Seit der Empire-Konferenz vom Sommer 1937 wußte der Premierminister, daß er diesen Beweis erbringen mußte, um die Dominions England nicht zu entfremden. Als britischer Premierminister konnte er nicht das Risiko eines Bruches mit den Dominions eingehen. Die Halifax-Mission verfolgte nicht die Absicht, mit Deutschland einen Ausgleich zu suchen, als vielmehr den Zweck, dem Drängen und den Wünschen der Dominions nach „Appeasement“ entgegenzukommen.

Ribbentrop nannte solche Versuche „die traditionelle englische Tendenz, Argumente für die Schuldfrage in einem eventuellen Krieg zu sammeln“. Welche Aktualität diese prophetische Feststellung haben sollte, konnte der deutsche Botschafter damals noch nicht einmal ahnen. Als Chamberlain am 30. September 1938, einen Tag nach der Münchner Konferenz, seine berüchtigte englisch-deutsche Erklärung Hitler vorlegte, unterschrieb der Kanzler des Premierministers zweites Alibi.

Ribbentrop greift auch Edens Bemerkung über England als eine „Nation von ‚shopkeepers‘ – Krämernation“ – auf, die dieser gemacht hatte, als London sich wehrte, auch nur eine deutsche Kolonie zurückzugeben. (Ribbentrop-Bericht, Cito! Ganz Geheim! London, 2. 12. 1937. Nr. 470, ADAP Serie D, Bd. I, Dok. 50.) Ribbentrops Überzeugung nach waren Schlagworte wie „Krämernation“ für das Charakterbild der englischen Führerschicht „grundsätzlich niemals“ zutreffend. Dieser Schicht billigte er eine „heroische Lebensauffassung“ zu. Hiermit verbinden sich vor allem „Machtbewußtsein, Herrscherwille und materieller Egoismus“. Für Englands Machtstellung in der Welt werde eben diese britische Führerschicht alles aufbieten und sogar den Einsatz eines Krieges wagen. Sollten einmal die

besseren Chancen auf der britischen Seite sein, warnte Ribbentrop, „wird England immer kämpfen!" Ribbentrop hielt also die Engländer *nicht* für dekadent, wie es die Verschwörer damals verbreiteten und wie es heute noch in fast jeder historischen oder politischen Abhandlung kolportiert wird, sondern er war im Gegenteil davon überzeugt, daß England immer kämpfen wird, wenn es sich eines Tages in einer stärkeren Position gegenüber Deutschland wähnt. Nach wie vor waren die einflußreichen Kreise im Foreign Office auf die politische Linie festgelegt, die Sir Eyre Crowe 1907 für das englische Machtstreben als zwingend erklärt hatte. Ihr Ziel sei heute wiederum die systematische Einkreisung des Reiches. Die „unbedingten" Gegner Deutschlands bildeten die Mehrheit im britischen Führungslager. Und die Zahl der „bedingten" Freunde des Reiches machten schon 1937 keine staatliche Kollektion mehr aus. Selbst diese, betont Ribbentrop, stehen den deutschen Friedensversicherungen skeptisch gegenüber. Er spricht ganz offen aus, daß Chamberlain und Halifax „nicht zu den Männern gehören, die noch an die Möglichkeit eines freundschaftlichen Arrangements mit Deutschland glauben".

Die Aussichten auf einen deutsch-englischen Ausgleich beurteilte Ribbentrop nunmehr pessimistischer als in seiner Unterredung mit dem Reichskanzler im Sommer 1936 und in seinem zitierten Krönungsbericht vom Mai 1937. Ribbentrop bezweifelte, daß Chamberlain von seiner Machtfülle Gebrauch machen würde, aktiv für eine Verständigung zwischen Berlin und London zu arbeiten, und er stellt die Frage, ob überhaupt zwischen dem Maximum an britischer Konzessionsbereitschaft und dem Minimum an deutschen Revisionswünschen eine Synthese herzustellen sei. Selbst eine Korrektur der in Versailles diktierten osteuropäischen Regelung drohte England und Frankreich in eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem Reich zu verwickeln. Eine militärische Konfrontation lag also im Bereich des Möglichen. Wiederholt versuchte Ribbentrop, die Engländer für den deutschen Standpunkt zu gewinnen, daß, wenn das Reich erst einmal die ideelle und materielle Gleichberechtigung wieder erhalten habe, es als eine zufriedene und saturierte Nation seinen Beitrag zur europäischen Friedensordnung leisten werde. Deutschland habe an der Erhaltung des Britischen Empires großes Interesse, zumal es als Erbe desselben sowieso nie in Frage käme.

Die Schlußbemerkungen dieser historisch bedeutsamen Denkschrift lassen zwei Dinge deutlich erkennen: Ribbentrop sieht einmal keine Anzeichen einer wirklichen Wendung der englischen Politik zu einer Verständigung im deutschen Sinne. Darüber hinaus

verdichtete sich seine Befürchtung, daß beide Nationen endgültig auseinandertreiben werden, wenn England sich weiterhin Deutschlands lebenswichtigen Interessen blockiernd in den Weg stellen werde. Und dennoch befürwortete er nachdrücklichst, die deutsche Außenpolitik weiter auf einen Ausgleich mit Großbritannien auszurichten. Aber er warnte vor der britischen Verschleierungstaktik, die als Wesenszug englischer Diplomatie hervorsteche. In diesem Zusammenhang erinnerte er an die Haltung Großbritanniens vor 1914, als es seine Absichten so gut verbarg, daß mit dem in Deutschland unerwarteten Kriegseintritt Englands die deutsche Außenpolitik zusammenbrach. Selbst im Jahre 1937 gäbe es noch Politiker, betonte Ribbentrop, die von der Annahme ausgingen, daß England in den Weltkrieg hineingeschlittert sei und nicht bewußt auf die Einkreisung Deutschlands hingearbeitet habe.

Ribbentrops Diagnose und seine Warnung vor der zukünftigen britischen Taktik werden durch Edens Instruktionen an Halifax und Henderson vom Oktober 1937 und Sir Robert Vansittarts laufende Tagebucheintragungen bestätigt, wonach Deutschland wiederum am „Rätselraten" gehalten werden müsse, bis schließlich, wie schon 1914, der Krieg folgen würde. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger in der Londoner Botschaft, Fürst Lichnowski, der im August 1914 über die ihm von Sir Edward Grey überreichte Kriegserklärung konsterniert war, denn dieser offizielle Schritt stand im krassen Widerspruch zu seinen ausgezeichneten persönlichen Beziehungen zu den damaligen britischen Staatsmännern, ließ sich Ribbentrop durch die ihm und seinen Mitarbeitern in London erwiesene „besondere Freundlichkeit und Wärme" nicht täuschen. Da der deutsche Botschafter die britische Politik der Verschleierung wahrer Absichten durchschaute und deshalb nicht Opfer der englischen Taktik des „Rätselratens" geworden war, wurde er für die Briten der Feind Nr. 1.

Ribbentrop war überzeugt, daß England und Frankreich zu einer Änderung des *Status quo im Osten* ihre Zustimmung nicht geben werden. Diese Feststellung, die zugleich eine Warnung an die deutsche Außenpolitik darstellt, auch noch so berechtigte Revisionsforderungen hinsichtlich der in Versailles geschaffenen deutschen Ostgrenzen nur mit Vorsicht geltend zu machen, hat Hitler nicht überhört, denn zehn Monate später beauftragte er am 24. Oktober 1938 Ribbentrop, dem polnischen Botschafter in Berlin, Lipski, den bekannten Vorschlag zu einer dauernden Regelung der ausstehenden Probleme zwischen Berlin und Warschau zu unterbreiten. Dieser deutsche Vorschlag verlangte von Polen keinerlei territoriale

Opfer, sondern lediglich eine auf gegenseitiger Respektierung beruhende Revision des Diktates von Versailles, das das deutsch-polnische Verhältnis vergiftete: Rückkehr der zu 96% deutschen Stadt Danzig zum Reich und eine einen Kilometer breite exterritoriale Auto- und Eisenbahn für Deutschland durch den Korridor nach Ostpreußen. Hierbei sollte auch Polen die gleichen exterritorialen Straßen durch das Danziger Gebiet nach Gdingen und einen Freihafen in der Stadt Danzig erhalten, sowie die Garantie für die Abnahme polnischer Produkte.

Ein möglicher Grund, warum Ribbentrop seine erst wenige Tage zuvor verfaßte Denkschrift „A 5522" durch die „Schlußfolgerungen" ergänzte, ist die Tatsache, daß Chamberlain am vorangegangenen Tag, dem 1. Januar 1938, Sir Robert Vansittart zum „Hauptberater des Britischen Außenministers" ernannt hatte. Während damals mancherorts orakelt wurde, ob diese Ernennung des bisherigen „Ständigen Unterstaatssekretärs im Foreign Office" eine „gewisse Kaltstellung" oder eine „besondere Auszeichnung und einen Aufstieg" darstellte (ADAP, Serie D, Bd. I, Dok. Nr. 95), zweifelte Ribbentrop nicht daran, daß der neu erteilte Auftrag Vansittarts politische Einflußsphäre erheblich erweiterte. Ribbentrop charakterisierte Vansittart bekanntlich als „unseren bedeutsamsten und zähesten Gegner", der nun „jederzeit in das diplomatische Spiel *gegen Deutschland führend eingreifen*" konnte.

Vom britischen Standpunkt aus war entscheidend, daß Vansittart in seiner neuen Stellung noch leichter und ungenierter inoffiziell wirken konnte. Eine entsprechende Position in der Wirtschaft hatte Sir Horace Wilson inne, der schon seit 1930 als „Industrieller Hauptberater" – Chief Industrial Adviser – dem Premierminister direkt unterstellt war. Beide, Vansittart wie auch Wilson, standen in engstem Kontakt mit den deutschen Verschwörern. (Ü. Vansittarts Verbindungen, s. Colvin, Vansittart, p. 125f.)

Als Antwort darauf, daß Chamberlain am 1. Januar 1938 Vansittart in die Führung der britischen Politik gegen Deutschland maßgeblich einschaltete, fordert Ribbentrop in seinen „Schlußfolgerungen" vom folgenden Tage noch emphatischer als im „A 5522" die Festigung der deutschen Bündnisse mit Italien und Japan unter Hinzuziehung aller Staaten, die ähnliche Interessen wie Deutschland verfolgen. Dies sei die einzige Möglichkeit, wie Ribbentrop schreibt, um England eines Tages begegnen zu können, sei es zum Ausgleich oder zum Konflikt! Wiederum, wie im „A 5522", drückt Ribbentrop gegenüber Hitler seine Überzeugung aus, daß England *kämpfen* wird, wenn es stärker ist als Deutschland.

Er nennt die Mission von Lord Halifax – in manchen Londoner Kreisen als „Lord Holy-Fox" – Heiliger Fuchs – bekannt – ein *Erkundungs-* und *Verschleierungsmanöver*. Treffender hätte Ribbentrop diesen Besuch nicht beschreiben können, obwohl er die Halifax auf den Weg gegebenen Anweisungen nicht kannte, wonach die offiziellen deutschen Politiker am „Rätselraten" über die eigentliche britische politische Zielsetzung gehalten werden sollten. Nach Ribbentrops Ansicht stellte sich England bereits mit seinen militärischen und politischen Maßnahmen auf eine Auseinandersetzung mit dem Reich ein. Gerade im Hinblick auf die bedeutsame Beförderung Vansittarts glaubt Ribbentrop *nicht mehr an eine Verständigung*! England werde, so warnt er, kein erstarktes Deutschland in seiner Nähe dulden. Über eine weitere Tatsache machte sich Ribbentrop auch keine Illusionen: „England wird ein harter und scharfer Gegner in diesem diplomatischen Spiel sein." Nachdrücklich setzt er sich auch in diesen „Schlußfolgerungen" wieder für eine diplomatische Lösung ein. Mit einer geradezu prophetischen Warnung vor der britischen Verschleierungstaktik schließt er seine „Schlußfolgerungen": „Jeder Tag, an dem in Zukunft – ganz gleich welche taktischen Zwischenspiele der Verständigung mit uns versucht werden sollten – unsere politischen Erwägungen nicht grundsätzlich von dem Gedanken an England als unserem gefährlichsten *Gegner* bestimmt würden, wäre ein Gewinn für unsere *Feinde*." Als Beispiel für die Unzuverlässigkeit von Übersetzungen sei hier erwähnt, daß in der englischen und amerikanischen Ausgabe der Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik dieser Schlußsatz dadurch entstellt wird, daß in beiden Fällen das Wort „Feind" steht, während Ribbentrop für die Engländer bewußt nur das Wort „Gegner" gebrauchte. (DBFP I, Series D, Doc. No. 93.)

Deshalb muß auch die Echtheit des Punktes 5 in den „Schlußfolgerungen" angezweifelt werden, in denen es unter 1. und 2. heißt: „Nach außen weiter Verständigung mit England unter Wahrung der Interessen unserer Freunde . . . Herstellung in aller Stille aber mit ganzer Zähigkeit einer Bündnis-Konstellation gegen England . . ." In „Deutsch-Englische Geheimverbindungen" wird ausführlich erläutert, warum diese Formulierung nicht mit Ribbentrops Originaltext übereinstimmen kann. Erstens ist in den Haupttexten seiner beiden Berichte niemals eine ähnliche Forderung zu finden und zweitens gab es zu der Zeit auch nichts, was in *aller Stille* hätte vorbereitet werden müssen. Ribbentrop schreibt im Gegenteil am Schluß seines „A 5522", daß trotz aller Skepsis „unsere zukünftige Politik mit England auf Ausgleich gerichtet bleibt. Die Botschaft

wird daher auch konstant in Richtung einer deutsch-englischen Verständigung arbeiten . . . In diesem Sinne hat die Botschaft mit dortigem Einverständnis auch in diesem Jahre immer die Achse Berlin–Rom, ebenso unsere Antikomintern-Beziehung zu Japan, als konstante Fakten unserer Außenpolitik in der englischen Arbeit behandelt." England war also offiziell von der deutschen Bündnis-Konstellation unterrichtet. In seinen umfangreichen Berichterstattungen als deutscher Botschafter in London hatte Ribbentrop das deutsche Staatsoberhaupt immer wieder darauf aufmerksam gemacht, bei der Einschätzung der „zukünftigen Haltung Englands *alle* Möglichkeiten einzukalkulieren", und fügte dann hinzu: „Die Folgerungen daraus zu ziehen war Sache des Führers." (Ribbentrop, Zwischen London und Moskau, S. 114.)

Im Gegensatz zu Ribbentrop, der die Reise des englischen Lordsiegelbewahrers als Erkundungs- und Verschleierungsmanöver richtig eingeschätzt hatte, glaubte nach dem Hitler-Halifax-Treffen der damalige Ministerialdirektor v. Weizsäcker oder gab zumindest vor zu glauben, daß „England heute noch schwankt, ob es nicht seine Ruhe in Europa durch Abschlagzahlungen erkaufen sollte", und empfahl am 22. Dezember 1937, „England möglichst lange im Zustand des Schwankens zu halten". Hierzu vermerkte Außenminister v. Neurath: „und die vorhandenen Reibungsflächen im Mittelmeer und in Ostasien *nicht* zu schnell zu beseitigen". (ADAP I, Dok. 86 u. Anm. 3; Sp. d. Verf.) Das waren Ratschläge aus dem Auswärtigen Amt, das Hitler dahin beriet, England werde dem Reich eine gewisse, wenn auch „nicht unbeschränkte Muße" gönnen, um den deutschen „Beschwerden mit friedlichen Mitteln voll gerecht zu werden" (a. a. O.).

Alle Londoner Botschafterberichte Ribbentrops, die außer den „Schlußfolgerungen" auch an den Außenminister von Neurath persönlich gingen oder noch zusätzlich in drei Ausführungen an das Auswärtige Amt, wurden von Weizsäcker in der Politischen Abteilung abgelegt, wie die Herausgeber der ADAP feststellten. Weizsäcker wußte also, daß Ribbentrop während des ganzen Jahres 1937 Hitler über Englands Kampfentschlossenheit und Einkreisungswillen eingehend berichtet und schließlich im „A 5522" seiner Überzeugung Ausdruck verliehen hatte, daß die allein entscheidende britische Führerschicht auch vor einem Krieg *nicht* zurückschrecken werde. Weizsäcker schickte sogar das „A 5522" mit einer zustimmenden Bemerkung an Fürst Bismarck von der Politischen Abteilung und an den Legationsrat von Rintelen. (ADAP I, Dok. 100.) Wie man noch sehen wird, hinderte dies alles den deutschen Staatssekretär v. Weizsäcker nicht, im Laufe der nächsten Monate immer wieder unwahre Behauptungen über Ribbentrops Beurteilung der zukünftigen englischen Haltung zu verbreiten, sowohl in Gesprächen mit seinen Freunden aus dem Verschwörerkreis als auch gegenüber ausländischen Diplomaten. So z. B. Henderson an Halifax am 1. September 1938! (DBFP II, No. 736.) Nicht Ribbentrop, sondern die Beamten in der Wilhelmstraße berieten Hitler dahin, daß England nicht kämpfen werde.

Die Ribbentrop-Verleumdung zerbricht an Ribbentrops Hauptbericht „A 5522". Das von den Verschwörern erfundene, von der Kriegspropaganda verbreitete, von den Nürnberger Anklägern benutzte und von den Zeitgeschichtlern ausgestaltete und signierte angebliche Englandbild Ribbentrops wurde gegen besseres Wissen als Fälschung in die Welt gesetzt. Das Nürnberger Tribunal sanktionierte diese Verleumdungen und konservierte sie für die Nachwelt. Die Mischung von propagandistischer Phantasie und absichtlichem Verschweigen machte die Behauptung, Hitler sei von Ribbentrop über die britische Haltung gegenüber Deutschland falsch beraten worden, überhaupt erst möglich – solange der Hauptbericht „A 5522" nicht wieder aufgetaucht war! Durch diesen erhalten die kurzen „Schlußfolgerungen" noch mehr Gewicht. Dieses wichtigste, aussagekräftigste Schlüsseldokument, das Ribbentrops Hauptbericht darstellt, wurde in Nürnberg dem ehemaligen Reichsaußenminister vorenthalten und in der Londoner Foreign-Office-Bibliothek versteckt. So hatten nach 1945 die Weizsäckers, Kordts, Schmidts und andere freie Bahn. Um ihre eigenen verschwörerischen und landesverräterischen Umtriebe zu rechtfertigen und zu kaschieren, diente ihnen Ribbentrop.

Die Lüge von Erich Kordt

Anfang Februar 1938 führte die Blomberg-Fritsch-Krise zu einer Umbesetzung einiger hoher militärischer und ziviler Führungspositionen im Reich. Hitler ernannte Ribbentrop zum Reichsaußenminister. In der internationalen Presse und im Diplomatischen Corps löste die Ernennung Ribbentrops ein hörbares Echo aus.

Interessant ist der Kommentar der Amerikanischen Botschaft in London. Am 7. Februar 1938 telegrafierte Herschel V. Johnson, Chargé d'Affaires ad interim, nach Washington: „Sowohl die britischen Offiziellen als auch die öffentliche Meinung haben sich in beträchtlichem Maße auf die Macht und die Fähigkeit der deutschen

Armee verlassen, daß diese als Bremse auf die Nazi-Hitzköpfe wirken würde." Weiter telegrafierte Johnson, es sei nun an der Zeit, „daß Großbritannien seine Aufrüstung vervollständige und eine dauernde Regelung in Europa erreiche". Abschließend registrierte er: „Ribbentrop hatte keinen Erfolg in London, und London hatte keinen Erfolg bei Ribbentrop." (Johnson an den Außenminister Hull, Nr. 106 v. 7. 2. 1938, 17 Uhr, State Department, Akte 862.00/3727.) Hinter diesem Wortspiel verbarg sich mehr als rhetorische Eleganz. Johnson ahnte wohl kaum, wie recht er hatte. Ribbentrop gab in einer Denkschrift Hitler zu, daß seine London-Mission das eigentliche Ziel nicht erreicht hatte, denn Hitlers Abschiedsworte aus dem Jahre 1936: „Ribbentrop, bringen Sie mir das englische Bündnis!" waren ohne britisches Echo verhallt. London hatte das deutsche Wollen zurückgewiesen. Aber auch mit seiner zweiten Bemerkung hatte der Amerikaner den Kern getroffen, wahrscheinlich ohne sich des tieferen Sinnes bewußt zu sein. Denn London hatte erfolglos versucht, Ribbentrop und über ihn die Reichsregierung zu täuschen. Es war den Engländern nicht gelungen, Ribbentrop über die zukünftige britische Politik am „Rätselraten" zu halten.

Das State Department in Washington zeigte ein sehr reges Interesse an der Regierungsumbildung in Deutschland, und Herschel V. Johnson konnte die Neugier stillen. Erich Kordt führte ihm die Feder. Einen Tag nach seinem Telegramm vom 7. Februar 1938 depeschierte Johnson die Kordt-Version des Berichtes A. 5522 als „Streng Vertraulich" an den Außenminister Hull nach Washington. Sie wurde mit großem Interesse vom Chef der Europa-Abteilung, J. Pierrepont Moffat, und dem Unterstaatssekretär Sumner Welles gelesen, ebenso von Dunn, Berater für politische Fragen, und von George S. Messersmith, Assistent Secretary of State. Johnson berichtet unter der Überschrift:

„Der Eindruck Herrn von Ribbentrops über seinen Aufenthalt in London":

... In erster Linie war Ribbentrop ein Mißerfolg in London. Er war deshalb ein Mißerfolg, weil er mit gewissen festgelegten Zielen hierhergekommen ist und weil er diese Ziele nicht erreicht hat. Am ersten Tage nach seiner Ankunft stellte er klar, daß seine Mission in diesem Lande darin bestehe, die britische Regierung und das britische Volk die Gefahr des Kommunismus erkennen zu lassen. Aber diese halten heute noch eigensinnig an derselben Meinung fest, die sie bei Herrn v. Ribbentrops Ankunft im Oktober 1936 vertraten: Der Führer ist überzeugt, daß es für Europa und auch für das britische Weltreich nur eine wirkliche Gefahr gibt und das ist die weitere Ausbreitung des Kommunismus, dieser schrecklichsten aller Krankheiten. Schrecklich, weil die Menschen im allgemeinen diese Gefahr erst erkennen, wenn es zu spät ist. Eine engere Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen unseren zwei Ländern ist nicht nur wichtig, sondern eine vitale Notwendigkeit in dem allgemeinen Kampf zur Erhaltung unserer Zivilisation und unserer Kultur. – (Feststellung Ribbentrops bei der Ankunft in London.) Zweitens wollte Herr v. Ribbentrop koloniale Konzessionen von Großbritannien erhalten, und im übrigen wurde hinzugefügt, daß er dieselben nur deshalb erwerben wollte, um der erste Reichsminister für Kolonien zu werden.

Wenn auch Herr v. Ribbentrop die Macht jetzt in einer anderen Art und Weise erlangt hat als er es vorausgesehen hatte, so hat seine Erfahrung in London sowohl im politischen als auch im persönlichen Sinne nichtsdestoweniger ihren Stempel auf seine Weltanschauung gedrückt. In seiner Politik hat er seine Ziele nicht erreicht. In seinen persönlichen Beziehungen konnte er nicht nur nicht charmieren, sondern es mißlang ihm auch, sich wohlzufühlen. Sowohl Herr v. Ribbentrop als auch Frau v. Ribbentrop mochten London nicht. Sie hatten hier keinen Erfolg und auch nur wenige Freunde außerhalb der englisch-deutschen Freundschaftsgruppe von Lord Mount Temple und Lord Londonderry. Es ist klar, daß Ribbentrop viel mehr tun wollte als nur die Konvertierten zu bekehren, denn es wurde nicht nur die Deutsche Botschaft mit einem Kostenaufwand von Tausenden von Pfunden renoviert – zu einer Zeit, als Devisen knapp waren – sondern er brachte auch eine Anzahl junger Männer mit wichtigen Verbindungen mit, wie der augenblickliche Großherzog von Hessen, ein Urenkel der Königin Victoria. Und diese sollten auf ihrem Rücken Herrn v. Ribbentrop in die höchste Gesellschaft gelangen lassen . . .

Mir – Johnson – wird privat und strengst vertraulich von einem persönlichen Mitarbeiter – personal aide – gesagt, daß Herr v. Ribbentrop Anfang Dezember vor seinem Abflug nach Deutschland seinen, wie er es nannte, Schwanengesang über die englisch-deutschen Beziehungen geschrieben hat. Diese Denkschrift war, wie alle seine Berichte, an Herrn Hitler adressiert, eine Kopie ging an Baron v. Neurath. Nach Aussagen meines Informanten faßte der deutsche Botschafter von Großbritannien hierin seine Ansicht über die Lage in der folgenden Weise zusammen:

Daß die Briten ein *degenerierendes*, aber hartgesottenes Volk seien. Daß sie sich weigerten, die Bedeutung der kommunistischen Bedrohung zu erkennen, ebenso wie die Rolle, die Deutschland als Bollwerk der Zivilisation spiele. Daß keine Rückgabe der deutschen Kolonien erwartet werden könnte zu Bedingungen, die für Deutschland akzeptabel seien. Daß die Achse Paris–London nicht leicht gebrochen werden könnte und sicherlich nicht am Londoner Ende, aber es sei der Mühe wert, es vom Pariser Ende aus zu versuchen. Daß die Zeit auf Deutschlands Seite sei, und daß es zur

Durchsetzung seiner Ziele und seiner historischen Bestimmung ungestört von der britischen Gegnerschaft schreiten solle, weil, um die Sprache meines Informanten zu gebrauchen, ‚ein Tritt in den Hintern der Engländer hie und da, keinen Schaden anrichten könnte'.

Mir ist auch klar, daß im Gegensatz zu dem Eindruck, den Feldmarschall v. Blomberg von dem britischen Machtpotential und der Solidität bei seinem Besuch im letzten Jahre erhalten hat, Herr v. Ribbentrop von Englands Macht *nicht* beeindruckt ist, und zwar deshalb nicht, weil er, entmutigt über die Möglichkeit einer englisch-deutschen Verständigung – seine Art von Verständigung – jetzt der Meinung ist, daß England weitgehendst außer acht gelassen werden könne. Als Begründer des Berlin–Tokio–Rom-Weltdreiecks und des Antikomintern-Prinzips wird erwartet, daß sich seine Außenpolitik in dieser Richtung entfalten werde. Als ausgesprochener Gegner des Besuches von Lord Halifax in Berlin wird auch erwartet, daß er kein Fürsprecher jener Generation sein wird, die die britische Regierung als unerläßlich für den Abschluß einer westeuropäischen Regelung ansieht, wie Herr Eden es klar herausgestellt hat. (Botschaft No. 98, 4. 2. 1938, 20 Uhr.)

Die Bemerkung mag angebracht sein, daß die Ernennung Herrn v. Ribbentrops zum Außenminister eine sehr unangenehme Überraschung für jene ist, die die britische Außenpolitik bestimmen. Das um so mehr, als sie gedankenvoll den Geheimen Kabinettsrat in Berlin erwarten in der Hoffnung, dadurch die wirkliche Macht über die außenpolitischen Angelegenheiten in Deutschland zu erkennen, weil sie sich Herrn v. Ribbentrops Voreingenommenheit und Unverständnis bewußt sind, die sein Londoner Aufenthalt aufdeckte und unterstrich. Sie wissen auch, daß er in seiner Eitelkeit verwundet wegging.

Es muß auch gesagt werden, daß, wie die Ereignisse liegen, das offizielle und gesellschaftliche London – sie sind untrennbar – seine Karten mit dem deutschen Botschafter nicht gut gespielt hat . . . Sie mochten seine Hartnäkkigkeit im Hinblick auf die kommunistische Bedrohung nicht . . . Sie kamen zu dem Schluß, daß, nach den Worten von Lloyd George bei einer anderen Gelegenheit, mit ihm zu verhandeln gleichbedeutend sei mit dem Versuch, Quecksilberkugeln mit einer Gabel aufzunehmen, weil er immer sprach, aber nie zuhörte, und weil er versuchte zu belehren, aber nicht zu lernen. All dies bedauern sie – die Briten – ohne Zweifel, denn sie müssen jetzt mit diesem Instrument unter noch größeren Schwierigkeiten verhandeln." (Johnson an Hull, London 8. 2. 1938, No. 3897. Streng vertraulich. State Department Akte 862.00/3745.)

Es ist auf den ersten Blick zu erkennen, daß Johnson in seinem Brief an Hull die Denkschrift Ribbentrops „A 5522" verfälscht wiedergibt. Seine Kenntnisse hatte er von einem „persönlichen Mitarbeiter" Ribbentrops erhalten. Das war Dr. Erich Kordt, Leiter des Londoner Botschafterbüros und mit der Registrierung der Akten betraut.

Von Kordt wissen wir, daß es im Auswärtigen Amt Kräfte gab, die schon nach dem deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom Januar 1934 und dem erfolgreichen Abschluß des deutsch-englischen Flottenabkommens vom Juni 1935, alle weiteren außenpolitischen Erfolge Hitlers zu verhindern suchten.

Als Ribbentrops Schatten begleitete Dr. Erich Kordt den deutschen Botschafter nach London. Als Gesandtschaftsrat sah er seine Hauptaufgabe darin, Ribbentrops Ausgleichsbemühungen in der englischen Hauptstadt zu torpedieren und im Sinne der Instruktion des Staatssekretärs von Bülow auf die erhofften Fehler des Botschafters zu warten. Alles „Wichtige", gesteht Kordt in seiner Verschwörer-Apologie, reichte er sofort an seine „Freunde" weiter, die hauptsächlich dem Foreign Office angehörten. (Kordt, Nicht aus den Akten, S. 94ff.) Zu den wichtigsten Informationen, die Kordt englischen Kreisen kostenlos lieferte, zählten für die Briten Ribbentrops Berichte an Hitler, die ihnen jeweils umgehend in die Hände gespielt wurden.

Kordt eröffnete die Verleumdungs-Offensive gegen Ribbentrop. Seine Auslassungen sind nicht weniger wichtig als seine bewußten Entstellungen und krassen Verfälschungen des außenpolitischen Programms in Ribbentrops Denkschrift „A 5522". Wann immer Kordt auf die inhaltlichen Aussagen eingeht, verkehrt er sie in ihr genaues Gegenteil. Ribbentrop schreibt von England als unserem „gefährlichsten Gegner". Kordt dagegen behauptet, Ribbentrop habe empfohlen, „England außer acht zu lassen", obwohl Ribbentrop am Schluß seiner Denkschrift warnt, daß Hitler an keinem einzigen Tag England als „gefährlichsten Gegner" vergessen dürfe, denn das wäre ein Gewinn für Deutschlands „Feinde".

Ribbentrop stellt mit keinem Wort Kordts Behauptung auf, daß England sich weigere, „die Bedeutung der kommunistischen Gefahr zu erkennen ebenso wie die Rolle, die Deutschland als Bollwerk der Zivilisation spiele". Im Gegenteil, Ribbentrop berichtete, daß London bemüht ist, einer Bolschewisierung Frankreichs vorzubeugen, um die kontinentale Flanke Englands zu sichern. Der Brite Sir Charles Mendl hatte nach seinen eigenen Nachrichten „in den letzten Jahren viele Millionen in Frankreich, besonders zur Bekämpfung des Kommunismus, verteilt". Deutschlands Rolle als antikommunistisches Bollwerk erwähnt Ribbentrop nicht. Im „A 5522" steht kein Wort davon, daß Deutschland die Achse London–Paris am französischen Ende umbiegen wollte, wie Kordt es laut Johnson behauptet. Ribbentrop machte sich gar keine Illusionen über die Verbundenheit zwischen Paris und London. Er betont im Gegenteil, daß

der Besuch der französischen Staatsmänner Chautemps und Delbos Ende November 1937 in London „die englisch-französische Achse erneut gestärkt habe“.

Ribbentrop war bekanntlich kein „ausgesprochener Gegner“ eines Halifax-Besuches, wie die Kordt-Johnson es behaupteten. Wider besseres Wissen kolportierte Kordt noch eine weitere Falschinformation. Ribbentrop hatte die englische Macht niemals unterschätzt. Es war der ehemalige Reichskanzler Dr. Brüning, der die folgende Ansicht des Feldmarschalls von Blomberg in einem Geheimschreiben nach London übermittelte. Blomberg, der London anläßlich der Krönungsfeierlichkeiten im Mai 1937 besuchte, kehrte nach Berlin zurück, *ohne* von dem „britischen Machtpotential und der Solidität“ beeindruckt zu sein. Er kritisierte General von Fritsch und andere Offiziere des deutschen Generalstabes wegen ihrer defaitistischen Einstellung und warf ihnen vor, daß „ihre Furcht vor England völlig unbegründet sei, denn es würde sich Deutschland nicht entgegenstellen, ganz gleich, was das Reich auf dem Kontinent unternehmen würde. Es war Blombergs Ansicht, aber nicht die von Ribbentrop, wie Kordt es Johnson gegenüber behauptete, daß die Engländer für Deutschland völlig ungefährlich seien. Diese Geheiminformationen hatte Brüning durch Mittelsmänner von Fritsch und Beck erhalten und dazu bemerkt, daß „General Blomberg den gleichen Fehler macht, in den viele Deutsche verfallen, die nach England und in die Vereinigten Staaten reisen“. Sie ließen sich alle durch das freundliche Entgegenkommen täuschen. Blombergs Feststellungen und Behauptungen hatten dazu geführt, daß „die Position von Fritsch und Beck wesentlich ungemütlicher und schwieriger geworden ist, und daß ihre Stellung, falls diese Entwicklung andauere, unterminiert werde“. Im Lichte dieser Brüning-Aussage gewinnt die Blomberg-Krise neue Bedeutung. (Gesprächsaufzeichnung von George S. Messersmith, Washington, 27. 12. 1937. Strengst Vertraulich. Inhalt: Bemerkungen Dr. Brünings im Laufe eines Privatgespräches. State Department Akte 762.00/153.)

Die gröbste Fälschung, die Kordt den Amerikaner Johnson in die Welt setzen ließ, ist die Behauptung, daß Ribbentrop in seiner Denkschrift „A 5522“ die Briten als ein „degenerierendes Volk“ bezeichnet habe, das in Zukunft „weitgehendst außer acht gelassen werden könne“, so daß Hitler „ungestört zur Durchsetzung seiner Ziele und historischen Bestimmung“ schreiten und England dabei völlig ignorieren solle. Um die derbe Sprache von Johnsons Informanten zu gebrauchen – „ein Tritt in den Hintern der Engländer könne keinen Schaden anrichten“. Zu Kordts Vokabular gehörte „treten!“. Später ließ er die Briten z. B. auffordern, die „deutschen Herrscher jedesmal ganz hart gegen das Schienbein zu treten, wenn sie sich allzu unrechtmäßig“ gebärden – should kick them and kick them hard –. (Vernon Bartlett an Sir Orme Sargent. London, 22. Juli 1938. FO 371/21657. C 7461.)

Als Grundprinzip der britischen Politik galt für Ribbentrop nach wie vor das „balance of power“-Konzept.

Als Ribbentrop England verließ, war er auch nicht in seiner „Eitelkeit verwundet“, wie Kordt es behauptete. Im Gegenteil, seine persönliche Stellung charakterisiert Ribbentrop im letzten Absatz des „A 5522“ dahin, daß er und seine Mitarbeiter in der letzten Zeit von den Engländern mit „besonderer Freundlichkeit und Wärme“ behandelt wurden, ohne sich allerdings davon beeindrucken zu lassen. Die weitere Behauptung, daß Ribbentrop nicht „zuhören“ könne, wird durch alle seine Berichte widerlegt, in denen er Berlin minuziös mitteilte, was er von den britischen Staatsmännern und über dieselben gehört hatte. Seine Denkschrift ist auch kein „Schwanengesang“ im Hinblick auf die deutsch-englischen Beziehungen, denn Ribbentrop empfiehlt ja trotz aller Skepsis, konstant in der Richtung einer deutsch-englischen Verständigung weiterzuarbeiten unter Berücksichtigung deutscher, den Engländern bekannten Freundschaften zu Rom und Tokio.

Wenn sich Ribbentrop auch nicht über den oft vorgegaukelten britischen Ausgleichswillen Illusionen machte, bekräftigte er in seinen diplomatischen Gesprächen und persönlichen Unterredungen seine Bereitschaft, auch weiterhin für eine deutsch-englische Versöhnung wirken zu wollen. So warnte Göring den Botschafter Henderson, „nicht den großen Fehler zu machen, Ribbentrop als antibritisch einzustufen“. Als Außenminister, betonte Göring, werde sich Ribbentrop auch weiterhin für eine Verständigung mit England einsetzen. (Henderson an Foreign Office. Berlin, 18. Februar 1938. No. 50. Strengst Vertraulich. FO 371/21655, C 1161.) Als Ribbentrop nach seiner Ernennung zum Außenminister Mitte März 1938 nach London reiste, um sich als Botschafter von der britischen Regierung zu verabschieden, ergriff er immer wieder die Gelegenheit, seine Gesprächspartner auf die Notwendigkeit deutsch-englischer Zusammenarbeit zu verweisen. Seine Londoner Freunde „können sich auf ihn als Mitarbeiter verlassen“, in diesem Sinne zu wirken. (Gesprächsaufzeichnung von Thomas Inskip, Minister für Verteidigungsfragen. London, 11. März 1938. Brief an Lord Halifax. FO 800/313.) Nachdem der deutsche Botschafter von Dirksen seine Tätigkeit in London aufgenommen hatte, versicherte ihn Ribbentrop

seiner vollsten Unterstützung bei dem Versuch, die deutsch-englischen Beziehungen zu verbessern. (Henderson an Sir A. Cadogan. Berlin, 2. Mai 1938. FO 800/269.) Auch der neue amerikanische Botschafter in Berlin, Hugh R. Wilson, war von Ribbentrops Aufrichtigkeit überzeugt. Im Juni 1938 wollte er endlich selbst einmal herausfinden, „um welchen Menschentyp" es sich bei Ribbentrop eigentlich handele. In einer „tour d'horizon" besprachen sie Probleme der internationalen Politik. Wilson gewann von Ribbentrop den Eindruck „eines intelligenten Mannes von großem Glauben ... an Hitler, von einer ganzen Portion Hartnäckigkeit und einer Fähigkeit zu argumentieren und einen bestimmten Punkt zu diskutieren. Er ist ein viel größerer Mann als ich glaubte – beeinflußt von François-Poncets und Hendersons Schilderungen". (Wilson an Pierrepont Moffat. Persönlich und Vertraulich. Berlin, 15. Juni 1938. Moffat-Nachlaß, Harvard Universitätsbücherei, Houghton Library.) „Innerlich bewegt" sprach Ribbentrop über England und seinen eigenen Wunsch „nach Freundschaft" mit Großbritannien. (Henderson referiert hier Wilsons Gespräch mit Ribbentrop. Henderson an Sir A. Cadogan. Berlin, 28. Juni 1938. FO 800/269.)

Schon wenige Tage nach Ribbentrops Ernennung zum Reichsaußenminister, bat Sumner Welles den deutschen Botschafter in Washington ins State Department, um mit ihm die politische Entwicklung in Deutschland zu besprechen. Dieckhoff spürte, daß der amerikanische Unterstaatssekretär abträgliche Informationen über Ribbentrop erhalten hatte. Er ahnte aber nicht, daß Johnsons Bericht, in dem der von Kordt gefälschte Inhalt der Denkschrift „A 5522" wiedergegeben wurde, gerade erst in Washington eingetroffen war. Dieckhoff erinnerte Welles daran, daß er ein Schwager Ribbentrops sei, und daß er den Reichsaußenminister daher „persönlich sehr gut kenne" – that for that reason he knew him intimately –. Er sagte, Ribbentrop sei zwar jünger, aber auch ein wenig „impulsiver" als Neurath. Hitler hätte ihn schon sehr früh schätzen gelernt. Ribbentrop habe Dieckhoff nach seiner Ernennung zum Außenminister erneut versichert, daß ein Übereinkommen zwischen London und Berlin noch „der ausstehende Kardinalpunkt" der deutschen Politik sei. Auch in Zukunft werde er auf einen Ausgleich zwischen beiden Nationen hinarbeiten. (Gesprächsaufzeichnung. Sumner Welles. Vertraulich. Washington, 8. Februar 1938. Inhalt: Jüngste Entwicklungen in Deutschland. State Department Akte 862.00/3722 1/2.)

Die systematische Kampagne gegen Ribbentrop geht zumindest auf den Zeitpunkt des Johnson-Berichtes mit der von Kordt gefälschten Inhaltsangabe des „A 5522" zurück. Es ist bekannt, daß

Adenauer nach Gründung der Bundesrepublik Dr. Erich Kordt nicht in den Auswärtigen Dienst übernahm mit der Begründung: „Kordt hat Ribbentrops Politik konterkariert und er wird auch mich hintergehen."

Im Berliner Auswärtigen Amt war es vor allem der Staatssekretär von Weizsäcker, der seine ganze Arbeitskraft und seine Arbeitszeit dafür benutzte, Unwahrheiten über Ribbentrop zu verbreiten.

In der Verschwörerstrategie war Ribbentrop eine Zentralrolle zugedacht, denn man konnte den Außenminister gefahrloser diskreditieren als das Staatsoberhaupt. Weizsäcker verkörperte das „Anti-Ribbentrop-Prinzip" im Auswärtigen Amt, erklärte der Mitverschwörer Hasso von Etzdorf im Wilhelmstraße-Prozeß. (Harold C. Deutsch: Verschwörung gegen den Krieg, Der Widerstand in den Jahren 1939–1940. München 1969. S. 18.) Kosthorst schreibt dazu, daß der „Anti-Ribbentrop-Affekt" bei Weizsäcker zu einer „Art Monomanie" geworden sei. Der Staatssekretär warf „Sand in das Getriebe" des Auswärtigen Amtes und sah seine Hauptaufgabe darin, Ribbentrops Ansehen und Ruf als Englandkenner zu zerstören. (Kosthorst. Bonn 1957. S. 80.) Es war sein Ziel, den Sturz des Regimes herbeizuführen. Die Verleumdungskampagne gegen Ribbentrop diente ihm als Instrument, die nationalsozialistische Regierung von innen heraus aufzubrechen. Im Wilhelmstraße-Prozeß 1946 sagte Weizsäcker aus: „Es hätte mir schon genügt, wenn – im Gespräch mit dem Gegner – nichts anderes herausgekommen wäre als die Versicherung, daß das Ausland z. B., sagen wir, mit Herrn Ribbentrop nicht verhandeln würde. Da hätte man wenigstens bei uns begonnen einzusehen, wo die Hemmung sitzt, nämlich im Personellen. Und meine Rechnung war die, wenn ein Stein aus dem Gebäude herausbricht, die übrigen nachrutschen würden." (Erich Kosthorst. Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug. Bonn 1957. 3. Auflage. S. 80.)

Die gleiche Absicht verfolgte Colvin im Sommer 1939, als er nach Berlin reiste, um Informationen für das Foreign Office zu sammeln. Er traf sich heimlich mit Weizsäcker und anderen Vertretern der deutschen Verschwörergruppe, die ihn bestürmten, das „Sperrfeuer auf Ribbentrop zu verstärken". Wenn es gelingen sollte, diesen aus dem deutschen Kabinett zu drängen, dann würde der große „Erdrutsch" sehr bald ausgelöst werden. (Colvin Geheimmemorandum, 17. Juli 1939. FO 371/22975, C 10057.) Das Ribbentrop-Zerrbild war Angelpunkt der gesamten Verschwörerstrategie. Es wurde als Explosionsstoff in die Putschvorbereitungen eingebaut, um die Regierung in die Luft zu sprengen. Dazu gehörte auch die Unterstel-

lung, es sei Ribbentrops Ansicht gewesen, daß England nicht kämpfen werde. Ribbentrop aber hatte im Gegenteil in seiner Denkschrift Hitler eingehendst davor gewarnt, daß die einzig maßgebende britische Führerschicht sich bis zum Äußersten, also auch bis zum Kriege für Englands Machtstellung in der Welt einsetzen werde. *England wird kämpfen*, betont Ribbentrop in seinem Bericht, wenn es sich eines Tages stärker fühlt als Deutschland, weil die Briten kein erstarktes Reich in ihrer Nähe dulden wollen.

Britische Provokationen

Die österreichisch-tschechische Frage

Chamberlain hatte Halifax nach Deutschland geschickt, „um Hitler auszuhorchen, nicht um positive Vorschläge zu machen". (Gilbert und Gott, The Appeasers. London 1963, p. 102f.) Diese Aussage der englischen Historiker ist identisch mit Ribbentrops Beurteilung der Halifax-Reise als ein reines „Erkundungs- und Verschleierungsmanöver". Die Zusagen, die der Lordsiegelbewahrer gegenüber Hitler offiziell gemacht hatte, daß z. B. der Status quo in Österreich, der Tschechoslowakei und in Danzig verändert werden könne, gehören zu den von Chamberlain gestatteten „indiscretions", was außer Indiskretion auch „unverbindliche Versicherungen" bedeutet. Halifax sprach im November 1937 nicht als Friedensstifter, sondern nur als Beschwichtiger – eine weitere Bedeutung von „appeaser" –, um Zeit für die britische Aufrüstung zu gewinnen. Genauso sah es damals Ribbentrop.

Über die österreichisch-tschechische Frage schreibt Ribbentrop in den „Schlußfolgerungen", daß hier „ein klares englisches Zugeständnis in unserem Sinne für Europa luftreinigend wirken könnte". Aber daß dies sich realisieren könnte, glaubte Ribbentrop *nicht*, weil Chamberlain sowohl innen- wie außenpolitisch, vor allem durch seine Bindung an Frankreich, in einem System stecke, das große Entschließungen unendlich schwierig macht. Nach Hitlers ersten Bemühungen vom 12. Februar 1938, die Österreich-Frage im Einvernehmen mit dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg in zufriedenstellender Weise zu lösen, wobei Österreich als selbständiger Staat erhalten geblieben wäre, der sich nur wirtschaftlich und bündnismäßig an Deutschland angelehnt hätte, fühlte sich England „überrumpelt" (Henderson). Schuschnigg ließ sich verleiten, eine Volksabstimmung anzuberaumen, die in ihren Ausführungsbestimmungen verfassungswidrig war – Wahlberechtigung ab 24 Jahre –. Als sich dann trotzdem am 12. März 1938 die Vereinigung Österreichs mit Deutschland auf friedlichstem Wege vollzog, mußte sich das noch bewegungsunfähige England mit einem offiziellen Protest begnügen. Chamberlain nahm aber gleichzeitig die Gelegenheit wahr, die öffentliche Meinung gegen Deutschland aufzuwiegeln und dem Reich Welteroberungspläne zu unterstellen, ähnlich wie es

Baldwin nach der Wiederherstellung der Wehrhoheit im Rheinland getan hatte. Henderson nannte die von Schuschnigg abrupt geforderte Volksabstimmung innerhalb von drei Tagen eine „übereilte Torheit“, meinte aber gegenüber Göring, daß die Österreich-Aktion, obwohl sie friedlich und ohne Blutvergießen vonstatten gegangen war, die deutsche Verständigung mit England beeinträchtigen könne. (DBFP I, No. 48 u. 49.)

Schon während Ribbentrops Botschafterzeit visierten die britischen Politiker wiederholt das Problem der Sudetendeutschen innerhalb der Tschechoslowakei an. Noch am 20. März 1938 lehnte es Chamberlain allerdings ab, dem tschechoslowakischen Staat, der nun auch im Süden gemeinsame Grenzen mit Deutschland hatte, eine Garantie zu geben. Aber schon vier Tage später erklärte er am 24. März im Unterhaus, England könnte auch ohne „legale Verpflichtungen“ gezwungen werden, für den Status quo der Tschechoslowakei zu kämpfen, obwohl er durch Halifax hatte offiziell erklären lassen, daß dieser verändert werden könnte. (Feiling: The Life of Neville Chamberlain, p. 348.) Lange bevor Deutschland daran dachte, mit anderen als mit friedlichen Mitteln, d. h. mit dem im Versailler Vertrag vorgesehenen Instrument des Selbstbestimmungsrechtes, die Sudetendeutschen von der Unterdrückung der Tschechen zu befreien, wurde die englische Öffentlichkeit durch „war scare“ in Angst versetzt. Henderson berichtet am 1. April 1938, daß nach dem „Schock durch die Einverleibung Österreichs . . . Hitlers nächstes Hauptziel die Regelung der sudetendeutschen Frage sein werde, wenn möglich auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes, aber mit Gewalt, wenn dieses Recht dauernd verweigert werde“. (DBFP I, No. 121.)

Den Kernpunkt der britischen Politik bildete im Jahre 1938, die zugesagten friedlichen Veränderungen des Status quo in der Tschechoslowakei dauernd zu verweigern und Hitler in die Offensive zu treiben. Bei den Gesprächen zwischen Daladier und Bonnet mit Chamberlain und Halifax in London am 28. und 29. April waren sich alle vier Staatsmänner darin einig, daß England und Frankreich zum Krieg noch nicht genügend gerüstet seien. Dennoch sprachen sie nur über dies eine Thema, nämlich den zukünftigen Krieg gegen Deutschland! Es brachte Chamberlains „Blut zum Kochen, ruhig mitansehen zu müssen, wie Deutschland in Mitteleuropa wieder Fuß fasse“. (DBFP I, No. 164.)

In der nun beginnenden Krise fühlte sich die englische Regierung nicht wohl. Henderson erhielt genaue Richtlinien, wie er sich verhalten solle, denn er müsse den „heiklen Charakter des Unternehmens verstehen“, in das England mit der Tschechoslowakei eingestiegen sei. Es wurde dem Botschafter eingeschärft, daß er in Berlin in einer anderen Tonart sprechen müsse, als es London mit Prag tue. Hier betone man die Schwäche der militärischen Lage, um sich jederzeit zurückziehen zu können, Berlin aber müsse gewarnt werden, etwas zu tun, was den Frieden gefährden könnte. Hitler solle sich nicht weiter für das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen, die Schlüsselfrage des tschechoslowakischen Problems, einsetzen. Henderson durfte Ribbentrop weder persönlich noch vertraulich mitteilen, daß Chamberlain dort einen Nationalitätenstaat statt einem Nationalstaat begünstige. Der Botschafter wehrte sich gegen eine derartige Behandlung einer so schwerwiegenden Frage und erklärte in einem Brief an Halifax: „Wenn ich nicht persönlich und vertraulich mit Ribbentrop sprechen kann, wird es sehr schwierig sein, die deutsche Regierung davon zu überzeugen, daß wir nicht, wie viele hier glauben, lediglich auf Zeitgewinn spielen, bis wir für den Krieg militärisch besser vorbereitet sind.“ (DBFP I, No. 198 u. 203.)

Henderson war beunruhigt über die Verständnislosigkeit seiner Landsleute, die nicht begreifen wollten, daß es sich *nicht* um Deutschlands Griff nach den Sudetendeutschen handele, sondern darum, daß „die Sudetendeutschen mit Gewalt von den Tschechen loskommen wollen“. (DBFP VII, p. 623ff.) Hitler habe die englische Intervention in Prag begrüßt, weil er „geneigt sei, an unsere Ehrlichkeit zu glauben“, wie Henderson ironisch bemerkt, und weil „Hitler selbst auch eine friedliche Lösung wünsche“. (DBFP I, No. 234.) Ribbentrop habe es abgelehnt, den Vorsitzenden der Sudetendeutschen Partei, Henlein, politisch zurückzuhalten, weil die sudetendeutsche Frage ein inneres Problem zwischen der tschechischen Regierung und Henlein sei, der „selbständig“ das dortige Deutschtum vertrete. Weizsäcker verfertigte jedoch am 12. und 14. Mai 1938 zwei mit keiner laufenden Nummer versehene und Ribbentrop nicht vorgelegte Aufzeichnungen, in denen er in zweideutigen Worten auf Henleins angebliche Abhängigkeit von der deutschen Regierung anspielte. (ADAP II, Dok. 155 und 159.) Zur gleichen Zeit führte Henlein Gespräche in London mit Vansittart und Churchill. Dabei hatte er sich zu der „Nazi-Ideologie“ bekannt, jedoch der von Weizsäcker insinuierten Behauptung, er werde für Deutschlands „Drang nach Osten als Strohmann mißbraucht“, heftig widersprochen. (DBFP I, p. 630ff.)

Der 21. Mai 1938

Anfang Mai des Jahres 1938 begann der deutsche Verschwörerkreis England über die angeblichen Absichten der Reichsregierung gegen die Tschechoslowakei zu unterrichten. Sie fürchteten, es könne zu einer für Deutschland befriedigenden Lösung der sudetendeutschen Frage kommen. In diesen Tagen wandte sich der Rittergutsbesitzer aus Hinterpommern Major Ewald v. Kleist-Schmenzin an Jan Colvin, Englands Meisteragent in Berlin. Kleist stellte sich als das „Haupt des monarchistischen Bundes" in Deutschland vor, und Colvin bemerkt, daß „jeder einzelne kurze Satz, den er sagte, genügt hätte, ihn sofort zum Tode verurteilen zu lassen". (Colvin: Vansittart . . ., p. 210f.) So erklärte Kleist-Schmenzin: „Hitler hat seine Pläne *gegen* Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Rußland, *gegen* England und die Neue Welt! Er will Kanada und Sibirien annektieren . . . die Tschechoslowakei ist der nächste Schritt." Kleist beschwor Colvin, daß England zu jeder Regelung „Nein" sagen müsse, selbst dann, wenn es sich nur um eine „diplomatische Lösung" des tschechoslowakischen Problems handele. Denn auch dies würde ein schwerer Schlag für Hitlers „Prestige in Deutschland sein". Colvin wurde von Kleist über die angebliche Schwäche der deutschen Armee aufgeklärt, die weder Reservisten noch Rohstoffreserven habe. Die Befestigung im Westen sei „nur zur Hälfte fertig" und Deutschland könne „heute noch nicht Krieg führen". Colvin sollte nichts darüber veröffentlichen, aber England wissen lassen, daß der deutsche „Generalstab einen *Notanker* brauche, der ihm nur durch ein entschlossenes Wort von der britischen Regierung zugeworfen werden könne". (Colvin a. a. O.) Der Premierminister sollte seine Zusage vom November 1937 zu einer friedlichen Regelung der sudetendeutschen Frage widerrufen. Chamberlain, der über die vermeintliche Schwäche der deutschen Armee aufgeklärt worden war, wollte jetzt durch eine gezielte Provokation die wirkliche Lage testen.

Am 19. Mai wurde die Mär über angebliche deutsche Truppenzusammenziehungen in Südschlesien und Nordösterreich verbreitet. (DBFP I, No. 232.) Auch das britische Generalkonsulat in München meldete, daß Truppen von Garmisch an die französische Grenze gebracht würden, und Prag meldete ebenfalls die Nachricht deutscher Truppenzusammenziehungen, die Benesch zum Anlaß nahm, Teilmobilmachungen durchzuführen. (DBFP I, No. 233.) An all diesen Meldungen war kein Wort wahr. Deutschland hatte im Mai 1938 keinen einzigen zusätzlichen Soldaten eingezogen und nicht

daran gedacht, das tschechoslowakische Problem militärisch zu lösen. Aber die Engländer hatten die Verleumdung in die Welt gesetzt, daß Deutschland Truppen gegen die Tschechoslowakei zusammengezogen habe. Auf diese reine Erfindung hin protestierte die britische Regierung offiziell und ließ, als von deutscher Seite nichts geschah, durch die Presse verbreiten, Deutschland sei nur dem englischen Druck gewichen.

Am 20. Mai führte Henderson mit dem deutschen Staatssekretär ein geheimes Gespräch (DBFP I, No. 240), worüber Weizsäcker nur eine kurze Notiz von drei Zeilen verfertigte. Die Reuter-Agentur aber veröffentlichte eine lange Inhaltsangabe über diese Unterredung. Weizsäcker vermerkte am 20. Mai, er habe gegenüber Henderson die vorgetäuschten deutschen Truppenzusammenziehungen als „baren Unsinn" bezeichnet. (ADAP II, Dok. 171.) Was der Staatssekretär dem englischen Botschafter wirklich gesagt hat, wird man wohl niemals genau erfahren, sich aber denken können.

Am 21. Mai 1938, dem Höhepunkt der Tschechenkrise, mußte Henderson zweimal Ribbentrop aufsuchen. Hierbei entschuldigte er sich wegen der indiskreten ausführlichen Reuter-Meldung über sein Gespräch mit Weizsäcker, weil eine Presseabsprache nicht vereinbart worden sei. (DBFP I, No. 249, 252 u. 254.) Nach der Ansicht Hendersons, der gleich nach Beginn der Krise nach London berichtete, daß „keine Beweise irgendeiner anomalen militärischen Vorbereitung" Deutschlands gegen Prag vorlägen, sei es für die deutsche Regierung „unerträglich, daß durch die tschechoslowakisch-sowjetische Militärallianz ein Absprungplatz für den Bolschewismus im Herzen von Zentral-Europa entstehen könne. Nach Auffassung der Deutschen ist es diese Militärallianz, die das tschechische Problem hervorgerufen hat." (DBFB I, No. 237.)

Henderson bat Ribbentrop, die deutsche Regierung möge trotz des Zwischenfalls von Eger, „bei dem zwei Deutsche aus dem Hinterhalt erschossen wurden", Geduld haben, denn es sei doch immerhin besser, wenn einige Menschen, so schlimm es auch sei, dort ihr Leben ließen, als daß Millionen fallen müßten". (ADAP II, Dok. 184.) Der Botschafter, der zuvor Halifax berichtet hatte, „daß Hitler sofort den Befehl zum Einmarsch geben werde, wenn sich ein wirklich ernster Zwischenfall ereignen sollte", (DBFP I, No. 240) mußte jetzt Chamberlains erste Warnung vom 24. März gegenüber Ribbentrop wiederholen und erklären:

„Frankreich würde gezwungen sein, im Falle eines deutschen Angriffs zu intervenieren, und England könnte auch ohne vertragliche Bindung durch

die Umstände, beziehungsweise aus politischer Notwendigkeit gezwungen werden, einzugreifen." (ADAP II, Do. 186 u. DBFP I, No. 250.)

Trotz des ernsten Zwischenfalls von Eger blieb Deutschland geduldig, aber in London verstärkte Halifax gegenüber dem deutschen Botschafter v. Dirksen die britische Drohung. Im Kabel an das Auswärtige Amt heißt es:

„daß England in den Konflikt hineingezogen werde, wenn die Franzosen – gleich unter welchen Umständen – auch *im Falle schwerer tschechischer Provokationen gegen uns marschieren würden.*" (ADAP II, Dok. 191.)

Chamberlain nahm also keinen Anstoß an *wirklichen schweren tschechischen Provokationen,* sondern nur an der Chimäre deutscher Angriffsabsichten, die erstmals von englischen Beamten verbreitet wurden. Dirksen wurde von Ribbentrop beauftragt, Halifax zu fragen, ob er seine Äußerungen, daß England auf jeden Fall gegen Deutschland marschieren werde, richtigstellen wolle, anderenfalls man genötigt sei, sie der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten. Wegen dieser selbstverständlichen Weisung wurde Ribbentrop den Engländern als Scharfmacher hingestellt, aber eine Richtigstellung der britischen Regierung erfolgte niemals, ebensowenig wie Henderson sein Versprechen hielt, dem deutschen Außenminister die Niederschrift des Gespräches zwischen Dirksen und Halifax vorzulegen. (ADAP II, Dok. 204 u. 251.) Heute steht zweifellos fest, daß die „Agentennachrichten eines vorgetäuschten deutschen Marsches gegen die Tschechoslowakei falsch waren". (Michael Freund, Geschichte des Zweiten Weltkriegs in Dokumenten, Band I, Freiburg 1953, S. 36.) Vor allem aber gab Henderson in seinen Memoiren zu, daß bereits am 23. Mai 1938 jeder, „außer den Halsstarrigsten, überzeugt war, die Geschichten über deutsche Truppenzusammenziehungen seien tatsächlich *unwahr*". (Henderson, Failure of a Mission, London 1940, p. 137; Sp. d. Verf.) Zu den Halsstarrigsten gehörte Chamberlain, der noch eine Woche später, am 28. Mai 1938, an seine Schwester schrieb:

Ich kann nicht daran zweifeln, 1. daß die deutsche Regierung alle Vorbereitungen für einen Coup gemacht hat, 2. daß die Deutschen nach unseren Warnungen die Risiken für zu groß hielten, 3. daß sie sich nach dem allgemeinen Urteil bewußt wurden, durch das Geschehene ihr Prestige verloren zu haben und 4. daß sie ihre Bosheit an uns auslassen, weil sie fühlen, daß wir ihnen Schach bieten können . . . Aber der Zwischenfall zeigt, wie völlig unzuverlässig und unehrenhaft die deutsche Regierung ist . . . Eins ist uns ganz klar, obwohl wir nichts darüber sagen können. „Der Anschluß" und die englisch-italienischen Vereinbarungen zusammen haben der Achse Rom–Berlin einen häßlichen Knacks versetzt." (Feiling, Chamberlain p. 352 Auslassungspunkte im Original.)

Nicht die deutsche Regierung, sondern Chamberlain war „boshaft", nachdem er durch Kleist-Schmenzin gebeten worden war, sich als Notanker der deutschen Verschwörer zu betätigen. In einer völlig „unzuverlässigen und unehrenhaften" Weise unterstellte er Deutschland Aggressionsabsichten, von denen er genau wußte, daß sie unwahr waren. Zudem war er elektrisiert von der Aussicht, die Achse Berlin–Rom empfindlich zu schwächen und damit Hitlers Prestige innerhalb des deutschen Volkes herabzusetzen. Chamberlain stellte den deutschen Kanzler als kriegslüstern hin, der durch Englands starkes Auftreten eine politische Niederlage habe einstekken müssen. Das war genau das, wovor Ribbentrop in seinem A 5522 Hitler gewarnt hatte, „es sei in England lang geübte Tradition", die Schuld an einem zukünftigen Kriege dem Gegner zuzuschieben und sei es auch durch offensichtliche Unwahrheiten. Nach dem 21. Mai jubelte die ganze Weltpresse über Hitlers angebliche Niederlage, und die Tschechen hofften, daß diese „Ohnmachtsprobe" Hitler dazu zwingen werde, die Sudetendeutsche Partei nicht weiter zu unterstützen. (DBFP I, p. 634.)

Henderson selbst, den das Intrigenspiel seiner Regierung anwiderte, desavouierte Chamberlain, als er in seinen Erinnerungen abschließend zur Maikrise feststellt.

„Deutschland hatte niemals mobilisiert, noch die Absicht, eines ‚Coup' gehabt, nur England hatte ohne Grund ‚der Wolf, der Wolf', geschrien." (Henderson, Failure . . . p. 140.)

Seit dem Mai 1938 hatte Weizsäcker ein „Vertrauensverhältnis" zu Henderson hergestellt und begann seine „Doppelrolle" aktiv zu spielen (Weizsäcker, Erinnerungen, S. 165.) Henderson hingegen hat niemals seine Regierung verraten, wenn er auch gezwungen wurde, sich laufend für den von England gewünschten Kriegsausbruch einzusetzen und dafür nützliche Niederschriften zu verfertigen. Zu Weizsäckers Doppelrolle gehörte auch ein von ihm verfaßter Brief, den Dr. Erich Kordt persönlich dem Botschafter v. Dirksen in London überbrachte und dazu „ausgezeichnete Interpretationen" mündlich übermittelte. In diesem Schreiben sollte jeder Argwohn, der „vielleicht" von seiten Ribbentrops aufkommen könnte, dadurch abgewehrt werden, daß Weizsäcker einmal das neutrale „Wir" für die „Auffassung der Opposition *gegen* Hitler und Ribbentrop" gebrauchte, ein anderes Mal aber mit dem gleichen „Wir" die Ansichten Hitlers und Ribbentrops meinte. (Rönnefarth, Die Sudetenkrise in der Internationalen Politik, Wiesbaden 1961, S. 320.) Rönnefarth sieht in diesem Brief des deutschen Staatssekretärs, das

„Anfangsglied in der Kette“ jener Handlungen der Verschwörer, die mit dem Tage begannen, als „Dr. Theo Kordt, versehen mit den Verhaltensmaßregeln für seinen neuen Posten, sich bei Weizsäcker abmeldete“. Dr. Theo Kordt, der Bruder von Erich Kordt, war schon Mitte April zum Botschaftsrat in London ernannt worden.

Hitler vergaß diesen *21. Mai* nie. Aber auch Henderson sollte noch bis zum Ende seiner Berliner Amtszeit *gegen* die Wiederholung der britischen Drohung vom *21. Mai* ankämpfen, weil sie auf unwahren Behauptungen beruhte und nur die Folge der Geheiminformationen von Kleist-Schmenzin war, die Colvin Mitte Mai nach London weitergegeben hatte. Schon eine Woche später ordnete Hitler am 28. Mai 1938 den Bau des Westwalls an, weil er das englische Intrigenspiel, ihn ohne jeden Grund mit einer politischen Niederlage zu behaften, durchschaut hatte. Von nun an wußte er, daß er sich gegen den Westen verteidigen müsse. So hatten die deutschen Verschwörer zusammen mit Chamberlain bewirkt, daß Deutschlands Westgrenze uneinnehmbar wurde. Hätte Hitler ohne den Westwall ein Jahr später die Rückkehr der Freien Stadt Danzig verlangen können?

Verleumdung als Staatskalkül

Goerdeler berät Vansittart

Gleich nach Hitlers Befehl zum Bau des Westwalls informierte Goerdeler die englischen Staatsmänner über die angeblich katastrophale Stimmung in Deutschland. Vansittart machte sich darüber am 1. Juni 1938 folgende Notiz:

„Die Kriegsgefahr, die ihren Höhepunkt ungefähr am 25. Mai (sic! *21. Mai*) erreicht hatte, als deutsche Truppen bereitgestellt wurden, um in die Tschechoslowakei einzumarschieren, ist jetzt in ein latentes Stadium getreten. Dies ist weitgehend der energischen Intervention der britischen Regierung zu verdanken. Die Gefahr jedoch ist keineswegs völlig aufgehoben. Einflußreiche Persönlichkeiten in der Nazi-Partei . . . drängen auf eine baldige Aktion gegen die Tschechoslowakei. Sie behaupten, daß der Anschluß Österreichs seine wirkliche Bedeutung ohne die Besetzung der Tschechoslowakei verliere. Österreich allein hat keinen großen Wert, nur als Verbindung zu dem Rest des Donaugebietes ist es wertvoll. DieAgitatoren in der Nazi-Partei behaupten, Berichte zu haben, die zeigen, daß Großbritannien und Frankreich nur bluffen und in Wirklichkeit nicht ernstlich der Tschechoslowakei helfen würden. Dies treffe hauptsächlich für das britische Kabinett zu.

Was die Sudetendeutschen betrifft, so muß man berücksichtigen, daß Henlein jetzt bei Hitler in Ungnade gefallen ist, der ihn für einen Schwächling hält und ihn nur gebraucht, um die Meinung im Ausland zu beruhigen. Er sei ein Mann von großer Integrität und spiele mit offenen Karten. – Hierzu vermerkt Vansittart in einer Klammer: ‚Ich freue mich, diese Bestätigung meiner eigenen Ansicht zu finden.‘ In Deutschland höre man den Slogan, wir brauchen einen Hahn aber kein Hähnlein.

Um die ganze Lage zu übersehen, muß man mit der Tatsache rechnen, daß Hitler durch sein Zurückweichen am *21. Mai* einen beträchtlichen Verlust seines Prestiges erlitten hat, nicht nur im Ausland, sondern dieses Mal in Deutschland selbst . . . Dies ist außerordentlich wichtig. Kompetente Beobachter sind der Meinung, daß das Ansehen der deutschen Nazi-Regierung nach den erfolgreichen Operationen gegen Österreich jetzt in großem Maße durch die Demütigung des *21. Mai* verloren ist. Von einer Dresdener Quelle kamen die folgenden Nachrichten: Die führenden sächsischen Nazi-Zirkel sind sehr beeindruckt von den tschechischen Vorbereitungen für eine ernsthafte Verteidigung. Die tschechische Mobilmachung kam völlig unerwartet und zusammen mit den diplomatischen Interventionen in Berlin – Englands Drohungen – waren sie von sofortiger Wirkung. Aber jeder, der

glaubt, daß der Naziplan aufgegeben worden sei, wird eines Tages eine Überraschung erleben. Das folgende von Plauen, nahe der Grenze: ... Die Grenzwachen sind mobilisiert, Truppen von außerhalb marschieren ein. Nazi-Sturmtruppen und die Schwarze Garde marschieren in voller Ausrüstung überall umher und in der Nähe von Chemnitz wird eine ‚Sudetendeutsche Legion' in dauernder Bereitschaft gehalten. Seit dem kritischen Sonntag – *21. Mai* – hat die Bereitschaft in unserem Gebiet nicht nachgelassen. Die verschiedensten Gerüchte zirkulieren, und alle regen sich über die Vorbereitungen eines Angriffs auf die Tschechen auf. Die Nachricht, daß die tschechischen Reserven aufgerufen worden sind, erstaunt alle ... Seit letztem Sonntag scheinen die Nazis zu fühlen, daß der ‚Führer' seinen Feind nicht getroffen hat.

Das folgende von München und von einer neuen Quelle: Nach der Spannung der letzten Woche hat sich jetzt die Nervosität gelegt. Als am Nachmittag des letzten Sonntags sich die Nachricht verbreitete, daß die Tschechen mobilisiert haben und daß es keinen Marsch in die Tschechoslowakei gebe, schien jedermann physisch erleichtert ... Noch am Sonntagnachmittag sprach man nur über den Besuch des britischen Botschafters bei Ribbentrop und der tschechischen Mobilmachung. Jedermann nahm an, daß der Botschafter sehr offen gesprochen habe.

Der Respekt vor England ist seit Sonntag enorm gestiegen. Je mehr sich die Nazis über das ‚perfide Albion' auslassen, um so mehr ist das Volk überzeugt, daß England dieses Mal den Krieg verhindert hat – nur darauf kommt es an." (Aufzeichnung von Vansittart v. 1. 6. 1938, Geheim FO 371/21723. gez. Vansittart. Hervorhebung d. Verf.)

Der gefährliche *21. Mai 1938* sollte Chamberlain glorifizieren, den Krieg verhindert zu haben, einen Krieg, der von Deutschland überhaupt nicht beabsichtigt war. Durch Goerdelers Stimmungsbild wurden die Engländer darin bestärkt, daß ihr Schachzug das deutsche Volk in ihrem Sinne beeinflußt hatte.

Während Henderson bis zum Kriegsausbruch immer wieder vor einer Wiederholung des „21. Mai" warnte, weil er auf frei erfundenen aggressiven Absichten Deutschlands beruhte, wurde dieses Datum für die Verschwörer ein Festtag. Dreimal wird der *21. Mai* im Goerdeler-Bericht erwähnt und den Briten damit geschmeichelt, daß allein ihre „energische Intervention" Hitler zurückgeschreckt habe. Der Respekt vor England sei seit dem *21. Mai* „enorm gestiegen" und das deutsche Volk sei jetzt überzeugt, daß Chamberlain den Krieg verhindert habe, und das sei das einzige, „worauf es ankommt". Man nannte den Kreis um Goerdeler in England die „vernünftigeren" Deutschen, zu denen auch Dr. Schacht gehörte. Über die ins Auge gefaßten Wirtschaftsgespräche mit Deutschland schrieb damals Ashton-Gwatkin, der später der Runciman-Mission in Prag zugeteilt wurde: „Wir sollten die Devisenkontrolle nicht aufheben,

bevor eine politische Veränderung eingetreten ist" (FO 371/21663). Denn man wartete auf den Putsch in Berlin.

Kordt schaltet sich ein

Nach seiner Rückkehr aus Deutschland verfaßte Vernon Bartlett von News Chronicle einen Brief an Sir Orme Sargent, der ihn gebeten hatte, seine „Eindrücke über den letzten Besuch in Berlin" zu Papier zu bringen. Bartlett spricht eingangs von den Nationalsozialisten als „Gangster", deren Einfluß viel stärker geworden sei als früher. Er schickt den Bericht eines „jungen Berliner Diplomaten", wozu Sargent auf einem Vorblatt zum Dokument vermerkt: „Herrn Bartletts deutscher Freund ist Herr Kordt, früher Erster Sekretär an der deutschen Botschaft in London und jetzt einer der Privatsekretäre von Herrn von Ribbentrop." Bartlett berichtet, daß Kordt seinen Namen nicht nennen wolle, da er oft anderer Ansicht als der Außenminister sei. Er verriet aber, daß die Deutschen durch die britischen finanziellen Interessen in Südosteuropa mehr beunruhigt seien, als sie es durch die „britische Intervention vom 21. Mai gewesen waren". Kordt glaube, daß eine englische finanzielle Unterstützung Rumäniens, Griechenlands und Jugoslawiens für die Briten günstiger wäre und „viel billiger als die augenblickliche Politik der Wiederaufrüstung". Deutschland dürfte nicht zu dem Glauben ermutigt werden, im „Südosten Europas tun zu können, was es wolle. Dies könne allerdings auf die jüngere Generation dieselbe Wirkung haben wie die Diskriminierung des Versailler Vertrages und würde früher oder später zum Kriege führen. Wie Bartlett schreibt, hat Kordt das folgende wörtlich berichtet:

„Die Politik Großbritanniens solle 1. bei jeder nur irgendwie möglichen Gelegenheit die enorme militärische Stärke und die finanzielle Macht des britischen Empires betonen und 2. jedes Problem strengstens auf seinen Wert prüfen. Gefragt, was er mit dieser letzten Erklärung meine, sagte mein deutscher Freund, man dürfe nie vergessen, daß das deutsche Volk seit seiner Niederlage von einem fast unverständlichen Komplex befallen ist, und man sollte deshalb mit einer möglichst wohlwollenden Interpretation die deutschen Argumente behandeln. Aber wenn die britische Regierung findet, daß die deutschen Herrscher sich sehr falsch benehmen, sollten sie dieselben *‚treten und sehr hart treten'*.

Nur auf diese Weise wäre es nach der Ansicht dieses und anderer gemäßigter Deutscher, mit denen ich die Lage diskutiert habe, möglich, den Einfluß auf Herrn Hitler durch die ‚Gangster' – Ja-Sager sowie Extremisten – zu mildern ..." (FO 371/21657, C 7461.) Vernon Bartlett 22. 6. 1938

Das sind die Empfehlungen Dr. Erich Kordts an die Engländer, wie sie ihre Politik *gegen* Deutschland betreiben sollen. Kordt war damals Leiter des Ministerbüros im Auswärtigen Amt und mißbrauchte seine Vertrauensstellung bei Ribbentrop dazu, den Briten zu raten, sich im Südosten *wirtschaftlich* zu engagieren, weil das für die Deutschen noch mißlicher wäre als der *„21. Mai"*. Sie sollten ihre enorme militärische und finanzielle Macht *betonen*, jedes neue Problem genau auf seinen negativen Wert für die Deutschen untersuchen und dem angeblich unrechtmäßigen Verhalten der Reichsregierung scharf entgegentreten. Sargent vermerkte zu diesen Kordt-Anweisungen, daß die wirtschaftliche Einkreisung Deutschlands keine gefährliche Politik sein würde, aber auch nicht sehr erfolgreich oder weitreichend, weil sie sich „innerhalb der engen Grenzen der wirtschaftlichen und finanziellen Orthodoxie" Englands halten müsse. Wir wissen aus Colvins Buch, „Chamberlain-Cabinet", daß der Reichtum Englands für die Zeit *nach* dem Kriege erhalten werden sollte, um die britische Weltmachtposition zu behaupten. Vansittart schreibt zu Kordts Vorschlägen:

„Um Gottes Willen, lassen wir nicht annehmen, daß Deutschland in Rumänien unbesiegbar ist. Rumänien ist *das* Schlüsselland und wahrscheinlich das nächste Ziel Deutschlands. Es steht vielleicht jetzt schon *vor* der Tschechoslowakei, und sollte Deutschland erst einmal das offenkundig notwendige rumänische Öl kontrollieren, so wird es sich für den nächsten Krieg unverwundbar wähnen. Und wir werden den nächsten Krieg haben! Dies ist von größter Bedeutung, so daß wir uns darauf konzentrieren müssen. Sollte sich eine andere Meinung darüber durchsetzen wollen, so muß mir jede Gelegenheit gegeben werden, meine eigene Ansicht immer wieder vorzutragen, denn sie ist wohlfundiert." (FO 371/21657, C 7461, 22. 6. 1938.)

Dieses Bartlett-Kordt-Dokument ist von Roberts, Cadogan und Halifax abgezeichnet und mit Marginalien versehen. Ebenso wie Bartlett schrieb auch Jan Colvin für die *News Chronicle*, deren scharf antideutsche Kommentare und tendenziöse Korrespondentenberichte auf Kordts Mitteilungen beruhten.

Die Runciman-Mission: „Ein ausgezeichneter Schachzug"

In den Sommermonaten 1938 ging es um das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen, für die Hitler später Wahlen in den betreffenden Gebieten fordern sollte, so daß der Wunsch der Bevölkerung zur Gestaltung ihrer Zukunft einwandfrei festgestellt werden könne. Henderson berichtete wiederholt nach London, daß Hitler nichts anderes wolle, „als Versailles durch Verhandlungen zu revidieren". (DBFP I, No. 356, 367 und 378.) Auch in der *Times* vom 3. Juni 1938 erschien ein Artikel, der zum Ausdruck brachte, daß „die Sudetendeutschen einen unbezweifelbaren Anspruch darauf haben, eine Ungerechtigkeit, wie sie der Versailler Vertrag begründete, zu korrigieren". (Freund I, Dok. 24.) Diese maßgebendste englische Zeitung hatte Verständnis dafür, daß die tschechische Regierung nicht gern in ein Plebiszit einwilligte, das wahrscheinlich in die Forderung ausläuft, mit dem Reich vereinigt zu werden und so den Verlust des Sudetengebietes für die tschechische Republik nach sich ziehen würde. Zuletzt könne aber trotzdem Benesch der Gewinner sein, als er dann ein „homogeneres und zufriedeneres Volk" haben würde. Während die Benesch-Henlein-Verhandlungen noch liefen, wurde nach der tschechischen Teilmobilmachung die dreijährige Dienstzeit in der Tschechoslowakei verkündet. Henderson stieß es ab, daß er diese tschechische Maßnahme gegenüber Ribbentrop verteidigen sollte, weil es dem „britischen Ruf der Aufrichtigkeit" ernstlich schaden würde, denn die Chamberlain-Regierung habe ja schließlich selbst eine friedliche Lösung des sudetendeutschen Problems vorgeschlagen.

Die Falschmeldungen vom *21. Mai* hatten eine europäische „Krise" ausgelöst. Aber noch wagte Chamberlain nicht, ein schärferes Tempo einzuschlagen. Einmal zwang ihn der britische Rüstungsstand vorsichtig vorzugehen und zum anderen mußten die deutschen Verschwörerkreise erst noch beweisen, daß sie einen gewichtigen, sogar überragenden Stellenwert in der englischen politischen Kalkulation darstellten. Der Premierminister setzte daher seine Verschleierungspolitik fort. In diesen Wochen und Monaten lavierte, manövrierte und taktierte er. Um der Welt vorzutäuschen, daß London eine britisch-deutsche Befriedung anstrebte, entsandte Chamberlain Lord Runciman nach Prag, der eine Kompromißlösung zwischen Benesch und Henlein finden sollte.

Auf diesen britischen Schritt reagierten die deutschen Verschwörer und regierungsfeindlichen Kreise positiv. Dieses geht deutlich aus einem Bericht von Prof. Ernst Jäckh, gebürtiger Deutscher und seit 1938 naturalisierter Engländer, an Sargent vom Foreign Office hervor. In einem längeren Gespräch mit Jäckh erklärte der deutsche Botschafter in Paris, Graf Welczeck:

„Die Runciman-Mission ist ein ausgezeichneter Schachzug im britischen Spiel . . . Die Führer der nationalsozialistischen Partei sind für den Krieg

sehr eingenommen, besonders seit Göring dazugehört. Dieser fürchtet, daß die Durchführung seines Vierjahresplanes nicht möglich sein wird." (FO 371/21734/C 8996. Strengst Vertraulich, 20. 8. 1938.) Anders als Jäckh, vertrat Prinz Max von Hohenlohe die Auffassung, daß Göring wie auch Ribbentrop „sich für eine friedliche Lösung einsetzten". (FO 371/21731/C 8699, Memorandum von Ashton-Gwatkin, 15. 8. 1938.)

Am Tage nach der Ankündigung der Runciman-Mission vom 27. Juli 1938 drückte Halifax in einem persönlichen Brief an Ribbentrop sein Bedauern wegen der vorzeitigen englischen Presse-Meldungen über die Runciman-Mission aus, bevor die deutsche Regierung unterrichtet worden sei. Gleichzeitig erklärte er, wie froh er darüber sei, „daß die deutsche Presse die Ernennung Lord Runcimans nicht ohne Wohlwollen kommentiert habe". (ADAP II, Dok. 323.) Die Reichsregierung lehnte eine eigene Stellungnahme zur Runciman-Ernennung ab, weil sie ohne Wissen Deutschlands erfolgt sei und daher als eine „rein englische Mission betrachtet werden müsse". (ADAP II, Dok. 318.) Der Originalbrief von Halifax vom 28. Juli trägt Ribbentrops Vermerk „Zur Übersetzung! Mappe F (Führer) 30. 7.". Dieser Brief wurde also Hitler zur Kenntnis gebracht. Aber Henderson fragte bereits am 29. Juli – also einen Tag nach Absendung des Halifax-Schreibens – bei Weizsäcker an, ob es nicht möglich sei, „dem Führer die wirklichen Tatsachen bekanntzumachen", denn die Kommentare in der deutschen Presse seien ganz anders als Hitlers Haltung, „wie sie Hauptmann Wiedemann geschildert habe". (ADAP II, Dok. 327.) Mit dieser plumpen Anfrage sollte Ribbentrop unterstellt werden, daß er Hitler nicht über alles Wichtige unterrichtete. So wie man es vorher bereits Neurath unterstellt hatte!

Wiedemann: Botengänger der Verschwörer

Hauptmann a. D. Wiedemann, auf dessen Londoner Besuch Henderson anspielte, war bekanntlich Hitlers Vorgesetzter im Weltkrieg und seit 1935 einer seiner persönlichen Adjutanten. Wiedemann wurde von Halifax am 18. Juli 1938 in dessen Privathaus am Eton-Square mit Chamberlains Erlaubnis empfangen und behauptete, „mit Wissen Hitlers", aber „ohne Kenntnis Ribbentrops" nach London gekommen zu sein. Er wollte in Erfahrung bringen, ob eine „hochgestellte deutsche Persönlichkeit baldmöglichst hierher kommen könne, um ein umfassendes Gespräch über die englisch-deutschen Beziehungen zu führen". (DBFP I, No. 510.) Dieser Halifax-

Aufzeichnung folgend hatte Wiedemann gemeint, daß der Feldmarschall Göring von diesem Gedanken sehr eingenommen wäre, denn Hitler wünsche gute Beziehungen zu England. Den angebotenen Besuch Görings in London lehnte Halifax ab, weil das sudetendeutsche Problem noch nicht gelöst sei. Außerdem wäre es besser, wenn die weiteren Gespräche zwischen Ribbentrop und Henderson geführt würden. Auf diese Bemerkung reagierte Wiedemann „äußerst heftig" und betonte, daß Ribbentrop nicht mit der Angelegenheit befaßt werden soll bis es absolut unvermeidlich sei, und fügte „vertraulich" hinzu, daß Ribbentrops Stellung bei Hitler nicht mehr von der Bedeutung wie früher sei.

Der Besuch Wiedemanns bei Halifax war ohne vorheriges Wissen Hitlers durch eine gebürtige Österreicherin, geschiedene Prinzessin Stephanie von Hohenlohe, vorbereitet worden. Hitler hatte Wiedemann vor dessen Abreise gefragt, wie er „zu dieser Einladung komme". (ADAP VII, S. 545.) Einen Besuch Görings in London hielt Hitler für zwecklos, solange die Haltung der englischen Presse sich nicht ändere. Am *„21. Mai"* sei die Sache so dargestellt worden, als ob „Deutschland nur dem englischen Druck nachgegeben hätte", obwohl er dem Botschafter Henderson persönlich zweimal erklärt hatte, daß kein deutscher Soldat in Bewegung gesetzt worden sei. (ADAP VII, S. 543.) Daß Ribbentrop über den Wiedemann-Besuch in England nicht unterrichtet werden sollte, ist leicht verständlich, denn der Adjutant war ohne Weisung und Auftrag Hitlers nach London gefahren. Gleichzeitig mit dieser Reise ließ Wiedemann die „Engländer als auch die Amerikaner wissen, daß Hitler innerlich sehr stark mit dem Gedanken an einen Krieg spiele". Dem damaligen Reichsgerichtsrat von Dohnany erklärte er über den Kanzler:

„Gegen den Mann hilft nur noch der Revolver! Aber wer soll es machen? Ich bin hier in einer Vertrauensstellung." (Wiedemann, Der Mann, der Feldherr werden wollte, Velbert 1964, S. 171.)

Welchen politischen Wirbel Wiedemann, der wegen seiner „Vertrauensstellung" nicht schießen wollte, in London auslöste, zeigen die vielen Geheimberichte, die im Foreign Office über dieses Thema vorliegen. Mit dem Datum vom 30. Juni 1938 erhielt Vansittart einen Bericht über die Lage in Deutschland von einem „Mann aus Hitlers unmittelbarer Umgebung". Dieser Mann war Fritz Wiedemann, auf dem Dokument von Vansittart persönlich und handschriftlich mit „FW" gekennzeichnet. Dieser Wiedemann-Bericht ging an Halifax mit der Bitte, ihn Chamberlain vorzulegen. Auf dem Dokument wird bestätigt, daß der „PM." – Premier-Minister – ihn am 11. Juli 1938 gelesen hat. Hiernach erklärte Wiedemann:

„Der Schlag, der am *21. Mai* gegen Hitler geführt wurde, hat dessen Pläne zerstört und ein vollkommenes Durcheinander und Mangel an Führung im Augenblick in fast allen Ämtern der deutschen Regierung hervorgerufen. Hitler gibt sich keinen Illusionen hin und erkennt, daß seine Niederlage vom *21. Mai* seine persönliche Autorität und sein Prestige nicht nur im ganzen deutschen Volk zerstörte, sondern darüber hinaus auch unter seinen engsten Kollegen. Er ist deshalb jetzt hauptsächlich von wilden Rachegelüsten erfüllt. Wegen seines Prestigeverlustes überschüttet er seine engsten Mitarbeiter entweder mit brutalen Wutausbrüchen oder mit einem sphinxähnlichen Schweigen im Hinblick auf seine Pläne und Absichten. Er bittet nicht mehr, wie bisher, seine vertrautesten Berater von Zeit zu Zeit zu einer informellen Zusammenkunft, um die Fortführung der politischen Entwicklung zu besprechen. Er läßt sie jetzt einzeln zu sich kommen, um die Ansichten dieser Personen über die verschiedenen Probleme zu hören, und entläßt sie dann mehr oder weniger höflich, ohne auf deren Meinungen einzugehen, noch seine eigene Reaktion bekanntzumachen. Die Folge davon ist ein Gefühl der Unsicherheit in allen Abteilungen. Seine Kollegen leben in der Furcht, durch seinen äußerst irritierten Zustand in seiner Wut wegen eines Widerspruches mit dem Tode bestraft zu werden. Eine weitere Folge ist die, daß Leute wie Göring, Himmler und Goebbels nicht wissen, was der Führer wünscht und was sie tun sollen. Daraus entstehen verschiedene merkwürdige und unkoordinierte Handlungen, wobei der eine oder der andere hofft, das Wohlwollen des so sehr gefürchteten Tyrannen zu gewinnen. Typisch für die Lage der Dinge war die Initiative von Goebbels, der in seiner Eigenschaft als Gauleiter von Berlin kürzlich Befehle an die Parteiorganisation seines Gaues gab, daß sofort wieder einmal mit Judenmißhandlungen begonnen werden sollte, weil Hitler kürzlich in einer Unterhaltung bemerkt haben soll, daß die Juden scheinbar wieder florierten.

Gleichzeitig glaubt Göring, einen Wunsch Hitlers zu erfüllen, wenn er bei jeder Gelegenheit seinen vielen Besuchern sagt, daß es Deutschlands Mission sei, sobald als möglich einen heroischen Krieg zu führen.

Die gesamte Führung der deutschen Staatsangelegenheiten und der Außenpolitik verfolgt im Augenblick keine klare Linie, weil sich Hitler in grimmiges Schweigen hüllt und außer wenigen Ausnahmen keine Befehle oder Anweisungen erteilt.

Während die anderen Führer unruhig sind und immer mit einem Auge auf den Führer blicken, unternehmen sie widersprüchliche und unkoordinierte persönliche Aktionen. Es werden z. B. jeden Tag neue Direktiven an die Presse gegeben, die oft in direktem Widerspruch stehen zu dem, was am Tage vorher angeordnet worden war. Dies ist besonders der Fall im Zusammenhang mit der Tschechoslowakei und Spanien, weil Goebbels irgend etwas gehört hatte, manchmal nur aus zweiter Hand, von einer barschen Bemerkung Hitlers in einer Unterhaltung. Die Rede von Heß in Stettin fällt in dieselbe Kategorie. Sie war nicht, wie es die ausländische Presse darstellte, von Hitler selbst verfaßt, geschweige denn von ihm genehmigt oder vorher gelesen worden.

Dies alles weist auf ein ängstliches Herumtasten und Bemühen hin, um den wirklichen Willen des unheimlichen Führers zu erraten und ihn zu beruhigen, bevor er seinen Zorn in eine besondere Richtung auslassen würde. Unter diesen Umständen sind eine Anzahl höchstgestellter Beobachter der Ansicht, daß irgendein politischer Rückschlag für das Nazi-System und für den Führer selbst – solange es nicht das deutsche Volk treffe – den größten Einfluß haben würde und die Krise beschleunigen könnte, die seit dem *21. Mai* nicht mehr vermeidbar erscheint. Um ein Beispiel zu geben: Die Order, alle Nazi-Organisationen in der Schweiz aufzulösen – die Möglichkeit ist von Zeit zu Zeit durch die Schweizer Presse veröffentlicht worden –, wäre ein weiterer schwerer Schlag für die bereits erschütterte Autorität des Führers und eine echte Bedrohung des Regimes. Auf dem Felde der Außenpolitik versuchen Ribbentrop und seine Beamten einen Weg aus der ziemlich hoffnungslosen Lage zu finden, indem sie sich wieder einmal Sowjetrußland nähern. In jenen Kreisen wird festgestellt (natürlich mit dem gemäßen Respekt gegenüber den unberechenbaren Launen Hitlers), daß der heutige russische Bolschewismus, der immer von der Nazi-Partei als jüdische Institution gebrandmarkt wurde, sich jetzt mehr und mehr zu einem Faschismus russischer Prägung verändere. Dies sei die Folge der umfangreichen Entlassungen jüdischer Funktionäre durch Stalin und daher stünde bald kein politisch-philosophisches Hindernis mehr im Wege für wieder neu aufgenommene gute Beziehungen zu Rußland. Hitler selbst hat sich noch nicht zu der Politik einer Annäherung an die Sowjetregierung durchgerungen. Im Augenblick liebt er es, die Rolle der großen schweigenden Sphinx zu spielen. Immerhin hat er kürzlich den neuen sowjetischen Botschafter in einer längeren Audienz mit ungewöhnlicher Höflichkeit empfangen: Die Veröffentlichung dieses Empfanges wurde der Presse unter Androhung schwerer Strafen verboten. Der neue Botschafter hat inzwischen mit verschiedenen Stellen der Nazi-Partei engen Kontakt aufgenommen. Und im Reichswirtschaftsministerium hofft man sehr, daß Benzin und Getreide von Rußland nach Berlin importiert werden können, und zwar über Rumänien und die deutsch-rumänische Petroleumgesellschaft.

Hitler hat seit dem *21. Mai* nur einen konkreten Befehl gegeben und das war am 12. Juni in einer Unterhaltung mit General Keitel, dem Oberbefehlshaber der Armee. Letzterer hat Hitler darüber informiert, daß das Rüstungsprogramm hoffnungslos hinter dem festgesetzten Plan bleiben würde, wenn nicht die gesamte Kapazität von Eisen und Stahl der deutschen Industrie in Zukunft allein der Erfüllung dieses Programms zugeteilt würde, das natürlich auch den Vierjahresplan einschließt. Alle anderen Gebäude oder Konstruktionsprojekte von nicht militärischer Art müßten zurückgestellt werden. Hitler stimmte diesem Plan zu und gab den entsprechenden Befehl: Daher ist z. B. der Plan aller neu zu bauenden Autobahnen zurückgestellt worden mit Ausnahme jener, die von direkter strategischer Wichtigkeit für die Aktionen gegen die Tschechoslowakei und Frankreich sind. Dies bedeutet auch die Zurückstellung des Sonderprogrammes für die Parteigebäude. Über die vorgenannten Bestimmungen hat Hitler in seiner Eigen-

schaft als Kriegsminister einen Befehl eingebaut, um die Unzulänglichkeiten abzustellen, die während der Invasion Österreichs so klar aufgedeckt worden sind, d. h. der schlechte Zustand der Lokomotiven, Lastwagen, Nebengleise und Eisenbahnschienen und der sehr ernste Mangel an schweren Transportwagen. Diese Mängel müssen bis zum 1. Oktober 1938 behoben sein, einschließlich der Lieferung von schweren Transportwagen im Werte von 600 Millionen Reichsmark.

Weiterhin ist angeordnet worden, den Bau der Befestigung an der Westgrenze Deutschlands – Westwall – bis zum 1. November 1938 fertigzustellen, und zwar mit Hilfe von Arbeitern, die aus anderen Gebieten herangezogen werden. Um diese Arbeiten zu erfüllen, sind neue Gesetze eingeführt worden, wonach alle Deutschen, gleichgültig ob Mann oder Frau und welchen Alters, zu jeder Art von Arbeit vom Staate aufgerufen werden können. Folglich wurde eine große Anzahl Ingenieure und Arbeiter des Baugewerbes von ihrem Job abgerufen und an die Westbefestigung geschickt. Zusätzlich ist ein neuer „Westgau" für den Arbeitsdienst gegründet worden und 16000 Arbeitsmänner wurden dorthin geschickt. Ebenfalls neu gegründet wurden die weiteren Gaue „O" und „R", aber deren Bestimmung ist bis jetzt unbekannt. Die bemerkenswerteste Seite dieser letzten Verordnung Hitlers sind seine Worte, mit denen er den Grund für diese drastischen Befehle angibt: „Damit ich nicht noch ein zweites Mal daran gehindert werde, meinen Entschluß in einem entscheidenden politischen Augenblick durchzuführen, und zwar durch die schlechte Kondition der deutschen Armee und der kämpfenden Truppen." (FO 371/21708, 8. Juli 1938.)

Genau wie Goerdeler schon am 1. Juni 1938 Vansittart über den großen Erfolg Englands vom *21. Mai* unterrichtet hatte, der ein „Zurückweichen" und eine „Demütigung" Hitlers zur Folge gehabt habe, informierte Wiedemann auch hier den Hauptberater des britischen Außenministers erneut über die angeblich katastrophale Wirkung, die die britische Haltung vom *21. Mai* auf das deutsche Volk ausgeübt habe. Hitler wird als ein gebrochener Mann hingestellt, der seine Niederlage erkenne und keine Befehle mehr gebe. Im Widerspruch dazu teilt Wiedemann aber den Engländern eine ganze Reihe Hitler-Befehle mit, nicht zuletzt, daß der Bau des Westwalls bis zum 1. November 1938 fertigzustellen sei, daß die Mängel in der Armee bis zum 1. Oktober behoben sein müßten, daß zwei neue Gaue gegründet worden seien und daß zur Arbeit am Westwall Männer und Frauen jeglichen Alters eingezogen werden könnten.

Wiedemann zeichnet den Engländern ein völlig falsches Bild von der Lage in Deutschland mit der Absicht, sie zum Widerstand zu reizen. Er verweist auf Rußland, dem Deutschland sich nähern würde, er behauptet, nur die Autobahnen gegen Frankreich und die Tschechoslowakei würden fertiggebaut, und zitiert Hitlers angebliche Worte, wonach dieser nicht noch einmal durch den schlechten Zustand seiner Armee von notwendigen Entscheidungen abgehalten werden wollte. Wiedemann war befreundet mit Canaris, Oster sowie Albrecht Haushofer und hatte genau wie der Admiral jederzeit Zutritt zum Kanzler. Er lehnte ab, Hitler mit dem Revolver entgegenzutreten, aber er ermutigte seine Freunde, dies zu tun. Nach seiner undurchsichtigen Rolle, die er in England gespielt hatte, wollte Hitler ihn nicht mehr um sich haben. Er mußte vom Auswärtigen Amt übernommen werden und wurde als Generalkonsul nach San Francisco versetzt. In London zeigte sich Botschafter von Dirksen über Wiedemanns Besuch „sehr befriedigt", Ribbentrop sei „nicht verständigt worden". Wiedemanns Aussagen gegenüber Halifax und sein Bericht an Vansittart sind ein weiteres Glied in der Kette des Landes- und Geheimnisverrats der deutschen Verschwörer, der Hunderttausenden von Soldaten und Zivilisten das Leben gekostet hat.

Wiedemanns Ratschlag: Ribbentrop ausschalten

Noch unter dem Einfluß der Wiedemann-Aktion stehend, stellten Beamte im Foreign Office die Behauptung auf, daß Ribbentrop den erwähnten Halifax-Brief vom 28. Juli „Hitler überhaupt nicht zeigen werde. Dies sei eine große Gefahr." (FO 371/21729 v. 3. August 1938.) Gemeinsam mit Vansittart überlegte Sargent, ob nicht Henderson eine Kopie dieses Briefes an Neurath weiterleiten sollte, und inzwischen spielte Chamberlain mit dem Gedanken, eine „persönliche Botschaft" an den deutschen Reichskanzler zu senden. Sargent stellte lakonisch fest, Ribbentrop könne nichts gegen diesen Schritt einwenden. „Sollte eine solche Botschaft wirklich notwendig werden, so müßten wir Herrn v. Ribbentrop umgehen, von dem wir annehmen, daß er zur Kriegspartei gehört und dauernd gegen unsere Bemühungen kämpft, eine friedliche Regelung des tschechoslowakischen Problems zu erreichen." Als Zwischenträger für diese Chamberlain-Botschaft beabsichtigte man ursprünglich, Wiedemann einzuschalten. Doch diesen Gedanken ließ man fallen. Man entschloß sich, daß sich der Premierminister nicht an Hitler, sondern an den Botschafter v. Dirksen wenden solle.

Am 3. August schrieb Chamberlain „privat und persönlich" an Botschafter v. Dirksen, der gerade seinen Urlaub in Deutschland verbrachte. Dieser Schritt des britischen Premierministers war äußerst ungewöhnlich, ganz besonders, weil er Dirksen noch zehn

Tage zuvor zu sich gebeten und auf die britische Warnung vom 24. März 1938 Bezug genommen hatte. Auch Chamberlain zeigte sich „befriedigt“ über die von Wiedemann überbrachten Mitteilungen. Aber der wirkliche Sinn seines Briefes war der dem deutschen Botschafter übergebene Auftrag: Dirksen möge während seines Urlaubs versuchen, „Hitler zu sprechen und ihn zu bitten, dem Inhalt des persönlichen Briefes, den Lord Halifax kürzlich Herrn v. Ribbentrop in bezug auf Lord Runcimans Missions gesandt hatte, volle Bedeutung beizumessen“. (ADAP II, Dok. 333.) Damit mischte sich der britische Regierungschef hochoffiziell in den innerdeutschen Dienstverkehr ein, ein ganz neues Verfahren, das allen diplomatischen Gepflogenheiten widersprach.

Der Geschäftsträger Theo Kordt in London wurde von Ribbentrop beauftragt, der britischen Regierung die Verwunderung der deutschen Regierung auszusprechen, weil diese Chamberlains privaten Brief als unzulässig ansehe, denn er „enthalte gewissermaßen die Unterstellung, daß die Information unseres Staatsoberhauptes durch den Reichsaußenminister nicht ausreiche“. (ADAP II, Dok. 356.) Zu Chamberlains Bosheit hatte sich jetzt Unverfrorenheit und Würdelosigkeit gesellt. Wie konnte sich der Premier dazu hergeben, eine Anfrage zu wiederholen, die Henderson bereits gegenüber Weizsäkker gemacht hatte? Im Schutze der deutschen Verschwörer muß er geglaubt haben, Hitlers Mißtrauen gegenüber Ribbentrop wecken zu können, um diesen für England lästigen Berater loszuwerden.

Nachdem Wiedemann als Emissär den maßgebenden britischen Führungskreisen die Verschwörerstrategie erläutert hatte, wurde London erneut bestürmt und bedrängt. Am 4. August übersandte Ashton-Gwatkin seinem Kollegen im Foreign Office, Sir Orme Sargent, einen Bericht von Dr. Schairer, der mit vielen Vertretern der deutschen Wirtschaft u. a. mit Dr. Schacht engen Kontakt hatte und als Verbindungsmann Goerdelers in London auftrat. Die Monate August und September nennt er eine „kritische Periode“, was Vansittart bekräftigte, der in seinen eigenen Marginalien feststellte, daß er Goerdeler und Schairer „traue“, aber Wiedemann „nicht“. Sargent kommentierte diesen Schairer-Bericht mit den Worten, daß die „Radikalen und Kriegshetzer, geführt von Himmler und unterstützt von Ribbentrop, den Gemäßigten gegenüberstehen“. Diese Gemäßigten – die Verschwörer –, gestärkt durch die Industriellen und die Armee, versuchten jetzt, „Göring auf ihre Seite zu ziehen, ebenso Neurath als Rivalen Ribbentrops“. Um ihre eigene Position zu stärken, legten die „Gemäßigten“ größten Wert darauf, den Beweis anzutreten, daß es ihnen gelingen würde, ein Übereinkommen zwischen Deutschland und England zu erzielen. Dafür „benutzten sie Wiedemann“. (FO 371/21664, 1. 8. 1938.)

Wie immer, so wird auch hier Ribbentrops Bild verzerrt, als ob er den Krieg gewollt hätte. Wer den Krieg wollte, das waren die Verschwörer, jene Deutschen, die den Kriegsausbruch brauchten, um Hitler zu beseitigen. So verlangte auch Schairer eine „Krise von außen“, d. h. also militärische Aktionen von unseren Gegnern gegen Deutschland, um die „interne Krise“ überhaupt erst auslösen zu können. Einige Tage vor dem Schairer-Bericht erschien in großer Aufmachung in der *Daily Mail* und im *Daily Express* die Nachricht, daß Wiedemann erneut nach London kommen wolle. Dagegen nahm Vansittart in einem Brief an Halifax sehr scharf Stellung, da dieser zweite Besuch „Ribbentrop irritieren müsse, weil Hauptmann Wiedemann gegen ihn intrigiert“. Er fürchte, dadurch „in die Streitigkeiten zwischen den beiden bestehenden deutschen Cliquen gerade in einem Augenblick zu geraten, in dem es notwendig ist, die deutsche Regierung nicht nur mit Entschlossenheit, sondern auch korrekt zu behandeln“. Halifax' handschriftliche Marginalie dazu lautet, daß es schwer sein würde, Wiedemanns Besuch „abzulehnen“, wenn er nach London kommen wolle. (FO 371/21781, 28. 7. 1938, C 7938.)

Der Hauptzweck all dieser Verräterberichte war erstens, England von der angeblich katastrophalen inneren Lage Deutschlands zu überzeugen, so daß Hitler leicht zu stürzen sei, und zweitens, der deutschen Regierung so viele kriegstreibende Absichten wie möglich zu unterstellen, um sie für die britische Propaganda ausnutzen zu können.

Am 3. August hatte Henderson mit Weizsäcker gesprochen, der ihm berichtete, daß Ribbentrop auf ärztliche Anweisung einige Zeit von Berlin fernbleiben sollte. Dazu schreibt Henderson an Halifax:

„Ich wünschte, daß es sich um mehr handele als nur ein Ratschlag des Arztes, denn ich zweifle ernstlich daran, daß irgendetwas Gutes mit Ribbentrop als Außenminister herauskommen kann. Man hat das Gefühl, als ob man eine Rolle in einer der alten griechischen Tragödien mitspiele und dauernd die Ereignisse und das unerbittliche Vorwärtsschreiten beobachte, das zum endgültigen und unvermeidlichen tragischen Ende führt. Ich bedaure, so pessimistisch zu sein, aber es ist schwierig, das in Berlin zu vermeiden. Und was Ribbentrop betrifft, so kann ich nicht anders als ihn mit dem österreichischen Außenminister Berchtold zu vergleichen, der auch so einer war und wahrscheinlich die verantwortlichste Person für den August 1914.

Ich bete darum, daß der Premierminister Großbritannien heraushalten wird, wenn es zur Tragödie kommt. Ich kann den Gedanken nicht ertragen, ein einziges britisches Leben zu verlieren, weder für die Sudeten noch für

die Tschechen ... Glücklicherweise ist Hitler sein eigener Außenminister. Schacht sagte neulich: ‚Niemand' berät ihn ... Trotzdem sehe ich keine mögliche Lösung, wenn nicht Runciman echte home rule – Selbstregierung – für die Sudeten empfiehlt." (FO 800/269, 3. 8. 1938.)

Der Vergleich Ribbentrops mit dem Grafen Berchtold, der der Hauptschuldige am Ausbruch des Ersten Weltkrieges gewesen sein soll, war ein sehr wirkungsvoller Geistesblitz Hendersons, den er in seinen Erinnerungen wiederholt. Die Anklage in Nürnberg griff diesen Vergleich auf, denn Hendersons Propagandabuch gehörte zu den sogenannten Schlüsseldokumenten. (J. v. Ribbentrop: Zwischen London und Moskau. a. a. O., S. 288.)

Wiedemann – Verschwörer und Generalkonsul in den USA

Nicht nur in den europäischen Hauptstädten hatten die Verschwörer ihre Stützpunkte aufgebaut. Auch in den Vereinigten Staaten verfügten sie über eine Verteilerzentrale, die ihre Geheiminformationen an das Weiße Haus und das State Department weiterfunkte.

Am 29. Juni berichtete Ashton-Gwatkin über ein Gespräch, das er in New York mit Dr. Gotthilf Bronisch geführt hatte. Bronisch war Goerdelers Verbindungsmann in den Vereinigten Staaten, genauso wie Schairer in London. Er stand in Verbindung mit Messersmith vom State Department. Als Wichtigstes hatte Bronisch mitgeteilt:

„Die Gegnerschaft der deutschen Armee gegen die Nazis sei weder eliminiert noch zusammengebrochen. Im letzten Februar sei sie noch nicht bereit gewesen. Die Armee-Offiziere waren zu ‚ehrlich und aufrichtig', sie hatten ihre Gefühle und ihre Absichten nicht kaschiert. In Zukunft würden sie sich heimlich organisieren, um das nächste Mal bereit zu sein ... Die Nazi-Bewegung lebte nur vom Bluff, sie habe keine wirkliche Stärke. Bei den kleinsten Anzeichen einer entschlossenen Opposition wird sie zusammenbrechen ... Außenpolitische Ereignisse könnten diesen Prozeß beschleunigen, d. h. eine entschlossene Haltung Großbritanniens und Frankreichs könnten weitere Aggressionen stoppen oder auch offensichtliche Erschütterungen der wirtschaftlichen Lage auslösen ... Jede Konzession Hitler gegenüber oder Verhandlungsangebote von England und Frankreich würden seine Position stärken und den Kampf gegen ihn erschweren. Bronisch hofft von ganzem Herzen, daß sich die britische Regierung zumindest zurückhält, weiter stark aufrüstet und Hitler nicht mit Verhandlungen nachläuft ... Bronisch hofft, in Amerika eine Gruppe Deutscher und Leute, die an der deutschen Sache interessiert sind, zu organisieren, um das Nazi-System und die Nazi-Regierung herabzusetzen. Diese Leute werden dann ihren Einfluß auf deutsche Staatsmänner ausüben, die Amerika besuchen ..." (FO 371/21663, C 6518.)

Zu diesem Dokument machte Roberts ausführliche Bemerkungen. Auch Jebb, Sargent, Cadogan und Vansittart zeichneten es ab.

Während Bronisch an der Ostküste von New York aus in direkter Drahtverbindung mit amerikanischen Regierungskreisen stand, streckte Wiedemann seine Fühler an der Westküste aus. Bevor er aber nach Nordamerika aufbrach, hofften britische Kreise, ihn noch einmal in ihre Dienste einspannen zu können. Am 10. September erhielt Halifax einen handschriftlichen Brief von Lord Elibank, der vorschlug, Hitler durch Hauptmann Wiedemann klarmachen zu lassen, wie sehr das gesamte englische Volk „hinter S. M. Regierung stehe". Er habe gestern „mit der Prinzessin Hohenlohe in Salzburg gesprochen" und habe ihr die Lage erklärt. Sie bedauerte, daß „es in Deutschland eine Partei gebe, die gegen den Frieden arbeite und es bestehe nur eine Möglichkeit, Hitler zu beeindrucken, und das sei eine endgültige Erklärung von unserer Regierung über unsere Ansichten und Absichten für den Fall, daß Frankreich in den Krieg gezwungen würde. Sir John Simons Lanark-Rede habe nicht genügt." (FO 800/314, 18. 9. 1938.)

Nach dem Tode der Prinzession widersprach ihr Sohn Franz Hohenlohe einem Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 29. Juli 1972, in dem behauptet wurde, daß Wiedemann und die Prinzessin versucht hätten, England zum Nachgeben zu bewegen. In seiner „Berichtigung" vom 11. Dezember 1972 stellt er fest: „Ganz im Gegenteil!" Er bestätigt damit, was sich aus den britischen Dokumenten ergibt.

Als Wiedemann im Januar 1939 seinen Posten in San Francisco antrat, behauptete Creswell vom Foreign Office, daß Wiedemanns Weggang von Berlin als ein „Rückschlag für die englisch-deutschen Beziehungen angesehen werden müsse ... Denn der Name des Hauptmanns Wiedemann werde auf der deutschen Seite mit der englisch-deutschen Befriedungspolitik identifiziert, die von der britischen Seite durch die augenblickliche Regierung so stark verfolgt werde." (FO 371/22980, C 1028/1618, undatiert.) Kein Wunder, daß diese Akte den Vermerk trägt: „Benutzt für den Britischen Rundfunk am 21. 1. 1939."

In Amerika trieb Wiedemann sein verräterisches Spiel bis in den Krieg hinein weiter. Hierüber liegt ein FBI-Bericht vor, der den unveröffentlichten Morgenthau-„Tagebüchern" mit dem Titel *„Der*

Fall von Sir William Wiseman, Stefanie von Hohenlohe-Waldenburg und Hauptmann Fritz Wiedemann" beigefügt ist. Wiseman war ein hoher Beamter der Britischen Intelligence. Er behauptet, Wiedemann habe in Amerika kein Hehl daraus gemacht, daß er die bestehende deutsche Regierung „ablehnt". Er habe das Interview mit Wiseman gesucht, um zu erfahren, „wie drastisch England die Deutschen im Falle einer Niederlage behandeln werde". Das war am 7. Oktober 1940. Es gelang Wiseman zuerst lediglich, die Prinzessin Hohenlohe zu sprechen, die ihm Wiedemanns Vorschlag übermittelte, sie solle „persönlich einen englischen Friedensvorschlag Hitler und Ribbentrop in Berlin übergeben". Die Prinzessin behauptete, „Hitler habe sie gern und würde sich über ihre Ankunft freuen. Hitler müsse sich mit Großbritannien verbünden und ein solches Bündnis würde einen dauernden Frieden bringen. Sie würde Mussolini Hitler gegenüber als ‚Clown' verhöhnen und die große Macht der Vereinigten Staaten betonen". Wiseman erklärte: „Der Präsident hat noch vier Jahre, um die Vereinigten Staaten in den Krieg zu führen, und er ist anscheinend entschlossen, dies zu tun." Schließlich sprach Wiseman am 27. November 1940 über fünf Stunden mit Wiedemann. Der Generalkonsul willigte ein, daß der Bericht über dieses Gespräch direkt an Halifax geschickt werde unter Umgehung des englischen Botschafters Lothian in Washington. Der Tenor des Berichtes zeigt, daß Wiseman jetzt nicht mehr wie früher von einem Friedensangebot an Hitler sprach, sondern nur noch von dessen „Eliminierung". Wiedemann stimmte zu und erklärte, „daß ein dauerhafter Frieden nur mit einer starken deutschen Partei geschlossen werden könne, vielleicht einer Monarchie, und daß das gegenwärtige Hitler-Regime zerstört werden müsse". Es wurde auch an den Kronprinzen gedacht und an Himmler, „der ebenfalls ein Monarchist sei und vielleicht eine gute Unterstützung biete". Schließlich erklärte die Prinzessin Hohenlohe, „daß Hitler beseitigt werden müsse". Wiedemann stimmte auch dem zu. Diese wichtigtuerischen Unterhaltungen hatten zur Folge, daß die Prinzessin Hohenlohe aus den USA ausgewiesen werden sollte. Wiedemann erklärte am 20. Dezember 1940 der amerikanischen Presse gegenüber, daß die Prinzessin nicht mehr in den Vereinigten Staaten sei. In Wirklichkeit aber lebte sie noch in Kalifornien. In Amerika glaubte man, daß die Prinzession Hohenlohe sowohl von den Briten als auch von den Deutschen protegiert werde, natürlich nur von den deutschen Verschwörern. Schließlich verlangte Roosevelt im März 1941, daß die Prinzessin Hohenlohe des Landes verwiesen werde. Er habe es leid, immer wieder zu hören, daß sie „deportierbar" sei, aber *nicht* deportiert werden könne, weil sie die ungarische Staatsangehörigkeit besitze. Man hielt die Prinzessin Hohenlohe für eine aktive deutsche Agentin, vergleichbar mit der Mata Hari. (Morgenthau-Tagebücher, FDR Bibliothek, Hyde Park, New York.)

Rittmeister v. Koerber meldet sich beim Britischen Militärattaché

1938 wurde zum Jahr der Verschwörer. Seit dem *21. Mai* mehrten sich ihre Besuche in London und in der Berliner Britischen Botschaft. Hier erklärte am 6. August der Rittmeister a. D. v. Koerber dem englischen Militärattaché Mason-MacFarlane, daß er „fanatisch anti-Hitler" sei, daß die Opposition „in einem unglaublichen Maße zugenommen habe, und daß der Krieg nur durch den Umsturz des Hitler-Regimes von innen heraus vermieden werden könne". Er warnte vor einem Sieg Francos, der die Totenglocke für England und Frankreich läuten lassen würde, „wenn es England nicht gelänge, Italien auszukaufen". Er erklärte weiter, daß die deutsche Armee im Augenblick für den Krieg „vollkommen untauglich" sei, sie müsse ebenso wie das deutsche Volk sofort mit einer englischen „Gegenpropaganda durchsetzt" werden. (DBFP II, No. 595.) Diesen Bericht eines deutschen Verräters ließ Henderson durch Mason-MacFarlane persönlich nach London bringen, um die von Koerber geschilderte „deutsche militärische Lage im Kriegsministerium persönlich zu besprechen". Der englische Militärattaché nahm auch einen privaten Brief Hendersons vom 8. August an Halifax mit, in dem der Botschafter im Widerspruch zu den deutschen Verschwörern erklärte, er glaube, „daß Hitler eine friedliche Lösung wünsche, aber nicht unbegrenzte Zeit warten könne". (DBFP II, No. 594.) In dem Henderson-Bericht, den Halifax über die Koerber-Besprechung erhielt, heißt es, daß die deutsche „Kriegspartei einen Blitzkrieg" von höchstens drei Monaten erhoffe, falls England neutral bliebe. Koerber betonte, daß alles von der britischen Haltung abhänge, die deutsche „Kriegspartei" zu besiegen und deshalb müsse es in den Krieg eintreten, damit dieser nicht „nur drei Monate, sondern drei Jahre dauere". (FO 371/21730, 4. 8. 1938.)

Der britische Militärattaché Mason-MacFarlane war während des Zweiten Weltkrieges Gouverneur von Gibraltar und wird in Irvings Buch „Mord aus Staatsräson?" (London 1969) mit dem Flugzeug-Tod des polnischen Exil-Ministerpräsidenten Sikorski in Verbindung gebracht. Als Mason-MacFarlane 1970 starb, widmete ihm

Leo Geyr von Schweppenburg einen Nachruf, in dem die Absicht des ehemaligen britischen Militärattachés in Berlin, Hitler erschießen zu wollen, anerkennend hervorgehoben wird. Geyr war vor dem Kriege deutscher Militärattaché in London. (Kölnische Rundschau, 22. 2. 1970.)

Am 21. August 1938 war Koerber erneut bei Mason-MacFarlane und gab detaillierte Auskünfte über Hitlers angeblich bereits angelaufene General-Mobilmachung gegen die Tschechoslowakei. Auch diese Meldung sollte dem britischen Kriegsministerium weitergegeben werden. Darin wird nicht nur von Hitlers diplomatischer Niederlage vom *21. Mai* gesprochen, die er nicht überleben könne, sondern auch von einem „Krieg, der infolge der Intervention Englands und Frankreichs ausbreche, *um den Sturz des Regimes herbeizuführen*". Es war also gleichgültig, ob Hitler seine Forderung für die Sudetendeutschen zurückstellen oder sie gezwungenermaßen mit Gewalt durchzusetzen versuchen würde. Er sollte in beiden Fällen gestürzt werden. Aus Koerbers Bericht geht hervor, wie wenig es die Verschwörer berührte, daß die tschechische Mobilmachung vom *21. Mai* nicht rückgängig gemacht worden war. Aber er und seine Freunde waren „erschüttert", daß die deutschen militärischen Gegenmaßnahmen „im Ausland so ruhig hingenommen wurden". (DBFP II, No. 595.)

Nachdem Halifax im August 1938 die geheime Information Koerbers über die angeblich weit verbreitete Hitler-feindliche Stimmung in Deutschland erhalten hatte, schickte er Mason-MacFarlane mit einer wichtigen Instruktion für Henderson nach Berlin zurück, und die britische Regierung benahm sich wiederum sehr merkwürdig: Der Botschafter sollte ein „an sich selbst gerichtetes Memorandum" nicht durch Ribbentrop, sondern durch die Vermittlung der Reichskanzlei Hilter direkt übergeben lassen. Er hätte sich dem Kanzler zur Verfügung zu stellen, um den Inhalt des Memorandums mit ihm „persönlich zu diskutieren". Darin bezog sich Halifax auf Wiedemanns angebliche deutsch-englische Verständigungsvorschläge, die mit der Fertigstellung des Westwalls und den deutschen militärischen Maßnahmen „nicht in Einklang ständen und den Frieden Europas bedrohten". (DBFP II, No. 608.) Dabei wissen wir, daß Hitler den Befehl zum Bau des Westwalls am 28. Mai gegeben hat, eine Woche nach dem *21. Mai*, dem Tag, an dem Chamberlain schriftlich fixierte, die Deutschen hätten in die Tschechei einmarschieren wollen und seien davon nur durch die *feste Haltung* Englands zurückgehalten worden. Durch diese Lügenmeldung sollte Hitlers Ansehen in Deutschland geschädigt werden. Chamberlain

erreichte dies nicht, aber er überzeugte Hitler, daß England eine kriegerische Auseinandersetzung mit Deutschland suche und in seine politischen Überlegungen einbezogen habe. So verdankt der Westwall seine Entstehung der britischen Lüge vom *21. Mai*, daß Hitler deutsche Truppen zusammengezogen hätte, um in die Tschechei einzumarschieren. Henderson war sehr beunruhigt darüber, daß sich Halifax von den geheimen landesverräterischen Mitteilungen Wiedemanns und Koerbers dirigieren ließ. Er mahnte in schärfster Weise, daß diese „Informationsquelle" vor der Presse und auch vor den Franzosen geheimgehalten werden müsse, denn die kleinste Indiskretion in dieser Beziehung würde die „leiseste Hoffnung auf den Erfolg vernichten". (DBFP II, No. 604, Anm. 2). Damit meinte Henderson die Beseitigung Hitlers.

Noch bevor Reichsminister Dr. Lammers, Chef der Reichskanzlei, das auf unkorrekte Weise übergebene britische Memorandum Hitler zur Kenntnis bringen konnte, war der Inhalt schon durch eine Londoner Havas-Meldung des Luxemburger Senders der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Lammers schrieb an Ribbentrop, der auf Wunsch Londons und Wiedemanns umgangen worden war, daß Hitler nichts zu veranlassen gedenke. (ADAP II, Dok. 354 u. 364.) Henderson drückte Halifax gegenüber sein tiefstes Bedauern über diese unglückliche Indiskretion ausgerechnet in diesem kritischen Augenblick aus. (DBFP II, No. 621.) Er setzte sich nochmals dafür ein, daß Halifax, „was auch immer geschehen möge, *nicht* öffentlich zugebe, daß er jemals diese Demarche gemacht habe. Denn es mag in der Zukunft von größter Bedeutung sein, zu beweisen, daß wir fähig sind, ein Geheimnis *nicht* auszuplaudern." (DBFP II, No. 638 Anm. 2.)

Am 15. August 1938 beschwerte sich Henderson nochmals in einem Brief an Sargent über das an ihn selbst adressierte Memorandum, das er unter Ausschaltung Ribbentrops direkt hatte Hitler übergeben lassen müssen:

„Ihre Instruktion, Ribbentrop durch das Memorandum für Hitler über deutsche militärische Maßnahmen auszuschalten, hat mich in ziemliche Verlegenheit gebracht. Es versetzte mich in eine schwierige Lage, und ich hoffe, daß man das in Zukunft nicht wiederholen wird. Ich würde nicht ungern einen richtigen Kampf mit Ribbentrop ausfechten . . . Natürlich waren die Umstände abnormal und der Hinweis auf Wiedemann und die Tatsache, daß das Memorandum an mich selbst adressiert war, erwies sich als sehr nützlich . . . Um den Schlag für Ribbentrop zu mindern, übergab ich eine Kopie dem Unterstaatssekretär Woermann. Dieser erkannte zweifellos, daß die Reaktion seines Chefs außerordentlich grob sein würde – und

auch war. Am folgenden Tag war er merkwürdig mild." (FO 800/269, 15. 8. 1938.)

Wiederum mußte aus Ribbentrop ein Zerrbild gemacht und die Bedeutung Wiedemanns hervorgehoben werden, auch wenn es sich nur um einen Verräter handelte, der gegen Ribbentrop „intrigierte".

Die Verschwörer führen Regie

Wer will was?

Aus den englischen Geheimdokumenten geht hervor, daß in den ersten Augusttagen 1938 Hitlers Gegner in Deutschland zum Angriff rüsten wollten. Ihre wichtigsten Verbündeten waren Hitlers Feinde in England. Die Kontakte zwischen den deutschen Verschwörern und den britischen Regierungsstellen wurden immer lebhafter. Beide waren sich darin einig, Hitlers Erfolge stoppen zu müssen und ihm, wie Goerdeler es bereits im Juni 1937 bei seinem Besuch in London ausgedrückt hatte, „eine diplomatische Niederlage zuzufügen". Sie glaubten, dies mit ihrer Lüge vom *21. Mai 1938* schon einmal erreicht zu haben. Während die Engländer, vor allem auf Drängen von Henderson, vorsichtiger wurden, mahnten die Verschwörer zur Eile. Sie brauchten die Unterstützung Londons für ihre Umsturzpläne, deren Vorbereitungen auf vollen Touren liefen. Sie lancierten, wie uns bereits aus den Dokumenten bekannt ist, daher weitere Unwahrheiten nach England über die angeblich schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und über die „Kriegshetzer" Hitler und Ribbentrop. Sie waren mit ihren englischen Freunden einer Meinung, daß diese falschen Nachrichten, über die Sender Luxemburg und Straßburg verbreitet, bei den „Schwarzhörern" in Deutschland auf fruchtbaren Boden fallen würden.

Hitler wollte die Sudetenfrage auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes lösen. Dies lehnte Chamberlain ab, um Hitlers Macht und Ansehen nicht weiter zu stärken. Einen Krieg konnte England noch nicht gebrauchen, es war nicht dafür gerüstet. So wurde versucht, Chamberlain, den „Notanker der deutschen Verschwörer", davon zu überzeugen, daß ein „Krieg gegen Deutschland ohne Risiko sei". Die moralischen, wirtschaftlichen und militärischen Rüstungen seien völlig unzureichend. Es ist unwahrscheinlich, daß Chamberlain all diesen Geheimberichten Glauben schenkte, aber die Verschwörer sollten ihm als Verbündete dienen. Er spekulierte mit der Möglichkeit, daß sie Hitler im Fall eines Angriffs auf die Tschechoslowakei stürzen würden. Dafür forderten die Verschwörer, daß die Engländer ihre wirtschaftliche und militärische Macht

stark herausstellten. Aus einigen Dokumenten ist zu ersehen, daß sie die Kriegserklärung Englands anstrebten. Um dem deutschen Volk den Sturz Hitlers verständlich zu machen, behaupteten sie einfach, Hitler wolle den Krieg! Dies sollte ihnen die moralische Rückendekkung für seine Beseitigung geben.

Doch Chamberlain hatte seinen eigenen Plan, der nicht immer mit den Absichten der Verschwörer übereinstimmte. Er verhinderte durch sein Eingreifen mehrmals, daß der Staatsstreich ausgelöst wurde, obwohl er an dem Sturz des Regimes stärkstens interessiert war. Zweifelte er am Erfolg oder brauchte er den Putsch zu einem anderen Zeitpunkt?

Die zahlreichen Dokumente aus den Wochen vor der Münchner Konferenz legen Zeugnis davon ab, wie kompliziert und schwierig die Probleme für diese Art „deutsch-englischer Geheimverbindungen" lagen. Die Beantwortung der Fragen „wer will was" und „wer wartet auf wen" ist nicht leicht. Es ist das geheimnisumwitterte Spiel zwischen den Verrätern auf der einen und dem „betrogenen Imperium" auf der anderen Seite. Einmal führen die Engländer Regie, ein anderes Mal die Verschwörer. Zunächst scheint es, daß die Initiative bei den deutschen Verrätern liegt. Die nächsten Dokumente zeigen ihre Bemühungen.

Die Anti-Nazis fordern von der britischen Regierung neue Drohungen gegen das Reich

Als Henlein im Beisein des Prinzen Max von Hohenlohe sein erstes Gespräch mit Lord Runciman führte und sehr gemäßigte Forderungen stellte (DBFP II, p. 656), intervenierten die deutschen Verschwörer in London. Sie wollten die Briten davon überzeugen, daß Hitler jetzt – also während Runcimans Anwesenheit in Prag – den Angriff auf die Tschechoslowakei fest beschlossen habe. Zum gleichen Zweck und schon zur gleichen Zeit der Gespräche Koerbers mit Mason-MacFarlane hatte Henderson am 16. August 1938 den Besuch Kleist-Schmenzins im Foreign Office telegrafisch angesagt. Major Ewald v. Kleist-Schmenzin reiste am 18. August mit Wissen von Ludwig Beck, Canaris und Oster nach London und sprach dort mit Churchill, Lord Lloyd und Vansittart.

Schon vor Kleist-Schmenzins Reise hatte Henderson am 17. 8. 1938 einen Bericht seines Militärattachés Mason-MacFarlane an Halifax geschickt. In diesem „Strengst Geheimen" Brief wird Kleist mit „X" bezeichnet. „X" behauptete mit großer Emphase,

„daß heute – 17. August – die Teilmobilmachung innerhalb ganz Deutschlands begonnen" hätte:

„Er sagte, daß alle Reservisten, die ihre volle Zeit in der alten Armee, in der Reichswehr oder im Reichsheer abgedient hatten, jetzt eingezogen würden. Andererseits würden die Männer der Interimsjahrgänge, die nur kurz gedient hätten, *nicht* eingezogen . . . Auf meine Bemerkung, daß ich erstaunt sei, ihn von einer Mobilisierung sprechen zu hören, lachte er und sagte, daß diese ‚Test-Mobilisierung' das Hauptgesprächsthema im ganzen Lande sei . . . Er sagte, er habe früher eng mit Hitler zusammengearbeitet und gesehen, wie oft Hitler gelogen und seine festen Versprechungen gebrochen habe, daß er ihn für absolut vertrauensunwürdig und unzuverlässig halte. Er glaube, daß niemand Herrn Hitler daran hindern könne, Krieg gegen die Tschechoslowakei zu führen . . . ein solcher Krieg werde die Bedingungen herstellen, die es der Armee ermöglichen, Hitler und die Partei zu stürzen. Die *Gemäßigten* in Deutschland glauben, daß England und Frankreich bereit sein werden, dann Deutschland eine absolut faire Behandlung angedeihen zu lassen . . . Die Stimmung in Deutschland werde immer stärker *gegen* das Regime. 240 Männer der Berliner Elektrizitätsgesellschaft hätten den Tag ihrer Einberufung als Reservisten damit gefeiert, daß sie fast alle Kabel im Hauptgebäude dieser Gesellschaft durchschnitten hätten . . . Parteigrößen im offiziellen Dienst seien von den eingezogenen Reservisten mit ‚Pfui!' empfangen worden, ‚wir sind nur Sklaven!' Kleist erzählte eine Geschichte, die er als wahr beschwor, von einem Jungen, der kürzlich zum Dienst in Spanien eingezogen worden war. Der Vater des Jungen protestierte bei den lokalen Militärs. Vier Tage später – die übliche Geschichte – habe er die Urne mit der Asche des Jungen erhalten, aber – zur Abwechslung – sei ihm offen gesagt worden, daß der Junge erschossen worden sei, weil er seinen Eid, niemand zu sagen, daß er nach Spanien müsse, gebrochen habe. Kleist sagte, daß eine weitreichende Luftverteidigung angeordnet worden sei . . . Die Zusammenarbeit im Luftschutz sei außerordentlich schlecht. Faktisch verlange niemand nach Gasmasken . . . Generalmajor A. vom Luftfahrtministerium – Kriegswissenschaftliche Abteilung – hat Kleist-Schmenzin gesagt, daß bei Luftangriffen die Bevölkerung Berlin verlassen und die Umgebung wie ein Heuschreckenschwarm kahlfressen werde, um schließlich zu verhungern oder an Typhus zu sterben, wenn es uns nicht gelänge, dem Krieg ein rasches Ende durch innerdeutsche Aktionen gegen das Regime zu machen . . . Gez. F. N. MacFarlane, Colonel Militärattaché. (Auch dieses Dokument ist von Sir Horace Wilson, Sargent, Cadogan und Halifax abgezeichnet. FO 371/21731, C 8451, 17. 8. 1938.)

Henderson hatte Kleist-Schmenzin als „Emissär der Gemäßigten im Generalstab" nach London mit der Bemerkung empfohlen, daß er es für unklug halte, wenn er von offiziellen Stellen empfangen würde. Der Henderson-Bericht ging an das Kriegsministerium, an Sir Horace Wilson und Sargent. Die „Gemäßigten", also die Ver-

schwörer, konnten nicht genug Greuelmärchen über Deutschland verbreiten und die innere Lage nicht schlecht genug darstellen, um England klarzumachen, wie leicht das Regime zu stürzen und daß ein Krieg gegen Deutschland ohne Risiko sei. Am 18. August versicherte Kleist genau wie die anderen Verschwörer Sir Robert Vansittart, daß Hitler zum Kriege entschlossen sei, der nur dann vermieden werden könne, wenn die englische Regierung Hitler *stoppe.* Er konnte nicht das genaue Datum angeben, wann die Bombe platzen werde, beteuerte aber, daß es nach dem 27. September zu spät sei. Er wollte nicht glauben, daß Vansittart der genaue Zeitpunkt unbekannt sei, denn er wußte, daß Lord Lloyd „das Datum des 28. September" durch einen Freund aus deutschen Armee-Kreisen erfahren und an Chamberlain weitergegeben hatte. Kleist schlug für den britischen Stopp zwei „Heilmittel" vor, die England gegen Deutschland erfolgreich verwenden könne: 1. Die Drohung vom *„21. Mai"* müsse wiederholt werden, weil Ribbentrop dauernd Hitler versichere, daß England und Frankreich nichts tun würden. 2. Ein führender britischer Staatsmann solle in einer Rede jene Deutschen ansprechen, die Hitler ablehnten. Auch bezog er sich auf den *21. Mai*, als er erklärte, daß es „das Ende des Regimes bedeuten würde, wenn der Krieg wieder, wie im Mai, vermieden werden könne". (DBFP II, p. 684ff.) Ohne diese Hilfestellung der deutschen Verschwörer wäre es Chamberlain niemals möglich gewesen, die Lüge vom *21. Mai* als propagandistisches Instrument zu benutzen, um Hitler eine diplomatische Niederlage anzudichten.

In dem anschließenden Gespräch vom 19. August 1938 betonte Kleist-Schmenzin gegenüber Churchill, daß nach der Beseitigung Hitlers *„ein neues Regierungssystem innerhalb 48 Stunden errichtet werden könne"*. Auf Churchills Hinweis, daß dann z. B. auch die Kolonialfrage leichter zu lösen sei, erwiderte Kleist, daß seine Freunde „nicht so sehr an Kolonien dächten, ihnen vielmehr der polnische Korridor am Herzen liege"! Als Churchill dies ablehnte, weil Hitler selbst diese Forderung offiziell habe fallenlassen, drängte Kleist nochmals, daß nach Ansicht der Militärs der Korridor „der wirkliche Grund zur Klage sei". (DBFP II, p. 687f.) Zur gleichen Zeit, als die deutschen Verschwörer Hitler beseitigen wollten, weil er die Sudetendeutschen in ihrem Recht auf Selbstbestimmung unterstützte, stellte Kleist-Schmenzin die Forderung, daß der polnische Korridor, den Hitler überhaupt nicht verlangt hatte, an Deutschland zurückfallen müsse. Auch zwei Monate später, am 24. Oktober 1938, forderte Hitler den Korridor nicht, sondern lediglich die polnische Einwilligung zur Rückkehr der deutschen Freien Stadt Danzig in das Reichsgebiet sowie die Gewährung einer international garantierten Auto- und Eisenbahnlinie *durch* den Korridor. Als Gegenleistung wollte Deutschland die Garantie des gesamten polnischen Staatsgebietes einschließlich des Korridors mit den ehemaligen deutschen Gebieten übernehmen. Wenn Churchill schon im August 1938 wußte, daß Hitler auf den Korridor verzichten wollte, wieviel mehr mußte dies Chamberlain und der britischen Regierung bekannt sein. Aber Hitlers Vorstellungen von einer friedlichen Lösung der Danzig- und Korridorfrage paßten jetzt und später *nicht* in das Konzept der englischen Politik gegenüber Deutschland. Danzig und Polen mußten als Kriegsgrund konserviert werden und immer greifbar bleiben.

Am 19. August 1938 telegrafierte Henderson in 13 Punkten seine Ansicht über die augenblickliche deutsche Lage an Halifax: Hitler will weder den Krieg noch Zuflucht dazu nehmen, solange „ihn die Lage nicht dazu zwingt. Im Augenblick sucht er nur den durch den *21. Mai* hervorgerufenen Eindruck einer Niederlage auszumerzen. Trotz dieser Überzeugung empfiehlt Henderson seiner Regierung, den Krieg besser *jetzt als später* zu beginnen. Jedenfalls „glaubten dies die meisten Deutschen"! (DBFP II, No. 647.) Diese Empfehlung des britischen Botschafters in Berlin von Mitte August 1938 ist als Beitrag zur Frage der Schuld am Zweiten Weltkrieg von größter Bedeutung, denn sie zeigt, daß sich England bereits damals mit dem Gedanken eines Präventivkrieges gegen Deutschland trug. Wenn Henderson hinzufügt, daß die meisten Deutschen ebenfalls den jetzigen Augenblick für besser hielten als einen späteren, so meint er nur jene Männer, die das Komplott mit England eingegangen waren.

Als Chamberlain die Protokolle von Vansittart und Churchill über deren Gespräche mit Kleist-Schmenzin erhielt, verglich er den fanatischen anti-Hitler-Mann, der das Regime stürzen wollte, mit den erfolglosen „Jakobiten am Hofe Frankreichs zur Zeit König Williams", meinte jedoch, daß er selbst „irgend etwas unternehmen solle"! Er entschloß sich zu einer erneuten Drohung wie am *21. Mai*, die wiederum auf falschen Voraussetzungen beruhte. Er verwarf zwar den Vorschlag der Verschwörer, sich noch „deutlicher als am *21. Mai* auszudrücken", beschloß aber, Henderson für zehn Tage später, „Montag, den 29." nach London zu bestellen, und zwar in der Weise, „daß es jedermann erfährt". Dem Botschafter sollte zwar nicht Kleist-Schmenzin als „Quelle" genannt werden, obwohl er ihn selbst nach London empfohlen hatte, aber er sollte in Deutschland bekanntmachen, daß man ihn über die ernste Lage im Zusammenhang mit der „Czecho" konsultieren werde. Chamberlains Kom-

mentar zu den Gesprächen Kleist-Schmenzins in London beweisen, daß die Einmischung der Verschwörer seine Haltung in der Frage der Tschechoslowakei verschärft hatte. (DBFP II, p. 686f.)

Nachdem Chamberlain am 19. August einen handschriftlichen Brief Halifax über die Informationen von Kleist-Schmenzin zugeleitet hatte (DBFP II, p. 686ff.), verfertigten Sir Lancelot Oliphant, Sir Orme Sargent und Sir Robert Vansittart eine unterschriebene Notiz über Chamberlains Reaktion auf den Besuch von Kleist-Schmenzin: „Aus des Premierministers Brief geht hervor, daß er sehr beeindruckt war über das, was Herr Kleist sagte, ganz besonders deshalb, weil es anscheinend mit manchem übereinstimmt, was ihm kürzlich Lord Hutchinson nach seiner Rückkehr aus Deutschland gesagt hatte." Es wurde über die Henderson-Reise nach London gesprochen, die nach Halifax' Ansicht „weder als eine Politik der Nadelstiche noch der Provokation ausgelegt werden könne, aber die Deutschen am Rätselraten halten würde". (FO 800/314, 20. 8. 1938.)

Jan Colvin nimmt für sich in Anspruch, diese Kleist-Reise inszeniert zu haben, weil „General Ludwig Beck, Chef des deutschen Generalstabes, Belege angefordert hatte, d. h. sichere Beweise dafür, daß England kämpfen werde, sollte die Tschechoslowakei angegriffen werden". Als Haupt der deutschen Verschwörer versprach General Beck, daß er dann *„diesem Regime ein Ende bereiten werde"*. Colvin bestätigt selbst, daß es sich um „denselben Kleist-Schmenzin handelte", dessen Information über die „Tschechoslowakei zur Zeit der Krise vom *21. Mai* für das Foreign Office so nützlich gewesen sei". (Colvin, Vansittart . . ., p. 222f.) Churchill gab Kleist-Schmenzin einen nicht unterzeichneten Brief mit dem Datum des 19. August 1938 nach Deutschland mit, der nach dem Attentat von 1944 in dessen Haus gefunden wurde.

In einer Foreign-Office-Aufzeichnung, die von „Sir R. Vansittart" stammt, wird über die Zuverlässigkeit Kleist-Schmenzins gesprochen und vorgeschlagen, daß möglicherweise die Beamten Jebb und Breen nähere Auskunft über den deutschen Abgesandten einer „kleinen Anti-Nazi-Clique" geben könnten, besonders da Breen, früherer Presse-Attaché in Berlin, „kurz vor der Blomberg-Krise der Vermittler einer sehr ähnlichen Demarche war". Vansittart fährt in seinen Notizen fort:

„Sollte man uns davon überzeugen, daß Herr von Kleist tatsächlich zuverlässig ist und für die Führer der deutschen Armee spricht, so müssen verschiedene Rückschlüsse gezogen werden. 1. Daß Hitler selbst entschlossen ist, den Krieg zu beginnen. Wir glaubten manchmal, daß er die Gewaltandrohung nur dazu benützen würde, um seine Ziele zu erreichen, während er

aber selbst vor einem europäischen Krieg zurückschrecke. Nach dieser Information – Kleist-Schmenzins – stimmt das nicht, sondern Hitler beabsichtigt tatsächlich, den Krieg zu riskieren. Um dies zu verhindern, gibt es nur einen gangbaren Weg: Lord Runciman muß Empfehlungen vorlegen, die alle vernünftigen Wünsche der Sudeten befriedigen – wie z. B. die lokale Autonomie, Minoritätenrechte für die Tschechen in deutschen Gebieten und ein Plebiszit nach fünf Jahren, siehe Sir Nevile Hendersons kürzlichen Brief. S. M. Regierung müsse diese Empfehlung der tschechoslowakischen Regierung vorlegen, damit die Verpflichtung offiziell anerkannt werde. Eine solche Verpflichtung ohne ‚Selbstbestimmung' für die Sudeten einzugehen, würde unsere Regierung sowohl im eigenen Lande wie in den Dominions in eine sehr schwierige Lage manövrieren.

Fatalerweise kann dies nur durch einen sehr starken Druck auf die Tschechen erreicht werden, denn wir müssen ihnen sagen, daß wir sie ihrem Schicksal überlassen, wenn sie die Runciman-Vorschläge nicht akzeptieren . . . Das Kommen der ‚Anti-Nazis' in unser Land hat immer etwas Verdächtiges, denn sie müssen für ihr Leben fürchten, besonders wenn sie heil davonkommen . . . Sollten Herrn von Kleists Informationen hundertprozentig sein, müßte dann nicht das Kabinett beauftragt werden, alle nur möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Maximum der Bereitschaft für den Krieg im Oktober herzustellen? Dies würde sicherlich eindrucksvoller sein als die durch Herrn von Kleist vorgeschlagene öffentliche Erklärung, und es würde nicht die Gefahr beinhalten, die Tschechen zur Intransigenz zu ermuntern. Und muß nicht auch die öffentliche Meinung vorbereitet werden? Kleist-Schmenzin betonte die Wichtigkeit, daß S. M. Regierung eine Erklärung abgebe, die weiter reiche als die vom *21. Mai* . . . Sollte es wahr sein, daß sich Hitler endgültig für den Krieg entschieden hat, so muß man ihm zeigen, daß unsere Haltung vom 21. Mai kein Bluff war . . . Sollte es uns gelingen, mit einem zweiten 21. Mai davonzukommen, so würden wir sicherlich das Ansehen des Regimes schwächen, aber es wäre falsch zu glauben, daß wir das Regime stürzen könnten. Eine zweite diplomatische Niederlage Hitlers könnte den umgekehrten Effekt haben, den Effekt, den wir nicht wollen, nämlich die Beschleunigung des Krieges . . . Wir haben schon mehrere solche Abgesandte des Reichsheeres gehabt, wie z. B. Dr. Goerdeler." (FO 371/21732, 20. 8. 1938.)

Der Bericht Vansittarts über sein Gespräch mit Kleist-Schmenzin vom 19. August ging noch am gleichen Tage an Chamberlain. Das Dokument ist von Halifax, Sargent und noch drei weiteren hohen Beamten des Foreign Office abgezeichnet. (S. DBFP II, p. 684ff. und Deutsch-Englische Geheimverbindungen, Tübingen 1967, S. 66.)

Der Inhalt dieses Dokumentes macht es verständlich, daß Chamberlain nach Deutschland reisen wollte, um sich selbst ein Urteil über die Zuverlässigkeit der Verschwörer und deren Aussagen zu

bilden. Hatte doch Kleist-Schmenzin erst die Engländer davon überzeugen müssen, daß Hitler „tatsächlich beabsichtige, den Krieg zu riskieren"! Da Chamberlain den Krieg auf *keinen* Fall jetzt wollte, sollte nun Runciman den Sudetendeutschen die *Selbstbestimmung* auf alle Fälle geben. Wenn Prag dies nicht akzeptiere, so werde England die Tschechoslowakei im Stich lassen. Trotzdem aber solle das britische Kabinett beauftragt werden, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die größte Bereitschaft für den Krieg im Oktober herzustellen. Auch die öffentliche Meinung müsse darauf vorbereitet werden und das alles nur, weil Kleist-Schmenzin den Engländern vorgelogen hatte, daß Hitler den Krieg will und daß Chamberlain eine Erklärung abgeben müsse, die weiter reiche als die vom 21. Mai. Andererseits aber wollten die Engländer *nicht* „die Beschleunigung des Krieges". Um diese sich widersprechenden Fragen zu klären, mußte Chamberlain persönlich nach Deutschland reisen, um die Verschwörer zu testen. Die Veröffentlichung dieses strengst geheimen Dokumentes durch die britische Regierung nach 1945 muß den Kenner englischer Geheimhaltungsgewohnheiten überraschen. Nach 1918 zum Beispiel galt noch als oberstes Gesetz: Tell a lie and stick to it, auf Deutsch: Lüge und bleibe dabei! Zudem hatte Henderson schon gewarnt, daß England beweisen müsse, ein Geheimnis für sich behalten zu können, denn das könnte für die Zukunft den Unterschied ausmachen. So wie damals Erfolg und Mißerfolg des deutsch-englischen Komplotts von der britischen Geheimhaltung abhingen, so steht und fällt eine objektive Darstellung der Kriegsschuldfrage mit der Kenntnis der englischen Geheimdokumente. Die Publikation der britischen Akten und die Öffnung der britischen Archive haben für die historische Forschung die Voraussetzung geschaffen, die wirklichen Ursachen des Zweiten Weltkrieges aufzudecken.

Vansittarts Bericht zeigt, daß London schon damals entschlossen war, den Sudetendeutschen das Recht der Selbstbestimmung zu gewähren, wie Runciman es empfehlen sollte. Würde Prag dies nicht akzeptieren, müsse Benesch fallengelassen werden. Dennoch sollte man sich in England für einen Krieg im Oktober bereithalten. Auf alle Fälle aber müsse die, wie Ribbentrop sie nennt, „viel gepriesene öffentliche Meinung" für den Krieg präpariert werden, obwohl England einen solchen militärischen Konflikt zum damaligen Zeitpunkt mit allen Mitteln vermeiden wollte. Der *21. Mai*, der sich auf die Lüge deutscher Truppenzusammenziehungen stützte, war die Trumpfkarte des britischen Bluffs, auf die sich auch Vansittart in diesem kurzen Bericht viermal beruft. Die deutschen Verschwörer forderten im Jahre 1938 immer wieder vergeblich von London eine

ähnliche *offene Drohung*, die noch „weiter reiche als die vom *21. Mai*". Vansittart war zwar überzeugt, daß dadurch das Prestige der Reichsregierung geschwächt werden könne, aber daß jetzt eine „zweite diplomatische Niederlage Hitlers gerade den Krieg beschleunigen würde, den wir nicht wollen". Kleist-Schmenzin, dessen Eingreifen schon die offene Drohung Englands vom *21. Mai* ausgelöst hatte, bestimmte auch im August 1938 den Ton britischer Deklarationen. Obwohl die englische Regierung nicht in allem dem Drängen Kleist-Schmenzins nachgab, kam sie aber dennoch den deutschen Verschwörern auf halbem Wege entgegen. Chamberlain beauftragte seinen Schatzkanzler Sir John Simon, eine Rede am 27. August 1938 in Lanark zu halten, in der die britische militärische Stärke herausgestellt wurde. (Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1938, S. 311–312.)

Eine Woche später kam Dr. Karl Abshagen, ein deutscher Korrespondent, nach London zurück und sprach mit Ridsdale, der zur Nachrichtenabteilung des Foreign Office gehörte und darüber berichtet: „Dr. Abshagen hat mir gegenüber streng vertraulich seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß als Folge des Londoner Ministertreffens – vom 24. August – die britische Regierung eine unwiderrufliche Erklärung abgeben möge." Diese Erklärung müsse stärker sein als Chamberlains Rede vom 24. März 1938. Abshagen, der dieses Mal „völlig ehrlich" mit Ridsdale gewesen sei, erklärte, „daß sich die deutsche Armee keine Illusion über das Risiko der übereilten Handlungen Hitlers mache. Er fürchtet um den geistigen Zustand des Kanzlers, aber er glaube nicht, daß dieser sich schon entschlossen habe, in die Tschechoslowakei zu marschieren." (FO 371/21735, C 9271, 29. 8. 1938.) Am gleichen Tage teilte der für Sonderaufgaben wieder eingezogene Hauptmann v. Albedyll als Angehöriger der deutschen Attaché-Gruppe dem englichen Militärattaché Mason-MacFarlane mit, daß vom 7. September an Reserveformationen „eingezogen und ausgebildet" würden. Er betonte dabei, daß die Armee manches gegen ihren eigenen Willen tun müsse, denn „wenn wir nicht genügend mitmachen, verlieren wir die Zügel aus der Hand". (DBFP II, No. 714.) Die deutschen Verschwörer führten die britische Politik in der Tat am Zügel, indem sie London alles mitteilten, was militärisch und propagandistisch *gegen* Deutschland auszunutzen sei. Die britischen Regierungskreise gaben vor, den deutschen Landesverrätern Glauben zu schenken, weil deren Geschichten und Geschichtchen zu gut in Chamberlains Politik paßten. Deshalb wurden sie als wahr verbreitet. Ende August wurde Generaloberst v. Brauchitsch, Oberbefehlshaber des Heeres,

von dem Verschwörerkreis des Auswärtigen Amtes über die Absicht, Hitler zu beseitigen, „voll ins Bild gesetzt". (Rönnefarth I, s. 393; Kordt, Wahn . . ., S. 130, Kordt, Nicht aus den Akten, S. 243f.) Am 30. August schrieb Colvin an Lord Lloyd über die Lage in Deutschland, nachdem Kleist-Schmenzin über seine Londoner Mission in Berlin Bericht erstattet hatte. Der Journalist drückte seine Befriedigung darüber aus, daß sowohl das Kriegsministerium als auch das Auswärtige Amt den Mitteilungen Kleists „höchste Beachtung" hätten angedeihen lassen, ebenso wie dem Brief Churchills, „den Kleist allen wichtigen Personen in Deutschland gezeigt habe". In einer zu dem Brief an Lord Lloyd gehörenden Anlage gibt Colvin das wieder, was Kleist ihm persönlich gesagt hatte, so z. B., daß England die Prager Regierung zu Konzessionen *nicht zwingen solle*, weil dies „ein weiterer persönlicher Triumph Hitlers sein würde". Das Kriegsministerium werde einen Rückschlag in der deutschen Außenpolitik dazu benutzen, „der Partei die Macht im Dritten Reich zu entreißen". (Colvin, Vansittart, p. 233.)

Seit dem *21. Mai* 1938 war die Britische Regierung durch deutsche „Geheimquellen" über die angeblich katastrophale Lage im Reich laufend unterrichtet worden. Da Henderson fürchtete, daß dies alles in London geglaubt werde, hatte er schon Ende Juli dagegen Stellung genommen und schrieb an Cadogan:

„Das, was Sie durch geheime Quellen hören, ist unzuverlässig, denn es stammt von Männern, die Anti-Nazis sind. In Deutschland verstärke sich die Unzufriedenheit gegen das Regime, und Deutschland selbst wie Österreich seien auf das äußerste verbittert. Das ist wahr, aber seine Wirkung sollte nicht überschätzt werden. Das wird nicht bedeuten, daß Deutschland durch große innere Schwierigkeiten geschwächt werden könnte. Bei manchen Leuten ist der Wunsch der Vater der Gedanken. Sie sehen die Möglichkeit einer Schwächung des Regimes voraus und die Bestätigung der Theorie, daß Deutschland unvorbereitet für einen Krieg sei. Ich sehe die Lage ganz anders. Nichts kann die Position Hitlers oder des Regimes erschüttern, solange die Armee und die Polizei zuverlässig sind. Keine Revolution ist jemals in einem Lande *gegen* den Wunsch der Armee durchgeführt worden. Sie kann gemacht werden, wenn die Armee neutral ist. Dies war der Fall, als Mussolini 1922 nach Rom marschierte, aber es ist niemals möglich gegen die aktive Opposition der Armee. Diese Binsenwahrheit gilt ganz besonders für das disziplinierte und militärische Deutschland, und ich kann nicht im geringsten daran zweifeln, daß bei einem inneren oder äußeren Notstand die Armee und die Polizei Hitler bis zuletzt unterstützen werden.

Es ist wahr, daß die Nation Frieden wünscht, und die kürzliche Rede von Heß beweist, daß Hitler dieser Tatsache Rechnung trägt. Aber die interne Unzufriedenheit hier gilt nicht dem Frieden, sondern dem Krieg. Der Krieg

ist einerseits das unvermeidliche Heilmittel für einen Diktator gegen die innere Unzufriedenheit und andererseits die einzige Chance für die Unzufriedenen, ihre Herrscher loszuwerden. Sie hören wahrscheinlich viel über die deutsche Ermunterung der Sudeten. Das ist wahr, aber man muß unterscheiden zwischen der offiziellen Regierungs-Unterstützung und der inoffiziellen der Partei. Ich glaube nicht, daß die deutsche Regierung die Sudeten antreibt, unvernünftig zu sein. Mein tschechischer Kollege, der zumindest daran sehr interessiert ist, stimmt mit mir in dieser Frage vollkommen überein. Bis jetzt hatte ich keinen Grund, die deutsche Regierung in dieser Hinsicht wegen Unkorrektheit anzuklagen. Die Rede von Heß enthielt tatsächlich Warnungen an gewisse Personen, nicht päpstlicher zu sein als der Papst. Dies war nötig, weil zweifellos inoffizielle Emissäre Geld und Unterstützung gaben, so daß die Nazi-Partei die Sudeten aufreizte. Es wäre fast unglaubhaft, wenn dies selbst in dem disziplinierten Deutschland nicht der Fall wäre. Wenn ich mich richtig entsinne, gab es sogar eine Anzahl hoher britischer Beamter, die Ulster in dem Krieg von 1913–14 gegen die Wünsche der Asquith-Regierung aufwiegelten.

Ein dritter Punkt sind die deutschen militärischen Vorbereitungen. Trotz aller Geheimberichte und Gerüchte, die das Gegenteil behaupten, sehe ich alles, was die Deutschen bis jetzt getan haben, als Zeichen der Entschlossenheit an, für alle Fälle bereit zu sein, aber nicht als Beweis für einen vorgefaßten Plan, einen Krieg zu entfesseln. Ich bin überzeugt, daß weder Hitler noch die Armee noch das deutsche Volk den Krieg wollen." (FO 800/269, 28. 7. 1938.)

Während die deutschen Verschwörer, die den Krieg zur Beseitigung Hitlers wollten, den Engländern immer wieder sagten, Deutschland sei gänzlich unvorbereitet und viel zu schwach für einen Krieg, stellt Henderson genau das Gegenteil fest. Hitler wolle nicht den Krieg, sondern für alle Eventualitäten vorbereitet sein, denn die Intrige vom *21. Mai* hatte ihm gezeigt, daß er auch die Westmächte fürchten mußte. Die offizielle deutsche Regierung wiegelte die Sudeten *nicht* auf.

Die Lage in Deutschland könnte nicht besser geschildert werden als Henderson es hier tut. Der permanente Landesverrat der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler im Jahre 1938 ist Schritt für Schritt zu verfolgen. Mit wachsender Sorge beobachtete Henderson, wie sich seine Regierung immer mehr in das Netz der deutschen Verschwörer verstrickte. Schließlich erhob er seine warnende Stimme. Auch François-Poncet – sein französischer Kollege – war den Einflüsterungen dieser Kreise ausgesetzt. Später vertraute er seinem britischen Kollegen in Paris, Sir Eric Phipps, an, daß er „während des ganzen August und des halben September fortlaufend Nachrichten von Abgesandten der Armee und sogar von Offizieren erhalten habe".

Henderson sah seine eigentliche Aufgabe als Botschafter in der unbedingten Notwendigkeit, einen Ausgleich zwischen Berlin und London herbeizuführen und seiner Regierung die deutsche Lage verständlich zu machen. Statt sich, wie das Foreign Office und Whitehall, bei der Ausrichtung britischer Politik auf deutsche Saboteure zu stützen und zu verlassen, bemühte sich Henderson immer wieder, trotz der Feindschaft, die ihm vom Foreign Office entgegengebracht wurde, auf die Gestaltung der englischen Politik gegenüber dem Reich mäßigend einzuwirken. Am 17. August schrieb Henderson einen privaten Brief an Halifax im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch des südafrikanischen Gesandten D. S. Gie bei Runciman in Berlin das Folgende:

„Gie ist absolut für eine Volksabstimmung als die einzige Lösung ... Seiner Ansicht nach ist die Selbstbestimmung der einzige Plan, für den Südafrika und die anderen Dominions kämpfen werden. Ich wies auf die Gefahren eines Plebiszits hin, aber er beharrte auf seinem Standpunkt. Und Hugh Wilson, der das Foreign-Office-Memorandum gelesen hat, ist der gleichen Ansicht. Da sie beide nicht für das Plebiszit verantwortlich sind, so ist es natürlich, daß es ihnen nicht unangenehm erscheint.

Nachdem man sich einmal entschieden hat, daß Österreich mit Deutschland zusammen ein Land ist, so müssen natürlich die Sudeten unvermeidlich früher oder später zu Deutschland kommen. Der chirurgische Eingriff würde in aller Interesse, auch im Interesse des Patienten, die beste Lösung sein. Das ist die Tragödie von allem. Ich bezweifle, ob Runciman Prag lebend verlassen könnte, wenn er dies sagen würde. Wenn ich er wäre, wüßte ich genau, was ich sagen würde: ‚Absolute Autonomie für die Gebiete, in denen die Deutschen prädominieren und in denen Beneschs Minoritätengesetz nicht anwendbar ist. Das Prinzip der Selbstbestimmung muß angewandt werden, wenn nötig nach x Jahren.‘

Sollte Runciman tapfer genug sein, um sich selbst zu überzeugen, daß dies der richtige Kurs ist, so könnte er morgen mit der englischen Garde ‚Unter den Linden‘ marschieren und dabei den Empfang seines Lebens bekommen: Und Ihre Vermittlung würde in jedem Land Europas gesucht werden. Es gäbe nicht genug Runcimans, um alles zu erledigen: Und Sie hätten die Zustimmung des ganzen Empires.

Aber Träume verwirklichen sich nie, und wir armseligen Zwerge werden fortfahren, unsere Köpfe gegen Steinmauern zu stoßen, um nirgendwo hinzugelangen, bis das Schicksal unwiderruflich eintritt und uns eine Lehre verabfolgt ... Ich bekenne nochmals, daß ich Ihre Instruktionen über das Memorandum für Hitler nicht mochte. Ich hatte gehofft, es würde bedeuten, daß Hitler mich zu sprechen wünschte, aber er ließ nichts von sich hören. Ich fürchte, daß ich keine Antwort erhalten werde, außer einer unangenehmen von dem Außenminister. Ich hoffe ernstlich, daß Sie Ihren Weg kennen, was auch immer passiert, Sie niemals bekanntgeben, daß Sie diese Demarche gemacht haben. Es mag in Zukunft von größter Bedeutung sein, wenn wir beweisen, daß wir ein Geheimnis für uns behalten können. In den letzten paar Jahren waren wir in dieser Hinsicht ebenso schlimm wie die Franzosen. Wenn irgend etwas mit Hitler gemacht werden soll, ist Geheimhaltung der entscheidende Faktor.

Und bitte tun Sie nichts, was den Eindruck erwecken könnte, als ob wir gegen das Regime arbeiteten. Tatsächlich ist es im Augenblick hier unpopulär. Zweifellos würde die Tatsache der Gefahr eines ‚Coup‘ von Himmler & Co. hinzukommen, aber Einmischungen von außen haben nur den gegenteiligen Effekt von dem, was beabsichtigt ist ... Stets Ihr Nevile Henderson.“ (FO 800/269. 17. 8. 1938.)

Was Henderson empfahl, nämlich daß England die ehrliche Vermittlung zwischen den Sudetendeutschen und Prag anstreben sollte, wollte Chamberlain *nicht*. Beeinflußt durch die deutschen Verräter sah er in der Beseitigung Hitlers die bestmögliche und aussichtsreichste Lösung der derzeitigen Krise. Aber Henderson warnte, daß es streng geheimgehalten werden müsse, „was mit Hitler gemacht werden soll“. Am 19. August telegrafierte er nochmals, daß er „*nicht* an Hitlers Kriegsabsichten glaube und daß Hitler sicherlich seine Entscheidung noch *nicht* getroffen habe. Alles hänge von Lord Runciman ab, der nolens volens die Konzeption einer gerechten Regelung so bald wie möglich veröffentlichen müsse, und es sei auf alle Fälle unangebracht, vorher die Warnung vom *21. Mai 1938* offiziell zu wiederholen.“ (DBFP II, No. 666.)

Anders als Kleist-Schmenzin, der von Vansittart die Wiederholung der britischen Drohung vom *21 Mai* gefordert hatte, weil Hitler sie nur für einen „Bluff“ halte, lehnte Henderson jeden neuen *21. Mai* ab, weil er wußte, daß die damalige Drohung auf Lügen beruhte und von Hitler völlig richtig durchschaut worden war. Dagegen verlangte er für das Sudetenland eine „Kantonale Autonomie als einzig mögliche Lösung, denn sie wäre immer noch besser als eine Volksabstimmung“. Die Angst vor einem Plebiszit beherrschte die britische Regierung, weil sie wußte, daß es fast hundertprozentig zugunsten Deutschlands ausfallen würde. Um England von einem Krieg abzuhalten, betonte Henderson die Überlegenheit der deutschen Luftabwehr im Rheinland und Frankreichs Unvermögen, ohne Englands Hilfe etwas zu unternehmen. England selbst könne nicht mehr tun, als höchstens die Blockade über Deutschland zu verhängen. Wir wissen aus Colvins Buch „Das Chamberlain-Cabinett“, daß die britische Blockade nur dann erfolgreich sein könnte, wenn sich Hitler in einem Zweifrontenkrieg verteidigen müßte. Un-

ter dem Zeichen des Zweifrontenkrieges steht deshalb Englands Polen-Politik. Mit welchen Mitteln Chamberlain arbeitete und mit welchem Ergebnis, zeigt die politische Entwicklung des Jahres 1939.

Schon am folgenden Tage sandte Henderson einen weiteren Bericht des Militärattachés Mason-MacFarlane, der sich aufgrund seiner Unterrichtung aus offiziellen und geheimen Kreisen über die Lage in Deutschland mit den folgenden Worten ausließ: Seit der niemals zurückgenommenen tschechischen Mobilmachung vom *21. Mai* seien Reservisten in Bayern, Österreich, Sachsen, Brandenburg und Pommern eingezogen worden. Diese Testmobilmachung werde in „offiziellen und auch anderen Kreisen" für außerordentlich gefährlich angesehen. Nach allgemeiner Ansicht hinge alles von der Haltung Großbritanniens ab, das rasch handeln müsse. Mason-MacFarlane stellt am 24. August 1938 die Frage an seine Regierung:

> „Sind wir bereit, Deutschland jetzt *grundsätzlich*, jedoch wegen einer *nichtstichhaltigen* Ursache, der Sudetenfrage, zu bekämpfen? Wenn wir bereit sind, das offen zu sagen, so bestände eine geringe Möglichkeit, entweder die Katastrophe zu verhindern oder zumindest den Krieg zu verschieben. Sind wir aber dazu *nicht* bereit, so glauben die Deutschen, daß Frankreich trotz seiner Erklärungen *nicht* kämpfen wird. Darin liegt die große Gefahr, denn dann wird Deutschland fast sicher handeln. Es muß jetzt sofort entschieden werden, ob wir uns entscheiden, ‚Nein' zu sagen oder nicht." (DBFP II, No. 692.)

Selbst der durch Koerber in die Putsch-Pläne eingeweihte britische Militärattaché in Berlin riet also davon ab, Deutschland zu bekämpfen, weil die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen *kein* stichhaltiger Grund sei. Mason-MacFarlanes Forderung, daß seine Regierung endlich ihren Standpunkt offen darlege, war ein vergebliches Unterfangen. Beruhte doch Chamberlains Politik gerade auf dem Versuch, die Reichsregierung am „Rätselraten" über die wirklichen britischen Absichten zu halten. Schließlich schlug Henderson am 25. August 1938 vor, entweder in die Volksabstimmung im Sudetenland einzuwilligen oder den Tschechen mitzuteilen, daß man sie ihrem Schicksal überlassen werde. In dem privaten Brief vom 22. August ging der Botschafter auf das heraufbeschworene Thema – Krieg oder nicht Krieg gegen Deutschland – ein und stellte an Halifax die entscheidende Frage:

> „Müssen wir oder müssen wir *nicht* Deutschland noch einmal bekämpfen? Die Anhänger der Crowe-Tradition in Ihrem Ministerium argumentieren seit langem, daß dies unvermeidlich sei. Eine solche Einstellung halte ich für nichts anderes als katastrophal." (DBFP II, No. 665.)

In diesem *nicht* für das Kabinett bestimmten Kommentar zu Kleists Geheiminformationen drückt Henderson seine Ansicht aus, daß in einem Krieg gegen Deutschland, den Hitler nicht wolle und der *ohne* britische Hilfe niemals möglich sei, England für eine „schlechte Sache" kämpfen und auf der „schlechtesten Seite" stehen würde. England habe weder das „irdische noch göttliche Recht", die drei Millionen Sudetendeutschen weiterhin an die Tschechen zu ketten. Natürlich müsse die deutsche Armee für alle Eventualitäten vorbereitet sein, aber Hitlers Entschluß zum Angriff ist „unwahr"! Henderson, der das peinliche Glück hatte, alle Seiten zu kennen, wußte, daß die deutschen Verschwörer die britische Regierung dauernd mit den angeblichen Angriffsabsichten Hitlers überfütterten. Der Botschafter selbst hielt weitere englische Kriege gegen Deutschland für ein Unglück, weil England dann eines Tages „selbst besiegt werden würde". Dies ist nun inzwischen geschehen, obwohl Hitler die Erhaltung des Empires garantieren wollte und bereit war, die Macht des Deutschen Reiches dafür einzusetzen. In seinem Brief vom 22. August 1938 sah Henderson für die Zukunft eine große Chance, daß „England *niemals* mehr gegen Deutschland zu kämpfen brauche"! Er betonte, daß in der Politik die Geographie immer das letzte Wort habe, und daß sich deshalb die britische Regierung in Deutschlands Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn nicht einmischen solle.

Hendersons selbstbewußter und von hoher Warte geschriebener Brief vom 22. August 1938 an Halifax (DBFP II, No. 665) ist voller Bedeutung, weil er eine offene Antwort auf die Geheiminformationen von Koerber und Kleist-Schmenzin darstellt und weil der britische Botschafter die Verwirklichung der deutschen Putsch-Pläne auch dann ablehnt, wenn sie England noch einmal zum Siege verhelfen würden. Der Botschafter gebraucht dieselben Argumente wie Ribbentrop im „A 5522" und den dazugehörenden „Schlußfolgerungen", so z. B., daß England nötigenfalls den Krieg *verschieben* werde, und er verweist ebenfalls auf das Crowe-Memorandum von 1907, dessen These noch immer Kreise in und außerhalb des Foreign Office beherrsche.

Am 24. August erhielt Henderson die schon fünf Tage später von Chamberlain beschlossene Instruktion am „Montagmorgen, den 29. August, in London zu sein". (DBFP II, 686.) An der Kabinettsitzung vom 30. August nahm der Botschafter teil und hörte zum ersten Mal offiziell von Chamberlains Absicht, nach Deutschland zu fliegen und Hitler zu besuchen. Dieses „ungewöhnliche und gewagte Unterfangen verschlug Halifax fast den Atem" (Feiling: The Life of

Neville Chamberlain. London 1946, p. 357), denn diese beabsichtigte Reise stand in engstem Zusammenhang mit den Geheiminformationen Kleist-Schmenzins. Als engster Mitarbeiter muß er auch Chamberlains Absicht gekannt haben, die deutschen Verschwörer auf Herz und Nieren zu prüfen und sich persönlich davon zu überzeugen, ob sie bis zum Ende den Kampf gegen Hitler unterstützen würden.

Am gleichen 30. August schrieb Sargent vom Foreign Office einen Bericht über das, was die britische Regierung jetzt tun solle. Er beginnt sein Memorandum mit den folgenden Worten:

„Der Premierminister hielt es selbstverständlich für wahr, daß Hitler beschlossen hatte, die Tschechoslowakei anzugreifen, und er errechnete das Datum für den Beginn der Attacke bald nach der Beendigung des Parteitages, ungefähr am 15. September.

Es ist wahr, daß Dr. Benesch seitdem eine neue Verhandlungsbasis angeboten hat, und sollte Hitler zustimmen, so wäre eine ausgehandelte Regelung der Sudetenfrage möglich. Wir werden bald wissen, ob er – Hitler – eine solche Regelung erlauben wird oder nicht. Wenn er es tut, gut und schön. Wir werden dann auf jeden Fall eine Atempause erhalten, bevor die Deutschen ihren Druck in irgendeiner anderen Form erneuern.

Aber sollte Hitler trotz unserer Warnungen erkennen, daß er zu weit gegangen ist, um umzukehren, oder daß die jetzt beschlossene Regelung ihm keinen Nutzen bringt, weil er das, was er will, *sofort* haben muß, so bedeutet dies die Zerstörung der Tschechoslowakei – mit Gesamt-Böhmen unter direkter deutscher Kontrolle. Unter diesen Umständen können wir mit einem plötzlichen Wechsel der deutschen Taktik rechnen. Anstatt anzugreifen wegen oder nach dem toten Punkt der Verhandlungen zwischen der tschechischen Regierung und den Sudeten, wird er Unruhen oder Ermordungen in der Tschechoslowakei organisieren, die seine Intervention rechtfertigen sollen, sogar während der Verhandlungen, um die Sudeten zu schützen, die ‚Aggressoren' zu strafen und die Ordnung wiederherzustellen. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß diese Entwicklung bereits begonnen hat. Eine spektakuläre Methode, um die notwendigen Bedingungen hervorzurufen wäre die, Henleins Ermordung zu arrangieren oder sogar die von Lord Runciman durch einen tschechischen ‚v. d. Lubbe'. Eine Beauftragung Himmlers mit einem solchen Komplott kann nicht als unmöglich angesehen werden.

Es entsteht daher die Frage, was S. M. Regierung tun soll, um den Krieg zu verhindern. Neben allgemeinen humanitären Gründen und der Abneigung, Gewalt anzuwenden, scheint es doch drei Gründe zu geben, die die materiellen Interessen S. M. Regierung von uns erfordern, den Krieg, wenn möglich, zu verhindern:

1. S. M. Regierung würde gern den Krieg verhindern wegen der Gefahr, selbst in ihn hineingezogen zu werden. Diese Gefahr ist das Argument der Erklärung des Premierministers vom 24. März, der Warnung Sir N. Hendersons vom *21. Mai*, der Brief des Staatssekretärs – Halifax – an v. Ribbentrop vom 28. Juli und die Rede von Sir John Simon vom 27. August. Aber wir müssen annehmen – seit Hitlers Entschluß für den Krieg – daß er entweder nicht an die Gefahr glaubt oder, wenn er doch daran glaubt, die britische Intervention nicht fürchtet. Im letzten Falle ist nichts zu sagen noch zu tun. Aber der erste Fall ist wahrscheinlicher: Nämlich daß Hitler, nachdem er im Mai kurze Zeit beeindruckt war, jetzt glaubt, daß wir nur bluffen, und daß er gefahrlos unseren Bluff aufdecken könne. Und wie steht es in Wirklichkeit mit uns selbst? Glauben wir an die Gefahr, in einen deutsch-tschechischen Krieg hineingezogen zu werden, oder haben wir nur diesen Bogey erfunden, um die Deutschen zu erschrecken? Wird Hitler nicht dahin argumentieren, daß, wenn wir wirklich diese Gefahr fürchteten, wir ganz besondere Anstrengungen machen würden, um in dieser kritischen Zeit den Krieg vorzubereiten, von dem wir wüßten, daß wir sehr bald in ihn hineingezogen würden.

2. S. M. Regierung würde gerne den deutsch-tschechischen Krieg verhindern, weil sie voraussieht, daß, wenn er einmal begonnen und lokalisiert, die Annexion ganz Böhmens durch Deutschland zur Folge haben würde, ebenso wie die rasche Kontrolle und Unterwerfung Ungarns, Rumäniens und Bulgariens durch Deutschland im Hinblick auf die Außenpolitik, die Armee, des Handels, die Versorgung mit Rohmaterialien und die enorme Vergrößerung von Deutschlands Macht innerhalb ganz Europas, sowohl moralisch als auch physisch.

Immerhin könnte man auch die gegenteilige Ansicht über die Folgen einer Eroberung Böhmens durch Deutschland vertreten und der Premierminister stellte am 24. August fest, daß nach seiner Meinung eine solche Eroberung *keine* zusätzliche Stärke für Deutschland bedeuten würde und es sogar in Verlegenheit bringen und daher die Ursache seiner Schwäche werden könnte.

3. S. M. Regierung würde gerne den deutsch-tschechischen Krieg verhindern, weil dadurch Hitlers Prestige unterminiert, die extremistischen Elemente in Deutschland geschwächt *und jene Elemente ermutigt würden, die das Regime stürzen wollen.* Dieser Argumentation kann natürlich widersprochen werden. Erstens, daß Hitlers Prestige nicht unterminiert, sondern gestärkt würde, wenn er die ganzen Forderungen der Sudeten ohne Kampf erhält. Nochmals, wie der Premierminister es am 24. August ausdrückte, ähneln die Argumente der gemäßigten Elemente in Deutschland den Argumenten der Jakobiten am Hofe Ludwigs XIV., die behaupteten, daß sie William III. stürzen könnten, wenn Ludwig genügend drohen würde.

Hierzu kann zweifellos gesagt werden, daß ein erfolgreicher Krieg gegen die Tschechoslowakei Hitlers Regime wesentlich konsolidieren und für eine unbeschränkte Zeit die Opposition in Deutschland zerstören würde. Wenn diese Argumente auch ihre schwachen Seiten haben, so glaube ich doch, daß sie alle zusammen wert sind, von S. M. Regierung sofort geprüft zu werden, ob Maßnahmen zu ergreifen sind oder nicht, um diesen Krieg zu verhindern. Sollten diese Maßnahmen von irgendeinem Nutzen sein, so ist es entschei-

dend, daß sie angewandt werden bevor Hitler seine Rede auf dem Parteitag hält, der am 5. September beginnt. Dies läßt S. M. Regierung nur einige Tage für ihre Entscheidung. Es wird sehr viel schwieriger sein und sehr viel demütigender für Hitler, wenn er sich auf den britischen Druck hin zurückziehen müßte, nachdem er sich öffentlich auf dem Parteitag festgelegt hätte. Ein weiterer Grund für eine notwendige rasche Entscheidung ist der, daß im Augenblick noch keine Befehle ergangen sind, um den *,Zwischenfall'* in der Tschechoslowakei zu beschleunigen, der den Vorwand für eine deutsche Invasion geben soll. Gez. O. S. Sargent." (FO 371/21734. 30. 8. 1938.)

Sargent vermerkt zu seinem Memorandum, daß Halifax es gelesen und mit Henderson die Frage seiner Rückkehr nach Berlin besprochen habe. Halifax instruierte Henderson, „welche Sprache er gegenüber Herrn v. Weizsäcker zu gebrauchen habe". Dieser solle *nicht* um ein Gespräch mit Ribbentrop bitten, sondern Weizsäcker nur mitteilen, daß er zu Ribbentrops Disposition stände, wenn dieser ihn sprechen wolle.

Am Schluß seiner Marginalien schreibt Sargent wörtlich: „Was das Memorandum selbst betrifft, so wurde der Inhalt heute morgen ausführlich im Kabinett besprochen und Überlegungen angestellt und abgelehnt, welche besonderen Maßnahmen S. M. Regierung im Falle eines deutsch-tschechischen Krieges anwenden solle." Jeder Information der deutschen Verschwörer folgte die Reaktion der britischen Regierung auf dem Fuß.

Auf den vier Seiten des Originaldokumentes faßt Sir Orme Sargent die gesamte britische Politik während der Tschechenkrise zusammen: Chamberlain glaube nach dem Kleist-Schmenzin-Besuch vom 18. und 19. August, daß Hitler beabsichtige, Mitte September die Tschechoslowakei anzugreifen, obwohl diese Informationen nur von einem Verschwörer stammten. In Wirklichkeit glaubte der Premierminister nichts von diesen Unwahrheiten, aber sie gaben ihm die Gelegenheit, Hitler als kriegsentschlossen hinzustellen. Chamberlain wollte keinen deutsch-tschechischen Krieg, erstens weil England hineingezogen werden könne, ohne kampfbereit zu sein. Zweitens, weil ein *lokalisierter* Krieg Hitler die Kontrolle und Unterwerfung ganz Böhmens, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens ermöglicht hätte. Drittens, weil ohne Krieg Hitler ein Zurückweichen unterstellt werden könnte; dadurch würde sein *„Prestige unterminiert"* werden und die Verschwörer ermutigt, *„das Regime zu stürzen"*.

Zu dieser britischen Politik gehörten die üblichen Unterstellungen, hier z. B., daß Henlein oder Lord Runciman durch einen von den Deutschen beauftragten „v. d. Lubbe" ermordet werden sollten. Es werden gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen,

indem man den Reichstagsbrand von 1933 auf das deutsche Schuldkonto bucht und die alten Behauptungen über Hitlers sogenannte Demütigungen heranzieht, d. h. Chamberlains warnende Erklärung vom 24. März, Hendersons offizielle Drohung vom *21. Mai*, die Hitlers Rückzug verursacht hätten, Halifax' belangloser Brief an Ribbentrop vom 28. Juli und Sir John Simons erneute Warnungen vom 27. August 1938. Und bei alledem wollte England auf keinen Fall den deutsch-tschechischen Krieg. Sargent selbst ist sich des britischen Bluffs bewußt und fragt seine Regierung ganz offen, ob ihre vorgetäuschte Kriegsbereitschaft nichts anderes sei als ein erfundener „bogey", ein Schreckgespenst, um die Deutschen durch diese Drohung zu beeindrucken.

Am gleichen Tage, dem 30. August 1938, besuchte der amerikanische Botschafter Joseph P. Kennedy den britischen Premierminister, der ihm sagte, „die Möglichkeit eines Krieges könne nicht ausgeschlossen werden". Kennedy schien „erstaunt"! Daraufhin erklärte ihm Chamberlain, daß er „viele Informationen erhalten habe, wonach Hitler entschlossen sei, in die Tschechoslowakei einzumarschieren". Außerdem sei ihm „von mehreren Quellen vorgeschlagen worden, eine Erklärung abzugeben, daß Großbritannien mit Gewalt versuchen würde, Hitler daran zu hindern. Dann würde Hitler seine Absicht aufgeben." Chamberlains „Quellen" waren die Berichte der deutschen Verschwörer. Zu deren Forderungen nach erneuten britischen Drohungen erklärte der Premierminister dem amerikanischen Botschafter: „Wir sind jedoch nicht in der Lage, Hitler zu stoppen – z. B. wegen unserer Position in der Luft, der Schwäche Frankreichs etc. etc. – und unter diesen Umständen wäre es unklug, zu drohen." Er überlege, was getan werden müsse, wenn „die Runciman-Mission fehlschlage". Sollte Hitler die Tschechoslowakei angreifen, so könnte er „nicht gestoppt werden, auch nicht in anderen Gebieten, und dann würde Deutschland Europa beherrschen". Er erklärte weiter, daß der „Anschluß Österreichs ohne Schwierigkeiten vollzogen worden sei, aber die Weltmeinung sei erregt worden". Er glaubte, daß, wenn Frankreich eingreife und England diesem beistehe, „die Vereinigten Staaten früher oder später folgen würden". Kennedy bestätigte abschließend, Präsident Roosevelt sei entschlossen, „Chamberlain beizustehen, was immer er auch tun würde", und bat nur über den Zeitpunkt informiert zu werden, an dem Chamberlain glaubte, daß Roosevelt etwas unternehmen solle. (FO 371/21734, gez. H. W. – Horace Wilson – 30. 8. 1938.)

Henderson bei Ribbentrop in Sonnenburg ü. d. O.

Am 31. August 1938 kehrte Henderson nach Berlin zurück und gab am gleichen Abend ein Essen für deutsche Gäste in seiner Botschaft, wo er ein Gespräch „unter vier Augen" mit Weizsäcker führte. Hierüber existiert ein „Vermerk des Staatssekretärs" vom 1. September, der mit „Vertraulich! St. S. No. 30. 38. g. Rs." und am Schluß lediglich mit „Hiermit dem Herrn Reichsminister" gekennzeichnet ist. Diese Niederschrift, wie auch Weizsäckers seit Juli 1938 verfaßte tendenziöse, entstellte und gefälschte „No."-Aufzeichnungen, die nur für seine „Kassette" geschrieben waren, war natürlich nicht für den Reichsaußenminister, sondern für die Engländer, den Verschwörerkreis und nach einem erfolgreichen Putsch als Belastungsdokumente für die Anklage gegen Ribbentrop bestimmt. Die für den offiziellen Umlauf im Auswärtigen Amt bestimmten Weizsäcker-Aufzeichnungen waren alle, wie in Deutschland üblich, mit „Nr." versehen.

Henderson berichtete Halifax über sein Geheimgespräch mit dem Staatssekretär und dessen Behauptung, „es sei unmöglich, Ribbentrop davon zu überzeugen, daß England jemals, ganz gleich unter welchen Umständen, handeln würde". (DBFP II, No. 736; zu Weizsäckers „Kassetten"-Dokumente.) Mit dieser krassen Lüge – Weizsäcker kannte alle Denkschriften Ribbentrops und dessen Überzeugung, daß England *immer kämpfen* werde, wenn es sich eines Tages stärker als Deutschland fühle – wurde der heimliche Kampf gegen den Außenminister weitergeführt und von den Mitgliedern des deutsch-englischen Komplotts als Schlagwort verbreitet, daß Hitler von Ribbentrop falsch beraten werde.

Ribbentrop empfing Henderson auf dessen Wunsch hin am 1. September 1938 in seinem Landhaus Sonnenburg bei Freienwalde a. d. O. Hierbei erklärte der Botschafter, die Sudetendeutschen und Tschechen seien England „völlig gleichgültig", aber „die Ehre Frankreichs stände auf dem Spiel". Ribbentrop erwiderte, „das französisch-tschechische Militärbündnis beruhe auf der Versailler Mentalität. Es sei unmoralisch, weil es die Unterdrückung von $3^1/_2$ Millionen Sudetendeutschen zur Folge habe. Frankreich sei nicht nur *nicht* verpflichtet, sondern sogar *nicht* berechtigt, in einen etwaigen von den Tschechen provozierten Konflikt einzugreifen." Wenn es dies dennoch tue, so würde das einen aggressiven Eroberungskrieg bedeuten, auf den Deutschland entsprechend reagieren werde. Ribbentrop war noch sehr gegenwärtig, daß die Chamberlain-Regierung während der Mai-Krise offiziell erklärt hatte, daß sie Prag beistehen werde, „ganz gleich welche tschechische Provokationen vorangegangen seien". Deshalb erklärte Ribbentrop abschließend Botschafter Henderson: „Eine Wiederholung des *21. Mai* kommt nicht in Frage. Nicht Frankreichs Ehre steht auf dem Spiel, sondern allein Deutschlands Ehre." (Akten II, Dok. 425.)

Damit sagte Ribbentrop das gleiche, was Henderson acht Tage zuvor an Halifax geschrieben hatte: Engländer und Franzosen hätten weder „das irdische noch das göttliche Recht, die Sudetendeutschen weiterhin an die Tschechen zu ketten". Auf Hendersons weisungsgemäße Bemerkung, daß seit seinem Amtsantritt die Stimmung in England „immer schlechter geworden sei", entgegnete Ribbentrop, dann müsse offenbar in England „etwas nicht in Ordnung sein", denn Hitler habe stets die konsequente Politik des Ausgleichs und der „Sicherstellung englischer Interessen geführt" (a. a. O.). Der gleichen Ansicht war Henderson, der die Überzeugung vertrat, daß England niemals mehr Deutschland zu bekämpfen brauche. Dafür hätte allerdings die englische Außenpolitik in Ordnung sein müssen. Henderson aber wußte, daß Chamberlains Deutschlandpolitik *nicht* in Ordnung war, wie Ribbentrop sich Eden gegenüber ausdrückte, weil sie sich zur Niederringung des Reiches auf die Unterstützung der deutschen Verschwörer verließ.

Weizsäckers Geheimtreffen mit Burckhardt im Berliner Tiergarten

Zur gleichen Zeit als Henderson bei Ribbentrop in Sonnenburg war, klärte der deutsche Staatssekretär von Weizsäcker den scheinbar neutralen Hohen Kommissar von Danzig, C. J. Burckhardt, über ein bevorstehendes Attentat auf Hitler auf und enthüllte ihm „in voller Offenheit und ohne jede Vorsichtsmaßregel, wie weit er selbst in die Verschwörung verstrickt war, und daß er mit Canaris in Verbindung stehe". (Burckhardt: Meine Danziger Mission, S. 182.) Ihr Gesprächsthema betraf das „Ausheben des Hitlernestes!" Deshalb stehe Canaris mit General Halder „in reger Verbindung", denn ohne das Militär sei ein Umschwung in Deutschland unmöglich, weil man, wie Weizsäcker sagte, mit unseren „Auswärtigen Amtsakten" nicht schießen könne. Gerade weil die amtlichen deutschen Akten *nicht* zum „Schießen" gegen die Reichsregierung zu gebrauchen waren, verfertigte Weizsäcker jene undatierten, unsignierten und im Kassettenschrank aufbewahrten Aufzeichnungen, um diese als papierene Pfeile gegen sein eigenes Land abzuschießen. Schon wenige

Tage später warnte Henderson seine Regierung, daß der „Pfeil" gegen Hitler nicht zu früh öffentlich abgeschossen werden dürfe, weil England noch nicht genügend für den Krieg vorbereitet sei.

Nachdem Burckhardt in einer ungestörten Ecke des Berliner Tiergartens von Weizsäcker über die ganze Tragweite der Konspiration mit dem potentiellen englischen Gegner unterrichtet worden war, wie auch über die geheime Mission Erich Kordts, Koerbers und Kleist-Schmenzins in London, fuhr er noch in derselben Nacht nach Bern, um dem dortigen englischen Gesandten, Sir George Warner, alles umgehend mitzuteilen, was er vom deutschen Staatssekretär im Geheimen erfahren hatte. Burckhardt rief sogar telefonisch das Büro von Halifax in London an und teilte dort „Weizsäckers Wunsch und Ratschlag in der Weise mit, wie dies bei abgehörten Telefongesprächen möglich ist". (Burckhardt, S. 183.) Gleichzeitig erstattete der Hohe Kommissar dem britischen Völkerbundsdelegierten Ralph Skrine Stevenson in Bern einen Bericht über die Lage in Danzig, den dieser von Genf aus an Strang im Foreign Office schriftlich weitergab. Sein Brief, veröffentlicht in den britischen Dokumenten, gehört zu den erstaunlichsten Zeugnissen über die Zusammenarbeit der deutschen Verschwörer mit der offiziellen britischen Regierung im Jahre 1938. Der von Stevenson weitergegebene Burckhardt-Bericht beruht auf des Schweizers Gespräch mit Weizsäcker im Berliner Tiergarten. Darin wird dem Danziger Gauleiter Forster unterstellt, er habe sich z. B. über „deutsche Eroberungspläne" ausgelassen, die Burckhardt jedoch gegenüber Weizsäcker als „Unsinn" dargestellt hätte, „weil sie ganz und gar nicht den Ideen des Führers entsprächen". Hier habe ihn Weizsäcker mit einer verächtlich „resignierten Handbewegung unterbrochen" und erklärt, daß sie ja gerade „die Ideen des Führers darstellten". Hitler stehe heute völlig im „Banne Ribbentrops", der ihm einrede, daß er „von England nichts und von Frankreich kaum etwas zu befürchten habe". General Ludwig Beck dagegen habe „seinen Mut in beide Hände genommen und Hitler die Wahrheit gesagt". Sein anschließend angebotener Rücktritt sei angenommen worden. Auch Weizsäcker habe versucht, Hitler die Augen zu öffnen, aber ein Rücktrittsangebot habe der Staatssekretär nicht gemacht. Weizsäcker selbst nennt sein Gespräch mit Burckhardt einen „riskanten und ungewöhnlichen Schritt, der natürlich hinter dem Rücken der Staatsleitung ausgeführt worden sei", und er bezeichnet seine Handlungsweise als ein *„doppeltes Spiel in amtlicher Stellung"*. (Weizsäcker, S. 178.) Deutlicher konnte Weizsäcker seinen Landesverrat nicht kennzeichnen und sogar Burckhardt fand seine Forderung nach

einer scharfen Erklärung der britischen Regierung gegen Deutschland ein „sehr schwerwiegendes Ansinnen", weil Chamberlain lange zögern werde, England in der vom deutschen Staatssekretär vorgeschlagenen Weise zu verpflichten. Stevenson konnte sein Versprechen an Burckhardt, den Namen Weizsäckers geheimzuhalten, nicht erfüllen, weil der von einem hohen deutschen Beamten unternommene Schritt *„immerhin noch nie dagewesen sei"*. (DBFP II, p. 689ff.; Burckhardt, S. 183ff.)

Es war in Deutschland tatsächlich noch nie dagewesen, daß höchste Beamte wie Weizsäcker und oberste Militärs wie Ludwig Beck und Admiral Canaris, d. h. die „Elite", den potentiellen Feind England aufforderten, gegen ihr eigenes Land, Deutschland, vorzugehen. Es dürfte auch noch nie dagewesen sein, daß dieses „doppelte Spiel in amtlicher Stellung" fortlaufend auf der gleichen Lüge aufgebaut wurde, nämlich, daß Ribbentrop – als Botschafter und Außenminister – Hitler dahin beraten habe, daß er weder England noch Frankreich zu fürchten brauche, während Ribbentrop in Wirklichkeit Hitler immer davor gewarnt hatte, niemals zu vergessen, daß England *unser gefährlichster Gegner sei.*

Die Verschwörer waren keine gewöhnlichen Verräter, mit denen jede Regierung rechnen muß – sie waren viel gefährlicher. Sie sammelten Lügen und Unterstellungen zur deutschen Politik und gaben sie an die englische Regierung weiter, damit diese entsprechend handeln könnte. Sie verdarben nicht nur die deutsche Moral, sondern auch die Moral der ganzen Welt. Und diese Pestilenz wirkt sich noch heute aus, beginnend mit dem Fall Heß bis zur legalen Schießerei an der Mauer.

Um diese Zeit schrieb der Hohe Kommissar von Danzig, Burckhardt, einen persönlichen und vertraulichen Brief an den englischen Völkerbundsbeamten Walters über die Lage in Deutschland, wie sie sich ihm seit dem 4. Februar darstellte: Himmler kämpfe gegen Göring um die Macht in der Armee und es bestände die Gefahr, daß der SS-Führer die Mittel besäße, eine spontane Revolution unter den Sudetendeutschen hervorzurufen. Es gäbe keine „Reichsregierung". Alle revolutionären Verbände und die verschiedenen Führer seien nur deshalb uniformiert, um den Eindruck einer Einheit zu erwecken, die in Wirklichkeit nicht existiere. Im Hinblick auf Polen fährt Burckhardt wörtlich fort:

„. . . Die Polen warten mit offensichtlicher Ruhe. Oberst Beck ließ mich während unseres nächtlichen Spazierganges am Meer ein wenig in seine Karten blicken. *Er spielt immer sein doppeltes Spiel.* Es ist nicht das deutsche Spiel, wie manche Franzosen und die polnische Opposition glauben.

Es ist ein Spiel, das den größtmöglichen Vorteil für Polen bei einer Katastrophe einkalkuliert, der Deutschland nicht entgehen wird. Deshalb muß man die Deutschen zu ihren Fehlern ermutigen und, was Danzig betrifft, soll man mit Vergnügen die Extremisten schalten und walten lassen . . .

Beck betreibt eine egoistische polnische Politik, im Grunde antideutsch, scheinbar deutsch, aber erst seit der Besetzung des Rheinlandes und der französischen Passivität. *Er wird am entscheidenden Tag an der Seite des Stärkeren stehen.* Aber man muß ihm lassen, daß er durch seine Ermutigungen die Deutschen in ihren Fehlern bestärkt hat . . .

Ich sah den Gauleiter von Ostpreußen, Koch, den Reichswirtschaftsminister Funk, den Landwirtschaftsminister Darré, den deutschen Botschafter in Warschau, Moltke und den polnischen Botschafter in Berlin, Lipski. Darré sagte mir: ‚Mein Chef – Hitler – wird alle unüberlegten Handlungen vermeiden; die Einflüsse, die ihn in Wagnisse stoßen wollen, bleiben ungehört; er wird die Kraft haben, Provokationen zu ertragen, denn er ist der Ansicht, daß es in der aktuellen Lage keinen Grund gibt, einen Konflikt zu riskieren. Er ist bereit, die Probleme durch internationale Gespräche zu regeln.' Moltke hat in seiner ruhigen Art im selben Sinne gesprochen . . .

Lipski glaubt wie ich, daß die Entspannung durch die italienische Intervention erreicht wurde, und zwar aufgrund einer deutschen Initiative, die man Göring zuschreibt." (FO 371/21735, C 9261; Danzig, 20. August 1938; persönlich vertraulich, Burckhardt.)

Burckhardt nutzte sein Amt als Hoher Kommissar der Freien Stadt Danzig, um alles auszuspionieren und der britischen Regierung zu melden.

Weizsäckers Geheimbotschaft an Halifax

Die Verschwörer führten weiter Regie. Burckhardt hatte nach seinem Gespräch mit Weizsäcker im Berliner Tiergarten London wissen lassen, daß „das nationalsozialistische Regime nach der ersten Niederlage zusammenbrechen werde". (Burckhardt, S. 183ff.) Als nächster Informant meldete sich Theo Kordt und erklärte am 5. September auf „Instruktionen seines Bruderes Erich" Sir Horace Wilson im Foreign Office:

„In Deutschland bestehe eine Verschwörung gegen Hitler, und nur eine entschlossene und unmißverständliche Haltung Englands und Frankreichs würde den Verschwörern die Chance an dem Tage geben, an dem die deutsche Mobilmachung verkündet wird." (Colvin: Vansittart . . ., p. 235.)

Zwei Tage später kam Theo Kordt in der Nacht vom 7. auf den 8. September durch den Garteneingang heimlich in die Downing-Street 10 und legte Halifax persönlich eine von „Weizsäcker formu-

lierte Erklärung" vor. (Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler; Krefeld 1951, S. 74.) Diese lautet:

„Nach unserer genauen Kenntnis plant Hitler einen Angriff auf die Tschechoslowakei und nimmt an, daß der daraus entstehende Krieg lokalisiert werden könnte, das heißt, daß Frankreich seine Bündnisverpflichtungen der Tschechoslowakei gegenüber nicht erfüllen werde. Die politischen und militärischen Kreise, für die ich spreche, widersetzen sich auf das schärfste dieser Politik. Wir glauben, daß, wenn man Hitlers Gewaltpolitik in diesem Augenblick freie Bahn läßt, dies bedeutet, daß endgültig der Weg versperrt wird für eine Rückkehr zu den Begriffen von Ehre und Anstand unter europäischen Nationen. Nach dem Weltkrieg erklärte Lloyd George, daß die Völker und Regierungen in Wirklichkeit in ihn ‚hineingeschlittert' seien. Die Männer, für die ich spreche, sind der Ansicht, daß die Lage im Juli 1914 nicht so ausweglos geworden wäre, wenn Sir Edward Grey im Namen der britischen Regierung es ganz klargemacht hätte, daß im Falle eines französisch-deutschen Krieges Großbritannien seinen Beistand leisten würde. Diese Warnung zur rechten Zeit würde einen mäßigenden Einfluß auf die Entscheidung der kaiserlichen Regierung gehabt haben. Wenn daher Frankreich willens ist, seine Verpflichtungen gegenüber seinem tschechoslowakischen Verbündeten zu erfüllen, und wenn die Versicherungen des Premierministers ernst gemeint sind, daß das britische Reich in einem solchen Falle nicht beiseitestehen könne, so betrachten es meine Freunde als notwendig, daß die britische Regierung diesen entscheidenden Tatbestand klar hervortreten läßt. Die Erklärung, die wir vorschlagen, kann nicht unzweideutig und fest genug sein für den Zweck, den wir im Auge haben. Hitler und Ribbentrop werden wahrscheinlich gar nicht wagen, einen Krieg zu beginnen, wenn eine offene britische Erklärung es dem deutschen Volk klar vor Augen führt, daß ein großer Krieg im Falle eines Angriffs unvermeidlich ist. Sollte gleichwohl Hitler auf seiner kriegerischen Politik bestehen, so bin ich in der Lage, zu versichern, daß die politischen und militärischen Kreise, für die ich spreche, ‚sich wappnend gegen eine See von Plagen durch Widerstand sie enden' (Zitat aus dem Hamlet-Monolog). In der deutschen öffentlichen Meinung ebenso wie in verantwortlich denkenden Kreisen der Armee ist Hitlers Krieg unpopulär und wird als ein Verbrechen gegen die Zivilisation angesehen. Wenn die erbetene Erklärung gegeben wird, sind die Führer der Armee bereit, gegen Hitlers Politik mit Waffengewalt aufzutreten. Eine diplomatische Niederlage würde einen sehr ernst zu nehmenden Rückschlag für Hitler in Deutschland bedeuten und würde tatsächlich das Ende des nationalsozialistischen Regimes herbeiführen." (Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte, Berlin 1951, Bd. 4, S. 447.)

Hier wurde der britischen Regierung mitgeteilt, was sie bereits durch Burckhardts Gespräch mit Weizsäcker wußte, nämlich, daß Hitler sowohl bei dem zu erwartenden Kriegsausbruch als auch in Folge eines möglichen Rückzugs vor den englischen Drohungen beseitigt werden sollte. In dieser Botschaft des deutschen Staatsse-

kretärs wurde auf die Lage vor 1914 hingewiesen und verlangt, daß England im Gegensatz zu damals seine Absichten gegenüber Deutschland *„unzweideutig und fest“* öffentlich bekanntgeben müßte. In seiner Vermessenheit glaubte der deutsche Verschwörerkreis, Chamberlain, der den Tschechenkrieg gar nicht wollte, auf eine scharfe Erklärung gegen Deutschland festlegen zu können. Weizsäcker versprach, daß die deutsche Armee nach Erhalt der *erbetenen* scharfen britischen Erklärung „gegen Hitler mit Waffengewalt auftreten werde“. Es würde schon genügen, wenn England in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen *unnachgiebig* bleibe, weil auch eine „diplomatische Niederlage“ einen schweren Rückschlag für Hitler innerhalb Deutschlands bedeuten und tatsächlich „das Ende des nationalsozialistischen Regimes herbeiführen würde“.

Auf diese drängende Weizsäcker-Geheimbotschaft reagierte Chamberlain unverzüglich. Der amerikanische Botschafter in London, Joseph P. Kennedy, erkannte bereits am 8. September 1938, daß der Premierminister seine Absicht, sich *nicht* in einen deutsch-tschechischen Konflikt verwickeln zu lassen, „restlos geändert“ hatte. Kennedy erkärte dem deutschen Botschaftsrat von Selzam, daß „ein neuer Glanz in Chamberlains Augen war, den er früher niemals bemerkt habe“, und fügte hinzu, daß die Engländer dieses Mal „nicht spaßen“. Gleichzeitig drückte er gegenüber Selzam seine Bewunderung für Hitlers Ideen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet aus, denen Deutschland so Außerordentliches zu verdanken habe und die auch richtungsweisend für den wirtschaftlichen Aufbau der Vereinigten Staaten sein könnten. (Akten II, Dok. 460.) Das war die Ansicht eines Amerikaners. Die deutschen Verschwörer aber stellten in ihrem Kreise und im Ausland Hitler als „Verbrecher“ hin, der zum Wohle des deutschen Volkes beseitigt werden müsse, sobald es „vor aller Welt klar sei, daß er Deutschland leichtfertig in das Unglück eines neuen Weltkrieges hineingestürzt hätte oder hineinzustürzen im Begriffe sei. Nur dem offenkundigen *Verbrecher* gegenüber ist Gehorsamsverweigerung erlaubt. Die Führer der Wehrmacht jedenfalls sollten der Nation nicht als Verräter oder Saboteure, sondern als ihre Retter erscheinen.“ (Ritter, S. 185 f.) Zu dieser Rechtfertigung wollten sie zusätzlich unter Mitwirkung des Berliner Psychiaters, Prof. Bonhoeffer, dessen beide Söhne tief in die Verschwörung verstrickt waren, Hitler zum „Geisteskranken“ erklären oder in der Reichskanzlei einen Zwischenfall provozieren, bei dem „Hitler erschossen werde“. (Ritter, S. 189.) Daß England über alle diese Pläne unterrichtet war, nannte der italienische Botschafter Attolico den „Leichtsinn, die Naivität und die Indiskretion“ der Verschwörer, die alles auf einen gemeinsamen „Gentleman-Begriff“ aufgebaut hätten; dies sei so „dumm wie Vorstellungen von Kadettenschülern“. (Burckhardt, S. 306.)

Sir Horace Wilson: Was sagt „H“, wenn „X“ nach Deutschland kommt?

Eine weitere unmittelbare Folge der Weizsäcker-Geheimbotschaft an Halifax war die Überlegung, ob Chamberlain nicht früher als beabsichtigt nach Deutschland fliegen sollte. Dies geht aus einem „Sehr Geheimen“ unveröffentlichten Brief von Sir Horace Wilson an Henderson hervor. Einen Tag, nachdem Theo Kordt in der Nacht vom 7. auf den 8. September heimlich die Downingstreet 10 betreten hatte, schrieb Horace Wilson am 9. September an Henderson, daß er mit Chamberlain die folgenden Möglichkeiten über dessen Reise nach Berlin erwogen habe:

„Mit einem Blick auf Nürnberg überlegten wir, H (Hitler) durch Sie sagen zu lassen, daß X (Chamberlain) daran denke, nach Deutschland zu kommen, um mit ihm zu sprechen und ihn gleichzeitig zu bitten, während seiner Rede am Montag nichts Unfreundliches zu sagen. Wir überlegten aber dann, daß diesem Plan manches entgegenzuhalten ist. Vielleicht als Wichtigstes, daß es H die Gelegenheit geben könnte, Ribbentrop eine lange Antwort schreiben zu lassen, voll unbequemer Fragen vielerlei Art, die meistens einen Dunst verursachen, der schwierig zu durchdringen sein würde. Dann aber hätten wir unseren Pfeil abgeschossen und nichts mehr in Reserve . . .

Wir haben heute über den Punkt diskutiert, ob X bei seiner Ankunft in Berlin möglicherweise durch Sie eine Erklärung erhalten könnte dahingehend, daß H ihn nicht sehen wolle oder vielleicht ‚krank‘ sei und ihn nicht sehen könne. Dies wäre sehr peinlich und würde hier nicht gut aufgenommen werden. Was denken Sie hierüber und was glauben Sie, wie H wahrscheinlich reagieren wird? Würde die ihm angetane Ehre eines Besuches ihm so gefallen, daß er sich davon abhalten ließe, ihn zurückzuweisen? Würde er es vielleicht der Mühe wert halten, uns herauszufordern (flaunt) und dadurch die Weltmeinung zu erregen, die sich ohne jeden Zweifel um so mehr gegen ihn wenden würde?

Sollten Sie glauben, daß das Risiko einer Zurückweisung gegeben ist, so besteht die Alternative für Sie – nachdem Sie Nachricht von uns haben –, H wissen zu lassen, daß X vorschlägt zu kommen und in B (Berchtesgaden) zu der und der Zeit eintrifft. Sie müßten dann H bitten, die Stunde anzugeben, in der er bereit wäre, X zu sehen. Dies würe H Zeit lassen, ‚Nein‘ zu sagen, wenn er dies wollte, und es Ihnen ermöglichen, uns die Antwort zu übermitteln, bevor X hier abreist. Dies würde das Risiko einer Zurückweisung

ausschließen. Andererseits, *sollte* die Antwort Nein sein, so hätte X niemals eine Gelegenheit, seine Angelegenheiten vorzutragen, und damit wäre die letzte Friedenschance verloren. Außerdem würde der dramatische Überraschungseffekt geschwächt werden, auf den X einen gewissen Wert legt. Wir bitten Sie sehr, dies alles sorgfältig zu überlegen und uns Ihre Ansichten so bald wie möglich zu übermitteln." (FO 800/269/8096.)

Sir Horace Wilson

Hendersons Antwort auf diesen Brief liegt mir nicht vor. Die von Sir Horace Wilson angestellten Überlegungen sind das Ergebnis der lügenhaften Berichte der deutschen Verschwörer bis hin zu dem „unbequemen Ribbentrop", den man ausschalten will, um unangenehme Fragen nicht beantworten zu müssen. Die einfachste Möglichkeit wird verwirklicht, als sich Chamberlain am 13. September für den 15. bei Hitler ansagt.

Chamberlains Flug nach Berchtesgaden hatte nichts mit Krieg oder nicht Krieg auf der Seite Prags zu tun, denn die Engländer hatten längst beschlossen, jetzt nicht für die Tschechoslowakei zu kämpfen. Der wirkliche Sinn der Reisen Chamberlains nach Deutschland war eine Vorsichtsmaßnahme: Als verantwortlicher Regierungschef mußte er sich den deutschen Verschwörerkreis genau ansehen, um persönlich zu entscheiden, ob er sich auf diese Männer verlassen könnte, die versprochen hatten, Hitler innerhalb 48 Stunden nach einer Kriegserklärung zu beseitigen, womit für England der wirklich auszutragende Kampf vermieden worden wäre. Über diese britische Politik hatte Ribbentrop schon im „A 5522" geschrieben: „Niemals wird England einen Kriegseinsatz leichtfertig wagen. Immer wird es sorgfältig die Machtverhältnisse abwägen und Entscheidungen notfalls hinauszögern. Sind die besseren Chancen einmal auf Englands Seite, *wird es kämpfen*!" Englands Lage hatte sich seit seiner Zusammenarbeit mit den Putschisten sehr zu seinen Gunsten verändert. Aber Chamberlain mußte im Jahre 1938 den Krieg noch hinauszögern, bis er sich von der Schlagkraft und Entschlossenheit der deutschen Verschwörer überzeugt und Polen 1939 als Bundesgenossen gewonnen hatte.

Laufende Putschnachrichten

Während der Parteitag in Nürnberg seit dem 8. September programmäßig ablief, erhielten die Engländer laufend Anfragen aus aller Welt, wie sie sich nach einem Zusammenbruch der Hitler-Regierung verhalten würden. So berichtete z. B. Edgar Mowrer, der

Pariser Korrespondent der „Chicago Daily News", daß Wohltat, Görings rechte Hand für die Durchführung des Vierjahresplanes, zu ihm nach Basel gekommen sei, um zu erfahren, ob sich Amerika nach dem „Zusammenbruch des Nazi-Regimes" für eine gute Behandlung des deutschen Volkes einsetzen würde. Dies geht aus einem Bericht des Amerikaners Peake vom 10. September 1938 an Stevenson hervor. Stevenson ist der englische Völkerbundsbeamte, der den Inhalt des Burckhardt-Weizsäcker-Gespräches vom 1. September nach London weitergeleitet hatte. (DBFP II, p. 689ff.) Zu dem Schreiben Peakes fügte der Foreign-Office-Beamte Roberts handschriftlich hinzu:

„Eine große Anzahl Abgesandter mit Mitteilungen aus deutschen konservativen Kreisen, hauptsächlich aus dem Generalstab, haben uns kürzlich besucht. Keiner von ihnen aber hatte so nahe Beziehungen zu Feldmarschall Göring . . . Wohltat ist kein Nazi . . . Diese Annäherung verstärkt die Tatsache, daß man von uns erwartet, das Spiel der Anti-Nazis in Deutschland zu spielen, die einen allgemeinen Krieg ganz gerne sähen, um dadurch das Nazi-Regime loszuwerden." (FO 371/21738, C 9934.)

Auch diesen Peake-Bericht hat die Spitze der englischen Regierung gelesen: Halifax, Vansittart, Cadogan und Strang.

In Nürnberg stellte Henderson allerlei Beobachtungen an. So fiel ihm die „große Unsicherheit fast aller Beamten des Auswärtigen Amtes auf". Den Grund dafür sah er in deren „Abneigung gegen Ribbentrop und wegen aller möglichen sonstigen Gründe", womit er wohl das deutsch-englische Komplott meinte. Die Abneigung gegen Ribbentrop war mehr als verständlich, mußte doch vor ihm die Zusammenarbeit des Weizsäcker-Kreises mit der offiziellen britischen Regierung mit allen nur möglichen Mitteln geheimgehalten werden. Hendersons letztes Erlebnis in Nürnberg war „ein Abschlußessen im Speisewagen mit den Beamten des Auswärtigen Amtes *sans* Ribbentrop. Einige von ihnen sprachen zu meinen Kollegen *viel von Verrat.*" (DBFP II, p. 651ff., Sp. im Original.)

Als Henderson in Nürnberg allen Deutschen, die er dafür geeignet hielt, sein „Sprüchlein" aufsagte: England werde an der Seite der Tschechoslowakei gegen Deutschland kämpfen, schickte Halder einen Offizier nach London, um der britischen Regierung auch von militärischer Seite aus nahezulegen, in der Sudetenfrage eine „energische Haltung" *gegen* Deutschland einzunehmen. (Kordt: Nicht aus . . . S. 258.) In seinen Erinnerungen schreibt Weizsäcker, daß zum ersten Mal für diesen 13. September 1938 die „Festsetzung von Hitler kurzerhand" eingeleitet worden sei, was sich zum zweiten Mal für „den 27. September wiederholt habe". (Weizsäcker, S. 193.) An

diesem spannungsreichen 13. September sagte sich jedoch Chamberlain bei Hitler zum „frühesten Zeitpunkt" an. Er wollte offensichtlich die Festnahme des Kanzlers verhindern, weil ein Aufruhr in Mitteleuropa zu diesem Zeitpunkt nicht in seinen Fahrplan paßte. Als vorsichtiger Rechner und auserwählter „Notanker" der deutschen Verschwörer mußte er deren Entschlußfreudigkeit und die Aktualität der Geheiminformationen, die aus der unversiegbaren Verschwörerquelle sprudelten, persönlich überprüfen, ehe er seinem Lande die „schwere Verpflichtung" auferlegte, sich mit fremden Männern zu verbünden, die seiner Autorität nicht unterstanden. (FO 800/314, 15. 9. 1938, Burckhardt zu Weizsäcker.)

Am 15. September 1938 erhielt Halifax einen Lagebericht über Deutschland. Der Verfasser des Schreibens war dieses Mal der Berliner Korrespondent eines großen Chemischen Konzerns in London.

Ein weiterer Bericht von Vansittart an Halifax basiert auf Informationen, die ein Oberst Christie „von verschiedenen wichtigen Männern der deutschen Schwerindustrie" erhalten hatte. (FO 371/21737, C 9876, 5. 9. 1938.)

Auch die amerikanische Botschaft in Moskau hatte von den Putschplänen gehört. Chargé d'Affaires Alexander Kirk, der „strengst vertraulich von einem Deutschen, der gestern aus Berlin zurückkehrte, über diese Absichten informiert" war, kabelte Informationen an Außenminister Hull. (FDRL. PSF 19. 8. 1938, No. 298.)

In allen Berichten wurden den Engländern immer die gleichen Lügen vorgetragen: Die Unzufriedenheit in Deutschland, der chaotische Zustand der deutschen Armee und die Überzeugung, daß die Hitler-Regierung bei einer festen Haltung Englands bald zusammenbrechen werde.

Chamberlain sammelt Friedensalibis

„X" bei „H": Chamberlain auf dem Obersalzberg

Erst am 14. September verkündete Chamberlain dem Kabinett „seine Absicht, Hitler einen persönlichen Besuch abzustatten". Über diese autoritäre Handlungsweise des Premierministers vermerkt Duff Cooper: „Wir wurden nicht gefragt, sondern vor die Tatsache gestellt, denn das Telegramm war bereits abgegangen ... Uns wurde Schweigen geboten." (Duff Cooper: Das läßt sich nicht vergessen, S. 290.)

Am 15. September 1938 traf Chamberlain in Berchtesgaden ein, begleitet von Sir Horace Wilson – Chefberater der britischen Regierung für technische Fragen und Chamberlains Hauptverbindungsmann zu den deutschen Verschwörern –. Dort dirigierten Weizsäker und Henderson die nicht unwichtigen Formalitäten für die bevorstehenden deutsch-englischen Gespräche. So hatten sie verabredet, daß Chamberlain „ohne andere Zeugen als den Dolmetscher Paul Schmidt mit Hitler sprechen solle, weil es vor allem galt, Ribbentrop fernzuhalten". (Kordt: Nicht aus ..., S. 259; Schmidt: Als Statist auf diplomatischer Bühne, S. 395.) Hitler wußte natürlich nichts von dieser Intrige, sonst hätte er Chamberlain nicht nach dem Tee gefragt, ob er gern „zwei oder drei Anwesende" bei diesem Gespräch haben wollte. Der Premierminister zog ein „tête à tête" mit dem Kanzler vor. Hitler soll es nach Aussage von Schmidt für selbstverständlich gehalten haben, daß er selbst als „neutraler" Dolmetscher der Unterredung beiwohne. Hitler konnte nicht ahnen, welche Aufgaben Schmidt oblagen, der als vorgeschobener Posten in der Tarnkappe des Dolmetschers aus Hitlers Staatsgesprächen alle wichtigen Informationen den Verschwörerfreunden weitergab. (Rothfels: Opposition gegen Hitler, S. 69.)

Hitler wollte zu Beginn des Gespräches als erstes von Chamberlain wissen, ob er bereit sei, „einer Loslösung der sudetendeutschen Gebiete aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zuzustimmen". Dieses Selbstbestimmungsrecht sei nicht etwa von ihm im Jahre 1938 erfunden worden, sondern bereits im Jahre 1918 zur Schaffung einer moralischen Grundlage für die Veränderung des Versailler Vertrages. (Akten II, Dok. 487.) Chamberlain erwiderte für sich *persönlich*, „daß er den Grundsatz der Lösung der sudeten-

deutschen Gebiete anerkenne". Hitler betonte, daß ihm die bisherige Haltung Englands und Frankreichs in der sudetendeutschen Frage unverständlich sei, denn London hätte den Iren die Freiheit auf friedlichem Wege gegeben und Paris das Saargebiet in der gleichen Weise nach Deutschland zurückkehren lassen. Im Sudetengebiet jedoch dürfe nicht einmal eine Abstimmung stattfinden, ohne daß England nicht mit einem Krieg gegen Deutschland drohe, der selbstverständlich ein Kampf „auf Leben und Tod sein würde. Eine derartige Haltung sei ihm unverständlich." Niemand konnte damals die englische Haltung verstehen, der nicht in das Komplott der Verschwörer eingeweiht war, die England immer wieder drängten, hart zu bleiben, denn dann würden Hitler und seine Regierung beseitigt werden.

Auf Bitten Chamberlains sicherte Hitler in dieser Unterredung zu, keine militärischen Maßnahmen zu ergreifen, solange das britische Kabinett in den nächsten Tagen berate. Allerdings solle auch die englische Regierung die Tschechoslowakei veranlassen, ihre Mobilisierungsanordnungen zurückzunehmen – was London nie tat –, denn solche Drohungen könnten nach Hitlers Ansicht leicht zu einem „neuen 21. Mai und zu einer sehr ernsten Lage führen". Auf das Flottenabkommen von 1935 eingehend, betonte Hitler, daß die „Grundlage dieses Vertrages einzig und allein in einer Art Verpflichtung beider Partner zu sehen sei, unter *keinen* Umständen gegeneinander Krieg zu führen". Da aber England, wann immer es ihm beliebe, einen militärischen Konflikt mit Deutschland ins Auge fasse, während Deutschland seine freiwillige Begrenzung der Flottenstärke genauestens befolge, werde das „gerade in der Stunde der Warnung" ein Nachteil für Deutschland sein. Es wäre deshalb für ihn korrekter, das Abkommen zu kündigen. Hierauf erwiderte Chamberlain, er habe „die Warnung vom *21. Mai* für nötig gehalten, weil man England nach 1914 den Vorwurf gemacht hätte, daß es seine Absichten nicht deutlich genug zu erkennen gegeben habe".

Hier zeigt sich wieder deutlich die Abhängigkeit der britischen Politik von den deutschen Verschwörern, denn Weizsäcker hatte bekanntlich erst acht Tage zuvor in seiner Geheimbotschaft dieses Argument benutzt, d. h. den Vergleich mit 1914, um Chamberlain zu einer offiziellen Drohung gegen Deutschland zu veranlassen. In dem Gespräch mit Hitler erkannte Chamberlain sowohl dessen Entschlossenheit, die Sudetendeutschen in ihrem Selbstbestimmungsrecht bis zum äußersten zu unterstützen, als auch dessen Überzeugung, daß die Tschechoslowakei nicht mehr lange bestehen könne, weil die übrigen Minderheiten ebenfalls aus diesem Staate herausdrängten. Chamberlain widersprach diesen deutschen Erklärungen nicht.

Das amtliche Protokoll des Dolmetschers Schmidt zeigt, daß die Hitler-Chamberlain-Verhandlungen bis zur letzten Bemerkung des britischen Premierministers ruhig geführt wurden, als er sagte, er wolle „der natürlichen englischen Tendenz zur Freundschaft mit Deutschland nachgeben". Es zeigt sich aber auch, warum Ribbentrop ausgeschaltet werden mußte. Denn wäre er bei dem Gespräch anwesend gewesen, so hätte Schmidt anschließend nicht verbreiten können, was man *schon damals* durch ihn selbst aus Berchtesgaden erfuhr, „die Unterhaltung der beiden Staatsmänner sei sehr stürmisch verlaufen und Hitler habe nichts Geringeres als eine völlige Zerstückelung der Tschechei durch Abtreten des Sudetenlandes verlangt". (Gerhard Ritter: Karl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 190.) Diese Unterstellung war nicht von Hitler sondern von Chamberlain geprägt worden, als er den Kanzler fragte, ob er auf die „Zerstückelung der Tschechoslowakei abziele". Ribbentrops Abwesenheit bei diesem Gespräch ermöglichte es also dem alleinigen Zeugen Schmidt, die herausfordernde Frage Chamberlains in eine Forderung Hitlers umzumünzen und zu verbreiten.

Chamberlain konnte den Krieg nicht gebrauchen und forderte deshalb vier Tage später, am 19. September 1938, gemeinsam mit Frankreich von Benesch ultimativ die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete, was die völlige „Zerstückelung der Tschechoslowakei" zur Folge hatte, weil nun die übrigen Minoritäten – Polen, Ungarn und Ukraine – „natürlich ähnliche Forderungen" wie die Sudetendeutschen stellten. Dies hatte Hitler auf Chamberlains Frage geantwortet und dabei betont, daß er nicht der „Sprecher" dieser Länder sei, aber daß der Friede in der Tschechoslowakei „bereits aufgehört habe zu existieren".

Als kleines Nachspiel des Zusammentreffens zwischen Hitler und Chamberlain auf dem Obersalzberg forderten die Briten das Protokoll der Unterredung an, das Dolmetscher Schmidt angefertigt hatte. Daß diese einseitige Niederschrift – Chamberlain hatte keinen eigenen Dolmetscher mitgebracht – Henderson nicht ausgehändigt wurde, nannte der Dolmetscher die „Rache" Ribbentrops. Hitler selbst aber hatte Henderson mitteilen lassen, der Dolmetscher Dr. Schmidt habe die grundsätzliche Weisung, einseitig von ihm über Staatsgespräche angefertigte Aufzeichnungen *nicht* aus der Hand zu geben. Zur Erläuterung hierzu heißt es: „Wenn ein Austausch von solchen Dokumenten bei Gesprächen zwischen hohen Persönlich-

keiten beabsichtigt oder gewünscht wird, müßten von *beiden* beteiligten Seiten Personen hinzugezogen werden, die zunächst jede für sich eine Niederschrift des Gespräches anfertigen. Deutscherseits sei man überzeugt, Chamberlain habe Hitler in jeder Beziehung richtig verstanden, so daß Raum für Mißverständnisse nicht vorhanden wäre. Im übrigen sei Hitler bereit, jederzeit zu wiederholen, was er gesagt habe." (Akten II, Dok. 522; das aus dem Büro des Staatssekretärs stammende Dokument 532.)

Darum aber bat Chamberlain nicht, denn Henderson hatte wahrscheinlich eine Kopie des Protokolls von Schmidt selbst erhalten, nachdem er „von Zeit zu Zeit ungeduldig" in dessen Zimmer gekommen war, „um sich nach dem Fortgang der Arbeit zu erkundigen". London aber schickte einen offiziellen Protest, in dem es hieß, der Dolmetscher Schmidt, zu dem „die britische Regierung volles Vertrauen habe", hätte sich „während des zweieinhalbstündigen Gespräches Notizen gemacht . . . Das nächste Mal würde man sich einen eigenen Mann mitbringen müssen." (Akten II, Dok. 522, 532, 537 u. 544.) Aber als Chamberlain einen Tag nach der Münchner Konferenz mit Hitler ohne Ribbentrop sprach, brachte er wiederum keinen eigenen Dolmetscher mit, sondern verließ sich auf Dr. Schmidt, von dem der Premierminister wußte, daß er zum Verschwörerkreis gehörte.

Sir Horace Wilsons Memorandum vom 16. 9. 1938 über Chamberlains Reise nach Berchtesgaden

In Berchtesgaden gab es noch ein weiteres, viel schwerwiegenderes Nachspiel als diese Protokollfrage. Den Abend verbrachte Chamberlain mit seinen Begleitern Sir Horace Wilson, Strang vom Foreign Office und Henderson im Hotel Berchtesgadener Hof, wo auch der Dolmetscher Schmidt übernachtete. (Schmidt, S. 398.) Es ist anzunehmen, daß noch andere Gegner Hitlers dort wohnten und nach Lage der Dinge Gespräche mit den britischen Gästen führen konnten, ohne verdächtigt zu werden. Am nächsten Tage verfertigte Sir Horace Wilson eine Niederschrift mit dem Datum vom 16. September 1938 und der Ortsangabe „Irgendwo über Deutschland" über seine Unterhaltungen, die er als Vertrauter Chamberlains mit verschiedenen Deutschen geführt hatte. (DBFP II, No. 897.) Zu diesen Männern gehörten der deutsche Botschafter in London Dirksen, Weizsäcker und Schmidt. Acht Tage zuvor hatte Weizsäcker in seiner Geheimbotschaft die Engländer gedrängt, durch eine scharfe

öffentliche Erklärung Hitler zum Rückzug in der Sudetenfrage zu zwingen, um durch eine solche diplomatische Niederlage den Sturz in der deutschen Regierung herbeizuführen. Jetzt waren er und seine Verschwörer-Kollegen niedergeschmettert, daß die Vorbereitungen Halders und Witzlebens zur Festsetzung Hitlers durch Chamberlains Ankunft verhindert und der Friede „virtuell gerettet worden war". (Weizsäcker, S. 183.)

Die Gruppe um Weizsäcker war sehr beeindruckt von der „Staatskunst" des Premierministers, wie sie dessen Flug nach Deutschland nannte. Sir Horace Wilson gegenüber machten sie kein Hehl aus ihrer Bewunderung und sprachen ihre Hochachtung über „diese Art der ‚Politik' aus, die sie als einen kühnen *Meisterstreich* der Diplomatie ansahen". (X) = (DBFP II, No. 897.) Von Dirksen erfuhr Wilson weiter, daß sich die deutsche Delegation auf dem Obersalzberg, einschließlich des juristischen Beraters Gaus, eingehend darauf vorbereitet hatte, über „praktische Angelegenheiten" zur Übergabe der sudetendeutschen Gebiete zu verhandeln. Wilson vermerkt dies in einer recht spöttischen Art, obwohl Chamberlain als Grund für seinen Überraschungsbesuch an Hitler telegrafiert hatte, daß er gemeinsam mit ihm eine „friedliche Lösung" der Sudetenfrage zu finden hoffe. (Feiling: Das Leben von Neville Chamberlain, p. 363.) Aber Chamberlain wollte mit seinem „master-stroke" nicht nur Zeit gewinnen und die deutschen Verschwörer auf ihren Wert hin testen, sondern sich auch vor der Welt ein Friedens-*Alibi* verschaffen, genau das, wovor Ribbentrop im „A 5522" gewarnt hatte.

Schon *vor* Hitlers Gespräch mit Chamberlain – wahrscheinlich auf der Fahrt von München zum Berghof – hatte Weizsäcker zu Sir Horace Wilson gesagt: Dieser Besuch „muß gelingen"! Der Staatssekretär hatte dabei das Wort „muß" so stark betont, daß die „Bleistiftspitze", mit der Wilson schrieb, den Druck nicht hätte aushalten können, wenn er das Maß der „Emphase" richtig wiedergegeben hätte. Mit dem Gelingen des Chamberlain-Besuches meinte Weizsäcker nichts anderes als das Gelingen des Umsturzes in Deutschland. Auf der zweistündigen Rückfahrt von Berchtesgaden nach München fand Wilson während einer „Fahrtunterbrechung" und eines Platzwechsels erneut Gelegenheit, mit Weizsäcker zu sprechen. Dieser habe, genau wie die anderen, sich dahin geäußert, daß ein deutsch-tschechischer Krieg „für Hitler vielleicht zuviel sein würde", aber der Premierminister habe „einen solchen Eindruck auf den Kanzler gemacht, daß dieser zögern werde". Es wurde also die gleiche Taktik verfolgt wie am *21. Mai*, d. h. Deutschland als zum Kriege entschlossen hingestellt, das nur vor der starken Haltung

Englands zurückweiche. Chamberlain war ohne Halifax, der ihn stets nach Paris und Rom begleitete, nach Berchtesgaden gekommen, um dadurch den unbequemen Ribbentrop leichter ausschalten zu können. Dies geht aus den Überlegungen Hendersons, Weizsäkkers, Schmidts und Kordts hervor. Horace Wilson beschwert sich dann auch in seinem Memorandum über den deutschen Außenminister, der nicht wie die anderen von der „großen Aufgabe" des Premierministers für den Frieden beeindruckt gewesen sei. Deshalb wies Wilson den Botschafter Henderson an, Göring so bald wie möglich von der „Wichtigkeit" der Chamberlain-Mission zu überzeugen. (DBFP II, No. 897.) Chamberlain war zufrieden mit seiner Reise, auf der zumindest sein „alter ego", Sir Horace Wilson, persönlichen Kontakt zu den Verschwörerkreisen aufgenommen hatte, wie Wilsons Memorandum beweist. An seine Schwester schrieb Chamberlain, daß Hitler ein Mann sei, „dem man Vertrauen schenken könnte, wenn er sein Wort gegeben habe". (Feiling, p. 367.) Seinen Mitarbeitern aber erklärte er nach seiner Rückkehr in England: „Hitler sei anomal, unberechenbar und von schlechten Beratern umgeben. Er glaube deshalb, daß er sich in einem solchen Zustand der Hysterie nicht lange werde halten können." (Feiling, p. 365.) Damit wies Chamberlain die politisch Eingeweihten auf den in Aussicht gestellten baldigen Sturz Hitlers hin, den die Verschwörer für Ende September planten und der in ihren Augen nur dann in Deutschland verstanden würde, wenn England gleichzeitig den Krieg erkläre. Dies will Chamberlain zu diesem Zeitpunkt aber auf keinen Fall. Das Risiko ist ihm zu groß. Er nimmt lieber in Kauf, daß Hitler jetzt *nicht* gestürzt und Benesch zur freiwilligen Abtretung des gesamten Sudetengebietes gezwungen wird.

Das politische Ergebnis des ersten Chamberlain-Besuches in Deutschland war Hitlers erneute Forderung nach einer Volksabstimmung, während sich der britische Premierminister „nicht die Bohne darum kümmerte, ob die Sudetendeutschen ihren eigenen Wünschen entsprechend im Reich oder außerhalb des Reiches verblieben, aber er sah enorme praktische Schwierigkeiten in einem Plebiszit". (Ende des Wilson-Memorandums.) Chamberlain gelang es dann auch trotz der Abmachungen von München mit Hilfe von Weizsäcker und Henderson durch Ausschaltung Ribbentrops, die Volksabstimmung zu verzögern und schließlich zu verhindern. Anschließend an das Hitler-Chamberlain-Gespräch auf dem Obersalzberg besuchte Botschafter Henderson weisungsgemäß den Feldmarschall Göring in Karinhall und erklärte, er sei beunruhigt, „daß etwas Übereiltes von deutscher Seite geschehen könne, was die Wirkung von Chamberlains ehrlich gemeinter Reise nach Berchtesgaden in der Sache des Friedens völlig zerstören würde. Er sei besonders nervös, weil Hitler allein in seinen Bergen sei, nur mit Ribbentrop, dem ‚Ja-Sager', der ihn berate und mit übertriebenen Berichten aus deutschen Zeitungen als Hauptquelle für Informationen versorge." Dazu habe der Feldmarschall erklärt, daß Henderson sich nicht zu beunruhigen brauche, denn Hitler habe sein Wort gegeben, während der Verhandlungen nichts zu unternehmen, es sei denn, „daß etwas Katastrophales geschehe". Unter „Katastrophalem" verstand Göring eine tschechische Militärrevolution, Sturz der gegenwärtigen Prager Regierung, Massakrierung Hunderter von Sudeten oder absichtliche Beschießung deutscher Posten über die Grenze hinweg oder von Flüchtlingen, die nach Deutschland hineinströmten. Ebenso entschieden sagte er Henderson, daß es jetzt keine andere Lösung geben könne als die Selbstbestimmung für die Sudetendeutschen. Auch er glaube, daß Hitler nicht bluffe und lieber bereit sei, einen allgemeinen Krieg zu riskieren, als die Sudeten noch länger ihrem augenblicklichen Schicksal zu überlassen. Jeder Tag, an dem Deutschland die Aktion verschiebe, sei eine Konzession an Großbritannien, da dadurch mehr Sudetendeutsche getötet würden, größere tschechische militärische Vorbereitungen getroffen werden könnten und zum Schluß mehr deutsche Soldaten geopfert werden müßten. Aber Hitler werde sein Wort halten und nichts unternehmen vor dem nächsten Zusammentreffen, solange nichts Katastrophales geschehe. (FO 371/21738, C 10046, 17. 9. 1938; telefonischer Bericht.)

Am 19. September 1938 schrieb Göring einen Brief an Lord Londonderry als Antwort auf dessen Schreiben vom 18. Juli. Göring betont in seinem Brief, daß niemand in Deutschland, vor allen Dingen keine der führenden Persönlichkeiten eine Feindschaft mit England wünsche.

„Alle seien im Gegenteil, und wären es immer gewesen, zu einer Verständigung mit England bereit . . . Wir haben niemals etwas von England gefordert, sondern immer nur auf unseren Rechten bestanden. Der Erhaltung eines starken englischen Empires wird von uns nur zugestimmt . . . Wenn England nur eine rein englische Politik verfolgen würde, so bin ich überzeugt, daß eine Verständigung bald erreicht sein würde, weil wir in keiner Weise englische Interessen bedrohen. Ich habe Ihnen immer versichert, daß die Kolonialfrage auch kein Problem ist, das jemals zu einem Konflikt zwischen uns führen würde . . . Ich wäre glücklich, wenn eine starke englische Regierung schließlich den Mut fände, trotz gewisser Gegenkräfte sobald als möglich die ihr von Deutschland gebotene Freundschaftshand zu ergreifen. Dies ist mein großer Wunsch für unsere Länder." (FO 371/21736, C 9445.)

Wie auch Hitler und Ribbentrop hielt Göring gleichfalls nicht mit seiner Enttäuschung über Englands Obstruktionspolitik hinter dem Berg. Oft beklagte er sich „bitterlich über die Unmöglichkeit . . ., England klarzumachen, daß das Nazi-Deutschland aufrichtig und voller Ideale sei. Er wollte mit allen Mitteln eine Verständigung mit England erreichen, aber er fühlte, daß die britische Haltung des Unverständnisses oder Mißverständnisses alle seine Bemühungen zunichte machen würde." (Sir Percy Loraine nach Aussagen von Prinzessin Helene von Rumänien ans Foreign Office. Ankara, 26. 7. 1938; sein Bericht ging an Strang, Sargent und Henderson sowie an Oliphant und Creswell. FO 371/21663, C 7519.) Aber in diesem Bericht stand noch ein weiterer Hinweis über Göring. Dieser habe in seiner Unterhaltung mit Prinzessin Helene von Rumänien „niemals den Namen des Führers erwähnt, sondern er sprach immer nur darüber, was er in diesem oder jenem Fall tun werde . . ." (ebend.). Görings Haltung wurde in England mit größtem Interesse verfolgt, weil man dort hoffte, ihn auf die Seite der Hitlergegner ziehen zu können. Deshalb schrieb auch Creswell handschriftlich auf einen dieser Berichte, daß Göring „einen Plan ausarbeite im Hinblick auf die Nachfolge Hitlers". (FO 371/21665, C 13642, 10. 11. 1938.) Die Verschwörer gaukelten der Chamberlain-Regierung einen abtrünnigen Göring vor.

Chamberlains Druck auf Benesch

Am 18. September 1938 besprachen sich Daladier und Bonnet mit Chamberlain und Halifax in London. Die von Hitler vorgeschlagene allgemeine Volksabstimmung in den Sudetengebieten wurde von den Vier verworfen, da sie Deutschland „nur ein willkommenes Werkzeug für kommende Umwälzungen in die Hand gegeben hätte". (Hoare, S. 280.) Die Engländer beklagten sich über die moralische Uneinigkeit Frankreichs und dessen „totalen Mangel an Kampfbereitschaft". (Feiling, p. 368.) Die französische Abneigung gegen einen militärischen Konflikt zur Erhaltung der Tschechoslowakei kam Chamberlain sehr gelegen, denn er versuchte mit allen Mitteln, den tschechisch-deutschen Krieg zu verhindern. Deshalb wurde gemeinsam eine Botschaft an Benesch verfaßt und mitgeteilt, daß die sudetendeutschen Gebiete nicht mehr ohne Gefährdung des europäischen Friedens innerhalb der Tschechoslowakei verbleiben. Von einer Gebietsübertragung „als Ergebnis einer Volksabstimmung" wurde entgegen dem Wunsch Hitlers *abgeraten.* Dagegen würde die britische Regierung als Beitrag zur Befriedung Europas bereit sein, „einer internationalen Garantie der neuen Grenzen des tschechoslowakischen Staates gegen einen nicht provozierten Angriff beizutreten". (Akten II, Dok. 523.) Auf dem Obersalzberg war dieser Vorschlag nicht besprochen worden. Auch die englisch-französische Note, am 19. September 1938 Benesch übergeben, wurde *ohne* Rücksprache mit der deutschen Regierung abgefaßt.

Benesch mußte erkennen, daß die Westmächte ihn „im Stich gelassen" hatten und drohte, wie Henderson schreibt, direkte Verbindungen mit Hitler aufzunehmen. Zunächst lehnte der tschechoslowakische Präsident am 20. September den englischen Plan ab. Aber da Prag auf russische Hilfe *nicht* hoffen konnte, weil Polen den Durchmarsch bolschewistischer Truppen niemals genehmigt hätte, erklärte der tschechische Ministerpräsident Hodza dem französischen Gesandten: „Wenn Ihr uns formell erklärt, daß Ihr nicht helfen werdet, dann sind wir bereit, uns zu fügen." (Freund, S. 160.) Daraufhin wurde der französische Gesandte in Prag zu der schon von Henderson vorgeschlagenen Erklärung ermächtigt, „daß eine Ablehnung des englisch-französischen Vorschlages das Erlöschen des französisch-tschechischen Bündnisses bedeute. Frankreich würde dann *nicht* marschieren." (Freund, a. a. O.) Damit hatte Daladier trotz seines Militärbündnisses mit der Tschechoslowakei eine klare Stellung bezogen. Chamberlain dagegen ließ Benesch, der seine Teilmobilmachung vom *21. Mai* niemals zurückgenommen hatte, mitteilen, daß es ihm selbstverständlich freistehe, „beliebige Maßnahmen, die er *später* für nötig erachte, zu ergreifen". (DBFP II, No. 191.) Dieser zweideutige Rat des britischen Premierministers sollte nicht nur Beneschs Entschluß erleichtern, sondern ihn auch an der Seite Englands festhalten, da man unter allen Umständen seine Einigung mit Hitler verhindern wollte. Benesch nannte die englisch-französische Intervention eine „Art Ultimatum", das ihm die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete „ohne vorherige Genehmigung des Parlaments" erlaubte. (DBFP II, No. 1007, Punkt 6.) Am 21. September 1938 nahm Benesch mit großer Verbitterung und nur auf „äußerstes Drängen" Englands und Frankreichs die englisch-französischen Vorschläge an und bedauerte, daß ein von ihm vorgesehenes Schiedsgerichtsverfahren *nicht* akzeptiert wurde. Am gleichen Tag forderte Polen die von den Tschechen im Jahre 1921 „geraubten" Teschener Gebiete zurück und verlangte für den Teil, in dem die Bevölkerung polnisch war, die gleiche Regelung, wie sie den Sudetendeutschen zugestanden worden sei.

Nachdem auf dem Obersalzberg weitere deutsch-englische Gespräche vereinbart worden waren, sagte sich Chamberlain am 19. September 1938 wiederum aus eigener Initiative für den 21. September zu einem zweiten Besuch in Deutschland an. Er traf dann genau eine Woche nach seinem ersten Besuch auf dem Obersalzberg und zwei Wochen nach Weizsäckers Geheimbotschaft in Godesberg ein, aber auch dieses Mal ohne diplomatische Vorbereitungen oder ausgetauschte Diskussionsgrundlagen. Er erschien auch jetzt ohne Halifax. Trotz der ruhig verlaufenen Unterredung in Berchtesgaden erklärte Chamberlain vor seinem Abflug am 20. September in London, er „werde mit einer wilden Bestie kämpfen müssen" und sagte seinem guten Freund Kingsley Wood: „Es ist alles aus!" (Feiling, p. 365; Duff Cooper, S. 298.)

Es ist auffallend, daß Chamberlains jeweilige Deutschlandreisen mit den Daten zusammenfallen, an denen er wichtige Geheimbotschaften der deutschen Verschwörer erhalten hatte. Bereits am 19. August 1938, nach Kleist-Schmenzins Mitteilungen an Vansittart, Lord Lloyd und Churchill, ließ er die Berliner Botschaft wissen, daß Henderson am 29. August nach London kommen solle, wo er ihm seine Absicht bekanntgab, Hitler zu besuchen. Nachdem er am 8. September Weizsäckers Geheimbotschaft erhalten hatte, sagte er sich am 13. September, dem Tag, der vom deutschen Staatssekretär „erstmals zur Beseitigung Hitlers festgelegt" worden war, überraschend für den 15. September bei Hitler an. (Weizsäcker S. 193.) Diesen Tag bezeichnet Erich Kordt als „Termin für den Staatsstreich". (Kordt: Wahn . . ., S. 129.) Schließlich flog Chamberlain am 22. September nach Godesberg, weil das zweite Datum für den Sturz Hitlers auf den 27. September festgelegt worden war, und diesen Termin wollte er verschieben.

Godesberg

Mit Beneschs Zusage zum freiwilligen Verzicht in der Tasche, begann Chamberlain sein erstes Godesberger Gespräch im Hinblick auf die von Hitler geforderte Volksabstimmung in den sudetendeutschen Gebieten. Für diese wollte er „ohne Plebiszit" auskommen und sich mit Hitler auf eine „Gebietsabtrennung der Tschechoslowakei an das Reich" einigen. In allen Bezirken, in denen die deutsche Bevölkerung 80% ausmache, sei die Entscheidung leicht, wo jedoch ein geringerer Prozentsatz an Deutschen vorhanden sei, denke er an eine Durchschnittszahl von 65%. (Akten II, Dok. 562.)

Da dies alles auf dem Obersalzberg *nicht* besprochen worden war und Henlein inzwischen den Anschluß des Sudetenlandes an Deutschland offiziell als sein Ziel verkündet hatte, bedauerte Hitler, daß Chamberlains Plan nicht aufrechterhalten werden könne. 3 $^1/_2$ Millionen Deutsche, 1 Million Slowaken, 1 Million Ungarn und 100000 Polen seien vor 20 Jahren *gegen* ihren Willen den Tschechen ausgeliefert worden. Im Hinblick auf die niemals zurückgenommene tschechoslowakische Teilmobilmachung vom *21. Mai* erklärte Hitler weiter: „Es ist der Welt bekannt, daß auf beiden Seiten der Grenze militärische Vorbereitungen getroffen worden sind." Er betonte dabei, daß dieser Zustand so oder so „bis zum 1. Oktober endgültig gelöst sein müsse". Er verlangte, wie in Berchtesgaden, die Volksabstimmung nach dem Muster der Saar-Abstimmung und schlug eine *„internationale Kontrollkommission zur Überprüfung der Abstimmung"* vor. Gleichzeitig erklärte er sich bereit, „Gebiete wieder zurückzugeben, deren tschechischer Charakter sich bei der Volksabstimmung herausstellen sollte". Eine Garantie für die spätere Resttschechoslowakei lehnte Hitler so lange ab, bis nicht sämtliche Nachbarn dieses Staates sowie alle Großmächte unter Einschluß Italiens dies getan hätten. Zur Beurteilung der späteren Entwicklung ist es wichtig, daß Chamberlain *keine* Beteiligung Deutschlands an der Garantie verlangte, sondern an den Abschluß eines deutsch-tschechischen Nichtangriffspaktes dachte. Auch diesen lehnte Hitler ab, um die freundschaftlichen Beziehungen zu Polen und Ungarn nicht zu stören. Schließlich nannte Hitler als Alternative entweder eine friedliche Lösung nach der Nationalitätengrenze oder die militärische Lösung, wobei die neue Grenze vom Generalstab aus strategischen Gründen festzusetzen wäre. Nachdem der Kanzler ausdrücklich betont hatte, daß er eine friedliche Lösung wünsche und nur im Falle des Scheiterns an eine militärische denke, erwiderte Chamberlain, er sei „kein Verhandlungspartner, sondern nur ein Vermittler". Durch seine Vermittlerrolle habe er „seine ganze politische Laufbahn aufs Spiel gesetzt". Natürlich hatte der Premierminister seine Karriere riskiert, denn das englische Volk wäre ihm kaum gefolgt, hätte es gewußt, daß Chamberlain seine Politik nur „von den Erfolgschancen der bestehenden Verschwörung in Deutschland" abhängig machte. (Sir Horace Wilson zu Colvin in dessen Buch: Das Chamberlain-Kabinett, a.a.O.) Deshalb wurden nur ganz wenige Personen, und zwar immer dieselben, in diese geheime Politik gegen Deutschland eingeweiht: Sir Horace Wilson, Vansittart, Halifax, Sargent, Strang, Roberts, Cadogan u. a. m., deren Marginalien auf fast allen Geheim-Dokumenten zu finden sind. Nachdem Chamber-

lain sich in Godesberg auf seine Vermittlerrolle zurückgezogen hatte, fragte er wiederum, „weshalb überhaupt eine allgemeine Volksabstimmung notwendig sei?“ Warum er die legale und gerechte Volksabstimmung mit solcher Hartnäckigkeit ablehnte, zeigt sich in den Protokollen der Dolmetscher Schmidt und Kirkpatrick, Erster Sekretär an der Berliner Englischen Botschaft. Dabei wandte der englische Premierminister einen recht primitiven Trick an und ließ sich während der Verhandlungen die Meldung übergeben, daß „Sudetenbanden, unterstützt von Militärs, in Eger eingedrungen seien“. (DBFP II, No. 1033.) Es handelte sich dabei um eine angebliche Besetzung von Asch, die zu der Zeit bereits von der deutschen Regierung dementiert worden war und in der Tat niemals stattgefunden hatte. Nur in dem Protokoll von Kirkpatrick wird vermerkt, daß Hitler auf die Nachricht, „12 deutsche Geiseln seien in Eger erschossen worden, *laut brüllend*“ erklärt habe, er werde sofort militärisch intervenieren, „falls Prag unter kommunistischen Einfluß komme oder Geiseln erschossen würden“. Auch nur bei ihm und nicht bei Schmidt heißt es am Schluß, daß Hitler auf Druck Chamberlains zugesagt habe, „keine militärischen Aktionen einzuleiten“. (Akten II, Dok. 562 u. DBFP II, No. 1033.)

An dieser ersten Godesberger Sitzung hatte Ribbentrop nicht teilgenommen und es dadurch dem Dolmetscher Schmidt ermöglicht, wesentliche, von Kirkpatrick erwähnte Abschnitte in seinem Protokoll auszulassen. Verständlicherweise wird das Gespräch in der englischen Aufzeichnung in einer viel schärferen Sprache wiedergegeben als im deutschen Protokoll. Denn Kirkpatricks Aufzeichnungen mußten dem britischen Kabinett vorgelegt werden und sollten es Chamberlain ermöglichen, das Geheimnis der deutschen Verschwörer vielleicht schon jetzt zu lüften, was durch Hitlers angeblich kriegerisches Verhalten gerechtfertigt erschienen wäre.

Danach ging das Tauziehen um die Volksabstimmung weiter, die Hitler forderte, um eine „gerechte Grenze festlegen“ zu können. Chamberlain, der alles andere wollte, als die gerechte Sache der Sudetendeutschen durch Stimmabgabe vor der Weltöffentlichkeit *festzulegen*, lehnte den Vergleich mit der Saar-Abstimmung ab und hielt die „schwerfällige Prozedur einer großangelegten Volksabstimmung“ der Sudetendeutschen für unnötig. Schließlich wurde Chamberlain aggressiv und erklärte, daß Hitler nur die von ihm gewünschte Freundschaft mit England bekommen könne, wenn er friedliche Mittel anwende. Nun gibt es wohl kaum ein friedlicheres Mittel als eine Volksabstimmung unter dem Schutz einer internationalen Kontrolle, die Hitler vorgeschlagen, Chamberlain aber dauernd ablehnte. Aus zwei Gründen wies der Premierminister immer wieder das Angebot des Reichskanzlers zurück: 1. Er wollte verhindern, daß Hitler durch eine international überwachte Volksabstimmung einen Prestigeerfolg davontrage. 2. Ein Plebiszit im Sudetenland hätte einen Präzedenzfall auch für die anderen unterdrückten nationalen Minoritäten im Benesch-Staat geschaffen und zu einer völligen Zerstückelung der Tschechoslowakei geführt.

Nachdem Chamberlain das von Hitler gewünschte friedliche Mittel einer Volksabstimmung hartnäckig abgelehnt hatte, telegrafierte er nach London: „Erste Sitzung unbefriedigend“ (Hoare: Neun bewegte Jahre, Düsseldorf 1955, S. 283) und gab damit das Stichwort für Halifax, nun von London aus zu handeln. Während der Prager Regierung noch vier Tage zuvor von London geraten worden war, „von der Generalmobilmachung abzusehen, solange die Besprechungen zwischen Deutschland und England im Gange seien“, und auch Berlin hiervon unterrichtet worden war (ADAP II, Dok. 522), telegrafierte Halifax am Abend des 22. September an den englischen Gesandten Newton in Prag, die französische und britische Regierung „könnten die Verantwortung *nicht* weiter übernehmen, der tschechischen Regierung zu raten, *nicht* zu mobilisieren“. (DBFP II, No. 1027.) Mit dieser doppelten Verneinung wurde Benesch zur Generalmobilmachung autorisiert. Newton durfte diese Mitteilung „*nicht* vor 21 Uhr des 23. September machen“. Dies ließ Chamberlain Zeit für seine Propaganda gegen Deutschland. Er wollte den deutsch-tschechischen Krieg verhindern, aber wenigstens den Nutzen aus der Lage ziehen und Hitler als kriegswütig hinstellen. So verbreitete die britische Presse am 23. September – genau wie am *21. Mai* – „aggressive“ deutsche Truppenbewegungen hätten stattgefunden und Asch sei besetzt worden, was reine Erfindungen waren. (DBFP II, No. 191.)

Daß die Tschechen deutsche Geiseln erschossen hatten, machte auf die britische Presse wenig Eindruck. Dagegen verbreitete sie die unwahre Behauptung, daß die Verhandlung in Godesberg „definitiv abgebrochen“ worden sei. (Henderson: Failure . . ., p. 156.) Aus Kirkpatricks Protokoll geht jedoch hervor, was bei Dr. Schmidt fehlt, daß Hitler und Chamberlain am Abend des 22. September beschlossen hatten, die Diskussion am folgenden Tage fortzusetzen. Chamberlain aber verschob ohne einen triftigen Grund die für den 23. September vormittags anberaumte Besprechung und schrieb statt dessen vom Hotel Petersberg aus einen Brief an den Reichskanzler im Hotel Dreesen in Godesberg. In diesem Brief betonte der Premierminister wiederum, daß er *keine* Notwendigkeit sehe, eine

Volksabstimmung in den sudetendeutschen Gebieten abzuhalten, wenn er auch sicher sei, daß die tschechische Regierung bereit sein würde, Hitlers Vorschlag eines Plebiszits „anzunehmen". (ADAP II, Dok. 572.) Diese Behauptung war unwahr, da Benesch ein Plebiszit als ein „Auseinanderfallen des Staates" abgelehnt hatte.

Chamberlain beendete seinen Brief mit einer weiteren Unwahrheit, indem er behauptete, er habe am Abend zuvor gemäß seiner Vereinbarung mit Hitler der tschechischen Regierung dringend nahegelegt, „alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten". (ADAP II, Dok. 572.) In Wirklichkeit hatte er durch Halifax die Prager Regierung wissen lassen, daß sie jetzt jede beliebige Mobilmachungsmaßnahme ergreifen könne.

Hitler betonte in seinem Antwortschreiben vom selben Tage nochmals, daß Abstimmungen in den sudetendeutschen Gebieten stattfinden *müßten*, und zwar entweder unter „internationalen Kommissionen oder einer gemischt deutsch-tschechischen Kommission". (ADAP II, Dok. 573.) Da er alle britischen Forderungen annahm, außer derjenigen, das Sudetenland schutzlos zu lassen und auf das Plebiszit zu verzichten, erkannte Chamberlain in Godesberg, daß es nicht so leicht sei, Hitler mit einer diplomatischen Niederlage zu belasten, die seine Beseitigung vor dem deutschen Volke gerechtfertigt hätte. Der Premierminister antwortete daher sofort und bat Hitler um ein „Memorandum, das seine Vorschläge enthalte zusammen mit einer Landkarte mit den eingezeichneten, zur Übergabe vorgeschlagenen Gebieten, in denen die beabsichtigte Volksabstimmung stattfinden sollte". (ADAP II, Dok. 574.) Chamberlain, der dieses Memorandum Benesch übermitteln wollte, forderte von Hitler eine „erneute Zusicherung, daß keine militärischen Aktionen von deutscher Seite unternommen würden", und kündigte gleichzeitig seine Abreise an.

Chamberlains Haltung am 23. September 1938 war voller Unaufrichtigkeit. Während er Hitler wiederum darauf festlegte, *nichts Militärisches* zu unternehmen, solange die deutsch-englischen Verhandlungen liefen, ließ er am Nachmittag des 23. September in seinem *persönlichen* Auftrag an Newton telegrafieren, er könne nun Benesch die Mitteilung machen, daß er freie Hand zu jeder militärischen Maßnahme habe. Zwei Stunden später wurde *„Das Folgende vom Premierminister persönlich"* von Godesberg aus an Newton in Prag telegrafiert, d. h. Newton wurde autorisiert, nun endlich Benesch davon Mitteilung zu machen, daß ihm England und Frankreich die Verkündung der Generalmobilmachung freigäben. Newton sollte aber im Namen Chamberlains hinzufügen:

„Die tschechoslowakische Regierung muß sich darüber im klaren sein, daß ihre Mobilmachung sehr wohl einen sofortigen Befehl an die deutsche Armee, die Tschechoslowakei anzugreifen, nach sich ziehen kann." (DBFP II, No. 1049 u. 1052.)

Chamberlain spielte also mit dem Kriegsausbruch, denn er war sich der Folgen einer tschechoslowakischen Generalmobilmachung voll bewußt. Seit dem *21. Mai* hatte Henderson immer wieder vor der Wiederholung solch einer Provokation gewarnt, weil Hitler diese sofort mit einem Einmarsch in die sudetendeutschen Gebiete beantworten würde. Auch für die Verschwörerkreise war der *21. Mai* von allergrößter Bedeutung gewesen. Nur drängten sie, im Gegensatz zum britischen Botschafter, auf eine erneute offene Herausforderung, um Hitler einen weiteren Prestigeverlust beizubringen. Mit seiner Anweisung an Benesch, die Generalmobilmachung zu verkünden, gab Chamberlain praktisch das Stichwort zum Putsch. Der tschechische Präsident wie auch der britische Premierminister kalkulierten, daß Hitler die Prager Provokationen mit militärischen Gegenmaßnahmen beantworten würde. Die deutschen Verschwörer hatten wiederholt versprochen, dies zum Anlaß zu nehmen, gegen Hitler loszuschlagen.

Sobald der Premierminister auf dem Petersberg die Mitteilung erhalten hatte, daß die tschechische Regierung ihre Mobilmachung „sofort" bekanntgeben werde, änderte er sein Reiseprogramm. Er fuhr nicht nach England zurück, sondern blieb noch einen ganzen Tag und eine ganze Nacht auf dem Petersberg und bat Hitler am Abend des 23. September um eine weitere Besprechung. Er wollte die Reaktion des Kanzlers und die der Verschwörer persönlich wahrnehmen. Er war nicht nur in seiner Eigenschaft als englischer Regierungschef, sondern auch als „Notanker" der deutschen Umstürzler zum zweiten Mal aus eigener Initiative nach Deutschland geflogen, um einerseits zu erkunden, was diese Deutschen von ihm erwarteten und andererseits, wie weit er sich auf sie verlassen könnte.

An dieser zweiten Godesberger Besprechung am 23. September 1938 nahmen außer Kirkpatrick und Dolmetscher Schmidt auch Ribbentrop, Weizsäcker, Sir Horace Wilson sowie Henderson teil. Als Hitler kurz nach Beginn der Sitzung die Nachricht überbracht wurde, daß Benesch über den Rundfunk die tschechoslowakische Generalmobilmachung bekanntgegeben hatte, teilte er dies den Engländern mit. Chamberlain schien *„außerordentlich betroffen"* und bemerkte über die von ihm selbst sechs Stunden zuvor autorisierte Prager Generalmobilmachung, daß jetzt ein „Ereignis einge-

treten sei, das er schon lange befürchtet habe". Als Hitler erwiderte, „daß die Tschechen durch ihre Mobilisierung ihn selbstverständlich zu Gegenmaßnahmen zwingen würden, er jedoch feststellen müsse, daß die Tschechen zuerst mobilisiert hätten", bestritt Chamberlain dies. Er verteidigte die tschechische Generalmobilmachung als eine verständliche „Vorsichts- und Defensivmaßnahme" und behauptete ganz einfach, Deutschland habe „zuerst mobilisiert." Ohne das von ihm erbetene und ihm zu Beginn der Sitzung ausgehändigte deutsche Memorandum mit den Vorschlägen für eine gütliche Regelung gelesen zu haben, fragte Chamberlain schließlich, ob der Inhalt desselben Hitlers „letztes Wort" sei. Als Hitler bejahte, erklärte der Premierminister, daß dann eine „Fortsetzung der Besprechung zwecklos sei". Seine Bemühungen – für die ihm Hitler eingangs der Unterredung gedankt hatte – seien „fehlgeschlagen, sein Gewissen sei jedoch rein!"

Weizsäcker bewundert in seinen „Erinnerungen" die Taktik des britischen Regierungschefs, der „ohne Tricks wie ein juristisch geschulter Geschäftsmann und im Parlamentsstil sprach". (S. 186) Dem parlamentarisch geschulten Chamberlain aber war entgangen, daß er das deutsche Memorandum – ihm zweifellos durch seine deutschen Freunde schon längst bekannt – *offiziell* noch nicht zur Kenntnis genommen hatte. Dies veranlaßte Ribbentrop zu der nüchternen Bemerkung, daß das auf englischen Wunsch hin angefertigte Memorandum deutsche Vorschläge für eine friedliche Lösung des tschechischen Problems enthalte, und daß es ein „ganz neuartiges Verhandlungsverfahren bedeute, wenn der Premierminister jetzt *ohne* Kenntnis des Memorandums behaupte, Deutschland habe keine friedliche Lösung vorgeschlagen". Chamberlain fragte daraufhin Hitler, ob er mit seiner Entgegnung, daß die tschechische Generalmobilmachung ihn zu Gegenmaßnahmen zwingen würde, „etwa einen Einmarsch der Deutschen in tschechisches Gebiet verstehe". Hitler sagte: „Nein, natürlich nicht." Denn er würde an seiner Zustimmung festhalten, während der Verhandlungen die Tschechoslowakei nicht anzugreifen. (Aufzeichnung Kirkpatrick.) Nach dieser erneuten Zusage erklärte sich Chamberlain bereit, das deutsche Memorandum an Benesch weiterzuleiten. Obwohl er es offiziell noch nicht gelesen hatte, beanstandete er zudem die Evakuierungstermine vom 26. und 28. September und behauptete, das Memorandum sei „der Form nach ein *Ultimatum* und kein Verhandlungsdokument". Der Führer erwiderte, das „deutsche Dokument sei ein Memorandum und kein Ultimatum". (Protokoll Schmidt.)

In Godesberg zeigte sich Chamberlain außerordentlich „tricky".

Erstens nannte er das von ihm selbst angeforderte Memorandum ein „Ultimatum", und zweitens verpflichtete er den deutschen Kanzler zur Untätigkeit, während er Benesch freie Hand für seine Kriegsmaßnahmen gab. Nach einer von den Engländern erbeteten Verhandlungsunterbrechung erklärte sich Hitler bereit, die von Chamberlain beanstandeten Übergabetermine vom 26. und 28. September fallenzulassen und sich auf den 1. Oktober zu einigen. Obwohl Hitler fast alles den Engländern konzediert hatte, erklärte Chamberlain, daß er in seiner Rolle als „Vermittler" das Memorandum weder annehmen noch ablehnen könne. Am Schluß der Sitzung sprach er seine Genugtuung aus über das „Vertrauensverhältnis, das zwischen ihm und dem Führer entstanden sei", und verabschiedete sich gegen 1 Uhr 45 am Morgen des 24. September mit einem „Herzlichen Auf Wiedersehen!"

Die deutschen und englischen Protokolle (Akten II, Dok. 583; DBFP II, No. 1073) wurden nicht ausgetauscht, wie es üblich war, worauf Hitler in Berchtesgaden hinwies, als er die Aushändigung des einseitigen Protokolls von Dr. Schmidt ablehnte.

Daß die Godesberger Verhandlungen nicht den Verlauf genommen haben, den Deutschland und die Welt erwartet hatten, ist die Schuld Chamberlains. Er wollte keinen Frieden, sondern offenkundig durch das Scheitern der Konferenz Hitler eine diplomatische Niederlage bereiten oder ihn durch die tschechische Generalmobilmachung zur Besetzung der Sudetengebiete provozieren. Genau diese Alternative wünschten auch die Verschwörer, um den Staatsstreich in Berlin durchführen zu können. Heute ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß sie sich am 23. September – dem freien Tag Chamberlains – auf dem Petersberg besprachen. Männer wie Weizsäcker, Kordt und Dolmetscher Schmidt konnten ungehindert und ohne daß es besonders auffiel, mit Chamberlain und seinen Begleitern Gespräche führen.

Nach Chamberlains Rückkehr, dem 25. September 1938, veröffentlichte der Prager Rundfunk ein Manifest, in dem erklärt wurde, daß die „tschechische Mobilmachung *mit* Kenntnis, Rat und Zustimmung der britischen und französischen Regierung erfolgt sei". (ADAP I, Dok. 600.) Ribbentrop verlangte von Henderson eine Stellungnahme zu diesen Enthüllungen. Der Botschafter erklärte sofort „offiziell und kategorisch zur Weiterleitung an den Führer, daß beide Behauptungen falsch seien". Chamberlain aber dementierte *niemals* das tschechische Manifest. Die britische Presse schonte den Premierminister, der sich zur entscheidenden Zeit außerhalb seines Landes aufgehalten hatte. Nur Garvin schrieb über

die tschechische Generalmobilmachung vom 23. September 1938 im *Observer*: „Der Verantwortliche dafür ist schuld daran, daß die englische Haltung vor der Geschichte nicht in voller Klarheit dasteht." Chamberlain war der Schuldige, weil er die tschechische Generalmobilmachung persönlich autorisiert hatte.

Zurückgreifend auf Godesberg erklärte Hitler Ende Oktober 1938 Guderian, daß er dort seine englischen Gesprächspartner als unehrlich erkannt habe. Sie wollten „keine aufrichtige Versöhnung". (Guderian: Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951, S. 52f.) Trotz der Konzessionen, die Hitler am Rhein gemacht und obwohl er tschechische Provokationen – Geiselerschießungen und Generalmobilmachung – unbeantwortet gelassen hatte, lehnte das englische Kabinett am 24. September 1938 das deutsche Memorandum ab, weil Hitlers angeblich „neue" Forderungen *unannehmbar* seien. (Hoare: Neun Jahre . . ., S. 285.) Am 25. und 26. September wurden Daladier und Bonnet zwar in London über die Godesberger Ergebnisse unterrichtet, aber falsch! Der Premierminister behauptete nämlich, er wolle Hitler *nochmals* dringend bitten, die Übertragung der sudetendeutschen Gebiete „durch eine internationale Kommission regeln zu lassen. Verweigere er diese dringende Bitte, solle Sir Horace Wilson ihm sagen, daß Frankreich und wir auf der Seite der Tschechoslowakei kämpfen würde." (Duff Cooper: Das läßt sich nicht vergessen, S. 303.) Das war schlicht unwahr, denn Hitler hatte bekanntlich in Godesberg von sich aus vorgeschlagen und bis zum Schluß der Sitzung vom 24. September darauf bestanden, daß die Abstimmung unter der Kontrolle einer internationalen Kommission stattfinden solle, nachdem Chamberlain eine deutsch-tschechische Kommission abgelehnt hatte. So wurde es auch offiziell im deutschen Memorandum unter Punkt 5. festgelegt. Gleichzeitig mit der falschen Unterrichtung der französischen Staatsmänner und des britischen Kabinetts veröffentlichte Chamberlain ein Kommuniqué, in dem darauf hingewiesen wurde, daß England *und* Rußland der französischen Regierung im Kampf um die Tschechoslowakei beistehen würden, obwohl Daladier und Bonnet keinerlei Kriegsbegeisterung gezeigt hatten. Die Russen bezeichneten das Chamberlain-Kommuniqué als eine Fälschung, denn sie seien überhaupt nicht gefragt worden. Dennoch ließ der britische Premierminister am gleichen Tage die englische Flotte mobilisieren und die Kriegspropaganda auf Hochtouren laufen. Damit folgte er dem Rat Erich Kordts, der in Kenntnis der britischen Ohnmacht empfohlen hatte, die „militärische Stärke und finanzielle Macht des Empires stark herauszustellen und, wenn nötig, die deutsche Regierung hart zu

treten". England sollte bluffen, und Chamberlain folgte den Ratschlägen der deutschen Verschwörer.

Am 25. September 1938 fand in London eine wichtige Ministerkonferenz statt: Hier stellte sich Chamberlain die Frage, ob es schon jetzt oder erst später zum Kriegsausbruch und damit zur Beseitigung Hitlers kommen sollte. Dies zeigt, daß Weizsäckers Geheimbotschaft vom 8. September im größeren Kreise diskutiert wurde und daß die führende britische Schicht von dem bevorstehenden Sturz Hitlers unterrichtet worden war. Jetzt erkannte auch Duff Cooper, daß Chamberlain für seine Deutschlandpolitik eine „ganz neue Tatsache einkalkulierte", nämlich die von den Verschwörern dauernd herausgestellte „Unzulänglichkeit" der deutschen militärischen Vorbereitungen und die „tiefe Unzufriedenheit sowie die Verschwörung der deutschen Generale gegen Hitler". (Duff Cooper, S. 314.) Auch den Verbündeten verheimlichte man nichts. So wußte z. B. Gamelin am 16. September von Weizsäckers Angebot, und Washington sowie Paris waren bereits am 26. August über Kleist-Schmenzins Geheiminformation unterrichtet worden. Natürlich kannten auch die maßgebenden Männer in Prag alle deutsch-englischen Geheimverbindungen. Otto Strasser, der Anfang der dreißiger Jahre mit Hitler gebrochen hatte und später ins Exil ging, erfuhr während seines Aufenthaltes in der Schweiz im August 1938 „von höheren deutschen Offizieren die Einzelheiten des Aktionsplanes, unter anderem auch, daß General Hoepner der ‚Leibstandarte SS Adolf Hitler' den Weg von München nach Berlin verlegen sollte". (Rönnefarth, Bd. I, S. 504f.) Hierüber wurde Benesch sofort informiert, und der Außenminister Krofta unterrichtete alle tschechischen Gesandtschaften. Im Besitz dieser Nachrichten hatte Benesch die Generalmobilmachung befohlen und das deutsche Memorandum abgelehnt. Er unterstützte damit Chamberlains Absichten, den Verschwörern den Weg zum Putsch freizugeben.

Am 26. September 1938 nahm Hitler in einer Sportpalast-Rede Stellung zur neuen Lage, die durch die britische und tschechische Ablehnung des deutschen Memorandums entstanden war. Er erwähnte u. a. den französischen Luftfahrtminister Pierre Cot, der am 14. Juli 1938 im *News Chronicle* geschrieben hatte, daß England und Frankreich die Tschechoslowakei brauchten, „weil von diesem Staat aus die deutsche Wirtschaft und die deutsche Industrie am leichtesten mit Bomben zu zerstören sind". (DdP 6/I, S. 340.) Schließlich sagte Hitler über das Godesberger Memorandum, daß es nichts anderes enthalte als die Realisierung dessen, was England und Frankreich bereits am 19. 9. von Benesch „versprochen" worden war:

„Jenes Gebiet, das dem Volke nach deutsch ist und seinem Willen nach zu Deutschland will, kommt zu Deutschland, und zwar nicht erst dann, wenn es Herrn Benesch gelungen sein wird, vielleicht ein oder zwei Millionen Deutsche ausgetrieben zu haben, sondern jetzt und zwar sofort ... Dieses Gebiet wird unter die deutsche Oberhoheit gestellt, weil es im wesentlichen von Deutschen besiedelt ist. Die endgültige Grenzziehung jedoch überlasse ich dann dem Votum der dort befindlichen Volksgenossen selbst! Ich habe also festgelegt, daß in diesem Gebiet dann eine Abstimmung stattfinden soll ... Ich bin nun bereit und war bereit, meinetwegen im ganzen Gebiet abstimmen zu lassen. Allein dagegen wandten sich Herr Benesch und seine Freunde – Chamberlain –. Sie wollten nur in einzelnen Teilen abstimmen lassen. Gut, ich habe hier nachgegeben. Ich war sogar einverstanden, die Abstimmung durch internationale Kontroll-Kommissionen überprüfen zu lassen." (DdP 6, I, S. 344f., Berlin 1939.)

Daladier und Bonnet sowie die englischen Parlamentarier müssen mit Erstaunen erkannt haben, daß sie über die Godesberger Verhandlungen von Chamberlain falsch unterrichtet worden waren, der die Lage so hingestellt hatte, als ob er erst jetzt durch Horace Wilson – der übrigens der Rede im Sportpalast beiwohnte – Hitlers Zustimmung zu einer internationalen Kommission erzwingen müsse. Am Schluß seiner Rede erklärte Hitler: „Wenn sich die Tschechen mit ihren Minderheiten auseinandergesetzt haben, und zwar friedlich und nicht durch Unterdrückung, bin ich am tschechischen Staat nicht mehr interessiert, und das wird ihm garantiert" (a. a. O.). Da aber die Tschechen sich niemals mit ihren Minderheiten friedlich auseinandersetzten, sondern diese im Gegenteil unterdrückten, erklärten sich die Slowaken im März 1939 schließlich für selbständig, und Hacha, Beneschs Nachfolger, suchte den Schutz des Deutschen Reiches.

Obwohl Hitler alle Vorschläge Chamberlains mit Ausnahme der unbefristeten Verschiebung der abzutretenden Gebiete angenommen hatte, intervenierte auch der amerikanische Präsident Roosevelt am selben Tage, dem 26. September 1938, um vor der Welt den Eindruck zu erwecken, als trage Deutschland die Schuld am Mißerfolg der Godesberger Besprechungen. Dies geht aus seinem Brief an den deutschen Kanzler hervor. (Akten II, Dok. 632.) In seiner Antwort verwies Hitler auf den *21. Mai* des Jahres, als Benesch unter dem „völlig aus der Luft gegriffenen Vorwand deutscher Truppenzusammenziehungen zur Mobilisierung seiner Armee geschritten war". Da aber der damalige deutsche Verzicht auf militärische Gegenmaßnahmen, so schrieb Hitler weiter, die Intransigenz der Prager Regierung nur noch verschärft habe, sei er gezwungen gewesen, in Nürnberg zu verkünden, daß die Sudetendeutschen, „wenn sie

von sich aus kein Recht und keine Hilfe finden können, beides vom Deutschen Reich bekommen müßten"! Er beendete seinen Brief an Roosevelt mit den Worten, daß nunmehr die tschechoslowakische Regierung allein entscheiden könne, „ob sie den Frieden oder den Krieg will" (a. a. O.).

Nun sah Chamberlain endgültig ein, daß er Hitler in der Sudetenfrage keine diplomatische Niederlage aufzwingen konnte, und da er niemals für die Tschechoslowakei hatte kämpfen wollen, gab er am Abend des 26. September eine offizielle Erklärung ab und verkündete, daß die England und Frankreich von Benesch gegebenen Zusagen zur Übergabe des Sudetengebietes an das Reich „fair und voll durchgeführt werden". Hierzu verpflichte sich England ausdrücklich. Chamberlain vertraute darauf, daß der „Reichskanzler diesen Vorschlag nicht ablehnt, der im gleichen freundlichen Geist gemacht wird wie der, mit dem ich in Deutschland empfangen wurde". (ADAP II, Dok. 618.) Während Chamberlain, dessen Sprache sich seit Godesberg wesentlich geändert und alle Schärfe verloren hatte, es vermied, die von den deutschen Verschwörern geforderte britische Drohung offiziell auszusprechen, erklärte Halifax zur gleichen Zeit der englischen Presse, daß Großbritannien und Rußland sicherlich zu Frankreich stehen werden, sollte „trotz aller Anstrengungen, die der britische Premierminister gemacht hat, ein deutscher Angriff auf die Tschechoslowakei erfolgen". (Schulthess, Europäischer Geschichts-Kalender Bd. 79/1938, S. 314; DBFP II, No. 1111.) Sir Horace Wilson überbrachte am gleichen Tage dem Kanzler in Berlin einen persönlichen Brief Chamberlains, in dem nicht mehr wie in Godesberg von einem „Ultimatum", sondern von den „Vorschlägen" Hitlers gesprochen wird. Darin wird Hitler gebeten, sofortigen deutsch-tschechischen Verhandlungen zuzustimmen, um den „Weg festzulegen", auf dem das sudetendeutsche Gebiet an das Reich „zu übergeben ist". (ADAP II, Dok. 619, DdP 6/I, S. 348.) Das nämliche hatte Hitler in Godesberg vergeblich vorgeschlagen.

Mündlich mußte Wilson dem Kanzler erklären, daß sich „England verpflichtet fühlen würde, Frankreich Hilfe zu leisten", wenn französische Streitkräfte aktiv in Feindseligkeiten mit Deutschland verwickelt würden. Hitler entgegnete, daß er nicht die Absicht hätte, Frankreich anzugreifen, und daß daher eine französische Einmischung in einen deutsch-tschechischen Konflikt eine Aggression bedeuten würde, die innerhalb weniger Tage einen allgemeinen Krieg auslösen könnte. Und dies nur, „weil die Tschechei sich weigere, ein Memorandum anzunehmen, das nichts weiter enthalte als die Erfüllung bereits von ihr gemachter Zusagen". (ADAP II, Dok.

634.) Abschließend erklärte Hitler, er habe auf jeden Fall seine Vorbereitungen getroffen und nicht umsonst „$4^1/_2$ Milliarden für die Rheinlandbefestigung ausgegeben". Er betonte nochmals, „daß sich England keinen besseren Freund als ihn wünschen könne, in allen seinen Schriften und Reden habe er immer wieder seinem Wunsch nach Freundschaft mit England Ausdruck gegeben" (a. a. O.).

Chamberlains „Zweites Ich", Sir Horace Wilson, wird noch in Berlin in geheimer Mission den Verschwörern erklärt haben, daß auch der zweite für den Sturz Hitlers vorgesehene Termin vom 27. September verschoben werden müsse. Bis zu Wilsons Rückkehr aus Deutschland hielt sich Chamberlain immer noch die beiden Wege offen, entweder den Putschisten im Reich die britische Hilfe zuzusagen oder in eine friedliche Lösung der sudetendeutschen Frage einzuwilligen.

Schon am gleichen Abend wies Chamberlain im Unterhaus darauf hin, daß er nicht wegen einer „kleinen Nation unser gesamtes Empire" in einen Krieg verwickeln könnte. Damit hatte er sich entschlossen, die Tschechoslowakei ihrem Schicksal zu überlassen. Auf Hitlers Antwortbrief vom gleichen Tage, in dem alle Argumente für die Annahme des deutschen Memorandums wiederholt wurden, telegrafierte der britische Premierminister in der Nacht vom 27. auf den 28. September, daß er umgehend nach Berlin kommen wolle, um die „Übergabe-Modalitäten" der sudetendeutschen Gebiete mit Hitler *„und den Vertretern der tschechischen Regierung"* – die er dann niemals empfing – zu besprechen, eventuell auch mit Vertretern Frankreichs und Italiens. (DdP 6/I, S. 853.)

Eine solch jähe Wendung in Chamberlains Haltung konnten die Verschwörer nicht voraussehen, obwohl sie es am 13. September schon einmal erlebt hatten. Ohne dazu autorisiert zu sein, machte Erich Kordt den Wortlaut des Hitler-Chamberlain-Briefwechsels vom 26. und 27. September in seinem Kreise bekannt, und dort zweifelte man nicht daran, daß am 28. September die „lang erwartete Explosion tatsächlich erfolgen würde". Witzlebens „Stoßtrupp" stand bereit, um in die Reichskanzlei einzudringen. (Ritter: Karl Goerdeler und . . ., S. 195f.) Dort hatten Erich Kordt und der stellvertretende Polizeipräsident von Berlin, Graf Fritz von der Schulenburg, „Klopfzeichen" verabredet, um sich zu vergewissern, daß noch keinerlei Vorsichtsmaßnahmen getroffen und die „Wachen nicht verstärkt" worden seien. Niemandem wurde der Eintritt in die Reichskanzlei verwehrt. (Kordt: Nicht aus . . ., S. 270.) Einen Tag vor Hitlers angeblichem Angriffstermin blieb in der Reichskanzlei

alles ruhig, und auch die Verschwörer konnten dort ungehindert ein- und ausgehen. In Deutschland war die allgemeine Mobilmachung noch nicht angeordnet worden. In England erwartete man diese auf Grund der deutschen Geheiminformationen erst für den Nachmittag des 28. September um 14 Uhr. So hatte es Henderson berichtet. Die nationalsozialistische Regierung wäre schon damals in einen Krieg verwickelt worden, hätte Chamberlain im September 1938 den Kriegsausbruch forciert. Da er aber niemals beabsichtigt hatte, der Tschechen wegen zu marschieren, die deutschen Verschwörer indessen ohne englische Unterstützung *nicht* handeln wollten und sich Hitler keine diplomatische Niederlage bereiten ließ, flog der britische Premierminister am 29. September auf eigenen Wunsch zum dritten Mal nach Deutschland.

„Militärischer Staatsstreich und Sturz Hitlers sehr wahrscheinlich"

Am 28. September hatte Creswell vom Foreign Office von einem Freund den neuesten Lagebericht über Deutschland erhalten. Handschriftlich vermerkte er auf dem Foreign-Office-Dokument: „Deutsche Armeekreise unterstützen Anti-Nazi-Einflüsse." Creswell stellt seinen Informanten als Österreicher vor, der vier Jahre in Berlin gelebt und Kontakt zu deutschen Armee- und Beamtenkreisen gehalten habe. Jetzt erwarte er seine Naturalisierung als britischer Bürger. Seit einiger Zeit interessiere er sich dafür, ob „Angehörige des deutschen Generalstabes und der *gemäßigten* Kreise in der deutschen Armee im Falle des Krieges eine Erklärung gegen Hitler abgeben könnten . . . Dann wäre ein militärischer Staatsstreich und der Sturz Hitlers sehr wahrscheinlich." Deshalb stehe er mit den verschiedensten Männern in Deutschland in Verbindung. Er wisse auch von dem kürzlichen Besuch des Herrn v. K. – Kleist-Schmenzin – in England und den anderen vorangegangenen Initiativen. Sein Plan sei, daß

„wir bei dem möglichen Ereignis – Putsch – froh sein würden, wenn der Frieden wiederhergestellt und das Fortbestehen eines starken Deutschlands mit seiner augenblicklichen Armee sichergestellt werde, daß wir die Vorschläge im Hinblick auf die Tschechoslowakei in den englisch-französischen Plan übernehmen und Deutschland Konzessionen in den Kolonial- und Wirtschaftsfragen anbieten würden. Wenn Deutschland zusätzlich eine westafrikanische Kolonie in naher Zukunft versprochen werden könnte, so würde dies der militärischen Nachfolge-Regierung Hitlers das Gefühl ge-

Brothers, and although under thirty he is, I believe, very highly thought of by the Honourable R. H. Brand, and has a great circle of acquaintances in German business, official and financial circles. He was four years in Berlin as a director of a syndicate for stimulating exports by barter arrangements, and in this position came into contact with leading members of important German combines such as Krupps, I. G. Farben etc. He had also numerous friends in German army and civil service circles. He is an Austrian and a relation of the former Financial Under-Secretary in the Vienna Federal Chancery, Dr. Schüller, and is now completing his fifth year before naturalisation as a British subject.

He has for some time been much interested in the possibility of some stand being made by members of the German General Staff and moderate circles in the German Army against Hitler in the event of war, and he has often discussed this question with me. He is in touch with various people in Germany in this connexion, and knew of the recent visit of Herr von K. to this country, and the other initiatives which have been taken.

He came round today to see me and suggest the following plan. He thinks that it is important that before the actual outbreak of war some message should be conveyed to the people concerned in German army circles, to the effect that, in the event of the régime in Germany being overthrown by means of a putsch, and an armistice being asked for, the situation would not be exploited by the Western Powers to impose drastic terms on Germany. He feels that, if a declaration to this effect could be made by the Government immediately after the outbreak of ...

Aus dem Dokument FO 371/21664, C 11614, 28. September 1938

ben, daß sie durch das Abstoppen des Krieges etwas erreichen konnte, was Hitler nicht einmal durch die Entfesselung eines Krieges erhalten hätte.

Das Entscheidende dieses Planes aber ist, daß das schriftliche Kommuniqué *vor* Kriegsausbruch gemacht werde, d. h. sobald der Krieg als unvermeidlich angesehen werden kann. Eine passende Gelegenheit für einen solchen Schritt wäre sofort nach Rückkehr des Premierministers von Godesberg gegeben gewesen, und es scheint möglich, daß ein solcher Zeitpunkt sich sofort nach den Münchner Verhandlungen wiederholen könnte.“ (FO 371/21664, C 11614, 28. 9. 1938.)

Dieses Dokument ist mit handschriftlichen Marginalien von Sir H. Knatshbull-Hugessen, Mallet und Sargent versehen. Darin wird zum Ausdruck gebracht, daß kein britischer Beamter seinen Namen unter das von den Verschwörern verlangte Dokument setzen könnte, *bevor* der Krieg ausgebrochen sei. Aber *nach* Beginn des Konfliktes und *nach* dem erfolgten Putsch würde die britische Zusage, das deutsche Volk gut zu behandeln, „von großer Wirkung sein“. Selbstverständlich konnte Chamberlain auf den von den Verschwörern wiederholt gemachten Vorschlag nicht eingehen, denn er wollte ja den deutsch-tschechischen Krieg *nicht*, sondern ihn verhindern, und deshalb konnte er keine vorzeitige Erklärung zugunsten des Putsches für *nach* Ausbruch des Krieges abgeben. Die deutschen Verschwörer aber glaubten tatsächlich, daß Chamberlain sie nach der Beseitigung Hitlers als Nachfolge-Regierung wohlwollend behandeln und dem deutschen Volk all das geben würde, was er der nationalsozialistischen Regierung versagt hatte.

Das Münchner Abkommen vom 29. September 1938

Nach Chamberlains Angebot, nochmals nach Deutschland zu fliegen, lud Hitler ihn, Daladier und Mussolini zu einer Konferenz nach München ein. Der Premierminister wurde von Sir Horace Wilson und William Strang, dem Leiter der Europa-Abteilung im Foreign Office, begleitet, Daladier von Alexis Lèger, dem Generalsekretär des Französischen Außenministeriums und von Roland de Margerie, der von 1962 bis 1964 Botschafter in Bonn war. Nur Mussolini kam in Begleitung seines Außenministers, Graf Ciano, wie es den damaligen diplomatischen Gepflogenheiten entsprach. Halifax blieb wiederum in London, zweifellos um den unbequemen französischen Außenminister Bonnet von der Konferenz auszuschließen, denn Bonnet wünschte ein „Allgemeines Abkommen“ zwischen den

europäischen Ländern, das sie „vor dem Ruin, dem Chaos und den verhängnisvollen Folgen eines neuen Krieges bewahren sollte". (Bonnet: Vor der..., S. 116.) Ähnliches wünschte auch die deutsche Regierung. Aber wie bekanntlich aus Wilsons Memorandum hervorgeht, waren die Briten nicht bereit, auf „praktische" Überlegungen mit den Deutschen einzugehen. Auch in Godesberg vermied Chamberlain jede Planung für eine fernere Zukunft und konzentrierte sich auf die Verhinderung eines Plebiszits im Sudetenland und auf die Hervorrufung eines ernsten Zwischenfalls durch die von ihm autorisierte tschechische Generalmobilmachung. (DBFP II, No. 897, No. 1049 u. 1052.)

Schon vor dem Zusammentreffen in München wurde gegen Ribbentrop intrigiert und ihm unterstellt, einen „eigenen Plan unterbreiten" zu wollen, der über Hitlers Vorschläge hinausginge. (Henderson: Failure ..., p. 167.) Während der Vorbereitungen war man bestrebt, nicht Hitler, sondern Mussolini die Friedenspläne zu überreichen. Deshalb hatten sich nach Aussagen des Dolmetschers Schmidt schon in Berlin Göring, Neurath und der italienische Botschafter Attolico zusammengesetzt, um unter „stillschweigender Ausschaltung Ribbentrops" deutsche Verhandlungsvorschläge auszuarbeiten, die Mussolini als seine eigenen in München vorlegen sollte. (*Süddeutsche Zeitung* 23. Oktober 1963.) Ähnliches sagte Erich Kordt am 4. Juni 1948 vor dem Militärgerichtshof aus, Weizsäcker habe vor der Münchner Konferenz „Neurath und Göring gerufen und mit diesen zusammen eine kurze Notiz ausgearbeitet". Göring hat dann diesen Entwurf Hitler vorgelegt, der ihn kurz ansah und sagte, „daß ihm das vielleicht genehm wäre". Kordt ließ den Entwurf durch den Dolmetscher Schmidt ins Französische übersetzen, Weizsäcker gab das Schriftstück Attolico, der es noch vor der Konferenz an Mussolini weiterreichte. Als dann Mussolini den deutschen Entwurf „zur großen Überraschung Ribbentrops und der anderen Anwesenden als seinen eigenen Vorschlag vorlegte", der angenommen wurde, ist nach den Worten Kordts „die ganze Münchner Konferenz auf der Grundlage" eines angeblichen Vorschlags des italienischen Regierungschefs geführt worden. (ADAP I, Anm. 1 zu Dok. 670.) In Wirklichkeit wurden die sogenannten „italienischen Vorschläge" weder von Weizsäcker, Neurath und Göring, sondern im Auswärtigen Amt ausgearbeitet. Sie sind ein Teil des ersten Entwurfs zum „Programm für die Münchner Zusammenkunft". (ADAP II, Dok. 669.) Da dieser Entwurf noch die Überschrift „Deutsche Forderungen" trägt, Hitler aber in Godesberg auf Chamberlains Wunsch hin diesen Titel in „Deutsche Vorschläge" abgeändert hat,

ist die überholte Bezeichnung wahrscheinlich der einzige Beitrag des deutschen Staatssekretärs.

„Gewalt mit Gewalt beantworten"

Bis zum letzten Tag vor der Münchner Konferenz wurde die britische Regierung mit Nachrichten aus dem Verschwörerkreis überschüttet. Noch am 29. September 1938 verfaßte Vansittart ein Memorandum über Mitteilungen, die Oberst Christie von einem deutschen Freund erhalten hatte. In diesen wird die Lage in Deutschland folgendermaßen geschildert:

„Um Mitternacht wurde die Mobilmachung der britischen Flotte in Berlin bekannt und verursachte großen Schrecken ... Seitdem traten Hitler & Co. ihren Rückzug an. So sehr sie auch bluffen mögen, so sind sie doch zum Nachgeben bereit. Die öffentliche Meinung gegen Hitler und die Nazis hat sich in den letzten paar Tagen trotz der Ignoranz des deutschen Volkes gegenüber Ereignissen im Ausland außerordentlich verstärkt. Hitlers Rede im Sportpalast hat ihm sehr geschadet. Ich bitte Sie, in allen Punkten fest zu bleiben. Fahren Sie mit Ihren Radiosendungen in Deutschland fort, schicklich und fest, indem Sie die britischen Bedingungen und die Garantien für die Sudetendeutschen bekanntgeben und betonen, daß jetzt nur die Zeitbegrenzung der einzige Vorwand für den Krieg ist. Luxemburg und Straßburg haben großartig gearbeitet, aber der britische Rundfunk muß die englische Mobilmachung stark betonen." (FO 371/21664, C 11164, 29. 9. 1938.)

Diese innerdeutsche Lage sei von einem bekannten deutschen Industriellen bestätigt worden, der behauptete, „Hunderte von Deutschen würden sich gegenseitig sagen, wir würden lieber für die Briten kämpfen, als für diese Nazi-Schweine". Auch dieser deutsche Industrielle verlangte die Herausstellung britischer Stärke und erklärte: „Geben Sie nicht nach und Hitler keinen Sieg, nachdem Sie ihm während der letzten 48 Stunden so erfolgreich geschadet haben." Und in der Nacht zuvor hatte auch Goerdeler telefonisch verlangt:

„Geben Sie keinen Fußbreit nach. Hitler ist in einer sehr schwierigen Lage. Sorgen Sie dafür, die Verantwortung für irgendwelche Gewaltanwendung auf seine Schultern zu schieben ... Hitler mag morgen nachgiebiger sein. Wenn nicht, so sage ich dennoch, halten Sie Ihre Position. Lassen Sie sich nicht erschrecken. Wenn jene verantwortlichen Freunde innerhalb Deutschlands ihn nicht zu Fall bringen können, bevor er den Krieg beginnt, so wird er sich nicht länger als zwei Wochen halten können." Gefragt, ob nicht ein anfänglicher Erfolg im Felde alles ändern könnte, antwortete Goerdeler: „Nein, nicht einmal dann."

Gefragt nach unseren Rundfunksendungen erwiderte Goerdeler: „Ausgezeichnet! Fahren Sie mit Volldampf in Ihrer Festigkeit fort, aber in einer milden Sprache. Erzählen Sie von Roosevelt, von Chamberlains Bemühungen und Vorschlägen, aber auch von der britischen und französischen Mobilmachung und erklären Sie, *Gewalt mit Gewalt zu beantworten.*" (FO 371/21664.)

Die von den deutschen Verschwörern geforderte allgemeine Konferenz und Waffenbegrenzung wollte Chamberlain nicht, aber er akzeptierte die Formulierung „Gewalt mit Gewalt zu beantworten". Sie war kein englischer Geistesblitz, sondern stammte aus dem Soufleurkasten des deutschen Verräters Goerdeler. Schließlich telegrafierte Halifax am Tage der Konferenz der britischen Delegation in München:

„Informationen erreichten mich heute abend um 21 Uhr 30 von den *gemäßigten* Kreisen in Deutschland, daß die feste Haltung der britischen Regierung, hauptsächlich die Mobilisation der Flotte, während der letzten Tage eine außerordentlich wirkungsvolle war. Denn diese wurde in weiten Kreisen Deutschlands durch den Rundfunk in deutscher Sprache von England, Luxemburg und Straßburg aus bekannt." (FO 371/21664, 29. 9. 1938.)

Die „gemäßigten" Deutschen, d. h. die Verschwörer, verlangten während der sogenannten Friedenskonferenz, daß England gegenüber Deutschland fest bleibe und gleichzeitig die Stärke des Empires und die Freundschaft Amerikas herausstelle. Chamberlain sollte bluffen und vorgeben, zu einem von Hitler gewünschten Krieg bereit zu sein. Dies würde die Verschwörer berechtigen, ein Attentat auf Hitler zu riskieren – so glaubten sie.

Chamberlains Englisch-Deutsche Erklärung

All diese Appelle aus dem deutschen Verschwörerkreis haben Chamberlain wahrscheinlich veranlaßt, noch in der Nacht nach der Münchner Konferenz Neurath zu bitten, „ihm für den nächsten Tag eine Besprechung mit dem Führer allein, ohne Ribbentrop, zu vermitteln, da er noch einen Vorschlag machen möchte". Neurath, damals Präsident des Geheimen Staatsrates, erklärte dazu in Nürnberg: „Der Führer wollte dies zunächst nicht, ich überredete ihn aber schließlich doch dazu." (IMT XVI, S. 708.)

Die „Englisch-Deutsche Erklärung" hat den folgenden Wortlaut:

30. September 1938

„Wir, der deutsche Führer und Kanzler und der britische Premierminister, hatten heute eine weitere Zusammenkunft und sind uns in der Erkenntnis einig, daß die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung für beide Länder und für Europa ist.

Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.

Wir sind entschlossen, daß die Methode der Konsultation die Methode sein soll, nach der jedmögliche andere Fragen, die unsere beiden Länder betreffen könnten, zu behandeln sind, und wir sind entschlossen, uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen."

ADOLF HITLER
NEVILLE CHAMBERLAIN

Der Originaltext dieser Erklärung ist in Englisch und trägt keine Überschrift. Das Datum ist in der Handschrift Chamberlains. (ADAP II, Dok. 676.)

Nach Aussage von Laurence Thompson (Der größte Verrat, p. 252) hat Chamberlain am Morgen des 30. September 1938 diese Erklärung von William Strang formulieren lassen und nur wenig daran geändert. Von dieser letzten Münchner Besprechung war Ribbentrop auf Wunsch Chamberlains ausgeschlossen worden, so daß Hitler nur auf den Dolmetscher Schmidt und dessen Übersetzung angewiesen war. Ohne diplomatischen Schutz – Bismarck über Wilhelm I. nach Benedettis Besuch in Ems 1870 – unterzeichnete der Kanzler das von Chamberlain mitgebrachte Schriftstück – geschrieben auf Foreign-Office-Papier – da er darin die Bestätigung des englischen Friedenswillen zu sehen glaubte. In Wirklichkeit wollte sich Chamberlain nur ein weiteres „Friedens-Alibi" verschaffen, wovor Ribbentrop schon nach der sogenannten Friedensreise von Halifax im November 1937 im A 5522 gewarnt hatte.

Sehr bemerkenswert ist der Kommentar von Alexander Frederick Douglas Home (später Sir Douglas-Home), der als Parlamentarischer Staatssekretär des Premierministers mit nach München reiste. Seinem Biographen Kenneth Young machte er aufschlußreiche Erklärungen über den Hintergrund der Münchner Konferenz und der Chamberlain-Hitler-Erklärung vom 30. September 1938:

„Ein Übereinkommen wurde unterzeichnet . . . Aber das war nicht das Ende. Chamberlain wünschte eine separate englisch-deutsche Erklärung über ihre gegenseitigen friedlichen Absichten. Douglas Home nennt das

einen einkalkulierten Teil der Taktik des Premierministers. Er erinnert sich an Chamberlain am Frühstückstisch am nächsten Morgen, dem 30. September. Er hatte ein Schriftstück verfaßt in der Erwartung, Hitler noch einmal zu sehen, bevor er München verlasse. Chamberlain nahm das Schriftstück mit in Hitlers Wohnung, und Hitler unterschrieb es mit mißtrauischer Bereitwilligkeit. Douglas weiß, daß Chamberlain einfach ein Abkommen erreichen wollte, das, gleichgültig ob Hitler es einhalte oder nicht, ein durchschlagender Erfolg (bull point) in den Vereinigten Staaten und im Hinblick auf die allgemeine öffentliche Meinung sein würde. Sollte Hitler das Abkommen brechen, so würde das der ganzen Welt widerspruchslos zeigen, daß er vollkommen unzuverlässig ist, und dann bliebe nichts übrig als der Krieg. ‚Im Grunde war der Fetzen Papier nur Schönfärberei' (window dressing), sagte Chamberlain zu Douglas, ‚aber ich werde für ihn die größtmögliche Propaganda machen' (maximum publicity). Der Premierminister setzte kein Vertrauen in Hitlers Unterschrift, er hatte lediglich einen taktischen Vorteil gewonnen. Aber zurück in England ließ Chamberlains Berechnung ihn im Stich (p. 54). Als in Downingstreet riesige Menschenmassen jubelten und schrien, drängte ihn seine Umgebung, sich am Fenster von No. 10 zu zeigen und etwas über den Frieden in unserer Zeit zu sagen. Er weigerte sich. Aber dann, mehr um die Menge zu zerstreuen, war er plötzlich auf dem Balkon und hörte sich die folgenden Worte sagen: Dies ist das zweite Mal in unserer Geschichte, daß der Frieden zusammen mit der Ehre aus Deutschland in die Downingstreet zurückgekehrt ist. Ich glaube, es ist der Friede in unserer Zeit. Douglas weiß, daß Chamberlain seine Worte bitterlich bedauerte, weil sie vollkommen charakterlos waren. Eine Woche später bat er das Unterhaus, diesen Worten nicht zuviel Bedeutung beizumessen, Worte, die in einem Augenblick der Erregung gesprochen wurden nach einem langen und anstrengenden Tag.

Die Tinte auf dem Münchner Abkommen war kaum trocken, der Applaus war kaum verklungen, als Douglas' Dienste für seinen Chef einer noch stärkeren Belastung ausgesetzt wurden. Während Chamberlain seine Popularität als Friedensstifter im Lande behielt – obwohl sie abnahm, als Hitlers Aggression kühner wurde – wurde er im Parlament mit dem Haß der Opposition konfrontiert und auch von einigen 30–40 britischen Konservativen. Die Führer dieser abgesplitterten Partei – Party cave – waren Churchill, Eden, Cranborne der spätere Lord Salisbury, L. S. Amery und Duff Cooper, der als Erster Lord der Admiralität nach dem Münchner Abkommen seinen Abschied genommen hatte. (Kenneth Young, Sir Alec Douglas Home, London 1970, p. 53f.)

Duff Cooper nahm Chamberlains Friedenserklärung zum Anlaß seines Rücktritts, da sie bedeutete, daß England nie wieder Krieg mit Deutschland führen würde. Drei Tage später beruhigte ihn der Premierminister und kennzeichnete den englisch-deutschen Wunsch, niemals wieder gegeneinander zu kämpfen, lediglich als eine „Meinung", die er während eines ganz „unverbindlichen" Gesprächs geäußert hatte. Fünf Tage nach der Konferenz erklärte er am 5. Oktober im Unterhaus: „Ich habe nie daran gedacht, den Frieden durch Abrüstung retten zu wollen." (Hoare, S. 294.) Er drängte sogar die Franzosen, die 40-Stunden-Woche aufzugeben, weil damit die französische Aufrüstung nicht forciert werden könne. Feiling nennt Chamberlains leidenschaftlich betriebene Aufrüstung und sein gleichzeitiges Verhandeln mit Deutschland die „Double-Policy" des Premierministers, die ihm über die Klippen des „schrecklichen Jahres 1938" hinweghelfen sollte. In Wirklichkeit jedoch bestand Chamberlains Doppelpolitik darin, auf der einen Seite offizielle Verhandlungen *mit* der Reichsregierung zu führen und auf der anderen Geheimverbindungen mit dem deutschen Verschwörerkreis *gegen* die Reichsregierung aufrechtzuerhalten.

Chamberlains München war nichts als eines der „taktischen Zwischenspiele der Verständigung", die Ribbentrop bereits in den „Schlußfolgerungen" vom 2. 1. 1938 Hitler als Wahrscheinlichkeit vor Augen geführt hatte. Laut Gerhard Ritters Formulierungen haben die deutschen Verschwörer „tausend Fäden – dünne Zwirnsfäden" gesponnen, die Hitler „in ein Netz verstricken sollten". (Ritter, S. 200.) Ribbentrop durchschaute schon um die Jahreswende 1937/38 die zukünftige britische Politik und deren Absicht, Deutschland eines Tages niederzuringen. Nur eines konnte er nicht erkennen, nämlich daß Chamberlain unterstützt wurde von deutschen Männern in hohen offiziellen Stellungen, die Hitlers Beseitigung anstrebten, auch auf Kosten einer schweren deutschen Niederlage. (Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, 1. Ausgabe. S. 38.)

Nicht die Entschlüsse der Reichsregierung, die als Zielsetzung in Godesberg und in München die gleichen waren, sondern den geeigneten Zeitpunkt abzuwarten, um Hitler vor der Welt als „vollkommen unzuverlässig" zu brandmarken, war für das Denken und Handeln Chamberlains maßgebend geworden (Sir Douglas Home). Henderson bat nach der Münchner Konferenz um seine Versetzung und empfahl, daß die „Deutschen selbst Hitler loswerden sollten und England sich nicht weiter in innerdeutsche Angelegenheiten einmischen dürfe". (DBFP II, p. 615.) Im Gegensatz zu François-Poncet, dessen Wunsch erfüllt wurde, nach Rom versetzt zu werden, durfte Henderson seinen Berliner Posten nicht aufgeben und bekennt, daß er nach seinem Urlaub vom Oktober 1938 bis Frühjahr 1939 „niemals nach Berlin zurückgekehrt wäre, wenn er ein *frei handelnder* Mann gewesen wäre". (Henderson, Failure . . ., p. 171.)

Für die deutschen Verräter war die Beseitigung der Reichsregierung zu einer Frage auf Leben und Tod geworden, hatten sie sich

doch in die Hand der britischen Regierung begeben. Kleist-Schmenzin sagte in London, er habe seine Reise dorthin mit dem „Strick um den Hals angetreten". Vansittart und Churchill fixierten in ihren Memoranden für Chamberlain die Tatsache des beabsichtigten deutschen „Putsches" schriftlich, und Henderson berichtete vom Nürnberger Parteitag ganz offen über den „Verrat" im Auswärtigen Amt. Stevenson schrieb von Bern aus über Weizsäckers „doppeltes Spiel von äußerster Gefährlichkeit", und Colvin deckte auf, daß die Geheimbotschaft des deutschen Staatssekretärs vom 7. September an Halifax „eine Situation in Downingstreet 10 hervorgerufen hat, die die Einberufung des gesamten Kabinetts erforderlich machte". (DBFP II, p. 686–p. 690, Colvin, Vansittart . . . p. 237.) Angesichts dieser Tatsachen, die den direkten und sofortigen Einfluß der deutschen Geheimberichte auf die britische Politik beweisen, erscheint es unbegreiflich, daß Historiker und Biographen heute noch die Verantwortung der Verräter am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ignorieren oder sogar erklären, die britische Regierung habe sich wenig um die Mitteilungen ihrer deutschen Agenten gekümmert.

François-Poncet: Verbrecherische Torheit, sich auf Feinde des Regimes zu verlassen!

Im Herbst 1938 schloß François-Poncet seine diplomatische Mission in Berlin ab, um den Botschafterposten in Rom anzutreten. Am 28. Oktober verließ er Berlin und reiste am 6. November von Paris nach Rom weiter. In diesen Tagen frühstückte er mit seiner Frau in der Britischen Botschaft und war Gast von Sir Eric Phipps, dem Schwager Vansittarts. Dieser berichtete Halifax, was ihm François-Poncet über die Geschehnisse der letzten Zeit erzählt hatte:

„Hitler habe sich sofort nach dem *21. Mai* entschlossen, diese Beleidigung auszumerzen, wenn nötig mit Waffengewalt. Anfang Juni wurde dies François-Poncet von hohen deutschen Offizieren bestätigt mit der Erklärung, daß gewaltige Anstrengungen gemacht würden, um die deutsche Westfront so stark wie möglich zu machen in der Absicht, die Tschechoslowakei im September anzugreifen. Er informierte die französische Regierung laufend über diese deutschen Aktivitäten und Absichten. Dies macht die französische Starrheit während des ganzen August um so merkwürdiger und tatsächlich mysteriös. Am Morgen des 27. September, als der Krieg fast unvermeidlich schien, bat François-Poncet um eine sofortige Besprechung mit Hitler. Aber die wertvollen Minuten vergingen, und es kam keine Antwort von der Reichskanzlei. Er schickte dann seinen Militärattaché zum

deutschen Generalstab, um diesen über den Inhalt der Mitteilung für den Führer in Kenntnis zu setzen und hinzuzufügen, daß tatsächlich ungefähr 90% der Godesberger Forderungen bewilligt würden . . . Nach einigen Stunden hörte François-Poncet schließlich, daß Hitler ihn um 11 Uhr 30 empfangen werde . . . Göring und Neurath verließen Hitlers Zimmer, als François-Poncet eintrat . . .

Während der Besprechung war nur Ribbentrop anwesend, aggressiver und unangenehmer denn je. Hitler begann zu schreien und zu predigen. Ribbentrop, weit davon entfernt, ihn zu beruhigen, schien ihn aufreizen zu wollen. François-Poncet brachte eine Karte mit, auf der in bunten Farben die enormen Konzessionen eingezeichnet waren, die Deutschland gemacht werden sollten . . . Plötzlich wurde Hitler in ein anderes Zimmer ans Telefon gerufen. Allein mit Ribbentrop attackierte ihn François-Poncet und sagte, welche furchtbare Verantwortung auf seinen Schultern ruhe. Nach einer Viertelstunde kehrte Hitler zurück und sagte ruhig, Mussolini habe ihn angerufen und ein Aufschub – der Mobilmachung – von 24 Stunden sei verabredet worden. Auf seinem Weg sah François-Poncet einen gedeckten Tisch für 40 Personen. Der war für die Offiziere, mit denen der Führer sprechen wollte, bevor sie sich an die tschechische Front begeben würden. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit sagte mir François-Poncet, daß er während des ganzen August und des halben September fortlaufend Nachrichten von Abgesandten der Armee und sogar von Offizieren erhalten habe, die Frankreich drängten, *fest* und *unnachgiebig* zu bleiben, und dabei erklärten, daß im Kriegsfall das Nazi-Regime *kollabieren* werde. Über diese Nachrichten hat François-Poncet seine Regierung niemals informiert. Er hatte das Gefühl, daß deren Quelle sie verdächtig mache und die Kriegstreiber in Frankreich und von Benesch & Co. stärken könnten. Er gab aber zu, daß seine Unterlassungen ‚sein Gewissen bedrückten'. Trotzdem versicherte er mir ernsthaft, daß er immer wieder so handeln würde, weil er davon überzeugt sei, *daß es eine verbrecherische Torheit* gewesen wäre, den Mitteilungen von Feinden des Regimes eine ungebührliche Wichtigkeit beizumessen.

François-Poncet scheint zu glauben, daß er und Henderson im Falle eines Krieges von Hitler als Geiseln zurückbehalten worden wären . . . Beim Abschied in Berchtesgaden haben der Führer und er völlig freimütig gesprochen und sogar zusammen gescherzt. François-Poncet bemerkte, daß Hitler ihn nicht loswerden würde, da er ‚in der Achse' bliebe, worüber Hitler herzlich gelacht habe . . . François-Poncet glaubt, daß Hitler wirklich eine allgemeine Regelung wünscht. Der Kanzler scheint hinter dem Vorhang gestanden zu haben, als Truppen durch die Wilhelmstraße an einem jener schicksalsvollen Tage Ende September marschierten. Er erwartete, daß riesige Mengen sein Erscheinen fordern würden – ‚Wir wollen unseren Führer', aber keine Rufe erfolgten, nur ein steinernes Schweigen. So wird er jetzt erkennen, daß sein Volk den Frieden will. Laßt uns deshalb handeln, solange dieses Eisen heiß ist . . . Er ist nicht für Angebote von Kolonien.

Nach dem Blutbad vom Juni 1934 wurde François-Poncet von Hitler

öffentlich im Reichstag beschuldigt, *mit Schleicher und Röhm intrigiert zu haben* ... Jetzt hat er Berlin verlassen, geehrt und respektiert und ich glaube wirklich mit Zuneigung ... Ich fürchte, François-Poncet wird zuerst einen sehr schweren Stand haben, und ich hoffe, daß Sie Perth instruieren, ihm auf jedmögliche Art zu helfen, sobald er in Rom eintrifft. Er ist kein ‚Grand Seigneur', aber ein sehr anständiger und ehrenhafter Mann. Seine Zunge kann sehr scharf sein, und er kann keinen ‚Witz' unterdrücken, selbst auf das Risiko hin, sich einen Feind zu machen ... Er ist mit ganzem Herzen für die englisch-französische Zusammenarbeit. Gez. Eric Phipps." (FO 800/311, 31. 10. 1938, Privat und sehr vertraulich.)

François-Poncet wurde aufgrund seiner Intelligenz und seines Witzes von Hitler sehr geschätzt, so daß die genannten Beschuldigungen ohne Konsequenzen blieben.

Genau wie Henderson war auch François-Poncet von den deutschen Verschwörerkreisen gedrängt worden, Frankreich solle in der sudetendeutschen Frage fest und unnachgiebig bleiben, weil dann im Kriegsfalle das Nazi-Regime zusammenbrechen werde. Er aber gab diese Geheimnachrichten nicht an seine Regierung weiter, denn er hielt es für geradezu kriminell, solchen Mitteilungen von Feinden des Regimes irgendwelche Wichtigkeit beizumessen. Chamberlain dagegen befolgte in seiner ganzen Deutschlandpolitik die Empfehlungen des Verschwörerkreises.

Geheimmeldungen der Verschwörer für das britische Kabinett

Der Premierminister als Friedensfürst

Schon drei Tage nach München verkündete Chamberlain im Unterhaus die Aufrüstung um jeden Preis. In England wurde die Kriegspsychose weiter geschürt, während in Deutschland alles ruhig blieb. Aus den deutschen Großstädten berichteten die englischen Generalkonsuln, daß alle Deutschen dem britischen Premierminister dankten, „den Krieg verhindert zu haben". Im gleichen Maße wie Chamberlain nach München im Reich als Friedensstifter gelobt wurde, wurde die nationalsozialistische Regierung verleumdet. (Bericht des Generalkonsuls L. M. Robinson in München; FO 371/21665, 10./11. Okt. 1938.)

Der deutschen Widerstandsbewegung erschienen Chamberlains Besuche in Deutschland und das Münchner Abkommen als eine Niederlage. Alle geheimen militärischen Vorbereitungen für Hitlers Sturz waren umsonst und mußten so unauffällig wie möglich wieder abgebaut werden. Dafür setzten bereits im Oktober 1938 die Verschwörer ihre Kuriere nach London wieder in Marsch, um die Chamberlain-Regierung weiter in ihrem Sinne zu unterrichten und zu beeinflussen. Sie malten ein völlig falsches Bild über die Stimmung in Deutschland. Nur eine kleine verärgerte Anti-Nazi-Schicht beeinflußte diese Berichterstattung. Man liest z. B.: „Die Partei ist ein Haufen von Ignoranten und Hitler selbst ein Irrer". In den deutschen Rundfunknachrichten „werde ein großer Teil der Wahrheit unterdrückt". „Chamberlain habe die Herzen der Deutschen gewonnen." (FO 371/21665, 10./11. Oktober 1938.) „Die deutsche Armee ist nicht bereit. Im Falle eines Krieges werden österreichische Soldaten desertieren. – In Bayern seien nur 10% der Bevölkerung Nazis." (FO 371/21664, C 11195, 30. 9. 1938.)

Goerdelers Bericht vom 18. 10. 1938 ist im gleichen Sinne verfaßt und zeigt seine große Enttäuschung über das durch Chamberlain verhinderte Attentat. Alles, was er berichtete, ist unwahr. Es bleibt kein Land in Europa, das Hitler nicht erobern wollte. Damit will Goerdeler erreichen, daß die englischen Kriegsvorbereitungen nicht erlahmen. Neurath wird in den Mund gelegt: „Wir werden England beerben wie eine alte Tante" und Ribbentrop soll gesagt haben, daß Chamberlain in München „das Todesurteil des Britischen Empires

unterschrieben habe". Goerdeler fordert, daß die „westlichen Demokratien offen intervenieren oder den Präventivkrieg riskieren". Allerdings gibt er auch zu, daß Hitlers Prestige in der Armee „enorm gestiegen sei". (FO 371/21708, C 12655, 18. 10. 1938.) Dies war die natürliche Folge der Eingliederung des Sudetenlandes in das Reich ohne Krieg, denn der deutsche Generalstab hatte immer die tschechoslowakischen Befestigungen als fast unüberwindbar gefürchtet, weil sie nach französischen Angaben gebaut worden waren. Vansittart schickte diesen Goerdeler-Bericht an Halifax und vermerkte dazu, daß er „glaubwürdig" sei, obwohl solche unsinnigen Passagen darin zu finden sind, daß Hitler in Nürnberg vor seinen Anhängern „einen ungestörten Vormarsch im Osten versprochen habe" und daß „Hitler jetzt einen erbarmungslosen Kurs zur Zerstörung des Empires verfolgen werde". Wenn auch der Goerdeler-Bericht streng vertraulich sei, sollte Halifax ihn einigen „seiner Kollegen weitergeben, weil nichts daraus die Quelle verraten könnte". Zu Vansittarts Kommentar und Goerdelers Bericht schreibt Creswell vom Foreign Office: „Man kann nur schwer glauben, daß Hitler jetzt einen erbarmungslosen Kurs zur Zerstörung des Britischen Empires verfolgen werde. Goerdeler – Vansittarts Informant – ist ein großer Anti-Nazi, und bei solchen Leuten ist der Wunsch sehr oft der Vater des Gedankens." (FO 371/21708, C 12747, 20. 10. 1938.) Creswell empfiehlt handschriftlich, diesen Bericht, der in London als sehr wichtig angesehen wurde, propagandistisch in deutscher Sprache auszuwerten. Sargent, Cadogan und Halifax lasen ihn, und R. L. Speaght stellte in seiner handschriftlichen Marginalie fest: „Wir hören die gleichen Geschichten von allen Seiten. Man ist Chamberlain und *nicht* dem Führer dankbar, den Krieg verhindert zu haben."

Am 14. Oktober 1938 berichtete Redsdale über sein Gespräch mit Dr. Karl Abshagen, einem deutschen Pressevertreter. Danach sei Göring „unbemerkt von Hitler und Ribbentrop am sogenannten *Schwarzen Dienstag* zu einer Konferenz erschienen, wohin er auch Neurath mitnahm". Als ältester Minister habe er erklärt, „daß die Armee keineswegs fähig sei, gegen die Vereinten Mächte zu kämpfen, und daß das deutsche Volk die Politik des Regimes nicht unterstützen werde". Daraufhin sei innerhalb weniger Stunden der Mobilmachungsbefehl zurückgenommen worden. Dann traf der Vorschlag Chamberlains ein, nach Berlin zu fliegen. Dr. Abshagen habe Redsdale schon vorher erzählt, daß eine Panzerdivision durch Berlin gerollt sei, ohne daß die Bevölkerung von ihr Notiz genommen habe. Dies sei eine „furchtbare Erfahrung für den Führer gewesen – wie eine Geisterprozession"! Natürlich war weder Neurath heimlich in Berlin noch ist eine Panzerdivision durch Berlin gerollt. Das waren die üblichen Erfindungen, um Hitlers Ansehen herabzusetzen und ihn als kriegslüstern hinzustellen, dem aber das deutsche Volk nicht mehr folgen werde. Abshagen habe erklärt, daß Chamberlains Ansehen in Deutschland außerordentlich hoch sei und daß er „als die Verkörperung des Friedens betrachtet werde. Abshagen habe geraten, aus diesen Gefühlen Kapital zu schlagen." (FO 371/21665, C 12283, 14. 10. 1938.)

Verhältnismäßig objektiv lautet ein Bericht, den Halifax Anfang November 1938 drucken ließ und den das Parlamentsmitglied W. W. Astor über seine Reise nach Deutschland, dem Sudetenland, der Tschechoslowakei und Frankreich über die innere Lage im Reich gemacht hatte: Alle Deutschen, die er gesprochen habe, bewunderten Chamberlain. Nur die jungen Leute und die Masse der arbeitenden Bevölkerung ständen hinter Hitler, der die Arbeitslosigkeit beseitigt habe, so daß jetzt tatsächlich Mangel an Arbeitern bestehe. Die Preise sind nicht gestiegen, und die Arbeiter werden durch die nationale Arbeitsfront, „Kraft durch Freude" und andere Organisationen sehr begünstigt. Deutschland ist tatsächlich sehr sozialistisch. Für die Arbeiterklasse und die Jugend wird alles getan, wenig für die Bourgeoisie und die Reichen. Die Haltung der Armee ist hervorragend, die Ausrüstung ist ausgezeichnet. Astor würde es für sehr unklug halten, wenn England „einen Präventivkrieg beginnen" oder auch nur mit einem solchen „bluffen" würde, weil es mit einem baldigen Mangel an Rohmaterial in Deutschland gerechnet hätte. Denn die Verarbeitung der Kohle in Öl versorge die Luftwaffe mit Benzin, und aus dem künstlichen Gummi könne man z. B. bessere Reifen machen als aus dem Naturprodukt. Hitler sei der Schlüssel der Lage und habe ein phantastisches „Flair", um die künftigen Entwicklungen vorauszusehen. Astor lehnt Chamberlains Bluff ab und erklärt:

„Wir dürfen nie wieder in die Lage kommen, in der wir drohen oder etwas versprechen, was wir nicht vollständig einhalten können. In einer günstigen Lage müssen wir bereit sein, mit Gewalt zu drohen. Unsere Hoffnung auf Frieden liegt darin, die *gemäßigten* Einflüsse in Deutschland zu ermuntern und zu verstärken. Wir dürfen uns nicht den Anschein geben, als ob wir einfach alles ablehnten. Deshalb ist es wichtig, daß der Premierminister und sein Kabinett viele Reden halten, sich oft auf die englisch-deutsche Freundschaftserklärung vom 30. 9. 1938 als die unerschütterliche Basis für zukünftige Verhandlungen berufen und unsere Bereitschaft erklären, eine Waffenparität einzugehen mit der gleichzeitigen Betonung, daß unsere Wiederaufrüstung nicht der Revanche gelte und daß wir bereit seien, an

einem ausgehandelten Punkt zu stoppen. Dies sollte getan werden, bevor der deutsche Propagandaschlag eingesetzt habe.

Himmler stehe zwischen dem extremen Ribbentrop und dem verständigeren Göring, und den Gerüchten nach solle er sich den Gemäßigten nähern. Am allerwichtigsten seien die britischen Rundfunksendungen in deutscher Sprache. Man sollte entweder stärkere Sender oder das Radio Luxemburg benutzen und in günstigen Stunden regelmäßig senden, um für England eine dauernde Hörerschaft aufzubauen. Zweifellos ist das Prestige des Premierministers auf dem Kontinent enorm. Sein Name ist beinahe gleichbedeutend mit Friede. Die kommunistische Untergrundbewegung in Deutschland ist sehr gering und nicht geeignet, Hitler zu schwächen.

Die sudetendeutsche Bevölkerung ist glücklich über das Ende der tschechischen Herrschaft. Die deutschen Truppen haben sich bewunderswert benommen. Die Deutschen hatten niemals die Absicht, Prag zu bombardieren, solange die Russen nicht deutsche Städte angegriffen hätten. In Berlin war keine Vorsorge gegen Luftangriffe getroffen worden. Keine Gasmasken wurden verteilt, keine Gräben angelegt und niemand kümmerte sich um Unterstände. Prag machte den Eindruck einer normalen Stadt, einer fröhlicheren Stadt als Berlin. Manche haben geglaubt, daß die Tschechen aus Verachtung für die Haltung von Frankreich tatsächlich in die Arme der Deutschen getrieben würden. Das ist nicht der Fall gewesen, aber die Tschechen wissen, daß sie niemals mehr eine strategische Bedeutung in der Flanke Deutschlands haben werden, um noch aktiv an einer antideutschen Kombination teilzunehmen. Während Hitler gesagt habe, daß man nicht zu einer Benesch-Politik zurückkehren könne, so habe er dennoch zum Ausdruck gebracht, daß er sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines rein slawischen Staates mischen werde. Tschechische Beamte sagen, daß die Deutschen sehr vernünftig in den laufenden finanziellen und wirtschaftlichen Verhandlungen gewesen seien. Deutschland habe keine Zoll-Union verlangt. Die Tschechen betrachten die Franzosen mit Verachtung, die UdSSR als eine große Enttäuschung und die Deutschen als einen offenen Feind und einen nicht ungenerösen Sieger. Benesch ist außerordentlich unpopulär. Er wird beschuldigt, die Tschechen während der letzten 20 Jahre auf dem falschen Weg geführt, seine eigenen Taschen gefüllt und sich mit einem schönen Vermögen zurückgezogen zu haben. Es bleibt unwidersprochen, daß die tschechische Verwaltung seit dem Weltkrieg sehr korrupt gewesen ist." (FO 371/21665, C 13771, 9. 22. 11. 1938.)

Auf diesem Dokument bemerkt Creswell handschriftlich: „Radio Luxemburg könnte für Krisenzeiten nützlich sein." Vansittart notiert dazu, daß die Frage des Luxemburger Senders sowohl privat als auch mit den Franzosen in Angriff genommen wird. Außerdem wurde das Dokument von Roberts, Sargent und Cadogan gelesen. Obwohl Astor die Lage in Europa erstaunlich treffend schildert, setzt auch er auf die Einflüsse der „Gemäßigten". Von diesen waren weitere Geheimnachrichten von großer Aktualität eingetroffen, die

auf höchster politischer Ebene diskutiert, ausgelotet und bewertet werden mußten. Halifax rief das COMMITEE OF FOREIGN POLICY – im Anschluß an das Kabinett – kurzfristig für Montag, den 14. November 1938, ein. Außer Chamberlain waren anwesend Sir John Simon, Sir Samuel Hoare, Malcolm MacDonald, Viscount Runciman, Viscount Halifax, Sir Thomas Inscip, Oliver Stanley und Sir Alexander Cadogan. Chamberlain hielt den Vorsitz und erklärte eingangs, daß die Beziehungen zu Deutschland und die jüngsten Ereignisse besprochen werden sollten. Nun hörte die Spitze der britischen Regierung von Halifax die Mitteilungen, die er von „streng vertraulichen Quellen" aus Deutschland erhalten hatte. Er erklärte, daß diese Quellen dieselben seien, die sich im „Juli und August als akkurat und zuverlässig erwiesen hätten". Außerdem seien sie alle in derselben „Richtung" verfaßt. Es handelte sich also um Nachrichten aus den Kreisen um Ludwig Beck, Weizsäcker, Kordt, Koerber, Kleist-Schmenzin, Wiedemann und deren Mittelsmänner. Halifax erklärte einleitend, daß das deutsche Volk nicht Hitler, sondern Chamberlain für den Frieden von München danke, und er hielt auch an der Lüge fest, daß Ribbentrop immer noch überzeugt sei, „England werde niemals den Krieg wagen". Um diese alte Unwahrheit zu hören, war das Komitee zusammengerufen worden. Kein Wunder, daß es seine politische Urteilskraft verlor. Dann verlas Halifax eine Zusammenfassung der zur Diskussion stehenden Berichte:

„Ein Informant, der die Ansichten von Schacht, Wiedemann und General Beck wiedergebe, versichert, daß die Finanzlage Deutschlands . . . jetzt absolut verzweifelt sei. ‚Schacht weiß, daß das Finanzchaos unmittelbar bevorsteht . . .' Ribbentrop drängt Hitler zu weitgespannten Expansionen bis zum Schwarzen Meer, der Türkei und Indien, aber Göring hält ihn zurück . . . Ein früherer deutscher Geschäftsträger in London hat in einem Privatgespräch gesagt, er habe immer die Auffassung verworfen, daß England *dekadent* sei. Jetzt muß ich meine Ansichten völlig ändern. England hat sich als so unvorbereitet gezeigt, daß nur noch übermenschliche Anstrengungen seinerseits beeindrucken und das Empire retten können . . .

Ein enger Freund Hitlers hat gesagt, daß Englands Zusammenbruch nur eine Frage der Zeit sei und durch gemeinsame deutsche und italienische Taktiken beschleunigt werde . . . Hitler selbst habe in einer privaten Unterhaltung gesagt: ‚Wenn ich Chamberlain wäre, würde ich keine Minute versäumen, um mein Land in der drastischsten Weise auf einen *totalen* Krieg vorzubereiten, und dafür würde ich gründlichst Sorge tragen. Wenn die Engländer nicht die allgemeine Dienstpflicht bis zum Frühjahr 1939 eingeführt haben, können sie ihr Empire als verloren betrachten . . .'" (FO 371/21658, C 14396.)

In diesem Bericht Astors wird behauptet, ein Diplomat habe kürzlich von Ribbentrop wichtige politische Mitteilungen erhalten, die sich die britische Regierung zu Herzen nehmen solle. Halifax erklärte dem Komitee mündlich: Das deutsche Volk habe mit Entsetzen erkannt, daß Hitlers Politik es an den Rand des Krieges gebracht habe, und es sei dem Premierminister tief dankbar, daß er den Krieg verhindert und die legitimen Ansprüche Deutschlands durchgesetzt habe. Hitler wolle sein Prestige, das er in München verlor, wiederherstellen und erkläre deshalb Großbritannien zu *dem* Feind des deutschen Volkes. Es sei möglich, daß eine entschlossene Haltung Englands zusammen mit der Herausstellung seiner Stärke die Extremisten in Deutschland „entmutigen und die Gemäßigten ermutigen könnte". Halifax erklärte weiter, „daß er aus den geheimen Nachrichten den Schluß gezogen habe, *keine weiteren englisch-deutschen Unterhaltungen zu führen*". Das war im November 1938. Fast ein Jahr später war für Chamberlain dann die Zeit gekommen, Deutschland die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Die Phantasien des Dr. Goerdeler

In einem Memorandum Goerdelers, das Ashton-Gwatkin von Schairer erhalten hatte und das auch an den König von Belgien, Präsident Roosevelt und Paul Reynaud weitergeleitet worden ist, schlägt Goerdeler das folgende vor:

„Die englische und französische Regierung sollen eine Note an die deutsche Regierung richten, in der sofortige Verhandlungen über die noch offenstehenden Fragen vorgeschlagen werden: Abrüstung, Kolonien, eine wirtschaftliche Regelung, finanzielle Hilfe etc., aber unter der Bedingung, daß die Gewaltpolitik in internen Fragen sofort aufhört, ebenso in den außenpolitischen Angelegenheiten bis zur Beendigung der Verhandlungen. Sollte dieses Angebot und diese Bedingung von Deutschland nicht akzeptiert werden, so sind die diplomatischen Beziehungen abzubrechen.

In diesem Falle garantiert Goerdeler, daß die bestimmte Aktion innerhalb Deutschlands beginnen würde, um eine Regierung einzusetzen, die diese Bedingungen annehmen würde . . . Er selbst werde sich außerhalb Deutschlands begeben, um ein bereits vorbereitetes Buch zu veröffentlichen und von außen die offene Opposition gegen die Nazi-Regierung zu organisieren. Vor allem bittet er darum, daß während dieser kritischen Wochen keine Konzessionen von England oder Frankreich gemacht werden, weil sie lediglich die Position, den Ehrgeiz und die Gewalttätigkeit der Extremisten stärken würden. Er bittet ganz besonders darum, *keine Schritte zu unternehmen*, um die Spanische Frage im Interesse General Francos zu regeln." Gez. Gwatkin (FO 371/21665, C 14809, 22. 11. 1938 – Streng Geheim.)

Die Verschwörer versprechen also die Beseitigung Hitlers und verlangen gleichzeitig, daß Franco gegen die Roten in Spanien keine Unterstützung finde. Nach Goerdeler herrsche in Deutschland eine „Verwirrung sich überschneidender Intrigen". Im folgenden wird ein vorangegangener Goerdeler-Bericht vom 17. 11. 1938 an Dr. Schairer wiedergegeben:

„Die letzten Ereignisse – Kristallnacht – müssen allen die Augen geöffnet haben. Ich verstehe nicht, warum Engländer immer noch Fragen an Goebbels stellen. Alles was er sagt, ist gelogen. Man muß doch erkennen, daß die Zeit des Nihilismus beginnt. Meine Warnungen über Göring waren korrekt. Sollte ich sicher sein, daß die Aktion gestartet wird, so werde ich noch einmal versuchen, mit den Armeeführern zu Rande zu kommen. Aber ich muß sicher sein. Durch Verhandlungen und milde Methoden können die Nazi-Führer nicht mehr geändert werden. Dies ist als sicher anzusehen. Zum zweiten Male ist die Gelegenheit für ein *Ultimatum und für Aktionen* gegeben. England und Frankreich sollten sofort verlangen, daß Repräsentanten geschickt werden, und die deutsche Regierung sollte eine anständige Haltung bis zum Abschluß der Verhandlungen garantieren, sonst Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Dies ist keine interne Frage, sondern es handelt sich um innerpolitische und wirtschaftliche Beziehungen. Der nächste Schlag wird sich gegen die christlichen Kirchen richten und ein weiterer gegen den Kapitalismus. Nur Entschlossenheit kann den Zauber brechen, und dies wird zum Erstaunen aller gelingen. Berichten Sie dies Sir Robert Vansittart. Ich verpfände mein Wort dafür, daß ich recht habe." (FO 371/21665, 17. 11. 1938, Streng geheim.)

Goerdeler verlangt damit ein englisches Ultimatum gegen Deutschland und gibt der britischen Regierung den Tip, die sogenannte Kristallnacht als „interne Frage" Deutschlands abzulehnen und sie als eine *internationale* Angelegenheit auszuwerten. Gut eine Woche nach diesem Brief traf sich Goerdeler mit einem Mr. Young in der Schweiz und schilderte seine Eindrücke über Italien.

„In *Italien* hat Mussolini viel unsinnige Dinge angeordnet . . . Das italienische Volk will keinen Krieg . . . Mussolini wird ein alter Mann . . . Er ist der schlimmste Verbrecher in Spanien. Großbritannien kann nichts tun, um seine Macht über dieses Land zu lockern. Die italienische Armee eignet sich für eine Aufführung von ‚Lohengrin' – aber wenig mehr. Andererseits hat Mussolini eine gut ausgestattete und tüchtige Luftwaffe. Goerdeler fordert, daß wir eine sehr entschlossene Haltung gegen Italien einnehmen, besonders seit der Forderung nach Korsika und Tunis, die so rasch auf die Unterschrift des italienischen Garantiepaktes mit England über den Status quo im Mittelmeer erfolgt ist. Er schlug vor, daß wir unseren Botschafter aus Pro-

test zurückrufen sollten, *weil der Sinn unserer Vereinbarungen gebrochen worden sei.* Danach würden wir erstaunt sein, wie rasch das ganze italienische ‚Kartenhaus' zusammenfallen würde.

Eine scharfe Aktion gegen Mussolini wäre auch für Hitler ein schwerer Schlag. Es würde den Weg ebnen für eine entschlossene britische Politik gegen Hitler, wie es Goerdeler immer empfohlen hatte . . . Wenn die Spitze der britischen Regierung nicht erkennt, daß das Nazi-Regime aus Gangstern besteht, und wenn man nicht glaubt, daß nach dem Erfolg von München diese Gangster entschlossen sind, sich wie ‚Bestien' zu benehmen, dann werden für uns alle furchtbare Dinge passieren . . . Goerdeler nannte den beabsichtigten Besuch vom Chamberlain und Halifax in Rom, der am Anfang des nächsten Jahres stattfinden sollte, höchst inopportun, weil er von den beiden Diktatoren als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden könnte . . . Über das Ergebnis von München erklärte Goerdeler: a) England wird jetzt in der Schweiz, Holland und Belgien mit Verachtung angesehen. b) Die große Veränderung in den Ansichten hochgestellter Deutscher gegenüber England . . . ‚Wissen Sie, Deutschland *hat immer* Großbritannien gefürchtet. Jetzt, nach München, besteht diese Furcht nicht mehr.'" (FO 371/22961, C 938, 4. 12. 1938.)

Zu diesem Bericht über Goerdelers Gespräch in der Schweiz schreibt Sargent:

„Wenn man diesen vergleicht mit Goerdelers kürzlichen konkreten Vorschlägen, so wäre die Schlußfolgerung daraus, daß er von uns verlangt, wir sollten Hitler persönlich alles verweigern, weil er beabsichtige, das Christentum und das Kapital zu zerstören. Dagegen aber sollen wir gleichzeitig bereit sein, all das, worum Hitler bittet, einer zukünftigen deutschen Regierung zu geben, die ihn stürzt, aber nicht deshalb, weil eine zukünftige deutsche Regierung notwendigerweise freundlicher gegenüber Großbritannien eingestellt sein wird – Dr. Goerdeler hat dies nie versprochen –, wir sollen dies tun, weil vom inneren Standpunkt aus es sich gesellschaftlich und politisch um eine konservative Regierung handeln wird, die unter der Kontrolle der Armee stände. Aber welchen Grund haben wir, anzunehmen, daß vom internationalen Standpunkt aus wir und Europa mit einer solchen Regierung besser ständen? Eine offene und fähige Militär-Diktatur könnte sogar noch gefährlicher sein als das Nazi-Regime, das sich mit allen möglichen finanziellen und wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten abmühen muß." (A. a. O. Außer Vansittart haben auch noch Cadogan und Halifax diesen Bericht gelesen und abgezeichnet.)

Der neueste Goerdeler-Plan

Goerdelers Forderung nach einem englischen Ultimatum lehnte Chamberlain ab, weil er noch nicht in der Lage war, „Deutschland

Furcht einzuflößen". Die englische Regierung weigerte sich auch, Goerdelers Vorschlag, die Ausschreitungen vom 9. und 10. November als eine internationale Frage anzusehen und den Juden in Deutschland zu helfen. Deshalb legte der ehemalige Reichspreiskommissar am 4. Dezember seinen neuen außenpolitischen Plan vor. In diesem Programm verlangten die deutschen Verschwörer sehr viel mehr als Hitler, wie wir noch hören werden. Denn bereits am 24. Oktober hatte Ribbentrop mit dem polnischen Botschafter in Berlin, Lipski, ein sehr wichtiges Gespräch. Aber Goerdelers Naivität und Zähigkeit waren nicht zu übertreffen. Mit seinem ersten Programm-Vorschlag war er in London auf Ablehnung gestoßen. Wenige Wochen später, am 4. Dezember 1938, unterbreitete er der englischen Regierung den sogenannten Goerdeler-Plan, den er in neun Punkte gliederte:

„1. England erkennt an, daß der polnische Korridor eine dauernde Quelle der Beunruhigung ist für die gerechtfertigten nationalen Gefühle und Interessen des deutschen Volkes. Es ist daher einverstanden, daß der Korridor liquidiert wird, und garantiert Deutschland jede geeignete Unterstützung in dieser Richtung. Weitere Maßnahmen der Unterstützung sollen von den Interessen Englands abhängen. Aber England wird in keinem Fall Deutschland daran hindern, die geeigneten Maßnahmen für diesen Zweck zu ergreifen.

2. Deutschland erhält ein Kolonialgebiet, wenn möglich ein zusammenhängendes. England wird sich dafür verwenden, daß alle interessierten Parteien sich unverzüglich dafür einsetzen werden, diese Lage herzustellen. Deutschland wird soweit wie möglich an der Auswanderung in Teile des britischen Empires teilhaben, in denen eine Ansiedlung möglich und die passend für Weiße ist.

3. Deutschland erhält ein Darlehen in Gold von vier bis sechs Milliarden Mark, um seine Währung auf dem internationalen Markt sicherzustellen und allmählich die Kontrolle des Import- und Export-Austauschs aufzuheben. Deutschland erhält hierzu eine Obligation. Das Darlehen soll zinslos sein, muß aber in Raten von 2% amortisiert werden. Deutschland kann zu einem früheren Zeitpunkt zurückzahlen. Die Frage der Zusammenarbeit mit der B. I. S. soll später gelöst werden. Die Verpflichtung zur Rückkehr eines freien Geldaustausches wird Deutschland zwingen, das Budget zu balancieren. Dadurch würde einer der gefährlichsten Brennpunkte der Welt verschwinden.

4. Weitere Wiederaufrüstung soll sofort gestoppt werden . . . Sollte die Haltung anderer Mächte, d. h. Japan und Italien, eine weitere Vergrößerung ihres Potentials fordern, so werden England, Frankreich und Deutschland sich darüber verständigen. Diese drei Mächte werden sofort zusammentreffen, um die Abrüstung zu besprechen, so daß sie, wenn möglich, schrittweise erreicht werden kann . . . Es ist das Ziel, die Rüstungen zu

vermindern, soweit die Haltung anderer Mächte dies erlaubt, um die finanzielle Katastrophe abzuwenden sowie das Entstehen von Scheinkrediten zu unterbinden und um die Ersparnisse nützlich anzulegen und dadurch den Lebensstandard zu heben.

5. Deutschland strebt nicht die Hegemonie im Südosten Europas an. Der Handel in diesen Gebieten steht allen Nationen offen. Die Großmächte würden ihren Interessen am besten dienen, wenn sie sich nicht gegenseitig Konkurrenz machen und sich nicht gegenseitig in die Quere kommen würden, um eine industrielle Entwicklung in diesen Ländern aufzubauen . . .

6. Deutschland muß die Entwicklung an seiner Ostgrenze genauestens beobachten. Das ist die Erfahrung der Geschichte. Dies würde der Aufrechterhaltung eines vernünftigen Gleichgewichts der Mächte dienen. Weiterhin sollte die mutmaßlich freundlich eingestellte Restauration einer vernünftigen Ordnung in Rußland im allgemeinen Interesse der oben erwähnten Mächte liegen und auch im Interesse der Vereinigten Staaten.

7. Deutschland garantiert den bestehenden Status quo im Mittelmeer. Deutschland gibt sofort sein ganzes Interesse an der Spanischen Frage auf und unterstützt eine baldige friedliche Regelung.

8. Deutschland wird mitarbeiten bei der völligen und sofortigen Wiederherstellung der Rechte und Position der weißen Rasse in Ostasien. Es ist daher bereit (ähnlich wie im Mittelmeer eine genügend lange Zeit einzuräumen zur Erhaltung des Status quo), gemeinsame militärische Maßnahmen zu ergreifen, wenn England und Frankreich eine wohlwollende Haltung zu der *sofortigen Abtretung des Korridors* einnehmen werden. Polens Zugang zum Meer kann auf andere Weise sichergestellt werden.

9. England, Frankreich und Deutschland sollen sofort einen neuen Völkerbund gründen. Ein neuer Akt der Gründung ist notwendig. Alle Staaten werden eingeladen, ihm beizutreten. Der neue Völkerbund darf keine Befehlsgewalt haben. Er wird lediglich durch die Kraft seiner Ideen wirken und durch vernünftige Behandlung der einzelnen Fälle. Er bereinigt die Gegensätze, er berät, überlegt, aber handelt nur als Vermittler, wenn alle Beteiligten dies verlangen.

Die Zeit für Europa ist gekommen, zusammenzuarbeiten, um Kriege auszuschalten, die nur Schaden anrichten. Die drei oben genannten Mächte werden ihre Zusammenarbeit ganz besonders dazu verwenden, die Aktivitäten der Staatsregierungen auf Politik und Verwaltung zu beschränken, das wirtschaftliche Leben jedoch der stärksten und schöpferischsten Macht überlassen: Dem Willen des einzelnen zum Leben. Die wirtschaftliche Selbstregierung sollte unter Aufsicht des Staates dafür sorgen, daß der Respekt vor der Arbeit erhalten bleibt, vor dem Kapital, vor der Initiative und Leistung und der sozialen Gerechtigkeit." (FO 371/21659, C 15084, 4. 12. 1938, Geheim.)

Zu diesem Goerdeler-Plan schreibt Ashton-Gwatkin, daß nichts darin enthalten sei, „was wir nicht annehmen könnten, und vieles, was uns zum Vorteil gereichen könnte". Er hoffe, daß Goerdeler

C 15084 200
7 DEC 1938

This is a programme of policy submitted to us by Dr.Goerdeler. I translated it myself from the German original.

Dr.Goerdeler is going to Germany today (December 6th) after an absence of some months. He wishes to know by word of mouth from H.M.Consul at Leipzig whether H.M.G. would accept this programme as a basis of their future relations with Germany. He would like to get an answer within the next fortnight - earlier if possible. If the answer is favourable, he would utilise the Christmas holidays to get in touch with the leaders of the German Army, and also with industrial leaders and leaders of religious thought with a view to organising a body of opinion sufficiently strong to swing German policy in the direction indicated.

He must, however, feel assured in advance that in the event of such a change being made, the British Government would immediately be prepared to open negotiations on the basis of this programme.

(Sd.) F.A. Gwatkin
6/12

Aus dem Schreiben Ashton-Gwatkins FO 371/21659, C 15084, 7. Dezember 1938

eine günstige Antwort gegeben werde. Goerdeler sei sicher, „daß die Generale seiner Politik zustimmen würden, *wenn* er sagen könnte, daß die britische Regierung sein Programm akzeptiere". Er sei auch sicher, „daß die neu ernannten Oberkommandierenden der Armee von der gleichen Art sind wie die alten": Halder, der neue Generalstabschef, sei wie Beck ein Freund Goerdelers. „Die Korridorfrage wird herausgestellt, um die Generale zu gewinnen." Sir Robert Vansittart erklärte Ashton-Gwatkin, daß er „mit Entsetzen dessen Unterstützung solcher Ideen gelesen habe. Von unserem Standpunkt sei das nichts als Selbstmord." (FO 371/21659, C 15084.) Auch William Strang nahm in fünf langen, handschriftlich geschriebenen Seiten einen ganz anderen Standpunkt als Ashton-Gwatkin ein:

„Goerdelers Plan ähnelt den vielen anderen, die wir von den sogenannten ‚Gemäßigten' in Deutschland erhalten haben. Grundsätzlich heißt es fast immer: ‚Gebt Deutschland alles zurück, was es durch die Friedensverträge verloren hat – auf territorialem, finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet – und Deutschland wird dann ein guter Europäer werden und seine extremen Nazis hinauswerfen. Wenn Sie dies ablehnen, wird Hitler Sie niederwerfen und wahrscheinlich mit Erfolg.'

Goerdeler verlangt, daß wir den polnischen Korridor *hinter Polens Rükken verkaufen*. Wir sollen die Kolonien neu verteilen, um ein zusammenhängendes Gebiet für Deutschland zu gründen. Wir sollen den Deutschen ein zinsloses Darlehen von einigen Milliarden geben. Einmal zugestanden, sind solche Dinge unwiderruflich. Als Gegenleistung erhalten wir die Rückkehr zum freien Währungsaustausch, den Stopp der Wiederaufrüstung, keinen Hegemonie-Anspruch in Südosteuropa und den Status quo im Mittelmeer.

Der mysteriöse Satz über die ‚wohlwollende Restauration zu einer vernünftigen Ordnung in Rußland' paßt in ‚Mein Kampf'. Wir sollten nichts mit diesem zu tun haben, und es ist nicht an der Zeit, Deutschland solche Konzessionen zu machen . . . Wir sollten eine feste Haltung gegen deutsche Exzesse einnehmen, wir sollten den Besitz anderer Leute in deren Abwesenheit nicht ausliefern, wenn es uns vielleicht auch nicht möglich sein wird, ihn zu retten – Polnischer Korridor –, wir sollten finanziellen und kolonialen Forderungen gegenüber kategorisch nein sagen. Deutschland ist selbst schuld an seinen wirtschaftlichen Sorgen und sollte zu orthodoxem Finanzgebaren zurückkehren . . . Die deutschen extremistischen Herrscher kämpfen gegen die Welt, sie senken den Lebensstandard und verursachen interne Streitigkeiten. Ich bin gar nicht sicher, ob dies nicht über kurz oder lang Deutschland grundsätzlich stärken wird. Wenn dem so ist, sehe ich keinen Gewinn darin, solchen Leuten wie Goerdeler und der Armee zu helfen." Gez. Strang (a. a. O.).

Ähnlich wie Strang schreibt auch Sargent und macht darauf aufmerksam, daß ein früherer Plan von Dr. Goerdeler (in Dok. No. 14809) sehr viel entgegenkommender und realistischer gewesen sei. Außerdem soll der jetzige Plan einer „unbekannten Person" übermittelt werden, die angeblich Druck auf die deutsche Regierung ausüben könnte, und zwar allein durch die Vermittlung Goerdelers, dessen Glaubwürdigkeit nur aus seinen eigenen Zusicherungen besteht. Sargent stellt die Frage:

„Was würde passieren, wenn Goerdeler selbst oder seine Korrespondenz oder seine Vertrauensleute in die Hände der Gestapo fielen und diese würde erkennen, daß das britische Foreign Office mit den unzufriedenen Elementen in Deutschland *gegen* die deutsche Regierung intrigiert? Goerdelers Plan muß in jeder Hinsicht verdammt werden – condemned –". (a. a. O.)

Cadogan ist der gleichen Ansicht wie Strang und Sargent und schreibt am Schluß seiner handschriftlichen Marginalien, „wir sollten nicht das geringste mit diesem Plan zu tun haben" (a. a. O.).

In einer Aufzeichnung für Sir Alexander Cadogan und Sir Orme Sargent schrieb Sir Robert Vansittart über Goerdeler: Er kenne ihn schon seit seinem Besuch im August 1938, als er auch schon auf der Forderung nach Rückgabe des Polnischen Korridors bestanden habe. Goerdeler mag von Zeit zu Zeit Informationen über die innere Lage in Deutschland geben, aber als Vermittler für eine Regelung ist er nicht nur wertlos, sondern geradezu gefährlich! Dann geht Vansittart zu der Behauptung über, München sei nur das Vorspiel für weitere deutsche und italienische Forderungen gewesen – Korsika und Tunis – und behauptet in vollkommener Unlogik, daß London nun mit diesem Goerdeler-Plan „die neuen deutschen Forderungen hätte".

Er warf also die Verschwörer in einen Topf mit der offiziellen deutschen Regierung. Ihm war natürlich bekannt, daß Ribbentrop kurz zuvor, am 24. Oktober 1938, dem polnischen Botschafter Lipski einen ausgewogenen Kompromiß vorgeschlagen hatte mit den folgenden Punkten:

„1. Die Freie Stadt Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück. Danzig sei deutsch – sei immer deutsch gewesen und werde immer deutsch bleiben.

2. Durch den Korridor werde eine exterritoriale, Deutschland gehörende Reichsautobahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt.

3. Polen erhält im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Straße oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen.

4. Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.
5. Die beiden Nationen erkennen ihre gemeinsamen Grenzen an, gegebenenfalls könne man zu einer Garantie der Territorien kommen.
6. Der deutsch-polnische Vertrag wird auf 10 bis 25 Jahre verlängert.
7. Die beiden Länder fügen eine Konsultativklausel in den Vertrag ein." (J. von Ribbentrop, Zwischen . . . S. 155; Akten V, Dok. 81.)

Eine Woche nachdem Goerdeler seinen Plan den Engländern übermittelt hatte, besuchte sein Londoner Vertrauensmann, Dr. Schairer, zusammen mit dem Engländer A. P. Young am 10. Dezember Ashton-Gwatkin, um den Goerdeler-Plan zu besprechen. Kurz zuvor soll der deutsche Kaiser in Doorn ein Interview gegeben haben, in dem er die nationalsozialistische Regierung kritisierte. Schairer glaubte in dieser Tatsache die Hand Goerdelers zu sehen. Es sei der erste Schritt für das folgende Programm:

„Sobald die Generale bereit sind – und dies wird in der Hauptsache davon abhängen, was Goerdeler im Hinblick auf sein Programm von uns hört –, wird der Kaiser an Bord eines deutschen Kriegsschiffes gehen und von dort aus in einer Rundfunksendung die Nation von ihrem Eid ihm gegenüber entbinden (dies ist sehr wichtig im Hinblick auf die Loyalität der Armee), aber sie um ihre Loyalität gegenüber seinem Enkel, Prinz Friedrich, bitten. Die Armee würde dann die Rundfunkstation in Berlin besetzen, auch die Reichsbank, und die Restauration ausrufen sowie die Verfolgung der Führer des Nazi-Regimes. Ungefähr 2000 Führer würden sofort verhaftet, und die Untersuchungen würden die Skandale des Regimes aufdecken und überall bekanntmachen. Es ist deshalb dringend, daß Dr. Goerdeler bis zum 18. Dezember eine günstige Antwort auf seinen Plan erhält. Eine günstige Antwort von England wäre der Wendepunkt für seine Argumente gegenüber den Generalen. Dr. Schairer glaubt, daß die Aktion sofort, vielleicht zwischen dem 18. und 31. Dezember, erfolgen wird.

Sollte Dr. Goerdeler keine günstige Antwort erhalten, so wird er wahrscheinlich Deutschland verlassen und die Opposition vom Ausland aus offen aufbauen, anstatt heimlich innerhalb Deutschlands. Der Führer der Armee wird von Fritsch sein und von Neurath wird von Anfang an dem Komplott angehören – aber *nicht* Schacht. Dr. Goerdeler wird wahrscheinlich Reichskanzler in der neuen Regierung sein". (FO 371/21665, Geheim. 10. 12. 1938. Marginalien von Sargent, Vansittart, Halifax und Cadogan.)

Chamberlain erhielt diesen Bericht von Cadogan am 11. Dezember. Er wollte „nichts damit zu tun haben und stehe Goerdelers Plan sehr skeptisch gegenüber", schreibt Cadogan. Ashton-Gwatkin vermerkt ebenfalls handschriftlich, Vansittart habe in der Zwischenzeit Dr. Schairer gesehen und ihm erklärt, daß es undurchführbar sei, eine „autorisierte Mitteilung an Dr. Goerdeler zu schicken. Es müßte seinem gesunden Menschenverstand überlassen bleiben, dies

seinen Freunden zu erklären." Er warnte davor, daß eine solche Mitteilung in Deutschland bekannt werden könnte. (Cadogan Tagebücher, 10. u. 11. Dezember 1938.)

Auch Botschafter Phipps meldete aus Paris dem Ständigen Unterstaatssekretär Cadogan, daß er von Prof. Gebhardt, dem Arzt Himmlers, gehört habe, man erwarte in Deutschland die „Restauration der Hohenzollern". Er gibt die Meinung von Daniel Nusbaum Heinemann, eines in Brüssel lebenden Freundes des scharf antideutschen Ministerialdirektors im amerikanischen State Department George S. Messersmith, wieder. Danach verlangte Heinemann, der in enger Verbindung mit Schacht stand, daß „niemand Hitler helfen solle, denn wenn die Nazis gestürzt würden, würde sich das Regime von innen heraus auflösen". Er hoffte, daß die Franzosen mit ihren Rundfunksendungen in deutscher Sprache fortfahren, damit das deutsche Volk eine „Ahnung von der Wahrheit bekäme". Um die Engländer zu reizen, behauptete er außerdem, daß die „Nazis nun endgültig England als ihren Hauptfeind betrachteten, den Hitler besiegen wolle". Phipps wußte natürlich, daß das Gegenteil der Fall war, denn Hitler hielt die Sicherstellung des Britischen Empires lebenswichtig für Europa. Er machte sich auch Gedanken über Dr. Schacht, der schon zu seiner Botschafterzeit, also in den Jahren 1936/37 „gewissen Leuten Sachen gesagt habe, wofür man ihn hätte erschießen können. Aber Dr. Schacht sei immer noch nicht erschossen worden." (FO 371/21666, C 16022, 17. 12. 1938.)

Ein ähnliches Memorandum erhielt Ashton-Gwatkin am 23. Dezember 1938 von einem Mr. Hugh Smith, der der Hambros-Bank angehörte: In der Nacht von München, als es klar war, daß es keinen Krieg geben würde, habe man unter den Arbeitern hie und da einen Jubel der Erleichterung gehört. Wir begegneten nirgends einem Unwillen gegen England, sondern überall Freundlichkeit. Englische Zeitungen konnten außer der „News Chronicle" überall verkauft werden, und die oberen Klassen in Deutschland würden mehr und mehr „The Times" lesen. Aber diese Klassen beschwerten sich, daß die englischen Kritiken nicht „den vernünftigen Wunsch des deutschen Volkes respektieren, seine Gesundung und sein Recht als eine anerkannte Nation anzustreben. Von verschiedenen jungen Beamten haben wir nachdrückliche Hinweise erhalten, daß über kurz oder lang eine interne Veränderung erfolgen müsse." Smith' allgemeiner Eindruck von Deutschland unterschied sich auch nicht von den früheren Berichten: Die Nazi-Regierung habe nicht mehr die Masse des Volkes hinter sich. Die britische Presse habe zuwenig Sympathie und zuwenig Verständnis für die deutsche Geschichte und für die

Schwierigkeiten, die der Versailler Vertrag Deutschland aufgebürdet habe. Die wirtschaftliche Lage werde sich noch eine beträchtliche Zeit halten, aber auf Kosten der Nahrungsmittelbeschränkung und der Arbeitsverpflichtung. Goebbels und Ribbentrop seien sehr stark antibritisch, Göring und viele der jungen Nazi-Beamten seien, wenn auch nicht probritisch, sicherlich keine Antagonisten. Die Verbindung zu Italien sei unpopulär. Alle seien erstaunt über den italienischen Anspruch auf Tunis. Niemand habe die Kolonialfrage angeschnitten. Ein katholischer Nazi-Beamter fürchtete die Enteignung aller Kirchenbesitze in Deutschland und Österreich. (FO 371/21666, C 45981, 21. 12. 1938.) – Kirchengüter in Deutschland und Österreich wurden niemals eingezogen.

Kordt: Hitler will London im März bombardieren

Um dem erneuten Goerdeler-Vorstoß in London Nachdruck zu verleihen, schaltete sich Erich Kordt ein. Er teilte Ivone Kirkpatrick die Alarmnachricht zur sofortigen Weiterleitung an die britische Regierung mit, daß Hitler im März 1939 London bombardieren werde. Noch am gleichen Tage eilte Kirkpatrick nach London, um sich sofort mit Chamberlain in Verbindung zu setzen. Der Premierminister berief daraufhin sämtliche Minister zu einer Kabinettsitzung um 10 Uhr morgens des 16. Dezember, da er Kordts Alarmnachricht sehr ernst nahm. Chamberlain empfing außerdem Schacht, der von ihm forderte: „Kein ‚appeasement' mit Hitler."

Aufgrund Kirkpatricks Geheimmeldung traf sich das „Komitee für Empire-Verteidigung" – Comittee of Imperial Defence – zu drei Geheimsitzungen. Darüber notiert Cadogan in seinem Tagebuch: „Wir haben einiges geschafft, und es scheint, daß wir Fortschritte machen, aber manchmal wünschte ich, wir wären ein totalitärer Staat." (Cadogan Tagebücher 15. und 22. Dezember 1938, p. 130f.) In dieser Sitzung wurde beschlossen, die Luftabwehrmaßnahmen und die Vorbereitungen für eine Zivilverteidigung zu verstärken. Sämtlichen britischen militärischen Stellen wurde befohlen, die englischen Kriegspläne innerhalb von drei Monaten, d. h. vor Ende März 1939, in den Bereitschaftszustand zu versetzen. (Sitzung des Komitees für Empire-Verteidigung, Cab. 2/8.) Wieder führten die deutschen Verschwörer die englische Regierung am Gängelband.

Am 3. Januar 1939 schickte der Geschäftsträger der Berliner Britischen Botschaft, George Ogilvie-Forbes, einen Bericht über die Lage in Deutschland zu Beginn des neuen Jahres an Halifax. Ogilvie-Forbes stellt fest, „daß Hitler seinen langgehegten Wunsch fast erreicht habe, die zusammenhängenden, von Deutschen bewohnten Gebiete an Deutschlands Grenzen dem Reich anzugliedern". Diese Formulierung gebrauchte auch Henderson, als er mit seiner Regierung darum kämpfte, daß das Sudetengebiet und die deutsche Stadt Danzig wieder zurückgegeben werden müßten. Über Görings Vier-Jahres-Plan schreibt Ogilvie-Forbes, daß er 1938 die größtmögliche Autarkie sichergestellt habe und sich Deutschland jetzt gegen Angriffe von außen wehren könne. Deshalb werde Deutschland mobilisiert, um für alle Eventualitäten bereit zu sein. Rohstoffe könne Deutschland nur im Osten erhalten, und deshalb gebe es viel Gerüchte über die Ukraine und Rumänien. Hitler hoffe, Frankreich neutralisieren zu können und wenn möglich „Großbritannien durch einen Luftangriff und durch Einschaltung von Unterseebooten zu überwältigen, solange es mit seiner Aufrüstung noch nicht fertig sei". Hitler suche einen Krieg mit Frankreich zu vermeiden und werde deshalb Rom nicht ermutigen, seine Forderungen – Tunis und Korsika – in Paris zu verschärfen.

Ogilvie-Forbes fährt in seinem Bericht fort: „Ich sehe nicht das geringste Anzeichen dafür, daß Göring, obwohl No. 2 im Staate, eine Anti-Hitler-Aktion unternehmen würde, denn auch er ist von größter Loyalität seinem Chef gegenüber." Er erwähnt auch das Gespräch zwischen dem Dominion-Minister MacDonald und dem Verteidigungsminister von Südafrika, Pirow, das am 5. Dezember 1938 stattgefunden hatte. Pirow sei deutscher Abstammung und habe starke separatistische und republikanische Tendenzen gezeigt. Er erhalte vertrauliche Informationen über die „Nazi-Absichten", wie z. B. daß die Deutschen dem kommenden Krieg fatalistisch gegenüberständen. Ogilvie-Forbes beendet seinen Bericht mit einer *Warnung*:

„Ich habe aus verschiedenen Quellen gehört, daß man in höchsten politischen Kreisen Londons immer noch der Ansicht ist, wir hielten im Falle eines Krieges mit Deutschland eine Trumpfkarte in der Hand, die den Ausschlag geben könnte, nämlich die Macht, eine *interne Revolte zu provozieren.* Bei allem Respekt halte ich dies für einen gefährlichen *Irrtum.* Ob und wann Herr Hitler beschließt, daß der Krieg mit England notwendig sei, werden die Deutschen – Extremisten und Gemäßigte – ihm mit ihrer charakteristischen Disziplin wie ein Mann folgen, und die SS wird mit einer angeblichen Opposition sofort und erbarmungslos verfahren. Es wird lange Zeit dauern, und erst nach vielen gegenseitigen Zerstörungen wird die Opposition ihren Kopf erheben. Sie ist *keine* Trumpfkarte, die wir jetzt schon in der Hand halten. Im besten Falle ist es ein Trumpf, der vielleicht einmal stechen wird." (FO 371/22960, C 173, Gez. Ogilvie-Forbes, 3. 1. 1939.)

Dieser Bericht wurde an die britischen Botschaften in Paris, Warschau und Prag geschickt.

Die nüchterne Einschätzung der innerdeutschen Lage fehlte Chamberlain völlig. Im Gegensatz zu Ogilvie-Forbes war der Premierminister „optimistisch, daß das Nazi-Regime zusammenbrechen werde". Diesen Eindruck gewann jedenfalls der schwedische Kronprinz, und Cadogan vertrat die Ansicht, daß „wir in einen Krieg hineinstolpern werden, wenn es zu keiner Revolution in Deutschland kommt". (Cadogan Tagebücher, 2. u. 22. 12. 1938, pp. 127, 132.)

Zu Ogilvie-Forbes' Bericht vermerkt F. K. Roberts: „Es ist eine gefährliche Torheit, die Beziehungen zu Göring & Co. hinter dem Rücken von Ribbentrop & Co. zu pflegen, und es wäre auch Zeitverschwendung, weil Herr Hitler die Politik allein bestimmt." Sir Orme Sargent empfiehlt, den interessanten Bericht von Ogilvie-Forbes in Umlauf zu bringen. Er ist der Ansicht, daß England den Status von Mittel- und Osteuropa nicht garantieren solle, denn seit dem Zusammenbruch der Tschechoslowakei sei Deutschland die beherrschende Macht in diesem Teil Europas geworden:

„Wir können kein Bollwerk aufbauen, um die Expansion Deutschlands zu verhindern. Dies bedeutet natürlich nicht, daß wir unsere wirtschaftlichen Interessen in diesem Teil Europas nicht so weit wie möglich verteidigen. Aber was die rein politischen Probleme betrifft, so müssen wir selbst entscheiden, welchen Kurs wir einschlagen wollen, um die deutsche Hegemonie zu stoppen. Ich fürchte, daß wir höchstens die Türkei und Griechenland von der deutschen Herrschaft ausschließen können. Wenn es auch unklug wäre, den Eindruck zu erwecken, als ob wir hinter Feldmarschall Göring herliefen, so bin ich doch der Ansicht, auf jede Annäherung seinerseits einzugehen" (a. a. O.).

Der Ogilvie-Forbes-Bericht wurde auch von Vansittart, Strang, Cadogan und Halifax gelesen.

Hitler-Beck-Ribbentrop-Gespräche im Januar 1939

Nachdem der polnische Botschafter Lipski am 24. Oktober 1938 die deutschen Vorschläge sehr zurückhaltend entgegengenommen hatte, blieben auch Ribbentrops weitere Bemühungen, eine Regelung zu erreichen, erfolglos. Die polnische Regierung ging auf die deutsche Anregung einer exterritorialen Auto- und Eisenbahn durch den Korridor und Rückgliederung Danzigs in das Reich nicht ein, obwohl den Polen ausdrücklich zugesagt worden war, daß sie im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Straße mit Auto- und

Eisenbahnen und einen Freihafen erhalten sollten. Außenminister Oberst Beck erklärte bereits Ende Dezember 1938, daß „jede Konzession in der Korridor-Frage" den Krieg bedeuten würde, weil dadurch die „Souveränität Polens berührt werde". (DBFP II, No. 437.) Bei dem Gespräch mit dem englischen Botschafter Kennard in Warschau verheimlichte Oberst Beck, daß Deutschland *keinen* Korridor, sondern nur eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn *durch* den Korridor vorgeschlagen hatte. Hätte sich Hitler auf den Standpunkt Becks gestellt, daß exterritoriale Straßen die Souveränität eines Landes verletzten, so hätte er sein obiges Angebot gar nicht machen können, weil dann nach Rückgliederung Danzigs die zugesagten exterritorialen Straßen durch dieses Gebiet auch die Souveränität Deutschlands verletzt hätten.

Am 5. und 6. Januar 1939 war Beck in Deutschland und führte Gespräche mit dem Kanzler und Ribbentrop. Hitler erklärte unter anderem, daß sich in Deutschlands Verhältnis zu Polen „nicht das geringste geändert habe" und daß er an einem starken nationalen Polen das größte Interesse habe, denn das bedeute für Deutschland eine „erhebliche militärische Entlastung" gegenüber den sowjetischen Armeen. Hitler betonte auch, daß er „ausgedehnte Handelsbeziehungen zu Polen anstrebe", und verwies auf den Wiener Schiedsspruch vom 29. Oktober 1938, dem er nur sehr ungern stattgegeben habe. Aber Deutschland hätte nicht tatenlos zusehen können, daß wegen Horthys „Nachforderung" auf größere Teile der Karpato-Ukraine ein Krieg zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn ausgebrochen wäre. In Wien „trat Ciano bekanntlich mit Nachdruck für die ungarischen, Ribbentrop für die tschechoslowakischen Ansprüche ein". (Vertrags-Ploetz, Konferenzen und Verträge, Ausgabe 1959, S. 158.) Hitler zeigte in den Gesprächen mit Beck größtes Verständnis dafür, daß „Polen den Zugang zum Meer benötige", aber erklärte dazu, daß auch für Deutschland die „Notwendigkeit der Verbindung mit Ostpreußen bestehe". Er suche deshalb eine Formel, „nach der Danzig *politisch* zur deutschen Gemeinschaft gelange, *wirtschaftlich* aber bei Polen bleibe". Er wollte den Nichtangriffspakt von 1934 dahin ergänzen, daß nunmehr von deutscher Seite „eine klare *vertraglich festgelegte Grenzgarantie* an Polen gegeben würde". Dies sei nicht ganz einfach für ihn und er werde sicherlich deshalb in Deutschland selbst „ziemlich kritisiert werden". Er versicherte, daß in Danzig kein „fait accompli" geschaffen werde. Die Behauptung, daß exterritoriale Straßen durch den Korridor die Souveränität Polens verletzen würden, stellte Beck in seinen Gesprächen mit Hitler und Ribbentrop *nicht* auf, dies hatte er nur den Engländern gesagt.

Aber er betonte, daß sich „Polen nie in die Abhängigkeit Rußlands begeben würde". (ADAP V, Dok. 119.) Zu diesem Zeitpunkt war Ribbentrop bereits zu einem offiziellen Gegenbesuch nach Warschau eingeladen worden, der dann am 26. Januar 1939 erfolgte. Über dieses bevorstehende Ereignis schreibt Burckhardt als bester Kenner der polnischen Frage:

„Joachim von Ribbentrops Reise nach Warschau ließ bereits einen leider nicht unbeträchtlichen Teil der damaligen westlichen Meinung befürchten, es könnte doch noch eine Einigung über Danzig und das Korridor-Problem zustande kommen." (Burckhardt, a. a. O., S. 326.)

Die Westmächte wünschten also eine Einigung zwischen Deutschland und Polen über die strittigen Fragen *nicht* und fürchteten deshalb Ribbentrops Verhandlungen in Warschau. Auch Roosevelt mischte sich ein und schickte einen Tag vor Ribbentrops Ankunft in Polen seinen bevollmächtigten Botschafter Bullitt nach Paris, um dort durchzusetzen, daß Frankreich sein im Dezember 1938 Ribbentrop gegenüber erklärtes Desinteressement am Osten aufgab. Diese vom französischen Außenminister Bonnet später abgestrittene Absage an seine östlichen Verbündeten wird vom damaligen polnischen Botschafter Lukasiewicz bestätigt. Denn Bonnet hatte ihn über seine Unterredung mit Ribbentrop nach dem 6. Dezember 1938 informiert und „betont, daß er dem deutschen Partner gegenüber die Sinnlosigkeit sowohl des Bündnisses mit uns als auch des Paktes mit Sowjetrußland festgestellt hätte". (Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges I, Berlin 1940, Dok. 5.) Diese Neuorientierung der französischen Außenpolitik nach dem Ribbentrop-Besuch in Paris wird auch durch eine weitere Erklärung Bonnets bestätigt, die in einem Geheimbericht der deutschen Abwehr wiedergegeben wird. Danach hatte Bonnet „vor den Auswärtigen Ausschüssen, sowohl des Senats als auch der Kammer, bemerkenswerte persönliche Erfolge gehabt und sich im Außenministerium zu festigen vermocht. Seine außenpolitische These besagt, daß Frankreich Deutschland nicht direkt in den Weg treten dürfe, sondern ihm, wenn auch nur passiv, ermöglichen sollte, einerseits an den bekannten polnisch-französischen und sowjetisch-französischen Bindungen vorbeizumanövrieren und andererseits sich auf den Drang nach Osten zu konzentrieren." Aufschlußreich ist dabei die Bemerkung Bonnets im Auswärtigen Ausschuß der Kammer: „Falls sich von innen heraus im Zusammenhang mit ukrainischen Autonomie-Tendenzen Schwierigkeiten in Sowjetrußland oder in Polen einstellen sollten, würden die Verpflichtungen Frankreichs diesen Staaten gegenüber *nicht* erfüllt werden." (Ausl. Geheim! Berlin, 20. 12. 1938 Nr. 10752/38. Geh.

Ausl. I E.-T 79 E, PG 49172. US-Marinearchiv. Washington D. C.) Noch während Ribbentrops Warschauer Aufenthalt hielt Bonnet jedoch nach Bullitts Ankunft in Paris am 25. Januar 1939 eine Rede, in der er demonstrativ von einer französischen „Präsenz im Osten" sprach. (ADAP IV, Dok. 383.)

Der damalige amerikanische Botschafter in Rom, William Phillips, schreibt über Roosevelts Einmischung in Europa:

„Es ist schlechteste Politik, daß wir uns öffentlich mit einem Block gegen den anderen in Europa verbünden. Es ist unamerikanisch und nicht unsere Angelegenheit, so zu handeln. Ich fürchte, daß Bill Bullitt, der so enge Verbindung zum Präsidenten hat und von Natur aus so bombastisch und unverantwortlich ist, die Schuld daran hat, den Präsidenten zu dieser profranzösischen und antideutsch-italienischen Politik gedrängt zu haben. Während der letzten drei Monate ging er im Weißen Haus ein und aus und unter seinem Einfluß verurteilte der Präsident öffentlich die totalitären Staaten." (William Phillips Tagebücher, Houghton Library, Harvard University.)

Diese Notiz des USA-Botschafters in Rom stellt eine ungemein aufschlußreiche Kritik über Roosevelt und seine Europa-Politik dar. Man erkennt zu diesem Zeitpunkt schon, worauf Roosevelt hinzielte. Durch seine aktive Einmischung in die polnische Politik verhinderte er die friedliche Einigung zwischen Berlin und Warschau.

Unter dem Eindruck seiner Gespräche mit Oberst Beck erklärte Ribbentrop auf der Rückfahrt aus Warschau nach Berlin seinen Mitarbeitern: „Jetzt bleibt nur der Ausweg, uns mit Rußland zu einigen, wenn wir nicht völlig eingekreist werden wollen." (Ribbentrop: Zwischen London und Moskau, S. 160.)

„Zusammenfassung aus Informationen von geheimen Quellen"

Aus der Fülle der englischen Geheimdokumente geht hervor, daß das Jahr 1939 mit einer lebhaften Kontaktaufnahme zwischen den deutschen Verschwörern und den britischen Regierungskreisen begann. Es sind immer wieder die gleichen Namen und die gleichen Themen, die aus den Dokumenten sprechen. Die Verschwörer hatten 1938 eine Schlacht verloren: Hitler konnte nicht beseitigt werden, weil die Engländer einen anderen politischen Weg einschlagen mußten, der zu dem Abkommen von München geführt hatte. Der britische Botschafter in Berlin, Henderson, hatte die Lage in Deutschland richtiger erkannt als seine Vorgesetzten in London wahrhaben wollten. Die Berichte der Verschwörer und deren Mit-

telsmänner wurden auch im beginnenden Jahr 1939 gewissenhaft verfolgt. Die sehr gründliche Auswertung durch hohe britische Beamte und deren zahlreiche Marginalien zeigen, daß die englische Regierung diesen Verschwörerberichten hohe Bedeutung beimaß.

Im Januar 1939 berichtete Kirkpatrick, daß ihm der katholische Bischof von Berlin gesagt habe, „der nächste Schritt der Regierung werde wahrscheinlich die Konfiskation von Besitz und Geld sein. Das Land werde immer mehr wie Rußland und bald wird es uns nicht besser gehen als wenn wir von Stalin regiert würden." Es sei für die Deutschen kaum noch möglich, die Genehmigung für „Auslandsreisen zu erhalten". Papen wollte wissen, welche Fragen das Foreign Office an ihn stellen werde. Kirkpatrick habe geantwortet: „Ist Hitler bereit, England die Gleichberechtigung zu geben." (FO 371/23005, 6. 1. 1939, Gez. I. Kirkpatrick.)

Oliver Harvey berichtet in seinen Tagebüchern über den 15. und 16. Januar 1939, daß Masdyk, der Berliner Korrespondent einer holländischen Zeitung, als feststehend mitgeteilt habe, Hitler werde im Frühjahr Holland besetzen. „Die Extremisten, besonders Ribbentrop, sind an der Macht, und die Wirtschaftslage wird schlechter und schlechter, schlechte Ernährung, Mangel an Kohle." Hitler wolle die Rohstoffe in Südosteuropa monopolisieren. Harvey brachte den Holländer sogar zu Halifax. Daraufhin trat am 29. Januar das Kabinett zusammen, um einen deutschen Angriff auf Holland und die Schweiz zu besprechen. Es wurde außerdem beschlossen, daß im gegebenen Falle das Kriegsschiff „Repulse" den englischen König nach Kanada bringen solle. So konnte ein x-beliebiger Journalist die Politik des Britischen Weltreiches beeinflussen. (Oliver Harveys Tagebücher.)

Am 19. Januar 1939 ließ Halifax sein „Streng geheimes" Memorandum im „Committee on Foreign Policy" zirkulieren, in dem es heißt: „Alle Berichte zeigen, daß Hitler für den Anfang dieses Jahres einen *Coup*" plant, und daß die Gefahrenperiode Ende Februar beginnt. Entgegen seiner früheren Absicht hat er jetzt beschlossen, einen überwältigenden Angriff auf die Westmächte zu starten. Dem Komitee wurde eine „Zusammenfassung der Informationen aus *geheimen Quellen*" vorgelegt. Diese gingen zurück bis zur Münchner Konferenz, und es wurde sogar behauptet, daß Hitler jetzt an die „Auslöschung Londons und der englischen Flotte durch Luftangriffe denke". Ribbentrop habe behauptet, sollte keine Einigung mit England erreicht werden, sei der Führer entschlossen, es „durch einen Krieg zu zerstören". Der Spitze der britischen Regierung wurde als Resumé mitgeteilt:

„a) Deutschland wird von einem Mann regiert, Herrn Hitler, dessen Wille allein Gültigkeit hat und der eine Mischung ist aus einem Fanatiker, einem Verrückten und einem klarsehenden Realisten.

b) Sein Ehrgeiz und Selbstvertrauen sind unbegrenzt, und er betrachtet Deutschlands Vorherrschaft in Europa als einen Schritt zur Weltherrschaft. Er ist seit München merkwürdig empfänglich für den extremistischen Einfluß geworden.

c) Im Augenblick befaßt er sich mit dem Osten, um die Reichtümer im Süden zu kontrollieren und auszunutzen und wahrscheinlich auch die von Rußland.

d) Er beabsichtigt auch den Osten und Südosten Europas Deutschlands politischer und wirtschaftlicher Hegemonie zu unterstellen, zum Vasallentum zu degradieren, wenn nicht noch schlimmer. Polnische und rumänische Integrität sind bedroht.

e) Er beabsichtigt früher oder später Deutschlands Kolonialbesitzungen zurückzufordern oder als Ausgleich befriedigende Überseegebiete. Aber das scheint im Augenblick nicht das primäre Ziel zu sein.

f) Er ist interessiert am Mittleren Osten und beabsichtigt, seinen Einfluß auf Südamerika auszudehnen und die Japaner zu zwingen, ihm besondere Privilegien in China einzuräumen.

g) Mittlerweile ist England der Feind Nr. 1 für Herrn Hitler und die Nazi-Partei geworden. Er ist verbittert und verärgert über die Briten. Seine extremistischen Berater, die ganz besonders antibritisch sind, füttern ihn mit Geschichten über Englands *„Dekadenz"*.

h) Der Osten – besonders die Ukraine – ist die Frage des Tages. Aber Herr Hitler ist *unberechenbar*, selbst seinen Vertrauten gegenüber. Er ist fähig, die Maschine, die er mitgebaut hat, umzuwerfen ohne Rücksicht auf die erreichte Politik und seine eigene Initiative, um kurzfristig *irgendeine* andere Richtung einzuschlagen. Er kann persönlich eine Feuersbrunst hervorrufen ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für sein Regime." (FO 371/22961/793.)

Auf diese Zusammenfassung hin drängte Alexander Cadogan darauf, daß „der Präsident von Amerika voll und ganz in unser Vertrauen gezogen werde, indem wir ihm alle unsere Befürchtungen und Absichten mitteilen. Das ‚Schreckgespenst' eines japanischen Angriffs auf Holländisch-Ostindien wird den Eindruck auf Roosevelt nicht verfehlen. Darüber hinaus werden nicht nur die höchsten englischen Politiker, sondern auch die amerikanische Regierung weiter mit Erich Kordts Lügen gefüttert, daß Ribbentrop die Briten im „A 5522" ein *degenerierendes* Volk genannt hätte. In dieser kurzen Zusammenfassung sind alle Verleumdungen enthalten, die die Verschwörer damals über die Führer der nationalsozialistischen Regierung verbreiteten.

Zwei Memoranden, die aller Wahrscheinlichkeit nach von Con-

well-Evans stammen, dem langjährigen Freund von Erich Kordt, zeigen die Wünsche und Forderungen der deutschen Verschwörer (FO 371/22961, C 939): Die britische Regierung müsse sich mehr als bisher auf die Anti-Hitler-Deutschen stützen. Durch die feste Haltung Englands in der September-Krise habe Hitler das Vertrauen des deutschen Volkes verloren. Man hätte dann gegen ihn vorgehen können. Aber diese Gelegenheit sei nicht verloren. Das deutsche Volk werde mit Propaganda gefüttert und selbst die Wirtschaftsführer verstünden Hitlers Saarbrückener Rede vom Oktober 1938 nicht, in der er Eden, Duff Cooper und Vansittart wegen ihrer vorangegangenen Reden als Kriegshetzer brandmarkte. Ribbentrop unterstützte Hitler in seiner Verachtung „eines *dekadenten* und schwachen Englands". – Da haben wir sie wieder, die Kordt-Lüge, aus dem gefälschten Inhalt des London-Berichtes „A 5522". – Nach allen nur denkbaren Schmähungen der deutschen Regierung erteilt Conwell-Evans Ratschläge für die „zukünftige britische Politik" und schreibt: „Nach Ansicht meiner deutschen Informanten soll die Politik S. M. Regierung weiter fortfahren, einen Unterschied zwischen dem Regime und seinen Opfern zu machen. Diese Politik soll mit Energie und Geschick die Tugenden und die hohen Qualitäten der deutschen Nation betonen usw." Die „gemäßigten" Deutschen wünschen, Chamberlain solle öffentlich bekanntgeben, daß er „Hitlers Absichten und Ziele durchschaue". Diese „moralische Waffe" solle hartnäckig vom Premierminister und durch den Rundfunk eingesetzt werden, um Hitlers Ostpläne unmöglich zu machen:

„Diese Propaganda muß auf dem ehrlichen Wunsch einer Zusammenarbeit mit dem deutschen Volk basieren und auf der Anerkennung seiner legitimen Bestrebungen und Rechte unter einer anständigen Regierung. Wenn dies geschickt gemacht wird, so wurde mir gesagt, wird das Regime nach sechs oder zwölf Monaten zusammenbrechen. Sollte das deutsche Volk nicht die positivste, hartnäckigste und aktivste Unterstützung der britischen Regierung in dieser Hinsicht erhalten, so wird es ihm unmöglich sein, gegen das allmächtige Regime zu revoltieren. Wir können nicht auf Ereignisse in Deutschland warten. Unsere Intervention muß so geschickt, mutig und entschlossen wie möglich sein. Ihre Wirksamkeit wird um so größer, wenn sie auf dem ehrlichen Wunsch zur Zusammenarbeit mit der deutschen Nation basiert. Sonst können wir keine Resultate erwarten" (a. a. O.).

Schließlich empfiehlt Conwell-Evans, daß England nicht mehr am „Prinzip der Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten anderer Länder" festhalten solle, denn auch Deutschland interveniere in Spanien, um dort Bomben zu werfen. – Das deutsch-italienische Eingreifen in Spanien hat Franco vor den Roten gerettet und

ihn an die Macht gebracht, während England im Nichteinmischungsausschuß oft die Partei für die Kommunisten ergriff und Frankreich sie mit Waffen und Freiwilligen unterstützte. – Als Sprachrohr der Verschwörer forderte Conwell-Evans, England solle eine

„völlig unnachgiebige Politik betreiben, denn ein zweites München im Sinne eines physischen Sieges für Hitler, so wurde behauptet, würde sein Regime hoffnungslos stärken. Unsere Wiederaufrüstung solle in größter Geschwindigkeit vorangetrieben werden, so wurde mir gesagt. Unsere Zeitungen sollen mit Bildern der Air Force, der Flotte und der Armee illustriert werden, um unsere Stärke herauszustellen. Die Reden unserer Minister sollen die Stärke und das Vertrauen auf die Reserven unseres Empires reflektieren und auch die Vitalität unseres Volkes ... Eine unnachgiebige Haltung ist notwendig, um den endgültigen Kollaps des Hitler-Regimes zu erreichen, auch im Hinblick auf Mussolini. Ciano und Ribbentrop, so wurde mir gesagt, sind in ihrem Haß gegen England einig. Der General Graziani habe erklärt, Italien und Deutschland könnten die Engländer aus Afrika vertreiben. Meine deutschen Informanten hoffen, daß Italien keine Konzessionen gemacht werden. Mir wurde gesagt, daß es leicht sei, Hitler im Mittelmeer zu schlagen, während es für England schwer sei, fest zu bleiben im Hinblick auf die Ukraine oder die Minoritäten in Polen" (a. a. O.).

Conwell-Evans war seit 1923 jedes Jahr in Deutschland und versicherte seiner Regierung, daß seine „Informationen von Leuten in Deutschland stammen, denen keine Staatsdokumente noch Staatspläne unbekannt sind". Er hämmerte seiner Regierung ein, daß die Bedrohung des britischen Empires „nicht eine Frage von Monaten, sondern von Wochen sei. Alle unsere Propagandareserven sollten schon in der nächsten Woche, anstatt im nächsten Monat zum Tragen kommen, und zwar so, daß die freundlichen Deutschen uns unterstützen." Genau wie Erich Kordt forderte auch Conwell-Evans die Herausstellung der englischen Macht. Malcolm Muggeridge, der schon manches Kluge gesagt hat, kommentiert treffend: „Viel Unheil in der Weltpolitik entsteht durch Leute, die Muskeln spielen lassen, ohne welche zu haben." (Die Welt, Hamburg, 20. 5. 1972.)

Conwell-Evans berichtete von einem weiteren Gespräch mit einem „hochgestellten Deutschen, das bedeutenden Quellenwert habe". Er schickte am 20. Dezember 1938 eine Reihe von geheimen Dokumenten von deutschen Freunden, die in den letzten Jahren „zuverlässig" berichtet hätten. Er schrieb wieder von dem „unüberbrückbaren Abgrund" zwischen Hitler und dem britischen Volk und von der „Unmöglichkeit", eine dauernde Regelung zwischen England und Deutschland zu finden, die auf „Gleichberechtigung basiert". England dürfe „keine weiteren Erfolge" Hitlers zulassen, schrieb Conwell-Evans und fügte hinzu: „Alle meine deutschen

Freunde beten dafür, daß Großbritannien und Frankreich keinen Zentimeter nachgeben."

Für ihre Rechtfertigung behaupteten sie, daß „Hitlers Ambitionen und Pläne so vielfältig und weitreichend seien und sich so oft änderten, daß sie eine dauernde Beunruhigung für den Generalstab bedeuteten". Im Augenblick aber scheine es, daß Hitler „nicht Großbritannien unterwerfen will", und daß jetzt „ein Schlag gegen Rußland und Polen für das Frühjahr bevorsteht". Hitler werde sich erst später gegen die Westmächte wenden und einen „Deutschen Frieden" diktieren. Conwell-Evans wurde versichert, „daß Hitler durch eine Revolution im Reich seinem Verderben entgegengehen würde, wenn er es riskieren sollte, das deutsche Volk gegen Frankreich und Großbritannien marschieren zu lassen". Schließlich faßt er seinen Bericht zusammen:

„a) Nazi-Deutschlands außenpolitische Träume reichen über Europa, Asien und Afrika hinaus . . .

b) Hitler und sein Generalstab planen die Invasion Rußlands, um Stalin und die Bolschewiken durch eine deutschfreundliche Regierung, ein neues nationalistisches Rußland zu ersetzen und die Ukraine abzutrennen.

c) Wenn der Plan b) erfolgreich ist, rechnet Hitler mit einem neuen Verbündeten im Osten und er wird es nicht mehr nötig haben, mit England und Frankreich zu verhandeln . . .

d) So unmöglich uns dieser absurde Plan auch erscheinen mag, er wurde schon von der Nazi-Regierung ausgearbeitet. Bei Hitler und Ribbentrop gebe es keine Gleichberechtigung mehr für England.

e) Die Stärke der Opposition – Verschwörerkreis – sei nicht überzubewerten. Der größte Teil der bewaffneten Truppen steht stärker denn je hinter Hitler . . . Die Gegner des Nazi-Regimes sind unbewaffnet und können nichts Effektives tun. Es ist schwer, vorauszusagen, wann und wie ihre wirkliche Chance kommen wird, außer durch einen sehr gefährlichen Krieg. Die Furcht vor dem Feind könnte dann die Massen dazu bringen, zu revoltieren. Sollten die Dinge bei einer Invasion Rußlands schlecht laufen und der Kern der Roten Armee intakt bleiben und sich weigern, weder Stalin zu verlassen noch eine deutschfreundliche Regierung aufzustellen, dann würde eine starke Intervention Großbritanniens und Frankreichs vielleicht den Sturz der Nazi-Regierung herbeiführen. Chancen für Großbritannien könnten bestehen, wenn es durch Zurschaustellung seiner nationalen Stärke, des Materials und der Moral das deutsche Volk beeindruckt, und zwar weit stärker als es bis jetzt getan worden ist . . .

f) Die periodenweisen Forderungen nach Kolonien durch Deutschland sollen den Mangel an Nahrungsmitteln verschleiern ebenso wie Hitlers Angriffsabsichten im Osten.

g) Für die Zukunft schlage ich in aller Bescheidenheit vor, daß die britischen Ideale herausgestellt werden wie z. B. faires Spiel, das offene Wort – geschrieben und gesprochen, Toleranz und Respekt vor den christlichen Methoden . . . Unsere Politik sollte jetzt die vernünftig denkenden Männer in Deutschland überzeugen und die Opposition ermuntern. Dies kann nicht nur durch Lobpreisungen des Friedens erreicht werden. Durch einen Aufklärungsfeldzug mit Hilfe des Rundfunks, der Presse und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln muß die Stärke der Marine und der Luftwaffe des Britischen Empires herausgestellt werden. Hie und da sollte auf das beinah unendliche Potential der Vereinigten Staaten hingewiesen werden, weil das deutsche Volk gerne das Britische Commenwealth mit den Vereinigten Staaten verbindet, wenn es an die Stärke der Westmächte denkt. Unsere zukünftige Politik sollte sich stärker mit Frankreich konsolidieren, dem Frankreich von Reynaud und nicht dem Frankreich von Flandin, Bonnet und den Bankiers . . .

Im übrigen hängt unsere Gesundung von dem Geschick unserer Staatsmänner ab. Unsere Position ist bereits schwer angeschlagen, aber wir werden in den kommenden Monaten Gelegenheit finden, Hitler zu Fall zu bringen. Wir müssen Mussolini und auch andere Mächte durch große nationale Anstrengungen von unserer Ausdauer und dem Wert unserer Freundschaft überzeugen." (FO 371/22961, 20. 1. 1939.)

Im Anhang II berichtet Conwell-Evans, sich auf „Q" Geheiminformation stützend, von der geringen Zahl deutscher Piloten, die physisch die Strapazen der Sturzflüge der Stukas durchhielten. Den Engländern wird auch die genaue Zahl der deutschen Truppenverbände angegeben einschließlich der SS-Einheiten. Gut informierte Freunde in Deutschland sagten Conwell-Evans, daß „der deutsche Geheimdienst mit Ribbentrops Hilfe wertvollen Boden in England gewonnen habe". Diese Freunde empfehlen Scotland Yard, die vielen deutschen Agenten in England gut zu überwachen. Hitler habe der deutschen Presse streng geheim mitgeteilt, daß die „Leitungen zwischen Prag und Paris sowie Prag und London während der letzten Krise angezapft worden seien. Deshalb habe er genau gewußt, wo er stehe." Hierzu heißt es am Rande „Ja". Im Anhang III wird die Unterhaltung eines „Deutschen in verantwortlicher offizieller Stellung" vom 20. 10. 1938 wiedergegeben. Danach hatten die Verschwörer geplant, Hitler innerhalb weniger Tage zu „töten", wenn er den Krieg gegen England, Frankreich und die Tschechoslowakei riskiert hätte. Chamberlain wird empfohlen, den Unterschied der englischen Gefühle gegenüber den deutschen Führern und gegenüber dem deutschen Volk zu betonen. Er solle „fest bleiben und Widerstand zeigen". Keine dauernde Regelung mit „Hitler & Co. sei möglich". Hitler sei krank und habe „Beiß-Anfälle".

Was Conwell-Evans hier von seinen deutschen „gut informierten Freunden" erfahren hatte über die physisch überanstrengten Pilo-

ten, über die SS-Einheiten und über Ribbentrops gut ausgebauten Geheimdienst, war militärischer Landesverrat. Vansittart schreibt zu den vorangegangenen Berichten in einer Notiz und zwei Zusätzen, einer der Informanten habe niemals geglaubt, daß der Widerstand in Deutschland „gegen das Regime so rasch steigen würde. Besonders bemerkenswert sei die Tatsache, daß Hitlers Popularität einen sehr heftigen Schlag erhalten habe. Sein Stern sei im Sinken und der von Göring im Steigen. Es könne zu einem Konflikt zwischen den beiden kommen." Vansittart erfindet auch die Lüge, „Hitler habe persönlich das Feuerlegen an die Synagogen angeordnet". Von zwei deutschen Quellen, behauptet Vansittart, habe er gehört, daß Hitler und Beck einig geworden seien. Der französische Außenminister Bonnet habe es abgelehnt, Oberst Beck in Frankreich zu treffen. In Warschau werde offen gesagt, daß nur „ein Wunder das französische Bündnis retten könne. Ribbentrop eile nicht umsonst nach Warschau, denn Phipps habe berichtet, daß Bonnet die Allianz mit Polen gar nicht retten wolle." Hitler werde der Kolonien wegen im geeigneten Augenblick „Drohungen vorbringen oder sogar auf dieser Basis den Krieg erklären". Hitler rechne damit, „Holland in acht Tagen zu erobern und dann von uns soviel von Afrika zu verlangen wie er will und Holländisch-Ostindien zu annektieren".

Am 16. Januar 1939 schrieb Vansittart an Halifax:

„Sowohl Dr. Schacht als auch Graf Schwerin von Krosigk haben Hitler erklärt, daß die interne Lage in Deutschland verzweifelt sei. Entweder müßten die öffentlichen Ausgaben eingestellt oder die Steuern erhöht werden. Brinkmann vom Finanzministerium habe erklärt, die Katastrophe stehe bevor. Hitler beabsichtige die Zerstörung der Christenheit. Ein Angriff auf den Osten kombiniert mit einem Angriff auf Holland und die Schweiz und gleichzeitig auf England und Frankreich ständen bevor. Ein Angriff auf die Ukraine sei jedoch nur Bluff, mit dem sich Ribbentrop seine englischen Freunde erhalten wolle. Der wirkliche Angriff richte sich nach Westen. Hitler fügte hinzu, daß nur Ribbentrop allein in der Septemberkrise Mut gezeigt habe, und daß bei seiner nächsten Entscheidung er sich mehr auf Ribbentrops Ratschlag als auf den Ratschlag anderer stützen werde."

Ein Angriff auf die Schweiz war nie geplant und zum Durchmarsch durch Holland entschloß sich Hitler erst im Frühjahr 1940, nachdem England und Frankreich den Krieg erklärt hatten.

Zu diesen Berichten schrieb William Strang: Für Frankreich stand die Frage zur Diskussion, ob es England im Falle eines deutschen Angriffs unterstützen müsse. Dann wollte die französische Regierung England Flughäfen zur Verfügung stellen. Allerdings sei die Ansicht unter den Franzosen sehr verbreitet, daß England nur eine

„Belastung" sein werde, wenn es nicht größere Anstrengungen für die französische Landesverteidigung mache. Mit Belgien wolle die britische Regierung Generalstabsgespräche führen und dies in Brüssel anregen. Holland gegenüber habe die britische Regierung keine Verpflichtungen zur Unterstützung außer den Völkerbundszusagen. Der englische Militärattaché arbeite sowohl in Den Haag als auch in Brüssel und werde im Falle einer Krise in Brüssel zurückgehalten. Strang empfiehlt deshalb, den holländischen Ministerpräsidenten nach England einzuladen, um eine Änderung dieser Regelung herbeizuführen, ohne demonstrativ zu wirken. (a. a. O. gez. William Strang, 16. 1. 1939.) Alle diese Berichte sammelte Cadogan für das „Komitee für Auswärtige Angelegenheiten" unter der Überschrift: „Zusammenfassung aus Informationen von geheimen Quellen" und erläuterte:

„Die in der Zusammenfassung zitierten Quellen sind während einer langen Periode überprüft worden. In den meisten Fällen besteht kein Zweifel daran, daß sie – die Verschwörer – sich so aussprachen, wie berichtet wird. Es ist unnötig, zu sagen, daß sie in großer Gefahr der ‚Liquidation' ständen, wenn irgendeine Andeutung über ihre Berichte bekannt würde. Und noch schwerwiegender ist es, daß wir dann keine Informationen mehr erhalten." (FO 371/22961, Foreign Office, 17. 1. 1939.)

Diese Informationen von geheimen Quellen, die auf den Aussagen der deutschen Verräter beruhten, ließ Halifax nicht mit der Maschine schreiben, sondern *drucken* und im engsten Kreise des Außenpolitischen Komitees verteilen.

„Britische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und britische Propaganda in Deutschland"

Unter diesem Titel faßte der Foreign-Office-Beamte Leeper am 16. Januar 1939 seine Ansichten zusammen, wie die Propaganda gegen Deutschland geführt werden sollte.

Sargent schreibt zu diesem Memorandum:

„Zur Frage der britischen Propaganda in Deutschland möchte ich vorschlagen, daß sie unter drei Aspekten überlegt werden muß:

a) Das Spiel mit der Furcht der Nazi-Partei,

b) Das Spiel mit der Furcht des deutschen Volkes,

c) Dem deutschen Volk zu zeigen, daß wir einen Unterschied zwischen ihm und dem Regime machen.

Zu a) möchte ich vorschlagen, daß wir in jeder nur möglichen Art unsere materielle Stärke von heute und in der Zukunft herausstellen und unsere Absicht, sie wenn nötig zu benutzen. Unsere materielle Stärke würde natürlich nicht nur unsere Rüstung, sondern auch unser Menschenpotential, unsere imperialen Hilfsquellen, unsere wirtschaftlichen Reserven einschließen und vor allem die innere Haltung unserer Nation. Aber wir sollten darauf achten, unsere Lage so darzustellen, daß die britische Öffentlichkeit nicht in eine *zufriedene Selbstgefälligkeit verfalle*. Es ist deshalb nötig, daß immer wieder neue Bemühungen gemacht werden.

Zu b) möchte ich vorschlagen, daß wir zusätzlich zu a) jede Gelegenheit wahrnehmen sollen, dem deutschen Volk zu zeigen, daß es von der Nazi-Partei über den Weg von Kriegen und Drohungen in Kriege von Tod und Zerstörung geführt wird, daß das Regime sich rasch zum Bolschewismus entwickelt, daß die wirtschaftlichen Leiden des deutschen Volkes nicht auf der Feindschaft anderer Länder beruhen, sondern auf der verschwenderischen Führung der Nazi-Partei. Daß Deutschland mit einer *vernünftigen* Regierung die Möglichkeit hätte zu leben und noch einmal Wohlstand und Frieden zu genießen. Daß aber auf der anderen Seite keine Zusammenarbeit und keine Stabilität zwischen den Nationen bestehen kann, solange die Nazi-Partei Deutschland regiert, daß die Politik der Nazi-Regierung tatsächlich den Krieg bedeutet, dessen Folgen das deutsche Volk in seinem ganzen Ausmaß wird ertragen müssen, und daß letztlich die großen moralischen Wahrheiten, die von der Demokratie hochgehalten werden, ewig und unbesiegbar sind.

Diese Wahrheiten sind: Verteidigung der persönlichen Freiheit sowohl physisch als moralisch; Zusammenarbeit zwischen den Nationen, um das gegenseitige Vertrauen und den gegenseitigen Respekt sicherzustellen und die Verbesserung des Wohles von allen; Verurteilung des ganzen Systems der Machtpolitik zwischen den Regierungen; Entschlossenheit, die Prinzipien aufrechtzuerhalten und zu verstärken mit allen Mitteln unserer Macht und die Ablehnung jeglichen Kompromisses, nur um eine vorübergehende oder eine teilweise Erleichterung der Lage zu erreichen.

Zu c) möchte ich vorschlagen, daß wir dem deutschen Volk bekanntmachen, wie sehr wir überzeugt sind, daß es auch an die oben genannten moralischen Wahrheiten glaubt, und daß wir wüßten, wie sehr es unter der vollständigen Unterdrückung dieser Werte in Deutschland leidet; daß wir mit Sympathie und Hoffnung den Kampf des deutschen Volkes verfolgen, das zu diesen Wahrheiten zurückkehren will, weil nur durch diese Rückkehr Deutschland von der physischen und moralischen Zerstörung gerettet werden kann, ganz gleich, welche flüchtigen und oberflächlichen Erfolge das Nazi-Regime im Augenblick haben könnte. Um diese Gedanken unter der Maske von Nachrichten zu übermitteln, wäre es nötig, daß sie in Reden von Männern, die in der Öffentlichkeit bekannt sind, dargeboten werden und weniger in Presseartikeln . . .

Zu Leepers zweitem Vorschlag, nämlich der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, wird eine heikle Streitfrage angeschnitten, die wir

sorgfältig überdenken müssen. Sie sollte deshalb vollkommen von der offenen Frage der britischen Propaganda getrennt und einzeln behandelt werden . . ." (FO 371/23006, C 1931, 16. 1. 1939, gez. Sargent.)

Sargent hält den Vorschlag Leepers, eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten anzuregen, für gefährlich, weil bereits im Januar 1938 ein Gedankenaustausch mit Roosevelt stattgefunden hatte, der zu nichts führte. Auch jetzt könnte England nichts entscheiden. „Wenn wir eine Erklärung abgeben, daß wir für unsere Prinzipien kämpfen wollen, so müßten Taten darauf folgen." Sargent fügt wörtlich hinzu:

„Unser Argument ist, daß wir unsere Prinzipien geltend machen wollen, die von Hitler mit Füßen getreten werden. Wenn wir bitten, daß gemeinsam mit den USA Schritte unternommen werden sollten, dann wäre das gleichbedeutend mit einer Einladung an die Regierung der Vereinigten Staaten, mit uns zusammen einen aktiven Kreuzzug gegen Hitler zu führen . . . Es würde unserem Zweck im Augenblick genügen, wenn wir die Regierung der Vereinigten Staaten dazu brächten, gemeinsam mit uns eine Erklärung abzugeben mit der Versicherung unseres gemeinsamen Glaubens an jene grundsätzlichen Prinzipien, die unsere beiden Länder hochhalten und die das Nazi-Regime zerstören will." (21. 1. 1939, gez. Sargent, a. a. O.)

Cadogan ist der Ansicht, daß England jetzt Roosevelt voll ins Vertrauen ziehen sollte. „Wir sind am ‚Rubikon' angekommen." (FO 371/23006, 21. 1. 1939.) Die wichtigsten Auszüge aus den Geheiminformationen, die Halifax am 19. Januar 1939 dem Komitee für auswärtige Angelegenheiten vorlegte, wurden am 24. Januar in einer Geheimbotschaft an den amerikanischen Präsidenten persönlich weitergeleitet. Nachdem der amerikanische Geschäftsträger in London, Herschel Johnson, diese von Chamberlain ausdrücklich gebilligte Botschaft in Empfang genommen hatte, sagte er: „Es wird mir ganz übel." (Telegramm No. 37 WICHTIG. Geheim. 24. Januar 1939. FO 371/22961/7931 und Cadogan Tagebücher, 24. Januar 1939, p. 141.)

Am 6. Februar hielt Chamberlain eine scharfe Rede im britischen Unterhaus, die Cadogan als „Wendepunkt" bezeichnete. Gleichzeitig wurde die amerikanische Regierung von dem britischen Entschluß in Kenntnis gesetzt, Deutschland den Krieg zu erklären, wenn es zu einer Invasion Hollands kommen würde. Wiederum zeigt sich die Wechselwirkung zwischen den verschwörerischen Falschmeldungen und den Reaktionen Londons. (Cadogan Tagebücher 6. und 7. Februar 1939, p. 147. DBFP IV, No. 64. Halifax an Mallet, 7. Februar 1939, Dok. No. 87.)

Goerdelers Alarmnachrichten sollen britisches „Blut zum Erstarren bringen"

Ebenfalls am 20. Januar berichtet Ashton-Gwatkin über die jüngsten Nachrichten, die er von Goerdeler aus Deutschland erhalten habe. Schacht sei entlassen worden und habe einen Dankesbrief von Hitler für seine Mitarbeit erhalten. Goerdeler behauptete erneut, daß Hitler Holland und die Schweiz angreifen werde, um ein Pfand gegen die Westmächte in der Hand zu haben. – Alle diese unsinnigen Gerüchte aus dem Verschwörerkreis sollten die antideutsche Stimmung in England schüren. (FO 371/22961, C 887, 20. 1. 1939.)

Schließlich schrieb Roberts ein zusammenfassendes Memorandum über die Person Goerdelers, der eine der Hauptnachrichtenquellen der Engländer war. Er sei der Ansicht, daß die Entlassung Schachts und die Versetzung Wiedemanns als Generalkonsul nach San Francisco in Zusammenhang ständen. Beide gehörten zu den „Gemäßigten" und ständen in „engem Kontakt" mit Dr. Goerdeler, der hier „X" genannt wird. „X" sei außerordentlich „anti-Nazi und habe in der Tat für den Sturz des Regimes gearbeitet". Seit letzten August sei er eine „zuverlässige Informationsquelle gewesen" und berichte jetzt, daß Hitler einen Angriff für die allernächste Zukunft im Westen beschlossen habe. Dr. Goerdelers Name dürfte auf keinen Fall erwähnt werden, da er „noch große Freiheit" in Deutschland genieße. Hitler sei „verrückt", und Himmler, der der Robespierre von Deutschland genannt werde, könne ihn allein beeinflussen. Nach Goerdelers Ansicht müsse der Fall Hitler „innerhalb der nächsten sechs Monate, d. h. bis spätestens Mai 1939, erledigt sein". Hitler werde Streit suchen mit den Niederländern und dann Holland, Belgien und die Schweiz erobern. Auch dieses Dokument ist von allen wichtigen Foreign-Office-Beamten abgezeichnet: Strang, Sargent und Halifax. Vansittart bemerkt dazu handschriftlich: „Die Franzosen und wir sollten eine klare und feste Erklärung über Holland und die Schweiz abgeben, um den Fall zu beenden. Die Deutschen verlassen sich immer noch auf unsere *Schwäche.* Aber eine solche Erklärung würde die Illusion zerstören und luftreinigend wirken, solange es noch Zeit ist. Aber wir haben sehr wenig Zeit zu verlieren." (FO 371/22961, C 864, 21. 1. 1939.) Chamberlains feste Erklärung erfolgte schließlich am 6. Februar 1939.

Vansittart drängt auf eine Verschärfung der englischen Beziehungen zu Deutschland und stützt sich dabei auf die alte Lüge von Erich Kordt, daß Ribbentrop die Engländer für „schwach" halte. Zwei

Tage später schreibt Vansittart an Halifax die neuesten Nachrichten, die er aus streng geheimen deutschen Quellen erhalten hatte:

„Ribbentrop habe Hitler gesagt, daß Großbritannien durch Drohungen eingeschüchtert werden könne, um Frankreich dazu zu bringen, die italienischen Forderungen – Tunis und Korsika – zu akzeptieren, und er habe den Führer überzeugt, daß im entscheidenden Augenblick eine *Angstmehrheit,* das waren Ribbentrops Worte, sowohl in der Deputiertenkammer als auch in dem *französischen* Volk sich breitmachen werde . . . Ribbentrop habe Berlin und Rom versichert, daß die augenblickliche britische Regierung Daladier nicht unterstützen, sondern einen Kompromiß auf Frankreichs Rücken machen werde." Die Achsenpolitik, so fährt Vansittart fort, wolle Frankreich zum Faschismus bekehren, um England zusammen mit den Amerikanern vom Kontinent zu vertreiben und es zu isolieren, Europa und Asien sollten unter die deutsch-italienisch-japanische Kontrolle gebracht werden. Dies werde in Deutschland „die Zerstückelung des Britischen Empires" genannt. (Gez. R. Vansittart, 25. 1. 1939, FO 371/22961, C 196.)

Solche Berichte liefen oft mehrmals täglich im Foreign Office ein und sollten der britischen Politik neue Impulse geben. Am 26. Januar berichtete Ashton-Gwatkin, was er von Dr. Schairer, dem Freund Goerdelers, gehört hatte. Danach stehe in Deutschland eine große Säuberungsaktion kurz bevor, weil Hitler seine schwächlichen Ratgeber los sein wolle. „Ribbentrop hämmere Hitler immer ein, daß England *dekadent* sei und alles hinnehmen würde." Kirkpatrick habe dasselbe gemeldet. Diese Lüge sollte am Leben gehalten werden, obwohl die Engländer wußten, daß Ribbentrop genau das Gegenteil Hitler berichtet hatte. Alle unterstellten Pläne werden von Schairer wiederholt, so z. B. auch, daß Hitler in einer Rede vor jungen Offizieren erklärt habe, „Alexander, Cäsar und Napoleon sind nichts, und daß er, Hitler, ein Dschingis Khan sein werde, und daß für Deutschland eine unvergleichliche Macht und Glorie nahe bevorstehe". (FO 371/23005, C 1097, gez. Ashton-Gwatkin, 27. 1. 1939.) Was Hitler hier unterstellt wird, hat er gegenüber Burckhardt nicht von sich, sondern von den Polen gesagt, nämlich, daß deren Pläne alle Versionen „Alexanders und Napoleons weit übertreffen". (Burckhardt, München 1962, S. 368.) Am gleichen Tage berichtete auch Ogilvie-Forbes nach London, daß Conwell-Evans ihm erzählt habe, er wisse aus Parteiquellen, daß Hitler „beabsichtige, sollte Italien keine Zusage von Frankreich erhalten, nach Westen zu marschieren, und er werde die Maginotlinie über Holland und die Schweiz umgehen . . . Ribbentrop werde Warschau besuchen und sich mit den Polen einigen". Hierzu schreibt Halifax: „Man muß sich wundern, daß Schairer alle Detailpläne der Diktato-

ren kennt." Am gleichen Tage wurden Kopien der Telegramme an die Krone und an Chamberlain geschickt, „aber an niemand sonst". Cadogan schlug nochmals vor, daß jetzt an Präsident Roosevelt eine Zusammenfassung unserer Informationen geschickt werden sollte. Ebenso sollten Sir Eric Phipps, Sir R. Clive, Sir N. Bland und Sir G. Ogilvie-Forbes sowie Sir G. Warner die gleichen Berichte als geheime und persönliche Information erhalten. (FO 371/22962, C 1009, C 1196, Telegramm von Ogilvie-Forbes, 26. 1. 1939.)

Auch am 26. Januar erklärte der deutsche Major von Schwerin einem Mitglied der Englischen Botschaft, daß es in Kürze zu einer Krise kommen werde. Dieses Mal werde die Armee hinter Hitler stehen, da sie keine andere Wahl habe. Schwerin gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß England „fest bleiben" und mit Deutschland Fraktur reden würde, so wie Amerika es tue. Auf die Frage seines englischen Gastgebers, was Deutschlands Ziel sei, antwortete Schwerin „die Weltherrschaft". Hierzu schreibt Strang, „Schwerins Bemerkungen sind entweder großer Verrat oder er hat den Befehl von oben erhalten, unsere Nerven zu testen, um herauszufinden, wie weit Hitler bluffen kann". Strang erhielt die Antwort vom Kriegsministerium, Schwerin sei nach Ansicht von Mason-MacFarlane nicht von oben instruiert worden, sondern seine „Indiskretion beruhe darauf, daß er erst kürzlich die neue Stellung im deutschen Kriegsministerium erhalten habe". (FO 371/22963. C 1291, 26. 1. 1939.)

Hitler sprach am 30. Januar im Reichstag. Halifax erhielt von Roberts eine Zusammenfassung dieser Rede. Dank der vielen ausgestreuten Gerüchte hatten englische Regierungskreise die Forderung nach Rückzahlung der von Deutschland gezahlten „Reparationen" erwartet. Aber Hitler habe nur von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands gesprochen, die durch den Versailler Vertrag und die Last der Schulden entstanden seien. Deshalb müsse der Export groß genug sein, schrieb Roberts, um Deutschlands eigene Bedürfnisse zu erfüllen. „Auf jeden Fall wurde keine Forderung nach Rückerstattung der gezahlten Reparationen gestellt." (Gez. Roberts, 31. 1. 1939, FO 371/22963.) Dieser Bericht wurde dem Kabinett vorgelegt und schließlich Goerdelers Berichte zusammengefaßt, den führenden Beamten des Foreign Office zugeleitet.

Zusammenfassend lauten die Empfehlungen der deutschen Verschwörer: „Das Schlimmste wäre ein weiterer Erfolg Hitlers, ähnlich wie München. Ein solches Ereignis würde die letzte Hoffnung der Gemäßigten vernichten. Das kleinste Nachgeben im kleinsten Punkt zerstöre den Widerstand gegen das Regime und vergrößere gleichzeitig die innere Verzweiflung der Massen." Es wird verlangt:

a) *Keine weiteren Verhandlungen, sondern Handlungen.*

b) Bei neuen Verfolgungen sind die diplomatischen Beziehungen abzubrechen.

c) Radio-Ansprachen an das deutsche Volk müssen ausgedehnt und verstärkt werden.

d) Wenn die Demokratien sich retten wollen, so müssen sie erkennen, daß Hitler entschlossen ist, die Welt zu erobern. Deshalb wird er das Judentum, die Christenheit und den Kapitalismus zerstören.

e) Alle seine Reden über den Schutz gegen den Bolschewismus sind Lügen. Er hat z. B. die vollkommene Staatskontrolle über die Industrie angeordnet.

f) Klare und entschlossene Aktionen können noch immer die Welt vor dieser furchtbaren Katastrophe erretten. Aber die allerletzte Chance sei jetzt. (FO 371/22963. C 1290, 1. 2. 1939.)

Roberts schreibt dazu: Die Empfehlungen an unser Land, eine feste Haltung einzunehmen und unsere Rundfunkpropaganda zu stärken, sind sicher ehrlich gemeint. Dabei vergißt der Verfasser, Goerdeler, wie „wichtig es für uns ist, den guten Ruf S. M. Regierung und im besonderen den des Premierminister zu erhalten, denn die deutschen Massen sehen in ihm die Liebe zum Frieden und zum Maßhalten. Sollte unser Festbleiben zu sehr betont werden, so könnte Hitler unsere Reputation bei den Deutschen untergraben." Sargent bedauert, daß Dr. Goerdeler „unser Blut zum Erstarren bringen will, indem er seinen eigenen Fall überbewertet".

Senatspräsident a. D. Rauschning besucht das Foreign Office

Ebenfalls am 1. Februar 1939 besuchte Dr. Rauschning den Foreign-Office-Beamten F. A. Ashton-Gwatkin. Der erste Senatspräsident von Danzig hatte Deutschland im Jahre 1935 verlassen, weil er sich „mit den Nazis überworfen hatte". Deshalb war er für die Engländer „ein ehrlicher und anständiger Kerl". Auch er verquickt die Münchner Konferenz vom 30. September 1938 mit der Kristallnacht vom November 1938. England sah darin eine nie versiegende Quelle für seine Propaganda. Nach Rauschning habe sich in Deutschland alles zum Schlechtesten gewendet, „aber die Armee könne das Regime nicht ändern bis das innere Chaos oder ein Krieg von außen ihre Intervention verlange". Rauschning behauptete, „dies von Brauchitsch und Keitel persönlich erfahren zu haben". Er erklärte, daß die englische Rundfunk-Propaganda gut sei, aber ver-

doppelt werden müsse. Sie sollte ergänzt werden durch Briefe und durch Kurzwellensendungen von Schiffen aus. Die Unabhängigkeitsbestrebungen in Österreich, Bayern und Württemberg sollten unterstützt werden. Otto von Habsburg werde dabei Hilfe leisten. Rauschning hielt die „verhältnismäßig milde letzte Rede" Hitlers für unwichtig. Hitler habe weiter gesagt: „Die Franzosen seien *‚degeneriert'*, die Briten *Krämer* und die Amerikaner *Schwätzer*." Auch Rauschning hatte in deutschen Kreisen gehört, daß im Juli oder August Holland und die Schweiz angegriffen würden. Er hielt eine Verständigung zwischen Hitler und Stalin für möglich. Die Deutschen seien überzeugt, daß Chamberlain für den Frieden arbeite und deshalb sei für sie Chamberlain zum Symbol des Friedens geworden. Hitler sei radikal, ebenso Himmler, Goebbels, Streicher und Ribbentrop. Göring werde sich im Falle eines Krieges oder bei inneren Unruhen der Armee anschließen. Dr. Rauschning glaubte, daß Deutschland einen längeren Krieg weder moralisch noch materiell durchhalten könne. Kirkpatrick schreibt zu diesem Rauschning-Bericht, daß „er zumindest die anderen Informationen bestätige". Strang sieht den Hauptwert in Rauschnings Ratschlägen darin, Chamberlains guten Ruf unter den Deutschen hochzuhalten. Dies könnte am besten dadurch gelingen, daß Chamberlain sich nicht zu kriegerisch gebe, so daß Hitler nicht erklären könne, „er sei auch nicht besser als Duff Cooper oder Eden", andererseits aber auch nicht so schwach, daß man uns jede Stärke absprechen könnte. Chamberlains Motto – „weder Herausforderung noch Nachgiebigkeit, sondern Verteidigung" – scheint die mittlere Linie der britischen Politik zu bestimmen. (FO 371/23005, C 1323, 1. 2. 1939.)

Dieses Mal sind die Franzosen „degeneriert" und die Briten sind „Krämer". Interessant ist, daß Chamberlain weiter den Friedensapostel spielen sollte bis die Zeit gekommen sei, daß er Hitler als völlig „unzuverlässig" hinstellen könnte, wie er es seinen Mitarbeitern schon nach seiner Erklärung vom 30. September 1939 gesagt hatte. Dann sollte die ganze Propaganda auf die *Verteidigung* des Empires abgestellt werden, obwohl niemand, am allerwenigsten Hitler, England angreifen wollte.

Kein Friede für Deutschland

Einen Tag darauf, am 2. Februar 1939, schickte Kirkpatrick eine Interpretation der Hitlerschen Rede vom 30. Januar an das Foreign Office. Danach sei die Ansprache in der letzten Minute geändert

worden, und zwar die Stellen über „Kolonien und Großbritannien". Hitler habe die „sehr schlechte Stimmung in der Öffentlichkeit erkannt und deshalb in einer milderen Weise gesprochen". Dies habe Brückelmeier, ein Sekretär Ribbentrops, dem Presseattaché an der Englischen Botschaft, R. F. Bashford, erklärt und dies sei von Albert v. Kessel, einem Mitarbeiter Weizsäckers, bestätigt worden. Kessel war der Mann, der die geheimen mit „No." gekennzeichneten Notizen Weizsäckers in versiegelten Umschlägen in einem Panzerschrank ablegte und zudem ein enger Freund Erich Kordts war. Brückelmeier behauptete den Engländern gegenüber, daß er „Ribbentrops gesamte Korrespondenz mit Hitler kenne". Danach habe der Reichskanzler den Eindruck gewonnen, daß die Stimmung seit September 1938 sich „wesentlich verschlechtert" habe, d. h. daß Hitler bei einer ähnlich explosiven Situation wie der Tschechenkrise vom vorangegangenen Jahr, mit einem kriegerischen Eingreifen Englands rechnen müsse. Deshalb glaube auch Brückelmeier, daß Hitler keinen Krieg wagen würde. (FO 371/22964, C 1403, gez. Kirkpatrick, 2. 2. 1939.) Kirkpatrick berichtete nicht über die wahre Stimmung in Deutschland, sondern über die Ansichten seiner Verschwörerfreunde. Das gleiche tat Conwell-Evans am selben Tage in einem Geheimschreiben an Vansittart, der dazu vermerkt: „Prof. Conwell-Evans, der kürzlich in Deutschland war, hat das angeheftete Memorandum von einem sehr prominenten Deutschen im Januar erhalten." Der Deutsche bedauerte, daß die englischen und französischen Staatsmänner „ständig ihren Willen zum Frieden betonten, weil dies die andere Seite zu kriegerischen Schritten ermutige, so daß die diktatorischen Mächte glaubten, alles tun zu können, was sie wollten". Auf alle Fälle sei man in Deutschland der Ansicht, daß „England nichts tun kann". Wie immer wird behauptet, die Hitler-Regierung könne sich nur durch eine „Serie von Erfolgen" halten, denn eine Befriedung würde seine Schwächen aufdecken. Das deutsche Volk frage: „Warum Geheimpolizei? Warum Opfer? Warum wirtschaftliche Einschränkungen? etc." Dann werden die üblichen Ratschläge gegeben, wie Hitler zu besiegen sei: „Das Regime würde fallen, wenn sein Glanz nicht durch neue Erfolge bestätigt werde, d. h. in der Kolonialfrage. Was Deutschland braucht, kann ihm deshalb nicht gegeben werden, vor allem kein *Frieden*." – Das war das A und O der britischen Staatskunst, kein Friede für Deutschland! – Der Deutsche berichtete in seinem Memorandum weiter, Hitler glaube, bis 1940 Zeit zu haben. Es beständen keine „konkreten Gründe für eine Feindschaft, aber für eine fundamentale Rivalität zwischen England und Deutschland". England wolle stark

bleiben, um gegen „die Gefahr des Verfalls anzukämpfen“. Konzessionen und Opfer gegenüber Deutschland seien zwecklos, denn sie würden Hitler nur enorm stärken. Dies werde von den „gemäßigten Elementen in Deutschland bedauert, denn es sei England nicht gelungen, Hitler zu schwächen“. Der deutsche Gesprächspartner von Conwell-Evans sieht den Endkampf für 1939 voraus, der ohne einen Schuß Pulver begonnen werden könnte. Er, der zu den „Wissenden“ gehöre, prophezeie eine außergewöhnliche „Entwicklung, um die Lage zu ändern“. Damit meinte er zweifellos den versprochenen Putsch in Deutschland. Den Foreign-Office-Beamten Roberts interessierte am meisten, daß Hitler glaube, er habe bis 1940 Zeit. (FO 371/22980, C 1544, 2. 2. 1939, gez. Vansittart.) Das Dokument ist auch von Kirkpatrick, Jebb, Strang und Sargent gelesen worden. In einer der Marginalien heißt es: Jetzt brauchen wir „Reden ohne ein Wort von Friede“.

Daladier über Chamberlain: Ein „verdörrter Stock“

Während die britische Regierung fast täglich von den deutschen Verschwörern beraten wurde, sich auf keinen Fall mit Hitler zu arrangieren, berichtete Bullitt aus Paris dem amerikanischen Außenminister Hull über die Lage in Frankreich: Nach Chamberlains Besuch in Rom sei Daladier der Ansicht, daß dieser den Italienern „französische Konzessionen“ versprochen habe, die er vermitteln wolle. Den englischen Beteuerungen, daß dies nicht geschehen sei, „glaube er nicht“. Daladier erwartete im Gegenteil von den Engländern „betrogen zu werden“, denn dies sei das „übliche Schicksal aller Verbündeten der Briten“. Chamberlain sei ein „verdörrter Stock“, der König ein „Moron“ und die Königin kümmere nichts anderes als „Königin Elisabeth von England“ zu bleiben. Eden halte er für einen „jungen Idioten“ und er kenne keinen einzigen Engländer, dessen Fähigkeiten und Charakter er respektiere. Daladier fühle, England sei „so schwach und senil geworden, daß die Briten lieber jede Position ihrer Freunde aufgeben würden, als gegen Deutschland und Italien zu kämpfen“. Was Deutschland anbetraf, so war Daladier der Meinung, daß Hitler die italienischen Forderungen gegenüber Frankreich *nicht unterstützen* werde. – Dies verwirklichte sich auch tatsächlich, denn nach dem Frankreichfeldzug 1940 lehnte Hitler die italienischen Forderungen auf französisches Gebiet kategorisch ab.

Bullitt berichtete weiter, daß England eine „offizielle Anfrage an die französische Regierung gerichtet habe, wie ihre Haltung im Falle eines deutschen Angriffs auf Holland sein würde“. Während Daladier erwiderte, daß er dann sofort Deutschland angreifen werde, erklärte Chamberlain, er werde ein Dreierkomitee zur Beratung der Frage einberufen. Daladier glaubte, daß Rußland „schwächer und schwächer“ werde. Litwinow habe vorgeschlagen, Frankreich solle Flugzeuge statt in Amerika in der Sowjetunion kaufen, aber die russischen Flugzeuge seien nicht gut genug, um in einem Krieg gegen Deutschland eingesetzt zu werden. Im Hinblick auf China war Daladier der Ansicht, daß Tschiang Kai-schek noch lange am Ruder bleiben würde. Dann erklärte er Bullitt, ca. 200 Flugzeuge in Amerika kaufen zu wollen. Er möchte gerne den Luftfahrtminister Guy La Chambre als Botschafter nach Washington schicken, weil er den gegenwärtigen Vertreter Frankreichs für einen „Idioten“ halte. Diese Berichte gingen in acht Telegrammen am 6. 2. 1939 ans Außenministerium nach Washington ab. (Department of State, Bullitt an Hull, Paris, 6. 2. 1939, No. 222.)

„Unsere deutschen Freunde haben immer noch Hoffnung“

Am gleichen 7. Februar 1939 konnte Vansittart aufregende Dinge an Halifax berichten: Aus einer „zuverlässigen Quelle“ werde bestätigt, daß die Vorbereitungen in Deutschland zwischen „Mitte Februar und dem 3. März beendet seien“. Ribbentrop habe in Warschau sehr schwer um eine Regelung gekämpft, aber das Ergebnis sei noch zweifelhaft. Schacht habe Halifax und wahrscheinlich auch Montague Norman über die innere Lage in Deutschland aufgeklärt. Der Kampf um die Macht in Deutschland gehe weiter, vor allem zwischen Himmler und Ribbentrop gegen Göring. Aus der „Reichswehr“ solle eine „Miliz“ gemacht werden mit zweijährigem Dienstwechsel, während „Himmlers SS eine langjährige reguläre militärische Organisation werde mit Artillerie, Panzer etc. Er verlange auch eine eigene Luftwaffe.“ Göring werde seines Amtes als Luftwaffenchef enthoben und an die Stelle Keitels treten. „Göring habe zuviel Macht in seiner Hand.“ Die „englischen Rundfunksendungen in deutscher Sprache seien sehr wirkungsvoll. Es wäre wünschenswert, noch mehr harte Reden auszustrahlen mit der Herausstellung der Stärke der britischen Wiederaufrüstung, des Wechsels in der

englischen öffentlichen Meinung etc. etc.". In der Partei erwarte man den Zusammenbruch Frankreichs, große Hoffnungen werden auf Flandin und Bonnet gesetzt, die sich offen Ribbentrop verpflichtet hätten. Über diese Entwicklung, so berichtet Vansittart, seien unsere „Freunde in Deutschland äußerst deprimiert. Sie fürchteten, daß das Chamberlain-Kabinett nicht rechtzeitig einen starken Kurs einschlagen werde. Wenn Frankreich faschistisch würde, dann werde die Kontinentalsperre in Frage gestellt."

Das deutsche Transportsystem sei schlecht und die Westbefestigungen noch nicht fertig. Frankreich werde durch „Propaganda und Bluff entnervt". Aber England sollte nicht nur dem Bluff standhalten, „sondern selbst mehr bluffen". – Das waren die ewig gleichbleibenden Ratschläge der deutschen Verschwörer. Der deutsche Informant warnte auch vor einer möglichen Vereinbarung zwischen Hitler und Stalin und beendet seinen Bericht mit den dramatischen Worten: „Die unmittelbare Zukunft wird darüber entscheiden, ob unsere ganze Arbeit vergeblich war und nicht fortzuführen ist, oder ob wir endlich einen greifbaren Erfolg haben und den Wendepunkt in dem Schicksal unserer Zivilisation sehen. *Unsere Freunde* haben immer noch Hoffnung und fahren fort in ihrer Arbeit für ein solches Ziel." (FO 371/22964, C 1709, 7. 2. 1939, gez. R. Vansittart, abgezeichnet von Ingrim, Jebb, Roberts und Halifax.)

Einer der wichtigsten Verschwörer für England war der Staatssekretär v. Weizsäcker, der bekanntlich schon im September 1938 Halifax in einer Geheimbotschaft mitteilen ließ, daß Hitler im Falle eines Kriegsausbruches sofort beseitigt werde. Er erklärte jetzt, im Februar 1939, Temperly, dem damaligen Korrespondenten des „Daily Telegraph", daß seine eigene Stellung in Deutschland „sehr schwierig sei". In Erwartung des Putsches gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß es „in diesem Jahr zu keinem Krieg komme". (FO 371/22765, C 1979, 9. 2. 1939, Temperley an Cadogan.) Dem britischen Presseattaché in Berlin, R. F. Bashford, war von einem Deutschen aus der Umgebung des Reichsaußenministers erklärt worden, daß „Ribbentrop extrem antibritisch sei" und alles tue, um Hitler in diesem Sinne zu beeinflussen. Es sei ihm gelungen, Hitler davon zu überzeugen, daß die britische Politik immer antideutsch gewesen sei, und daß deshalb „England der Feind Nr. 1 ist". Bashfords Informant war Kordt, dessen Name handschriftlich in diesem Memorandum eingefügt ist. Kordt erklärte Bashford, daß die „Kriegsbegeisterung im deutschen Volk seit dem September nicht nur nicht zugenommen, sondern beträchtlich abgenommen habe". England müsse deshalb diesen „Mangel an Begeisterung unterstützen". Hitler habe im letzten September nur deshalb keinen Krieg gemacht, weil er gefühlt habe, daß das „Volk nicht hinter ihm stände". Auch jetzt fürchte er, der Bevölkerung „Gewehre auszuhändigen, weil sie sich vielleicht gegen ihn selbst richten würden". Strang schrieb an Ogilvie-Forbes, der ihm Bashfords Aufzeichnung geschickt hatte: „Diese Art der Berichte – über Gespräche mit Mitarbeitern von Ribbentrops persönlichem Stab – sind für uns sehr nützlich, und wir würden es begrüßen, wenn sie uns alles mitteilten, was ihnen in dieser Art über den Weg läuft." (FO 371/22980, C 1960, gez. R. F. Bashford, 30. 1. 1939.) Die Aufzeichnung Bashfords wurde außerdem von Kirkpatrick und Sargent abgezeichnet.

Es erscheint grotesk, daß die englischen Staatsmänner die Berichte des deutschen Verräters Kordt so ernst nahmen und immer mehr davon anforderten. Dies ist nur dadurch zu erklären, daß sie die Empfehlungen eines Kordt als Richtschnur für ihre Politik benötigten.

Deutschland wünscht den Frieden

„Den Eindruck vermeiden, als wollten wir die Deutsche Nation gegen ihre Führer aufwiegeln"

Mitte Februar hielt Henderson eine „friedfertige Rede" vor der Deutsch-Englischen Gesellschaft, deren Präsident der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha war. Nach dieser Rede brachte ihm Aschmann, Pressechef im Auswärtigen Amt, die Nachricht, daß England die Verdoppelung seiner Rüstungsausgaben bekanntgegeben habe, und fragte, wie er das mit seiner Friedensrede vereinbaren könne. Der Botschafter vermerkte dazu auf einem Zettel: „Der Frieden ist erst sicher, wenn England imstande ist, sich zu verteidigen" und gab die Erlaubnis, dies zu veröffentlichen. Hendersons Ausführungen über die „zwei großen Nationen Deutschland und England" gipfelten in der Erkenntnis: „Beide Seiten haben erkannt, daß eine Vergrößerung des gegenseitigen Handels notwendig ist. Die Leiter der deutschen und englischen Industrie werden in Kürze Verhandlungen beginnen. Wir werden diese Bemühungen natürlich mit größtem Interesse verfolgen." Er war überzeugt, daß Hitler mit dieser Passage seiner Rede einverstanden sei. Nach einem mehrmonatigen Urlaub war er nach Deutschland zurückgekehrt und hatte Ribbentrop mitgeteilt, er leide an Zungenkrebs, sei jedoch überzeugt, durch Radium-Behandlungen geheilt zu werden. Ribbentrop habe großes Mitgefühl gezeigt und sei freundlicher denn je gewesen. Er, Henderson, werde seiner Frau „Blumen schicken, um eine bessere Verständigung herzustellen". (FO 800/294, gez. Nevile Henderson, 16. 2. 1939.)

Vor diesem Essen, das die Deutsch-Englische Gesellschaft gab und an dem Ribbentrop nicht teilnehmen konnte, hatte Henderson in einem handgeschriebenen Brief Halifax noch einmal gewarnt, in öffentlichen Reden einen Unterschied „zwischen der deutschen Nation im Ganzen und ihren Führern zu machen".

Wenn dies nützen würde, so wäre er auch dafür. Aber, so fährt er fort:

„Die geschichtlichen Erfahrungen haben gezeigt, daß es im allgemeinen ein Fehler ist, in einem internen Kampf Partei zu ergreifen, weil solche Interventionen meistens das Gegenteil hervorrufen. Was auch private Personen sagen und tun mögen, so sollten wir mit allen Mitteln den Eindruck vermeiden, als ob wir die deutsche Nation gegen ihre Führer aufwiegelten, solange wir nicht endgültig davon überzeugt sind, daß von Hitler nichts anderes zu erwarten sei als Krieg. Ich bin nicht sicher, daß wir das heute sagen können ..." (FO 800/315, gez. Nevile Henderson, 8. 2. 1939.)

Gleichzeitig mit seiner Warnung an Halifax, sich zumindest nicht bei seiner Unterstützung der deutschen Verschwörer erwischen zu lassen, schrieb Henderson an seinen amerikanischen Kollegen, den Berliner Botschafter Hugh R. Wilson, der von seiner ostentativen Abberufung aus Berlin im November 1938 noch nicht aus Washington zurückgekommen war:

„Mein endgültiger Eindruck seit meiner Rückkehr vor einer Woche ist der, daß Deutschland den Frieden wünscht, und daß auch Hitler ihn wünscht. Ich sah G(öring) und Rib. kürzlich und auch noch andere, die mir alle denselben Eindruck machten. Wie die Lage auch im Dezember oder Januar gewesen sein mag, so betont doch jeder, daß alles besser geworden ist. Sollte Hitler allerdings zu weit gehen – off the deep end – oder wir Fehler machen wie am *21. Mai*, so ergäbe sich eine neue Lage. Aber ich glaube nicht an alle die Geschichten, wonach Hitler große Abenteuer plant. Militärisch und politisch ist er heute stärker als er nächstes Jahr sein wird und deshalb könnte man glauben, daß er dieses Jahr zuschlagen wird. Die dauernde Vergrößerung unserer militärischen Verteidigung ist die Antwort darauf, nicht die Panik eines Angsthasen. Die deutsche wirtschaftliche Lage ist äußerst schlecht, aber dem kann auf zwei Arten begegnet werden: Entweder ein politisches Abenteuer ... oder eine Rückkehr zu größerer Orthodoxie. Persönlich glaube ich, daß Hitler sich für letzteres entscheidet, und ich glaube, daß es für uns klüger wäre, ihn in dieser Hinsicht zu ermutigen, statt ihn zu entmutigen, indem wir Deutschland wie einen Paria behandeln. Eines ist ganz sicher: Man wird das Nazi-Regime nicht durch äußere Opposition stürzen ... Folglich sollten wir Deutschland nicht als Paria behandeln, wenn wir nicht wollen, daß es sich wie ein Paria benimmt." (Gez. Nevile Henderson, 20. 2. 1939. Hugh R. Wilson Nachlaß, Herbert Hoover Memorial Library, West Branch, Iowa, USA.)

Henderson lehnte die Politik seiner Regierung ab, weil sie Hitler offensichtlich zum Äußersten treiben sollte und weil sie auf gefährlichen Geheimverbindungen zu den deutschen Verschwörern beruhte. Ganz anders dachte Vansittart. In einem Brief vom 20. Februar an Halifax empfahl er, daß Chamberlain eine festere Front gegen die Achsenmächte aufbauen solle. Er stützte sich dabei auf den Brief eines deutschen Informanten, der in „enger Verbindung zum deutschen Generalstab stand und eine Wendung der politischen Lage wünsche". Dies aber könne nur durch eine Anzahl „wirklich starker Reden" von Chamberlain und Halifax erreicht werden. Die Zeit ist gekommen, unsere Haltung zu verstärken, „während

Deutschland offensichtlich zögert". Von seinen Geheimquellen habe er erfahren: „1. Daß das Ost-Abenteuer verschoben ist; 2. daß die Mobilmachung vom 15. Februar scheinbar vertagt wurde; 3. daß Mussolini seine Drohrede verschoben hat; 4. daß Hitler daran zu denken scheint, ein leichteres Spiel einzugehen und die Überreste der unglücklichen Tschechoslowakei verschlingen will." Diese Information stammte von Conwell-Evans, der gerade aus Deutschland zurückgekommen war.

Deutsche Informanten

Conwell-Evans, der in enger Verbindung zum deutschen Generalstab stand, hatte das „Offizierskorps" getestet, das im allgemeinen davon überzeugt war, daß England ebenso wie Frankreich „nicht das Risiko eines Krieges auf sich nehmen werde". Das deutsche Offizierskorps habe „keine große Meinung" von England und dies mache „eine wirkliche Opposition gegen Hitlers Politik unmöglich". Außerdem würde kein älterer Offizier sich das Recht nehmen, Hitler zu kritisieren, weil seit München nicht mehr bewiesen werden könnte, daß er einen gefährlichen Weg verfolge. Trotz dieser Haltung im Offizierskorps erhielt Conwell-Evans den folgenden Ratschlag:

„Der britische Premierminister soll die interne Opposition in Deutschland trotzdem so weitreichend aktivieren, daß für Hitler eine sehr bedrohliche Lage entstehe. Chamberlain soll klarer und energischer gegen die Erpressungen und Bluffs der Achsenmächte auftreten . . . Weiteres Nachgeben gegenüber den Piraten würde den Krieg oder die Demütigung unvermeidlich machen . . . Ihr Engländer habt unrecht, wenn Ihr sagt, daß der ‚Friede in München gerettet wurde'. Hitler und das Regime wurden gerettet, weil sie nicht gleichzeitig gegen Frankreich, England und die Tschechei kämpfen konnten, ohne sofort durch eine Revolution in Deutschland weggefegt zu werden. Als Neuestes kann ich berichten, daß die deutsche Regierung eine gewaltsame Auseinandersetzung mit Frankreich im Augenblick vermeiden will. Einmal wegen der Eisenbahntransportkrise und zum anderen, um Frankreich in Zweifel und Ungewißheit zu halten . . . und mit Hilfe der Flandin-Bonnet-Gruppe die Macht über das Land ohne Krieg zu erreichen." (FO 371/22765, C 2209, gez. R. Vansittart, 20. 2. 1939.)

Dieser Deutsche berichtete, daß „unser unberechenbarer Führer an einen Schlag näher der Heimat denkt, an eine Strafexpedition gegen Prag. Hierüber wird in hohen Stellen gesprochen." Zu einer Strafexpedition gegen Prag kam es nicht, sondern zu einer Einigung mit Hacha.

Churchill an Roosevelt: „Rührt die Kriegstrommel"

Bekanntlich war Roosevelt über die britischen Absichten voll ins Vertrauen gesetzt worden, so daß auch er mit einem Staatsstreich gegen Hitler rechnete. Am 27. Februar gab Churchill im Beisein seines früheren Sekretärs Robert Boothby einem William Stix Wasserman ein Interview, das H. A. Wallace, US-Landwirtschaftsminister, später US-Vizepräsident (1941–45), dem amerikanischen Präsidenten persönlich übersandte. Churchill begann die Unterhaltung mit einem Lob auf Roosevelt, der in seinen kürzlichen Erklärungen die Franzosen und Engländer ermutigt habe, eine festere Haltung einzunehmen. Churchill hatte das Gefühl, daß Hitler jetzt die „Höhe seiner militärischen Macht erreicht habe und von nun an im Verhältnis zu England und Frankreich schwächer werde. Deshalb sei es logisch, jetzt zu schlagen"! Die Franzosen würden nicht noch einmal, wie in München, den Diktatoren nachgeben. „Jetzt ist es an der Zeit, die französische Ehre wiederherzustellen." Was Chamberlain anginge, so sei er gezwungen, mehr und mehr der Churchillschen These zu folgen. Aber Chamberlain habe immer noch den entscheidenden Einfluß in England. Er könne auf die Stimmen der Frauen zählen und auf gewisse Anhänger, die ihm blind gehorchten. Er kontrolliere immer noch die Konservative Partei, und dies sei außerordentlich wichtig. Es bestehe im Augenblick mehr als eine 50%ige Chance für den Krieg. Der Kampf würde hauptsächlich im Mittelmeergebiet stattfinden. Im entscheidenden Augenblick werde Italien im Mittelpunkt der Kampfhandlungen stehen. *„Die Maginotlinie sei stark genug, um die Deutschen aus Frankreich herauszuhalten."* Hitler werde wahrscheinlich zuerst Rumänien angreifen. Die englisch-französische Suprematie zur See sei so groß, daß Italien vollständig eingeschlossen werden könnte. Dies werde eine weitere Belastung für Deutschland sein, weil es mit seinen begrenzten wirtschaftlichen Reserven den Verbündeten unterstützen müsse. Durch Luftangriffe könnten 50000 englische Frauen und Kinder getötet werden und die Vereinigten Staaten auf die Seite Großbritanniens bringen. Wahrscheinlich würden die Türkei, Rußland, Rumänien, Jugoslawien, Polen und sogar die Tschechoslowakei Verbündete der Westmächte werden. Hitler und Mussolini seien gezwungen, Expansionspolitik zu betreiben aus „Angst vor internen Schwierigkeiten". Am Ende der Unterhaltung ließ Churchill seinen Freund Reynaud grüßen und ihm ausrichten, daß niemand in England Bonnet schätze, besonders nachdem er erklärt hatte, daß Italien „berechtigte Beschwerden" habe. Man wisse nie, wo die Franzosen wirklich ständen,

nachdem sie die Tschechen verkauft hätten. Wäre es im Oktober 1938 zum Kriege gekommen, so wäre der Sieg leicht gewesen. Der Verlust von 40 tschechischen Divisionen und die Vollendung des Westwalls seien *nicht* durch die verbesserten Verteidigungsmaßnahmen Londons ausgeglichen worden, auch nicht durch die Luftwaffe.

Churchill empfahl Roosevelt, weiter die „Kriegstrommel zu rühren" und die Diktatoren zurechtzuweisen. Allein die Angst vor Amerika könnte Mussolini und Hitler zurückhalten. Franco sei ebenso imperialistisch wie die anderen Diktatoren, er wolle Marokko den Franzosen entreißen und halte die Demokratien für „verdorben und reif für den Untergang". Churchill brachte auch die Sprache auf Sir Horace Wilson, Chamberlains „alter ego", dessen Bewunderer er nicht zu sein schien. Wasserman, Churchills Gesprächspartner, sah in ihm eine „Art englischen Kardinal Richelieu". Mit seinem Einfluß auf Chamberlain und die Regierung spiele Wilson „ein ziemlich trügerisches Spiel". (Gez. William Stix Wasserman, 27. 2. 1939, Wallace an F. D. R. Agriculture-Department, Washington. F. D. Roosevelt Nachlaß. PSF: Agriculture, Hyde Park, New York/USA.) Anfang März meldete sich auch Rauschning erneut in London. Er sagte nicht viel Neues mit der Ausnahme, daß die USA helfen müßten. (FO 371/22966, C 2680, Brief des Prof. Ernest Barker an Butler, 1. 3. 1939.)

Vansittarts Mittelsmann: Professor Conwell-Evans

Ende Februar kam der ganz spezielle Agent Prof. Conwell-Evans aus Deutschland zurück und verfertigte ein Memorandum, das Vansittart dem Staatssekretär Halifax vorlegen wollte. Alles, was Conwell-Evans zu berichten hatte, stammte natürlich aus dem deutschen Verschwörerkreis. Hitler und Ribbentrop seien gegenüber England „feindlicher denn je eingestellt". Hitler würde am liebsten eine „Politik der Chinesischen Mauer" verfolgen, um die Immunität seines Volkes gegen die westlichen demokratischen Einflüsse abzusichern. Hitler beabsichtige, Böhmen und Mähren eine Art Autonomie unter deutscher Oberhoheit zu geben. Er versuche, Frankreich von England zu trennen. Dies habe seine deutschen Freunde – die Verschwörer – in größte Furcht versetzt, besonders weil Bonnet dem französischen Außenministerium vorstehe.

Viele deutsche Industrien seien dem Zusammenbruch nahe, ebenso das Eisenbahnsystem, dem 3000 Lokomotiven und 30000 Waggons fehlten. Conwell-Evans sei von den „gemäßigten deutschen Beamten", die noch im Dienst seien, und von Wirtschaftsführern gedrängt worden, daß „S. M. Regierung in ihrer Haltung gegen Deutschland fest bleibe". Franco habe Hitler mitgeteilt, daß er ihm für seine große Unterstützung danke, aber daß er im September letzten Jahres die Neutralität Spaniens habe erklären müssen. Hitler habe erwidert, daß er von Spanien nicht mehr als eine „wohlwollende Neutralität" erwarte. Über seine Gespräche mit Ribbentrop im Beisein von Hewel und Lorenz, den „Weizsäcker als Nachfolger vorgesehen habe", berichtet Conwell-Evans natürlich nur Negatives. Ribbentrop zeige keine Dankbarkeit gegenüber Chamberlains vorjährigen Bemühungen, sondern erkläre im Gegenteil: „Ohne die Einmischung Englands hätte die tschechische Frage zu keiner Krise geführt." Er habe die italienischen Gebietsforderungen unterstützt und werde allmählich „größenwahnsinnig". Dagegen seien die „Gemäßigten" im Auswärtigen Amt und die Vertreter der Schwerindustrie sehr darauf bedacht, Freundschaft mit England zu schließen.

Dann übt Conwell-Evans an Sir Nevile Henderson scharfe Kritik. „Deutsche Wirtschaftsführer von Gewicht meiden den Botschafter und sagen ihm nichts von dem, was sie mir sagen." Henderson habe keinen Kontakt mit den „wirklichen Deutschen, von denen so viele meine langjährigen Freunde sind". – Conwell-Evans' „wirkliche Deutsche, die noch im Dienst waren", gehörten zum Verschwörerkreis. – Zum Schluß betont Conwell-Evans nochmals, daß seine „Freunde in offiziellen Positionen in einer Atmosphäre des Terrors leben. Deshalb sei die größte Geheimhaltung dieses Memorandums notwendig." (FO 371/23006, C 2762, 24. 2. 1939, von Vansittart an Halifax geschickt.) Vansittart empfahl auch Halifax die strengste Geheimhaltung des Namens von Conwell-Evans, weil alle dessen Informanten ihm persönlich bekannt seien. Halifax jedoch ordnete eine Untersuchung an, ob es stimme, daß in der deutschen Armee und Luftwaffe jeder Urlaub gesperrt worden sei. Das englische Kriegsministerium wußte nichts davon und glaubte, daß es sich um „Geschichten" handele, die auf „schlecht begründeten oder unvollständigen Informationen beruhten". (FO 371/23006, C 2462 u. DBFP IV, p. 238 Anm. 4.)

Die verfälschte Ribbentrop-Ansprache vor deutschen Offizieren

Am 9. März 1939 übersandte Vansittart einen Geheimbericht voller Unwahrheiten über Ribbentrops Januar-Ansprache vor deut-

schen Offizieren. „Hitler sieht England als seinen Hauptgegner an ... In seinem Versuch, die Welt zugunsten Deutschlands neu zu verteilen, wird er Großbritannien isolieren. Er wird Frankreich auf die Achse Deutschland–Italien–Spanien zwingen. Der Kampf um die Weltherrschaft wird zwischen den westlichen Demokratien und der Antikomintern-Gruppe ausgefochten werden. Im Hinblick auf die kommende Reise des Oberst Beck nach London wird der Führer sich nicht durch die britische Diplomatie langsam schachmatt setzen lassen." Vansittart memorierte weiter, Ribbentrop habe betont, daß Hitlers Außenpolitik in ihrer „Brutalität" rasch die schwächeren und altmodischen britischen Methoden beseitigen und Englands Prestige in Ost- und Südost-Europa zerstören werde. Der Führer habe dem tschechischen Außenminister Chwalkowsky bei seinem kürzlichen Besuch erklärt, daß er der Unzuverlässigkeit der Prager Außenpolitik ein Ende machen werde. Als Garantie einer zukünftigen deutschfreundlichen Politik müßte der tschechische Goldvorrat der Reichsbank übergeben werden. Die großen Prager Banken müßten eine deutsche Regierungsanleihe von ungefähr einer halben Milliarde Mark zeichnen. Die tschechischen Kampftruppen müßten eingeschränkt und gewisse tschechische Befestigungen der deutschen Armee übergeben werden. Sollte Prag diesem nicht zustimmen, so werde ihm ein „kurzfristiges Ulitmatum" gestellt. Ribbentrop habe hinzugefügt, daß an einen „aktiven Kampf der Westmächte nicht zu denken sei"! Einwendungen könnten höchstens von Polen oder Rumänien kommen. „Italien, Deutschland und Spanien würden eine politische Offensive gegen Frankreich beginnen." Sollte sich Franco gegen diese Neuordnung Europas stemmen, so werde er beseitigt werden.

Alle diese Forderungen, so habe Ribbentrop gesagt, sollten „sehr scharf und provokativ gestellt werden". Dann käme es möglicherweise zu einem Bürgerkrieg, in dem Mussolini *seine* Ansprüche an Frankreich geltend machen könnte. Das einzige Heil für Frankreich liege in der Person von Caillaux, „der England hasse und nichts mehr wünsche als ein neues Europa unter der Führung von Adolf Hilter und unter Ausschluß von Großbritannien". In diesem Zusammenhang, so habe Ribbentrop erklärt, könne Deutschland ohne Gewaltanwendung Frankreich von England trennen. Die neuen Waffen seien die „intellektuellen Kräfte, in denen der Klassenhaß eine führende Rolle spiele. Im Vordergrund stünde die Propaganda. Diese werde durch Rundfunksendungen in englischer und französischer Sprache die Westmächte zermürben." Unter dem Slogan „Arbeiter aller Länder vereinigt euch" werde immer und immer wieder

betont werden, „daß nur das kapitalistische System für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sei". So werde Adolf Hitler „der Trommler von Europa werden, um ein neues Europa, vielleicht ohne Krieg, aufzubauen, genauso wie er ein neues Deutschland ohne Schwertstreich gegründet habe". Ribbentrop soll seinen Zuhörern versichert haben, daß alle Forderungen „der Anti-Komintern-Mächte auf dem gesunden Menschenverstand beruhten, weil sie nur einen legitimen Ausgleich erstrebten zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden. Nur auf diese Art könnte der Frieden erhalten bleiben." (FO 371/22966, C 3097, Halifax übersandt von Vansittart am 9. 3. 1939.)

Sir John Simon ließ sich durch diese offensichtliche Fälschung der Ribbentrop-Ansprache nicht täuschen, sondern schrieb am 13. März an Halifax:

„Es fällt mir immer schwer, diese auf unsere Zermürbung abzielenden Dokumente als wahr anzusehen. Ribbentrop & Co. müssen sehr ungeschickt sein, wenn sie ihre schlimmsten geheimen Absichten dem deutschen Generalstab nicht übermitteln können, ohne daß die ganze Sache durch einen ‚Ohrenzeugen' verraten wird. Ich kann die sehr detaillierte Information nicht vergessen, die von Quellen stammte, die als ebenso *zuverlässig* wie *anonym* bezeichnet wurden im Hinblick auf das, was in diesem Monat März geschehen werde. Wie dem auch sei, auch wenn die Nachrichten im Dokument nicht wahr sind, so sind sie auf alle Fälle die Art von Nachrichten, die jene uns glauben machen wollen, die fürchten, daß wir *zu freundlich mit Hitler sein könnten.*" (FO 800/315, 13. 3. 1939, gez. John Simon.)

Simon erkennt hier sehr klar, daß alle diese nervenaufreibenden Dokumente aus dem deutschen Verschwörerkreis stammten, der England ständig drängte, mit Deutschland hart zu verfahren. Da Ribbentrop das nicht wußte, konnte er nicht verhindern, daß durch verräterische Umtriebe in seiner Umgebung und im deutschen Generalstab seine Rede in völliger Verzerrung den Engländern übermittelt wurde, genauso wie es mit seinem Bericht A 5522 durch Kordt geschehen war.

Simons grundsätzliche Kritik an allen Berichten von geheimen „Quellen" bezog sich nicht nur auf den gefälschten Inhalt dieser Ribbentrop-Rede, sondern auch auf ein Memorandum von Anthony Rothschild. Dort werden alle Gerüchte wiederholt, die das Foreign Office täglich erhielt, sei es die Besetzung der Schweiz oder Hollands im Frühjahr 1939, zusätzlich einer Ergänzung, die Ribbentrop mit Caillaux in Paris ausgehandelt haben soll: Frankreich erhalte zum Ausgleich für seine Gebietsabtretungen an Italien die Französische Schweiz und den wallonischen Teil von Belgien. Der Rest Bel-

giens käme an ein „Greater Holland" unter flämischer Führung. Die deutsche Schweiz werde dem Reich angeschlossen und die italienische Schweiz dem italienischen Staat. (FO 800/315, Sir John Simon an Halifax, 13. März 1939.)

Die Verschwörer sind bereit

Zu den täglichen Berichten Vansittarts an Halifax gehört auch ein „geheimes" Memorandum von einer der „am besten unterrichteten und allerzuverlässigsten Quellen für Informationen aus Deutschland", das vermutlich von Conwell-Evans stammt und am 8. März an Halifax gesandt wurde. Wieder wird gemeldet, daß Italien einen „Coup" gegen Korsika und Tunis mit Hilfe deutscher Truppen in nächster Zukunft beabsichtige. Deutschland plane eine Invasion Hollands, um von dort aus Belgien und Frankreich zu besetzen. Der Zeitpunkt, an dem die deutschen Truppen marschbereit sein sollen, sei ursprünglich für „Anfang Februar festgelegt worden, dann später für den 20. Februar, wieder umgeändert auf den 28. Februar, und jetzt sei die Zero-Stunde Mitte März". Auch der Verräter Wiedemann kommt in Conwell-Evans Geheimschrift zu Worte: „Hitler zeigt einen brennenden Haß gegen Roosevelt, weil er der einzige Staatsmann ist, der ihn durchschaut hat." Dann gibt Conwell-Evans einen persönlichen Ratschlag für die Unruhen in der Rest-Tschechoslowakei:

„Es gibt nur einen Weg, die Krise zu lösen: Hitler muß mit einer Mobilisierung und einem Ultimatum konfrontiert werden, sobald er den ersten Schritt tut. Das deutsche Volk darf keine Minute im Zweifel gelassen werden über die britischen Kampfabsichten, sonst besteht die ernste Gefahr, daß die Militärkreise in Deutschland, die nur mit den größten Bedenken eine Kraftprobe in Westeuropa eingehen werden, von der Schwäche Englands überzeugt sind, die Hitler ihnen immer wieder einredet. Im Falle der Mobilmachung können Sie sich mit Sicherheit darauf verlassen, daß der erste Tag der Mobilmachung der Anfang der deutschen Zersetzung von *innen heraus* bedeuten wird, wenn nur die Westmächte eine absolut feste Haltung zeigen. Diese Zersetzung wird ein militärisches, wirtschaftliches und moralisches Ausmaß erreichen, daß die Westmächte danach nicht mehr verstehen können, jemals Angst vor diesem gigantischen, aber vollständig hohlen Gespenst (bogey) gehabt zu haben." (FO 371/22966, C 3096, 8. 3. 1939, Vansittart an Halifax.)

Dieser Geheimbericht wurde von Kirkpatrick, Sargent, Jebb, Ingrim und Roberts gelesen und abgezeichnet. Letzterer notierte handschriftlich: „Viele der Feststellungen stimmen nicht ganz, z. B.

sidered the British people were decadent and destined to perish. His experience of Mr. Chamberlain and his associates had strengthened him in this view. Hitler further told Kepler that he thought he could easily hoodwink Mr. Chamberlain to his own advantage, whereas later in a talk with Captain Wiedemann Hitler showed a burning hatred of Roosevelt because he said he was the only statesman so far who had seen through him. The orders to the press are that Mr. Chamberlain is to be treated in a friendly manner so long as he speaks or acts in the sense of the Munich Anglo-German Declaration, but as soon as Chamberlain should speak firmly in a different sense the whole German press must criticise him sharply. It is interesting to record that the German translation of the English book entitled "The Chamberlains" by Sir Robert Petrie was given an excellent press at first, but recently the publishers received directions from the Propaganda Ministry in Berlin to stop the favourable criticisms and discourage sales.

One thing should be carefully borne in mind as regards the question of armaments, and that is that Hitler with his present warped mentality is firmly convinced that all the British statements regarding the size and condition of British rearmament are bluff.

Might I finally, as a great friend of Britain, add a word of my own. I feel there is only one way of solving the crisis, and that is to confront Hitler with a mobilisation and an ultimatum as soon as he makes his first move. The German people must not be left for one minute in dou-

Aus dem Dokument FO 371/22966, C 3096, 8. März 1939

Truppenzusammenziehungen bei Klagenfurt, Khaki-Uniformen für deutsche Kolonialtruppen etc., aber das allgemeine Bild mag trotzdem wahr sein." Dieses Conwell-Evans-Memorandum wurde einem Vertreter Mortons vom I. I. C. übergeben, „weil eine weitere Verbreitung durchaus wünschenswert ist".

Vierzehn Tage später hatte Vansittart immer noch keine Antwort von Halifax auf dieses Memorandum von Conwell-Evans erhalten. Er schrieb daher am 13. März erneut und verlieh den Empfehlungen der deutschen Verschwörer größeren Nachdruck: Die deutsche „Aktivistengruppe" sei bereit, jedem Befehl für einen hoffnungslosen Krieg Widerstand zu leisten. „Mehrere Offiziere seien ihm *namentlich* genannt worden." In Deutschland sei eine große Veränderung vor sich gegangen und eine neue „Moral" entstanden. Die jetzige „moralische Führerschicht" bestehe aus einigen prominenten Persönlichkeiten der Kirche und der Armee.

„Die westlichen Demokratien haben keinen stärkeren Verbündeten als dieses moralische Erwachen. Das Hören der Rundfunksendungen von Straßburg und Luxemburg bedeute für Millionen eine Quelle der Hoffnung, Stärke und Freude. Die deutschen Aktivisten verlangten jedoch eine *klarere* und *stärkere* Herausstellung der britischen Absichten:

a) Der Entschluß der Demokratien, jeder weiteren Kriegsdrohung zu widerstehen.

b) Der Wille zur moralischen und praktischen Zusammenarbeit, um den Frieden zu erhalten.

c) Ein Aufruf an das deutsche Volk, daß es sicherlich Freunde finden werde, wenn es nach einer gewissen Übergangsperiode *auf seine militärische Stärke verzichten wird.* Das Wichtigste sei jetzt die enge Zusammenarbeit zwischen England, Frankreich und Amerika. In bestimmten Kreisen Deutschlands halte man Roosevelt für den besten Europäer. Aber auch Chamberlain genieße ein sehr großes Ansehen unter den Leuten, die gegenüber der Partei *feindlich* eingestellt sind". (FO 371/23006, C 3199, 13. 3. 1939. gez. Vansittart; m. Sp.)

Vansittart fügte seinem Bericht die letzten Geheimnachrichten hinzu, die er von einem Informanten erhalten hatte, der „am 10. März in *der Schweiz mit einem Ministerialdirektor des deutschen Kriegsministeriums sprach"*. Dieser berichtete, daß Böhmen und Mähren zwischen dem 12. und 19. März besetzt würden. Die deutsche Regierung und „dieses Mal auch die Armee und der Generalstab seien überzeugt, daß England sich keinesfalls einmischen und deshalb auch Frankreich nichts Militärisches unternehmen werde". Mussolini werde stillhalten. Gefragt, was England und Frankreich nach einer *„gewaltsamen Besetzung* der Resttschechoslowakei" tun sollten, „um Hitler am besten vor seiner eigenen Nation zu *diskreditieren"*, habe der deutsche Ministerialdirektor aus dem Kriegsministerium geantwortet:

„Sollten nach der Besetzung von Prag und anderer Punkte durch die deutsche Armee auf Hitlers Befehl hin England und Frankreich keine eindeutigen Schritte unternehmen . . . so werden das deutsche Volk und die aktive sowie latente Opposition jeden Mut und Initiative verlieren. Ich halte die folgenden Schritte für das Minimum dessen, was das deutsche Volk erwartet:

1. Scharfe Angriffe in der Presse und im Radio auf Hitler, der dauernd sein Wort bricht und vor der ganzen Welt erklärt, daß er nach der Annexion der sudetendeutschen Gebiete keine weiteren territorialen Forderungen in Europa erheben will. Diese Denunziation wird, geschickt verwoben mit den Tatsachen, einen großen Eindruck machen, wenn sie vom britischen Premierminister verkündet wird.

2. Die britischen und französischen Botschafter und möglichst auch der amerikanische Botschafter sollten aus Berlin zurückgerufen und alle laufenden Verhandlungen abgebrochen werden . . . Der Reichsregierung dürfen durch Großbritannien keine Kredite gewährt werden, weil man sie als eine Schwäche Englands ansehen würde." (FO 371/22966, C 3234, 13. 3. 1939. Gez. R. Vansittart.)

In dem gleichen Dokument fordert der Verschwörer aus dem Kriegsministerium, Chamberlain solle in einer Rede erklären, daß Hitler den Münchner Vertrag zerrissen habe (a. a. O.). Chamberlain aber befolgte diese Weisung *vorerst* nicht, sondern erklärte nach Abschluß des Hitler-Hacha-Paktes, daß durch diese Regelung das Münchner Abkommen *nicht* gebrochen worden sei. Er sollte solange wie möglich als der Freund Deutschlands dastehen. Diese Verquikkung der beiden Forderungen der deutschen Verschwörer brachte die britische Regierung offensichtlich in Verlegenheit. Man überlegte sich im Foreign Office, wie Chamberlain, *nachdem* er am 15. März *öffentlich* zum Ausdruck gebracht hatte, daß die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren kein Bruch des Münchner Abkommens sei, nun doch das Gegenteil behaupten könnte. Für Chamberlain war das kein Problem. Er sagte am 17. März genau das Gegenteil von dem, was er zwei Tage zuvor der Welt erklärt hatte!

Vom Hacha-Besuch bis zur britischen Polen-Garantie

Die Resttschechoslowakei im März 1939

Die Lage in der Tschechoslowakei war nach der Abtretung des Sudetenlandes keineswegs geklärt. Auch die anderen in diesem Staate lebenden Nationalitäten strebten nun nach Autonomie und Selbständigkeit, wie es Hitler schon in seinem ersten Berchtesgadener Gespräch Chamberlain vorausgesagt hatte. Eine autonome slowakische Regierung wurde von Dr. Tiso bereits am 6. Oktober 1938 in Preßburg gebildet, die von der Prager Zentralregierung unter dem unmittelbaren Einfluß des Münchner Viermächteabkommens gebilligt wurde. Kurz darauf wurde auch in der Karpato-Ukraine eine gleichfalls von Prag anerkannte autonome Regierung gebildet.

Die wirtschaftlichen Probleme der Resttschechoslowakei gestalteten sich immer schwieriger, weil die wertvollen Sudetengebiete fehlten. Schon im Februar 1939 hatte sich der Slowakenführer Prof. Tuka ohne Zutun von deutscher Seite an Adolf Hitler gewandt und in einer von ihm erbetenen Unterredung erklärt, ein weiteres Zusammenleben der Slowaken mit den Tschechen sei wirtschaftlich und moralisch unmöglich. Tuka sagte wörtlich: „Ich lege das Schicksal meines Volkes in Ihre Hände, mein Führer. Mein Volk erwartet von Ihnen seine volle Befreiung." Die darauffolgenden Verhandlungen zwischen Prag und Preßburg verliefen ergebnislos und verschärften sich schließlich durch die Aufstellung eines neuen slowakischen Kabinetts unter Sidor am 11. März 1939. Bei den nationalen Slowaken stieß das neue Kabinett auf Ablehnung und Widerstand. Die Tschechen gingen unter *Einsatz von Prager Militär* und mährischer Polizei gegen die demonstrierenden Slowaken vor. Es kam zu Gewaltakten und Verhaftungen. Daraufhin setzte sich der bisherige Ministerpräsident Tiso mit der deutschen Regierung in Verbindung und kam am 13. März nach Berlin, um in Anwesenheit Ribbentrops mit Hitler zu sprechen. Während der Verhandlung wurde gemeldet, daß die Ungarn in die Karpato-Ukraine einzumarschieren drohten, was sie schließlich am 14. März taten. Am gleichen Tage verkündete Tiso in Preßburg die Unabhängigkeit der Slowaken, und am Tage darauf, dem 15. März, richtete Tiso das Ersuchen an Hitler, den Schutz des slowakischen Staates zu übernehmen. Dieser Schutzvertrag wurde am 23. März 1939 ratifiziert.

Einen Tag vor der Selbständigkeitserklärung der Slowaken hatte der Foreign-Office-Beamte Roberts am 13. März ein „Gutachten über die Lage der britischen Regierung im Hinblick auf die slowakische Krise" verfaßt. (DBFP IV, No. 230.) Roberts geht darin auf die unbefriedigende Situation der Slowaken innerhalb der Resttschechoslowakei ein und stellt fest, daß es dort „bis vor kurzem *keine* Anzeichen einer deutschen Intervention gegeben habe, sondern daß im Gegenteil Berlin im Wiener Schiedsspruch wertvolle slowakische Gebiete an Ungarn gegeben hätte". Hitler habe bis heute Dr. Tisos „flehentliche Bitte" um Unterstützung unbeantwortet gelassen. Roberts warnt vor einer Einmischung Englands in die Fragen der Resttschechoslowakei, weil eine Änderung in diesem Staat eine „interne konstitutionelle Frage sei, mit der wir direkt nichts zu tun haben"! Sollte Deutschland einen Angriff vermeiden, so habe die britische Regierung keinen *locus standi,* d. h. keine rechtliche Möglichkeit, Hitler von friedlichen Vereinbarungen mit den Slowaken oder den Tschechen abzuhalten.

Dies ist eine entscheidende Feststellung, denn bekanntlich hatten die deutschen Verschwörer laut den Memoranden von Conwell-Evans und anderen Agenten ihre Ratschläge an die Engländer stets unter der Voraussetzung gegeben, daß es zu einer *gewaltsamen* Besetzung der Resttschechoslowakei kommen werde.

Nach der Selbständigkeitserklärung der Slowaken erbat der Staatspräsident Hacha durch seinen Außenminister Chwalkowsky am 14. März eine „persönliche Unterredung" mit Hitler. (DdP 7, S. 498.) Am Abend des gleichen Tages ließ Chamberlain an Henderson telegrafieren, er möge der deutschen Regierung *sofort* mitteilen, daß sich die britische Regierung *„nicht* unnötigerweise in Angelegenheiten einmischen wolle, an denen vielleicht andere Regierungen *unmittelbarer interessiert seien als England".* (DBFP IV, No. 247.) Der Botschafter ging noch in dieser Nacht in die Wilhelmstraße und teilte dort das *offizielle englische Desinteressement* an den bevorstehenden Vereinbarungen zwischen Hitler und Hacha mit. (DBFP IV, No. 232.)

Ohne die Verwirklichung der Garantie der Westmächte und ohne die zugesagte Weitergewährung der „französischen Anleihen" war Hacha in so große politische und wirtschaftliche Bedrängnis geraten, daß er die Selbständigkeitserklärung der Slowaken und den Ansturm der Ungarn nicht verhindern konnte. Von England und Frankreich im Stich gelassen, sah er daher am 14. März 1939 keinen anderen Ausweg, als den Anschluß an Deutschland zu suchen, wenn er nicht unter sowjetischen Einfluß geraten wollte. Mit Hachas Einverständ-

nis und der telefonischen Zustimmung seiner Regierung wurde am 15. März zwischen ihm und Hitler die Vereinbarung getroffen, Böhmen und Mähren als Protektorat dem deutschen Reich anzugliedern. In dem Hitler-Hacha-Pakt wurde festgelegt, daß kein Tscheche, weder im Frieden noch im Kriege, zum Militärdienst eingezogen werde, und diese Bestimmung galt auch während des ganzen Zweiten Weltkrieges. Hacha blieb bis zum Einmarsch der Sowjetarmee Staatspräsident und starb am 1. Juni 1945 in einem Prager Gefängnis.

Nach Abschluß des Paktes erklärte Chamberlain, wie bereits ausgeführt, am 15. März 1939 folgerichtig, diese Regelung stelle *keinen* Bruch des Münchner Abkommens dar und die britische Regierung sei *nicht* mehr an ihre Verpflichtungen gegenüber der Resttschechoslowakei gebunden. Der Premierminister sagte wörtlich:

„Dieser Staat, dessen Grenzen zu garantieren wir *beabsichtigten*, zerbrach von innen heraus und fand so sein Ende." (Hohlfeld, Bd. 5, Dok. 8, S. 24.)

Gleichzeitig brachte auch Halifax dem französischen Botschafter Corbin in London seine Genugtuung über die Prager Ereignisse zum Ausdruck, weil dadurch die „etwas *peinliche Verpflichtung* der englischen Garantie zu einem natürlichen Ende gebracht worden sei". (DBFP IV, Dok. 280.) In Frankreich waren manche verbittert über den Verlust dieses Verbündeten, der den Alliierten die „letzte Möglichkeit" geboten habe, gegen Deutschland vorzugehen. (Freund I, Dok. 1.) Da die britische Regierung keinen Protest erhob und auch nicht erheben konnte, griffen die Unzufriedenen im Foreign Office auf die Ratschläge zurück, die Vansittart bekanntlich drei Tage zuvor, am 13. März, Halifax vorgelegt hatte. Aufgrund des bereits zitierten Geheimberichtes von einem Ministerialdirektor des Kriegsministeriums in Berlin forderte Vansittart für den Fall, daß die „Deutschen entweder Prag besetzen oder die Tschechen in eine weitere Auflösung oder Leibeigenschaft treiben sollten", das Folgende:

1. Eine Erklärung des Premierministers und von Ihnen – Halifax –, daß Hitler den Münchner Vertrag zerrissen hat.

2. Die Zurückrufung von Sir N. Henderson – zu Konsultationen, wenn Sie wollen –, aber auf jeden Fall muß er wenigstens einige Monate wegbleiben.

3. Absage der Handelskommission nach Berlin. Es wird sowieso nicht viel dabei herauskommen, aber für uns wäre es eine Erniedrigung nicht nur in Europa, sondern auch in den Vereinigten Staaten, wenn wir jetzt – sollte der Coup diese Woche stattfinden – diesen Kriminellen eine solche Delegation schickten, deren Hände noch blutig sind und die uns gerade vor der ganzen

Welt in unsere entsetzten Gesichter geschlagen haben. Ich möchte wiederholen, daß die Wirkung auch auf Mussolini ernst und gefährlich sein könnte.

Zu dieser Schlußfolgerung bin ich unabhängig gekommen, aber ich freue mich jetzt, daß sie sich genau mit den *Ansichten hoher deutscher Beamter deckt*. Siehe angeheftetes Memorandum." (FO 371/22966, C 3234, 13. 3. 1939, gez. Vansittart.)

Vansittarts „hohe deutsche Beamte", die seine Ansichten teilten, waren die Verschwörer, die den britischen Premierminister zwangen, den „Rubikon" zu überschreiten und die tragische „Wendung" in der britischen Politik vorzunehmen, die den Krieg unvermeidlich machte. Er sollte die Erklärung abgeben, daß Hitler das Münchner Abkommen zerrissen habe. Der Botschafter in Berlin sollte zurückgerufen und alle laufenden Verhandlungen abgebrochen werden. Deshalb mußte Chamberlain ein zweites Mal sprechen, um diese Forderungen der deutschen Verschwörer zu erfüllen. Schon am 16. März wurde Vansittart zum sowjetischen Botschafter Maisky geschickt, um ihn über die „Wendung in der britischen Politik zu unterrichten, die die Birmingham-Rede bringen werde". (Colvin, Vansittart . . ., p. 294f.)

Einen Tag später, am 17. März, hielt Chamberlain tatsächlich die von den deutschen Verschwörern geforderte Rede in seiner Geburtsstadt Birmingham. Auf Vorschlag der deutschen Kreise sagte er dort genau das Gegenteil von dem, was er am 15. März öffentlich erklärt hatte. Eingangs *entschuldigte* er sich für seine Reisen nach Berchtesgaden, Godesberg und München, wobei er zugab, daß die Tschechoslowakei auch nach einem siegreichen Krieg niemals mehr in der Versailler Form aufzurichten wäre. Dann ging er dazu über, die deutsche Regierung wegen des Hitler-Hacha-Paktes, den er nicht nur *im voraus*, sondern auch *nach* dem Abschluß gebilligt hatte, zu beschuldigen, weil er – Chamberlain – „als Mitunterzeichner des Münchner Abkommens nicht konsultiert worden sei". Dabei verschwieg er der Weltöffentlichkeit, daß er selbst es war, der eine solche Konsultation nicht gewünscht hatte, als er am 14. März – noch vor der Abfahrt Hachas aus Prag – der deutschen Regierung *offiziell* erklären ließ, daß seine Regierung an den Berlin und Prag berührenden Fragen *nicht* interessiert sei"! In der Politik Chamberlains, der selbst eine Konsultation verhindert hatte, Deutschland aber gleichwohl beschuldigte, daß es ihn *nicht* konsultiert habe, muß „etwas nicht in Ordnung gewesen sein", wie Ribbentrop es Henderson schon gesagt hatte, als sich England im Sommer 1938 weigerte, der Autonomie für die Sudetendeutschen zuzustimmen. Weiter bezeichnete Chamberlain die „Loslösung des Sudetengebietes" als

eine *unangenehme Überraschung*, obwohl er selbst zehn Tage vor München, am 19. September 1938, zusammen mit Daladier die Benesch-Regierung zur freiwilligen Abtretung dieses Teiles der Tschechoslowakei gezwungen hatte. Dann stellte Chamberlain in seiner Rede vom 17. 3. 1939 die provozierende Frage an die ganze Welt, ob die Einigung zwischen Berlin und Prag der erste Versuch Hitlers sei, „die Welt durch Gewalt zu beherrschen". (Freund II, Dok. 9.)

Vansittart: „Katastrophal, wenn wir die deutschen ‚Gemäßigten' verlieren"

Kurz nach der Birmingham-Rede konnte Vansittart wieder mit einem Bericht der Verschwörer aufwarten, der seinem Freund Oberst Christie geschickt worden war. In seinem Begleitschreiben bittet er Halifax, besondere Aufmerksamkeit auf das „sinkende Ansehen der gemäßigten Deutschen" zu verwenden. Alles in dem Bericht sei wahr und von höchststehenden Persönlichkeiten bestätigt. Er werde Halifax „morgen deren Aussagen übersenden und deren Namen nennen". In dem undatierten Bericht eines Deutschen heißt es als Wichtigstes:

„Das Prestige der westlichen Demokratien ist heute im Reich sehr unzufriedenstellend. Die Invasion der Tschechoslowakei kam sicherlich sehr plötzlich, aber unsere Freunde in dem großen Kreis der gemäßigten Deutschen sind sicher, daß dieses Mal eine starke Gegenaktion durch Ihr Land und Frankreich folgen wird. Es ist wahr, daß Ihr Premierminister in Birmingham viel stärker *gegen* Deutschland sprach als früher, aber viele Teile seiner Rede waren völlig unüberzeugend. Z. B. als er erklärte, daß es kaum etwas gebe, das er nicht für den Frieden opfern würde, mit einer Ausnahme – die Freiheit Großbritanniens. Unsere Freunde sind der Ansicht, daß hinter solchen Worten eine ganze Serie von neuen München gerechtfertigt werden könnte, bis Großbritannien schließlich selbst an der Reihe sei . . . Unnötig zu sagen, daß sowohl Hitler als auch Ribbentrop ganz davon überzeugt sind, daß *England, komme was wolle, nichts tun werde*, solange seine eigenen Interessen nicht verletzt werden. Deshalb, mein Freund, müssen Sie erkennen, daß das Mißtrauen gegenüber den Absichten Ihres Landes in dem großen Block der gemäßigten Deutschen täglich wächst . . .

Sollten Sie und Frankreich nicht fest zusammenhalten und sofort eine entschlossene Haltung gegen die schiedsrichterliche Gewalt der Diktatoren einnehmen, dann werden Sie sehr bald den völligen Zusammenbruch unseres *großen Verbündeten* in Deutschland, der *gemäßigten Gruppe*, erleben. Diese wird sich dann ihrem Schicksal ergeben und Hitlers Werk als eine unabwendbare Notwendigkeit ansehen, bestimmt, um die Ordnung des Staates und der Gesellschaft zu liquidieren, die sich als degeneriert und existenzunfähig erwiesen hat. Ich warne Sie in voller Aufrichtigkeit, daß die einzige Möglichkeit zur Vermeidung eines allgemeinen Krieges darin besteht, daß Sie sofort einen aktiven Weg sowohl wirtschaftlich als auch politisch *gegen* Hitler einschlagen. Die entscheidende Bedingung für eine solche Politik besteht darin, dem Reich von allen Seiten aus entgegenzutreten – to face up –. Glauben Sie mir, unsere Freunde, die Gemäßigten in Deutschland, fürchten sehr, daß Sie keine wirklich entschlossenen Aktionen unternehmen werden oder daß es dann zu spät sein wird . . . Wir sind an einem sehr kritischen Punkt für Frankreich und England angelangt. Es ist keine Minute zu verlieren. Bis jetzt haben Sie nur gesprochen, aber keine starken Mittel angewandt. Wenn Sie nicht vollständig die Unterstützung in Deutschland verlieren wollen, wenn Sie tatsächlich die letzte Chance ergreifen wollen, um den allgemeinen Krieg zu vermeiden, dann müssen Sie solche Methoden anwenden, die die volle Verpflichtung Großbritanniens miteinbeziehen, einschließlich im besonderen die Einführung des allgemeinen Wehrdienstes . . ." (FO 371/22968, C 4495.)

Hierzu vermerkte Roberts: „Jetzt sollten die Gemäßigten wieder Mut fassen, aber ich fürchte, ihre Ansichten werden Hitler nicht erreichen." Kirkpatrick kommentierte: „Wir dürfen natürlich die Gemäßigten nicht entmutigen, obwohl es nur wenige gibt, und diese sind relativ machtlos. Aber wir werden keinen Vorteil aus der Ermutigung der Gemäßigten ziehen, weil wir Hitler gleichzeitig Nährstoff für seine antibritische Propaganda geben, die einen sehr großen Teil der Meinungen gewinnen wird." Hierzu vermerkt Cadogan: „Das ist das Dilemma!" Vansittart gibt diesem Bericht aus dem Verschwörerkreis noch besonderen Nachdruck mit den Worten:

„Es wird ganz katastrophal sein, wenn wir die deutschen *Gemäßigten* verlieren. Im Vergleich zu der Lage von 1914 hat sich fast alles zu unserem Nachteil verändert. Italien und Japan stehen auf der falschen Seite statt auf der richtigen, und durch die Gründung Polens haben wir eine wirksame russische Unterstützung verhindert . . . Zu den positiven Punkten können nur zwei Dinge gezählt werden: 1. Die verbesserte Lage in den Vereinigten Staaten, auf die wir uns jedoch nicht sofort stützen können. 2. Die Tatsache, daß Deutschland *nicht* geeinigt in den Krieg ziehen wird wie 1914, tatsächlich ist das Gegenteil der Fall."

Vansittart meint, daß Deutschland bei einem Kriegsausbruch durch die Verschwörer in zwei Lager auseinanderbrechen werde. Er beschwert sich über die frühzeitige Rückkehr des englischen und französischen Botschafters nach Berlin, weil das die „gemäßigten Deutschen anekeln und entmutigen müsse". (Gez. Vansittart, 27. 3. 1939. Das Dokument ist abgezeichnet von Sargent und Jebb.)

London: Hendersons Anwesenheit in Berlin „eine nationale Gefahr"

Kurz zuvor erhielt auch der Botschafter Phipps in Paris ein Memorandum von einer deutschen „Quelle, die sich bislang als vollkommen zuverlässig erwiesen hatte und die in engem Kontakt mit Göring stehe. Die Nachrichten seien bestätigt durch eine Person, die dem Vatikan sehr nahe sei", schrieb Phipps an Halifax. Danach sei es „Hitlers persönlicher Wunsch, unterstützt von Göring, Himmler, Ribbentrop, Goebbels und Reichenau, England noch vor Juni oder Juli den Krieg zu erklären. Die Armee jedoch mißtraue Hitler und werde nicht gegen England und Frankreich kämpfen, falls sie gewarnt würde. Diese Warnung muß aber klar und bestimmt sein. Die einzige Möglichkeit, die Armee davon zu überzeugen, daß wir es ernst meinen, ist die Zurückziehung der beiden Botschafter in Berlin mit einer sehr scharfen Begründung. Es ist keine Zeit zu verlieren. Die Armee stimmt mit Hitler *nicht* überein. Nachdem sie sich bisher in ihren Ratschlägen geirrt hat, muß sie jetzt durch etwas Greifbares und Eindrucksvolles überzeugt werden. Mein Informant glaubt, daß die Zurückziehung der Botschafter von den Deutschen als eine furchtbare Sache angesehen wird, die vielen die Augen öffnen würde." Zum Schluß seines Briefes bittet Phipps um die „allerstrengste Geheimhaltung seiner Mitteilungen. Sollten sie bekannt werden, würden die betreffenden Leute in Deutschland ihr Leben verlieren." Phipps hatte versprochen, den Namen seines Informanten „nicht preiszugeben", er dürfe nur soviel sagen, daß er ein „großer Bewunderer der Münchner Politik des Premierministers gewesen sei". (FO 800/315, gez. Eric Phipps, 17. 3. 1939. Diesen sehr geheimen Brief hatte Phipps selbst „getippt". Er ist abgezeichnet von Cadogan, Sargent und Halifax.)

Phipps' deutscher Informant hatte auch die Gelegenheit wahrgenommen, gegen den englischen Botschafter in Berlin zu intrigieren, indem er darauf drängte, „daß nichts geglaubt werden dürfe, was die Deutschen zu Henderson sagten". Das war der Einfluß von Vansittart, der Henderson mit seinem Haß verfolgte, weil der Botschafter den Frieden mit Deutschland anstrebte und nicht den Krieg! Die Geschichten und Gerüchte, daß Deutschland im Frühjahr 1939 die Schweiz, Holland und sogar England angreifen wolle, waren Erfindungen der Verschwörer, wie es in den vorzitierten englischen Geheimakten klar zutage tritt. – Das war keinem besser bekannt als Vansittart, aber er erklärte Halifax, daß er noch niemals „solchen gefährlichen Unsinn gelesen habe" wie in Hendersons Telegramm

vom 18. 2. 1939. (DBFP IV, No. 118 u. Anm. z. No. 197.) Henderson war zwar überzeugt, daß eines Tages die Memel- und Danzig-Frage und die der Resttschechoslowakei gelöst werden müsse, „aber Hitler wünsche den Frieden und werde nur dann Gewalt anwenden, wenn er dazu gezwungen würde". Mit Prag traf Hitler eine friedliche Lösung, die Hacha wünschte, weil das sowjetische Damoklesschwert über ihm hing und England und Frankreich sich als unzuverlässige Bundesgenossen erwiesen hatten. Vansittart vergleicht Henderson mit seinem speziellen Agenten Conwell-Evans. Dieser kenne z. B. Ribbentrop mindestens „zehnmal so gut" wie der Botschafter, denn Conwell-Evans sei während Ribbentrops Londoner Zeit „fast täglich in der Deutschen Botschaft gewesen". – Aber nicht bei Ribbentrop, sondern bei Erich Kordt, um in höherem Auftrag die Verschwörer-Pläne zu besprechen. – Vansittart fügte seinem Brief an Halifax ein Memorandum Conwell-Evans bei, das mit der „größten Aufmerksamkeit nicht nur von Ihnen gelesen werden muß, sondern auch von Ihren Kollegen, auf deren Diskretion Sie bauen können". Er unterstrich alle wichtigen Stellen in dem Bericht von Conwell-Evans, den er auf die gleiche Stufe mit Oberst Christie und sich selbst stellte, deren Meinungen im „völligen Widerspruch" zu denen von Henderson ständen. Er erinnerte daran, daß der Botschafter am 30. August 1938 „dem Kabinett erklärt hatte, daß sich Hitler noch zu nichts entschlossen habe, und daß wir deshalb nichts sagen oder tun sollten, was in irritieren könnte". Das Kabinett schloß sich der Ansicht „des Mannes an Ort und Stelle" an, aber nicht der unsrigen. Dies könnte vielleicht einmal geschehen, aber sicherlich nicht zweimal, nachdem das Ergebnis bekannt ist. – Nun, das Ergebnis war München, der große Triumph Chamberlains! – Vansittart bot am Ende seiner Haßtirade Halifax an, „ihm mündlich, aber nicht schriftlich die genauen Quellen zu geben, die ihn über die immer wieder veränderten Pläne informiert hatten, die der deutsche Generalstab im Hinblick auf Ost-, Südost- und Westeuropa erhalten habe. Die Nennung dieser Namen würden jeden weiteren Zweifel beheben." Vansittart schloß seinen Brief mit der Feststellung, daß „Sir Nevile Hendersons Anwesenheit in Berlin eine nationale Gefahr ist! Wenn er aber dort bleibt, so ist es entscheidend, a) daß er eine strenge Mahnung von hier erhält, solche Phantasien, mit denen er uns jetzt überhäuft, nicht zu schreiben, und b) daß das Kabinett sich wenigstens keine Illusionen über deren Wert macht, sonst wird es im Jahre 1939 ebenso irregeführt werden wie 1938 . . . Tatsache ist, daß Sir Nevile Henderson niemals am Ball war." (FO 371/23006, C 2762, gez. R. V(ansittart), 21. 2. 1939.)

Noch ein Agent: E. W. Tennant

Ein weiterer nützlicher Agent für London war E. W. Tennant, der über viele Beziehungen zur deutschen Industrie verfügte. Er schrieb am 20. März 1939 an R. Butler, Parlamentarischer Unterstaatssekretär im Foreign Office, um diesem „aufgrund seiner Kenntnisse Deutschlands" in der „gegenwärtigen ernsten Lage" Ratschläge zu geben:

„Wenn England jetzt fest bleibt, selbst wenn dies den Krieg bedeuten würde, so besteht eine gewisse Chance, daß in Deutschland eine Revolte ausbricht und Hitler gestürzt wird. Eine größere Anzahl Deutscher haßt Hitler, während sie Chamberlain loben und bewundern. Es ist allerdings von größter Bedeutung, daß von hier aus nichts getan wird, um Hitler zu helfen, sein Volk hinter sich zu sammeln. Die Herren Eden, Duff Cooper und Churchill müssen während der nächsten paar Tage oder Wochen daran gehindert werden, Artikel zu schreiben oder Reden zu halten, in denen die Deutschen beleidigt werden.

Wenn britische Exminister Hitler oder Deutschland angreifen, so ist das für die Nazi-Regierung ein absolutes Gottesgeschenk. Goebbels hat besonders die Bemerkungen dieser drei Männer, die die Deutschen als die wichtigsten Führer der britischen öffentlichen Meinung ansehen, in Schlagzeilen auf den ersten Seiten der Zeitungen gebracht . . . Sollte ein großer Krieg die bereits überarbeiteten und ermüdeten Beamten in Deutschland heimsuchen, so wird eine große Anzahl von ihnen physisch zusammenbrechen . . . Ich bin von der ehrlichen Hoffnung überzeugt, daß das augenblickliche Regime in Deutschland zusammenbricht, wenn dieses Land der jetzigen Streitfrage wegen mit einem großen Krieg konfrontiert wird." (FO 371/23006, C 4012, 20. 3. 1939.)

Das Foreign Office wurde im wahrsten Sinne des Wortes mit Berichten über die angeblich kurz bevorstehenden Angriffe Deutschlands überschüttet. Am 25. März erhielt Sargent einen Brief, in dem ein Deutscher namens Ulrich erklärte, daß „der Krieg im April oder Mai ausbrechen werde". Es sei Hitlers

„Ziel, zuerst Rumänien und dann die westlichen Demokratien anzugreifen. Deutschland wird versuchen müssen, den Krieg innerhalb von 6 Wochen zu gewinnen. Denn sein Öl wird nur für diese Zeit reichen, um einen intensiven Krieg zu führen, und die deutsche Nation wird nicht länger als 6 Wochen durchhalten. Italien wird wahrscheinlich die Achse verlassen, wenn es glaubt, daß unsere – Englands – militärische Macht genügt. Göring habe keinen Einfluß mehr, und Hitler höre nur auf Ribbentrop und Himmler." (FO 371/22967, C 42221, 25. 3. 1939. Diese Akte wurde von Jebb und Roberts gelesen.)

An dieser Stelle erscheint es angebracht, auf die Rolle und Stellung Himmlers hinzuweisen, da der Reichsführer SS immer wieder als einflußreich hingestellt wird, obwohl er doch in außenpolitischen Angelegenheiten so gut wie nichts zu sagen hatte.

Himmler war natürlich innerpolitisch sehr mächtig, und es wäre für ihn kraft seines Amtes jederzeit möglich gewesen, den engen Kontakt zwischen den deutschen Verschwörern und der englischen Regierung aufzudecken. Aber Himmler entdeckte nichts oder hat zumindest nichts davon gemeldet. Es ist unverständlich, daß dies bei den unzähligen Berichten möglich war, die die Engländer täglich erhielten. Sein späteres Verhalten bietet möglicherweise einen Ansatzpunkt, von dem aus sein Manövrieren zwischen den politischen Fronten entschlüsselt werden kann. Indizienbeweise sprechen dafür, daß das Attentat vom 20. Juli 1944 „für Himmler und manche seiner Untergebenen keine Überraschung war, weil sie die Pläne kannten und bewußt nichts dagegen unternahmen". (Über Himmlers Verhalten zum Gesamtkomplex „20. Juli 1944", Hedwig Maier: „Die SS und der 20. Juli 1944", Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1966, S. 299–316.)

Dr. Theodor Böttiger, der damals in London für den „Völkischen Beobachter" arbeitete, berichtete Mitte April 1939 über die Stimmung in England:

„Die Stellung Chamberlains ist seit der Eingliederung der Tschechei in das Reich außerordentlich geschwächt . . . Der albanische Coup hat den Schwächungsprozeß nur noch beschleunigt. Chamberlain selbst ist innerlich müde geworden. Er ist ja überhaupt mehr ein zäher Geschäftsmann als ein Politiker von unbeugsamer Härte und Entschlossenheit . . . Im Grunde ist ihm die Außenpolitik und erst recht alles Militärische fremd. Was ihn heute in der Hauptsache noch hält und noch lange halten wird, ist das Ansehen, das er seit September 1938 bei den breiten Massen genießt. Er gilt als der Mann, ‚der den Frieden erhält'. Das Verhältnis zwischen Premier und Außenminister ist von jeher merkwürdig gewesen . . . Für den aus dem mittleren Bürgertum kommenden Chamberlain ist der streng religiöse Landedelmann aus Yorkshire fast ein Wesen aus einer anderen Welt, bei dem er das Gefühl der Unterlegenheit niemals los wird . . . Wenn Chamberlain abtreten sollte, so würde es keinen anderen Premier geben als Lord Halifax . . . Der einzige ernste Widersacher ist Schatzkanzler Sir John Simon . . . Simon ist aber einmal zu intellektuell und dann auch wegen seiner menschlichen Kälte zu unbeliebt . . . Sein Rivale ist Sir Samuel Hoare, auch ein strenger Kirchenmann, aber menschlich unzuverlässig . . . Hore-Belishas Stellung ist prekär, seine Unbeliebtheit im Kriegsministerium und im Offizierskorps groß . . . Ob Churchill Aufnahme in das Kabinett finden wird, ist immer noch eine offene Frage . . . Von einem Haß gegen Deutschland im englischen Volk kann nicht die Rede sein . . . Vorläufig bluffen die Engländer immer in der Hoffnung, Zeit zu gewinnen." (Dienststelle Ribbentrop, Mitarbeiter-Berichte, Band I, gez. Th. Böttiger, handschriftlich, 26. 4. 1939.)

Lipski lehnt am 26. März 1939 Deutschlands Oktober-Vorschläge an Polen ab

Am 17. März 1939 hatte die britische Regierung die erfundene Behauptung des rumänischen Gesandten in London, Tilea, durch die Presse verbreiten lassen, Deutschland habe während der deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen ein *Ultimatum* an die rumänische Regierung gestellt. Die dadurch entstandene panikartige Stimmung in England wurde trotz des offiziellen Dementis des rumänischen Außenministers Gafencu *nicht* beruhigt. Dies lag auch nicht in der Absicht Chamberlains, dem selbst ein rein wirtschaftliches Fußfassen Deutschlands im Südosten Europas bekanntlich schon nach dem Anschluß Österreichs „das Blut zum Kochen gebracht hatte". Jetzt, nach dem Hitler-Hacha-Pakt, fürchtete er offensichtlich weitere friedliche Vereinbarungen des Reiches mit seinen östlichen Nachbarn – es konnte sich nur noch um die Danzig-Frage handeln –. Er kam zu dem Schluß, dies sei nur möglich entweder durch ein „Ultimatum oder durch einen *präventiven und prekären Krieg"!* (Feiling, p. 402.) Aber das *Alibi* eines scheinbaren Rechtes mußte sich Chamberlain erst verschaffen und gleichzeitig das Odium für die Schuld an einem solchen englischen Präventivkrieg auf Deutschland schieben. Deshalb war Chamberlains Lage so *prekär!* Am 19. März 1939 entwarf er *persönlich* eine Erklärung für die sogenannte kollektive Sicherheit Europas *gegen* Deutschland, zu deren Unterzeichnung die französische, polnische und sowjetische Regierung eingeladen wurde. Die Franzosen stimmten sofort zu, ebenso die Sowjets, die jedoch diesem neuen Bündnis, das propagandistisch „Friedensfront" genannt wurde, erst dann beitreten wollten, wenn der „Viererpakt" endgültig feststehe. Oberst Beck blieb die Möglichkeit, einen solchen Vertrag abzulehnen, wenn die UdSSR ihm beiträte. Diesen Standpunkt nahm er bekanntlich bis Ende August 1939 ein, denn er wollte den Armeen seines verhaßten Gegners den Durchmarsch durch sein Land nicht gestatten, da er mit Recht fürchtete, daß die bolschewistischen Truppen niemals wieder aus Polen abziehen würden.

Nach der Errichtung des Protektorats im März hatte sich die polnische Frage wieder in den Vordergrund geschoben. In einem Gespräch vom 21. März 1939 sah sich Ribbentrop schließlich veranlaßt, den weisungsgemäß störrischen Lipski darauf hinzuweisen, daß das heutige Polen seine „Existenz" immerhin Deutschland verdanke. Hätte nämlich die kaiserliche Regierung 1917 eine andere Politik mit Rußland eingeschlagen, „dann gäbe es jetzt kein Polen"!

Auch für die Weimarer Republik habe unter der Schleicher-Regierung die Möglichkeit bestanden, sich mit der Sowjetunion zu verbünden, auch dann würde Polen heute „kaum mehr existieren"! Ribbentrop betonte hierbei gegenüber Lipski, daß eine deutsch-polnische Verständigung aufgebaut werden müsse, die sich auf die nationalen Kräfte beider Länder stütze. (ADAP VI, Dok. 61.)

In diesen Tagen eifrigster diplomatischer Tätigkeit zwischen London und Warschau lehnte Oberst Beck einen „Viererpakt" ab, der die Sowjetunion einschloß, und forderte statt dessen eine britisch-polnische Allianz. Chamberlain und Halifax hofften mit einer solchen, allen englischen Traditionen widersprechenden britischen Garantie, „Polen aus dem deutschen Lager herausbrechen zu können". (Liddell Hart: Lebenserinnerungen, London 1965, S. 434.) Das Foreign Office hielt es bekanntlich für einen großen Fehler, daß England die Entstehung Polens „erlaubt" hatte, denn nun konnte Sowjetrußland ohne direkte Grenze mit Deutschland die britische Einkreisungspolitik nicht effektiv unterstützen. Die polnische Barriere trennte es vom Reich. Chamberlain mußte nun zwischen einem Bündnis mit der Sowjetunion und einem Bündnis mit Polen wählen. Er wählte Polen, das wegen der Danzig-Frage den Vorteil hatte, einen Kriegsgrund *gegen* Deutschland abzugeben. Nicht nur die Verschwörer, sondern auch Roosevelt forderte, daß sich Chamberlain zur Beruhigung der „verwirrten englischen öffentlichen Meinung" hart zeigen solle, d. h. eine deutsch-polnische Einigung verhindern müsse. Joseph Kennedy wurde von Roosevelt wiederholt angewiesen, „Chamberlains Rückgrat zu stählen", obwohl er immer wieder die Antwort erhalten hatte, daß dies keinen Zweck habe, „solange die Briten keinen Stahl zum Kämpfen hätten und den hätten sie nicht". (The Forrestal Diaries, London 1952, p. 129.)

Der entscheidende amerikanische Druck erfolgte am 24. März 1939 – zwei Tage vor Polens endgültiger Absage an Deutschland –, als der US-Botschafter Bullitt in Paris den dortigen polnischen Botschafter Lukasiewicz fragte, ob „Warschau ein gemeinsames Bündnis annehmen würde, wenn England und Frankreich morgen Polen ein solches vorschlagen sollten". (Pol. Dok. 1, Dok. 11.) Daraus wurde die englische Garantie für Polen, der entscheidende Schachzug, um Deutschlands Garantie für das gesamte polnische Gebiet einschließlich des Korridors zu verhindern, die von Ribbentrop angeboten worden war. Als Folge dieser amerikanischen Intervention erklärte Oberst Beck noch am gleichen Tage in einer internen Konferenz, daß er die deutschen Vorschläge *ablehnen* werde, weil dies sehr einfach sei: *„Wir werden uns schlagen."* Er akzeptierte die bri-

tische Garantie und bezeichnete Danzig als „unser Territorium", obwohl die Freie Stadt nicht zum polnischen Staat gehörte, sondern dem Völkerbund unterstand. Gleichwohl erhob Beck Danzig mit seiner 96%igen deutschen Bevölkerung zum *Symbol* Polens. Dies war in der Tat ein „prekäres und sensibles Problem", wie Beck seine Außenpolitik kennzeichnete. Er, der bekanntlich auch den Engländern gegenüber mit der „Wahrheit sparsam umging" (DBFP V, No. 268, Anm. 3), sprach weiterhin von einem „einseitigen Vorschlag" Deutschlands, obwohl die Gegenleistung Deutschlands für die Zustimmung Polens zur Rückkehr Danzigs sehr wesentlich war, nämlich das Garantieangebot, die ehemaligen im Korridor liegenden deutschen Gebiete als polnischen Besitz anzuerkennen zusätzlich weiterer großzügiger Handelskonzessionen.

Nachdem Lukasiewicz am 26. März 1939 von Bullitt gehört hatte, daß die Vereinigten Staaten Mittel besäßen, mit denen sie einen wirklichen „Zwang auf England ausüben könnten" und diesen anwenden würden, war Beck der britischen Garantie sicher und glaubte außerdem an den Schutz der USA. (Pol. Dok. 11.) Die Sowjetunion als Garanten brauchte er nicht mehr zu fürchten. Er nahm nun die von Chamberlain bewilligte bilaterale englisch-polnische Garantie am 31. 3. 1939 „ohne das geringste Zögern an", sozusagen „zwischen zwei Zigarettenzügen", und verlangte lediglich die Geheimhaltung der polnischen Entscheidung. (DBFP IV, No. 573.) Dies war den Briten nur recht, denn so konnten sie später die Unwahrheit behaupten, daß die englische Garantie erst *nach* dem polnischen „Nein" gegeben worden sei, was Ribbentrop bereits in Nürnberg als Fälschung aufdeckte. (J. v. Ribbentrop, a. a. O., S. 162.) Am gleichen Tage, dem 26. März, wurde Lipski von Warschau nach Berlin zurückgeschickt, um Ribbentrop ein Memorandum der polnischen Regierung zu übergeben, das bezeichnenderweise in Nürnberg nicht zugelassen wurde. In diesem Memorandum wurden die deutschen Vorschläge vom 24. Oktober 1938 von Polen endgültig abgelehnt. Lipski erklärte Ribbentrop, daß jede weitere Verfolgung der deutschen Vorschläge im Hinblick auf die Rückkehr Danzigs – das den Polen nicht gehörte – „den Krieg mit Polen bedeute". (ADAP VI, Dok. 101 u. J. v. Ribbentrop, a. a. O., S. 162.)

Chamberlain legte sich mit der Polengarantie die Zwangsjacke an

Aufgrund der Berichte aus dem deutschen Verschwörerkreis glaubte Chamberlain wirklich, sich nicht um die Gefühle der Deut-

schen kümmern zu müssen. Aber er war dennoch im Zweifel, was er tun sollte. Sein Dilemma bestand in der Überlegung: „Wenn wir nicht handeln, besteht das Risiko darin, daß Polen eines Tages überrannt wird. Sollten wir andererseits die jetzt vorgeschlagene Warnung aussprechen, so sind wir eine Verpflichtung eingegangen, wenn Deutschland auf seiner Aggression besteht." (David Dilks, ed., The Diaries of Sir Alexander Cadogan, 1938–1945. London, 1971, S. 165; im folgenden zitiert „Cadogan Tagebücher".)

Was war geschehen, das Chamberlain veranlaßte, am 31. März 1939 vor dem britischen Unterhaus überstürzt das Garantieversprechen an Polen abzugeben?

Während seines Deutschland-Aufenthaltes im Frühjahr 1939 hatten die Verschwörer Colvin mit Alarmnachrichten überschüttet. Von besonderer Gewichtigkeit schien ihm die Mitteilung, daß „ein deutscher Hauptmann, der Kontakt mit dem Kriegsministerium hielt", seinen Freunden bereits Anfang März gesagt hatte, daß „am 28. März die ganze deutsche Armee bis zur letzten Wasserflasche in voller Bereitschaft stehen müsse". (Colvin, Vansittart . . ., a. a. O., S. 305.)

Sofort flog Colvin am 28. März nach London, um alles, was er durch seine deutschen Verschwörerfreunde erfahren hatte, Churchill mitzuteilen und schließlich durch dessen Vermittlung auch Chamberlain persönlich. Als Hauptakteure des geplanten Putsches gegen die Reichsregierung nannte er die Namen von Ewald von Kleist-Schmenzin, Herbert von Bismarck, General Ludwig Beck und General von Witzleben, die während der Tschechenkrise 1938 England definitive *Angebote* für den coup d'état in Deutschland gemacht hatten. (Colvin, Sunday Express, 8. 11. 1953.) In Begleitung von Halifax und Cadogan betrat Colvin am 29. März um 18 Uhr 10, Downingstreet, wo Chamberlain sie bereits erwartete. Auf die eindringliche Frage des Premierministers, „was diese Deutschen uns heute anbieten können", wußte Colvin keine Antwort, er konnte nur sagen, daß seine Freunde im Jahre zuvor bereit waren, Hitler zu stürzen. Spontan bejahte Colvin jedoch Cadogans Frage, „ob es diese Leute in Deutschland beeinflussen würde, wenn wir Polen eine Garantie geben", mit den Worten, *„das würde helfen"*. (Colvin, Vansittart . . ., a. a. O., S. 309.) Halifax' Privatsekretär Harvey, der dieser bedeutsamen Unterredung beiwohnte, hielt in seinem Tagebuch Colvins Aussage fest, daß Hitler „in aller Kürze Polen angreifen würde, wenn wir nicht unmißverständlich deutlich machen, daß wir ihn dann angreifen werden. Es besteht eine gute Chance, daß deutsche Generale ihn stoppen oder gegen ihn revoltieren." Die

gleichen Generale, wie Colvin hinzufügte, die schon im September 1938 mit Gewehr bei Fuß gestanden hatten, um gegen Hitler zu putschen. (Harvey Tagebücher, Eintragung vom 29. März 1939.)

Chamberlain gab den Polen die Garantie, um den deutschen Verschwörern zu helfen, wie Colvin es gefordert hatte. Diese würden den Sturz Hitlers herbeiführen und dadurch die entscheidende Schwächung Deutschlands erreichen, ohne Schwächung Englands durch einen Krieg. Colvins „Warnungen" waren die Initialzündung zu Chamberlains „Idee einer *sofortigen* Erklärung", Polen den Rükken gegen Deutschland zu stärken. (Cadogan Tagebücher, Eintragung vom 29. März 1939, S. 165.) Colvins Informationen waren „nicht der Ursprung der Garantie für Polen, wenn auch als Folge dieser Gespräche vom 29. März die Veröffentlichung beschleunigt wurde". (David Dilks' Kommentar in der Edition der Cadogan Tagebücher, S. 165.) Über eine Garantie für Polen wurde schon seit dem 22. März im britischen Kabinett diskutiert, aber immer nur im Zusammenhang mit einer Garantie für Rumänien. Diese Garantie war systematisch vorbereitet worden durch die berüchtigte Tilea-Lüge mit der Unterstellung, daß Deutschland der rumänischen Regierung ein Wirtschaftsultimatum aufgezwungen habe. (Cadogan Tagebücher, Eintragung vom 18. März 1939.) Im Falle einer wahrscheinlichen polnischen Absage einer einseitigen Garantie, hatten London und Paris in Erwägung gezogen, Warschau das Angebot zu machen, „einen gegenseitigen polnisch-rumänischen Garantiepakt zu garantieren". (Cadogan Tagebücher, Eintragung vom 22. März 1939, S. 162.) Am 26. März besprach Cadogan mit Halifax „unsere Kontaktaufnahme mit der polnischen und rumänischen Regierung im Hinblick auf unsere Garantie. P. M. war grundsätzlich damit einverstanden." Am folgenden Tag notierte der Unterstaatssekretär in seinem Tagebuch, daß „zu meiner Überraschung das Außenpolitische Komitee keine ernsthaften Einwände – nicht einmal John Simon – gegen unsere Garantie für Polen und Rumänien erhob . . ." (Cadogan Tagebücher, Eintragungen vom 26. und 27. März 1939.) Cadogan nannte die Garantie für Polen ein *„fürchterliches* Hasardspiel". (Cadogan Tagebücher, Eintragung vom 31. März 1939.)

25 Jahre später gestand der ehemalige Unterstaatssekretär, mit welchem sträflichen Leichtsinn Chamberlain die Weichen stellte, über die Europa im September 1939 auf den Abgrund zuraste. Rückschauend betrachtete er noch einmal die kritischen Märztage durch sein historisches Teleskop:

„Hitler verfolgte seine Ziele ‚eines nach dem anderen'. Und das war es, was Chamberlain schließlich dazu trieb, eine plötzliche und überraschende Entscheidung zu treffen, nämlich Polen zu garantieren: Natürlich konnte unsere Garantie Polen bei einem drohenden Angriff keinen nur irgendwie möglichen Schutz geben. Aber es setzte ihm – Chamberlain – selbst einen Wegweiser. Er hatte sich festgelegt, und im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen würden ihm quälende Zweifel und Unentschlossenheit erspart bleiben. Man könnte sagen, daß dies für die Polen grausam war. Ich möchte dem nicht ganz zustimmen, weil ihnen unsere militärische Lage bekannt gewesen sein muß und weil ihnen die eminent drohende Gefahr gegenwärtig gewesen sein sollte. Man könnte sagen, daß das zynisch war. Vielleicht war es das, aber es *brachte* uns in den Krieg . . . Und am Ende haben wir und unsere Verbündeten ihn gewonnen. Natürlich kann man von den armen Polen nicht verlangen, daß sie selbst ein solches Resultat zu schätzen wissen." (Cadogan an Ian Colvin, 20. 1. 1964, Cadogan Tagebücher, p. 167. Hervorhebung im Original.)

Im März 1939 hatte Chamberlain sich Verpflichtungen auferlegt, die er weder erfüllen wollte noch konnte. Die in den Krieg gezwungenen, heute noch unfreien Polen, erhalten noch nachträglich den Eselstritt, weil sie töricht genug waren, trotz der offensichtlich katastrophalen militärischen und politischen Lage Englands die Garantie anzunehmen. Wenn Chamberlain auch weder militärisch noch politisch geschult war, so glaubte er doch einen Trumpf in der Hand zu haben: Die deutschen Verschwörer werden durch einen Putsch Hitler beseitigen, ehe sein „splendid little war" sich zu einem zerstörerischen Weltkonflikt ausweiten könnte! Chamberlains Polen-Garantie verfolgte einen Doppelzweck: Die Polen am Zügel zu halten und die deutschen Verschwörer zu ermutigen, denn das Endziel seiner Politik war die „Hervorrufung eines Umsturzes in Deutschland". (Lukasiewicz zu Bullitt, 1938, in Pol. Dok. z. Vorgeschichte des Krieges.)

Deutschlands östlicher Nachbar war nur eine Figur auf dem Schachbrett, auf dem Chamberlain seinen Gegenspieler Hitler „schachmatt" setzen wollte. Polen, gestand er seinen Kabinettskollegen am 27. März, war „lebensnotwendig in seinem Plan, denn der schwache Punkt Deutschlands war sein gegenwärtiges Unvermögen, einen Zweifrontenkrieg zu führen, und, wenn Polen nicht mitmacht, würde Deutschland dieser Unsicherheit entgehen". (Kabinettsdokumente des Außenpolitischen Komitees, 27. März 1939, Cab. 27. 624, S. 202.) Während dieser kritischen Tage machte auch eine militärische Studie der britischen Generalstabschefs die Runde, die Lord Chatfield, Minister für Verteidigungsfragen – Minister for Coordination of Defense – im Kabinett zirkulieren ließ. Im Falle eines deutsch-polnischen Krieges, hieß es dort freimütig, würde Polen in zwei bis drei Monaten von deutschen Truppen überrannt werden. Aber bei der Eroberung Polens würde die deutsche Wehr-

macht schwere Verluste an Menschen und Material erleiden. Nachdrücklichst drängten die britischen Stabschefs auf ein gegenseitiges Garantieabkommen mit Warschau, um Deutschland in einen Zweifrontenkrieg zu zwingen, der die einzige Möglichkeit bot, die Blokkade gegen das Reich wirksam zu machen.

Englands feste Front

Admiral Canaris: Blitzangriff auf die englische Flotte

Am 3. April versammelte Chamberlain in seinem Zimmer im Unterhaus seine engsten Mitarbeiter um sich, Halifax, Vansittart, Sargent, Malkin, Strang, Makins, John Simon, Butler und Sir Horace Wilson. Das Thema lautete: Wie soll der polnische Außenminister im Hinblick auf die Garantie behandelt werden? Oberst Beck nahm schließlich am 4. April in London die gegenseitige polnisch-englische Garantie offiziell an, aber wollte nichts von einer polnischen Garantie für Rumänien wissen. Es blieb auch unsicher, ob er sich im Falle eines deutschen Angriffs auf „Holland, Belgien, Schweiz etc. England anschließen würde", dagegen mußte er einem angegriffenen England zur Hilfe kommen. (Cadogan Tagebücher, p. 168 f.)

Am 3. und 8. April berichtete Ogilvie-Forbes über sensationelle Nachrichten seines deutschen „Informanten, der in Kontakt zum deutschen Kriegsministerium stehe": England müsse mit einem „Blitzangriff ohne Ultimatum oder Kriegserklärung auf die britische Flotte rechnen". Es sei der ganzen deutschen Armee befohlen worden, „marschbereit" zu stehen. Am 14. April telegrafierte er erneut, daß die Reichsregierung erwäge, „die Rückkehr Danzigs bis zu Hitlers Geburtstag am 20. April sicherzustellen". Ogilvie-Forbes fügte hinzu: „*Gewisse* militärische Kreise in Deutschland sollen der Ansicht sein, daß die Regierung Hitlers zusammenbrechen werde, wenn er einen Weltkrieg wegen Danzig provozieren sollte." (DBFP IV, No. 31, No. 163 u. No. 606.) Auch Cadogan erwähnt die Gerüchte von dem angeblich beabsichtigten deutschen Blitzangriff auf die britische Flotte, die von „Admiral Canaris in die Welt gesetzt worden seien". Das Kabinett aber nahm diese Erfindung ernst und hatte der britischen Luftabwehr bereits Anweisungen gegeben, bevor die Täuschung aufgedeckt worden war. (Cadogan, Tagebücher, p. 169 und Oliver Harvey, Diaries, 5. April 1939.) Auch Vansittart war von einem „anderen deutschen Agenten erfolgreich eingeredet worden, daß deutsche Unterseebote im Kanal und in der Themsemündung patroullierten".

An allen Gerüchten eines angeblichen Handstreichs auf Danzig und Polen war kein Wort wahr. Sie waren ebenso erfunden wie die Gerüchte deutscher Truppenzusammenziehungen vom 21. Mai

1938, die zur ersten Tschechenkrise geführt hatten. Hitler hatte im März 1939 keine militärischen Maßnahmen angeordnet, sondern Oberst Becks Antwort auf die Januar-Gespräche erwartet. Der polnische Außenminister war jedoch nicht nach Berlin gekommen, sondern hatte von Warschau aus den Garantievertrag mit London am 26. März mündlich abgeschlossen. Am 1. April wies Hitler in seiner Wilhelmshavener Rede auf eine mögliche Kündigung des deutsch-englischen Flottenabkommens von 1935 hin, weil in England offensichtlich der Wunsch *nicht* mehr bestehe, „niemals wieder in einen Krieg gegen Deutschland zu ziehen". Dieser Wunsch aber war die Grundlage des deutsch-englischen Flottenvertrages und war von Chamberlain in seiner Erklärung vom 30. September 1938 ausdrücklich wiederholt worden.

Aus Jugoslawien meldete der britische Gesandte Sir R. Campbell, ein entlassener österreichischer Legationssekretär habe ihm mitgeteilt, „daß die Deutschen sehr intensive wirtschaftliche Vorbereitungen auf der Linie Rumänien, Bulgarien und der Türkei träfen mit dem Ziel, die Mineralien in Kleinasien sicherzustellen". Der Gesandte, der selbst nicht an die Echtheit des Berichtes glaubte, bittet, „die Quelle streng geheimzuhalten, weil auch ohne Namensnennung der Informant leicht erkannt werden könnte". (FO 371/22968, C 4742.) Ein anderer Österreicher, Dr. Tugendhat, besuchte den Parlamentarischen Unterstaatssekretär Butler und verlangte als Folge von Chamberlains Garantieerklärung, die „Hitler England niemals verzeihen würde", entweder den sofortigen Krieg oder eine noch stärkere Propaganda in Deutschland, „um das Regime von dem Volk zu trennen, ehe die Zeit für den wirklichen Krieg reif sei". Er bot dem B.B.C. seine Dienste an und glaubte, daß „Polen sich nicht als ein sehr guter Verbündeter erweisen werde". (FO 371/22968, C 4841, gez. R. Butler, 4. 4. 1939.) Auch die Brüder Kordt traten wieder auf und ließen durch Dr. Abshagen in London Gerüchte über Hitler und Ribbentrop verbreiten. Der Außenminister stehe nicht mehr so hoch im Kurs wie früher, weil er „den Krieg riskieren wolle, während Hitler alles zu erreichen hoffe, ohne sein Land in militärische Aktionen zu verwickeln". Diesem Gerede folgt die alte Unwahrheit, daß Ribbentrop die feste Haltung Englands nicht vorausgesehen habe. Abshagen war „begeistert", daß sich Großbritannien endlich als unnachgiebig erwiesen hatte. (FO 371/22969, C 5062, gez. W. Ridsdale, 5. 4. 1939.) Cadogan schreibt dazu: „Ich bedaure, sagen zu müssen, daß ich beiden Kordts nicht traue." (Cadogan Tagebücher, 5. 5. 1939, p. 178.)

Abshagen sprach im Auftrage der Verschwörer, die über Chamberlains Garantie an Polen sehr befriedigt waren und sich bemühten, für ihre Putschpläne noch weitere Unterstützung vom Ausland zu bekommen. Der Generalstabschef Halder wandte sich persönlich an den amerikanischen Geschäftsträger in Berlin, Mr. Geist, um ihn davon zu unterrichten, daß „die deutsche Armee den Gedanken eines europäischen Krieges fürchte aber sicherlich marschieren werde, wenn dies von Hitler befohlen würde. Es gebe keine Alternative." Geist erwiderte „ganz unmißverständlich, daß sein Land nicht zögern werde, alle Hilfsquellen auszunutzen, um im Falle eines Krieges Deutschland zu bekämpfen, wenn nicht ein vollkommener Wechsel in der deutschen Politik eintrete". (FO 371/22969, C 5145, 13. 4. 1939.)

Mit der Erklärung des amerikanischen Geschäftsträgers Geist, daß die USA auf alle Fälle die jetzige deutsche Regierung bekämpfen werde und es „Jahre dauern könnte, bis ein amerikanischer Botschafter wieder nach Berlin käme", mußte Halder zufrieden sein. Heute dürfte allgemein bekannt sein, daß der ehemalige deutsche Generalstabschef mit der folgenden Begründung entnazifiziert worden ist: „Das Verhalten Halders 1938 war jedenfalls vollendeter Hoch- und Landesverrat." (Dr. Martin Horn, „Halder – Schuld oder Tragik?", München 1948, S. 37.) Im Jahre 1939 war es nicht anders.

Da die Engländer bestrebt blieben, die Stimmung in Deutschland auszuhorchen, machte Oberstleutnant Sir Arnold Wilson einen privaten Osterbesuch in Berlin. Er wollte mit den führenden Männern der Partei sprechen aber erreichte nur Walter Hewel, Ribbentrops Verbindungsmann zu Hitler. Hitler habe den Polen „gemäßigte" Vorschläge gemacht, erklärte Hewel, und deshalb habe des „Premierministers Erklärung im Parlament vom 31. März über die Garantie an Polen wie ein Bombenhagel auf ihn gewirkt". Nach deutscher Ansicht sei der Widerstand der Polen durch die Garantie verschärft worden und nach Wilsons Überzeugung wäre die „Danzig- und Korridorfrage *allein* ein schlechter Vorwand, um Deutschland in einen europäischen Krieg zu zwingen". Die sogenannte „Hitler-Doktrin" für Südosteuropa sei nach Hewels Ansicht ein Gegenstück zur Monroe-Doktrin in Süd- und Mittelamerika und der angeblich britischen Parallele in Afrika. Zum Schluß gibt Ogilvie-Forbes, der Autor dieses Wilson-Berichtes, Lord Halifax den dringenden Rat, nicht weiterhin zwischen Hitler und dem deutschen Volk zu *differenzieren*. So erfolgreich dies in der Vergangenheit gewesen sei, so wäre es für die Zukunft von äußerster Gefahr und erst dann durchführbar, „wenn Hitler gestürzt ist". (FO 371/22969, C 5248, 4. 4. 1939, Gez. Ogilvie-Forbes.) Aus Sir Arnold Wilsons vorangegangenem Privat-

brief an Ogilvie-Forbes sind noch einige Punkte erwähnenswert: Hewel habe ihm erklärt, daß Hitler „nichts so sehr wünsche wie eine Regelung mit England und eine darauffolgende enge Freundschaft". Auf einen Einwurf eines anwesenden Ministers, daß „England nur unter Druck einem anderen Land etwas zugestehen würde, und daß eine demokratische Regierung nichts hergeben könnte, ohne einen gefährlichen Verlust seines Prestiges", erwiderte Hewel: „Wir haben dieselben, allerdings nicht so großen Schwierigkeiten – man bedenke nur unseren Verzicht auf Tirol – eine äußerst unpopuläre Handlung!" Hewel sei erstaunt gewesen über die Mäßigkeit der deutschen Vorschläge an Polen im Hinblick auf Danzig und den Korridor und habe zu Hitler gesagt, nachdem er diese gelesen hatte: „Ich hoffe, daß die Polen sie ablehnen werden, und wenn sie das tun, hoffe ich, daß Sie das Angebot nicht wiederholen werden." – Dieser Satz ist für die Entschlüsselung der Nachkriegsliteratur wichtig. Denn gerade dieser Ausspruch wird immer wieder Hitler selbst in den Mund gelegt als Beweis dafür, daß er seine gemäßigten Vorschläge *nicht ernst* gemeint habe. Hewel sei der Ansicht, daß die deutschen Vorschläge an Polen im Hinblick auf Danzig und den Korridor veröffentlicht werden sollten, weil ihre „Mäßigkeit beeindrucken würde". Er glaubte nicht an einen Vormarsch nach Rumänien; die wirtschaftliche Initiative in diesem Lande sei die „direkte Folge der amerikanischen Entscheidung, Deutschlands Export nach Rumänien zu behindern, wenn nicht sogar zu stoppen". Hitlers Ausspruch, „Deutschland muß exportieren oder sterben, müsse wörtlich genommen werden, denn Deutschland will leben". Auch Hewel erklärte, es sei „irritierend und zwecklos", daß Chamberlain und andere Kabinettsmitglieder immer wieder einen Unterschied machen würden zwischen „dem Führer und dem deutschen Volk". Hitler sei noch nie soviel blindes Vertrauen entgegengebracht worden wie heute, vom Volk, der Armee und der Partei, und er sei selbst noch nie *so* zuversichtlich gewesen. Dabei zeigte Hewel eine Londoner Sonntagszeitung vom 2. April 1939 mit der Überschrift „Hitler bekommt Angst" und Auszügen aus der Wilhelmshavener Rede. Zu diesem Bericht bemerkte Roberts, daß Wilson nicht sehr überzeugend für England gesprochen haben kann, „weil er selbst ein halber Nazi ist"! Kirkpatrick äußert sich ebenfalls handschriftlich etwas erregt über die angebliche „Hitler-Doktrin" in Mitteleuropa als Parallele zur Monroe-Doktrin. (FO 371/22969, C 5248, 11. 4. 1939. Das Wilson-Dokument ist außerdem abgezeichnet von Strang, Cadogan und Halifax.)

Am 29. April 1939 schrieb der Brigadegeneral Beaumont-Nesbitt

aus dem englischen Kriegsministerium einen äußerst wichtigen „persönlichen und vertraulichen" Brief an Strang. Seine Überlegungen gingen dahin:

„Natürlich hat sich die deutsche strategische Lage an der Ostgrenze sehr verstärkt. Polen kann jetzt sowohl vom Süden als vom Westen aus angegriffen werden. Rumänien liegt jetzt durch Ungarn in Schußweite. Jugoslawien kann von Ungarn und der Ostmark bedroht werden . . . Die von Mason-MacFarlane vorgebrachte Frage, ob Deutschland bereit sei, einen Zweifrontenkrieg zu führen, jetzt oder später, ist natürlich von entscheidender Wichtigkeit für seine Gegner . . . Deutschland könnte zögern, einen solchen Kurs einzuschlagen, aber man sollte nicht übereilt sagen, daß es einen solchen Krieg unter keinen Umständen gewinnen könne . . . Die Durchschlagskraft einer Blockade – die bekanntlich nur in einem Zweifrontenkrieg erfolgreich sein würde – wird von dem Food Department angezweifelt . . . Die Ernährungslage Deutschlands hat sich verbessert und würde mindestens für ein Jahr reichen.

Zu der Behauptung, daß schwerwiegende Elemente der Unzufriedenheit innerhalb Deutschlands existieren, mit denen wir in *völligem Einklang* stehen, glauben wir, daß in dieser Angelegenheit die *Zeit* auf der Seite der Gegner Deutschlands ist. Wir stimmen auch zu, daß wahrscheinlich ein Krieg nötig ist, um diese Unzufriedenheit in einen *organisierten Widerstand* zu verwandeln. Aber *kein* Präventivkrieg, denn dieser würde sicherlich alle Unzufriedenen verbannen und das deutsche Volk hinter seine Führer sammeln. Man braucht nur an die Einkreisungspolitik zu denken, die schon viel Unheil angerichtet hat . . ." (FO 371/22956, C 6447, 29. 4. 1939, Gez. Beaumont-Nesbitt an Strang.)

Roberts bemerkte zu diesem Bericht handschriftlich, daß weder das „Kriegsministerium noch er selbst mit dem Vorschlag von Mason-MacFarlane einverstanden sei, einen baldigen Krieg gegen Deutschland zu beginnen. Für die Behandlung der unzufriedenen Elemente in Deutschland habe ich eine Ausarbeitung gemacht." Kirkpatrick nahm in der gleichen Weise zu diesem Brief Stellung: „Der Vorschlag eines Präventivkrieges war niemals praktikabel. Diesen Omnibus haben wir vor drei Jahren verpaßt." Strang schreibt handschriftlich: „Brigadier Beaumont-Nesbitt soll für seinen interessanten Brief gedankt werden."

Hendersons Vorwürfe gegen die britische Presse

Ende April beklagte sich Henderson bei Cadogan in einem privaten Brief über die Machenschaften der englischen Zeitungen. Diplomatie sei unmöglich, solange die britische Presse alles tue, „um uns

Botschafter und unsere Handlungen zu sabotieren". Er hatte um einen Besuch durch Weizsäcker bei Ribbentrop gebeten, aber die Antwort erhalten, der Minister sei zu sehr mit dem jugoslawischen Besuch in Anspruch genommen. Henderson aber glaubte, er wäre trotz Markowitsch von Ribbentrop empfangen worden, wenn sich die britische Presse nicht so „unverantwortlich über Warnungen und Ultimaten geäußert hätte". Henderson verlangt eine „richtige Führung" der britischen Presse, obwohl er wußte, daß die englischen Zeitungen ihre Weisungen für außenpolitische Angelegenheiten – anders als in Deutschland – von der Nachrichten-Abteilung im Foreign Office erhielten. Wenn sie also sabotierten, so sabotierten sie im Auftrage des britischen Außenministers. (FO 800/294, Gez. Nevile Henderson, 27. 4. 1939.) Mit seiner Kritik an der Presse wollte Henderson seine Regierung warnen, es sei angesichts der „sehr ernsten Gefahr, die die Polen-Krise darstelle", entscheidend, daß die britischen Zeitungen „nicht den unheilvollen Eindruck vom letzten *21. Mai* wiederholen". Sie behaupteten, Deutschland sei durch „Drohungen von außen zum Kneifen gezwungen worden". Er war verzweifelt, daß dies in England und Polen immer noch und immer wieder verbreitet wurde. Er wies Halifax darauf hin, nur die, die selbst den Krieg wünschen, werfen dem Gegner angebliches *Kneifen* vor. Schon mancher Krieg sei auf diese Weise erzwungen worden, denn es gäbe nur ein „gewisses Maß an Demütigungen, das eine Nation ertragen könne". (DBFP V, No. 281.)

Als Folge des ausschließlich gegen Deutschland gerichteten englisch-polnischen Garantievertrages verkündete Hitler am 28. April 1939, Polen habe den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt *einseitig* verletzt, der damit nicht mehr bestehe. In seiner Rede fügte er jedoch an die Adresse Warschaus hinzu, daß dies keine Änderung seiner grundsätzlichen Einstellung zu Polen bedeute. „Sollte die polnische Regierung zu neuen vertraglichen Beziehungen mit Deutschland kommen wollen, so würde er das nur begrüßen, allerdings unter der Voraussetzung, daß eine solche Regelung dann auf einer ganz klaren und gleichmäßig beide Teile bindenden Verpflichtung beruht." (DdP Bd. V, S. 47ff.) Den gleichen Wunsch hatte Hitler am Tage zuvor, dem 27. April, auch gegenüber der britischen Regierung bei Kündigung des Flottenvertrages vom 18. Juni 1935 zum Ausdruck gebracht und dabei festgestellt, daß „die *qualitativen* Bestimmungen des deutsch-englischen Abkommens vom 17. Juli 1937 unberührt bleiben". DdP Bd. V, S. 55.)

Nachdem Lipski am 24. März als Folge des englischen Garantieangebotes für Polen die deutschen Vorschläge vom 24. Oktober

endgültig abgelehnt hatte, empfahl Ribbentrop am 26. März 1939 Hitler, den Abbau der polnischen militärischen Maßnahmen abzuwarten. Sollte dieser aber ausbleiben, so werde er selbst Lipski erneut darauf hinweisen, daß eine solche Regelung „schlecht enden würde". (ADAP VI, Dok. 101.)

Auch Henderson war überzeugt, daß sich Polen durch die Ablehnung der „maßvollen" deutschen Vorschläge in große Gefahr begebe, und nannte die exterritorialen Straßen durch den Korridor, die sowohl der deutschen wie der polnischen Seite zugute kommen sollten, „eine völlig gerechte Regelung". Er verlangte von seiner Regierung, Polen zu einer „Versöhnung" mit Deutschland zu zwingen, statt diese zu *verbieten,* und warnte vor der englischen „Katastrophen-Politik, die weder eine moralische noch praktische Berechtigung habe". Die von Roosevelt und Oberst Beck geforderte Einführung der Wehrpflicht in England bezeichnete Henderson als eine „Herausforderung Deutschlands", weil bisher eine solche Maßnahme noch nie in Friedenszeiten angeordnet worden war, und weigerte sich, diesen britischen Bekanntgabe-Entschluß Ribbentrop persönlich mitzuteilen. Der Reichstagsrede vom 28. April entnahm Henderson „konstruktive Vorschläge" Hitlers zu der deutschen Bereitschaft:

„a) Einen neuen deutsch-englischen Flottenvertrag abzuschließen.
b) Über eine neue deutsch-polnische Regelung zu verhandeln und
c) gewissen Staaten unter gewissen Bedingungen Garantien gegen Aggressionen zu geben." (DBFP V, No. 314.)

Der Botschafter nannte die deutschen Vorschläge an Polen vom 24. Oktober 1938 im Gegensatz zur britischen Katastrophen-Politik „moralisch und gerecht", mit denen auch ein „neutraler Marsbewohner als Schiedsrichter übereinstimmen würde". (DBFP V, No. 364.) Zudem betrachteten alle Diplomaten in Berlin, genauso wie er selbst, „das deutsche Angebot als überraschend günstig".

Ribbentrop soll ausgeschaltet werden

Ribbentrop war darüber informiert, daß Oberst Beck während seines Aufenthaltes in London am 4. April 1939 die Engländer *nicht* über das deutsche Angebot an Polen unterrichtet hatte. Auf Chamberlains Frage z. B., „ob Deutschland jemals eine Autobahn gefordert habe", antwortete Beck ausweichend und fügte trotz der über ein halbes Jahr gelaufenen deutsch-polnischen Verhandlungen hinzu:

„Nichts sei geschehen, was über das Stadium von Gesprächen hinausgegangen wäre . . . Wenn die polnische Regierung eine feste Haltung wegen Danzig einnehme und insbesondere kein fait accompli dulden werde, dann geschehe das *nicht* wegen Danzig an sich. Danzig sei eine *Art Symbol* geworden!" (DBFP V, No. 2.)

Daß Beck die Freie Stadt, die den Polen nicht gehörte und deren deutsche Bevölkerung 96% betrug, ohne Widerspruch Chamberlains als das „Symbol" des polnisches Staates bezeichnen konnte, gehört vielleicht zu den schwersten britischen Delikten zur Erzwingung des Kriegsausbruchs.

Gegenüber Ribbentrop, der von Becks unaufrichtiger Haltung in London Bescheid wußte, zeigte sich Henderson weisungsgemäß unehrlich und erklärte, er wisse nicht, ob Beck die britische Regierung über das deutsche Angebot informiert habe. Wieder einmal zeigte sich, daß Ribbentrop nicht am Rätselraten zu halten war, sondern auch im Frühjahr 1939 die Lage richtig beurteilte. Henderson schlug deshalb dem Unterstaatssekretär Cadogan am 8. Mai vor, den deutschen Außenminister noch mehr als bisher auszuschalten und sich möglichst auf Unterredungen mit Weizsäcker und dessen Gesinnungsgenossen zu konzentrieren. Hendersons Berichte und Vorschläge hierüber werden im folgenden wiedergegeben:

„1. Es kann jeden Augenblick notwendig werden, auf scharfe Weise bei der deutschen Regierung vorstellig zu werden und ihr sogar eine definitive Warnung zukommen zu lassen.

2. Die Schwierigkeit mit Ribbentrop ist folgende:

a) Er scheint weder das, was man sagt, verstehen zu wollen noch überhaupt zuzuhören. Vor kurzem sagte mir Dirksen milde: ‚Der Reichsminister ist ein schlechter Zuhörer.'

b) Selbst wenn er zuhört oder versteht, so kann man nicht sicher sein, ob das, was man sagt, Hitler weitergegeben wird, wenn nicht damit zu rechnen sei, daß es den Letzteren erfreut und

c) selbst wenn es weitergegeben wird, kann man nicht sicher sein, ob es nicht völlig unrichtig interpretiert oder gefälscht wird.

3. Hätte ich eine mündliche Mitteilung zu machen, so fände ich es – ganz abgesehen von persönlichen Überlegungen – viel nützlicher, sie Weizsäcker statt Ribbentrop zu machen. Ersterer fertigt Aufzeichnungen über das, was man sagt, an und sie bilden wahrscheinlich die Basis für einen schriftlichen Bericht, der zumindest die Chance hat, in dieser Form dem Führer weitergegeben zu werden.

4. Sollte es sich andererseits um etwas wirklich Unangenehmes handeln, so würde ich die notwendigen Vorstellungen lieber Ribbentrop gegenüber machen, aber, wenn möglich, in schriftlicher Form als aide-mémoire oder, wenn nötig, als direkte Note oder als Memorandum. Sonst könnte es Mißverständnisse geben. Es könnte sogar gut sein, zu überlegen, ob – wenn und wann der Augenblick gekommen ist bzw. kommen sollte – die Demarche nicht in der Form eines Briefes oder begleitet von einem Brief des Premierministers an Hitler selbst erfolgen sollte, den ich entweder durch Ribbentrop übergeben oder den letzteren bitten würde, es mir zu ermöglichen, den Brief Hitler selbst zu übergeben.

5. Sollte es nach menschlichem Ermessen zu vermeiden sein, so muß natürlich die Öffentlichkeit von der Tatsache, daß solche Demarchen gemacht werden, solange in Unkenntnis bleiben, bis sie tatsächlich gemacht worden sind.

6. Aus naheliegenden Gründen wage ich, diese Vorschläge lieber jetzt zu machen als zu warten, bis der Zeitpunkt gekommen ist.

Ich halte es heute für sehr ungewiß, ob mich Hitler überhaupt zu irgendeinem Zeitpunkt empfangen wird. Es ist nicht mehr so wie im letzten Jahr. Er könnte möglicherweise Seiner Majestät Regierung durch mich snobben wollen. An diese Möglichkeit muß auch gedacht werden." (DBFP V, No. 420.)

Da es sinnlos gewesen wäre, Ribbentrop weiterhin täuschen zu wollen, konzentrierte sich Henderson auch in Zukunft nur auf Gespräche mit Weizsäcker. Diesen brauchte er nicht zu täuschen, sondern konnte ganz offen mit ihm die britischen Absichten *gegen* Deutschland besprechen. Botschafter von Dirksen in London gehörte ebenfalls zum Kreise des deutschen Staatssekretärs, denn er war bekanntlich durch dessen „zweideutige Orientierung" zumindest seit 1938 über die Putschpläne unterrichtet. Weil Ribbentrop ein außergewöhnlich aufmerksamer Zuhörer war, dem auch keine Zwischentöne entgingen, und weil er darüber aus London jeweils ausführlich mit eigenen Kommentaren berichtet hatte, war er für die Engländer der Feind Nr. 1. Sie wußten, daß er sie durchschaute, und deshalb „haßten" sie ihn, wie Burckhardt den Gauleiter Forster im Sommer 1939 erklären läßt. Ribbentrop erinnerte sich seinerseits sehr gut an alles, worauf er von den Engländern niemals eine Antwort erhalten hatte. So z. B. auf seine Frage vom Jahre 1938, ob es „die wirkliche Politik der britischen Regierung sei, ganz gleich welche Provokationen die Tschechen trieben, *gegen* Deutschland zu marschieren", und daß Chamberlain niemals das Prager Manifest vom 25. September 1938 dementiert hatte, wonach die tschechische Mobilmachung *während* der Godesberger Verhandlungen „mit Kenntnis, Rat und Zustimmung der britischen und französischen Regierungen erfolgt war". (Akten II, Dok. 600.)

Weizsäcker als angeblich zuverlässigen Überbringer von unangenehmen Nachrichten an Hitler hinzustellen, mutet grotesk an. Vermutlich hat er Hendersons zuvor zitiertes Propagandaschreiben an Cadogan veranlaßt, denn später erklärte Weizsäcker bekanntlich:

„Es hätte mir schon genügt, wenn nichts anderes im Gespräch mit dem Gegner herausgekommen wäre als die Versicherung, daß das Ausland mit Herrn Ribbentrop *nicht* verhandeln würde." Hierzu vermerkt Kosthorst auch für die Kriegszeit: „Weder die von Weizsäcker dirigierte Berichterstattung aus neutralen Ländern noch sein Streben, von den Alliierten wenigstens eine offene Ablehnung Ribbentrops zu erreichen, konnte nach Lage der Dinge Erfolg haben!" Noch im Oktober 1939 überlegten deutsche Informanten mit ihren britischen Freunden, was nun weiter zu tun sei. Sie kamen zu dem Schluß, daß „der erste Schritt darin bestehen müsse, Ribbentrop zu diskreditieren". (Gesandter Harrison an Hull, Bern, 3. 10. 1939 No. 130, p. 520, FRUS 1939, I, Foreign Relations United States.) Die von Weizsäcker angeforderte „ausgesprochene Zweckberichterstattung sollte ihm Material an die Hand geben, das geeignet war, der Generalität den Entschluß zum Aufstand zu erleichtern". (Kosthorst S. 18ff.)

Halifax' großer Betrug

Am 2. Mai 1939 berichtete Henderson an Halifax: „Es ist tatsächlich Ribbentrops unmißverständliche Ansicht, daß England den Krieg mit Deutschland sucht, weil es sich nicht dazu aufschwingen kann, Deutschland als Großmacht anzuerkennen." (DBFP V, No. 330, Abs. 4.) Hierauf reagierte Halifax mit einem Betrug und telegrafierte am 9. Mai an Henderson:

„1. Aus Ihren Berichten geht klar hervor, daß Herr von Ribbentrop und andere, die wie er denken, immer noch glauben, daß Seiner Majestät Regierung nicht bereit sei, ihre Garantie gegenüber Polen zu erfüllen, oder daß sie auf alle Fälle die Danziger Frage als nicht in den Bereich der Garantie gehörend ansehen.

2. Ich kenne die Ansicht der Oberkommandierenden der Armee nicht, aber es erscheint mir nützlich, falls Sie keine Bedenken dagegen haben, gelegentlich mit General Keitel, mit dem Oberbefehlshaber und/oder dem Generalstabschef im folgenden Sinne zu sprechen:

3. Wir würden natürlich eine gerechte Regelung mit Freuden begrüßen. Aber die Polen könnten niemals der Prozedur einer einseitigen Aktion oder eines Ultimatums zustimmen. Sollte die deutsche Regierung die bedingungslose Rückkehr Danzigs verlangen, so sind wir überzeugt, daß die Polen ihre Unabhängigkeit als bedroht ansehen und daß jede Gewaltanwendung durch Deutschland von Polen mit Gewalt beantwortet wird. Und wenn bei einer solchen Aktion Deutschlands die Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Polen ausbrechen, so besteht kein Zweifel, daß sowohl wir als auch die Franzosen eingreifen und sich voraussichtlich viele andere Staaten uns anschließen werden. Die deutsche Regierung kann einer solchen Möglichkeit mit Gleichmut entgegensehen. Aber welche Schäden sie auch den Westmächten zufügen könnte, so werden unserer Ansicht nach die letzteren mit Sicherheit triumphieren. Mit anderen Worten: Wenn Herr Hitler wegen Danzig einen Krieg provoziert, so wird das nicht nur die Zerstörung des Nazi-Regimes, sondern sehr wahrscheinlich auch den endgültigen Zusammenbruch des Großdeutschen Reiches bedeuten. Durchgegeben nach Rom." (DBFP V, No. 431.)

Diese Weisung geht weit über den gewohnheitsmäßigen englischen Cant hinaus, denn Halifax gibt genau das Gegenteil von dem wieder, was Henderson ihm gerade über Ribbentrops Ansicht mitgeteilt hatte. Das amtliche Dokument ist Betrug. Und die Lüge, nach der Ribbentrop *nicht* an Englands Kampfentschlossenheit wegen Danzig glaube, sollte durch den deutschen Verschwörerkreis verbreitet werden, wie es aus Punkt 2. hervorgeht. Dabei konnte sich Halifax auf ähnliche Behauptungen Weizsäckers stützen, der zwei Wochen zuvor, am 15. April, dem Botschafter von Mackensen in Rom in einem eigenhändig geschriebenen Brief – solche Unwahrheiten wagte er nicht zu diktieren – mitgeteilt hatte, „daß nach Ansicht von Herrn von Ribbentrop im Falle eines deutsch-polnischen Konfliktes *kein* englischer Soldat mobilisiert werden würde". (ADAP VI, Dok. 209.)

Die Halifax-Lüge hatte noch eine tiefere Bedeutung und verfolgte eine zweifache Absicht: Das Telegramm zielte darauf ab, Ribbentrop unglaubwürdig zu machen, denn im Mai 1939 bestand von britischer Seite Veranlassung, Ribbentrops Ansehen und Position zu unterminieren, wenn nicht gar zu zerstören. Hatte der Außenminister doch gerade in Mailand die erste Phase der Stahlpakt-Verhandlungen mit Ciano erfolgreich abgeschlossen. – Deshalb wurde der Halifax-Betrug auch nach Rom weitergegeben. – Für London zeichnete sich die Möglichkeit einer Gegenkoalition ab, die unter Einfluß Japans im Krisenfall dem Britischen Weltreich gefährlich werden konnte.

Hendersons Aufgabe war es nun, für eine möglichst weit gestreute Verbreitung britischer Härte gegen angebliche Aggressionspläne Hitlers zu sorgen. Aber in der Halifax-Weisung störte ihn der zweite Punkt mit dem Hinweis auf Keitel, Brauchitsch und Halder. Zur ungefährlicheren Durchführung seiner Instruktion bat er Cadogan um ein neues Telegramm unter Auslassung des Punktes 2. Hierin sollte der Inhalt der Weisung zwar wiederholt werden, aber „so, als ob aus Versehen in einem *Geheimcode*, den die Deutschen ent-

schlüsseln könnten"! Henderson verfiel auf diesen Ausweg, um sich nicht als aktiver *Propagandist* zu entpuppen und um die Gefahr zu vermeiden, zur persona non grata erklärt zu werden. Er sagte Cadogan zu, den Inhalt des zu erwartenden Code-Telegramms „in nützlichen Kreisen zu wiederholen" und auch den Militärattaché zu instruieren, „das gleiche in allen Unterhaltungen zu tun, die er mit deutschen Offizieren führe". Er selbst wollte mit „Keitel & Co." in entsprechender Weise reden. (DBFP V, No. 589 Anm.) Natürlich sprach er dann nur mit Halder, denn er hatte verstanden, daß Keitels Name dafür mißbraucht worden war, die Spuren zu den Verschwörern zu verwischen.

Tatsächlich erhielt Henderson am folgenden Tage, dem 11. Mai, das vom Foreign Office erbetene Code-Telegramm unter Auslassung des die deutschen Generale betreffenden Absatzes 2. (DBFP V, No. 489.) Henderson beeilte sich nun, den Inhalt des Code-Telegrammes unter seinen deutschen Freunden und vor allem im „Großen Generalstab" bekanntzumachen. Ribbentrop sollte nichts davon erfahren. Aber schon am 14. Mai übersandte Mussolini „mit größter Beschleunigung für Reichsaußenminister persönlich, Strengst Geheim" die Abschrift des Halifax-Code-Telegrammes vom 11. Mai, das vom italienischen Geheimdienst entziffert worden war. (ADAP VI, Dok. 377.) Da aber durch die Vorsorge Hendersons der Absatz 2 des Originaltelegrammes ausgelassen wurde, wußte Ribbentrop nicht, daß der Botschafter die Instruktion erhalten hatte, allein mit dem Generalstabschef Halder über die bereits ventilierte englische Kriegserklärung zu sprechen.

Am folgenden Tage, dem 15. Mai, berichtete Henderson nochmals über Ribbentrops feste Überzeugung, daß England „auf alle Fälle beabsichtige, Deutschland anzugreifen". Er empfahl deshalb seiner Regierung, es sei besser, „wenn dieser Fall jetzt eintrete, statt zu einem späteren Zeitpunkt, an dem Deutschland vielleicht noch mächtiger sei als heute". (DBFP V, p. 804f.) Aus beiden Henderson-Telegrammen vom 2. und 15. Mai geht zweifelsfrei hervor, daß die von Kordt erfundene These, Ribbentrop vertrete die Ansicht, England sei dekadent und werde nicht kämpfen, den Tatsachen nicht entsprach.

Der Militärattaché Mason-MacFarlane sprach mit den ihm geeignet erscheinenden deutschen Offizieren in dem Sinne, daß „Danzig an sich nur der zeitweilige Brennpunkt sei, denn für uns Engländer wäre die strittige Frage sehr viel größer als Danzig allein". Da die größere Frage als Danzig für England der versprochene Umsturz in Deutschland war, fragte Mason-MacFarlane schließlich seinen deutschen Gesprächspartner, Oberst Graf von Schwerin, etwas *ungeduldig*, aber doch ganz offen, „ob nun endlich dem Kriegsministerium die Lage in Berlin klar geworden sei". (DBFP V, p. 806.) Henderson besprach auch mit Weizsäcker die betrügerische Halifax-Sprachregelung und meldete daraufhin nach London, daß man nach Ansicht des Staatssekretärs „in Deutschland die britische Garantie für Polen *nicht* sehr ernst nehme", womit wiederum vorgetäuscht werden sollte, daß Hitler und Ribbentrop nicht an Englands Kampfentschlossenheit glaubten. (DBFP V, No. 525.)

Für Chamberlain selbst bedeutete das Schicksal Danzigs ebenso wenig wie das Schicksal eines Konfliktes, um Hitler mit Hilfe der Verschwörer zu stürzen. Deshalb mußte Henderson Besprechungen mit Halder und einer „Anzahl anderer Generale" in dem ihm befohlenen Sinne des Halifax-Code-Telegrammes führen. Halder bestätigt selbst, daß er zum Lunch bei Henderson gewesen sei, und „daß im Gegensatz zu allen gesellschaftlichen Gepflogenheiten Henderson und ich bei Tisch und auch nachher nur miteinander sprachen, und daß der Gedankenaustausch nichts zu wünschen übrig ließ. Unmittelbar von diesem Lunch bin ich zu meinem Freund v. Weizsäcker gefahren und habe ihn gebeten, nun auch von sich aus auf Henderson einzuwirken, damit England unzweideutig Hitler seine Entschlossenheit zum Handeln betone." (Brief Halders an Dr. Krausnick v. 26. 4. 1955, zit. nach Rudi Strauch, „Henderson", S. 222.) Halder äußerte sich bei diesem Essen Henderson gegenüber in aller Deutlichkeit, als er sagte, man müsse Hitler „mit der Axt auf die Hand hauen"! Anschließend erklärte er Weizsäcker: „Er selbst könne als Generalstabschef dem Engländer nicht gut sagen, daß England seine Home Fleet auslaufen lasse und daß Frankreich mobilisieren möge." (Krausnick, Die Vollmacht des Gewissens, Bonn 1956, Dok. 374.) Halder informierte auch Brauchitsch. (Rudi Strauch, S. 222.)

Inzwischen war Henderson auch mit Göring zusammengetroffen und hatte darüber nach London berichtet: „Der Feldmarschall hat sich über die britische Feindschaft im allgemeinen, über die politische und wirtschaftliche Einkreisung Deutschlands und über die Tätigkeit der englischen Kriegspartei etc. beschwert ... Göring fragte mich, ob England aus *Mißgunst* einem starken Deutschland gegenüber wirklich zu einem Krieg entschlossen sei, und wenn, was gemacht werden könne, um ihn zu vermeiden." Zum Schluß erklärte Göring: „Nichts werde die Deutschen am sofortigen Handeln hindern, falls die Polen versuchen sollten, Danzig in Besitz zu nehmen." (DBFP V, No. 658/59.) Diese Möglichkeit hatte Chamberlain be-

kanntlich schon am 30. März ins Auge gefaßt und nur deshalb abgelehnt, weil ja dann Polen und nicht Deutschland der Aggressor gewesen wäre und damit die Gefahr bestanden hätte, daß sich die Verschwörer nicht zum Handeln gegen Hitler entschließen würden. (DBFP VI, No. 468 u. 473.) Henderson hatte weisungsgemäß mit allen Deutschen, die ihm dafür geeignet erschienen, den Inhalt des Halifax-Code-Telegrammes besprochen. Aber er distanzierte sich von dem „Foreign Office-Memorandum über die Danzig-Frage" vom 5. Mai 1939 und schrieb am 12. Mai in einem privaten Brief an Strang:

„So wenig gern man es auch hören mag, so erscheint mir der Absatz ‚Die gegenwärtige Lage' keine absolut unparteiische Feststellung über das Problem zwischen Polen und Deutschland zu sein. Die polnische Seite wird ausführlich berücksichtigt, die deutsche Seite dagegen etwas summarisch abgetan, und zwar auf der Basis von Vermutungen über ihre weitgehendsten Ziele . . . Die deutsche Seite hat ihre eigenen Werte, und ich hätte es für fairer gehalten, diese aufzuzeichnen, besonders, da das Memorandum für das Kabinett verfaßt worden ist.

Danzig ist eine rein deutsche Stadt, und es ist eine Tatsache . . . daß selbst die friedliebendsten Deutschen ihre Rückkehr ins Reich wünschen . . . Hätte Berlin eine Place de la Concorde, so wäre das Danzig-Denkmal ebenso mit schwarzem Trauerflor umhüllt, wie es die Straßburg-Statue 50 Jahre lang gewesen ist. Dasselbe gilt für den Korridor. Es wäre für jede Nation aufreizend, von einem Teil seines Besitzes abgeschnitten zu sein, eines Gebietes, das irgendeiner fremden Nation gehört . . . Danzig ist tatsächlich schon ein Mikrokosmos des Reiches. Auf jeden Fall ist es *nicht* polnisch, und seine Eingliederung in das Reich als Freie Stadt, wie Hitler es vorgeschlagen hat, würde wenig Unterschied machen . . . Es scheint mir besser, die Danzig-Frage allein und nicht zusammen mit dem Korridor zu regeln. Der Korridor ist polnisch, aber Danzig nicht, und es wäre für Deutschland viel leichter, in einem Konflikt wegen Danzig sich als Opfer der polnischen oder westlichen Aggression hinzustellen. Das fürchte ich besonders. Wenn es schon sein muß, so sollte unser Ziel ein Krieg sein, in dem Deutschlands Angriffslust für die ganze Welt einschließlich der Deutschen selbst offenkundig wäre." (DBFP V, p. 817f.)

Henderson verteidigte immer noch die deutsche Sache als gerecht, aber durch die Halifax-Code-Weisung und durch das Foreign-Office-Memorandum erkannte er, daß Chamberlain auf den Kriegsausbruch hinsteuerte. Er selbst war zermürbt und gab nur noch den Rat, daß in einem solchen Kriege Deutschland vor der ganzen Welt als der Schuldige *erscheinen* müsse. An Cadogan schrieb er in einem persönlichen und handschriftlichen Brief, in dem er resigniert feststellte:

„Das einzig Nützliche, was wir jetzt tun können, ist, unsere jungen Männer rasch für den Krieg auszubilden. Wir sollten uns *zumindest* verteidigen können und darauf vertrauen, am Ende den Krieg zu gewinnen – wenn die Polen auch zuerst *arg zugerichtet* werden. Ich glaube, daß man das im Bridge ‚flag-wagging' nennt. Ich bedaure Sie. Mein eigenes Leben hasse ich genug. Aber Ihres ist in mancher Hinsicht unendlich viel schlimmer, wenn auch angenehmer, weil Sie unter Ihren eigenen Landsleuten leben . . ." (FO 800/294, 10. Mai 1939, Henderson an Cadogan.)

Der britische Botschafter war gegen die Einführung der Wehrpflicht im Frieden gewesen, weil sie zusammen mit der britischen Garantie an Polen den Krieg fast unvermeidlich machte. Jetzt hatte er sich damit abgefunden, obwohl er wußte, daß Polen das wehrlose Opfer dieser Chamberlain-Politik sein werde. Auch Chamberlain hatte gezögert, den allgemeinen Wehrdienst noch *vor* einem Krieg einzuführen. Aber er wurde von allen Seiten bestürmt, die „conscription" anzuordnen. Im April hatte er durch den Botschafter Phipps einen leidenschaftlichen Brief von Daladier erhalten mit der Bitte, „noch vor Hitlers Rede am 28. April die Wehrpflicht in Großbritannien zu verkünden". Dies sei wichtig, so fügte Phipps hinzu, denn „es werde schon allgemein gesagt, daß England bereit sei, für die Freiheiten Europas bis zum Tode des letzten Franzosen zu kämpfen". (Bullitt an Hull. Paris 10. 4. 1939. No. 785. Für den Präsidenten persönlich Frus 1939, I, pp. 169/70.) Am 21. April telegrafierte Botschafter Kennedy aus London: „Während meiner Abwesenheit ließ Sir Alexander Cadogan den Geschäftsträger Johnson zu sich kommen, um ihm die folgende, strengst geheime Information zu übermitteln, die auf Wunsch des Premierministers auch dem Präsidenten mitgeteilt werden sollte: Am Mittwoch, dem 26. April, wird der Premierminister unter der Maske des ‚Notstandes' militärische Maßnahmen ersten Ranges verkünden einschließlich der *conscription* . . . Der Entschluß dazu wird zweifellos ungünstige Folgen in Deutschland haben . . ." (Kennedy an Hull, London, 21. 4. 1939, No. 538, Frus 1939, I, pp. 72. Persönlich für Staatssekretär und Unterstaatssekretär.) Am gleichen Tage telegrafierte auch Bullitt nach Washington, daß sich Vansittart ihm gegenüber für die „sofortige Wehrpflicht" ausgeprochen habe. Bullitt fügte hinzu, „Vansittarts Verhältnis zu Halifax sei jetzt sehr eng geworden, aber seine Beziehungen zu Chamberlain reservierter denn je". (Frus 1939, I, Bullitt an Hull, Paris, 21. 4. 1939, No. 798, p. 240.)

Hendersons Verständigungsbereitschaft war seinen Gegnern zunehmend ein Dorn im Auge. Sein Vorschlag, mit Deutschland auf wirtschaftlicher Ebene zusammenzuarbeiten (DBFP V, No. 659,

Henderson an Halifax, 28. Mai 1939), stieß bei Ashton-Gwatkin auf schärfste Ablehnung:

„Sir Nevile Henderson fragt, ob die britische Politik a) die Deutschen in ihrem eigenen Saft schmoren lassen solle oder b) bereit sei, ihm aus seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuhelfen. Er hält nach ‚reiflicher Überlegung' letzteres trotz offensichtlicher ‚Gefahren' für den besseren Kurs. Wie sollen wir Deutschland helfen? 1. Durch Darlehen oder Kredite? 2. Durch Suspendierung der Reparationen? 3. Durch Reduzierung der Tarife zum Nachteil unserer eigenen Industrien? 4. Durch Rückgabe von Kolonien? 5. Durch administrative Konzessionen an Deutsche in britischen Kolonien? 6. Durch unseren völligen Rückzug vom Balkan-Handel, indem wir das ganze Feld den Deutschen überlassen? . . . Laßt uns damit aufhören, über den Unsinn einer wirtschaftlichen Hilfe zu sprechen." (FO 800/315, 1. 6. 1939, Gez. Gwatkin.)

Ashton-Gwatkin redete wirklich Unsinn, denn die drei ersten Punkte waren nicht akut und die Kolonialfrage von Hitler auf Jahre hinaus zurückgestellt worden. Es blieben also nur die Handelsfragen mit dem Balkan. (FO 800/315, 1. 6. 1939, Gez. Gwatkin.)

Henderson wußte wohl, daß seine Stimme in England wenig zählte und daß er große Feinde im Foreign Office hatte. Am gleichen Tage, als Ashton-Gwatkin ihn so scharf kritisierte, schrieb er an Halifax einen offiziellen Brief, in dem er die deutsch-polnische Lage darstellte: Ob ein deutsch-polnischer Kompromiß noch möglich sei, hänge davon ab, „wie lange Hitler noch bereit sei, zu warten . . . Sollte die deutsche Presse ein ehrliches Barometer sein, so zeigt es sicherlich an, daß Hitler immer noch eine friedliche Regelung wünscht und erhofft." (DBFP V, No. 713.) Gleichzeitig schrieb er an Cadogan einen persönlichen Brief, in dem er über die Reichsregierung feststellt:

„Ich habe den Eindruck, daß die verantwortlichen Stellen immer mehr glauben, daß wir *in jedem Fall Krieg machen werden*, wenn wir dazu gerüstet sind. Aus Hitlers Rede in Kassel vom Sonntag entnehme ich die Warnung an sein Volk, sich für ein neues 1914/18 zu wappnen, ‚weil England immer noch auf seiner Politik des *Delenda est Germania* besteht'. Vielleicht sagt er dieses nur, um die kriegsähnliche Stimmung für alle Eventualitäten aufrechtzuerhalten. Trotz seiner mit großen Kosten aufgebauten Kriegsorganisation glaube ich, daß Hitler selbst, anders als einige seiner Umgebung, den Frieden will und nicht leichtsinnig einen Weltkrieg riskieren wird . . .

Neurath habe Attolico gesagt, Hitler realisiere vollkommen, daß eine einseitige deutsche Aktion im Hinblick auf Danzig die Briten sofort auf den Plan rufen würde. Von seinem Vatikan-Kollegen hörte ich heute, daß die Straße zwischen der polnischen Grenze und Frankfurt a. d. Oder mit deutschen Flüchtlingen aus Polen verstopft ist . . . Trotzdem bringen die Berliner Zeitungen diese Tatsache nicht, und das scheint mir ein Beweis dafür zu sein, daß Hitler keinen Streit sucht, der zu einem Weltkrieg führen könnte. Burckhardt sagte Attolico, daß er dreiviertel der Schuld für die Verschlimmerung der deutsch-polnischen Lage den Polen zuschreibt . . . Sollten Sie glauben, daß ich prodeutsch oder antipolnisch bin, so kann ich das nicht ändern. Ich will nur eine Lösung finden, die sowohl gerecht als vernünftig ist und lange anhalten wird. Ich bin ganz für die starke Linie, jetzt, da die Kraft hinter unseren Worten steht. Aber das ‚Nein' zu einer Regelung der Beschwerden macht das ‚Nein' immer wieder notwendig." (FO 371/23020, C 8757, Gez. Henderson, 6. 6. 1939.)

Zu diesem Henderson-Brief nahm Sargent eine Woche später eine sehr negative Stellung ein. Er verlangte im Gegensatz zum Botschafter, daß England zu einer gerechten Regelung der deutschen Beschwerden im Hinblick auf Polen „Nein" sagen müsse. Er begründet das englische „Nein" zu einer deutsch-polnischen Kompromißlösung mit völlig unwahren Behauptungen, z. B.: „Hitler verlangt eine hundertprozentige Lösung, wenn nötig etappenweise, d. h. 1. die Annexion von Danzig und dem Korridor. 2. Die Wiederherstellung der Vorkriegs-Ostgrenzen von Deutschland und 3. die Herabsetzung Polens zu einem Vasallenstaat . . ." Hitler hat weder den Korridor verlangt noch die deutschen Vorkriegsgrenzen im Osten, geschweige denn, daß er aus Polen einen Vasallenstaat machen wollte. Im Gegenteil: Polen sollte ein starker Bundesgenosse sein, der nötigenfalls Deutschland militärisch *gegen* Rußland unterstützen könnte. Sargent ist der Ansicht, man könnte jetzt nur taktische Züge machen und warten, bis Hitler versuchen werde, sein Ziel zu erzwingen. Er gibt seiner Regierung den bekannten Weizsäcker-Rat:

„Um aber Hitler dahin zu bringen, wird es für S. M. Regierung notwendig sein, an den Worten des Herrn von Weizsäcker festzuhalten, an einem *drohenden Schweigen*, d. h. wir müssen Hitlers erste Aktion abwarten und in der Zwischenzeit Handlungen in Warschau oder sonstwo unterlassen, die Hitler in seinem Glauben ermutigen könnten, daß unter Beibehaltung des augenblicklichen Druckes *wir* früher oder später die Polen zwingen würden, sich der ersten Etappe seiner hundertprozentigen Forderung zu unterwerfen." (FO 371/23020, gez. Sargent, 14. 6. 1939.)

Zu dieser Sargent-Notiz bemerkt Vansittart handschriftlich: „Sir N. Henderson spricht immer davon, daß wir eine Regelung finden sollten, die Hitler akzeptieren wird. Warum denkt er nie daran, daß Hitler eine findet, die wir akzeptieren würden? Henderson selbst gibt die Antwort: Er sieht nur den deutschen Standpunkt." Cadogan erklärt sich – ebenfalls handschriftlich – mit Sargents Notiz einverstanden.

Weizsäcker verlangt Englands „drohendes Schweigen“

Am 11. Juni 1939 hatte Weizsäcker über den Hohen Kommissar von Danzig, Burckhardt, der britischen Regierung den Ratschlag gegeben:

„England müsse an einer festen Front, ‚einem drohenden Schweigen‘ – silence menaçant – festhalten. Sonst werde Herr v. Ribbentrop wieder mit seiner These recht behalten, daß die Briten nicht marschieren. Weizsäcker war der Ansicht, daß die Tür für Verhandlungen angelehnt bleiben solle, aber nur gerade so eben.“ (Makins Memorandum v. 12. Juni 1939, DBFP VI, No. 36.)

Weizsäckers Wort von dem „silence menaçant“ war für die Briten so wichtig, daß es an alle Missionschefs mit der Order weitergegeben wurde, bei ihren offiziellen Gesprächen immer an diese Weizsäcker-These zu denken. Auch der polnische Botschafter Graf Raczynski wurde über diese Richtlinie der englischen Politik unterrichtet. Dies zeigt wieder einmal, daß sich Chamberlain von dem Ratschlag der deutschen Verschwörer leiten ließ. Weizsäcker erklärte völlig eigenmächtig auf Burckhardts Frage, warum „die Deutschen ihre Wünsche noch nicht definiert hätten, daß es dafür jetzt schon zu spät sei“. (DBFP VI, No. 36.) Diese Antwort, an die Adresse Englands gerichtet, ermöglichte es Sargent, Hitler die phantastischsten, bereits zitierten Ziele zu unterstellen. Gleichzeitig ließ Burckhardt der britischen Regierung noch weitere wichtige Informationen zukommen, die er über Roger Makins weiterleitete. Der Hohe Kommissar hatte gerade Gauleiter Forster gesprochen, dem von Hitler die Anweisung gegeben worden war, sich in Danzig ruhig zu verhalten und keine Zwischenfälle eintreten zu lassen. Burckhardt sprach auch von Ribbentrop, der ihm erklärte, daß Deutschland einen Ausgleich anstrebe, aber daß die Polen „verrückt“ seien. Kein anderer Staatsmann als Hitler hätte der polnischen Regierung eine so großzügige Regelung vorschlagen können. Hitler habe sich sogar bereit erklärt, das „Britische Empire zu verteidigen“! Burckhardts Frage „Gegen wen?“, fanden manche damals sehr geistreich. Inzwischen hat die Geschichte gezeigt, daß sich England gegen alle außer Deutschland hätte verteidigen müssen, wenn es dazu fähig gewesen wäre. Natürlich sprach Burckhardt auch mit Weizsäcker, dessen These vom „silence menaçant“ er unterstützte, und riet den Engländern, auf einer absolut festen Front zu beharren. (Burckhardt, Meine Danziger Mission, S. 344. Gez. Makins, Memorandum. DBFP VI, No. 36.)

Zu dem Burckhardt-Makins-Gespräch vom 11. Juni 1939 schreibt Kirkpatrick:

„Dies ist ein interessanter Bericht und überzeugend, soweit es die unmittelbare Zukunft angeht. Burckhardt scheint jedoch ebenso wie alle anderen keinen konkreten Vorschlag für eine Regelung machen zu können, der beide Parteien – Deutsche und Polen – befriedigen würde. Die wichtigsten Punkte sind die folgenden:

1. Großbritannien soll weiter eine absolut feste Haltung einnehmen. Dies ist der Weg, den Baron von Weizsäcker und alle *gut eingestellten* Deutschen einnehmen. Zweifellos sind die Deutschen heute weder materiell noch moralisch in der Lage, an einen Zweifrontenkrieg zu denken, und unsere größte Chance liegt darin, einen gefährlichen (prekären) Frieden aufrechtzuerhalten, indem wir Herrn Hitler zeigen, daß wir uns nicht zu einem Nachgeben einschüchtern lassen.

2. Herr Burckhardt empfiehlt seine eigene Rückkehr nach Danzig. Ich zweifle nicht daran, daß dies richtig ist, und wenn dem zugestimmt wird, sollten wir die nötigen Regelungen mit dem Dreier-Komitee machen. Vielleicht sollte der erste Schritt darin bestehen, den schwedischen Minister kommen zu lassen und ihm die Lage zu erklären.

3. Es ist bemerkenswert, daß Herr Burckhardt eine Abmachung mit Rußland befürwortet. Dies ist um so schwerwiegender, als er ein konservativer Schweizer ist, der grundsätzlich den Kommunismus ablehnt und der darüber hinaus die Wirkung in Deutschland beobachten konnte, die dort unsere Verhandlungen mit Rußland auslösten.

Sollte entschieden werden, daß dieser Bericht gedruckt und in Umlauf gebracht wird, so schlage ich vor, daß der Name des Baron von Weizsäcker weggelassen und durch die Formulierung ‚*Ein hoher deutscher Beamter*‘ ersetzt wird.“ (FO 23020, C 8459, Gez. Kirkpatrick, 13. 6. 1939 – Abschriften dieses Dokumentes wurden gesandt nach Berlin, Paris, Warschau, Stockholm, Rom, an Oberst Beck und den Premierminister.)

Auch Henderson nahm nochmals in einem persönlichen Brief an Sargent zu Burckhardts Gespräch mit Makins Stellung. Er wußte von Weizsäcker, daß Gauleiter Forster von Hitler persönlich angewiesen worden war, Zwischenfälle in Danzig zu vermeiden. Es war immer Hendersons Ansicht gewesen, daß Hitler dank seiner „österreichischen Schlamperei“ seine Mitarbeiter so ziemlich machen ließ, was sie wollten, bis zu dem Augenblick, in dem er selbst intervenierte. Deshalb hielt Henderson den Ausspruch Forsters für korrekt, daß er „bis jetzt auf eigene Initiative gehandelt habe, aber dies in Zukunft nicht mehr tun würde“. Daraus folgerte Henderson, daß Hitler „a) sich nicht in gefährliche Risiken zwingen lassen wolle und b) daß alles, was geschehen wird, auf Hitlers Befehle zurückgeht, so daß wir dann die nötigen Schlußfolgerungen ziehen müssen“. Henderson wurde von Weizsäcker gefragt, was er mit Ribbentrop be-

sprochen habe. Er erklärte darauf, daß er schon über einen Monat nicht mehr im Auswärtigen Amt gewesen sei. Henderson hielt es seiner früheren Empfehlung entsprechend für wichtig, Ribbentrop auszuschalten. Deshalb machte er keine Anstalten, den Außenminister aufzusuchen und etwas mit ihm zu besprechen. Er schreibt wörtlich an Sargent:

„Wenn man Ribbentrop vollkommen ignoriert, wird Hitler schließlich glauben, daß er nicht so wichtig ist. Das war ein Grund für mich, mehrere Gespräche mit Göring zu führen. Aber im Augenblick ist Ribbentrop die wichtigste Person, und ich kann nicht mehr tun, als mit allen zu sprechen und ihnen auf hinterhältige Weise beizubringen, daß alle Fehler, *sous-entendu*, d. h. selbstverständlich von Ribbentrop gemacht werden." (FO 371/23020, C 8660, 16. 6. 1939, Henderson an Sargent.)

Goerdeler: „Unsere einzige Chance ist, Deutschland und Italien in einen Krieg zu verwickeln"

Bereits am 30. Mai 1939 hatte Goerdeler dem Foreign-Office-Beamten Ashton-Gwatkin seinen neuesten „Friedensplan" vorgelegt. In diesem Memorandum forderte Goerdeler England und Frankreich auf, unter allen Umständen „die Führung der Weltpolitik zurückzugewinnen und zu behalten. Die Initiative darf niemals mehr in die Hände der Achsenmächte fallen . . . England und Frankreich sollen nicht weiter andere Mächte *bitten*, den Frieden aufrechtzuerhalten, sondern sie sollen den Frieden *fordern*." Dieser sollte nach Goerdelers Visionen „auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit, des Anstandes, der Gesetze und der Ordnung" aufgebaut sein. Vansittart schreibt dazu: „Die große Mehrheit des deutschen Volkes wird einen derartigen Frieden freudig akzeptieren. Im Vertrauen darauf, daß ein solcher Plan aufrichtig, ehrlich und zuverlässig ist, wird es nicht länger auf die Kriegsrufe hören." Kirkpatrick dagegen distanziert sich von Goerdelers Friedensphantasien mit den Worten: „Es ist gut und schön, von einem Plan für ein besseres Europa ohne Rüstungen und einen dauernden Frieden zu sprechen. Die Schwierigkeit ist aber, einen solchen Plan durchzuführen. Dr. Goerdeler hofft immer noch, Hitler durch einen taktischen Zug liquidieren zu können, aber ich fürchte, daß sich das nicht so leicht verwirklichen läßt." Sargent schreibt ähnlich: „Dr. Goerdeler macht uns in gewissen Abständen diese Vorschläge. Wir stehen immer vor dem gleichen Dilemma: Entweder kommt unser Plan den deutschen Forderungen soweit entgegen, daß Hitler ihn akzeptieren kann, dann wird er weitere unblutige Siege erringen und sich Danzig sichern, ebenso die Kolonien, Rohmaterial etc. für Versprechungen, sich in Zukunft gut zu benehmen. Das wird niemand glauben. Seine Position in Deutschland wird dadurch unermeßlich gestärkt, und Dr. Goerdelers Freunde werden keinen Vorwand und keine Neigung haben, einen Putsch anzuzetteln. Oder unser Plan wird so vage und unbestimmt sein, daß Hitler keine endgültige Antwort zu geben braucht, wie er es mit dem Vorschlag des Präsidenten Roosevelt vom April 1939 getan hat. Die Tatsache z. B., daß die Verschwörer nach Präsident Roosevelts Vorschlägen *nicht* zuschlugen, ist meiner Ansicht nach eine Warnung für uns, Dr. Goerdelers Zusicherungen nicht zu sehr zu trauen."

Am ausführlichsten äußerte sich Ashton-Gwatkin, dem Dr. Goerdeler persönlich seinen Friedensplan erläutert hatte:

„Goerdeler sagte mir, er habe nicht vergessen, was ich ihm als unmöglich bezeichnete, nämlich von der britischen Regierung zu erwarten, daß sie einen Staatsstreich für das deutsche Volk mache. Aber er verlangte für das deutsche Volk eine Zusicherung über die Haltung der auswärtigen Mächte, wenn es selbst putsche. Er verlangte, daß die britische oder die französische Regierung einen Plan zur Herstellung eines besseren Europas vorlegen solle. Dieser Plan sollte in einer Rede eines führenden Staatsmannes, d. h. durch Herrn Chamberlain oder Herrn Daladier der Welt verkündet werden, durch Rundfunk in der gesamten Welt und besonders in Deutschland. Kopien sollten offiziell durch die Botschafter der deutschen Regierung übergeben und die Regierung sollte um Antwort gebeten werden. Die Repräsentanten der anderen Mächte in Berlin sollten diese Initiative unterstützen und die Empfehlungen ihrer Regierungen zur Annahme dieses Planes übermitteln. Goerdeler hat die Angelegenheit in Paris diskutiert und beträchtliche Ermutigungen von M. Paul Reynaud und M. Léger erhalten . . .

Goerdeler war der Ansicht, daß der Vorschlag irgendwann im Juli, auf jeden Fall vor der Parteitagsrede im September gemacht werden sollte. Er glaubte, daß dann die ganze Angelegenheit bis Ende Oktober erledigt sei. Aus militärischen Gründen sind die Monate September und Oktober besonders wichtig. Die Armeeführer sind sich bewußt, daß sie es mit den SS-Truppen zu tun haben werden, denn die Liquidation der SS-Organisation und der Gestapo ist der Zentralpunkt ihrer Politik. Als einen Teil ihres Planes würden sie sofort die SS-Hauptquartiere einschließlich der Geheimakten in Besitz nehmen, aufgrund derer sie dann gerichtlich gegen die Führer der Nazi-Partei vorgehen würden, wegen der von ihnen begangenen Verbrechen. Es wäre möglich, Hitler zu behalten, wenn er die Stellung eines Präsidenten in einem goldenen Käfig akzeptieren würde, jedoch ohne politische Machtbefugnisse und ohne Befehlsgewalt über die Armee . . ." (FO 371/22973, C 8004, 30. 5. 1939.)

Es ist kein Wunder, daß Chamberlains engste Mitarbeiter Goerdelers „Friedensplan" mit Skepsis beurteilten, denn sie glaubten nicht, wie Roberts es ausdrückt, daß eine öffentliche Unterstützung von englischer Seite „die deutsche Armee zu einem Staatsstreich im Reich veranlassen würde". Dazu waren sie auch berechtigt, denn derselbe Dr. Goerdeler hatte demselben Ashton-Gwatkin fünf Tage zuvor gesagt: „Wenn Hitler den Marschbefehl gegen Polen gibt, so wird die Armee sicherlich marschieren. Denn die Frage der Zurückgewinnung Danzigs und des Korridors liegt den Armee-Offizieren sehr am Herzen, stärker als es bei Österreich und dem Sudetenland der Fall war . . . Die einzige Chance, Hitler und die Armee zu trennen, wäre die, Deutschland und Italien in einen Krieg zu verwikkeln." Und kurz darauf schrieb Goerdeler in einem Brief an Vansittart:

„Es ist natürlich sehr deprimierend für uns deutsche *Gemäßigte,* daß die Westmächte ihre Chance nicht wahrnehmen. Eine Wirtschaftsoffensive, getarnt als Privatinitiative, könnte sicherlich die gefährdeten Beziehungen zwischen Hitler und seinen Generalen zerreißen, Hitler der Wahl des Termins und der Handlung berauben und ihn zwingen, sehr schwere Entscheidungen zu treffen. Starker Druck z. B. auf Italien würde Hitler mit dem höchst unpopulären Schritt konfrontieren, ja sogar mit der großer Gefahr, Italien militärische Hilfe zu leisten!" (FO 371/23008, C 7729, C 7769 u. FO 371/23009, C 8923, 25. 5. u. 16. 6. 1939.)

Es gab noch keine Sicherheit, stellten die deutschen Verschwörer fest, daß die Westmächte ihre Ratschläge befolgen würden. Auch Dr. Brüning schaltete sich mit seinen Empfehlungen wieder ein. Er bewunderte zwar die britischen Rundfunksendungen in deutscher Sprache, aber er kritisierte, daß die Reden prominenter englischer Politiker bei den deutschen Hörern nicht gut ankommen. Hitlers „stärkste Propagandawaffe ist erstens die ‚Einkreisung', die von der großen Mehrheit der Deutschen als eine wirkliche Gefahr betrachtet wird – und zweitens Präsident Roosevelts Ansprache; der Vergleich zwischen Roosevelt und Wilsons Vierzehn Punkten ist ein vollkommener Erfolg gewesen". Andererseits ist die „Untergrund-Organisation der alten politischen Parteien, seine eigene z. B., wirkungsvoll". Gefragt über die Zukunft der deutschen Politik, antwortete Brüning mit dem bekannten Wort: „Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg, und solange man ihn Hitler zugesteht, so bleiben die viel besprochenen Theorien eines Reichswehr-Putsches nichts als Wunschdenken." (FO 371/23008, C 8027, 24. 5. 1939, Mr. Joung an Mr. Warner.)

Regieanweisungen der Kordt-Brüder

Anfang Juni brach Theo Kordt, Geschäftsträger an der Deutschen Botschaft in London, nach Berlin auf, um sich neue Instruktionen zu holen. Am 13. Juni kehrte er in die britische Hauptstadt zurück und setzte sich mit seinem französischen Freund Maillaud in Verbindung. Dieser Vertreter der Havas-Presseagentur sandte noch am gleichen Tage eine Aufzeichnung seines Gespräches mit Kordt an die Französische Botschaft in London und an Ridsdale von der Nachrichtenabteilung des Foreign Office. Ridsdale seinerseits wandte sich umgehend an seinen Kollegen Kirkpatrick, um ihm die neuesten Kordtschen „Geheimnachrichten" mitzuteilen: Hitler hat in der Danzig-Frage noch keine Entscheidung getroffen. Im Juli werden wichtige Truppenbewegungen in Deutschland stattfinden. Es handelt sich um „starke Konzentrationen an der Westfront und um die kriegsmäßige Belegung der Befestigungen im Osten". Die deutschen „Generale sind über die Chancen eines militärischen Erfolges konsultiert worden". Keitel ist lediglich ein „Ja-Mann", Brauchitsch und Halder sind „gemäßigter". Alle führenden militärischen Berater glauben an keine Erfolgschancen Deutschlands, wenn Rußland auf der Seite der Westmächte kämpft. Die öffentliche Meinung im Reich läßt sich wie folgt beurteilen: „Die Armee ist hinsichtlich ihres Treueides gespalten und unschlüssig. Die deutsche Bourgeoisie stehe Hitler entschieden wohlwollender gegenüber als es im September der Fall war . . . Die Arbeiter sind nervös und dem Führer gegenüber mißtrauisch, an ihrer Untertanentreue ist zu zweifeln . . . Die Intelligentsia – d. h. die Creme der Gebildeten – steht dem Regime feindlicher denn je gegenüber." Kordt empfiehlt, daß England seine Beziehungen zu Italien „aufrechterhalte" und verstärke und betont, daß ein „englisch-sowjetisches Abkommen sehr wahrscheinlich den Frieden bedeuten würde", ein Mißlingen aber „außerordentlich gefährlich sei". Dieser Rat kann im doppelten Sinne gegeben worden sein. Der Verschwörerkreis drängte ja auf einen Kriegsausbruch, der ihm die Chance geben sollte, Hitler zu beseitigen. – Theo Kordt forderte, daß die britische *Gegenpropaganda,* die im Reich verbreitet werde, die „deutsche Öffentlichkeit *aufklären* müsse, da sich Hitler in gewisser Hinsicht vor den Folgen seiner Außenpolitik fürchte". (DBFP VI, p. 707ff. Ridsdale an Kirkpatrick. Geheim. 1. Juni 1939. FO 371/22973.)

Zwei Tage später traf auch Erich Kordt zu einem Blitzbesuch in der englischen Hauptstadt ein, um seinen Bruder mit Ratschlägen für die britische Gegenpropaganda zu unterstützen. Am nächsten

Morgen, den 16. Juni, sah auch er Maillaud, der wiederum Ridsdale von der Nachrichten-Abteilung des Foreign Office über den Gesprächsinhalt informierte. Laut Ridsdales Aufzeichnung für Kirkpatrick hatte Erich Kordt erklärt, daß die Deutschen mit den Russen Kontakt aufgenommen hätten „als Folge einer Annäherung, die Herr von Ribbentrop gegenüber dem Sowjetbotschafter in Berlin gemacht habe". Aber noch am 29. Juni lehnte Hitler sogar einen Handelsvertrag mit den Sowjets ab, weil die von Moskau vorgeschlagene Basis für Deutschland „nicht tragbar sei" und daher Berlin kein „Interesse an Verhandlungen habe". (Akten VI, Dok. 583.) Kordt empfahl den Engländern, „rasch zu handeln, wenn sie eine Vereinbarung mit Rußland wünschten". Im übrigen bestätigte er die Mitteilung seines Bruders und bemerkte, daß der König von Italien seinen Besuch in Deutschland „absagen" werde, daß die „italienische Schwere Artillerie veraltet sei", und daß fast alle Rüstungsfabriken in der Po-Ebene, also „im Aktionsradius der französischen Bomber liegen". (DBFP VI, p. 705ff.) Damit wollte Kordt darauf hinweisen, daß Frankreich in einen Krieg gegen Italien ohne Gefahr eintreten könnte. (Zum gesamten Komplex der Kordt-Besuche in London, s. A. v. R., Deutsch-Englische Geheimverbindungen, S. 288–293.)

Der Inhalt der Aufzeichnung über das geheime und vertrauliche Gespräch zwischen Maillaud und Erich Kordt wurde von hohen Beamten des Foreign Office ausführlichst kommentiert. Roberts schreibt z. B., daß Kordts Ausführungen mit dem übereinstimmen, „was mir Burckhardt in Basel gesagt hat, weil Kordt – Erich – wahrscheinlich viele seiner Informationen von Weizsäcker erhält". Kirkpatrick schreibt: „Interessant. Es bestätigt auch das, was wir von Reichenau und anderen Quellen gehört haben." Sargent empfiehlt im Hinblick auf das Kordt-Memorandum, Sir Nevile Henderson wissen zu lassen, „daß wir solche Informationen und Ratschläge von *Deutschen in offiziellen Positionen* erhalten". (FO 371/22973, C 8408, 16. 6. 1939.)

Gegen diesen Vorschlag wendet sich Vansittart mit größter Leidenschaft: „Ich widerspreche Ihrem Vorschlag auf das schärfste. Das ist es, was diese Leute fürchten; sie würden es für äußerst unfair ihnen gegenüber halten, und so ist es auch. Bei dem bloßen Gedanken eines solchen Vertrauensbruches würde diese Quelle versiegen. Wir haben nicht das *mindeste* Recht, über Deutsche ‚in offiziellen Positionen' zu Sir Nevile Henderson zu sprechen. Er würde leicht erraten, um wen es sich handelt. Und seine Indiskretion ist bekannt. Dieser Gedanke muß fallengelassen werden." Hierauf antwortete Sargent:

„Lieber Van, soll ich aus Ihrer Notiz entnehmen, daß jede Art einer solchen Information, die Nevile Henderson gegeben wird, nicht geheimgehalten würde, mit anderen Worten, daß unser Botschafter nicht vertrauenswürdig ist? Ich kann mich aus dem Stegreif nicht an einen einzigen Fall erinnern, wo er ‚undicht' gewesen ist, nachdem man ihn gebeten hatte, eine Sache für sich zu behalten. Sollte es aber so sein, so sind wir sicherlich in einer sehr unglücklichen Lage, denn normalerweise ist es gegenüber unserem Botschafter nur fair, wenn er weiß, daß wir Ratschläge dieser Art erhalten, so daß er sich sein eigenes Bild über die Situation machen kann. Außerdem könnte er, wenn er nichts weiß, einzelne unserer Aktionen als Folge der erhaltenen Ratschläge mißverstehen. Z. B. sandte uns Weizsäcker in den ersten Tagen des letzten September durch Burckhardt den Rat, eine drohende Warnung an Hitler zu schicken. Weitgehendst auf diesen Rat hin beschloß das Kabinett, Sir Nevile Henderson in Nürnberg zu instruieren, die berühmte Botschaft Hitler zu übergeben. Sie werden sich erinnern, daß Sir Nevile Henderson Schwierigkeiten machte und schließlich den Sieg davontrug. Wenn er aber gewußt hätte, daß wir auf Weizsäckers Rat hin handelten, hätte er sich wahrscheinlich nicht so energisch geweigert, die Order zu befolgen." (DBFP II, No. 823.)

Im Gegensatz zu Vansittart vermerkte Cadogan ähnlich wie Sargent, daß er Vertrauen zu Henderson habe, der eine wichtige Sache immer für sich behalten würde, wenn er auch manchmal kleine Indiskretionen begehe. Aber Vansittart schaltete sich nochmals in einer handschriftlichen Marginalie ein, um seine deutschen Informanten zu schützen, und schrieb über Henderson:

„Ich meine, daß die betreffenden Leute glauben, daß er kein sicherer Vertrauensmann ist im Hinblick auf ihre Ansichten und Aktivitäten, und da sie so denken, ist es dann ganz fair, diese besondere Art der Information, für die besondere Diskretion nötig ist, weiterzugeben? . . . Diese Leute glauben keinen Moment daran, ebensowenig wie ich, daß Henderson sie absichtlich preisgeben würde. Aber sie kennen ihn als einen indiskreten Causeur und sie wollen natürlich das *Risiko für ihr Leben* auf ein Minimum herabsetzen. Warum ist es nötig, von Deutschen in *‚offiziellen Positionen'* zu sprechen, warum nicht einfach von ‚deutschen Quellen, die wir *achten*?" (FO 371/22973, C 8408, 16. 6. 1939.)

Hierzu schreibt Cadogan eigenhändig: „In Ordnung!" So wurde die Anweisung Vansittarts befolgt und in den entsprechenden Dokumenten, die Henderson erhielt, nur von „deutschen Quellen, die wir achten!" gesprochen.

In zwei persönlichen Briefen an Halifax nahm Henderson eine sehr scharfe Stellung gegen die Berichte der Brüder Kordt ein. Er war überzeugt, daß „Hitler niemals gewissenlos einen Weltkrieg

anstiften wird", aber ihn quälte der Gedanke, daß England an der Seite Polens „für eine faule Sache kämpfen werde". Die britische Regierung müsse dafür sorgen, „daß unser Fall hart wie Stahl ist", d. h. daß ein englischer Krieg gegen Deutschland vor der Welt als gerecht erscheinen müsse. – Es gebe Leute in Berlin, die verbreiteten, daß Ribbentrop nach Halifax' letzter Rede gesagt habe, „Sie sehen ja, daß England nicht kämpfen wird, aber die Leute die so sprechen, sind jene, die den Krieg in der einzigen Hoffnung wünschen, ihre Nazi-Herrscher loszuwerden". (Henderson an Halifax, v. 28. und 24. Juni 1939, DBFP, VI, S. 709–710.)

Polen oder Rußland?

Das sowjetische Problem

Der französische Außenminister Edouard Daladier hatte schon am 8. Juni durch den Botschafter Phipps London sagen lassen, daß wir Rußland „sobald wie möglich gewinnen müssen". Er meinte, daß die Sowjets „ziemlich beleidigt seien, weil keine höhere Persönlichkeit als Strang nach Moskau gehen werde" und schlug deshalb vor, daß „ein englischer und französischer General entweder Strang begleiten oder ihm sehr bald nach Rußland folgen sollten, um dann sofortige militärische Gespräche zu beginnen, und um unser großes Vertrauen gegenüber den Sowjets auszudrücken". In diesem Dokument berichtet Phipps, der sich auf Mitteilungen des französischen Botschafters in Berlin, Coulondre, stützte, noch ausführlicher als Theo Kordt über Hitlers Gespräche mit seinen Generalen. Hitler habe Keitel und Brauchitsch gefragt:

„1. Was wird geschehen, wenn ich Polen angreife und es von Großbritannien und Frankreich unterstützt wird? Beide Generale antworteten, daß Deutschland den polnischen Staat innerhalb eines Monats erledigen könnte, General Keitel sagte, daß Deutschland *sicherlich* Großbritannien und Frankreich besiegen würde.

2. Was wird geschehen, wenn im obigen Fall auch Rußland gegen mich marschiert? General Keitel antwortete, daß Deutschland *gewinnen* wird. General von Brauchitsch sagte, daß Deutschland *geschlagen* werde." (FO 371/23068, C 864.)

Nach der von MacDonald angefertigten englischen Version sollen jedoch beide Generale, Keitel und Brauchitsch, Hitler gesagt haben, daß Deutschland einen Krieg gegen England, Frankreich *und* Rußland verlieren würde. Dies wird von Maillaud bestätigt. (FO 371/23068, C 864.) Auf die angebliche kürzliche Unterhaltung zwischen Coulondre in Berlin und den Generalen Keitel und Brauchitsch eingehend, schrieb Henderson an Kirkpatrick:

„Eine solche Unterhaltung gab es *nicht!* Ganz abgesehen davon, daß diese beiden Generale sicherlich niemals in der dargestellten Weise gesprochen hätten, wenn Coulondre mit ihnen zusammengekommen wäre. Die Geschichte über die Antwort der Generale auf Hitlers Fragen kam Coulondre durch einen Kollegen zu Ohren, und diesem Kollegen war es durch einen ‚*hohen Beamten*' des Auswärtigen Amtes, mit dem er sehr befreundet

ist, *wiedererzählt* worden. Wie dieser Beamte, der sicherlich nicht zu den ‚höchsten' gehört, seine Information erhielt, weiß ich natürlich nicht, obwohl ich mir denken kann, wer Coulondres Kollege war. Coulondre wollte mir seinen Namen nicht nennen, aber als ich ihn erriet, bestätigte er mir, daß ich recht hatte . . . Das Coulondre Zugetragene kam aus dritter Hand, deshalb kann den Worten keine Bedeutung beigemessen werden." (FO 371/23069, C 8915, 15. 6. 1939. Henderson an Kirkpatrick.)

Henderson beendet seinen Brief mit der Feststellung, daß ihn die ganze Angelegenheit nur deshalb interessiere, weil Keitel „auch nach anderen Quellen ein vollkommener ‚Ja-Mann' geworden sei, während Brauchitsch noch objektiv wie ein Soldat urteilen könne". Mit diesen Hinweisen wollte Henderson seine Regierung nur über den Wert der beiden Generale für einen kommenden Putsch aufklären, denn in Wirklichkeit glaubte er an die ganze Geschichte nicht. Mitte Juni schickten die Verschwörer eine Botschaft an Lord Lloyd, ehemaliger Hoher Kommissar von Ägypten, um ihm „strengst geheim" mitzuteilen, daß General Brauchitsch dem Informanten gesagt habe, „die Stunde Null für den Angriff auf Polen sei von Hitler auf den 31. August festgesetzt worden, und er könne am ersten Mobilmachungstag das Nazi-Regime *erledigen*". Wenige Tage später hielt Halifax im Chatham House eine sehr scharfe Rede, „zu der er in letzter Minute durch die Gerüchte über einen kurz bevorstehenden Handstreich auf Danzig veranlaßt worden war, ebenso wie durch Berichte, daß Ribbentrop immer noch Hitler sage, England würde nicht kämpfen". (Oliver Harveys Diaries vom 19. 6. und 1. 7. 1939.) – Die ewig gleichbleibende Lüge!

Während einige Kräfte im Foreign Office sich für ein Bündnis mit Moskau stark machten, stand Chamberlain einer Allianz mit der Sowjetunion ablehnend gegenüber, weil England dann Polen als Verbündeten verloren hätte. Am 5. Juni wurde Halifax von dem Journalisten Wickham Steed berichtet, er wisse aus sehr guten Quellen, daß Hitler jetzt gute Beziehungen zu Moskau suche. Hitler beabsichtige den deutsch-polnischen Pakt von 1934 aufrechtzuerhalten und Danzig auf friedlichem Wege in das Reich zu bringen, ohne dort die polnischen Wirtschaftsinteressen zu stören. Diese Pläne seien durch die polnische Allianz mit Großbritannien verhindert worden. Polen müsse eine prodeutsche Regierung aufstellen und eine freundschaftliche Haltung dem Reich gegenüber sicherstellen. Hitler hoffe, daß die Briten trotz des anglo-polnischen Vertrages diese „friedliche Entwicklung" akzeptieren würden. Da das Danziger Gebiet nicht polnisch ist und dort keine Truppen stehen, braucht Deutschland nichts gegen Polen zu unternehmen, wenn „Danzig seine Einheit mit

dem Reich verkündet und daraufhin von deutschen Truppen besetzt wird". Die Verantwortung für einen militärischen Angriff auf Deutschland oder Danzig würde dann zusammen mit der „moralischen Verantwortung für eine solche Aggression auf Polen fallen". Diese Bemerkungen werden durch die folgende Zusammenfassung ergänzt: „Hitler und seine Helfershelfer sind überzeugt, daß die Achse unter den augenblicklichen Bedingungen keinen Krieg gegen den Westen beginnen kann. Deshalb glauben sie, daß alles von einer diplomatischen und moralischen Niederlage des Westens abhängt, die jede weitere Koalition zwischen den Westmächten und dem östlichen Europa ausschließt. Deutschland könnte dann sein imperiales Gebiet bis zu den russischen Grenzen aufbauen und die Grundlage für sein kontinentales eurasisches Weltreich legen. Mit diesem Weltreich könnten die Westmächte unter der Bedingung Frieden schließen, jede politische Zusammenarbeit mit Osteuropa einschließlich Rußland aufzugeben. Als Kompensation wäre Deutschland bereit, die britischen und französischen Weltreiche zu garantieren. Dies sind die letzten Ziele, die Hitler bei einem Konflikt mit Polen verfolgt. Sein Motto ist: Kein Krieg, auf alle Fälle keinen Weltkrieg. Das Dritte Reich erstrebt ein Weltreich ohne einen Weltkrieg." (FO 371/22975, C 10981, 5. 7. 1939.) Diese phantastischen Nachrichten nahm Halifax so ernst, daß W. I. Mallet dem Journalisten Wickham Steed um die Namen seiner angedeuteten Quellen bitten mußte. Diese wollte ihm Wickham Steed mündlich geben.

Polnische Teilungspläne für ein besiegtes Deutschland
Eine Stippvisite

Bevor das russische Problem in England in Angriff genommen wurde, mußte die Lage in Polen getestet werden, denn Oberst Beck hatte sich bisher stets geweigert, Verhandlungen ins Auge zu fassen, an denen auch die Sowjets teilnehmen würden. Deshalb wurde Strang mit Jebb Anfang Juni 1939 nach Polen geschickt. Den Bericht über diesen Besuch nannte Jebb „A Flying Visit":

„Eine Woche in Polen verschaffte mir gewisse endgültige Eindrücke. Da ich nicht vorgebe, irgendwelche besonderen Kenntnisse dieses Landes zu besitzen, mögen sie falsch sein. Aber die Impressionen waren lebendig und wurden im allgemeinen durch gewissenhafte und kundige Beobachter bestätigt, einschließlich unserer ausgezeichneten Botschaft. Wenn ich auch manches wiederhole, das schon berichtet worden ist, so kann ich es vielleicht

doch in einem neuen und anderen Licht beschreiben. Was mir am meisten auffiel, war die scheinbare Ruhe und das Vertrauen der Polen, mit denen ich sprach. Ich glaube, daß manche zu vertrauensselig sind und die wirkliche Gefahr eines Angriffs der disziplinierten und motorisierten deutschen Divisionen ignorieren. S. M. Vizekonsul in Kattowitz sagte mir z. B., daß die dortigen polnischen Beamten seit unserer Garantie ‚sehr obenauf' seien und von einer raschen Niederlage Deutschlands und einer Besetzung Breslaus sprechen. Auch die Bauern auf einem Gut südlich von Thorn, wo ich ein erquickliches Wochenende verlebte, wollten die Deutschen attackieren, wie mir der Sohn des Hauses versicherte. Dies wurde mir auch von dem sehr intelligenten Chef der Wirtschaftsabteilung im Außenministerium bestätigt, Herr Wszelaki, der sagte, daß die Kriegslust und der Antigermanismus der Bauern teils auf rassischen und teils auf wirtschaftlichen Gründen beruhe – Bevölkerungszuwachs und dadurch Appetit auf deutsches Bauernland. Wszelaki sagte tatsächlich, daß er bei Kriegsausbruch ein schreckliches Massaker unter den deutsch-polnischen Bauern befürchte und daß man dies schwerlich werde verhindern können. Außerdem scheint es, daß die polnischen Bauern sich jetzt weniger der russischen Gefahr bewußt sind, obwohl sie gleichzeitig antirussisch bleiben. Meine Freunde wollten nicht direkt sagen, daß dies einen neuen Panslawismus auslösen könnte, aber sie gaben zu, daß sich angesichts des dauernden deutschen Druckes etwas Ähnliches à la longue ereignen könne.

Wenn auch übertriebenes Vertrauen und Chauvinismus unter den Provinzbeamten vorherrschen mögen, genau wie im kleinen Bürgertum und auch vage unter den Bauern, so hatte ich doch *nicht* den Eindruck, daß sie in der Hauptstadt sehr verbreitet sind. Das Außenministerium ist fast vollkommen in der Hand von Oberst Beck. Aber seinem Hauptmitarbeiter, Graf Lubienski, kann auf keinen Fall nachgesagt werden, daß er unbesonnen oder antideutsch sei. Lubienski scheint mir tatsächlich ein ziemlich unlauterer und gerissener Bursche zu sein. Er ist in Kiew geboren und diente während des ganzen Krieges in der russischen Kavallerie. In vieler Hinsicht ein russischer Typ, glaubt er offensichtlich an die Wirksamkeit des Doppelspiels. Im ganzen genommen, scheint er unserer Politik in bezug auf Danzig noch immer mißtrauisch gegenüberzustehen, denn er wies darauf hin, daß Polen sehr leicht eine Regelung mit Deutschland hätte treffen können, bevor es sich uns zuwandte. Er scheint auch über die Ruholiff-Korrespondenz in ‚The Times' nicht wenig nervös gewesen zu sein.

Außer ihm waren jedoch die mehr oder weniger proenglischen Beamten sowohl vorsichtig als korrekt. Sie gaben zu, daß es von Polen töricht wäre, Deutschland zu provozieren. Aber sie wiederholten, ohne uns kränken zu wollen, daß sie mit Deutschen besser umgehen könnten als wir. Auf jeden Fall gäbe es gewisse Konzessionen im Hinblick auf Danzig, die kein Pole gern zugeben würde. Sie könnten tatsächlich weder die Anwesenheit deutscher Soldaten im Danziger Gebiet dulden noch einen wirtschaftlichen Anschluß Danzigs an das Reich. Ersteres würde bedeuten, daß der Korridor militärisch nicht zu halten sei, letzteres, daß der polnische Handel abgewürgt werde, da er nicht allein über Gdingen geleitet werden könnte. In beiden Fällen würde Polens Unabhängigkeit ernstlich gefährdet sein. Außerdem gebe es keine Parallele zwischen den Danzigern und den Sudetendeutschen. Den Danzigern stand es völlig frei, so sehr Nazi zu sein, wie sie wollten, und es ist außerdem offensichtlich, daß es ihnen unter dem gegenwärtigen Regime besser geht, als wenn sie ein Teil von Deutschland wären. Um es kurz zu sagen: Alle Polen waren zutiefst von der Gerechtigkeit der gegenwärtigen Regelung überzeugt und sie waren empört, daß Engländer über die ‚Gerechtigkeit' der Hitlerschen Forderung sprachen. Wenn es schon eine Frage der Gerechtigkeit sei, so wollten sie wissen, was die Deutschen in Prag täten!

Ich weiß natürlich nicht, was das polnische Militär denkt. Ich kann nicht mehr sagen, als daß der Oberst, neben dem ich beim Abendessen saß – rechte Hand von General Stachiewitz, Chef des Generalstabes – ein intelligenter und vernünftiger Mann ist. Er gab offen zu, daß die polnische Armee in mancher Hinsicht unzulänglich sei, aber er vertraute darauf, daß sie sich, wenn nötig, sehr gut schlagen würde.

Ich erfuhr teils von ihm und teils von anderen Personen den folgenden polnischen Plan: Ostpreußen sollte bei Ausbruch des Krieges angegriffen werden, weil es für die Deutschen sehr schwierig sei, die Verteidigung dieser Provinz rasch und ausreichend aufzubauen. Außerdem könnte diese Provinz gleichzeitig von verschiedenen Seiten aus angegriffen werden. Die belebende Wirkung einer Besetzung von Königsberg würde, wie man hoffe, den unvermeidlichen Rückzug von der vorspringenden westlichen Verteidigungslinie ausgleichen. Auf jeden Fall müsse Polen nicht unbedingt besiegt werden, selbst wenn es sich auf die Weichsellinie zurückzöge. Und bis die polnischen Armeen dort wären, könnten sowohl die Deutschen als auch die Polen Mangel an gewissem Nachschubmaterial erleiden. Es wurde Nachdruck darauf gelegt, daß der Krieg im Osten wahrscheinlich ein ‚offener' sein würde mit der Möglichkeit zu manövrieren, und daß dies den Polen zumindest am Anfang zum Vorteil gereichen werde. Um meine polnischen Freunde auszuhorchen, pflegte ich bei einem gewissen Punkt zu fragen, was sie mit den Deutschen machen wollten, wenn das Kriegsglück zu ihren Gunsten entscheiden würde, was sie anscheinend annehmen. Keine zwei Personen gaben mir die gleiche Antwort auf diese peinliche Frage. Aber im allgemeinen schien man zu glauben, daß Deutschland in zwei oder mehrere Teile zerstückelt werden müsse, und daß der größere Teil aus einem südlichen und katholischen Block bestehen solle, vielleicht unter dem Erzherzog Otto. Auf jeden Fall scheint man allgemein anzunehmen, daß Ostpreußen von Polen annektiert wird. Der stellvertretende Leiter der Ostabteilung des Außenministeriums sagte tatsächlich, daß dies der endgültige polnische Plan sei. Er rechtfertigte ihn damit, daß die Bevölkerung von Ostpreußen im Abnehmen sei, daß viele dortige Gebiete ohnehin polnisch seien, daß auf jeden Fall ein Bevölkerungsaustausch arrangiert werden könne, und daß Polen, ein junger und rasch wachsender Staat, eine Küste haben müsse, die seiner nationalen Wichtigkeit entspreche.

Wenn ich nicht irre, gibt es noch einen größeren und verschwommeneren Plan für Polens Zukunft nach einem siegreichen Krieg gegen Deutschland. Das ist die Konzeption eines föderalistischen Polens einschließlich Litauens mit einer Art Autonomie für die Ruthenen. Nach dieser Vision würde Warschau das Zentrum eines riesigen Agglomerats sein, dessen westliche Grenzen fast bis zur Oder ausgreifen würden und dessen südliche Grenzen an ein neu aufgebautes Ungarn reichen könnten.

Ich erwähne diesen Traum nur als Beweis für Gedanken, die die Polen im geheimen hegen mögen. Ich will nicht den Eindruck erwecken, als ob vernünftige Polen diese Projekte als eine durchführbare Politik ansehen oder glauben, dies jetzt oder in vielen Jahren verwirklichen zu können. Es gibt nur wenige Polen in offiziellen Positionen, die sich *nicht* der wirklich sehr großen Gefahr eines Krieges mit Deutschland bewußt sind. Und sehr viele scheinen zu erkennen, daß dies tatsächlich einen Rückzug in das Innere des Landes bedeuten würde, einen Rückzug, der vielleicht *nicht* die Besetzung Ostpreußens ausgleichen könnte, wo die bestehenden Verteidigungslinien sehr stark sind, abgesehen von den augenblicklichen Verstärkungsschwierigkeiten. Sie glauben jedoch, daß in einem allgemeinen Krieg, der dem deutschen Angriff auf Polen folgen würde, Deutschland am Ende besiegt werde. Dann wird die polnische Armee, wenn auch arg angeschlagen, aus den Pripjet-Sümpfen oder dem ‚Urwald' von Bialobiezca wieder auftauchen, um das größere Polen ähnlich wie 1919 zu errichten. Dieser Glaube ist weder pathetisch noch phantastisch. Die Polen weisen meiner Ansicht nach mit Recht darauf hin, daß die deutsche Lage, ob militärisch, wirtschaftlich oder *innenpolitisch*, viel weniger stark ist, als die deutsche Propaganda uns glauben machen will. Sie meinen, daß der deutsche Zusammenbruch in irgendeiner Form innerhalb eines Jahres nach Ausbruch des allgemeinen Krieges eine sehr reale Möglichkeit ist. Und während sie nicht daran zweifeln, daß die Deutschen in der ersten Phase außerordentlich gut kämpfen werden, so sind sie überzeugt, daß die Umklammerung standhalten wird, und daß eine Blockade sehr viel früher als in den Jahren 1914/18 wirksam sein werde. In diesem Punkt jedoch glaube ich nicht, daß der polnische Generalstab überoptimistisch ist. Mein Freund, der Oberst, gab zu, daß Rumänien das schwache Glied in der Kette ist, und er war weniger zuversichtlich als ich, ob es den Deutschen nicht doch möglich sein werde, große Quantitäten des rumänischen Öls zu beschlagnahmen und abzutransportieren.

Nach der allgemeinen Überzeugung schien mir jedoch der Kernpunkt zu sein, daß es nach polnischer Ansicht, ganz gleich wie die Aussichten eines Krieges mit Deutschland sein mögen, besser sei zu kämpfen als sich zu unterwerfen. Das Beispiel der Tschechoslowakei hat die Polen wirklich zutiefst getroffen. Und es war das Schicksal der Böhmen genausosehr wie unsere *Garantie*, die verantwortlich waren für die Änderung der polnischen Politik. Überdies sind die Polen junge und kernige Menschen. Ihr jährliches Kontingent an jungen Männern ist nicht viel kleiner als das von Großdeutschland – ein zweimal so großes Land. – Die Männer, die heute Polen regieren, sind meistens in den Vierzigern. Dies ist der wirkliche Grund für den Unterschied zwischen Polens Haltung gegenüber einem Krieg und der Großbritanniens. Für die Polen ist der nächste Krieg einfach der nächste Krieg. Sie haben viele in der Vergangenheit erlebt und erwarten sehr viele für die Zukunft. Es wird dort nicht über den Zusammenbruch der Zivilisation gesprochen, und ich glaube nicht nur deshalb, weil sie wenig Zivilisation zu verlieren haben. Die polnische Kultur ist im Gegenteil etwas sehr Reales. Es ist auch etwas, das nach dem Glauben der Polen durch eine zahme Unterwerfung gegenüber Hitler leichter vernichtet würde als durch einen Kampf gegen seine motorisierten Truppen. Was *wir* unter einer Zivilisation verstehen, vor allem eine große und wohlhabende Mittelklasse, ist nicht das, was *sie* meinen, besonders weil sie hauptsächlich aus Bauern bestehen und der Mittelstand außerordentlich klein ist. Deshalb ruft bei den Polen der Anblick eines über den Zusammenbruch der Zivilisation entsetzten Englands die Vision einer ehrbaren alten Dame hervor, die mit vielen Paketen beladen vergeblich versucht, in einem Omnibus zu steigen. Ich behaupte natürlich nicht, daß diese Erklärung gerechtfertigt ist. Ich versuche nur, den polnischen Standpunkt wiederzugeben.

Ich tat natürlich mein Bestes, um die Polen im Sinne von Sorel zu beraten, ‚die Kraft liegt in der Mäßigung', und ihnen besonders einzuschärfen, wie unklug eine übertriebene antideutsche Propaganda sei. Gleichzeitig drängte ich sie, ihre eigene Propaganda zu verbessern und entscheidende Gründe für Polens Haltung und Politik klarer bekanntzumachen. Dies brauchte ich nicht in der Botschaft zu tun, sie bleut es ihnen schon dauernd ein. Aber ich glaube, daß man dies nicht oft genug sagen kann.

Zur ukrainischen Frage möchte ich noch eine Bemerkung machen. Soweit ich Mr. Middleton verstand . . ., wird die zweifellos vorhandene Unzufriedenheit unter den Ruthenen im Augenblick die Polen nicht sehr beunruhigen . . .

Drei jüdische Studenten sind seit dem Semesterbeginn von polnischen Studenten ermordet worden, was man als einen Höhepunkt ansieht. Es ist natürlich ganz klar, daß durch den Anstieg der polnischen Mittelschicht die jüdische Frage in Polen immer akuter wird . . .

Immerhin gibt es für viele gebildete Polen keine Anstellung, wenn nicht erst ein Jude, der wahrscheinlich seinen Job besser versteht, hinausgeworfen wird. Wenn die Industrialisierung des Landes nicht schnell durchgesetzt wird oder die Juden ausgewiesen werden, wird das Problem ohne Druck nicht zu lösen sein.

Zusammenfassend komme ich zu dem Schluß, daß unsere Garantie für Polen im großen und ganzen ein weniger *gefährliches Hazardspiel* war, als ich anfangs fürchtete. Meine zweite Schlußfolgerung ist die, daß, nachdem wir die Garantie einmal gegeben haben und die Dinge so sind wie sie sind, wir keine Wahl haben, als den Polen zu helfen, jedweder ‚Lösung' der Danzigfrage mit *Gewalt* Widerstand zu leisten, wenn mit dieser Lösung *entweder* eine deutsche militärische Besetzung *oder* eine deutsche Kontrolle über den Zoll verbunden wäre. Schließlich ist es meine persönliche Überzeugung, daß

sei . . . Der berühmte deutsche ,Lebensraum' würde in einen ,Todesraum' verwandelt werden und Deutschland würde am Boden liegen wie nach dem 30jährigen Krieg. Wolle die deutsche Regierung wirklich die neu gewonnene Einheit des Reiches riskieren, nur um eine kleine deutsche Stadt einzugemeinden, deren Unabhängigkeit für Polens ,Lebensraum' entscheidend sei . . . Hitler habe nach München angenommen, daß ihm die Briten auf alle Fälle Mittel- und Osteuropa überantworten würden. Eine friedliche deutsche Durchdringung des Ostens sei durch die deutsche Besetzung Prags zerstört worden. Diese Tatsache und nicht unsere Garantie war verantwortlich für die augenblicklichen Hindernisse gegenüber den deutschen Expansionsplänen." (FO 371/22974, C 9818, 30. Juli 1939.)

Graf Schwerins Aussagen sind deshalb von besonderem Interesse, weil er davon ausgeht, daß Hitler einen „Coup" in Danzig landen werde. Ein Coup in Danzig erfolgte niemals, aber alle englischen Gegenmaßnahmen für einen solchen Fall wurden minuziös aufgezeichnet, um sie für die Propaganda auszuwerten. Den Deutschen sollte klargemacht werden, daß sie durch die englische Blockade besiegt würden, obwohl England gar keine Vorbereitungen dafür getroffen hatte. Zu Schwerins Forderungen, daß England etwas Spektakuläres tun müsse, um Hitler zu beeindrucken, nahm auch Vansittart Stellung: Er habe schon im August 1938 die Mobilisation der Flotte verlangt und verlange sie wieder. „Graf Schwerin habe völlig recht. Unsere Garantien ständen nur auf dem Papier und die Deutschen wüßten sehr gut, daß die Wehrpflicht lange Zeit brauche, um effiktiv zu werden." Vansittart zitiert den Feldmarschall Mannerheim, der „den Krieg für völlig unvermeidbar halte". Auch Mussolini halte den Krieg für unvermeidlich, wenn Polen nicht wegen Danzig nachgebe. Vansittart verlangt, daß alles Material aus dem deutschen Verschwörerkreis herangezogen werden müsse, und freut sich, daß das Foreign-Office sein Bestmögliches dafür tue. (FO 371/22974, C 9818, 10. 7. 1939, gez. Vansittart.)

Kordt warnt vor einer „Friedenskonferenz" mit Hitler

Zu dieser Zeit waren durch Dr. Erich Kordt Gerüchte verbreitet worden, daß Hitler eine „Friedenskonferenz" einberufen wolle. Roberts schreibt dazu: „Das ist der Lockvogel, der uns schon seit Monaten vor die Nase gehalten wird." Halifax vermerkt handschriftlich, daß er Chamberlain dies noch am selben Abend mitteilen werde. Kirkpatrick glaubte nicht daran, daß Hitler eine Friedenskonferenz vorschlagen werde und Vansittart schob sofort den Riegel vor eine solche Möglichkeit mit den Worten:

„Ich hoffe, wir werden nie so töricht sein, eine so begrenzte Konferenz zu akzeptieren, wie Hitler sie vorschlägt . . . Ich vertraue darauf, daß die Franzosen sich nicht noch einmal auf solche Art betören lassen. Die Deutschen werden ihre Verbündeten, Italien und Japan, einbringen. Die Vereinigten Staaten werden uns hier auf keinen Fall helfen können. Sie sind viel zu furchtsam (mousy). Sollte es jemals zu einer Konferenz kommen, so müssen wir unsere Verbündeten dabeihaben, zumindest Polen und die Türkei. Und es muß ein und für alle Male diesem sinnlosen und unmöglichen Spiel ein Ende gemacht werden, das nur Deutschland nutzt bei dem Versuch, *Rußland in Europa auszuschalten*. Für uns Engländer ist Rußland in jeder Beziehung ein sehr viel weniger gefährliches Mitglied der internationalen Gesellschaft als Deutschland. Ich vertraue darauf, daß meine Ansichten respektiert werden. Ich vertrete sie aufs stärkste." (FO 371/22974, C 9996, 13. 7. 1939 u. FO 371/23022, C 9571, 6. 7. 1939.)

Die Aussicht auf eine Friedenskonferenz versetzte die Engländer in Panik und veranlaßte Vansittart, dieselbe sofort als eine „begrenzte" Konferenz zu verleumden, die England ablehnen müsse. Mit der gleichen Heftigkeit forderte er, daß Rußland in Europa nicht ausgeschaltet werden dürfe, weil es für England weniger gefährlich sei als Deutschland.

Ribbentrops Sturz soll einen „Erdrutsch" auslösen

Unablässig, geradezu mit fanatischer Verbissenheit machten die Verschwörer in den letzten Friedenswochen Ribbentrop zur Zielscheibe ihrer Verleumdungskampagne. Schon in den frühen dreißiger Jahren hatte der Rufmord eingesetzt, der in den Jahren 1938/39 seinen ersten Höhepunkt in den sogenannten „Geheimberichten" der deutschen Putschisten erreichte. Als wirkungsvoller Auftakt diente bekanntlich dem Verschwörerkreis die „teuflische Lüge" über Ribbentrops Hauptbericht „A 5522", die Erich Kordt dem amerikanischen Chargé d'Affaires Herschel Johnson in die Hände spielte.

Am 22. Juni erhielt Maurice Ingrim, Leiter des „Southern Department" im Foreign Office, von einem holländischen Freund, der im allgemeinen „ziemlich gut informiert war", die Nachricht, daß Ribbentrops Einfluß zunehme. Er „propagiere seine Überzeugung, daß England *nicht* für Polen kämpfen werde. Er versucht Hitler zu reizen, einen ,Coup' gegen Danzig oder Oberschlesien zu starten. Es gebe nur ein oder zwei Generale und Neurath, die Ribbentrops Einfluß neutralisieren wollten." (FO 371/23021, C 8959, 22. 6. 1939.)

Diese Verleumdung Ribbentrops wurde auch von Graf Schwerin, der sich auf Sondermission in London befand, wiederholt. Einem englischen Freund erklärte der deutsche Offizier, daß Hitler entschlossen sei, Polen anzugreifen, weil „ihm Ribbentrop dauernd versichere, daß England nicht kämpfen werde". Sargent schlug daraufhin vor, die britischen Marinemaßnahmen für den Juli und August mit größtmöglicher Publizität zu veröffentlichen, und folgte damit den Empfehlungen Schwerins. (FO 22975, C 9048. Kirkpatrick, 26. 6. 1939.)

Acht Tage nach Schwerins Besuch in London wurden auch Graf Raczynski und Norton in Warschau über die jüngsten Ratschläge der deutschen Verschwörer unterrichtet. Dabei wurde wiederum betont, daß eine große Stärke in dem uns von Weizsäcker gegebenen Ratschlag liege, „un silence menaçant" zu wahren. Raczynski erwiderte sofort, daß das vom deutschen Staatssekretär geforderte drohende Schweigen Englands auch die Auffassung Oberst Becks wiedergebe, „der keinem einzigen Verzicht zustimmen könne, weil es die Nation nicht erlauben würde". (DBFP VI, No. 293.) Zum wiederholten Male folgte die britische Politik dem Ratschlag eines Verschwörers.

Auch in Burckhardts Gespräch mit Lipski war Ribbentrop die Zielscheibe der falschen Anschuldigungen des Hohen Kommissars: „Ribbentrop ist das große Unglück, Göring wird durch die Doppeloffensive Ribbentrop-Goebbels beiseite geschoben, die von Himmler unterstützt wird." In seinem Gespräch mit dem italienischen Botschafter Attolico kommt Burckhardt auf den wahren Kern der Sache und beschuldigt die Polen des „Größenwahns, eine der größten augenblicklichen Gefahren", denn sie trieben „Imperialismus mit sehr weit gesteckten Zielen". (FO 371/23021, C 8830, 20. 6. 1939.)

Am 29. Juni besuchte der ägyptische Botschafter Lord Halifax, um ihm die neuesten Nachrichten aus Deutschland mitzuteilen. Dort seien Nahrungsmittel, Tabak etc. sehr knapp, und nach allgemeinen Gerüchten sei der 20. Juli der gefährlichste Tag. Des Botschafters deutsche Freunde hofften auf den erfolgreichen Abschluß eines englisch-russischen Paktes. Goebbels sei für den Frieden, fürchte aber Ribbentrop. Sollte die Mobilisierung angeordnet werden und eine Verteilung der Waffen, „so sei es gut möglich, daß das augenblickliche Regime gestürzt wird". (Gez. Halifax, 29. 6. 1939, FO 371/23021, C 9205.) Einen Tag zuvor hatte sich auch Schacht eingeschaltet und durch seine Tochter, Frau van Scherpenberg, in London anfragen lassen, ob Deutschland mit einem anständigen Friedensvertrag rechnen könne, wenn Hitler „innerhalb von ein oder zwei Monaten fallen werde". (FO 371/22973, C 9241, 28. 6. 1939, Aufzeichnung Jäckh.) Diese Notiz ist von Jebb und Roberts abgezeichnet. Anfang Juli berichtete Ogilvie-Forbes aus Berlin, daß Hewel, der Verbindungsmann Ribbentrops zu Hitler, sich dahingehend ausgedrückt habe, *Hitler wolle den Krieg auf keinen Fall* und werde sich auch nicht dazu provozieren lassen, sei sich aber bewußt, daß es eine Kriegspartei in England gebe, und zweifle daran, ob Chamberlain ihr widerstehen könne, um eine Regelung mit Deutschland zu erreichen, die er – Hitler – immer noch von ganzem Herzen wünsche. Hierzu schreibt Halifax handschriftlich: „Ich werde dies dem Premierminister zeigen", und Vansittart vermerkte ebenfalls handschriftlich: „Ich hoffe, daß Herrn Hewels Erklärung *nicht* berücksichtigt werden wird, er ist eine völlig unzuverlässige Person." (FO 22974, C 9524, 5. 7. 1939.)

Mitte Juli nahm Dr. Jäckh das Thema der Englandreisen des Grafen Schwerin wieder auf und schrieb an Sir Orme Sargent:

> „Der Graf war so beeindruckt von dem, was er in England gesehen hat, daß sein Bericht über die britische Bereitschaft zu kämpfen sehr positiv war. Die Zahlen, die er den deutschen Behörden überbrachte, waren doppelt so hoch wie die von Ribbentrop über die britische Rüstung. Dieser Unterschied der Beurteilung *soll* Hitler dazu gebracht haben, Ribbentrops Zuverlässigkeit anzuzweifeln, und zwar so sehr, daß Ribbentrop im Augenblick beiseite geschoben ist. Meine Freunde bestätigen mir, daß die Lage sich daher bessern werde, weil sich die deutsche Politik einer friedlichen Regelung geneigter zeigt." (FO 371/22975, C 10155, 19. 7. 1939, gez. Jäckh.)

Roberts schreibt dazu handschriftlich, dieser Jäckh-Bericht zeige, wie erfolgreich die englischen Bemühungen gewesen seien, Hitler von der britischen Entschlossenheit zu überzeugen, Widerstand zu leisten. Der Bericht wurde außerdem von Jebb, Sargent und Kirkpatrick gelesen.

Es war nicht die Aufgabe Ribbentrops, weder als Botschafter noch als Außenminister, die englischen Rüstungszahlen zu erkunden. Das war die Aufgabe der Militärattachés, vor allen Dingen des Generalstabes, in dessen Abteilung Fremde Heere West Graf Schwerin gehörte.

Hitler hat nichts mehr gewünscht als ein Zusammengehen mit England und wurde darin von niemandem mehr unterstützt als von Ribbentrop. Aber gerade deshalb verfolgten die Verschwörer in immer größerem Maße den Außenminister durch Verleumdungen jeglicher Art. Dies zeigt sich auch im folgenden Bericht Colvins, der im Namen seiner deutschen Freunde den Engländern riet, *„Ribbentrop durch Verleumdungen auszuschalten, worauf ein Erdrutsch dem*

Regime ein Ende bereiten würde". Als Wichtigstes berichtet in diesem Zusammenhang Colvin über seinen Aufenthalt in Berlin vom 7. bis zum 10. Juli 1939:

Die militärischen Aussichten. Von zuverlässigen Quellen habe ich gehört, daß Hitlers Entschluß, am 1. August loszuschlagen, geändert worden ist. Jetzt soll es am 25. August geschehen . . . Trotzdem müsse man vom 31. Juli an mit einem Staatsstreich auf Danzig rechnen. Die Verzögerung des Angriffs sei durch die Halifax-Rede vom 29. Juni, die Berichte deutscher Besucher in England über die verschärfte Stimmung, Hendersons Bemerkung, daß Hitler durch die Macht Englands beeindruckt sei, die Hoffnung der Deutschen auf größere Komplikationen im Fernen Osten und weitere Bombenanschläge in Irland veranlaßt worden. Außerdem müßten Revolten und Unruhen in Danzig und in ehemaligen preußischen Provinzen organisiert werden . . . Die Wirtschaftslage sei so gespannt, daß solche Vorbereitungen nicht wiederholt werden könnten, wenn es in diesem Jahr nicht zum Kriege komme.

Die politischen Aussichten. Es gibt zwei Nazi-Versionen. Nach der ersten wird Deutschland Danzig besetzen, aber in diesem Jahr nichts weiteres tun . . . Sowohl die Beamten in der Wilhelmstraße als auch die im Propagandaministerium sind überzeugt, daß Großbritannien keinen Weltkrieg beginnen wird, wenn Deutschland die Freie Stadt in das Reich eingliedert . . . Ein Emissär wie Hauptmann Wiedemann sei in diesem Jahr nicht in London gewesen. Nach der zweiten Nazi-Version werde Deutschland kämpfen und Polen in seiner jetzigen Form zerstören. Die deutsche Bevölkerung und die Truppen seien von einem leichten Sieg über Polen überzeugt. Eine Abkehr von diesen Plänen wäre ein großer Prestigeverlust für Hitler, ebenso wie die bereits erwähnten wirtschaftlichen Einbußen . . . Ich wurde von dem folgenden Plan unterrichtet: Danzig wird durch eine Proklamation oder einen Handstreich in Besitz genommen. Den Polen und den Westmächten wird sofort erklärt, daß Polen seine Zollprivilegien behält und sein Handel unbehelligt bleibt. Dies werde im August geschehen. Sollten Polen und die Westmächte kriegerische Maßnahmen ergreifen, würde Hitler seinem Volk sagen, daß ‚wir uns verteidigen müssen, wir sind angegriffen worden, genau wie 1914'. Sollten Polen und die Westmächte die Veränderungen des Danzig-Statutes akzeptieren –, was Halifax im November 1937 im Namen seiner Regierung feierlich zugesagt hatte – so wird Deutschland sofort diplomatischen Druck auf kleine Nachbarländer ausüben, die Baltischen Staaten, Holland, Belgien, Dänemark und den Balkan. Gleichzeitig würden die manipulierten Revolten im polnischen Gebiet ausbrechen und Deutschland die Möglichkeit geben einzugreifen. Dann würde der Angriff auf Polen folgen . . .

to suit conditions which are becoming more evident, day by day?"
This inevitably makes the Germans think – "perhaps, but only by a change in our present Cabinet." If one of the most detested Ministers – Goebbels, Ribbentrop or perhaps Himmler could be singled out for ~~violent~~ attack in propaganda and made a butt for all foreign irritation, a rift might occur in the German Cabinet with the intelligent men and Goering on the one side, and if one of the said men were forced out, then a landslide might not be very far behind.

I. G. Colvin
17.7.39.

Aus dem Colvin-Bericht vom 17. Juli 1939, Dokument FO 371/22975, C 10057

Die Haltung gegenüber Großbritannien. Selbst die Leute, die an Großbritannien glauben, bezweifeln noch immer die Haltung Englands. Sogar die Rede von Halifax am 29. Juni hat die Intelligenz nicht völlig überzeugt, daß England für Danzig kämpfen wird . . . Selbst im deutschen Kriegsministerium bezweifelt man die britischen Absichten . . . Man kann nicht begreifen, daß wir die Baltischen Staaten geopfert haben, denn sie seien so notwendig für das, was England im Begriffe sei mit Sowjetrußland aufzubauen – *ein Bündnis* . . . Nazis prahlen damit, daß sie sich auf Herrn Chamberlain verlassen können. Chamberlains Erklärungen, daß Deutschland eine Regelung haben könnte, wenn es wollte, verführe die Deutschen zu glauben, daß er den Kampf nicht wünscht . . . Die russischen Verhandlungen machten keinen Fortschritt, weil die Sowjets Chamberlain nicht trauten. Die Deutschen seien immer noch der Ansicht, Danzig ohne Krieg zu bekommen.

Reaktionen auf unsere Propaganda. Sowohl die Nazis als auch ihre Gegner erkennen den großen Fortschritt in unserer Propaganda an. Aber *unsere Hauptwaffe, die BBC, ist noch zu schwach* . . . Um Deutschland von der Ernsthaftigkeit Englands zu überzeugen, müsse man neue Männer in das Kabinett nehmen, die Halifax unterstützten, den die Nazi-Politiker schon als ‚isoliert' betrachteten. Starke Aktionen zur Verteidigung der britischen Interessen würden die deutschen Militärs beeindrucken, die einzigen Leute, die Europa ohne Krieg aus der Sackgasse herausholen könnten. Es wird empfohlen, daß neutrale Mächte der deutschen Regierung eine Note über das Danzig-Problem vorlegen. Schließlich wurde mir geraten, unsere ganze Propaganda darauf aufzubauen, daß eine ungeheure Verschwörung gegen das Britische Empire und das freie Europa durch die Achsenmächte vorbereitet werde. Dies ist die erfolgreichste Antwort auf die Einkreisungspropaganda. Die Deutschen werden sich erstens sagen, dies ist wahr, und zweitens, wir wollen weder das Britische Empire bekämpfen noch zerstören. Hitler hat also etwas vor uns verborgen. Die Tendenzen der Chatham-House-Rede können durch das Radio weitergesponnen werden. Z. B. über eine flexible oder starre Politik, die sowohl die Demokratien und Monarchien als auch die Diktaturen befolgen könnten. Das Ziel sollte sein, Deutschland davon zu überzeugen, daß die augenblickliche Politik in die Katastrophe führt und daß sich selbst die Engländer fragen: Ist es möglich, die deutsche Politik zu ändern, die täglich klarer zutage tritt? Die Deutschen werden sich zweifellos fragen: Vielleicht, aber nur durch einen Wechsel in der augenblicklichen Regierung. Könnte einer der meistgehaßten Minister – Goebbels, Ribbentrop oder vielleicht Himmler – *durch eine Verleumdungspropaganda ausgeschaltet* werden, die ihn zur Zielscheibe aller außenpolitischen Ärgernisse stempelt, so würden sich vielleicht die *intelligenten Männer und Göring* gegen den besagten entlassenen Mann zusammentun, so daß es *bald zu einem Erdrutsch* käme." (FO 371/22975, C 10057, 17. 7. 1939, gez. I. G. Colvin.)

Zu Colvins Bericht notierte Roberts handschriftlich: Er beweist, daß die britische Politik der absoluten Festigkeit richtig ist. Dagegen

lehnt er den letzten Absatz ab, in dem die *Verleumdung Ribbentrops empfohlen wird,* „weil Angriffe vom Ausland gewöhnlich die entgegengesetzte Wirkung haben". Es sei besser, die angeblichen deutschen Absichten gegen das Empire stark herauszustellen, „weil dadurch auch unser eigenes Volk aufgerüttelt wird".

Auch Kirkpatrick ist der Auffassung, daß die geheimen Pläne der Achse gegen das Britische Empire in der englischen Propaganda weiter ausgewertet werden müßten. Auch Sargent ist dieser Ansicht. Ein anderer Kritiker schreibt, er werde die *„Achsenverschwörung"* herausstellen. Colvin war für die britischen Politiker so wichtig, daß ihm als Korrespondent Gelegenheit gegeben wurde, an seinen eigenen Bericht noch eine handschriftliche Marginalie anzuhängen. Er verlangte darin den Rufmord eines deutschen Ministers durch weitere „aufsehenerregende Enthüllungen".

Eine Woche später griff Colvin noch einmal das Thema Ribbentrop auf. Inzwischen war David Astors Bericht über seine Deutschlandreise eingetroffen, in dem auf seitenlangen Ausführungen Trott zu Solz' Vorschläge über die von den deutschen Verschwörern erwarteten und erwünschten Verhaltensmaßnahmen Englands gegen die Reichsregierung wiedergegeben wurden. London solle, so hatte Trott zu Solz stellvertretend für die deutschen Putschisten David Astor gedrängt, unter allen Umständen Festigkeit dem Reich gegenüber demonstrieren. Die „Gemäßigten", zu denen Industrielle und Vertreter des Wirtschaftsministeriums und der Generalität zählten, wollten sich britischer Unterstützung versichern, um sich hinter Göring und *gegen* Ribbentrop zu stellen. Diese Bemerkung benutzte Colvin als Aufhänger, um seine Vorschläge zu wiederholen. Die Propaganda gegen Ribbentrop solle verstärkt angekurbelt werden. Dadurch werde es den „gemäßigten Elementen" in der deutschen Regierung ermöglicht, gegen den Außenminister aufzutreten. Innerhalb der Regierung könne auf diese Weise „ein entscheidender Bruch" herbeigeführt werden. (Handschriftlicher Kommentar von I. Colvin, 25. 7. 1939. FO 371/22974, C 9967.)

Polnische Provokationen

Polen setzt auf England

Chamberlains Garantie vom 31. März 1939 hatte die Polen wesentlich selbstsicherer gemacht. (S. Jebb-Bericht v. 9. 6. 1939. FO 371/23020.) Auch dem Vatikan lagen „klare Beweise" vor, daß „weder Frankreich noch England beabsichtigen, den Polen zur Mäßigung zu raten, um mit Deutschland zu *verhandeln.* Die beiden großen Westmächte haben öffentlich erklärt, daß sie bereit sind, auf der Seite Polens zu marschieren." Damit haben London und Paris der polnischen Regierung „die Entscheidung des casus belli ... in die Hände gelegt". (Vatikan-Dokument No. 84, S. 187.) Aber dennoch versucht die britische Propaganda immer wieder, die Garantie an Polen als harmlos hinzustellen, die nichts mit der verschärften Haltung Warschaus zu tun habe. In diesem Sinne berichtete Norton aus Warschau an Sir Orme Sargent, daß Oberst Beck ihm nach mehreren Wodkas erklärt habe, schon am 4. Januar, also vor seinem Besuch bei Hitler, erkannt zu haben, daß Polen und Deutschland auseinandertrieben. (FO 371/230022, C 9625, 11. 7. 1939.) Das schlechte Gewissen veranlaßte die Engländer immer wieder, nach neuen Entschuldigungen für ihren Garantiepakt zu suchen, für den es keine Entschuldigung gibt. Denn England wollte Polen mit seiner Garantie weder beschützen noch verteidigen, sondern nur Deutschland den Bundesgenossen wegnehmen.

Am 14. Juli verfertigte Sir Max Muller einen Bericht über seine kürzliche Reise nach Danzig, Warschau und Berlin und sandte ihn an Sargent. Muller sprach mit Burckhardt und Chodacki, dem polnischen Generalkommissar in Danzig. Er berichtete im Sinne dieser für England eingestellten Männer über die „enorme Propaganda, die von deutscher Seite im ganzen Lande betrieben würde". Feste würden gefeiert, wie die Sportwoche, Sängerveranstaltungen, Volkswoche etc. Chauvinistische Reden seien mehrmals täglich gehalten worden. Dies habe die 97%ige deutsche Bevölkerung in Danzig beeindruckt. Burckhardt habe ein Gespräch mit Muller abgebrochen, um sich mit Greiser zu treffen. Damals stand die Frage zur Diskussion, ob Burckhardt als Hoher Kommissar Danzig verlassen solle oder nicht, aber Ribbentrop und Beck hätten ihn zur Rückkehr in die Freie Stadt überredet. Die militärischen Vorbereitungen der

Polen seien außerordentlich groß. Gdingen sei voller Soldaten und Matrosen. Die Straßen seien vermint und blockiert. Die Polen seien ruhig, aber entschlossen, Danzig zu besetzen, wenn der Senat die Rückkehr der Freien Stadt in das Reich erklären sollte. Die Polen dürften nicht daran zweifeln, daß England entschlossen sei, ihnen zu helfen. Von den wenigen Deutschen, die Muller traf und die sich sehr pessimistisch äußerten, hörte er, daß deutsche militärische Vorbereitungen nur die Folge der militärischen Maßnahmen Polens in Gdingen und im Gebiet um Danzig seien. Hätte sich Hitler nicht so vollkommen zurückgehalten, wäre der Krieg schon lange ausgebrochen, war die allgemeine Meinung. Hitler halte Danzig nicht für wert, einen Weltkrieg zu beginnen, wäre jedoch der Ansicht, daß die Lösung der Danzigfrage eines Tages erreicht werden müsse.

Wichtig ist Lipskis Haltung in den letzten Vorkriegsmonaten. Er erklärte Muller, daß er seit der „März-Krise", als bekanntlich die Verschwörer im In- und Ausland den unmittelbar bevorstehenden Handstreich auf Danzig und Polen verbreiteten, keinen seiner früheren „Nazi-Freunde" gesehen habe und daß sich sogar Göring von ihm fernhalte. In Wirklichkeit hatte Lipski die ausdrückliche Instruktion von Beck erhalten, mit keinem Deutschen zu sprechen, vor allen Dingen nicht mit Ribbentrop. Dies wird ausdrücklich von Henderson bestätigt, dem Lipski dies zugegeben hatte. Die Isolierung Lipskis war also von der polnischen, nicht aber von der deutschen Regierung gewünscht. Muller schreibt darüber: „Auf alle Fälle scheinen die Briten und die Polen nicht den geringsten Kontakt mit maßgebenden Deutschen, d. h. mit Nazi-Führern, zu haben." Dieser Satz mußte in den Abschriften des Muller-Dokumentes, das an Norton in Warschau und an Henderson in Berlin ging, *ausgelassen* werden. (FO 371/23022, C 10009, 14. 7. 1939, gez. Max Muller.) Kirkpatrick hat den Muller-Bericht gelesen, und Halifax forderte, daß Chamberlain ihn lesen müsse, wahrscheinlich weil die „Standhaftigkeit und die Ruhe der Polen darin zum Ausdruck komme, Berlin dagegen Warschau provoziere".

Am 16. und 17. Juli 1939 sprach Ashton-Gwatkin mit Dr. Schacht. Ihr Thema war wieder, was passieren würde, wenn Deutschland Danzig überfalle, obwohl Hitler diese Möglichkeit niemals ins Auge gefaßt hatte. Ashton-Gwatkin wollte wissen, was geschehe, wenn Hitler nach einer solchen imaginären Aktion allgemeine Friedensbedingungen anbieten würde, die die britische Regierung zweifellos in große Verlegenheit brächten. Ashton-Gwatkin war der Ansicht, daß die Polen sofort kämpfen würden und daß dies den allgemeinen Krieg bedeuten werde. Schacht sei sehr erregt über

diese Antwort gewesen und habe gebeten, England solle nicht mit der Bombardierung beginnen. Man sollte lieber deutsche Schiffe beschlagnahmen, „dann würde innerhalb Deutschlands etwas passieren, aber nicht nach dem Beginn des Bombardierens". Schacht spielte damit auf den Staatsstreich im Reich und den Sturz Hitlers an, der für England alle Schwierigkeiten beseitigen sollte. (FO 371/22975, C 10484, 17. 7. 1939.) Roberts bemerkt dazu handschriftlich: „Unseligerweise wird Dr. Schachts Alternative den Polen während der ersten Kriegstage nicht helfen, weil sie dann dem Hauptschlag des deutschen Angriffs ausgesetzt sind. Sie werden jeden Mut verlieren, wenn unsere Hilfe nicht aktiver wird. Sie werden uns tatsächlich zu einer ‚Tannenberg-Lösung' (Entscheidungsschlacht) zwingen, während sie ihre „Marneschlacht' führen" (hinhaltend kämpfen). Kirkpatrick fügt ebenfalls handschriftlich hinzu: „Dr. Schachts Ansicht ist absurd. Sollten wir ihm folgen – d. h. Deutschland nicht bombardieren –, würde Hitler davonkommen und seine Lage in Deutschland würde gestärkt und nicht geschwächt werden." Auch Lo(ndonderry) und Halifax trauten Dr. Schacht nicht, und Ashton-Gwatkin fügte seinem eigenen Bericht hinzu:

„Ich glaube nicht, daß Dr. Schacht ehrlich war . . . Angesichts der Konsequenzen eines Krieges bittet er uns, uns zurückzuhalten, und sein Appell an uns scheint seine Überzeugung wiederzugeben, daß Deutschland im Kriege besiegt werden wird. Und ein im Kriege besiegtes Deutschland wird so zerbrochen sein, daß es nichts in der Welt gibt, das es wieder zusammenfügen könnte."

Auch Cadogan lehnt den Ratschlag Schachts ab, daß England nicht mit der Bombardierung beginnen solle. Er schreibt an den britischen Oberbefehlshaber General Viscount Gort im Kriegsministerium: „Sollen wir nur aufhören, unsere Stärke zur Schau zu stellen, weil ein Wanderprediger uns dies empfiehlt?" Schwerin habe immer wiederholt, daß „England seine Stärke herausstellen müsse, um Deutschland zu beeindrucken." Gort wies darauf hin, daß dies in den britischen Zeitungen während der letzten Tage verbreitet worden sei. Es sei daher gefährlich, wenn der deutsche Generalstab sich einbilde, die englischen Behörden hätten sich durch eine „primitive und offensichtliche Propaganda beeinflussen lassen". (FO 371/22991, C 11448, 27. 7. 1939.)

A. Hollmann, Erster Sekretär an der Englischen Berliner Botschaft, schrieb am 26. Juli an Kirkpatrick:

„Ein verabschiedeter deutscher Offizier mit guten Verbindungen zum Kriegsministerium habe ein Gespräch zwischen General Sperrle und einer gemeinsamen Bekannten Hitlers mitgehört. Danach wolle Hitler keinen Krieg, sondern einen Kompromiß in der Danzigfrage. Der verabschiedete deutsche Offizier habe auf das dringenste empfohlen, daß England ohne Gefahr fest bleiben und keinen Kompromiß *riskieren* solle. Denn Hitler müsse eines Tages aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen kapitulieren. Von einem Kameraden, der in der technischen Abteilung des Westwalls beschäftigt gewesen sei, wisse der deutsche Offizier, daß die Befestigungen weit davon entfernt seien, uneinnehmbar zu sein. Erst in zwei oder drei Jahren wären die Arbeiten vollendet. Alles sei hastig aus den verschiedensten Materialien gebaut worden und könnte einer Bombardierung nicht standhalten. Die Panzersperren seien nicht stark genug. Die Stimmung in der Armee sei schlecht, weil die Offiziere, die die Regierung nicht mit vollem Herzen unterstützten, Angst hätten, von *Nazi-Enthusiasten* denunziert zu werden. Dies sei in Bayern weniger der Fall, dort werde das Regime öffentlich kritisiert. Halder sei außerordentlich fähig und im Augenblick *gegen* den Krieg. Ein großer Teil des Generalstabes empfehle ein Zusammengehen mit Rußland um jeden Preis. Der italienische Propagandaminister Alfieri habe von Mussolini die Weisung erhalten, den Deutschen klarzumachen, daß Italien nicht für Deutschland kämpfen werde. Der Adolf-Hitler-Platz werde nun nicht in ‚Mussolini-Platz' umbenannt werden." (FO 371/22975, C 10764, 28. 7. 1939.)

Hollmann fügte seinem eigenen Bericht noch hinzu, daß sein deutscher Freund den Kollaps des nationalsozialistischen Regimes *ohne* einen Krieg erwarte, d. h. durch einen Putsch, mit dem die ganze Welt rechne. In England beruhigte man sich, daß die Blokkade den Widerstand in Deutschland brechen werde. Die Siegfried-Linie sei schwach, Hitler habe nach einer persönlichen Inspektion „einige Ingenieure erschießen lassen". Todt sei in Ungnade gefallen. Der kommende Putsch könne nur von der Armee zusammen mit der zivilen Bevölkerung vorbereitet werden. „Da es unmöglich erscheint, die deutsche Armee im Felde zu schlagen, sollte unsere Propaganda bestrebt sein, die Armee zu veranlassen, das Regime ohne Krieg auszuschalten. Man glaube, daß die Armee Hitler dränge, einen Vertrag mit Rußland abzuschließen. Dann wäre die Lage für England wenig beneidenswert. Noch schlimmer wäre es, wenn die deutsche Armee nach der Beseitigung Hitlers ein Bündnis mit den Russen abschließen würde. Dann stehe England einer militärischen Diktatur gegenüber, d. h. einem bolschewistischen Block von Wladiwostok bis Köln. Deshalb solle die britische Propaganda die Restauration der Monarchie in Deutschland anstreben, die die Mehrheit der Deutschen akzeptieren würde." (FO 371/23010, gez. R. T. Smallbones.)

In einem handgeschriebenen Memorandum hatte sich Henderson Anfang Juli 1939 an Halifax gewandt und mit großer Leidenschaft

gegen einen festen englisch-sowjetischen Pakt plädiert, weil dadurch die totale „Einkreisung Deutschlands" zu offen aufgedeckt würde, ehe England noch besser vorbereitet sei als jetzt. Er verlangte, daß die sogenannte „Friedensfront", der auch Rußland angehören sollte, wieder aufgelöst werde. Statt dessen sollte England in *direkten* Verhandlungen mit Deutschland einen Weg suchen, der es ermöglichen würde, alle offenen Fragen in gütlicher Weise zu lösen. Weil Hitler vor allem „den Krieg mit England vermeiden wolle, sollten die Probleme des Korridors und Danzigs angeschnitten und ein politischer Waffenstillstand von einem halben oder einem Jahr" abgeschlossen werden. (DBFP VI, p. 711ff.) In England aber ging man weder auf den Friedenswunsch Hendersons ein noch auf Hitlers Angebot, die Lösung der Danzigfrage zu verschieben. Nochmals setzte sich Henderson am 17. Juli persönlich für die Rückkehr Danzigs ins Reich ein und empfahl dringend, daß sich England auf das von Weizsäcker geforderte „drohende Schweigen" beschränken solle. „Alle öffentlichen Warnungen, jede sinnlose Propaganda und alle Nadelstiche und Pressepolemiken müßten unterlassen werden!" Da Hitler selbst eine friedliche Lösung der Danzigfrage wünsche, sei es doch „wirklich nicht schwierig", sie zu erreichen, denn Danzig sei deutsch und würde keineswegs den Polen weggenommen werden. Henderson verlangte von Halifax den Pressefrieden, den „Waffenstillstand der Worte" und Schluß mit der Propaganda gegen das deutsche Staatsoberhaupt, die Hitler nur „demütigen sollte, dann wollte er mit Hitler und Ribbentrop offen sprechen", um mit ihnen zusammen eine friedliche Lösung zu finden. Aber der unglückliche Botschafter erhielt diese Erlaubnis niemals.

Henderson konnte nicht mehr tun, als gegen die Unwahrheiten ankämpfen, die in den Geheimberichten über Deutschland in England verbreitet wurden. Er lehnte Chodackis Geschwätz über die „dauernden deutschen Provokationen" ab, d. h. die militärischen Vorbereitungen in Danzig, und fragte, ob die polnischen Vorbereitungen, z. B. „die Kanonen auf Hela", nicht auch Provokationen seien. Beide Seiten fürchteten einen Staatsstreich in der Freien Stadt und träfen deshalb ihre Vorbereitungen. Selbst Sir Max Muller, der ein Polenfreund sei, warne Warschau vor einem übereilten Schritt. Henderson selbst behauptete von sich, mehr Sympathie für die Polen zu haben, weil sie die Schwächeren seien. Während Deutschland immer eine „Bedrohung sei, wäre Polen nur als Verbündeter eine Bedrohung"! Henderson fürchtete, daß Oberst Beck Hitlers Spiel treiben könnte, so wie Schuschnigg und Benesch es getan hätten. Aber dieses Mal würde England mit hineingezogen werden. „Die

Deutschen seien Teufel, aber die Polen keine Engel. Dies sei der Grund für alle seine Warnungen." (FO 371/23024, C 10934, 2. 8. 1939. Henderson an Sargent.)

General Ironside in Warschau

Am 19. Juli war General Ironside in Warschau und führte entscheidende Gespräche mit dem polnischen Staatssekretär Graf Szembek. Aber er sprach nicht im Sinne Hendersons, der gewünscht hatte, die Polen vor einer weiteren Kompromißlosigkeit gegenüber Deutschland zu warnen, sondern erklärte „in sehr kategorischem Ton, daß Chamberlain nicht noch einmal mit den Irrtümern von München beginne", sondern nun endlich gegen Deutschland einschreiten werde. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß „Danzig *nichts* als der Vorwand des künftigen Konfliktes ist", d. h. lediglich der Grund für den englischen Präventivkrieg gegen Deutschland, den Henderson so verzweifelt bekämpfte. Ironside sagte Warschau die volle „politische" Unterstützung Großbritanniens zu als Ersatz für die in Aussicht gestellte britische Anleihe, deren Bedingungen „den Stolz der Polen verletzten". (Szembek Journal, Paris 1052, p. 484f.)

Ironside selbst berichtete an Halifax persönlich als Wichtigstes das Folgende: Marschall Rydz-Smigly und Oberst Beck, die sich nicht mögen, hielten die Macht in Polen in ihren Händen. Beck habe ihm gesagt, daß er die Danzigfrage mit den Deutschen besprechen wolle, daß diese aber nicht isoliert behandelt werden könne. Marschall Rydz-Smigly war offener und erklärte, daß er mit den Deutschen *nicht* über Danzig sprechen werde. „Die Deutschen wollten die Vernichtung Polens oder seiner Macht, weil Polen im Augenblick die deutschen Expansionspläne nach Osten störe. Danzig sei unzweifelhaft eine deutsche Stadt, aber diese könnte nicht ohne das polnische Hinterland existieren. Sollte Danzig dem Reich angeschlossen werden, so wären 90% der Bewohner ruiniert . . . Ironside hielt den Marschall für „keinen großen Strategen", aber er habe immerhin im Kriege Truppen geführt . . . Viele Generale hätten Kriegserfahrungen gegen die Bolschewiken aus dem Jahre 1920. Man könne sagen, „daß die ganze Nation entschlossen sei zu kämpfen". Polen aber werde sich nicht zum Aggressor stempeln lassen und England über alle neuen Ereignisse informieren. (FO 371/23024, C 10949, 28. 7. 1939.) Der Ironside-Bericht zeigt klar, daß die Polen überhaupt nicht wußten, was sie im Konfliktfalle tun würden. Auch sie warteten lediglich auf den Putsch.

Hitler will die Lösung der Danzig-Frage verschieben, und die Polen suchen einen Kriegsgrund

Am gleichen Tage, dem 19. Juli 1939, als Ironside in Warschau war, schickte Hitler den Gauleiter Forster in offizieller Mission zum Hohen Kommissar von Danzig, um durch dessen Vermittlung Polen vorzuschlagen, die Lösung des Danzig-Problems auf Jahre zu verschieben. Hitler hatte sich wegen der Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen seit dem britisch-polnischen Garantiepakt zu diesem Schritt entschlossen. Den letzten Anstoß bildete die Unterstellung, Deutschland beabsichtige einen Handstreich gegen Danzig.

Über den sogenannten „Notenkrieg" wegen der erhöhten Neueinstellung polnischer Zollinspektoren in der Freien Stadt kam es schließlich zum „Margarine- und Heringskrieg" zwischen Danzig und Polen. Denn durch die behinderte Ausfuhr dieser leicht verderblichen Waren drohte der Stadt der wirtschaftliche Ruin. Schließlich kündigte am 19. Juli 1939 der offizielle Vertreter Polens in Danzig, Chodacki, die völlige Sperrung des Exportes der Danziger Fette für den 1. August nach Polen an. Diese Provokation war die Folge des Unterstützungsversprechens Englands, Polen in seiner Renitenz gegen Deutschland zu bestärken. Wieder, wie am *21. Mai 1938*, nannte Halifax den Vermittlungsvorschlag Hitlers, den dieser durch den Gauleiter Forster beim Hohen Kommissar von Danzig offiziell hatte vorbringen lassen, einen „verschleierten Rückzug" und den „ersten Erfolg der festen Haltung" Englands und Frankreichs. Aber er warnte davor, daß die Polen nicht „provokatorisch feststellen dürften, die deutsche Regierung sei schwach geworden". (DBFP VI, No. 386.) Denn dann hätte Deutschland zu seiner Entlastung erklären können, es sei von Polen gedemütigt und dadurch zum Handeln gezwungen worden.

Halifax instruierte den englischen Generalkonsul in Danzig, Shepherd, und den Botschaftsrat Norton in Warschau, alles in Erfahrung zu bringen, was in Polen aus Burckhardts Bericht über Hitlers Danziger Vertagungsangebot durchgesickert sei. Zwar war der polnischen Regierung mitgeteilt worden, daß nach Hitlers Auffassung die Lösung der Danzig-Frage – „wenn nötig bis nächstes Jahr oder sogar länger" warten könne, aber es wurde verschwiegen, daß Burckhardt auf das deutsche Angebot eine positive Antwort von Warschau erwartet hatte. Vor allem wurde Warschau von der wichtigen Tatsache in Unkenntnis gehalten, daß das Angebot auf Verschiebung der Danziger Frage der persönlichen Initiative Hitlers entsprungen war, die Forster nur zu übermitteln hatte.

Auffallenderweise kam es schon sofort nach Hitlers Angebot, die Lösung der Danzig-Frage zu verschieben, am 20. Juli zu einem Zwischenfall an der Danzig-polnischen Grenze, wobei ein polnischer Zollwächter von einem Danziger SA-Mann „auf polnischem Gebiet" erschossen worden sei. Die Danziger Presse leugnete es ab, daß die deutschen Männer auf polnischem Territorium gewesen seien. Der Danziger Senat drückte dennoch offiziell sein Bedauern über den „Unglücksfall" aus, wie die Polen selbst dieses tragische Ereignis nannten. (DBFP VI, No. 364 u. No. 390.) Damals bestand eine Vereinbarung, daß polnische Militärtransporte durch das Danziger Gebiet *vorher* anzumelden seien, was aber nicht immer eingehalten wurde. Burckhardt sprach deshalb mit Chodacki, der ihm zusagte, in Zukunft alle Militärtransporte pflichtgemäß vorher anzumelden. Noch während dieses Gespräches erhielt Chodacki durch einen telefonischen Anruf die Nachricht von der Erschießung des polnischen Zöllners. Daraufhin erklärte Chodacki sofort: „Das ist das Ende, das bedeutet den Krieg!" Er weigerte sich, seine Besprechung mit Burckhardt fortzusetzen, und machte aus einem Unglücksfall den casus belli. Zur Verschärfung der Lage zog er seine zugesagte Konzession im Hinblick auf die Voranmeldung der Transportzüge durch Danziger Gebiet zurück.

Über diese Angelegenheit gab der deutsche Generalkonsul von Janson – „Vertrauter Weizsäckers" (Burckhardt) – erst 14 Tage später, am 4. August 1939, eine telefonische Durchsage an das Auswärtige Amt in Berlin. Es handelte sich um den Auftrag, den der Gauleiter Forster von Hitler erhalten hatte, „seinerseits für Entspannung und Pazifikation in der Danziger Frage zu sorgen". Als Burckhardt zwei Tage später erneut von Forster gebeten wurde, „in dem sogenannten Zollinspektoren-Konflikt offiziell tätig zu werden", begab er sich zu Chodacki, von dem er „sehr unfreundlich empfangen wurde – wohl im Hinblick auf Burckhardts Ansicht in der Zollinspektoren-Frage, die den Polen im wesentlichen unrecht gab" (DBFP VI, Shepherd-Bericht). Ohne von der deutschen Regierung dazu autorisiert gewesen zu sein, warnte der Hohe Kommissar den polnischen Vertreter der Freien Stadt, „daß Danzig Gegenmaßnahmen ergreifen werde, wenn die polnische Regierung in der Zollinspektoren-Frage nicht einlenke . . ., d. h., daß unter Umständen die Danziger Grenze nach Ostpreußen geöffnet werden würde". Chodacki habe darauf geantwortet: „Das bedeutet für Polen den Krieg." (ADAP VI, Dok. 771.) Dies telegrafierte der englische

Generalkonsul Shepherd am Abend des 4. August nach London und fügte hinzu, daß Burckhardt im Hinblick auf die Drohung, die Grenze nach Ostpreußen zu öffnen, dem Senatspräsidenten Greiser mitteilen sollte, daß „eine solche Aktion für Polen den casus belli bedeuten würde". (DBFP VI, No. 543.) Eine merkwürdige Lage! Innerhalb von 14 Tagen hatte Chodacki zweimal aus verschiedenen Gründen mit dem *casus belli* gedroht, während die offizielle deutsche Regierung mit keinem Wort die Öffnung der Grenze nach Ostpreußen erwähnt hatte, wie es Burckhardts Erinnerungen zeigen. Dafür gibt es nur eine Erklärung: Chodacki war am 4. August aus Warschau zurückgekommen und wird von Beck die Weisung erhalten haben, statt der unaufgeklärten Erschießung des polnischen Zöllners die von Burckhardt bereits am 20. Juli als möglich hingestellte Grenzöffnung nach Ostpreußen zum *Kriegsgrund* zu machen.

Schacht: „Nur durch einen Krieg kann Hitler beseitigt werden"

Anfang August 1939 nahm Dr. Schacht durch den Bankier Warburg wiederum Kontakt mit der britischen Regierung auf. Er ließ London mitteilen,

„er sei überzeugt, daß Hitler sich bald in einen Krieg stürzen werde. Schacht schien nicht besonders besorgt über den Gedanken eines Krieges zu sein und behauptete, daß 14 Tage nach Kriegsausbruch die Opposition gegen das augenblickliche Regime sich festigen und den raschen Fall desselben herbeiführen werde. Die deutsche Wirtschaft könne sich in Friedenszeiten durch Inflation etc. aufrechterhalten . . ., aber die Anforderungen eines Krieges werden zum baldigen Zusammenbruch führen . . . Der Krieg werde nicht wegen Danzig beginnen, sondern wegen Deutschlands bekannter Absicht, Polen *oder* Rumänien zu zerstören. Hitler sei zu diesem Kurs entschlossen, und die einzige Alternative sei Krieg oder Kapitulation. Herr Warburg sagte zum Schluß, daß Dr. Schacht fünf Wochen in Deutschland aufwenden werde, um Kontakt zu seinen Freunden in der Beamtenschaft und in der Armee aufzunehmen". (FO 371/22976, C 11329, gez. Kirkpatrick. 3. 8. 1939, Bericht über Schacht-Warburg.)

Die falschen Behauptungen, daß Hitler nicht nur Polen, sondern auch Rumänien vernichten wollte, ließ Schacht auch noch durch andere Freunde der britischen Regierung mitteilen. Am 5. August schickte ein Hermann Kantorowicz Kopien von Dokumenten, die von Stinnes geschrieben waren, an das Foreign Office. Kantorowicz war beauftragt, die wichtigen Stinnes-Papiere weiterzuleiten, aber den Namen „Stinnes" nicht zu erwähnen. Alles, was Stinnes im folgenden schreibt, *war ihm von „Schacht persönlich" mitgeteilt worden.*

„*Hitlers Kriegspläne:* Hitler beschäftigt sich heute fast ausschließlich mit der außenpolitischen Frage und mit dem sogenannten ‚totalen Krieg' . . . Hitlers Ziel ist klar: Bei erster Gelegenheit im Osten zu handeln . . . um die Herrschaft über Europa und die Zerstörung des ‚*degenerierten*' britischen Empires zu erreichen. Heute halten Hitler und seine Mitarbeiter England für eine zweitrangige Macht, die nicht einmal mehr für ihre Existenz kämpfen wolle . . . Seitdem Hitler seine hervorragenden Generale mit selbständigem Urteil wie Beck, von Fritsch und andere entlassen hat, sind die Reichswehr und ihre führenden Generale bereit, Hitlers Befehle auszuführen, solange er erfolgreich ist – trotz ihrer persönlichen Zweifel über den endgültigen Ausgang des Krieges. Im Falle eines Fehlschlages des erhofften Blitzsieges – aber nicht vorher – wird der Generalstab wahrscheinlich die Angelegenheit in seine eigene Hand nehmen und *unabhängig von Hitler handeln.*

Hitlers Schwierigkeiten: a) *Wirtschaft:* Von Fachkreisen wird festgestellt, daß im Falle eines Krieges mit Polen Deutschlands wirtschaftliche Quellen innerhalb von sechs Monaten erschöpft sein werden, während im Falle eines Krieges gegen England, Frankreich und Polen dieselben kaum für drei Monate reichen werden. In diesem Zusammenhang wird klar, daß die Einschränkung des deutschen Exports sogar in *Friedenszeiten* die Zeitspanne verkürzen würde für Deutschlands Widerstand in jedem zukünftigen Krieg . . . Es fehlen hauptsächlich Benzin und Gummi . . . Kupfer und Kohle sind knapp infolge der Exporte nach Italien und Spanien. Nahrungsmittel sind unzureichend . . . *Die finanziellen Schwierigkeiten* nehmen zu. Das gesamte deutsche finanzielle System leidet an einer Überorganisation. Es mag wie ein Witz klingen, daß Hühner tatsächlich durch die Gestapo getötet wurden, um festzustellen, ob sie korrekt gefüttert worden seien. b) *Opposition gegen das Hitler-Regime:* 1. *Die Tschechen.* 2. *Die Arbeiter in Österreich.* 3. *Die Bergleute im Ruhrgebiet und im Sudetenland.* 4. *Die Mehrheit der deutschen Industriellen und Kapitalisten.* Sie unterstützten ursprünglich Hitler, aber heute fürchten sie die wachsenden kommunistischen Tendenzen des Hitler-Regimes.

Zusammenfassung: 1. Nicht nur ein großer Teil des deutschen Volkes, sondern sogar hohe Naziführer und Kabinettsminister erkennen heute, daß eine friedliche Regelung der europäischen Frage mit Hitlers immer größer werdendem Wunsch nach Herrschaft nicht zu erreichen ist . . . Als deutsche Patrioten möchten sie lieber Hitler opfern als die Zukunft des ganzen Volkes gefährden . . . Die Politik der Demokratien – das Münchner Abkommen und die Aufgabe der Tschechoslowakei – hat den Eindruck der Schwäche gemacht und Ribbentrops Voraussage bestätigt, daß nach drei Monaten der ganze Ärger über die Tschechoslowakei vergessen sein werde.

2. Trotz der ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der fortschreitenden Zersetzung wäre es ein Fehler anzunehmen, daß das System ohne äußere Schwierigkeiten oder einen Krieg *zusammenbrechen* wird . . . Unter

den Führern und dem Volk ist die Ansicht weit verbreitet, daß sie Hitler *nicht ohne einen Krieg loswerden können.* Die Generale und Wirtschaftsexperten sind überzeugt, daß es innerhalb einiger Wochen zum Ende käme wegen Mangels an Rohstoffen und besonders an Öl. Im Falle eines Zusammenbruchs sind die Generale aus der alten Schule und die gemäßigte Gruppe der Nazi-Führer bereit und in der Lage, die Regierung zu übernehmen und Hitler auszuschließen, ebenso Ribbentrop, Himmler und Goebbels . . .

5. Die Einkreisung durch die Anti-Aggressionsfront hat das deutsche Volk tief beeindruckt und es vor Hitlers Außenpolitik gewarnt . . . Die Ableugnung der Einkreisung durch die britische Propaganda hatte nicht den erwarteten Erfolg. Das deutsche Volk hält die Demokratien für schwach und fürchtet, daß Hitler wiederum erfolgreich sein wird in seiner Aggressionspolitik . . . Sollte jedoch der Krieg ausbrechen und Hitlers Blitzsieg mißlingen, so könnte er beseitigt werden, weil in Kriegszeiten das Land in der Hand der Militärs sein würde. (FO 371/22975, C 11073, 5. 8. 1939.)

Hier tritt wieder die alte Lüge in den Vordergrund, die Erich Kordt in den Ribbentrop-Bericht „A 5522" hineingefälscht hatte, nämlich, daß England von Ribbentrop als *„degeneriert"* bezeichnet worden sei und nicht einmal mehr für seine eigene Existenz kämpfen wolle. Der Sinn dieser Wiederholungen lag darin, daß die britische Regierung sie für ihre Propaganda immer wieder ausnutzen sollte.

Diese Schacht-Stinnes-Aufzeichnung wurde Sir S. Gaselee mit dem Vermerk „Dringend" zugeschickt. Darin wurde den Engländern der Rat gegeben, Deutschlands wirtschaftliche Schwierigkeiten *nicht* zu beheben, aber auch *nicht* zu glauben, daß die deutsche Regierung *ohne* einen Krieg zusammenbrechen würde, denn ohne einen Krieg könnte die Armee Hitler *nicht loswerden.* Wenige Tage später wandte sich Schacht an Weizsäcker, um „seine bevorstehende Reise nach Mittel- und Südamerika zu melden", und fügte hinzu, daß „es sich um eine ganz private Reise handele". (ADAP VII, Anm. 2 zu Dok. 103, in Weizsäckers Handschrift.) Weizsäcker vermerkte, „Auffassung RAM: Polen kein militärisches Problem, Maß zum Rand voll, Westmächte lassen Polen sitzen. Bedenklich, Kredit der Polen im Ausland. Ablehnung von Verhandlungen. Gute Fahrt, von guter Sache überzeugen. Es geht um Großes." Zweifellos sollte Schacht die deutschen Missionschefs in Mittel- und Südamerika von dem bevorstehenden Putsch der Verschwörer „überzeugen". Gleichzeitig unterstellte Weizsäcker dem Reichsaußenminister, keine Verhandlungen mit Warschau zu wünschen.

Am 2. August fiel es Halifax schwer, im Kabinett die Frage eindeutig zu beantworten, „ob England verpflichtet sei, für Danzig zu kämpfen". Schließlich wurde die folgende Erklärung angenommen:

„Danzig an sich solle nicht als casus belli angesehen werden. Wenn jedoch Danzig eine Bedrohung für die polnische Unabhängigkeit werde, so würde sich England auf keinen Fall neutral verhalten." Churchill erklärte Halifax, „daß er nicht polnischer als die Polen sein wolle, aber daß die britische Regierung keinen Druck auf die polnische Regierung ausüben solle, irgendwelche Handlungen zu unternehmen, die ihrer Ansicht nach ihren Staat zerstören würden". (FO 371/23024, C 1095, 2. 8. 1939.) Diese Churchill-Feststellung wurde ausdrücklich in die „Kabinettserklärung aufgenommen", um als *Alibi* für Englands Unschuld am Ausbruch des deutsch-polnischen Konfliktes zu dienen.

Henderson versucht die Wogen zu glätten

Zu Hitlers freiwilligem Rückzug in der Danzig-Frage vom 19. Juli 1939 schrieb Henderson in einem privaten Brief an Halifax am 24. Juli, daß Hitler „trotz aller Gerüchte im Augenblick nichts anderes tue, als abzuwarten". Es gäbe einige ältere deutsche Generale, die kämpfen wollten, wenn sie „endgültig von der Unvermeidbarkeit der *englischen Präventivkriegsabsichten* überzeugt seien". Hitler werde seine eigene Entscheidung treffen, aber der Einfluß, der bei ihm am meisten zählt, „ist nicht Ribbentrop, sondern das Militär". (DBFP VI, p. 714.) In einem zweiten Brief vom gleichen Tage betonte er, daß Hitler trotz „einer ganzen Menge polnischer Provokationen nicht reagiert oder zumindest nichts getan hat" und daß in Deutschland „tatsächlich eine weniger ungewöhnliche Mobilisierung vor sich gehe als in Frankreich und Polen". (DBFP VI, p. 715.) Er bat Halifax am 25. Juli, dem polnischen Botschafter in London, Graf Raczynski, folgende Punkte klarzumachen und diese an seine Regierung in Warschau weiterzugeben: 1. Hitler sei für Polen der „besteingestellte Deutsche". 2. Die „polnische Vorstellung sei völlig irreal, daß, selbst wenn Polen in einem Krieg anfangs überrannt werde, seine Verbündeten schließlich doch siegen würden mit dem Ergebnis eines noch größeren Polens".

Am 28. Juli drängte Henderson erneut, daß ein Modus vivendi zwischen Danzig, Polen und Deutschland gefunden werden müsse, weil die augenblickliche anomale Lage nicht unendlich verlängert werden könne. Die Rückgliederung Danzigs an Ostpreußen in einer Form, die gleichzeitig Polens wirtschaftliche und strategische Rechte unangetastet läßt, würde Polen „unermeßlich stärken". Er wollte

„sein ganzes Geld dafür verpfänden", daß Hitler keinen Krieg wünsche. Halifax schrieb noch am gleichen Tage an Henderson einen Antwortbrief, der entgegen seiner Gewohnheit keine Anrede enthielt und nur mit „Halifax" unterzeichnet war. In diesem Schreiben wurde der Botschafter wegen seiner „Fehlbeurteilung" Polens gerügt. In London sehe man die Lage anders. Vor allem dürfe Henderson nie den Ratschlag vergessen, daß England immer an seinem „drohenden Schweigen festhalten müsse – eine Redewendung, die von Herrn von Weizsäcker gegenüber Herrn Burckhardt gebraucht worden war". (DBFP VI, Nr. 481.) Er – Halifax – glaube nicht an „polnische Provokationen", rechne jedoch mit „weiteren Gewaltaktionen" Deutschlands. So hatte denn Hitlers freiwilliges Rückzugs-Angebot in der Danzig-Frage nur verschärfte, gegen Deutschland gerichtete Anweisungen der britischen Regierung an ihre Missionschefs zur Folge.

In seiner selbstbewußten Antwort vom 1. August 1939 weicht Henderson trotz der ihm erteilten Zurechtweisung nicht von seiner Überzeugung ab, daß der englische „Präventivkrieg" gegen Deutschland, „den das Volk nicht will", verwerflich ist. Wieder weist er auf Polens störrische Haltung als Folge der britischen Garantie hin, wie auch nochmals auf die polnischen „unerfreulichen Verfolgungen und Provokationen". Der Botschafter wehrt sich stolz gegen den Verdacht, er könne Deutschen gegenüber auch nur das geringste über die wirklichen britischen Absichten durchsickern lassen. Deshalb sei er während des ganzen Sommers 1938 „meineidig" geworden, ohne daß man ihm in Deutschland seine unwahren Behauptungen geglaubt hätte. Auch 1939 sage er ihnen „nicht das", was er Halifax über die Polen schreibe. – Wie falsch hat doch Weizsäcker in seinen Erinnerungen Henderson beurteilt, als er glaubte, dieser habe seine „Zugehörigkeit" zu seinem Geburtsland ebenso vergessen, wie er es für sich und Attolico feststellte. (Weizsäcker, Erinnerungen, S. 181.)

Um zu einer Entspannung zu kommen, plädierte Henderson am 1. August 1939 dafür, daß sich Chamberlain mehr auf das britische Volk, das den Krieg ablehne, als auf die sogenannte „Intelligentsia" stütze, die nur ihre eigenen undurchsichtigen Ziele verfolge. Er nahm für sich in Anspruch, das Land diesseits des Rheins und den Mann, der es führt, besser zu kennen, als die Briten es auf der anderen Seite des Stromes tun könnten, und drängte nochmals darauf, daß mit den Polen ernsthaft gesprochen werde, weil Oberst Beck nicht mehr Herr in seinem Lande sei. Henderson verstand vor allem, daß als Folge der britischen Haltung viele Deutsche glaubten, England werde, komme was wolle, Deutschland eines Tages bekämpfen, wovor Ribbentrop bereits am 2. Januar 1938 Hitler gewarnt hatte. Der Botschafter beschwor Halifax nochmals, Hitlers Rückzug in der Danzig-Frage zu erleichtern, statt dies als ein schwächliches Nachgeben Deutschlands hinzustellen.

In diesem Brief gibt Henderson die Erklärung, warum er Halifax so viele „persönliche Briefe" schreibe, die bekanntlich im Gegensatz zu offiziellen Schreiben weder dem Kabinett noch der Krone vorgelegt zu werden brauchten: Über die Rechtmäßigkeit der deutschen Wünsche und über die dauernden polnischen Provokationen konnte er Halifax nur privat berichten, um ihn durch die ihm mitgeteilten Wahrheiten „nicht in Verlegenheit zu bringen". (DBFP VI, p. 718 f.)

Polnisches Ultimatum an Danzig vom 5. August 1939

Die Polen kannten natürlich auch die Halifax-Sprachregelung vom 28. Juli, wonach England keine „unerfreulichen Verfolgungen und Störungen" durch Polen zugebe, wohl aber mit „weiteren Gewaltaktionen" von Hitlers Seite rechne. Deutschland wurde schon am 4. August 1939 eine neue „Gewalttat" unterstellt, die auf einem geradezu absurden „Mißverständnis" Chodackis beruhte. Aber dieses durch den polnischen Bevollmächtigten in Danzig selbst verursachte Mißverständnis infolge einer „Namensverwechslung" war der Anlaß zu einem kurzfristigen polnischen Ultimatum vom nächsten Tag an den Danziger Senat.

Das herausfordernde polnische Ultimatum begründete Shepherd mit der Erklärung Perkowskis, Stellvertreter des Bevollmächtigten Chodacki. Danach sollte mit dieser „letzten Aktion" getestet werden, wieviel sich die Deutschen gefallen ließen und ob die Alliierten fest zu Polen stehen würden, was immer es auch tue. Diese Methode erinnert sehr an den *21. Mai 1938*. Damals nannten die Tschechen das gemeinsame englisch-französische Vorgehen gegen die Reichsregierung die „Ohnmachtsprobe", mit der geprüft werden sollte, wie weit man die Provokationen gegen Deutschland vorantreiben könne. Die Tests fielen 1938 in München und 1939 in Prag gegen die Tschechoslowakei aus, die von ihren Verbündeten im Stich gelassen wurde. In die gleiche Lage wollte der polnische Außenminister Beck nicht kommen. Deshalb versuchte er durch das Ultimatum festzustellen, ob seine Alliierten – komme was wolle – zu ihm halten würden. Über das kurzfristige polnische Ultimatum vom 4. August 1939 und das von Hitler daraufhin veranlaßte Einlenken des Reiches

verbreitete nicht nur die britische, sondern auch die Weltpresse: „Danzig und der Nationalsozialismus hätten unter dem Druck der Androhung polnischer Repressalien auf der ganzen Linie *nachgegeben.* Die an den Danziger Senat gerichtete polnische Note vom 4. August hatte eine entscheidende Einwirkung auf die weitere Entwicklung der Lage und auf die Einstellung des deutschen Reichskanzlers." Burckhardt, der im August empfohlen hatte, Hitlers Verschiebungsangebot im Hinblick auf die Lösung der Danzig-Frage wegen der „Leichtfertigkeit" Polens geheimzuhalten, schreibt noch weiter über die Beweggründe der Polen, Deutschland zu provozieren: „Sie hatten die Absicht, einen gefährlichen Erfolg zu erringen, und sie haben nicht aufgehört, diesen Erfolg zu betonen." (Burckhardt, S. 330 u. 347.)

Nur ein „Zwischenfall" kann den Krieg auslösen

Am 7. August 1939 schrieb Henderson an Cadogan über sein augenblickliches Verhältnis zu Weizsäcker. Seit drei Monaten wiederhole der deutsche Staatssekretär dauernd, daß die „einzig wirkliche Gefahr ein *Zwischenfall* wäre". Weizsäcker gehöre zwar nicht zu den Hauptberatern, aber in seiner Position wisse er so ziemlich, was vor sich gehe. Wörtlich fährt Henderson fort:

„Persönlich habe ich als Folge seiner Erfahrungen im letzten August und September mehr Vertrauen in ihn als in irgend jemand anderen. Er wird vielleicht schweigen, wenn etwas zu sagen wäre, aber ich glaube nicht, daß er mich absichtlich täuschen würde, wenn er selbst Störungen erwartet. Deshalb bin ich sehr beunruhigt über diesen irritierenden Streit in Danzig wegen der Zollbeamten auf der einen Seite und Butter und Hering auf der anderen. Der Staatssekretär glaubt, daß ich die Polen falsch beurteile, aber ich habe eine heilige Angst vor ihnen als Verbündete. Der belgische Botschafter, der vorher Gesandter in Warschau war, sagte mir: ‚Sie als Engländer können überhaupt nicht ermessen, welche Barbaren die Polen sind. Ich fürchte, der englische Slogan lautet, die Polen können nichts Falsches tun und die Deutschen nichts Rechtes ...' Ich wünschte, S. M. Regierung würde den Polen sehr deutlich sagen, daß sie ihren *wirtschaftlichen Druck* auf Danzig beenden müssen, vorausgesetzt, daß der Senat bereit ist, den polnischen Zollbeamten keine weiteren Schwierigkeiten zu machen ... Es fällt mir schwer zu glauben, daß Hitler einen allgemeinen Krieg riskieren wird ... Ich kann nicht einsehen, wieso ein vernünftiger Ratschlag an die Polen unsere feste Haltung präjudizieren würde. Wenn wir die Deutschen zurückhalten wollen, so müssen wir beweisen, daß wir auch bereit sind, die Polen zur Vernunft zu bringen.

Zusammenfassend ist die Lage so: Hitler wartet die Ereignisse ab und trifft Vorbereitungen für *alle* Möglichkeiten, genau wie im letzten Jahr. Militärisch wird er Ende August am stärksten sein. Sowohl zum Handeln als auch zum Rückzug muß er stark sein. In beiden Fällen kann er nicht schwach sein. Will er den Krieg, so muß er bis zum Ende durchgestanden werden. Will er den Rückzug antreten, bevor es zu spät ist, so habe ich die inständigste Bitte an Sie: Nützen Sie Ihren ganzen Einfluß auf die Presse und auf das Parlament, den richtigen Weg einzuschlagen und nicht zu jubilieren über einen weiteren Pyrrhussieg wie im Mai letzten Jahres." (FO 800/294, 7. 8. 1939.)

In diesen Tagen sprach Henderson fast täglich mit Weizsäcker und wollte am 9. August von ihm wissen, wie Hitlers Interview mit dem englischen Zeitungskönig Lord Kemsley verlaufen sei, denn er selbst war weder vorher noch nachher über diesen Besuch unterrichtet worden. Nach dem Gespräch mit dem Staatssekretär berichtete Henderson nach London:

„In der deutschen Öffentlichkeit verdichtet sich die Überzeugung, daß England zum Krieg mit Deutschland entschlossen und daß daher der Krieg unvermeidlich ist." Diese Ansicht Ribbentrops seit Januar 1938 hatte Henderson seit Monaten vertreten und „er hielt den deutschen Glauben, daß England auf alle Fälle kämpfen würde, für eine größere Gefahr, als die Annahme, daß England nicht für Danzig kämpfen werde. Letzteres sei jedoch nur Propaganda und werde von den führenden Kreisen in Deutschland *nicht* geteilt. Wenn der Krieg kommt, so wird er deshalb kommen, weil Hitler überzeugt ist, daß er unvermeidlich sei, und daß er deshalb besser den Augenblick dieses Jahres wählen wird als zu warten, bis wir später selbst die Gelegenheit wahrnehmen. So sehe ich heute die Lage. Bei den kommenden Gesprächen der englischen Minister während der Ferien sollte immer hieran gedacht werden: Wir wollen keinen Krieg, aber wir sind bereit, *Gewalt mit Gewalt zu begegnen.* Mein Barometer ist der italienische Botschafter. Er ist in Sorge, weil auch er nicht über Hitlers Gedanken unterrichtet ist." (FO 800/294, 9. 8. 1939, Henderson an Cadogan.)

Nach jenem Chodacki-Ultimatum an Danzig griff Hitler erstmals unmittelbar in den Streit zwischen Polen und dem Senat der Freien Stadt ein. Der polnischen Botschaft in Berlin wurde eine deutsche Note überreicht, die damit schloß, daß bei Aufrechterhaltung der polnischen Maßnahmen „zur Verhinderung der Einfuhr gewisser Waren aus der Freien Stadt Danzig nach Polen" für Danzig keine andere Wahl bliebe, „als sich nach anderen Ausfuhr- und damit auch Einfuhrmöglichkeiten umzusehen". (Akten VII, Dok. 5.) Am folgenden Tag, dem 10. August, beantwortete die polnische Regierung die Verbalnote der deutschen Regierung negativ und erklärte, daß sie allen Versuchen Danzigs, die polnischen Rechte in dieser Stadt

zu schmälern, mit allen Mitteln, die sie für geeignet erachte, entgegentreten wird und daß „sie jedwede Intervention der Reichsregierung zum Nachteil dieser Rechte und Interessen als einen Akt der Aggression ansehen wird". (ADAP VII.)

Nachdem Hitler durch Forster den Hohen Kommissar vergeblich um seine Vermittlung zwischen Polen und dem Danziger Senat hatte bitten lassen, entschloß er sich schließlich, Burckhardt zu einem Gespräch auf den Obersalzberg einzuladen. Burckhardts bevorstehende Reise versetzte Halifax in London, Kennard in Warschau und Shepherd in Danzig in eine beträchtliche Erregung. Burckhardt selbst erging es nicht viel anders, und er ließ sofort bei Halifax anfragen, was er „Hitler über Danzig und andere Angelegenheiten sagen . . . und ob er Polen über den vorgeschlagenen Besuch unterrichten solle." (DBFP VI, No. 601.) Noch am gleichen Tage erhielt er die Antwort von Halifax, daß er Oberst Beck von seiner Reise verständigen und dies auch Hitler sagen solle. Gleichzeitig sandte ihm Halifax „Material" zur Verwendung bei seinem Gespräch mit dem Kanzler. Hierin wurde drei Wochen nach Hitlers Angebot, die Danzig-Frage auf Jahre zu verschieben, die Wahrheit auf den Kopf gestellt und Deutschland beschuldigt, daß es die „Entscheidung in Danzig zu erzwingen suche", während Polen „weiterhin gemäßigt bleibe". (DBFP VI, No. 604.)

Am 10. August 1939, als Halifax seine ersten Weisungen für die enge britisch-polnische Zusammenarbeit Oberst Beck übermitteln ließ, erhielt er von Raczynski die von der polnischen Regierung neu entworfene „gegenseitige Defensivvereinbarung zwischen Großbritannien und Polen". Dieser angeblich polnische August-Entwurf (DBFP VI, No. 613) bezieht sich jedoch auf einen vorangegangenen *englischen* Entwurf vom 24. Juni 1939, der in den britischen Dokumenten *nicht abgedruckt* ist, so daß der Unterschied zwischen den beiden Schriftstücken nicht überprüft werden kann.

Zu dem englisch-polnischen Defensivpakt gehörte ein Geheimprotokoll, das erst nach dem Kriege veröffentlicht wurde. Der Punkt 1 des Geheimprotokolls zeigt, daß der englisch-polnische Pakt ausschließlich gegen das Reich gerichtet war, denn die „Definition" dazu lautet, daß mit einer „europäischen Macht *immer* Deutschland verstanden werden muß". Der Punkt 2 zeigt, daß sich England und Polen mit „hypothetischen Fällen" zu befassen gedachten, die sie, wann immer sie wollten, als eine „bedrohende Aktion" Deutschlands auslegen konnten. Der Punkt 3 zeigt, daß England und Polen selbständig und allein feststellen würden, wann Deutschland die „Rechte Polens in Danzig" bedrohe, wodurch Polen berechtigt sein

würde, mit Waffengewalt gegen die Freie Stadt vorzugehen, ohne als Aggressor zu gelten. Der Punkt 4, der sich auf die Punkte 1 und 2 bezieht, zeigt nochmals, daß die Handlungen anderer Staaten als Deutschland den englisch-polnischen Bündnispakt *nicht automatisch* auslösen würden, sondern daß hierfür eine besondere Absprache über die zu treffenden Maßnahmen zwischen den beiden Vertragspartnern vorgesehen war. Diese entscheidende Tatsache, die den sogenannten englisch-polnischen Defensivpakt zu einem Pakt der Aggression mit dem Ziel der Einkreisung Deutschlands machte, wurde erst nach dem russischen Einmarsch in Polen im Oktober 1939 von dem damaligen Unterstaatssekretär im Foreign Office, R. A. Butler, im Unterhaus bekanntgegeben. England aber erklärte Rußland nicht den Krieg, wozu es ohne die Deutschland-Klausel verpflichtet gewesen wäre. Der mehr britisch als polnisch wirkende sogenannte „polnische Entwurf" des Geheimen Zusatzabkommens wird aufgrund des britischen Entwurfs vom 24. Juni 1939 verfaßt worden sein. Aus einer Weisung vom 12. August an Kennard in Warschau geht hervor, daß z. B. die Konstruktion der sogenannten „hypothetischen Fälle" nicht von Beck, sondern von Halifax stammten. Wäre es umgekehrt gewesen, so hätte Raczynski über diese „hypothetischen Fälle" *nicht* sagen können, „er persönlich vertraue darauf, daß Herr Beck diese Ansicht teile und die Führung seiner Politik danach richten werde". (DBFP VI, No. 613; Freund III, Dok. 6.)

Hitler sucht eine friedliche Regelung für Danzig

Burckhardt bei Hitler am 12. August 1939

Nach Burckhardts eigener Aussage hatte die ganze westliche Welt das Zusammentreffen Ribbentrops mit Oberst Beck im Januar 1939 gefürchtet, da man glaubte, daß es dadurch zu einer Einigung zwischen Deutschland und Polen kommen könnte. In gleichem Maße war jetzt England über Burckhardts bevorstehenden Besuch bei Hitler bestürzt. Halifax war durch Shepherd darüber unterrichtet worden, daß der Hohe Kommissar Mißtrauen gegenüber Oberst Beck und den „polnischen Absichten hegt, die er für ungebührlich kriegerisch hält". (DBFP VI, No. 622.) Shepherd fürchtete anscheinend, daß Burckhardt in seinem Gespräch mit Hitler die Schuld für die gespannte Lage in Danzig „ausschließlich den Polen aufbürden wird", und wünschte, daß dem Hohen Kommissar vor seiner Reise noch einmal eindeutig klargemacht werde, was er auf dem Obersalzberg sagen dürfe und was er verschweigen müsse.

Gleichzeitig telegrafierte Henderson von Berlin das Neueste, was er über Burckhardts Reise erfahren hatte. Danach bedeute dessen Besuch den „letzten Versuch Hitlers, die Lösung der Danzig-Frage durch diplomatische Verhandlungen zu erreichen. Er werde *nicht* die Forderung auf den Korridor erheben, sondern sich nur auf Danzig konzentrieren . . . Er wird am 27. August in Tannenberg eine Regierungserklärung abgeben oder seine Forderungen stellen." (DBFP VI, No. 631.) Henderson hoffte jedoch, daß der eventuellen Forderung auf Danzig oder Veränderungen des Status der Freien Stadt, die Hitler auf Jahre verschieben wollte, durch den Hohen Kommissar „Schach geboten werden könne". Damit wurde die ausdrückliche Zustimmung der britischen Regierung durch Halifax im November 1937 zu einer friedlichen Abänderung des Status quo auch in Danzig hintertrieben.

Über das Hitler-Burckhardt-Gespräch besteht merkwürdigerweise kein deutsches Protokoll. Noch merkwürdiger ist es, daß Burckhardts eigener Bericht darüber von dem Engländer Makins und dem Franzosen Arnal „redigiert" wurde. (Burckhardt, S. 348.) Wenn auch nicht mehr festzustellen ist, was Hitler wirklich zu Burckhardt gesagt hat, so geht immerhin aus seinem zensierten Memorandum hervor, daß Hitler trotz der Ablehnung seines Danziger

Vertagungsangebotes und trotz des Triumphes der Weltpresse über Danzigs – und damit Hitlers – Zurückweichen vor dem polnischen Ultimatum nochmals versuchte, einen „vernünftigen Ausweg" zu finden. Hitler erklärte Burckhardt am 12. August 1939:

> „Wenn die Polen Danzig absolut in Ruhe lassen, wenn sie nicht versuchen mich mit falschen Karten zu überstechen, dann kann ich warten. Aber eine Bedingung ist, daß die Leiden unserer Minderheiten in Polen aufhören." (Burckhardt, S. 344.)

Er sagte weiter, daß sich die von ihm vorgeschlagenen und von Warschau abgelehnten exterritorialen Autobahnen und die polnischen Straßen nicht behindert hätten. Wesentlich sei es für ihn gewesen, daß Ostpreußen natürliche Verbindungswege mit dem Reich gehabt hätte. (Burckhardt, S. 344f.) Zwei angebliche Aussagen kann man dem zensierten Burckhardt-Memorandum nicht abnehmen: 1. Hitler habe am gleichen Tage, als er Stalin erstmals Ribbentrops Besuch am 12. August vorschlug, gesagt, „ich muß freie Hand im Osten haben" und 2. Burckhardt habe auf Hitlers Stichwort des polnischen Ultimatums an Danzig vom 4. August entgegnet, er sei „wegen Danzig" gekommen und habe „keine Befugnisse, über andere Dinge zu sprechen".

War denn das polnische Ultimatum an Danzig keine Danziger Angelegenheit, für die der Hohe Kommissar zuständig war und über die er hätte sprechen müssen?

In diesem Gespräch erklärte Hitler, die Generalstabsplanungen der Polen seien derartig maßlos, daß sie „alle Visionen Alexanders und Napoleons weit übertreffen". Während seine Generale froh seien, daß die Polen sein Angebot vom Oktober 1938 im März 1939 abgelehnt hätten, wäre das für ihn selbst „eine Lösung gewesen, nämlich mein Beitrag für die Sache des Friedens".

Unklar ist ein weiterer Punkt, der sich nur im englischen, aber nicht im französischen Text des Burckhardt-Berichtes findet, nämlich Hitlers angeblicher Wunsch, mit „einem Mann wie Lord Halifax", und zwar mit „General Ironside zu sprechen". (Burckhardt, S. 346.) Ausgerechnet Ironside, dessen Besuch in Warschau vom 16. bis 20. Juli 1939 in Deutschland als die Vollendung der britischen Einkreisung angesehen wurde!

Über diesen angeblichen Vorschlag Hitlers, Ironside zu sehen, schrieb Cadogan:

> „Wir würdigen Herrn Hitlers Wunsch nach einer solchen Unterhaltung, aber wir fürchten, daß sie erfolglos sein wird, wenn nicht genügend gemeinsame Interessen bestehen. Wir glauben nicht, daß irgend etwas in der britischen Haltung Herrn Hitler unbekannt ist. Einerseits ist es klar, daß jeder

Versuch einer *einseitigen* Regelung über Polen unvermeidlich zum Krieg führen würde, in den unser Land unvermeidlich und sofort hineingezogen werde. Andererseits sollten wir jederzeit bereit sein, Bedingungen für direkte Unterhaltungen über Danzig herzustellen – die zwischen Deutschland und Polen mit einiger Erfolgsaussicht möglich würden – und wenn der Streit über Danzig beendet werden könnte, wäre es vielleicht möglich, weitere Aktionen auf einer breiteren Front in Aussicht zu nehmen. Sollte Herr Hitler glauben, daß *wir* in dieser Richtung eine *Unterstützung* sein könnten, – so wären wir bereit, jeden Vorschlag von ihm zu überlegen. – Es wäre entscheidend, daß die größtmögliche Geheimhaltung gewahrt bleibt." (FO 371/22976, 17. 8. 39, Bericht Cadogans.)

Eine einseitige Regelung war nie gefordert, sondern gleichberechtigte Verhandlungen. Chamberlain wurde davon unterrichtet, Forster in Danzig sei „auf den Vorschlag zurückgekommen, daß ein Engländer den Führer besuchen solle". Da Halifax diesen Vorschlag nur ungern ignorieren wollte, schlug er Chamberlain eine Botschaft an Forster im vorangegangenen Sinne vor. Nur die Sätze innerhalb der Gedankenstriche sollten weggelassen werden, ebenso die Worte „im Hinblick auf Danzig". Ebenso sollte gestrichen werden: „Solche Bedingungen könnten nach unserer Meinung in der augenblicklichen Lage nur verwirklicht werden, wenn die große Spannung beendet ist." Der Satzteil: „Wir wären bereit, jeden Vorschlag, den Hitler vorbringen will", müsse ersetzt werden durch die Worte: „Hitler wird uns zweifellos seine Vorschläge übermitteln . . . Die Polen wissen sicherlich, daß dieser bestimmte Vorschlag Hitlers nur Makins und nicht seinem französischen Kollegen Arnal von Burckhardt übermittelt wurde." Deshalb zögerte Halifax, diese Information an die Franzosen weiterzuleiten, die Burckhardt selbst ihnen nicht gegeben hatte. (FO 371/22976, 17. 8. 1939. Bericht Cadogans.)

Wie sich die britische Regierung drehte und wandte, um dem vorgeschlagenen Gespräch mit Hitler aus dem Wege zu gehen! Es war zu gefährlich, das Angebot völlig zu ignorieren, weil das von der Weltmeinung als Absage hätte ausgenutzt werden können. Deshalb kam Cadogan auf den Gedanken, England solle sich als „Unterstützung" für die kommenden deutsch-polnischen Verhandlungen anbieten und sich bereit erklären, *jedweden* Vorschlag Hitlers zu *überlegen.* Diese verklausulierte Zusage bedeutete ein „Nein", wie es sich sehr bald zeigen sollte. Chamberlain übernahm die *Vermittlung* nur, um mitmischen zu können, und er mischte die Karten so, daß die deutsch-polnische Einigung verhindert wurde.

Drei Tage nach Burckhardts Besuch auf dem Obersalzberg und Hitlers Vorschlag an Stalin, daß Ribbentrop nach Moskau fliegen

solle, führte Weizsäcker ein Gespräch mit Henderson. Hierüber schreibt der Staatssekretär in seinen Erinnerungen:

„Am 15. August sah ich den britischen Botschafter Henderson. Zum Abschluß des Gespräches machte ich von dieser beabsichtigten Entsendung Ribbentrops eine Andeutung, die *natürlich nicht* in meiner eigenen Gesprächsnotiz erscheint – denn sie war von mir sehr indiskret –, wohl aber in Hendersons Bericht nach London:

‚Weizsäcker . . . gab an zu glauben, daß die russische Hilfe für Polen nicht nur völlig unbeträchtlich sein würde, sondern daß sich letzten Endes die UdSSR mit in die polnische Beute teilen würde.'
Ich hoffte, diese Warnung würde in London ihre Wirkung nicht verfehlen und zur Eile treiben." (Weizsäcker, S. 247f.)

Aus dieser Erklärung Weizsäckers mit der Wiedergabe dessen, was Henderson am 16. August an Halifax telegrafiert hatte (DBFP VI, No. 32), gehen drei wichtige Tatsachen hervor: Erstens, daß die britische Regierung durch den deutschen Staatssekretär über geheimste Reichssachen informiert wurde. Zweitens, daß die „Gesprächsnotizen" Weizsäckers unehrlich und unvollständig abgefaßt waren und somit unter den Arnim-§ 354 StGB – Landesverrat – gefallen wären. Drittens, daß der deutsche Staatssekretär auf die Berichterstattung des Berliner englischen Botschafters Einfluß nahm, um – wie in diesem Fall – die britische Regierung von der angeblichen Absicht der Reichsregierung, sich Polen mit Rußland zu teilen, zu „warnen" und England in seinen Maßnahmen *gegen* Deutschland „zur Eile zu treiben".

In diesem Gespräch wiederholte Weizsäcker die Lüge, Ribbentrop glaube immer noch nicht an die britische Kriegsentschlossenheit. Darüber schrieb Henderson am 6. März 1940 in einem Privatbrief an den amerikanischen Botschafter Hugh R. Wilson: „Es scheint geradezu unglaublich, aber dennoch halte ich es für wahr, daß Ribbentrop bis zum Schluß seinem Herrn sagte, England wird nicht kämpfen. Ich weiß dies von der besten aller Quellen, die Sie, unter uns, erraten können, daß er – Ribbentrop – noch am 16. August daran glaubte." Er fährt fort: „Ich habe nichts dagegen, wenn Sie diese Informationen an alle weitergeben, ohne jedoch die Quelle – Weizsäcker – zu nennen." (Henderson an Wilson, 6. März 1940. Wilson-Nachlaß, Hoover-Bibliothek, West-Branch, Iowa.) Noch ein halbes Jahr nach Kriegsausbruch mußte Henderson also die Propaganda-Lüge weiter verbreiten, daß Ribbentrop Mitte August 1939 nicht an Englands Kampfentschlossenheit geglaubt habe, obwohl er kurz zuvor Halifax berichtet hatte, Ribbentrop sei überzeugt, daß England den Krieg gegen Deutschland *suche,* was auch Cadogan in

seinem Tagebuch vom August 1939 berichtete. Die von Kordt erfundene Propaganda-These wurde während des ganzen Krieges wiederholt und schließlich in Nürnberg Ribbentrop damit konfrontiert. Dort erklärte ihm am 13. Oktober 1945 der Vernehmungsbeamte De Witt: „Gut informierte Kreise sagen uns, Sie hätten Hitler bis zuletzt versichert, daß die Briten weder kämpfen könnten noch kämpfen wollten." Darauf antwortete Ribbentrop laut Vernehmungsprotokoll „mit einer Vehemenz, die seinen ruhigen Gesprächston in ein Anschreien verwandelte: Das ist eine hundertprozentige Lüge!" (State Department Special Interrogation Mission, Geheim, S. 58.) Ribbentrop wußte nicht und hat es auch nie erfahren, daß diese Lüge von Erich Kordt stammte.

Leslie Runciman bei Göring am 12. August 1939

Zur gleichen Zeit, als Hitler auf dem „Berghof" dem Hohen Kommissar Burckhardt seine Lösungsvorschläge zur Danzig-Frage unterbreitete, um noch einen „vernünftigen Ausweg" für die Freie Stadt zu finden, empfing Göring in „Karinhall" einen britischen Gast. Prinz Max von Hohenlohe hatte die Aussprache zwischen Leslie Runciman und Göring in die Wege geleitet. Ein deutscher Luftwaffenmajor wohnte der Unterredung als Beobachter bei.

Auch Göring griff noch einmal vermittelnd ein, um eine friedliche Lösung der Danzig-Frage zu finden und eine engere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und England in allen strittigen Fragen herbeizuführen. Eine Aufzeichnung seines Gespräches mit dem Chef der deutschen Luftwaffe schickte der junge Runciman an das Foreign Office:

„Göring sagte, Danzig ist eine deutsche Stadt und ein deutsches Problem. Er konnte nur schwer verstehen, warum England sich so sehr dafür interessierte. England kümmere sich um die Angelegenheit in Osteuropa, ohne dort wirkliche Interessen zu haben, während es gleichzeitig seine gedemütigte Lage im Fernen Osten ignoriere, wo es sehr wichtige Interessen besitze. Er würde nicht nur verstehen, sondern auch unsere sofortige Einmischung begreifen, wenn wir uns gegen den Westen, z. B. gegen Rotterdam wenden würden. Er sagte, daß die britische Garantie eine Einigung zwischen Deutschland und Polen zerstört habe, gerade als eine befriedigende Lösung von beiden Seiten zu erreichen war. Er erregte sich über den Korridor und die Unwürdigkeiten, denen deutsche Reisende zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland ausgesetzt waren . . . Während Danzig zugegebenermaßen eine deutsche Stadt sei und daran nichts geändert werden könne, sei der Korridor offensichtlich eine Diskussionsfrage, die aber England nicht im besonderen anginge. Er könne den Widerstand der Polen, eine Regelung einzugehen, nicht verstehen. Danzig könne ohne den Handel nicht leben, der hauptsächlich polnisch sei, und Deutschland sei bereit, den Polen jede vernünftige Erleichterung im Freihafen zu geben. Vom strategischen Standpunkt aus sei Danzig für Polen nichts wert, weil ein gleichzeitiger Angriff vom Westen, von Ostpreußen und von Schlesien in kürzester Zeit, d. h. innerhalb 24 Stunden, den Korridor in deutschen Besitz brächte.

Dies sei nicht das gleiche Problem wie Böhmen und Mähren, das ein Zentrum feindlicher Aktivitäten gewesen war, das Deutschland loswerden mußte. Er verglich dieses Problem mit Irland, wo England keine feindliche Luftwaffe oder eine Basis für feindliche Unterseeboote erlauben könnte. Ein polnisches Protektorat schien nicht beabsichtigt zu sein.

Göring sagte, er gehöre nicht zu denen, die die Briten für *dekadent* hielten. Er wisse sehr gut, daß es ebenso tapfere Leute gebe wie in Deutschland und daß ein Krieg zwischen ihnen ein langer und verzweifelter Kampf auf des Messers Schneide sein würde ohne einen wirklichen Sieg auf der einen oder anderen Seite . . . Hitlers Saarbrückener Rede nach München entschuldigte er mit der Erklärung des Premierministers im Unterhaus, daß wir jetzt *stärker* als jemals aufrüsten müßten . . . Ihm sei gesagt worden, der Premierminister könne jetzt keine freundschaftliche Geste machen, ohne hinausgeworfen zu werden. Churchill könne schwerlich britischer Premierminister werden, Eden sei aus dem Rennen und bei dem Namen Duff Cooper äußerte er sich so verächtlich, daß ich nichts mehr sagen konnte.

England und Deutschland seien die einzigen wirklichen Mächte in Europa und jetzt liefen beide den Russen nach. Der deutsche Handel mit Rußland sei größer denn je, die Engländer suchten eine politische und militärische Verständigung. Dies bedeute ein Spiel in die Hände der Bolschewiken. Bei einem englisch-deutschen Krieg wäre Stalin der wirkliche Sieger. Während des Gespräches rief Göring aus: ‚Wenn ich nur wirklich gut Englisch sprechen würde, könnte ich hinüberkommen und sie – die Engländer – überzeugen!' . . ." (FO 371/22976, 15. 8. 1939. Gez. Leslie Runciman.)

Ob Göring wirklich all das gesagt hat, ist nicht festzustellen. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß er seine schwachen englischen Sprachkenntnisse erwähnte, denn für die Verständigung gab es Dolmetscher. Auch wird er nicht von der angeblichen *Dekadenz* Englands gesprochen haben. Aber ein solcher Hinweis war nützlich für die britische Propaganda.

Nach der Aussprache in „Karinhall" fuhr Leslie Runciman, den Prinz Max von Hohenlohe auf seine Besitzungen eingeladen hatte, in Richtung Sudetenland. Während der gemeinsamen Autotour hatten sie Gelegenheit, Görings Ausführungen und darüber hinaus die allgemeine politische Lage zu diskutieren. Hierüber sandte Ashton-Gwatkin einen vom 15. August datierten Geheimbericht an das

Foreign Office. Danach hatte Prinz Max von Hohenlohe seinem britischen Besucher erklärt, daß die Lage einen ähnlichen Höhepunkt erreicht hätte wie im vorigen Jahr, als die Verhandlungen zwischen den Tschechen und den Sudetendeutschen abgebrochen wurden. Zwei wichtige Daten ständen im August 1939 bevor, erstens am 25., an dem eine Persönlichkeit – wahrscheinlich nicht Hitler – eine Rede in Danzig halten werde. Das nächste Datum sei während des Nürnberger Parteitages Anfang September. Hohenlohe habe u. a. gesagt:

„Die Deutschen würden von zwei Gedanken im Hinblick auf England verfolgt; 1. Daß England *nicht* kämpfen würde und 2. entschlossen sei, Deutschland zu zerstören, denn warum würde es sonst die Polen ermutigen, in Danzig unvernünftig zu sein, einer Stadt, die keine vitalen britischen Interessen darstelle ... Göring aber scheine zu glauben, daß England kämpfen wird. Ribbentrop dagegen behauptet weiter, daß England *nicht* kämpfen wird ...

Das Hauptproblem für die Deutschen ist die Inbesitznahme Danzigs. Die Ribbentrop-Schule sagt: Schlagt los, ignoriert England, es wird nicht kämpfen, Danzig kann sichergesetllt werden, ehe England sich entschlossen hat. Göring jedoch sucht einen Weg, um Danzig mit der Einwilligung Englands zu erhalten. Prinz Max schlug vor, daß Lord Runciman einen Brief mit größter Klarheit und Emphase an Göring schreiben solle: a) Wenn Deutschland eine einseitige Lösung in der Danzig-Frage zu erzwingen suche und Polen Widerstand leiste, dann werde England sofort Deutschland den Krieg erklären. b) Aber daß in England Danzig als eine deutsche Stadt anerkannt wird, und daß die britische öffentliche Meinung eine friedliche Lösung begrüßen würde, die auf dieser Anerkennung basiere.

Dieser Brief sollte durch Prinz Max dem Feldmarschall Göring übergeben werden, der ihn zweifellos Hitler zeigen würde. In der augenblicklichen Lage sei eine private Annäherung durch eine verantwortliche Persönlichkeit von größerem Gewicht als eine öffentliche Erklärung, weil man nicht wisse, wie Ribbentrop einen offiziellen Bericht glossieren, ja vielleicht nicht einmal denselben Hitler übermitteln würde.

Runciman wird seinem Vater – Lord Runciman – natürlich über den Vorschlag von Prinz Max berichten. Wahrscheinlich ist es jetzt für jeden britischen Kabinettsminister unmöglich, etwas zu unternehmen, was als Befriedigung der deutschen Ambitionen auf Kosten Polens angesehen werden könnte. Andererseits ist ein solcher Schritt vielleicht die einzige Möglichkeit, einen Krieg zu verhindern. Dies ist unser *furchtbares Dilemma* ... Ein Luftwaffenmajor, der während des Görings-Interviews anwesend war, drückte sein Erstaunen über die Offenheit des Feldmarschalls aus und bat den Prinzen Max auf dem Rückweg in tiefer Bewegung, die britische Regierung möchte unmißverständlich klarstellen, daß sie im Falle eines Krieges wegen Danzig auf alle Fälle kämpfen würde." (FO 371/22976, 15. 8. 1939, gez. Ashton-Gwatkin.)

Hierzu schreibt Strang handschriftlich: „Die deutsche Politik will die Polen einschüchtern und uns dazu bringen, die Polen davon zu überzeugen, daß sie nachgeben müssen. Ich hoffe, daß Lord Runciman *nicht*, wie vorgeschlagen, an Prinz Max schreiben wird. Strang, 15. August." Im Gegensatz zu den Propagandaphrasen, daß die deutschen Führer nicht an Englands Kampfwillen glaubten, notiert Cadogan ebenfalls handschriftlich: *„Wir haben Beweise, daß Hitler und Ribbentrop wissen, daß wir kämpfen werden.* Ich halte es für nötig, weiterhin *keine* Erklärung abzugeben, und nochmals: Ich glaube, daß wir im Augenblick sehr vorsichtig sein müssen, weder unseren Freunden noch unseren Feinden einen Grund zu der Annahme zu geben, wir könnten nachgeben." (Cadogan, 16. August 1939.) Obwohl die britische Regierung wußte, daß Hitler und Ribbentrop von der englischen Kampfentschlossenheit überzeugt waren, mußte Botschafter Henderson auch noch nach Kriegsausbruch verbreiten, daß Ribbentrop bis zuletzt nicht an Englands Eingreifen geglaubt habe. Als Quelle für diese Behauptung nennt er Weizsäker.

Präsident Roosevelt greift ein

In diesen entscheidenden Tagen ließ Präsident Roosevelt der britischen und polnischen Regierung die folgende Warnung zugehen:

„Die öffentliche Meinung in den USA und anderen Ländern hält es von größter Wichtigkeit, daß jedwede militärische Krise nicht die Folge von militärischen Aktionen der Polen sein dürfe, die diese *zuerst* unternommen hätten – Botschafter Biddle in Warschau mußte die polnische Regierung von diesem Beschluß der USA-Regierung unterrichten –. Herschel Johnson von der amerikanischen Botschaft in London hatte keine Instruktionen erhalten, die britische Regierung von dem obigen zu unterrichten, und er bat deshalb, daß die Information *nicht* im Foreign Office zirkulieren möge." (FO 371/23025, C 23025, C 11377, 16. 8. 1939.)

Strang vermerkt dazu handschriftlich, daß die amerikanische Weisung „die gleichen Ratschläge ausdrückt, die wir der polnischen Regierung gegeben haben". Das Dokument ist auch von Cadogan und Halifax abgezeichnet. Roosevelt und Chamberlain wollten nicht den Krieg verhindern, nur Polen durfte nicht als Aggressor vor der Weltöffentlichkeit erscheinen.

Ribbentrop rechnet mit britischer Intervention

Der Außenminister schickt Dr. Hesse zu Sir Horace Wilson

Während Chamberlain in diesen kritischen Vorkriegswochen an nichts anderes dachte, als sich und seinen stillen Verbündeten Alibis zu verschaffen, und nur fürchtete, daß ein diplomatischer Ausweg aus der vertrackten Situation gefunden werden könnte, verdoppelte die deutsche Staatsführung ihre Anstrengungen, durch inoffizielle Gespräche und direkte Verhandlungen mit ausländischen Regierungen das drohende Unheil abzuwenden.

Hitlers Gespräch mit Burckhardt und Görings Unterredung mit Leslie Runciman sollten den Auftakt zu einer Entspannungsphase bilden. Gleichzeitig liefen die Gespräche mit dem italienischen Außenminister Ciano an, die Ribbentrop am 11. August in Salzburg einleitete und die am 12. und 13. August auf dem Obersalzberg von Hitler in Anwesenheit Ribbentrops fortgesetzt wurden. (ADAP Serie D, VII, Dok. 43 und 47; Anmerkung S. 29.) Während dieser Augusttage standen auch Moskau und Berlin in ständigem Kontakt. Besonders nach dem 12. August liefen die Drähte heiß. Am nächsten Tag lud die sowjetische Regierung den deutschen Außenminister ein, nach Moskau zu kommen, um Verhandlungen zu beginnen. (ADAP Serie D, VII, Dok. 142 und 158.) Das deutsch-polnische Verhältnis hatte sich inzwischen sehr zugespitzt. Durch einen politischen Erfolg in Moskau hoffte die Reichsregierung, den Gordischen Knoten zu durchschlagen und Polen zu Verhandlungen zu bewegen.

Aber die Tür nach London wollte Ribbentrop nicht ins Schloß fallen lassen. Noch bevor die Entscheidung über seine Moskaureise gefallen war, entsandte er am 17. August den Presseattaché an der Londoner Deutschen Botschaft und Leiter der Londoner Zweigstelle des Deutschen Nachrichtenbüros, Dr. Fritz Hesse, zu Sir Horace Wilson. Da der Reichsaußenminister mit einem Eingreifen Großbritanniens rechnete, wollte er noch einen weiteren Vorstoß machen, um eine friedliche Regelung herbeizuführen. Auf Hesses Drängen hin empfing ihn Sir Horace Wilson am 20. August als Abgesandten Ribbentrops. Am folgenden Tag informierte Wilson den Premierminister, Halifax und Cadogan über die wichtigsten Punkte seiner Unterredung. Er schickte die folgende Aufzeichnung seines Gespräches mit Dr. Hesse an das Foreign Office:

„Auf seine Bitte besuchte mich Dr. Hesse heute nachmittag. Er war am Donnerstag aus Deutschland zurückgekehrt, wo er den Führer und Ribbentrop gesehen hatte, und brachte mir eine Mitteilung von Ribbentrop. Er übergab mir auch die Kopie eines Briefes von Ribbentrop an Rothermere als eine weitere Erklärung für die deutschen Gesichtspunkte. Ich sagte ihm nicht, daß ich den Brief bereits kannte, weil Rothermere auch eine Kopie an den Premierminister geschickt hatte . . . Hesse sagte, daß Hitler die Berichte von Wohltat und vom Botschafter von Dirksen kannte, und daß die Botschaft, die er mitbrachte, mit den Ansichten des Führers übereinstimme. Ribbentrops Botschaft hatte den folgenden Wortlaut mit den entsprechenden Erläuterungen von Dr. Hesse:

1. Jede Diskussion über die polnische Frage solle *nicht* zwischen England und Deutschland stattfinden, sondern durch *direkte* Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen. – Hesse erklärte mir, Hitler sei der Ansicht, daß eine Regelung der Danzig-Frage zwischen den zwei Regierungen, die es angehe, besprochen werden müsse, weil in dieser Angelegenheit die britischen Interessen nicht berührt würden. Hitler will und muß die Danzig-Frage lösen und will niemand erlauben, ihn davon abzuhalten. – Hesse erklärte mir, dies bedeute, daß nach Regelung der Danzig-Frage nach den deutschen Vorschlägen im März – richtig vom 24. Oktober 1938 – weitere Fragen diskutiert werden könnten. – Sollten weiterhin Provokationen durch Polen stattfinden, so ist der Ausgang klar, denn Hitler steht unter dem Eindruck der Mißhandlungen Deutscher in einigen Teilen Polens. – Hesse sagte mir, daß er selbst eine Anzahl vertraulicher Berichte über Mißhandlungen Deutscher durch die Polen gesehen habe, und er sei froh, daß diese Berichte die Angelegenheiten aufgedeckt hätten, die unvermeidlich einen schlechten Eindruck auf Hitler machten. –

2. Nach der Regelung Danzigs beabsichtige Hitler, Vorschläge für eine allgemeine Regelung vorzulegen, wobei er soweit wie möglich gehen wolle, um den britischen Standpunkt voll zu berücksichtigen. Er sei bereit, England ein *Bündnis-Angebot* zu machen.

3. Sollte dieses nochmalige Angebot abgelehnt werden, würde Hitler das als Beweis ansehen, daß England keine Verständigung mit Deutschland wünscht, und England müsse dann als der Feind Deutschlands angesehen werden. Dies würde einen Kampf bis aufs Messer zwischen den beiden Ländern bedeuten. – Hierzu sagte Hesse, Hitler sei verbittert darüber, daß seine Bemühungen, eine englisch-deutsche Verständigung herbeizuführen, fehlgeschlagen seien. Ihm liegt diese Angelegenheit sehr am Herzen, aber er zweifelt, ob eine solche Verständigung noch möglich ist. Das Argument, daß ‚das Vertrauen wiederhergestellt werden müsse', müsse auch für den deutschen Standpunkt zur Anwendung kommen. –

Dies waren die drei Punkte der Ribbentrop-Botschaft, die Hesse übermitteln sollte. Er war autorisiert zu sprechen und erklärte weiter, daß seine Chefs den Eindruck hatten, daß wir sie in der Danzig-Frage hintergehen wollten, und daß sie bei weiteren Diskussionen auf einer breiteren Basis fürchteten, die Danzig-Frage könne ungeregelt bleiben. Deshalb, so sagte

Hesse, wollten sie bei der Erklärung bleiben, daß nach Regelung der Danzig-Frage, von der sie hoffen, daß sie für uns annehmbar sei, weitere Angebote in anderen Angelegenheiten gemacht werden würden. Sie glauben, daß wir Danzig von der Tagesordnung streichen wollen. Anscheinend hat Dirksens Bericht nicht klargestellt, daß es sich nicht darum handelt, Danzig auszuklammern, sondern eher um einen Versuch, die Diskussionsbasis zu verbreitern, so daß Danzig innerhalb anderer, mehr allgemeiner Fragen, behandelt werden könne in der Hoffnung auf eine Entwicklung, die die Danzig-Frage weniger akut erscheinen ließe, als wenn sie allein behandelt würde.

Hesse fragte, ob es nicht möglich sei, eine Formel zu finden, die es klarmache, daß Danzig auf der Tagesordnung bliebe, aber daß die Freie Stadt mehr nebenbei, pari passu, behandelt werden würde. Es würde sich die Mühe lohnen, eine solche Formel zu finden. Der richtige Kurs sei, die polnische Regierung zu überzeugen, in *direkte* Verhandlungen mit der deutschen Regierung einzutreten. Er kannte die Bemühungen Burckhardts und er schien zu glauben, daß sie vielleicht Erfolg haben würden. Es hinge aber davon ab, daß die erwähnten Mißhandlungen Deutscher durch die Polen nicht weiter stattfänden, geschweige denn verstärkt würden . . .

Hesse bezog sich auf den Besuch Sir Nevile Hendersons bei Weizsäcker am Anfang der letzten Woche und sagte, insoweit dieser Besuch eine Wiederholung der Erklärungen über unsere Absicht, unsere Garantien zu erfüllen mit einschloß, so war er ein Fehler. Er sagte, Hitler wisse genau, daß Großbritannien bei einem Kriegsausbruch zwischen Deutschland und Polen mit dabei sein werde. Er fügte hinzu, daß Hitler dies völlig realisiere, ebenso Ribbentrop und andere Führer. Hitler habe dies völlig in seine Berechnungen aufgenommen, obwohl er es immer noch nicht verstehen könne, warum wir wegen der Danzig-Frage die Angelegenheiten so extrem verschärfen. Sie betrachten die Danzig-Streitfrage als einen Teil der Berichtigung des Versailler Vertrages und sie halten dies nicht für vergleichbar mit einem Angriff auf Rumänien etc. Hesse hielt es für einen großen Fehler, immer weiter unsere Entschlossenheit, unseren Verpflichtungen nachzukommen, zu wiederholen. Dies werde Hitler nur irritieren und verärgern, dem die Lage völlig bekannt sei. – Ich – Wilson – hielt diese Behauptung schriftlich fest, weil Hesse sie *freiwillig* gemacht hatte und *nicht* als Folge meiner Fragen.

Hesse war befriedigt, daß kein Datum oder keine Daten festgelegt worden waren, zumindest zu dem Zeitpunkt, als er vor vier Tagen Deutschland verließ. Hesse, der England gut kennt und immer gesagt hatte, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verbessern zu wollen, sagte am Schluß der Unterhaltung, daß er uns zur Verfügung stände, wenn Mitteilungen oder Verbindungen aufzunehmen seien. Er ist ein alter Anhänger Hitlers und war in den letzten 20 Jahren eng mit ihm verbunden . . . Für sich persönlich behauptete er, daß eine Danzig-Regelung – der Weg nach Ostpreußen – die letzte Forderung Hitlers sei, als die noch ausstehende wichtige Korrektur von Versailles. Gez. H. J. W. 20. 8. 1939." (FO 371/22975, C 10959.)

Über dieses Dokument berichtete Joseph Henke, hoher Beamter des ehemaligen Auswärtigen Amtes, in den „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte" 1973 auf Seite 231ff. und fügte hinzu: Die „Kopie" dieser Niederschrift schickte Sir Horace Wilson später an Halifax und Cadogan mit der Bemerkung:

„Ich trug heute den Kern der Unterredung dem Premierminister vor und später dem Außenminister Lord Halifax und Sir A. Cadogan während einer Konferenz mit dem Premierminister. Gez. H. J. W. (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2. Heft April 1973, S. 238.)

Es ist schwer verständlich, daß Henke nicht zumindest das zweite Gespräch zwischen Dr. Hesse und Sir Horace Wilson am 2. September erwähnt, in dem Ribbentrop der britischen Regierung offizielle Angebote zur endgültigen Schlichtung des Polenstreites machte und sich bereit erklärte, daß die deutschen Truppen bis an die Grenze zurückgezogen würden. Auf dieses wichtige Protokoll wird noch ausführlich eingegangen werden.

Wilsons Gesprächsaufzeichnung vom 20. August 1939 und Hesses Bericht über seine Unterredung mit Chamberlains „Zweitem Ich" vom 22. August (Hesse, S. 195f.) vermitteln einen klaren Einblick in die Absichten und Zielsetzungen der britischen und deutschen Regierung. Während Berlin bemüht war, über inoffizielle Gespräche aus den festgefahrenen Bahnen herauszukommen, um schließlich doch noch eine friedliche Lösung des Danzig- und Korridorproblems zu finden, ließen Wilsons Äußerungen keinen Zweifel daran, daß London nicht bereit war, einzulenken und mäßigend auf Polen einzuwirken.

Hesse sprach im Auftrage Hitlers und Ribbentrops in London vor, um den deutschen Standpunkt zu einer Vielzahl von politischen Fragen zu unterbreiten. Das Wilson-Protokoll eröffnet einen unmittelbaren Einblick in die Position, die Reichskanzler und Reichsaußenminister in den kritischen August-Tagen des Jahres 1939 eingenommen haben. Es ist die Ironie der Geschichte, daß Sir Horace Wilson es war – des Premierministers treuester Anhänger und einer der wichtigsten Verbindungsmänner der deutschen Putschisten in 10 Downing Street –, der ein Schlüsseldokument verfaßt hat, dessen gesamter Inhalt die von langer Hand eingefädelte Ribbentrop-Verleumdung zum Einsturz bringt.

Vom Hauptbericht „A 5522" vom Dezember 1937 bis zu den detaillierten Anweisungen an Hesse vom August 1939 zeigt sich die Kontinuität in Ribbentrops Einschätzung der britischen Politik gegenüber Deutschland. Im „A 5522" warnt er, mit der britischen

Kriegsbereitschaft zu rechnen. „England wird kämpfen!" Und fast zwei Jahre später läßt Ribbentrop seinen Mitarbeiter Hesse dem Hauptberater Chamberlains ausrichten: „Hitler wisse genau, daß Großbritannien bei einem Kriegsausbruch zwischen Deutschland und Polen mit dabei sein werde . . . Hitler sei von diesem Entschluß Englands überzeugt, ebenso er – Ribbentrop – und andere Führer. Hitler habe dies völlig in seine Berechnungen aufgenommen." Daß Ribbentrop keinen leichten Stand hatte, Hitler von der britischen Kampfentschlossenheit zu überzeugen, und ihn erst nach langen Auseinandersetzungen und Aussprachen von seiner Fehleinschätzung der englischen Haltung abbringen konnte, bezeugt auch Hesse, der in den Monaten Juli/August 1939 drei ausführliche Unterhaltungen mit Ribbentrop hatte. Der Außenminister sei sichtlich beunruhigt gewesen, daß sich verhängnisvolle Einflüsse in Hitlers unmittelbarer Umgebung durchsetzen könnten, die ständig vom britischen „Bluff" und der britischen „Unentschlossenheit" sprächen. Emphatisch habe Ribbentrop erklärt: „Irgendwelche Esel haben dem Führer eingeredet, daß die Engländer lediglich bluffen und es nur darauf ankommt, den deutschen Gegenbluff so stark zu machen, daß sie in die Knie gehen." Er, so fuhr Ribbentrop fort, habe Hitler „jedenfalls klargemacht, daß es ein Irrtum sei, zu glauben, die Engländer seien degeneriert oder schlapp . . . Ich habe ja bereits in dem Bericht, den Sie – Hesse – 1937 schon in London gesehen haben, darauf hingewiesen, daß die Engländer nicht stillschweigend abtreten werden, sondern, wenn das Britische Empire untergeht, es dann unter allen Umständen kämpfend untergehen wird . . . Ich habe das immer und immer wiederholt, der Führer war aber anderer Ansicht . . ." (Hesse, S. 186f.) Schließlich war es Ribbentrop gelungen, Hitler von der britischen Kampfentschlossenheit zu überzeugen, wie es die Gesprächsaufzeichnung Wilsons zeigt. Ribbentrop konnte nicht wissen, daß nicht „irgendwelche Esel" den englischen Bluff verlangt hatten, sondern deutsche Verschwörer wie Kordt, Goerdeler und andere, die dauernd die Zurschaustellung der englischen militärischen und wirtschaftlichen Macht verlangten.

Weil Ribbentrop von Englands Kampfwillen ausging, intervenierte er im August 1939, um direkte deutsch-polnische Gespräche in den Weg zu leiten. „Es scheint Ribbentrop gewesen zu sein, der den Hohen Kommissar von Danzig als Vermittler zwischen Warschau und Berlin einschaltete und die Hitler-Burckhardt-Aussprache inspirierte." (FO 371/23022, C 10009; Sir W. Max Muller an Cadogan, 7. Juli 1939.) Ribbentrop wußte nur zu genau, daß England das einzige Hindernis auf dem Wege zur deutsch-polnischen Einigung bildete. Mit seiner Befürchtung, London wolle Deutschland „in der Danzig-Frage hintergehen", sollte er recht behalten.

Briefwechsel Ribbentrop-Rothermere

Die Entscheidung über Krieg und Frieden lag in den Händen der britischen Führung: Entweder europäische Zusammenarbeit oder Kampf bis aufs Messer. Diese Alternative hatte Ribbentrop auch in seinem persönlichen Schreiben an Lord Rothermere aufgezeigt, auf das Hesse in seinem Gespräch mit Wilson ausdrücklich verwies. In diesen spannungsreichen Sommermonaten 1939 stand der Außenminister in schriftlichem Kontakt mit dem britischen Zeitungskönig, dessen ganzen Einfluß er in die Waagschale der deutsch-britischen Verständigung werfen wollte. Am 5. August richtete er einen persönlichen Appell an Rothermere, der in diesem Buch erstmals veröffentlicht wird:

„. . . Es läßt sich ungeheuer viel sagen über die allgemeine internationale Lage und speziell über das deutsch-englische Verhältnis. Aber ein Brief reicht dazu wohl kaum aus. Aber ich bin es unserer alten Freundschaft und der großen Aufgabe einer Verständigung zwischen unseren beiden Ländern schuldig, folgendes zu sagen:

Wenn auch die gegenwärtige Entwicklung nicht in eine Richtung läuft, in die Sie und ich immer die deutsch-englischen Beziehungen entwickelt sehen wollten, so hoffe ich dennoch, daß der Commonsense eines Tages noch den Sieg davontragen wird. Ich stimme Ihnen völlig zu, daß es kein Problem gibt, das nicht zwischen unseren beiden Nationen friedlich und auf freundschaftlicher Basis geregelt werden könnte. Wie Sie wissen, habe ich in den ganzen letzten Jahren dafür gearbeitet. Aber ich muß folgendes klar feststellen: Des Führers grundsätzliche außenpolitische Konzeption, die er in seinen Büchern niedergelegt hat, war immer auf Freundschaft mit Großbritannien ausgerichtet. Erstens haben wir seit dem 30. Januar 1933 nicht ein einziges Mal die vitalen britischen Interessen verletzt und zweitens haben wir niemals eine Presse-Rede oder Propagandakampagne gegen Großbritannien inszeniert. Aber das genaue Gegenteil charakterisierte die britische Haltung. Denn es war England, das seit dem 30. Januar 1933 immer wieder deutsche Vitalinteressen blockierte und sich immer wieder Revisionen in den Weg stellte. Zum zweiten war es England (ausgenommen von Ihren eigenen Zeitungen), das unablässig und mit ganzer Verbissenheit und Härte eine Propagandakampagne gegen mein Land geführt hat – in der Presse, in öffentlichen Reden höchster britischer Repräsentanten etc.

Alles, was der Führer während der vergangenen 6 $^{1}/_{2}$ Jahre unternommen hat, zielte darauf ab, aus Deutschland eine große Nation zu machen

und die übelsten Folgen des Versailler Vertrages in Europa zu beseitigen, wofür Deutschland keine Verantwortung trifft. Und diese Revision hat der Führer durch das friedliche Mittel der Verhandlungen, ohne je einen Tropfen Blut zu vergießen, sich bemüht zu erreichen. Anstatt dem Führer dafür zu danken, ein halbes Dutzend von Unmöglichkeiten des Versailler Vertrages in Europa aus dem Weg zu schaffen, Zustände, die täglich hätten die Ursache für einen Krieg sein können, – scheinen britische Staatsmänner es für gelegen zu halten, diese unzweifelhaften Erfolge des Führers im Interesse des europäischen Friedens und der Menschheit als Anlaß zu nehmen, ihm böse Absichten gegen England und das britische Empire zu unterstellen.

Die Polenpolitik der britischen Regierung versucht, die Rückkehr Danzigs und die Herstellung eines Verbindungsweges zwischen Ostpreußen und dem Reich zu verhindern, und ist bemüht, polnische imperialistische oder besser komödienhafte Ambitionen zu unterstützen – und das, obwohl Großbritannien während der vergangenen 14 Jahre immer wieder den Korridor als ein Unding von Versailles bezeichnet hat –. Diese britische Haltung sieht das deutsche Volk als einen Beweis dafür an, daß Großbritannien sich immer Deutschland in den Weg stellt, selbst dann, wenn keine vitalen britischen Interessen berührt sind. Und diese Politik verfolgt England einer Person wie dem Führer gegenüber, der während der vergangenen 25 Jahre unablässig für eine enge Verständigung zwischen England und Deutschland gewirkt und gearbeitet hat.

Angesichts dieser Entwicklung kann ich nur sagen: Wenn die britische Regierung nicht mit einem Mann wie Adolf Hitler zu einer Verständigung kommen kann, so ist dies eine der außerordentlichsten und paradoxesten Tatsachen der Geschichte. Natürlich wäre eine Verständigung nur dann möglich, wenn dieses Problem in weitsichtiger Offenheit angepackt würde, wobei die vitalen Interessen beider Nationen auf Generationen und Jahrhunderte in Betracht genommen werden, und nur dann, wenn alle Heuchelei und Kleingeistigkeit seitens der führenden Schicht Großbritanniens, sich den deutschen Lebensnotwendigkeiten zu widersetzen – die England selbst als gerecht bezeichnen würde, wäre es in der deutschen Lage –, ausgeschaltet blieben.

Wenn jedoch die gegenwärtige britische Politik wieder einmal zu einem Konflikt zwischen unseren beiden Nationen führen sollte, so wissen Sie genau, daß wohl keiner dieses Ereignis schmerzhafter empfinden würde als ich. Aber als derjenige, der die historischen Angebote des Führers wiederholt Ihren Staatsmännern überbracht hat, muß ich unumwunden feststellen, daß die deutsche Regierung nicht die geringste Verantwortung für einen solchen Krieg träfe. Ich erfahre immer wieder, daß das britische Volk durch Einflüsse, von denen ich überzeugt bin, daß sie nicht britischen Ursprungs sind, in eine kriegerische Geisteshaltung gegen mein Land versetzt worden ist. Das deutsche Volk hat niemals, wie ich selbst weiß, einen neuen Konflikt mit Ihrem Land gewünscht. Aber durch die englische Haßkampagne frißt sich ein tiefer Haß langsam immer weiter in die Herzen eines jeden Deutschen gegen England, ein Haß, der nicht leicht überwunden werden kann, wenn England nicht schnellstens einen anderen außenpolitischen Kurs einschlägt. Von einer Tatsache bin ich völlig überzeugt: Wenn diese beiden Länder jemals wieder die Klinge kreuzen sollten, dann wird der Kampf dieses Mal bis zum letzten Mann und bis zur letzten Patrone ausgekämpft werden. Und dieses Mal ist das deutsche Volk davon überzeugt, daß dieser Krieg mit einem deutschen Sieg enden wird, denn ein jeder Deutscher ist sich der überwältigenden Macht dieser 80-Millionen-Nation unter Führung eines Mannes und seiner machtvollen Verbündeten bewußt. Als Engländer sehen Sie diese Sache sicher mit anderen Augen. Aber ich bin mir sicher, daß auch Sie der Meinung sind, daß der letzte Weltkrieg der Position Großbritanniens als Weltmacht einen ersten schweren Stoß versetzt hat. Im letzten Krieg war Adolf Hitler nur ein einfacher Soldat im Schützengraben, während er heute der Führer Deutschlands ist. Dieses ist der große Unterschied zwischen der damaligen Situation im Weltkrieg und der Gegenwart; und wenn Sie Wert darauf legen, meine persönliche Meinung zu hören, dann muß ich Ihnen ganz offen gestehen, daß ich vom rein menschlichen Standpunkt aus einen erneuten Kampf zwischen unseren beiden Ländern als den Gipfel des Wahnsinns ansehen würde, und daß es außerdem meiner tiefsten Überzeugung entspricht, daß ein solcher Krieg nicht nur mit einem deutschen Sieg, sondern auch mit der endgültigen Auflösung des Britischen Empires enden würde. Es ist unzweifelhaft und offensichtlich, daß wir Nationalsozialisten uns über ein solches Ergebnis nicht freuen können, sind doch wir es, die die Existenz des Britischen Empires als einen der wichtigsten Faktoren der Weltzivilisation betrachten. Dies würde jedoch nichts an den Tatsachen ändern, wie ich sie sehe.

Mein lieber Rothermere, ich hoffe immer noch, daß die Klugheit und Nüchternheit der britischen Staatsmänner sie die rechte Entscheidung treffen lassen werden, wenn sie mit der Alternative eines Krieges, verbunden mit dem Risiko der Auslöschung des Britischen Empires einerseits – zumal keine vitalen britischen Interessen auf dem Spiel stehen – oder einer endgültigen Verständigung und Zusammenarbeit in weltpolitischen Fragen gemeinsam mit Deutschland zum Wohle beider Nationen andererseits, wie es der Führer immer wollte, konfrontiert sind.

Ich bin sicher, daß Sie mir meine Offenheit, mit der ich meine Auffassung zum Ausdruck gebracht habe, nicht verargen. Unter alten Freunden wie uns ist Offenheit die natürlichste Sache der Welt.

In der Hoffnung, Sie sehr bald einmal wieder in Deutschland zu sehen, verbleibe ich

Ihr Ribbentrop."

(FO 800/316. Ein in englischer Sprache verfaßtes persönliches Schreiben Ribbentrops an Lord Rothermere mit handschriftlicher Unterschrift, Berlin, 5. 8. 1939.)

Mit seinem Brief an Rothermere gab Ribbentrop eine grundsätzliche Stellungnahme zu schwebenden Fragen ab. Seine Erwartung,

daß dieses persönliche Schreiben britischen Staatsmännern zur Kenntnis gebracht würde, erfüllte sich. Am 12. August 1939 sandte Rothermere dem englischen Außenminister Halifax eine Kopie des Ribbentrop-Briefes. (FO 800/316, Rothermere an Halifax, 12. August 1939.) Rothermeres jüngstes Schreiben an Ribbentrop vom 5. August kreuzte sich mit dem Brief des Reichsaußenministers vom gleichen Tage. Ein wichtiger Passus des Rothermere-Briefes bestätigt, was Ribbentrop selbst als bedrohlich erwähnte, nämlich:

„Ich – Rothermere – habe das britische Volk nie in einer kriegerischeren Verfassung gesehen als heute. Es redet genauso wie vor dem Ausbruch des großen Krieges und des Burenkrieges." (FO 800/316. 5. August 1939; ebf. Rothermere-Telegramm an Ribbentrop, 28. Juni und FO 800/315 Rothermere an Ribbentrop, 10. u. 20. Juli 1939.)

Chamberlains Brief an Hitler

Am 18. August 1939 hatte Henderson bereits einen „geheimen und persönlichen Brief Chamberlains an Hitler angefordert, in dem Englands Lage und Verpflichtungen eindeutig aufgezeichnet werden sollten". (DBFP VII, No. 10.) Wie zwischen Henderson und Weizsäcker verabredet, wurde dieser Chamberlain-Brief vom 22. August Hitler am 23. August – als Ribbentrop in Moskau war – von Henderson im Beisein Weizsäckers auf dem Obersalzberg übergeben. In diesem Brief bestätigte Chamberlain, daß er bereits gewisse „Maßnahmen" für den Fall eines Krieges getroffen habe, und betonte, daß „welcher Art auch immer das deutsch-sowjetische Abkommen sein wird, so kann es nicht Großbritanniens Verpflichtungen gegenüber Polen ändern". (Akten VII, Dok. 200 Anl.) Obwohl England und Frankreich versucht hatten, Polen und die Sowjetunion in einem nur gegen Deutschland gerichteten Viermächtepakt zu vereinen, was Halifax eine „Vorsichtsmaßnahme" nannte, und obwohl Daladier noch am 21. August das russische Durchmarschrecht durch den Wilna-Korridor *ultimativ* forderte, und auch Beck am 23. August von den Westmächten zu der Erklärung gedrängt wurde, im Kriegsfalle russische Hilfe zu akzeptieren (Freund II, Dok. 31 und 36), nahm Chamberlain jetzt eine ähnliche „Vorsichtsmaßnahme" Deutschlands zum Anlaß seiner militärischen Drohung gegenüber dem Reich. In seinem Brief beruft er sich darauf, man habe England den Vorwurf gemacht, daß es seinen „Standpunkt im Jahre 1914" *nicht* klarer dargelegt hatte, einen Vorwurf, der bekanntlich in Weizsäckers Geheimbotschaft vom 7. September 1938 enthalten war.

Der ganze Brief Chamberlains zeigt, wie sehr Weizsäckers *Suggestionen* die „alarmierende Wirkung" in London ausgelöst hatten und wie sehr sich Chamberlain mit der Erkläung beeilte, daß er in einen deutsch-polnischen militärischen Konflikt eingreifen werde. Zum Schluß seines Briefes schlägt er doppelzüngig die „Aufnahme von direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über die zwischen ihnen bestehenden Fragen" vor, um ein Abkommen zu erreichen, das bei „seinem Abschluß von anderen Mächten garantiert würde", und bietet sich an, zu der wirksamen Durchführung solcher Garantien nach seinem Vermögen „zu vermitteln", wie es Cadogan vorgeschlagen hatte. (Akten VII, Dok. 200 Anl.)

Hitler beantwortete Chamberlains Brief noch am gleichen Tage. Diese Antwort schließt mit den Worten:

„Die Deutsche Regierung hat Kenntnis davon bekommen, daß die Britische Regierung beabsichtigt, Mobilmachungsmaßnahmen durchzuführen, deren eindeutiger Charakter als nur gegen Deutschland gerichtet nach den eigenen Erklärungen in Ihrem Schreiben an mich, Herr Ministerpräsident, feststeht. Dies soll auch für Frankreich zutreffen. Da Deutschland niemals die Absicht hatte, sei es gegen England oder gegen Frankreich, militärische Maßnahmen, außer solchen defensiver Natur, zu treffen, und – wie schon betont – nie beabsichtigte und auch für die Zukunft nicht beabsichtigt, England oder Frankreich anzugreifen, kann es sich in dieser Ankündigung, wie Sie sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrem Schreiben mir bestätigen, nur um einen in Aussicht genommenen Akt der Bedrohung des Reiches handeln.

Ich teile daher Eurer Exzellenz mit, daß ich im Falle des Eintreffens dieser militärischen Ankündigungen die sofortige Mobilmachung der deutschen Wehrmacht anordnen werde.

Die Frage der Behandlung der europäischen Probleme im friedlichen Sinne kann nicht von Deutschland entschieden werden, sondern in erster Linie von jenen, die sich seit dem Verbrechen des Versailler Diktats jeder friedlichen Revision beharrlich und konsequent widersetzt haben . . . Ich habe zeit meines Lebens für eine deutsch-englische Freundschaft gekämpft, bin aber durch das Verhalten der britischen Diplomatie – wenigstens bisher – von der Zwecklosigkeit eines solchen Versuches überzeugt worden. Wenn sich dies in der Zukunft ändern würde, könnte niemand glücklicher sein als ich." (Akten VII, Dok. 201 u. DBFP VII, No. 232.)

Als die englische Mobilmachung dennoch weiter durchgeführt wurde, ordnete auch Hitler am Abend des 23. August militärische Maßnahmen in Deutschland an und gab gleichzeitig den Befehl zum Einmarsch in Polen für den 26. August. Hierzu hatte er sich *vor* den in Chamberlains Brief enthaltenen Drohungen und *vor* den englischen Mobilmachungsmaßnahmen noch nicht entschlossen. Mit dem

„23. August 1939“ sind Hitlers Anordnungen für den „Fall Weiß“ datiert, d. h. für die „vorgesehenen Operationen gegen Polen“. (Akten VII, S. 470 u. 90, Halder-Tagebuch.)

Hitler stoppt Vormarschbefehl auf Anraten Ribbentrops

Die Kreise in Deutschland, die den Kriegsausbruch brauchten, um die nationalsozialistische Regierung zu beseitigen, hatten Ribbentrop als Berater Hitlers ausgeschaltet, als Henderson im Beisein Weizsäckers den entscheidenden Brief Hitler übergab, in dem Chamberlain zum ersten Mal sein „drohendes Schweigen“ brach. Aber die Verschwörer konnten nicht verhindern, daß Ribbentrop schon zwei Tage später, gleich nach seiner Rückkehr aus Moskau und nach Kenntnisnahme des Chamberlain-Hitler-Briefwechsels, am 25. August Hitler veranlaßte, noch einmal mit Henderson zu sprechen. Ribbentrop war überzeugt, daß auch der deutsch-russische Nichtangriffspakt Chamberlains Haltung gegenüber Polen nicht ändern werde, und er wollte einen letzten Versuch machen, um mit England zu einer Einigung zu kommen. Hitler akzeptierte Ribbentrops Vorschlag sofort. Sir Nevile Henderson wurde für 13.30 Uhr des 25. August in die Reichskanzlei gebeten, wo ihm Hitler in Anwesenheit Ribbentrops das Freundschaftsangebot an England unterbreitete und ihn bat, noch am gleichen Tage nach London zu fliegen, um keine Zeit für den Beginn der notwendigen deutsch-englischen Verhandlungen zu verlieren. Hitler wies den englischen Botschafter auf die Machtlosigkeit der Warschauer Regierung hin, in ihrem eigenen Staat die Ordnung aufrechtzuerhalten, und führte weiter aus:

„Die polnischen Akte der Provokation sind unerträglich geworden, gleich wer verantwortlich ist . . . In der letzten Nacht seien wieder 21 neue Grenzzwischenfälle erfolgt, auf deutscher Seite habe man größte Disziplin bewahrt . . . Außerdem wurden Verkehrsflugzeuge beschossen . . . Deutschland sei unter allen Umständen entschlossen, die chaotischen Zustände an seiner Ostgrenze zu beseitigen, und zwar nicht nur im Interesse von Ruhe und Ordnung, sondern auch im Interesse des europäischen Friedens . . . Er – Hitler – bejaht das britische Imperium und ist bereit, sich für dessen Bestand persönlich zu verpflichten und die Kraft des Deutschen Reiches dafür einzusetzen, wenn seine kolonialen Forderungen, die begrenzt sind und auf friedlichem Wege ausgehandelt werden können, Erfüllung finden, wobei er zu einer weitesten Terminbestimmung bereit ist . . . Er fordert von England nicht die Preisgabe seiner französischen Verpflichtungen und könnte sich seinerseits auch nicht von den italienischen Verpflichtungen entfernen . . . Er wünscht nie mehr mit Rußland in einen Konflikt einzutreten . . . und würde auch bereit sein, eine vernünftige Begrenzung der Rüstung zu akzeptieren . . . Eine Grenzkorrektur im Westen stehe außerhalb jeder Erwägung. Der mit Milliarden errichtete Westwall sei die endgültige Reichsgrenze nach Westen.

Wenn die britische Regierung diese Gedanken erwägen würde, so könnte sich daraus ein Segen für Deutschland und auch für das Britische Weltreich ergeben. Wenn sie diese Gedanken ablehnt, wird es Krieg geben. Auf keinen Fall würde Großbritannien aus diesem Krieg stärker hervorgehen; schon der letzte Krieg habe dies bewiesen.“ (DBFP VII, No. 284, Akten VII, Dok. 265.) Protokolldolmetscher Dr. Schmidt.

Nach diesem etwa einstündigen Gespräch, das um 14.30 Uhr beendet war, teilte Henderson seiner Regierung sofort telefonisch mit, daß er Hitler „eine Mitteilung gemacht hatte und vorgeschlagen habe, zurück nach London zu fliegen“. (Colvin p. 238.) Schon *vor* seinem Aufbruch in die Wilhelmstraße hatte Henderson in dem Postskriptum eines privaten Briefes *ohne* Zeitangabe Halifax von der unerwarteten Einladung Hitlers unterrichtet. (DBFP VII, Nr. 312.) In einem ebenfalls persönlichen Brief an Cadogan vom 25. August – auch ohne Zeitangabe – warnte Henderson seine Regierung vor dem gefährlichen Weg, den sie jetzt beschritten habe: *„Im letzten Jahr führten wir die Tschechen ins Verderben und in diesem März führten wir die Polen auf denselben Weg, ad nauseam.“* (DBFP VII, No. 313.) Aus den Kabinettpapieren geht hervor, daß Henderson nach seinem Telefonanruf ein Telegramm schickte, in dem er Hitlers „Mitteilung“ dahingehend zusammenfaßte, „daß die polnische Frage zuerst geregelt werden müsse, anschließend werde er England ein Angebot machen. Hitler verpflichtete sich auch persönlich für das dauernde Fortbestehen des britischen Weltreiches. Als am Spätnachmittag des 25. August die Ratifizierung des englisch-polnischen Garantiepaktes und die Absage Mussolinis in Berlin eingetroffen waren, konnte Ribbentrop erreichen, daß Hitler ohne Zögern den Vormarschbefehl vom 23. August zurücknahm.

Als britische Reaktion auf das deutsche Freundschaftsangebot an England war um 17.30 Uhr die Ratifizierung des englisch-polnischen Garantievertrages demonstrativ erfolgt, die durch Rundfunk der Weltöffentlichkeit umgehend bekanntgegeben wurde. In Deutschland mußte man diesen Pakt „als eine Herausforderung und eine ausdrückliche Erklärung der britischen Regierung auffassen, daß sie eine *friedliche Lösung nicht wünsche*“. (Birger Dahlerus, Der letzte Versuch, München 1948, S. 54f.; A. v. R. Deutsch-Englische Geheimverbindungen, S. 408, m. Sp.)

Halifax-Note an Daladier

Halifax telegrafierte schon um 15.30 Uhr des 25. August an den britischen Botschafter in Paris, Sir Eric Phipps – Schwager von Sir Robert Vansittart –, eine für die französische Regierung bestimmte Weisung. Diese Note hat den folgenden Wortlaut:

Lord Halifax an Sir E. Phipps (Paris)
Telegramm Foreign Office, August 25. 1939, 15.30 Uhr

1. Bitte erklären Sie sofort der französischen Regierung, daß wir jetzt unser Vorgehen unverzüglich *abstimmen* müssen für den Fall, daß wir unsere Verpflichtungen gegenüber Polen zu erfüllen hätten, d. h. im Falle einer deutschen Verletzung polnischen Gebietes, der Polen Widerstand leisten würde.

2. In diesem Falle würde seiner Majestät Regierung vorschlagen, zu verlangen, daß die deutsche Regierung innerhalb einer festgelegten *Frist* ihre Truppen *anhalten* und ihre Bereitschaft erklären sollte, in *Verhandlungen* einzutreten, widrigenfalls würde Seiner Majestät Regierung alle notwendigen Schritte unternehmen müssen, um bei Ablauf der Frist ihre *Verpflichtungen* gegenüber Polen zu erfüllen.

3. Ich würde mich freuen, *sobald wie möglich* zu erfahren, daß die französische Regierung mit uns übereinstimmt, so daß im gegebenen Fall keine Verwirrung und kein Zeitverlust entsteht. (DBFP VII, No. 278.)

Die Halifax-Weisung zeigt in *Punkt 1,* daß die Chamberlain-Regierung trotz des auf Entspannung gerichteten deutschen Freundschaftsangebotes an England eine Widerstandsleistung Polens weiterhin in ihre Rechnung stellte und sich schon jetzt bemühte, ihren wichtigsten Bundesgenossen, Frankreich, in ein künftiges Vorgehen gegen Deutschland einzuschalten. Im *Punkt 2* wird der französischen Regierung für den Fall, daß eine Verletzung polnischen Gebietes durch Deutschland schon stattgefunden hätte, vorgeschlagen, gemeinsam mit der britischen Regierung zu verlangen, daß die Reichsregierung innerhalb einer festgelegten *Frist* ihre Truppen *anhalten* und ihre Bereitschaft erklären solle, in *Verhandlungen* einzutreten. In *Punkt 3* heißt es, daß die französische Regierung dieser für den Konfliktfall von England vorgeschlagenen Verfahrensart ausdrücklich ihre Zustimmung geben solle. Aber Chamberlain brachte bereits eine Woche später seinen eigenen Vorschlag zu Fall. Denn er lehnte, um hier vorzugreifen, Mussolinis Waffenstillstands- und Konferenzvorschlag vom 1. September 1939 ab, obwohl dieser in seinen Bestimmungen über den Eintritt der Waffenruhe mit seinen eigenen Vorschlägen völlig übereinstimmte, die er durch die Halifax-Weisung vom 25. August den Franzosen hatte unterbreiten lassen. Der

englische Botschafter Phipps konnte am folgenden Tage um 10.04 Uhr seiner Regierung telefonisch mitteilen, daß die französische Regierung mit dem Halifax-Vorschlag „einverstanden" ist. (DBFP VII, Anm. zu No. 278, Doc. 343.)

Als am 1. September der Ernstfall – d. h. der in der Halifax-Weisung vorgesehene Fall einer deutschen Verletzung polnischen Gebietes – eingetreten war, verlangte Chamberlain plötzlich, im Widerspruch zur Halifax-Note vom 25. August, daß die deutschen Truppen nicht nur „angehalten werden sollten", sondern forderte nunmehr, daß die Truppen bis an die Grenze „zurückgezogen" werden müßten, bevor mit Deutschland in Verhandlungen eingetreten werden könnte. Gegen diese neue, außergewöhnliche Forderung wehrte sich die französische Regierung. Bonnet bemühte sich mit der Unterstützung Daladiers bis zum äußersten, dem italienischen Waffenstillstandsplan zum Erfolg zu verhelfen, zumal dieser mit dem ursprünglichen von ihr akzeptierten Halifax-Plan vom 25. August identisch war. Aus den später vorzulegenden Dokumenten gehen diese Tatsachen hervor und zeigen, daß auch die deutsche Regierung Mussolinis Bestrebungen ebenfalls ihre Zustimmung gab.

Trott zu Solz schaltet Dahlerus ein

Im Sommer 1939 war David Astor nach Deutschland gereist, um sich ein Bild von der politischen Lage zu machen, und hatte Lord Perth den folgenden Bericht über seine Beobachtungen vorgelegt:

„In der Danzigfrage seien alle Deutschen der gleichen Meinung, daß Hitler das absolute Recht habe, die Freie Stadt offiziell als deutsche zu erklären. England sei nicht berechtigt, die freie Entscheidung der Danziger zu verhindern, und Hitler werde die Frage ‚lokal' lösen, ohne einen Krieg zu beginnen. Man sei der Ansicht, daß die Rückkehr Danzigs und der bescheidene Wunsch nach einer Auto- und Eisenbahn durch den Korridor freundschaftlich zwischen Deutschland und Polen hätte geregelt werden können, wenn wir nicht übereilt Polen garantiert hätten . . . Ein deutsches Danzig könne die Polen nicht ‚unterdrücken', besonders weil Danzig selbst den polnischen Handel für seine Existenz brauche. Über jede andere Streitfrage hätte Hitler ein weniger einiges Deutschland hinter sich. Meiner Ansicht nach wäre die friedliche Eingliederung Danzigs für England *kein guter Kriegsgrund.* Hitler will nicht in einen Weltkrieg verwickelt werden, ebensowenig wie das deutsche Volk. Der Kanzler könnte wegen Mangels an Kohle Öl, Nahrungsmitteln etc. kriegerische Maßnahmen ergreifen. Einen langen bewaffneten Frieden kann er *nicht* durchstehen. Deutschland wolle wieder am Welthandel teilhaben. Man mißtraue den Westmächten und beobachte,

daß die Goodwill-Versprechungen an das deutsche Volk gerichtet sind oder auf Umwegen an ein zukünftiges *gefälligeres Regime* ... Es bestehen drei potentiell starke Gruppen, die gegen eine Kriegslösung eingestellt sind – die Industriellen, das Wirtschaftsministerium und die Generale. Es wird versucht, diese hinter Göring zu sammeln, um Ribbentrop auszuschalten.

Mein Freund – v. Trott zu Solz und seine Verbündeten – sind der Meinung, daß die britischen Wortführer im Augenblick genügend Verhandlungsvorschläge gemacht haben. Die Klärung der Danzigfrage: Einem Entschluß der Annexion endgültig zu opponieren, aber in einer unprovokativen Weise wie die Franzosen: Weder Spott noch Sticheleien gegen die Führer, noch der Versuch, die Führer vom Volk zu trennen, wie es bis jetzt in der Presse und in Reden üblich war! Nur offene und überzeugende Zurschaustellung von ziviler Bereitschaft und kriegerischer Stärke können Erfolg haben. Das sind die Wünsche jener, die Göring aktivieren wollen ... Er solle persönliche Politik machen. Es wird natürlich schwierig sein, da keine der beiden Parteien Friedensgespräche beginnen will. Andererseits hält mein Freund es für wichtig, daß Göring dafür gelobt wird, sich den Anschein gegeben zu haben, Friedensgespräche zu wünschen. Mein Freund schlägt deshalb vor, daß nach einer genügenden Vorbereitung der Gespräche, Göring unsere Bereitschaft zum Verhandeln mitgeteilt wird mit der Erklärung, daß dies kein Trick sei, sondern daß wir ein echtes Verständnis für Deutschlands Wünsche hätten. Mein Freund ... schlage vier Möglichkeiten vor:

Der Besuch einer nicht britischen Persönlichkeit, die vermutlich guten Kontakt zu Göring herstellen könne, wie z. B. Oberst Lindbergh. Der Besuch eines halboffiziellen Wortführers, ein Admiral. Ein Gespräch mit einem scheinbar zufälligen Besucher in Berlin, einem passenden Abgeordneten. Eine Einladung an Göring, einen Luftmarschall hierher zu schicken, möglichst Udet, um einen richtigen Eindruck unserer wachsenden Luftwaffe zu erhalten in der Hoffnung auf eine Gegeneinladung von größerem politischen Wert. Der letzte dieser vier Vorschläge wäre am wünschenswertesten, weil dann die Initiative für politische Gespräche *Görings Verantwortung* sei. Sollte Göring informatorische Gespräche vorschlagen, so müßte England sie ohne Zögern annehmen, aber nicht darüber hinausgehen, um den Eindruck britischer Ängstlichkeit zu vermeiden ... Alles müsse vor Beginn der Gespräche gut vorbereitet sein. Görings etwas ‚eitle Persönlichkeit' dürfe nicht beleidigt, andererseits aber auch nicht zu einem Helden gestempelt werden, um ihn vor den internen Eifersüchteleien zu bewahren.

Sollten die *Gemäßigten* in Deutschland zusammen mit den britischen Staatsmännern die Gedanken der Nazis auf die leeren Gebiete in der Welt lenken, ihre Wirtschaft so eng wie möglich mit denen der Demokratien durch Wiedereintritt in den Welthandel zusammenbringen und sie über den Gefahrenpunkt hinweggleiten, von dem sie glauben, ihre Probleme durch Krieg lösen zu können, dann wird der Nazismus mit seiner Machtpolitik eines natürlichen Todes sterben ... Die Zerstörung des Nazismus durch Gewalt wird zu einem europäischen Unglück führen." (FO 371/22974, C 9967, 9. 7. 1939. Bericht David Astors an Lord Perth.)

Auf diesem irrealen Boden, als ob Ribbentrop den Krieg und Göring den Frieden wolle, sollte nach Ansicht Astors die britische Politik intensiviert werden. Auch der Journalist Colvin, der auffallenderweise auf diesem offiziellen Foreign-Office-Dokument zu Worte kommt, ist der gleichen Ansicht und vermerkt handschriftlich: „Die Bestrebungen, Ribbentrop auszuschalten, interessieren mich, weil ich in meinem Memorandum C 10057/15 die Ansicht der oppositionellen Deutschen wiedergab, wonach eine heftige Kampagne gegen Ribbentrop vielleicht die gemäßigten Elemente im Kabinett gegen ihn aufbringen werde und dadurch einen *endgültigen Bruch* in der Regierung hervorrufen könnte." In einer weiteren Randbemerkung wird diesem Vorschlag widersprochen, denn es sei zu gefährlich, „Ribbentrop im britischen Rundfunk öffentlich anzugreifen, weil dies das Gegenteil bewirken würde". Dieser Astor-Bericht mit den Ratschlägen von Trott zu Solz zeigt sehr deutlich die Taktik der Verschwörer: Um den Engländern zu helfen, legen sie Beschlag auf Göring und stempeln ihn zu einem der ihren. Über Ribbentrop dagegen wollen sie die deutsche Regierung stürzen. Hierzu und zu den Vorschlägen von Trott zu Solz nimmt der Foreign-Office-Beamte F. K. Roberts in seiner Marginalie handschriftlich Stellung:

„Sollte Deutschlands Lage so schlecht sein, so brauchen wir ihm nicht nachzulaufen. Göring ist sicher unsere beste Karte, aber er hat keinen Einfluß auf den Führer ... Einladungen an Udet und Milch ließ man fallen, aber unoffizielle britische Industrielle sollen Göring Anfang August durch einen schwedischen Mittelsmann treffen. Darüber wurden wir vertraulich unterrichtet. Göring soll beeindruckt werden und selbst das Zusammentreffen vorschlagen." (a. a. O.)

Der hier genannte „schwedische Mittelsmann" war Birger Dahlerus, der bekanntlich im August Kontakt zu Göring aufnahm, wie Trott zu Solz es gefordert hatte. Über diesen Schachzug der Verschwörer wurden die Engländer im geheimen unterrichtet.

Am 7. August fand schließlich das vorbereitete Gespräch zwischen Göring und den englischen Wirtschaftlern im Beisein von Dahlerus auf Sönke Nissen Koog statt. Daß sich Göring drei Tage nach Chodackis völlig unberechtigtem Danziger Ultimatum, das Burckhardt heute noch als entscheidend für den Kriegsausbruch ansieht, bereitfand, mit scheinbar unwichtigen Engländern zu sprechen, zeugt von seinem Bestreben, mit den Briten zu einem Ausgleich zu kommen. William Strang aber empfahl seiner Regierung, Görings Vorschlag zur Abgrenzung der Interessensphären im Süden und Südosten Europas abzulehnen, denn dies würde praktisch eine

„totale Eroberung bedeuten“, zumindest aber einen „Eingriff in die Unabhängigkeit oder in die Neutralität gewisser Länder in Osteuropa, deren Unabhängigkeit von S. M. Regierung verteidigt werden soll, wenn das betreffende Land *Widerstand leistet*“! Dafür aber hätte England den Balkanländern Schutz gewähren müssen, wozu jedoch Chamberlain ebenso wenig bereit war wie die Garantie für Polen effektiv werden zu lassen. Göring erklärte, daß Deutschland „weder Rumänien, Bulgarien noch Jugoslawien wolle, und daß sogar die Kroaten uns gebeten haben, sie mit Waffen zu versorgen, aber daß wir dies nicht taten“. Göring beendete das Gespräch mit den Worten, „ daß der Führer allein die deutsche Haltung bestimme, und Dahlerus möge seinen englischen Freunden wiederholen, daß die Entscheidung allein beim Führer liege“. (DBFP VI, p. 751ff.)

Zu der Zeit tauchte in Berlin die Frage auf, wer als deutscher Bevollmächtigter nach Rußland geschickt werden sollte. Ribbentrop schlug zunächst vor, „Göring nach Moskau zu entsenden“, weil er selbst durch seine japanischen Verbindungen und den Antikominternpakt vielleicht zu sehr festgelegt sei. Aber Hitler bestand darauf, daß Ribbentrop die Mission übernahm. (J. v. Ribbentrop, Zwischen London und Moskau, S. 177.) Während Ribbentrop mit Stalin verhandelte, rief Göring am 23. August – dem Tage, an dem Henderson den Brief Chamberlains auf dem Obersalzberg Hitler übergab – Dahlerus an und bat ihn, nach Berlin zu kommen. Dort erklärte er ihm am 24. August, daß durch den Vertrag mit Rußland die Gefahr eines Zweifrontenkrieges behoben sei, „unterstrich aber gleichzeitig, daß die deutsche Regierung nach wie vor den aufrichtigen Wunsch hege, mit England zu einer Vereinbarung zu kommen“. (Dahlerus, Der letzte Versuch, S. 51f.) Göring bedauerte, daß die von ihm am 7. August den Engländern vorgeschlagene Konferenz „nicht zustande gekommen sei“, da er ja nicht wissen konnte, daß sein Zusammentreffen mit den englischen Wirtschaftlern von den deutschen Verschwörern nur deshalb arrangiert worden war, um die von Hitler gewünschten wirklichen Verhandlungen über Polen zu verhindern. Göring bat deshalb Dahlerus, „am folgenden Tag nach England zu fliegen“, um zwischen ihm und dem Foreign Office einen persönlichen Kontakt herzustellen. Als Dahlerus am 25. August in England eintraf, sprach er noch am gleichen Abend mit Halifax, der ihm erklärte, daß seine Aufgabe überholt sei, weil „Hitler und Ribbentrop inzwischen offizielle Besprechungen mit Henderson aufgenommen hätten“. (DBFP VII, p. 234f.)

Gleichwohl machte der Schwede noch einige persönliche Vorschläge, um die „Möglichkeit zur Einberufung einer Vollkonferenz“ über eine deutsch-polnische Einigung zu erkunden. Halifax lehnte alles als „völlig wertlos ab“, obwohl Henderson ihn gebeten hatte, „Hitlers Freundschaftsangebot sehr ernst zu nehmen und nicht durch eine brüske Zurückweisung den Grund für eine berechtigte Erbitterung zu liefern“. (DBFP VII, p. 234 Anm. und No. 286.) Um keine Zeit für Verhandlungen zu verlieren, hatte Hitler Botschafter Henderson gebeten, noch am 25. August nach London zu fliegen. Er flog dann aber erst in Hitlers privatem Flugzeug am 26. August von Berlin ab. Der Kanzler hatte sich noch vor der Ratifizierung des englisch-polnischen Garantiepaktes und vor der Absage Mussolinis für sein Angebot an England entschieden, weil die Alternative zu einer friedlichen deutsch-englischen Einigung nur ein langer und blutiger Krieg sein könnte. Um den militärischen Konflikt zu verhindern, bot Hitler an, das Britische Imperium mit dem Einsatz der deutschen Wehrmacht zu verteidigen. Darüber wollte er mit der britischen Regierung Gespräche führen. Chamberlain aber wünschte keinen Gedankenaustausch. Er hielt deshalb Henderson bis zum 28. August in London zurück und entsandte an seiner Stelle am 27. August den Schweden Dahlerus als „forerunner“, d. h. als Vorboten, nach Berlin, angeblich um den Weg für die endgültige britische Antwort auf das deutsche Angebot vorzubereiten. Das Gegenteil aber war seine Absicht, denn er hatte zuvor dem Schweden im Hinblick auf das deutsche Freundschaftsangebot „mündlich klargemacht“, daß es für die britische Regierung

„*nicht durchführbar* sei, in Verhandlungen mit Deutschland über eine Anzahl verschiedener wichtigster Fragen betreffend der deutsch-englischen Beziehungen einzutreten, während es jederzeit möglich sei, daß Deutschland in Polen einfalle, und daß sich England dann im Krieg mit Deutschland befände“. (DBFP VII, No. 349 Anm. 7, Anlage 2.)

Halifax, der bei diesem Gespräch anwesend war, „informierte am folgenden Tag seine Kollegen über die Ablehnung des deutschen Angebotes“ und über den Inhalt des stattgefundenen Gespräches zwischen Hitler und Dahlerus in der Nacht vom 26. auf den 27. August. Halifax erklärte dem Kabinett:

„Der Premierminister habe Dahlerus gefragt, ob er irgendwelche Anhaltspunkte über die Bedingungen habe, die Hitler zur Regelung der polnischen Frage stellen werde. Dahlerus habe dies verneint aber hinzugefügt, er vermute, daß Hitler die Rückkehr Danzigs zum Reich wünschen, den Polen jedoch einen freien Hafen geben werde. Er vermute auch, daß Hitler die Rückgabe des Korridors an Deutschland fordern, aber daß er einen neuen polnischen Korridor nach Gdingen gewähren werde. Der Premierminister habe Dahlerus gesagt, wenn dies die deutschen Bedingungen sein sollten, so

sehe er keine Aussicht auf eine Regelung und glaube, daß die Polen lieber kämpfen als den Korridor zurückgeben werden." (a. a. O.)

Die *Vermutung* von Dahlerus, daß Hitler die „Rückgabe des Korridors an Deutschland fordern werde", war unberechtigt, aber Chamberlain griff sie auf und stellte sie als wahr hin, um Gespräche mit Deutschland abzulehnen. So wurde auch das britische Kabinett über Hitlers Wünsche falsch unterrichtet. Dafür war der Ausländer Dahlerus von den deutschen Verschwörern in die Gespräche mit England eingeschaltet worden, um Botschafter Henderson fernzuhalten, dessen ganzes Streben auf eine deutsch-englische Einigung gerichtet war. Ribbentrop wußte nichts von Görings Kontaktaufnahme mit London, geschweige denn von der im geheimen erfolgten Ablehnung des deutschen Friedenswunsches. Hitler unterrichtete ihn erst, nachdem die vorgetäuschten Verhandlungen zwischen Göring und dem Schweden gescheitert waren, ohne zu wissen, daß es sich nur um Scheinverhandlungen gehandelt hatte. Daß Hitler dies jedoch ahnte, zeigt seine Bemerkung gegenüber Ribbentrop, er habe nicht viel von den Dahlerus-Gesprächen gehalten. (J. v. Ribbentrop, Zwischen London und Moskau, S. 198.)

Ohne den Bericht von Trott zu Solz, den David Astor an das Foreign Office weiterleitete und ohne die dazugehörende Marginalie von Roberts, wäre uns heute noch das Ausmaß der Chamberlain-Dahlerus-Komödie unbekannt. Vor allen Dingen wüßten wir nicht, daß es die deutschen Verschwörer waren, die den Schweden zur Mitarbeit *gegen* Deutschland Chamberlain vorgeschlagen hatten, um Göring zu täuschen. Man rechnete damit, daß dieser dem Landsmann seiner verstorbenen Frau Karin Gehör schenken würde. Dahlerus brachte am 26. August ein formloses Schriftstück ohne Anrede und ohne Unterschrift von Halifax an Göring mit nach Berlin. Der Feldmarschall nahm noch am gleichen Abend dieses Papier mit in die Reichskanzlei, weil er glaubte, damit einen Beweis für den Friedenswunsch der britischen Staatsmänner in der Hand zu haben, mit dem er Hitler von dem guten Willen Englands überzeugen könnte. (DBFP VII, Anlage 1 zu No. 349.) Daraufhin empfing Hitler den von Chamberlain entsandten Schweden spät in der Nacht auf den 27. August. Es war das erste und einzige Gespräch, das er mit Dahlerus führte, der schon am 27. August wieder in London war. Dort erhielt er vom Unterstaatssekretär Cadogan einen auf offiziellem Briefbogen des Foreign Office geschriebenen Ausweis, der ihn legitimierte, jederzeit die Berliner Englische Botschaft zu betreten. Mit dieser Vollmacht sollte der Schwede dem Botschafter Henderson

fortlaufend Weisungen überbringen, wie dieser sich bei seinen Gesprächen mit den Deutschen zu verhalten habe. Und umgekehrt unterrichtete er London über alles, was er in Berlin erfuhr. So überbrachte er bereits am Vormittag des 30. August Chamberlain nicht nur den Originaltext der deutschen Antwortnote vom Abend zuvor, sondern unterrichtete ihn auch über den Hauptinhalt der neuen deutschen Vorschläge an Polen, der sogenannten Sechzehn Punkte, die noch am gleichen Tage einem polnischen Bevollmächtigten in Berlin übergeben werden sollten.

Die deutschen 16 Punkte

Hitler hatte durch Henderson und Göring die britische Regierung wissen lassen, daß er äußerst *maßvolle* Verhandlungsvorschläge für Polen ausarbeite. Polen aber beschloß schon am 27. August als Antwort auf das deutsche Freundschaftsangebot an England die totale Mobilmachung, die aber auf Wunsch Londons noch zwei Tage geheimgehalten wurde. Chamberlains Hauptberater, Kirkpatrick, Sargent, Vansittart und Halifax, hegten gerade wegen dieses deutschen Angebotes die größten „Befürchtungen vor einer Regelung *ohne Krieg*", die Deutschlands Stärke intakt gelassen hätte. (DBFP VII, No. 455, Anm. 8.)

Am 28. August wurde Henderson mit der offiziellen britischen Antwortnote auf das deutsche Freundschaftsangebot nach Berlin zurückgeschickt und übergab sie Hitler im Beisein Ribbentrops noch am gleichen Abend. In der darauffolgenden Unterredung erklärte Hitler dem Botschafter nachdrücklich, daß er nach wie vor „gewillt sei zu verhandeln, wenn es eine polnische Regierung gebe, die vernünftig sein wolle und das Land wirklich in der Hand habe". Henderson seinerseits wiederholte des öfteren, daß „Hitler die gewünschte britische Freundschaft haben könne, wenn er keine übertriebenen Forderungen an Polen stelle". Hitler stimmte einem Austausch der Bevölkerung zwischen Deutschland und Polen zu und sagte, daß er zu den anderen Punkten der britischen Note erst nach sorgfältigem Studium eine Antwort geben könne, die er dem Botschafter am nächsten Tage schriftlich überreichen werde. Henderson beantwortete Hitlers Frage,

„ob England bereit sei, ein Bündnis mit Deutschland zu akzeptieren, dahingehend: Ich persönlich schließe eine solche Möglichkeit nicht aus, vorausgesetzt, daß die Entwicklung der Ereignisse dies rechtfertigen würde." (DBFP VII, No. 455.)

Obwohl sich Henderson in dieser seiner persönlichen Meinung auf den offiziellen Text der britischen Note an Deutschland vom 28. August 1939 stützen konnte, worin es schwarz auf weiß steht, daß die englische Regierung Hitlers Wunsch nach freundschaftlichen deutsch-britischen Beziehungen „voll und ganz teilt", versetzte seine Antwort die britischen Politiker in erhebliche Erregung und brachte ihm selbst eine scharfe Zurechtweisung ein. (DBFP VII, No. 447.) Am 29. August lehnten Sir Orme Sargent, Ivone A. Kirkpatrick und Lord Halifax im Widerspruch zum Wortlaut der offiziellen britischen Antwortnote vom Tage zuvor das deutsche Freundschaftsangebot endgültig ab. Dieser verhängnisvollen Entscheidung der engsten Mitarbeiter Chamberlains stimmte Vansittart emphatisch zu und protestierte darüber hinaus beim Premierminister wegen Hendersons oben zitierter Antwort an Hitler. Er forderte, daß der Botschafter verwarnt werde, sich „nicht nochmals von den Deutschen auf solchen *gefährlichen* Weg ziehen zu lassen" – nämlich daß er persönlich an die Möglichkeit eines deutsch-englischen Bündnisses glaube –, weil nach Vansittarts Ansicht schon allein der Gedanke eines deutsch-britischen Bündnisses England „in den Vereinigten Staaten erledigen würde und sowohl dort wie in allen befreundeten Ländern den schlimmsten Eindruck erwecken könnte". Er verlangte kategorisch, daß „wir vor solchen Gesprächen *auf der Hut* sein müssen". (DBFP VII, No. 455, Anm. 8; Deutsch-Englische Geheimverbindungen, S. 432; m. Sp.) Zu dieser Stellungnahme seines *Hauptberaters* bemerkte Halifax zustimmend: „Sir R. Vansittarts Aufzeichnung ist voller Gewicht!" (a. a. O.)

Es zeigte sich also wieder einmal, wie recht Ribbentrop mit seiner Beurteilung der Persönlichkeit und des Wirkens Vansittarts hatte, als er in seinen „Schlußfolgerungen" schrieb, daß dieser „unser bedeutsamster und zähester Gegner" in seiner Stellung als „Diplomatischer Hauptberater des britischen Außenministers jederzeit in das diplomatische Spiel gegen Deutschland führend eingreifen kann". (Akten I, Dok. 93.)

In Beantwortung der offiziellen britischen Note akzeptierte die deutsche Regierung am 29. August die englische Forderung „direkter Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen". Sie akzeptierte ebenfalls die *Internationalen Garantien,* die „der Existenz des im übrigen dann fortbestehenden polnischen Staates" die notwendige Sicherung wirtschaftlich und politisch geben sollten. Hitler entschloß sich zu seinen Zusagen,

„ausschließlich unter dem Eindruck der ihm zugegangenen *schriftlichen Mitteilung* der Königlich Britischen Regierung, daß auch diese ein *Freundschaftsabkommen* unter Zugrundelegung der dem Botschafter Henderson – am 25. August – gegebenen Anhaltspunkte wünscht".

Zum Schluß heißt es in dieser deutschen Note:

„Im übrigen hat die deutsche Reichsregierung bei ihren Vorschlägen nie die Absicht gehabt, lebenswichtige Interessen Polens anzugreifen oder die Existenz eines unabhängigen polnischen Staates in Frage zu stellen. Die deutsche Reichsregierung ist unter diesen Umständen daher damit einverstanden, die vorgeschlagene Vermittlung der königlich-britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin anzunehmen. Sie rechnet mit dem Eintreffen dieser Persönlichkeit für Mittwoch, den 30. August 1939.

Die Reichsregierung wird die Vorschläge einer für sie akzeptablen Lösung sofort ausarbeiten und diese wenn möglich *bis zur* Ankunft des polnischen Unterhändlers *auch* der britischen Regierung zur Verfügung stellen." (Akten VII, Dok. 421; DBFP VII, No. 498, Anl. m. Sp.)

Als das Kabinett die deutsche Bitte nach einem polnischen Verhandlungsbevollmächtigten diskutierte, war es Chamberlain, der dieses Ersuchen als die „unbefriedigendste Sache in Hitlers Antwort nannte und es für entscheidend hielt, vollkommen klarzumachen, daß wir in diesem Punkt nicht nachgeben werden". (Colvin p. 244.) Was meinte Chamberlain mit „diesem Punkt", in dem er *nicht nachgeben* wollte? Er meinte damit, daß keine deutsch-polnischen Gespräche stattfinden dürften, die eine Einigung zwischen Berlin und Warschau herbeiführen könnten. Obwohl Chamberlain sich hierfür als Vermittler angeboten hatte und Hitler dieses Angebot jetzt annahm, sabotierte der Premierminister selbst jede Möglichkeit, daß ein polnischer Bevollmächtigter nach Deutschland kommen könnte. Seine ganze Staatskunst bestand darin, die Schuld dem Nichtzustandekommen der deutsch-polnischen Verhandlungen Deutschland zuzuschieben, obwohl die Verantwortung dafür er allein zu tragen hatte. Auch Dahlerus, der inzwischen wieder nach London zurückgekehrt war, wurde mitgeteilt, daß es vollkommen unvernünftig sei, einen polnischen Bevollmächtigten in Berlin zu erwarten. Nachdem Hitler die zugesagte deutsche Antwort auf die britische Note vom 28. August im Beisein Ribbentrops am Abend des 29. August Henderson zur Kenntnis gebracht hatte, mußte der Botschafter weisungsgemäß *„auf der Hut sein",* sich nicht nochmals in Freundschaftsgespräche verstricken zu lassen. Dem bedauernswerten Repräsentanten der britischen Regierung blieb daher kein anderer Ausweg, als eines „nebensächlichen Punktes" wegen seine Zuflucht zum „Schreien auf dem Gipfel seiner Stimmkraft" zu nehmen, wohl in der Erwartung, daß Hitler hierauf die Verhandlungen abbrechen würde. Aber weil Hitler die Erhaltung des Friedens wünschte und

deshalb mit England und Polen verhandeln wollte, nahm er das unqualifizierbare Benehmen des britischen Missionschefs mit einer seltenen Ruhe hin, so daß das Gespräch doch noch zu Ende geführt werden konnte. (DBFP VII, No. 508; Deutsch-Englische Geheimverbindungen, S. 445.)

Auffallenderweise fehlen in den von den Alliierten herausgegebenen Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik die beiden deutschen Protokolle über Hitlers Gespräche mit Henderson im Beisein Ribbentrops vom 28. und 29. August 1939. Es besteht lediglich eine formlose Niederschrift über das Gespräch vom „28. August 1939, abends 22.30 Uhr", die mit „gez. Schmidt, Gesandter" versehen ist und die keinen Vermerk enthält, daß sie Hitler oder Ribbentrop vorgelegen hat. (ADAP VII, Dok. 348.) In diesem Schriftstück über das Gespräch vom 28. August berichtet der Dolmetscher Schmidt zudem über Ereignisse, die sich erst am folgenden Tag zugetragen haben, wie z. B. daß sich der britische Botschafter in „äußerster Erregung" gegen Hitler gewandt hätte, meint aber damit Hendersons erwähntes „Schreien" in der Reichskanzlei am 29. August. Das Gespräch am 28. August war dagegen in aller Ruhe verlaufen. Das Versteckthalten der deutschen Protokolle über die Hitler-Henderson-Gespräche vom 28. und 29. August 1939 hat es der etablierten Geschichtsschreibung leicht gemacht, die Vorgänge an diesen Tagen im Sinne der Siegerpropaganda darzustellen. Denn bis jetzt stehen uns nur die Berichte Hendersons zur Verfügung, während die von Ribbentrop fehlen.

Henderson telegrafierte am Abend des 29. August gleich nach Erhalt der deutschen Anwortnote nach London, daß die „deutsche Regierung Vorschläge für eine annehmbare Regelung – mit Polen – sofort ausarbeite und die britische Regierung wenn möglich, *vor dem* Eintreffen eines polnischen Bevollmächtigten informieren werde". (DBFP VII, No. 490, m. Sp.) Die Behauptung, daß England noch *vor dem* Eintreffen eines polnischen Delegierten über die deutschen Vorschläge unterrichtet werden sollte, ist eine bewußte Täuschung. Denn in der deutschen Antwortnote, deren Erhalt Henderson in dem gleichen Telegramm No. 490 bestätigte, heißt es ausdrücklich, daß „auch" die britische Regierung „möglichst *bis zum* Eintreffen" eines polnischen Verhandlungsbevollmächtigten Kenntnis von den Vorschlägen erhalten sollte. Den deutschen Originaltext sandte Henderson noch am Abend des 29. August nach London, aber Halifax hat denselben angeblich erst am 2. September erhalten. (DBFP VII, No. 498.) Am 30. August schickte Henderson die in der Britischen Botschaft verfertigte Übersetzung der deutschen Antwortnote

an Halifax, worin der letzte Absatz ebenfalls *nicht richtig* übersetzt worden ist. Auch hier heißt es fälschlicherweise, die Reichsregierung habe zugesagt, die britische Regierung *„vor dem"* Eintreffen eines polnischen Bevollmächtigten über ihre Vorschläge an Polen zu informieren. Außerdem fehlt in dieser Übersetzung das Wort „auch", das besagte, daß neben der zuerst zu unterrichtenden polnischen Regierung *auch* der britischen die deutschen Vorschläge zur Verfügung gestellt werden sollten. (DBFP VII, No. 490, 498, 502; m. Sp.) An diesen bewußten Falschübersetzungen, die der Welt einen Anspruch Englands auf den Erhalt der für Warschau bestimmten Vorschläge vortäuschen sollte, auch dann, wenn ein polnischer Bevollmächtigter *nicht* kommen würde, hielt Chamberlain noch in seiner Unterhausrede am Abend des 1. September 1939 fest. (Britisches Blaubuch London 1939, No. 105.) Um es dem britischen Premierminister zu ermöglichen, eine solche gefälschte Übersetzung der deutschen Note der Weltöffentlichkeit als wahr zu unterbreiten, durfte der von Henderson schon am 29. August abgesandte, in deutscher Sprache geschriebene Originaltext der deutschen Antwortnote *offiziell* erst am 2. September 1939 in die Hände von Halifax gelangen. Dieser deutsche Originaltext ist auch in der Britischen Aktendokumentation, Vol. VII als No. 498 abgedruckt. (Deutsch-Englische Geheimverbindungen, S. 440.)

Kleist-Schmenzin wieder in der Britischen Botschaft

Auf Hendersons telegrafischen Bericht, daß Hitler in sofortige Direktverhandlungen mit Polen einwillige, und zu diesem Zwecke einen Bevollmächtigten aus Warschau für den 30. August nach Berlin einlud, um eine „dauernde Freundschaft mit England sicherzustellen", depeschierte Halifax an Henderson, was Dahlerus bereits wußte:

„Wir werden über die Antwort der deutschen Regierung sorgfältige Überlegungen anstellen, aber es ist natürlich *unvernünftig* zu erwarten, daß wir einen polnischen Bevollmächtigten heute nach Berlin bringen können, und die deutsche Regierung soll damit nicht rechnen. Es wäre gut, wenn Sie dies *sofort* durch passende Kanäle den maßgebenden Stellen bekanntgeben würden. Wir hoffen, Ihre Antwort heute nachmittag zu erhalten."
Weitergegeben nach Warschau, Rom und Paris. (DBFP VII, No. 504, m. Sp.)

Zu den für London „maßgebenden" („proper") Stellen in Deutschland, die durch „passende Kanäle" unterrichtet werden

sollten, gehörte Ribbentrop *nicht*, denn dann hätte es statt „maßgebende Stellen" die Deutsche Regierung heißen müssen. Maßgebend für die Engländer war aber der Staatssekretär von Weizsäcker und dessen Kreis, die daher schon in den ersten Stunden des 30. August wußten, daß auf englische Veranlassung hin ein polnischer Bevollmächtigter *nicht* nach Berlin kommen werde. Die nicht unterrichtete Reichsregierung dagegen wartete noch bis nach 24 Uhr auf den polnischen Unterhändler. Da schon damals die Flugzeit von Warschau nach Berlin nur $1^1/_2$ Stunden betrug, hätte die polnische Regierung noch fast einen ganzen Tag zur Verfügung gehabt, um einen Bevollmächtigten zu bestimmen, zu instruieren und rechtzeitig nach Berlin zu entsenden. Durch die Weitergabe der obigen Halifax-Instruktionen auch nach Warschau – neben Rom und Paris – wußte Oberst Beck, daß er keinen Bevollmächtigten nach Berlin schicken durfte. Daß Chamberlain seine eigene Forderung vom 28. August, wonach deutsch-polnische Verhandlungen *sofort* beginnen sollten, bewußt verhinderte, zeigt den ganzen Umfang seines Falschspiels. Er mißbrauchte seine selbst gewählte Rolle als Vermittler nur dazu, eine Kontaktaufnahme zwischen Berlin und Warschau bis zum Kriegsausbruch zu hintertreiben. Dabei hatten ihm die deutschen Verschwörer entscheidende Hilfe geleistet, als sie Chamberlain den Schweden Dahlerus zuführten, um die von Hitler gewünschten wirklichen Verhandlungen mit Polen zu sabotieren.

Henderson hatte seinen Auftrag, die für London „maßgebenden" deutschen Stellen durch passende Kanäle zu verständigen, unverzüglich ausgeführt. Denn schon am Morgen des 30. August sprach der deutsche Major Ewald von Kleist-Schmenzin in der Berliner Englischen Botschaft vor. Er, der in „enger Verbindung zum Kriegsministerium stand", übermittelte dem britischen Militärattaché einen eingehenden mündlichen Bericht über die innere Lage in Deutschland, der von Henderson in einem „telefonisch aufgegebenen Telegramm" an Halifax weitergegeben wurde. Kleist-Schmenzin gab folgende militärische Geheimnisse preis:

„Hitler hat den Generalstab gezwungen, den ausgearbeiteten Plan gegen Polen zu ändern, wonach Warschau von Ostpreußen aus in der Nordsüd-Richtung auf breiter Front angegriffen werden sollte, und zwar in Verbindung mit dem Vormarsch ihrer Haupttruppen von Böhmisch-Mähren und Westslowakien aus in Nordost-Richtung auf Krakau . . . Der neue Plan besteht in einer direkten Offensive von Pommern und der Grenzmark aus gegen Warschau . . . Brauchitsch hat erklärt, daß ein Zweifrontenkrieg nicht in Frage komme, weil Polens Widerstandskraft beträchtlich sei und der neue Plan keine rasche Entscheidung bringen könne. Der Westwall ist nur stellenweise stark, was sich durch Versuche erwiesen habe. Schwache Stellen sind solche wie Freiburg – Saarbrücken – Aachen. Generalstab befürchtet, daß ein Durchbruch durch den Westwall möglich ist . . . Hitler erlitt nach meinem – Henderson – Besuch am 23. August einen Nervenzusammenbruch . . . Der Generalstab will Hitlers nervösen Zustand ausnutzen, um einen militärischen Coup zu ermöglichen, aber er muß zuvor sicher sein, daß England nicht nachgeben wird . . . Wenn der Generalstab wüßte, daß ein Angriff auf den Westwall sicher sei, so würde das seine Position stärken . . . Die Stimmung in der deutschen Luftwaffe sei gut, aber nicht in der Armee, und es sei die Armee, die letzten Endes die Ereignisse entscheiden werde . . . Die Generale Hammerstein, Beck und Rundstedt hätten selbständige hohe Kommandostellen erhalten, und dies seien die Männer, in die der Generalstab Vertrauen habe . . . Die deutschen Konzentrationen würden in den Gebieten von Landsberg – Schneidemühl – Schlochau stattfinden. Tempelburg sei das größte Horch- und D-F-Zentrum an der Ostfront . . . Wenn der Generalstab endgültig überzeugt wäre, daß Ribbentrops Berichte über England falsch sind, so würde dies die Lage der dissidentischen Elemente begünstigen. Nach Warschau weitergeben." (DBFP VII, No. 546.)

Kirkpatrick fügt in seiner Marginalie zu diesem Geheimbericht das folgende hinzu:

„Diese Information bestätigt den Aufmarschbefehl, den Dahlerus gesehen hat (No. 437). Wir besitzen eine hiervon unabhängige Information, wonach Halder Schwierigkeiten gemacht hat.

Ich bin sicher, daß die Deutschen einen Angriff auf den Westwall fürchten, aber unsere Lage ist nicht stark genug, als daß wir einen Druck auf die Franzosen ausüben könnten, sich solchen Risiken und Verlusten auszusetzen . . . Der Beschreibung nach kann ich diesen Offizier nicht identifizieren, aber ich glaube, er ist ein verabschiedeter Offizier, der mit den reaktionären Elementen des Generalstabs in Verbindung steht. Er gab uns eine Menge ziemlich korrekter Informationen im letzten September, als er sich bemühte, uns zu veranlassen, Hitler gegenüber Widerstand zu leisten.

Dieser Bericht wurde dem Premierminister am Morgen des 31. August vorgelesen." (DBFP VII, Anm. 4 zu No. 546.)

Kleist-Schmenzins landesverräterische Geheiminformationen ließ Chamberlain am folgenden Tage, dem 31. August, an Oberst Beck weitergeben, um den Widerstand Polens gegen den deutschen Verhandlungswillen aufrechtzuerhalten. (DBFP VII, No. 605.)

Dieses Eingreifen Kleist-Schmenzins blieb nicht ohne Einfluß auf die britische Antwortnote vom 30. August, die in allen Punkten eine Absage an die deutschen Verhandlungswünsche war. England suchte neue Ausflüchte, um die deutsch-polnische Kontaktaufnahme zu verhindern. Henderson mußte im Namen seiner Regierung, die noch zwei Tage zuvor direkte *sofortige* deutsch-polnische

Verhandlungen gefordert hatte, jetzt Ribbentrop vorschlagen, die deutschen Verhandlungspunkte dem polnischen Botschafter zu übergeben, um sie nach Warschau weiterzuleiten.

Mitternachtsgespräch zwischen Ribbentrop und Henderson am 30. August 1939

Über den 30. August 1939 liegt ein Bericht der Dienststelle Ribbentrop vor, bei dem es sich um ein abgefangenes Telefongespräch zwischen London und Henderson in Berlin handelt:

Eine Unbekannte im Foreign Office unterhält sich mit Henderson und teilt ihm mit, er werde jetzt ein Telegramm erhalten, ein langes und ein kurzes sei auch dabei. Sie alle im Foreign Office hätten das Telegramm über das *Geschrei* gelesen. Henderson solle sich nicht darüber aufregen. Der Premierminister habe es persönlich gelesen und glaube, daß das Telegramm, das Henderson jetzt erhalte, ihm helfen könne. Es sei dazu bestimmt, ihm ein *Wegweiser* zu sein. Henderson solle es nicht anders auslegen, denn Telegramme werden im allgemeinen sehr schnell abgefaßt. Der Premierminister habe erklärt, alles recht gut zu verstehen, denn er sei ja *drüben* gewesen und verstehe daher alles recht gut.

Henderson solle erkennen, was der Vorschlag bedeute, der in der Absicht verfaßt sei, ihm bei der Weiterführung der Angelegenheit zu helfen. Henderson erwidert: Der Eindruck, den er gewonnen habe, sei gut. Er könne jetzt keine Privatbriefe schreiben, aber sein Eindruck sei gut.

Das Foreign Office erklärt weiter, in London sei man, wie Henderson wisse, ja sehr ruhig. Die Unbekannte glaubt, man sei auf dem richtigen Wege. Sie – die Deutschen – könnten wirklich nicht erwarten, wiederum damit Erfolg zu haben, daß sie Leute hinzitieren, ihnen Schriftstücke aushändigen und diese von ihnen auf der vorgedruckten Linie unterschreiben zu lassen. Dies sei alles vorbei. Man müsse das in Berlin ebenso wissen wie in London.

Im übrigen sei man in London immer zu dem bereit, worüber Henderson gesagt habe, daß London dazu bereit sei. Aber von anderen Sachen wollen sie in London nichts wissen. Henderson, der dieser Äußerung zustimmt, erklärt, London solle absolut unerschütterlich bleiben. (Dienststelle Ribbentrop Bd. 1–4, T 120, 32, 29636.)

Das im zweiten Absatz erwähnte „Geschrei" war Hendersons Schreien gegenüber Hitler am Tage zuvor eines „nebensächlichen Punktes wegen". Aber ihm wurde außerdem telegrafisch von Halifax bestätigt, daß man seine „Sprache" vom 29. August in der Reichskanzlei in London „wärmstens billige". (DBFP VII, No. 545.) In den weiteren Absätzen will Chamberlain dem Botschafter helfen und ihm mit seinen beiden Telegrammen den „Wegweisen", wie er die Angelegenheit mit der deutschen Regierung fortführen solle. In dem einen Telegramm, vermutlich No. 529, wird Henderson die Ankunft von Dahlerus zwischen 21.30 Uhr und 22.30 Uhr in Berlin angekündigt, den er sehen müsse, bevor dieser zu Göring gehe. In dem Telegramm No. 534, das um 17.40 Uhr in London abging, wird Henderson angekündigt, daß er dem deutschen Kanzler eine Mitteilung machen solle, jedoch nicht, bevor er weitere Instruktionen von Halifax erhalten habe. (DBFP VII.) In diesen weiteren Instruktionen heißt es ausdrücklich, daß Henderson erst „*nach* Mitternacht" ins Außenministerium gehen solle, und dies wurde sowohl nach Rom als auch nach Warschau durchgegeben. Im zweitletzten Absatz wird Henderson angewiesen, von der deutschen Regierung keine Vorschläge mehr entgegenzunehmen. Im letzten Absatz wird auf die deutschen Verschwörer hingewiesen, für die England „immer bereit sei". Chamberlain läßt ausdrücklich mitteilen, daß er die Frage, über die Henderson „gesagt habe, daß London dazu bereit sei", gut verstehe, denn er sei „ja *drüben* gewesen und verstehe daher alles sehr gut". Aber Chamberlain wollte von „anderen Sachen" nichts wissen, d. h. er erlaubte nicht, daß Henderson zwischen den Deutschen und Polen vermittle, worum der Botschafter in seinen letzten Privatbriefen gebeten hatte. Henderson wußte nun, was er zu tun hatte, und führte deshalb das Mitternachtsgespräch mit Ribbentrop auffallend provozierend und schrieb über dessen Verlauf einen unwahren und verleumderischen Bericht.

Am gleichen Morgen war Dahlerus wiederum von „Chamberlain, Halifax und Cadogan im Kabinettsaal der Downingstreet empfangen worden", um dessen Bericht über die neuesten Ereignisse in Deutschland entgegenzunehmen. In der Hauptsache handelte es sich um die der britischen Regierung bereits angekündigten deutschen Vorschläge an Polen, die sogenannten *16 Verhandlungspunkte.*

Vorschlag für eine Regelung des Danzig-Korridorproblems sowie der deutsch-polnischen Minderheitenfrage.

Die Lage zwischen dem Deutschen Reich und Polen ist zur Zeit so, daß jeder weitere Zwischenfall zu einer Entladung der beiderseits in Stellung gegangenen militärischen Streitkräfte führen kann. Jede friedliche Lösung muß so beschaffen sein, daß sich nicht bei nächster Gelegenheit die diesen Zustand ursächlich bedingenden Ereignisse wiederholen können und dadurch nicht nur der Osten Europas, sondern auch andere Gebiete in die gleiche Spannung versetzt werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen

1. in der unmöglichen Grenzziehung, wie sie durch das Versailler Diktat vorgenommen wurde,

2. in der unmöglichen Behandlung der Minderheit in den abgetrennten Gebieten.

Die Deutsche Reichsregierung geht daher bei diesen Vorschlägen von dem Gedanken aus, eine endgültige Lösung zu finden, die die unmögliche Situation der Grenzziehung beseitigt, beiden Teilen ihre lebenswichtigen Verbindungsstraßen sichert, das Minderheitenproblem – soweit irgend möglich – beseitigt, und soweit dies nicht möglich ist, das Schicksal der Minderheiten durch eine sichere Garantie ihrer Rechte erträglich gestaltet.

Die Deutsche Reichsregierung ist überzeugt, daß es dabei unerläßlich ist, wirtschaftliche und physische Schädigungen, die seit dem Jahr 1918 stattgefunden haben, aufzudecken und im vollen Umfange wiedergutzumachen. Sie sieht selbstverständlich diese Verpflichtung als eine für beide Teile bindende an.

Aus diesen Erwägungen ergeben sich folgende praktische Vorschläge:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.

2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder–Graudenz–Kulm–Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.

3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage in diesem Gebiet wohnhaft gewesenen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück. Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjet-Union, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu dem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.

4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, insoweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt. Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland

und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.

5. Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.

6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.

7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

8. Um nach erfolgter Abstimmung – ganz gleich, wie diese ausgehen möge – die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow–Danzig bzw. Dirschau gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d. h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf 1 km festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.

Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.

9. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.

10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.

11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter reiner Handelsstädte erhalten, d. h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.

12. Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.

13. Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat,

die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen. Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorgekommenen wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wiedergutzumachen bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisierung zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilmachung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.

Göring hatte dem Schweden den Hauptinhalt dieser Verhandlungspunkte in der Absicht mitgeteilt, diesen „Mittelsmann" von Hitlers ehrlichem Wunsch auf Verständigung zu überzeugen. Das offizielle London, das wenige Stunden zuvor das Kommen eines polnischen Bevollmächtigten nach Berlin verhindert hatte, aber dies nur den deutschen Verschwörern mitteilen ließ, wußte also schon um 10.30 Uhr des 30. August, daß Volksabstimmungen in denjenigen Teilen des Korridors vorgesehen waren, in denen sich eine „gemischt deutsch-polnische Bevölkerung befindet". Je nach dem Ergebnis des Plebiszits sollte entweder Deutschland oder Polen „eine Verkehrszone, ‚einen Korridor durch den Korridor' erhalten; der Vertrag sollte von den fünf Großmächten *garantiert* werden". Dies

sind nur einige Punkte, die aus dem zusätzlichen schriftlichen Bericht des Schweden hervorgehen, der in der britischen Aktendokumentation Vol. VII als No. 514 veröffentlicht ist.

Während der mündlichen Unterredung stellte Chamberlain persönlich an seinen schwedischen Agenten verschiedene Fragen, so z. B., ob er es „nach deutscher Ansicht für eine entscheidende Bedingung halte, daß ein polnischer Delegierter *heute* nach Berlin komme". (DBFP VII, No. 514.) Hierauf erwiderte Dahlerus – der erst um 4 Uhr morgens in Görings Maschine von Berlin nach London abgeflogen war und als einer der „passenden Kanäle" zu den deutschen Verschwörern fungierte –, daß er dies *„nicht* für entscheidend halte, daß er aber Feldmarschall Göring wegen dieses Punktes anrufen werde". Außerdem berichtete der Schwede der Spitze des britischen Kabinetts, daß Göring auf einer Karte die Gebiete, die deutsch bleiben sollten, mit „Grün" eingezeichnet und diejenigen, die als rein polnisch betrachtet wurden, mit „Rot" markiert hatte. Diese Karte trug Dahlerus bei sich, als er am 30. August in London war und besaß sie auch noch nach Kriegsende. (Dahlerus, S. 97f.)

Natürlich war auch Henderson durch Dahlerus – und ebenso sicher auch durch die Verschwörer – über den Inhalt der Vorschläge an Polen unterrichtet worden, bevor er weisungsgemäß kurz *nach* Mitternacht in die Wilhelmstraße ging, obwohl er sich für 23 Uhr bei Ribbentrop angesagt hatte. Diese Verzögerung mußte er herbeiführen, weil seine Regierung ganz offensichtlich hierdurch die Frist verstreichen lassen wollte, bis zu deren Ablauf direkte deutsch-polnische Verhandlungen stattfinden sollten. Hitler und Ribbentrop wußten dagegen nicht, daß die britische Regierung die deutschen Vorschläge bereits kannte, sonst hätte der Außenminister nicht von Hitler die Weisung erhalten, Henderson „über die wichtigsten Punkte derselben nur kurz inhaltlich" zu informieren, da ein polnischer Bevollmächtigter nicht gekommen war. (J. von Ribbentrop, Zwischen London und Moskau, S. 194f.)

Nachdem Ribbentrop die Antwortnote der britischen Regierung auf den deutschen Vorschlag, am 30. August direkte deutsch-polnische Verhandlungen aufzunehmen, in Anwesenheit Hendersons und des Dolmetschers Schmidt gelesen hatte, mußte er feststellen, daß die englische Entgegnung unbefriedigend war. Denn in Punkt 7 derselben wurde zwar in vielen schönen Worten die Notwendigkeit, den deutsch-polnischen Meinungsaustausch „in aller Eile" herbeizuführen, betont, aber im Widerspruch hierzu gleichzeitig erklärt, daß es nach Ansicht der britischen Regierung *„undurchführbar"* sei, diese Fühlungnahme *„schon heute herzustellen"*. (DBFP VII,

No. 543; Deutsch-Englische Geheimverbindungen, S. 474.) Noch kurz zuvor hatte Halifax in seiner Weisung No. 504 die von Deutschland gewünschte Kontaktaufnahme mit Polen am 30. August lediglich als „unvernünftig" bezeichnet.

Henderson hatte außerdem noch den Auftrag erhalten, nach Überreichung der Note zwei weitere Punkte *mündlich* zur Sprache zu bringen. Erstens sollte er auf „mögliche Provokationen der deutschen Minderheit in Polen" – die es nicht gab – hinweisen und zweitens erklären, daß die britische Regierung „nicht in der Lage sei, der polnischen Regierung zu empfehlen", auf das von Deutschland „vorgeschlagene Verfahren einzugehen". Die deutsche Regierung solle, so erläuterte Henderson, „auf normalem diplomatischem Wege, d. h. durch Überreichung ihrer Vorschläge an den polnischen Botschafter in Berlin, die Dinge ins Rollen bringen". (Akten VII, Dok. 461, Freund III, Dok. 135 a.) Dem englischen Botschafter, der sich bis zuletzt für Oberst Becks Kommen nach Berlin eingesetzt hatte, um die strittigen Fragen *sofort* friedlich zu regeln, oblag nun die Aufgabe, Ribbentrop mitzuteilen, daß ein polnischer Verhandlungsbevollmächtigter überhaupt *nicht* kommen werde. Schließlich mußte Henderson, der nach seinen eigenen Worten kein „frei handelnder" Mann war, die deutsche Einladung eines polnischen Vertreters für den 30. August wiederum, wie er es schon gegenüber Hitler am 29. August getan hatte, als „Ultimatum" bezeichnen, obwohl die britische Regierung zwei Tage zuvor von sich selbst aus „*sofortige* direkte deutsch-polnische Verhandlungen" gefordert hatte. Henderson fragte dann noch, *bevor* Ribbentrop mit dem Verlesen der deutschen Vorschläge begann, „unter Hinweis auf den letzten Absatz der deutschen Antwort vom Vortage, ob die deutschen Vorschläge bereits ausgearbeitet seien und ob ihm diese Vorschläge übergeben werden könnten". (Akten VII, Dok. 461.) Hierbei stützte sich der Botschafter auf seine gefälschte englische Übersetzung der deutschen Antwort an England vom 29. August. Nur nach dieser Falschübersetzung wäre die britische Regierung, wie bereits ausgeführt, berechtigt gewesen, die für Polen bestimmten Verhandlungspunkte schon „vor dem" statt „bis zum" Eintreffen eines polnischen Delegierten zu erhalten. In seiner Erwiderung hielt Ribbentrop dem Botschafter vor, daß das bisher einzige Ergebnis der britischen Vermittlung die polnische Generalmobilmachung sei, und wies die Behauptung zurück, daß die Einladung eines polnischen Bevollmächtigten für den 30. August ein „Ultimatum" bedeute. Die Einladung sei nichts anderes als ein durch das Gegenüberstehen zweier bewaffneter Armeen in Schußnähe „von den

Zeitumständen diktierter praktischer Vorschlag". Da man bis Mitternacht auf deutscher Seite nichts von Polen gehört hätte, sei die Frage eines eventuellen Vorschlags nicht länger „aktuell". Dann las Ribbentrop die deutschen Vorschläge im Wortlaut vor und „erläuterte sie im einzelnen". (Aussage Schmidt in Nürnberg.) Er tat dies, obwohl er damit entgegen der von Hitler erhaltenen Weisung handelte, weil er es für notwendig hielt, dem Botschafter genau zur Kenntnis zu bringen, was Deutschland vorgeschlagen hätte, wenn der polnische Vertreter erschienen wäre.

Genau wie Henderson am Abend zuvor in seiner Unterredung mit Hitler eines „nebensächlichen Punktes" wegen zum „Schreien" übergegangen war, versuchte er auch – vermutlich wiederum weisungsgemäß – im Mitternachtsgespräch Ribbentrop zu provozieren, diesmal wegen einer angeblich von ihm „mißverstandenen Stelle". Der Botschafter sprach nämlich in dieser Nacht auf eigenen Wunsch hin „deutsch", das er nicht völlig beherrschte, und hatte keinen eigenen Dolmetscher mitgebracht. (Schmidt, a. a. O. S. 457; Ribbentrop, Deutsch-Englische Geheimverbindungen, a. a. O. S. 489.)

Durch den Gebrauch der deutschen Sprache wollte – oder sollte – Henderson bei dieser kritischen Auseinandersetzung eine Ausrede dafür haben, daß er weder die deutschen Vorschläge noch Ribbentrops Erläuterung richtig verstanden hätte. Hendersons beide aufeinanderfolgende Provokationen gegenüber Hitler und Ribbentrop standen in engem Zusammenhang und sollten effektive Verhandlungen verhindern und Deutschland dafür verantwortlich machen. Diese britische Methode, die Schuld an einem kommenden Krieg von sich abzuwälzen, auf die Ribbentrop in seinen Londoner Berichten wiederholt hinwies (A 5522 und „Schlußfolgerungen"), hatte zwar damals großen propagandistischen Erfolg, ist aber heute durch die inzwischen veröffentlichten Dokumente zu einer schweren Belastung der Chamberlain-Politik geworden. Die britische Forderung nach direkten und sofortigen deutsch-polnischen Verhandlungen in der Chamberlain-Note vom 28. August war nur vorgetäuscht. Jetzt versuchte die britische Regierung, um jeden Preis die Ausführung ihres eigenen Vorschlages zu verhindern. Am Schluß des Mitternachtsgespräches, das von englischer Seite nur eine Farce zur Verschleierung von Chamberlains wahren Absichten war, schlug Henderson vor, „der Reichsaußenminister möge den polnischen Botschafter herbeirufen und ihm die Vorschläge der Reichsregierung übergeben". Diese Anregung zeigt einerseits, daß Henderson den Inhalt der Sechzehn Punkte genau kannte und sie wegen ihrer Besonnenheit der polnischen Regierung übermittelt sehen und ande-

rerseits, daß er entgegen den Absichten seiner eigenen Regierung den deutsch-polnischen Kontakt mit allen Mitteln herstellen wollte. Hendersons Vorschlag hatte keinerlei praktische Bedeutung, denn Lipski war nicht bevollmächtigt, deutsche Vorschläge entgegenzunehmen. Dies wurde ihm sogar wenige Stunden später von Oberst Beck mit Wissen der britischen Regierung ausdrücklich verboten. (DBFP VII, No. 608.) Ribbentrop beendete schließlich seine Unterredung mit Henderson, indem er erklärte, daß er Hitler „sämtliche Entscheidungen vorbehalte". (Akten VII, Dok. 461.)

Anschließend an das Mitternachtsgespräch unterrichtete Henderson den polnischen Botschafter Lipski über den Inhalt dieser Vorschläge und beschwor ihn, sich sofort bei Ribbentrop zu melden, um dieselben entgegenzunehmen. Er hätte dies nie tun können, wenn er, wie er in seinem unwahren Bericht behaupten mußte, den Inhalt der Vorschläge bei Ribbentrops Vorlesen nicht genau verstanden hätte. Henderson machte eine weitere Anstrengung und ließ dem polnischen Botschafter am Vormittag des 31. August durch Dahlerus und Ogilvie-Forbes die deutschen Sechzehn Punkte übersetzen und vorlesen. Aber Lipski, bleich vor Erregung, konnte nur stammeln:

> „Er habe in keiner Weise Anlaß, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren. Er kenne die Lage in Deutschland nach seiner fünfeinhalbjährigen Tätigkeit als Botschafter gut und habe intime Verbindung mit Göring und anderen aus den maßgebenden Kreisen. Lipski erklärte, davon überzeugt zu sein, daß im Falle eines Krieges Unruhen in diesem Land ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich nach Berlin marschieren würden." (Dahlerus, Der letzte Versuch, a. a. O. S. 110.)

Selbst nach dem deutsch-russischen Pakt blieben die Polen völlig intransigent und begingen damit praktisch Selbstmord. Aufgrund der dauernden Benachrichtigungen aus England rechnete Oberst Beck fest mit einem Putsch in Deutschland. Hatte ihm doch Chamberlain am gleichen Morgen – 31. August – Kleist-Schmenzins verräterischen Bericht (DBFP VII, No. 546) mit den wichtigsten militärischen Geheimbefehlen zugesandt. Ohne die Hoffnung auf Hitlers Beseitigung wäre selbst der verrückteste und chauvinistischste Pole nicht so größenwahnsinnig gewesen zu glauben, Deutschland und dem mit ihm verbündeten Rußland widerstehen zu können. Ohne den Verrat der Verschwörer wäre es wegen Polen nicht zum Weltkrieg gekommen.

„England soll fest bleiben."

Dr. Kordt hatte am 18. August mit dem Foreign-Office-Beamten Jebb gesprochen. Bei dem Abendessen zu zweit und „nach mehreren alten Cognacs wurde Kordt ganz redselig". Um ihn auszuhorchen, sagte Jebb, daß er „nicht an den Krieg glaube. Kordt machte mir sofort ein Zeichen und sagte, daß er völlig mit mir übereinstimme". Im Laufe des Gespräches schien Kordt zu glauben, daß Deutschland in der Polen-Frage zu *keinem* Kompromiß bereit sein werde. (FO 371/22976, C 11748, Gez. Jebb, 19. 8. 1939.) Das war die Sprache eines Verschwörers.

Schon am 25. August hatte Dr. Schairer von Zürich aus telefoniert und London mitgeteilt, daß nach seinen Informationen Hitler entschlossen sei, dieses Wochenende, Samstag auf Sonntag, Polen anzugreifen, statt bis nach dem Parteitag zu warten, wie er es ursprünglich wollte. Dr. Schairers Freunde in Deutschland sagen, es sei entscheidend, Hitler auf jede nur mögliche Art zu überzeugen, daß England kämpfen werde, weil er immer noch glaube, daß England im letzten Moment nichts tun wird. (FO 371/22978, C 12230, Gez. Ashton-Gwatkin.) Am 26. August war Schairer in London und sah Jebb am 27. um 13 Uhr. Dr. Schairer stand in Verbindung mit Dr. Goerdeler in Oslo, der ihn angerufen hatte und ihm mitteilte, „was er von seinen Freunden in Berlin, den Generalen, über die Lage gehört hatte:

> 1. Die Rom–Berlin–Tokio-Achse ist vollständig zerbrochen. 2. Aber Hitler glaubt immer noch, daß England und Frankreich nicht kämpfen werden, und versicherte dies seinen Generalen. 3. Die Generale sagen, sollten des Führers Informationen richtig sein, dann ist alles gut, aber wenn sie nicht richtig sind, so hegen wir große Zweifel, daß wir den Krieg gewinnen können. Sie haben Hitler sehr deutlich gewarnt vor dem Kampf an zwei Fronten unter den augenblicklichen Bedingungen, und es scheint, daß ihre Warnung dieses Mal ernstgenommen wurde. Zum ersten Mal in den vergangenen Monaten sind die Generale jetzt wieder aufgetreten. 4. Hitler gibt vor, daß Rußland Rohmaterial in großen Quantitäten liefern wird, aber alle Gerüchte, daß Rußland militärische Unterstützung leisten werde, sind grundlos. 5. Die Rohstofflage ist verzweifelt und Benzin nur für ganz wenige Monate vorhanden. 6. England und Frankreich müssen unter allen Umständen *fest bleiben,* dann wird Hitler schließlich auf eine Konferenz drängen. Dr. Goerdeler glaubt, daß dies ein guter Plan sei, aber es sei absolut entscheidend, daß eine einberufene Konferenz *alle* Fragen einschließlich Abrüstung behandeln müsse und nicht auf ein einziges Ziel, wie z. B. deutsch-polnische Beziehungen, gerichtet sein solle." (FO 371/22978, C 12211, Gez. Jebb, 27. 8. 1939.)

Am nächsten Tag, dem 28. August 1939, teilte eine „erstklassige deutsche Quelle" London mit, „daß die deutsche Armee in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag, den 30./31. August, endgültig bereit sei, Polen anzugreifen. Der Hauptangriff auf Warschau wird von Ostpreußen und der Slowakei geführt werden. Hierüber wurde Oberst Beck sofort streng vertraulich unterrichtet." (FO 371/22978, C 12234, Gez. Kirkpatrick, 28. 8. 1939.) Am 30. August ließ ein Herr Alla von Marx im Namen der Verschwörer Jebb wissen, daß die Lage in Deutschland sehr „ruhig" sei. „Wir alle hoffen, daß England nicht nachgeben, sondern fest bleiben wird. Alle Nachrichten besagen, das Regime werde zusammenbrechen, wenn Hitler mit seinen Erpressungen keinen Erfolg hat. Die Bevölkerung in Deutschland will im Augenblick nicht kämpfen, und man erwartet Unruhen in allen Teilen des Reiches, besonders im Süden, im Rheinland und in Österreich." Gladwyn Jebb bedankte sich für diese Mitteilung mit den Worten :„Wir sind fest geblieben, aber leider fehlen alle Anzeichen, daß das Regime zusammenbricht." (FO 371/23010, C 13105, Gez. François Rodd u. Gladwyn Jebb, 30. 8. u. 2. 9. 1939.) Auch Rauschning trat wieder auf, um den Engländern seine Ansicht über die weitere Entwicklung in Deutschland mitzuteilen. Es sei vollkommen falsch zu glauben, daß die deutsche Nation „einig hinter Hitler stehe". Er ist überzeugt, daß in einem solchen zentralisierten Staat, wie das moderne Deutschland, „allmählich die ganze Verwaltung paralysiert werde". Kirkpatrick schreibt dazu, daß er immer überzeugt gewesen sei, Deutschland könne nicht an einen langen Krieg denken, weil die Moral zerbreche. (FO 371/23010.)

Zur gleichen Zeit meldete Ashton-Gwatkin Gespräche mit Dr. Schairer und Dr. Goerdeler, worin „S. M. Regierung Ratschläge gegeben werden, wie sie auf jedwedes Ultimatum von Hitler reagieren solle". Als Wichtigstes heißt es in dem Bericht, „der offensichtlich von Goerdeler stammt":

„Bis zum heutigen Datum – 29. 8. 1939 – haben wir noch von keiner Aktion der Generale gehört, sondern nur, daß General Halder und Admiral Raeder ungefähr am 28. Druck auf Hitler ausgeübt haben im Hinblick auf das Risiko eines Zweifrontenkrieges, den sie für unvermeidbar hielten, wenn Polen angegriffen würde. Am 19. August hörten wir aus dem Propagandaministerium, daß die Generale den Krieg *völlig ablehnen.* Wie wir am 26. aus *verschiedenen guten Quellen* erfuhren, einschließlich einer mit besten Verbindungen zum deutschen Generalstab, wollten die Generale am 25. handeln, aber haben es wieder verschoben auf den 27., dann aber wieder verschoben . . .

Hitler würde wahrscheinlich gerne nachgeben, aber kann er das? Die Antwort darauf liegt nur bei ihm und könnte jeden Augenblick bekannt werden. Was G. – Goerdeler – betrifft, so weiß man nicht, ob seine Behauptungen fundiert sind. Vielleicht handelt es sich nur um Phantasien über das, was er sich wünscht. Die Unabhängigkeit der Generale ist vielleicht zu hoch eingeschätzt worden, obwohl sie kürzlich wie eine Bremse gewirkt haben. Sie sind wahrscheinlich die einzige Alternative zu Hitler, aber es ist uns bis jetzt noch nicht bestätigt worden, daß ihre Einflußnahme sehr wirksam sei. Wir berichteten über ein ‚Zaudern' Mitte Juli, und die M.I.5-Information bestätigte ‚kalte Füße'. Das Zaudern sollte anscheinend nur wenigen an der Spitze bekanntgemacht werden. Jetzt muß man warten, ob Hitler es sich leisten kann zu zögern. Es gab tatsächlich Aufschub von Tag zu Tag, und es scheint, als ob die Generale dabei mitsprachen. Wie groß ihr Einfluß letzten Endes auf Hitler sein wird, ist sehr schwer zu taxieren." (FO 371/22981, C 12878, 29. 8. 1939.)

Am gleichen 29. August schickte Ashton-Gwatkin einen weiteren Bericht über sein Gespräch mit Goerdeler, der in Stockholm war. Die folgende Aufzeichnung gibt Goerdelers Bemerkungen gegenüber Schairer wieder:

„1. Nicht Göring hat letzten Sonnabend, den 26. August, den Ausbruch des Krieges verhindert, sondern die Armee-Generale, die am Freitag, den 25. August, Hitler die kritischen Fragen vorlegten: Italien, Japan, Rohmaterial und Staatspapiere, die Haltung Englands und Ribbentrops Behauptung, daß England letzten Endes Polen *nicht* unterstützen werde. Über diese Punkte wurde keine befriedigende Antwort gefunden, aber die Hauptforderung der Generale war die, zu wissen, ob Ribbentrops Behauptung über Englands Haltung korrekt sei.

2. Dies war die Lage, die am Samstag den Kriegsausbruch verhindert hat und 3. Hitler zwang, Sir Nevile Henderson kommen zu lassen, um die Frage zu klären. 4. Die nächste Handlung Hitlers wird ein Ultimatum sein und 5. jedes Ultimatum beruht auf Druck und Drohung und sollte aufs schärfste zurückgewiesen werden. 6. Gleichzeitig sollte die britische Regierung das Angebot von Lord Halifax vom Juni – Chatham House Speech – wiederholen, als er vorschlug, die Weltprobleme auf friedliche Art zu lösen. 7. Die deutsche Regierung hat nie eine Antwort auf dieses Angebot gegeben, das in der deutschen Presse verlacht wurde, aber es machte einen tiefen Eindruck auf die Armee-Generale. 8. Diese doppelte Grundlage der Politik sollte klargestellt werden. Es muß betont werden, daß England und Frankreich immer wieder mehrere Vorschläge einer friedlichen Regelung gemacht haben, und der allgemeine Friedensplan sollte nochmals ausführlicher erklärt werden – d. h. Kolonien, Rohstoffe und Lebensraum durch die britische und französische Regierung. 9. Aber es sollte klargestellt werden, daß bei militärischen Drohungen diese Vorschläge nichtig seien und auf das bestimmteste nicht wiederholt würden. 10. Es muß Hitler ganz klar gesagt werden, daß, wenn er diese Vorschläge ablehnt und damit die Chance einer

friedlichen Lösung, die volle Verantwortung auf ihn fällt und die Entscheidung auf dem Schlachtfeld gesucht wird. 11. *Es ist noch nicht zu spät.* 12. Der Krieg beginnt noch nicht. 13. *Sie werden zurückziehen.* 14. Es muß klar erklärt werden, daß England nicht unter der Drohung eines Ultimatums verhandelt. 15. Sollte aber eine Ruhezeit ermöglicht werden, dann ist es möglich, über alle Fragen zu verhandeln und für alle eine friedliche Lösung zu erreichen. 16. Aber alle Fragen müssen *gleichzeitig* besprochen werden. 17. Und für alle gibt es nur ein Ziel – ein dauernder Friede. 18. Sollte England darauf nicht eingehen, fällt die Verantwortung auf England. 19. Werden solche Schritte unternommen, d. h. in Deutschland, so glaube ich, daß eine Kriegsgefahr nicht mehr besteht, weil in Deutschland eine große Bangigkeit herrscht. 20. Aber England muß Schritte unternehmen für die Grundlagen, auf denen die zukünftige Weltordnung aufgebaut werden kann.

Ich – Schairer – sprach zu Goerdeler vor einer Minute. Ich sagte ihm, daß die Geschäftslage hier sehr gut sei, aber wir könnten keine Verhandlungen befriedigend beenden, bis ein *Wechsel der Direktoren* auf der anderen Seite stattgefunden hätte. Dies sei unmöglich im Augenblick, sagte Goerdeler. Er wiederholte zwei- oder dreimal, daß die Initiative von unserer Seite kommen müsse. Ich – Schairer – sagte, daß ich das meinen Direktoren berichten würde. Was er mit Initiative meint, ist oben erklärt (Putsch).

Bemerkungen zu dem Vorherigen: Goerdeler ist offenbar ein ehrlicher Mann. Er ist ein deutscher Patriot. Er ist kein agent provocateur. Er vertritt die Gedanken und die Politik des Generalstabes. Ich fragte Schairer, ob er nicht finde, daß das nach der Bendlerstraße riecht, und er stimmte völlig zu. Durch diese Verbindung hatte er die Freiheit zu reisen etc., was ihn hier in manchen Kreisen verdächtig machte. Aber mir scheint die Erklärung klar genug, denn selbst unter Hitler genießen der Generalstab und die Generale große Unabhängigkeit und Hochachtung. Es ist eine Welt, die die Nazis nicht erobert haben und nicht erobern können. Es ist die stärkste geistige und traditionelle Macht in Deutschland. Dadurch hat sich Deutschland durch die schrecklichen Nachkriegsjahre erhalten. Dadurch wird Deutschland die Verrücktheiten der Nazis überleben. Diese geistige Haltung des Generalstabes und der Generale ist die einzige Alternative zu Hitler. Sie ist die letzte Kraft in Deutschland.

Wir müssen auf Goerdelers Appell hören: Goerdeler sagte mir letzten Pfingsten, daß die Generale zum geeigneten Zeitpunkt gegen Hitler vorgehen würden. Er sagte mir, wenn die Mobilmachung angeordnet werde, so kämen die Generale in den Besitz einer Teilkontrolle des Staates, d. h. der Auswärtigen-Amt-Archive, und bekämen das Recht, über dieselben Fragen zu stellen. (Siehe Punkt 1.), d. h. die Behauptung, die Generale hätten am 25. August den Kriegsausbruch verhindert. Sie hätten dann 48 Stunden, die letzten Freitag begannen, um selbst zu entscheiden, ob der Krieg kommen sollte oder nicht. Goerdeler sagte mir letzten Pfingsten, daß es keinen Krieg geben werde. Er sagte mir auch, daß sie dann gegen Hitler vorgehen würden, als Antwort auf meine Frage über den Wechsel in der Diktatur. Aber

dies scheint jetzt noch nicht zu kommen. Es scheint mir klar zu sein, daß in Deutschland Ende letzter Woche sich etwas verändert hat. Die Macht, die direkt zum Kriege führte, ist gestrauchelt. Hitler ist nicht mehr die einzige Person, die in Deutschland zählt. Selbst Hitler kann keinen Krieg ohne die Zustimmung der Generale machen. Es scheint mir klar, daß diese Zustimmung letzte Woche nicht gegeben wurde. Dies erklärt die Umänderung des Planes. Dies stimmt mit der Haltung der Generale in früheren Krisen des Nazi-Abenteuers überein. Es deckt sich mit Görings Erklärung. Es ist der wichtigste Faktor in Deutschland heute, wie ich glaube. Es handelt sich um einen Faktor, der das Gute erstrebt.“ (FO 371/22981, Gez. Ashton-Gwatkin, 29. 8. 1939.)

Am 25. August hatten nicht die Generale, weder die loyalen noch die aus dem Verschwörerkreis, Hitler zur Rücknahme seines Vormarschbefehls veranlaßt, sondern Ribbentrop sofort nach seiner Rückkehr aus Moskau, weil er nach Kenntnisnahme des Hitler-Chamberlain-Briefwechsels überzeugt blieb, daß England eingreifen werde.

Dieser Bericht Goerdelers ist ein erneuter dringender Appell an die britische Regierung, mit Hitler *nicht* zu verhandeln. Die deutschen Generale werden als stark hingestellt, obwohl sie nichts mit dem von Ribbentrop erzwungenen Stopp-Befehl zu tun hatten. Wie Ribbentrop schreibt, sahen die Militärs in dem Vorgehen des Kanzlers eine Schwäche und hätten dies Hitler auch fühlen lassen. Hitler wiederum machte Ribbentrop verantwortlich für die Kritik seiner Generale und schaltete ihn deshalb am 26. August für die deutsch-englischen Gespräche aus bis zum Eintreffen der britischen Note vom 28. 8 abends. In der typischen Agentensprache bezeichnet Goerdeler den bevorstehenden Putsch als einen „Wechsel der Direktoren“! Er hat aber wenig Vertrauen in die Initiative der deutschen Verschwörer, denn er wiederholt mehrere Male, *daß „der Anstoß zum Staatsstreich von englischer Seite kommen müsse“.* Um dem Generalstab in den Augen der Engländer mehr Ansehen zu geben, behauptet Goerdeler, daß Göring dessen Politik „vertrete“. Dies sollte es den Briten erleichtern, den Kriegsausbruch zu erzwingen und den Anstoß für Hitlers Beseitigung zu geben. Diese Verantwortung aber wollte London nicht allein tragen und schlug deshalb vor, daß die Verschwörer zur gegebenen Zeit auf dem laufenden gehalten würden, so daß sie mindestens „48 Stunden Zeit haben würden zu entscheiden, ob der Krieg kommen solle oder nicht“. Tatsächlich verfuhr London nach den Vorschlägen Goerdelers und schickte am 1. und 2. September Geheimnachrichten an die deutschen Verschwörer – genannt: „Gewisse Quellen“. (DBFP VII, No. 732 und 735, Deutsch-Englische Geheimverbindungen, S. 562.)

Ribbentrops erneuter Vorstoß gegen die britische Obstruktionspolitik

Mussolinis Vermittlungsvorschläge und Englands Kampf um Italien

Am Morgen des 31. August 1939 forderte Mussolini von der britischen Regierung, sie solle darauf „bestehen", daß der polnische Botschafter in Berlin „verhandle".

Dies wurde von Chamberlain ziemlich rüde abgelehnt, obwohl er einige Stunden zuvor gerade dieses Verfahren von der deutschen Regierung verlangt hatte. Oberst Beck und Lipski handelten also nur unter dem Druck der britischen Regierung. England leugnete Warschaus obstruktive Haltung ab und unterrichtete die polnische Regierung von Kleist-Schmenzins Geheiminformation vom 30. August, um Polen in seinem Widerstand gegen die Verhandlungswünsche Deutschlands zu stärken.

Nachdem Hitler die deutschen Sechzehn Verhandlungspunkte an Polen um 21 Uhr des 31. August durch den Rundfunk bekanntgegeben hatte, lehnte die polnische Regierung über den Warschauer Sender das maßvolle Angebot Deutschlands höhnisch ab und appellierte an die Waffen. Daraufhin erfolgte am frühen Morgen des 1. September 1939 der Einmarsch deutscher Truppen in Polen.

Bekannt sind auch Mussolinis Bemühungen noch *nach* Ausbruch des militärischen Konfliktes, eine Waffenstillstands- und Friedenskonferenz für den 5. September einzuberufen, Deutschland und Frankreich nehmen diesen Vorschlag an. Nur England stellte die neue Forderung auf, daß die deutschen Truppen aus Polen zuvor zurückgezogen werden müßten. Das Geheimnis dieses englischen Verhaltens war Chamberlains Warten auf den Putsch und die britische Hoffnung auf einen italienischen Frontenwechsel.

Sir Percy Loraine, der britische Botschafter in Rom, war am 25. August vom Foreign Office gefragt worden, ob er es für möglich halte, Italien aus der Achse auszubrechen. Loraine antwortete, daß Mussolini ihm noch am 7. Juli ganz offen gesagt hätte, sollte England auf polnischer Seite kämpfen, so würde Italien auf der deutschen Seite stehen. Und er hielt es für falsch, jetzt eine solche Frage an Italien zu stellen. Einen Abfall von der Achse würde Mussolini nur aus innerpolitischen Gründen vornehmen, vielleicht zur Erhaltung des faschistischen Regimes: Loraine wollte lieber dem Duce eine „Kooperation vorschlagen und seine Wichtigkeit als Friedensfaktor betonen". (FO 371/22977, C 12007, 12065, 25. + 26. 8. 1939.)

Der italienische Militärattaché in London gab folgende persönliche Erklärung ab:

„Sollten England und Frankreich den Konflikt *lokalisieren,* indem sie ihre Unterstützung an Polen darauf beschränken, Flugzeuge hinzubefördern – da Truppen und Waffen festgestelltermaßen Polen nicht erreichen können – würde Italien aller *Wahrscheinlichkeit* nach neutral bleiben.

Sollte aber Frankreich im besonderen seine Unterstützung Polens durch Großbombenangriffe auf Deutschland beginnen, würde Italien ohne Zögern auf die deutsche Seite kommen und würde das deshalb tun, ‚weil *Neutrale* nie etwas von den Siegern erhalten'."

Im Foreign Office wurde diese Mitteilung dahingehend aufgefaßt, daß Italien vielleicht wieder, wie 1915, „überlaufen" könnte oder neutral bleiben würde. Der italienische Militärattaché ließ sich jedoch nicht davon abbringen, daß die „Demokratien seit dem Moskau-Pakt militärisch außerordentlich schwach geworden seien. Sie können Deutschland nicht mehr in sechs Monaten aushungern ... Die britische Blockade würde England nicht den Sieg bringen ... Im Hinblick auf Polen sagte der italienische Militärattaché, daß der deutsche Generalstab die Intervention des ‚General Winter' von Ende September ab berücksichtigen müsse und deshalb nicht lange auf Verhandlungen warten könne". In dem Schreiben wurde ausdrücklich darum gebeten, daß die Quelle dieses rein privaten Gespräches nicht bekannt würde. (FO 371/22978, C 12213, 27. 8. 1939.)

Noch am gleichen Tage konnte Percy Loraine nach London melden, daß „Graf Ciano und Senior Mussolini ganz bereit seien, mit uns zusammenzuarbeiten, um eine friedliche Lösung zu finden". Lord Halifax sagte Ciano zur Weitergabe an Mussolini, „daß wir sicherlich es nicht ablehnen werden, mit Deutschland zu diskutieren und gleichzeitig unsere Lage wegen Polen ganz klarzustellen. Er wiederholte, daß wir einem glatten Dementi nicht widersprechen werden". (FO 371/22978, C 1216, 27. 8. 1939.)

Am 1. September konnte Percy Loraine schließlich endgültig melden, daß Italien *nicht* auf der deutschen Seite kämpfen werde. (Weitergegeben nach Tokio. FO 371/22980, C 1265, 1. 9. 1939.)

Chamberlains Rede vom 1. September 1939

Über die deutsch-polnische Regelung, die so leicht zu finden gewesen wäre, hielt der britische Premierminister am Abend des

1. September im Unterhaus eine Propagandarede, in der er die Ereignisse der vorangegangenen Tage völlig falsch darstellte. Er befaßte sich vornehmlich mit dem von Deutschland erwarteten Eintreffen eines polnischen Bevollmächtigten am 30. August in Berlin sowie mit dem Mitternachtsgespräch zwischen Ribbentrop und Henderson und erklärte über die angebotenen deutschen Sechzehn Punkte an Polen:

„Gleich am Anfang muß ich sagen, daß von Deutschland der Wortlaut dieser Vorschläge überhaupt nie an Polen übermittelt worden ist. Der Hergang der Sache ist so. Am Dienstag, dem 29. August, sagte die deutsche Regierung in Beantwortung einer von uns übersandten Note unter anderem, daß sie unverzüglich Vorschläge für eine Lösung, wenn möglich, diese *vor* der Ankunft des polnischen Unterhändlers der britischen Regierung zur Verfügung stellen werde' . . . Inzwischen haben wir natürlich auf diese Vorschläge gewartet. Am nächsten Abend, als unser Botschafter bei Herrn von Ribbentrop vorsprach, legte er diesem dringend nahe, er solle, wenn diese Vorschläge bereit seien – denn wir hatten nichts mehr davon gehört –, den polnischen Botschafter rufen lassen und ihm die Vorschläge zu Weiterleitung an seine Regierung aushändigen. Darauf erkärte Herr von Ribbentrop, wie unser Botschafter *berichtet,* in den heftigsten Ausdrücken, daß er niemals den Botschafter bitten werde, ihn zu besuchen. Er ließ durchblicken, daß es anders sein könnte, wenn der polnische Botschafter ihn um eine Besprechung bitten würde . . . Es ist also klar, daß Deutschland den Anspruch erhebt, Polen als im Unrecht stehende Macht zu behandeln, weil es bis Mittwoch nacht nicht auf Besprechungen mit Deutschland eingegangen war, über eine Reihe von Vorschlägen, von denen es nie etwas gehört hatte . . . Und nun wir? In jener Mittwoch-Nacht, von der ich soeben gesprochen habe, zog Herr von Ribbentrop im Gespräch ein längeres Dokument hervor, das er in deutscher Sprache laut mit *höchster Geschwindigkeit* vorlas. Natürlich bat unser Botschafter *nach* dieser Vorlesung um ein Exemplar des Dokumentes, aber die Antwort lautete, daß es jetzt zu spät sei, da der Vertreter Polens bis Mitternacht nicht in Berlin eingetroffen sei. Und so, Herr Präsident, haben wir *nie* eine Abschrift dieser Vorschläge erhalten, und zum erstenmal haben wir sie gestern nacht im Rundfunk gehört . . . Der rechtmäßige Weg nach unserer Auffassung – nach unser aller Auffasung – wäre der gewesen, daß diese Vorschläge den Polen vorgelegt worden wären . . . Erst gestern abend hat der polnische Botschafter den Reichsaußenminister, Herrn von Ribbentrop, gesehen. Noch einmal erklärte er ihm das, was die polnische Regierung ja schon öffentlich gesagt hatte, nämlich daß sie gewillt sei, mit Deutschland über die strittigen Punkte auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu verhandeln. Welches war die Antwort der deutschen Regierung? Die Antwort war, daß ohne ein weiteres Wort die Truppen heute im Morgengrauen die polnische Grenze überschritten . . ." (Britisches Blaubuch, No. 105, von der britischen Regierung autorisierte, ungekürzte und unveränderte Übersetzung der engl. Originalausgabe, Basel 1939.)

Allein dieser kurze Auszug aus Chamberlains Rede ist voller Unwahrheiten. Zunächst ist festzustellen,

1. daß Henderson *nicht* am 30. August bei Ribbentrop vorgesprochen hat, sondern auf ausdrückliche Weisung der britischen Regierung erst *nach* Mitternacht, also in der ersten Morgenstunde des 31. August.

2. Wenn Chamberlain in seiner Rede weiter behauptet, die britische Regierung habe *niemals* eine Abschrift der deutschen Sechzehn Punkte erhalten und deren Inhalt zum ersten Mal am Abend des 31. August durch den Rundfunk erfahren, so ist das der Gipfelpunkt der Fälschung. Denn es ist aus den englischen Dokumenten zu ersehen, daß die britische Regierung bereits am 30. August von den deutschen Verhandlungsvorschlägen an Polen durch Chamberlains Vertrauensmann Dahlerus Kenntnis erhalten hatte. Am frühen Morgen des 31. August übersandte Göring, der zweite Mann im Staate, den genauen Wortlaut der Vorschläge in schriftlicher Form dem britischen Botschafter Henderson persönlich, dem offiziellen Vertreter der Chamberlain-Regierung – wiederum durch Dahlerus. Henderson schickte bereits in den frühen Morgenstunden dieses Tages den deutschen *Originaltext* nach London und ließ seine eigene englische Übersetzung nachfolgen, in der bekanntlich der letzte Absatz falsch wiedergegeben wird, d. h. *„bis zur"* wurde mit *„bis vor"* Ankunft eines polnischen Bevollmächtigten übersetzt. Außerdem autorisierte der Botschafter am gleichen Morgen seinen Botschaftsrat und den Schweden, in die polnische Botschaft zu gehen, um für Lipski, den Repräsentanten der polnischen Regierung, eine Übersetzung der deutschen Sechzehn Punkte anzufertigen und dem polnischen Botschafter vorzulesen. Dies alles wissen wir aus den offiziellen britischen Dokumenten und den Schriften von Dahlerus. Damit erweist sich

3. auch Chamberlains weitere Behauptung als unwahr, Polen habe von den deutschen Vorschlägen „nie etwas gehört"! Zudem war mit Chamberlains Wissen dem Botschafter Lipski am 30. August *verboten* worden, bei seinem Gespräch mit Ribbentrop die deutschen Vorschläge zur Kenntnis, geschweige denn sie entgegenzunehmen.

4. Chamberlain befindet sich auch mit seiner weiteren Behauptung im Gegensatz zur Wahrheit, Ribbentrop habe die Vorschläge Henderson in „Höchstgeschwindigkeit" vorgelesen, und Henderson habe *nach* der Verlesung um ein Exemplar dieses Dokumentes gebeten. Richtig ist dagegen, daß die Verlesung normal mit zusätzlichen Erläuterungen erfolgte, wie der Dolmetscher Schmidt in Nürnberg aussagte, und daß Henderson *vor* der Verlesung nur ne-

benbei seinen Wunsch nach Überlassung einer Abschrift der Vorschläge zum Ausdruck gebracht, aber *nach* der Verlesung diesen Wunsch nicht wiederholt hat. (Deutsches Protokoll.)

5. Chamberlain gab auch Ribbentrops angeblich heftige Äußerung im Hinblick auf die sofortige Herbeiholung des polnischen Botschafters völlig falsch wieder. Ribbentrop hat diesen Vorschlag Hendersons *nicht* abgelehnt, sondern erklärt, daß er „alle Entscheidungen dem Führer überlasse", und hinzugefügt, daß das Kommen Lipskis nur dann einen Zweck habe, wenn dieser Verhandlungsvollmacht besitze oder zumindest ermächtigt sei, die deutschen Vorschläge entgegenzunehmen. Es zeigte sich aber schon wenige Stunden später, daß der Vorschlag Hendersons gegenstandslos war. Denn als Lipski um 18.30 Uhr des 31. August beim deutschen Außenminister erschien, mußte er gemäß seiner Weisung mit Wissen der britischen Regierung erklären, daß er weder zu Verhandlungen noch zur Entgegennahme von deutschen Vorschlägen ermächtigt sei.

6. Chamberlain aber verkündete dem Unterhaus und der Weltöffentlichkeit am Abend des 1. September, daß der polnische Botschafter „erst gestern abend" dem deutschen Außenminister die polnische Verhandlungsbereitschaft erklärt habe, was eine reine Erfindung ist.

7. Dieser Unwahrheit fügte Chamberlain eine weitere hinzu, indem er behauptete, die deutschen Truppen hätten *daraufhin* „ohne ein weiteres Wort heute im Morgengrauen die polnische Grenze überschritten". Zwischen dem Ribbentrop-Lipski-Gespräch und dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen waren aber im Gegensatz zu Chamberlains Behauptung sehr viele Worte gefallen. Denn die deutsche Regierung hatte noch am Abend des 31. August um 21 Uhr durch den Rundfunk die Verhandlungsvorschläge an Polen bekanntgegeben. Aber anstatt diese letzte Chance zur Herstellung von Verhandlungen aufzugreifen, lehnte Polen hierauf um 23 Uhr durch den Warschauer Rundfunk die deutschen Verhandlungsvorschläge in schroffster Weise ab und appellierte an die Waffen.

8. Die gröbste Fälschung in Chamberlains Rede ist seine Behauptung, die deutsche Regierung habe zugesagt, ihre Vorschläge für Polen „wenn möglich *vor* der Ankunft des polnischen Unterhändlers der britischen Regierung zur Verfügung zu stellen". Dafür also mußte Henderson seine falsche Übersetzung anfertigen, damit sie Chamberlain für seine Rede zur Verfügung stand. Den deutschen Originaltext dagegen, in dem es heißt, die britische Regierung würde, „wenn möglich, *auch bis zur Ankunft*" eines polnischen Bevollmächtigten von den deutschen Vorschlägen an Warschau unterrichtet werden, durfte Henderson erst am 2. September in London eintreffen lassen, d. h. *nach* der Chamberlain-Rede. Das Wörtchen „auch", das Chamberlain wegließ, zeigt, daß es der deutschen Regierung vor allem darauf ankam, die polnische Regierung von ihrem Verhandlungsangebot in Kenntnis zu setzen. Mit seiner Fälschung bezichtigte Chamberlain Deutschland des Wortbruchs und täuschte gleichzeitig das britische Parlament und die Weltöffentlichkeit. Sie zeigt die von Ribbentrop wiederholt herausgestellte britische Methode, die Schuld an einem kommenden Kriege dem Gegner mit allen nur möglichen Mitteln zuzuschieben, auch dann, wenn England ihn selbst forcierte.

Noch ein letzter wichtiger Punkt springt sofort ins Auge. Auch in seiner Rede vom 1. September 1939 befolgte Chamberlain immer noch die Anweisungen der deutschen Verschwörer. Vor der Weltöffentlichkeit machte er Ribbentrop zur Zielscheibe seiner lügnerischen Anklagen. Hiermit greift er auf einen Ratschlag Weizsäckers zurück, den dieser Jan Colvin im Juli 1939 gemacht hatte. Danach sollte sich die britische Propaganda auf Ribbentrop konzentrieren, um über dessen Diskreditierung einen Bruch in der deutschen Regierung herbeizuführen und damit einen „Erdrutsch" im Reich auszulösen.

Ribbentrop schickt Dr. Hesse nochmals zu Sir Horace Wilson

Während die deutschen Verschwörer London pausenlos drängten, auf seiner Festigkeit gegenüber Deutschland zu beharren, schaltete sich Ribbentrop mit Einverständnis Hitlers über Dr. Fritz Hesse nochmals ein, um den Ausbruch eines deutsch-englischen Krieges zu verhindern, den er als Folge des deutsch-polnischen Konfliktes als unvermeidbar ansah.

Als auch am 31. August noch kein polnischer Generalbevollmächtigter in Berlin eingetroffen war, um auf das deutsche Verhandlungsangebot einzugehen, schickte Ribbentrop den Presseattaché Dr. Hesse noch vor dem deutsch-polnischen militärischen Zusammenstoß nach London, um sich dort für jegliche Eventualsituation bereitzuhalten.

Nachdem der deutsch-polnische Konflikt ausgebrochen war, setzte sich Ribbentrop kurz nach 20 Uhr des 2. September telefo-

nisch mit Hesse in Verbindung, jedoch ohne seinen Namen zu nennen:

„Sie wissen doch, wer hier spricht; bitte nennen Sie mich nicht beim Namen. Bitte gehen Sie sofort zu Ihrem Vertrauensmann – Sie wissen ja, wen ich damit meine – und erklären Sie ihm folgendes: Der Führer ist bereit, aus Polen wieder herauszugehen und Schadensersatz für bereits angerichtete Schäden anzubieten unter der Voraussetzung, *daß wir Danzig und die Straße durch den Korridor erhalten,* wenn England im deutsch-polnischen Konflikt die Vermittlung übernimmt. Sie sind vom Führer ermächtigt, diesen Vorschlag dem englischen Kabinett zu unterbreiten und sofort Verhandlungen hierüber aufzunehmen. Betonen Sie noch einmal, daß Sie im ausdrücklichen Auftrag Hitlers handeln und daß dies nicht etwa eine Privataktion von mir ist, damit es kein Mißverständnis in der Angelegenheit gibt." (Fritz Hesse, „Das Spiel um Deutschland", S. 210.)

Über seine Unterredung mit Hesse machte Sir Horace Wilson folgende Aufzeichnung:

„Kopie
10, Downing Street,
Whitehall

Hesse (der Berlin vor den Ereignissen des Donnerstags verließ) wurde von Ribbentrop kurz nach 20 Uhr beauftragt, sich mit mir in Verbindung zu setzen, um anfragen zu lassen, ob die britische Regierung bereit wäre, mich zu autorisieren, heimlich nach Berlin zu reisen und ihn und Hitler zu treffen. Ich sah ihn – Hesse – gegen 22 Uhr und fragte ihn nach dem Zweck der Unterredung. Die Antwort, die ich erhielt, war – die gesamte Lage zu besprechen, von Mann zu Mann, einschließlich der polnischen Frage.

Ich sagte Hesse, daß die britische Auffassung in der Erklärung des Premierministers im Unterhaus zum Ausdruck gebracht worden sei und daß ich ihn bitten möchte, Ribbentrop zu sagen, daß S. M. Regierung unter keinen Umständen bereit wäre, irgendwelche Gespräche mit der deutschen Regierung aufzunehmen, bis die deutschen Truppen zurückgezogen und der Status quo wieder hergestellt worden sei. Danach wäre die Position die, wie sie in dem gerade veröffentlichten deutsch-englischen Notenaustausch zum Ausdruck gebracht worden sei.

(Gezeichnet) H. J. W. 2. 9. 39"

(FO 371/22982/C 13080/15/18 B)

Diese von Horace Wilson verfertigte Gesprächsaufzeichnung kommentierte der Ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Alexander Cadogan:

„Sie scheinen die richtige Antwort gegeben zu haben, an der wir festhalten müssen. – Diese Versuche indirekter Fühlungnahme beruhigen mich eigentlich sehr. Die Deutschen scheinen unseren Widerstand zu spüren." (the Germans must be feeling the draught.)

In seinem Gespräch mit Hesse legte Wilson die englischen Karten offen auf den Tisch. Mit Worten, die auch schon in Ribbentrops Hauptbericht A 5522 und den „Schlußfolgerungen" stehen, führte Chamberlains alter ego aus: „England kann die Hegemonie einer anderen Macht auf dem Kontinent nicht zulassen, ohne zugrunde zu gehen oder die Grundlagen zu beseitigen, auf denen sein Weltreich und sein Weltprestige beruhen. Wir haben 22 Jahre gegen Napoleon gekämpft, wir werden 100 Jahre gegen Hitler und Deutschland kämpfen, wenn es erforderlich sein sollte . . ." Horace Wilson glaubte selbst nicht an seine bombastischen Worte, denn er war überzeugt, daß die Verschwörer in kürzester Zeit ihre Putschpläne in die Tat umsetzen, Hitler beseitigen und den Krieg stoppen würden. England brauchte also nicht 100 Jahre gegen ein Hitler-Deutschland zu kämpfen.

Als Dr. Fritz Hesse 1954 seine Gespräche veröffentlichte, die er im Auftrage Ribbentrops mit Sir Horace Wilson geführt hatte, stieß seine Schilderung auf allgemein ungläubige Entrüstung. In einer Rezension des Hesse-Buches „Das Spiel um Deutschland", unter der Überschrift „Legenden um Hitlers Außenpolitik", kommentierte der Hofhistoriker des Institutes für Zeitgeschichte, Helmut Krausnick, ironisch:

„Es kann sich daher bei Hesses sensationellem ‚Auftrag' im besten Fall um ein aufgebauschtes Täuschungsmanöver handeln, ja man wird ihn so lange ins Reich der Fabeln verweisen müssen, als sich nicht bessere Zeugen für seine Glaubwürdigkeit finden." (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2. Jahrgang 1954, S. 238.)

Dieser sensationelle Auftrag Ribbentrops an Hesse wäre wohl immer „im Reich der Fabeln" geblieben, wenn nicht die Gesprächsaufzeichnung Wilsons unter den Akten des britischen Cabinet Office abgelegt und erst *am 23. Januar 1963* an die Foreign Office Bibliothek weitergeleitet worden wäre. Nachdem die britischen Akten im Jahre 1969 Historikern zugänglich gemacht worden waren, tauchte dieses Dokument bei der Durchsicht des unveröffentlichten Materials in einem Band auf, in dem es nach der üblichen britischen Registraturmethode nicht hätte eingeordnet sein dürfen. Es befand sich als nachträglich angeheftetes Dokument unter den Dahlerus-Papieren. Auch eine Methode, wichtigstes historisches Material zu verstecken, wie es auch mit Ribbentrops Denkschrift „London A 5522" geschehen ist.

Frist und Ultimatum

Der Kriegsausbruch

Am 2. September 1939 wandte sich Halifax im Auftrage Chamberlains zum zweiten Male innerhalb von drei Tagen an die bekannten „gewissen Kreise" in Berlin, denen er vorzeitig mitteilen ließ, daß nunmehr ein Ultimatum an die deutsche Regierung ergehen werde. Wörtlich heißt es in der Anweisung an Henderson:

„Sie brauchen das der deutschen Regierung nicht mitzuteilen, aber Sie können dies sofort an gewisse Kreise weiterleiten, um diesen für ihre Antwort soviel Zeit wie möglich zu lassen." (DBFP VII, No. 735.)

Die von London erwartete „Antwort" war die Einleitung des zugesagten Umsturzes in Deutschland, den Chamberlain in der Nacht auf den 3. September erhoffte und der ihm seine prekäre Kriegserklärung an Deutschland erspart hätte. Aber die deutschen Verräter blieben tatenlos, wovor Henderson immer gewarnt hatte. Als bester Kenner der innerdeutschen Lage war er der Überzeugung, daß die Verschwörer zuerst einmal den Korridor in Besitz nehmen wollten, auf den Hitler verzichtet hatte. So hatte sich jedenfalls Kleist-Schmenzin bereits im Jahre 1938 gegenüber Churchill ausgedrückt.

Um 9 Uhr morgens des 3. September übergab Henderson der Reichsregierung ein auf zwei Stunden befristetes Ultimatum zur Zurückziehung der deutschen Truppen aus Polen. Eine Viertelstunde später sprach Chamberlain vor dem Unterhaus und verkündete der Weltöffentlichkeit, daß „man den deutschen Führern kein Wort glauben könne" und daß deshalb die Lage „unerträglich" geworden sei. Gleich nach 11 Uhr verkündete er im Rundfunk, daß sich Großbritannien im Kriegszustand mit Deutschland befinde, weil die Reichsregierung die Note nicht vor 11 Uhr beantwortet habe. (Deutsch-Englische Geheimverbindungen, S. 566f.) In einem privaten Brief vom 10. September 1939 gab er jedoch freimütig zu, daß er „überzeugt sei, Hitler habe ernstlich eine Regelung mit uns gewollt und ernsthaft an seinen später durch den Rundfunk veröffentlichten Vorschlägen gearbeitet". (Feiling, p. 417.) Nun hatte Chamberlain am 3. September 1939 den Kriegsausbruch, auf den er so lange hingearbeitet hatte. Aber die Verschwörer traten nicht auf den Plan, um den wirklichen Krieg zu verhindern. Chamberlains Trumpfkarte stach nicht.

Staatspräsident Moscicki: „England hinderte uns, deutsche Vorschläge anzunehmen"

Zunächst war Polen der große Leidtragende der starren, nur auf den Zusammenbruch der inneren deutschen Front gerichteten Politik Chamberlains. Warschaus Staatsmänner glaubten, daß mittels der versprochenen militärischen Unterstützung Frankreichs und Großbritanniens sowie vor allem des „verbindlich zugesagten" Umsturzes in Deutschland die polnische Armee den Marsch nach Berlin antreten könnte. Weil Oberst Beck unter dem massiven Druck Chamberlains über die wirkliche Lage in Deutschland mit Blindheit geschlagen war, lehnte er jede Verhandlung mit Berlin bis zuletzt ab und ließ es zum Kriegsausbruch kommen, fest davon überzeugt, daß sich Polen durch die Beseitigung Hitlers nicht wirklich zu schlagen brauche und sich kampflos deutsche Gebiete werde aneignen können.

Über die furchtbare Tragödie, die Polen schon einige Tage später erleben mußte, gibt es aufschlußreiche Dokumente, die den in den USA gefilmten erbeuteten deutschen Akten entstammen. Eines davon behandelt die polnische Lage im September 1939 kurz nach Ausbruch des Krieges. Hierin heißt es u. a.:

„Nach der Niederlage Polens im September 1939 hat Marschall Rydz-Smigly gegenüber rumänischen Würdenträgern erklärt, daß schon zwei Tage nach Kriegsbeginn das polnische Oberkommando durch die Wirkung der deutschen Luftwaffe die Verbindung mit den einzeln operierenden Armeen verloren habe . . . England aber habe der polnischen Regierung *offiziell* mitgeteilt, daß 1500 englische Flugzeuge unterwegs nach Polen seien. Keines sei jedoch angekommen . . . Ferner sei von den Westmächten versichert worden, daß die Franzosen die Siegfriedlinie an zwei Stellen durchbrochen hätten und tief in deutsches Gebiet eingedrungen seien . . . Rydz-Smigly erklärte erregt, man habe sich auf die *offiziellen Mitteilungen* und Hilfezusagen der Engländer verlassen. Besonders bitter war die Bemerkung des Staatspräsidenten Moscicki, daß Polen schließlich die Bedingungen Deutschlands *habe annehmen wollen*, von England aber daran *gehindert* worden sei. Weil seine Minister auf englische Hilfe gerechnet hätten, *hätten sie es schließlich zum Kriege kommen lassen*." (M. Sp.; Nr. 1585. Mikrorolle T120. 1496, frame 626334, England-Bände 2 u. 3 für den Zeitraum 7. Jan. 1933 bis 30. Juli 1940.)

Diese aus Rumänien stammende Meldung erschien im DNB-Auslandsdienst. Nachdem sie am 26. September 1939 vom päpstlichen Organ „Osservatore Romano" angezweifelt worden war, gab

das Auswärtige Amt der deutschen Botschaft in Rom am 23. Oktober 1939 die folgende Erklärung:

„Äußerungen Moscickis und Rydz-Smiglys sind verbürgt. Tag, Umstände Unterredung. Name orthodoxen Metropoliten sowie dolmetschenden Priesters sind bekannt. Schmidt." (A 659, Nr. 119.)

Die Äußerungen von Moscicki und Rydz-Smigly sind jetzt von dem ehemaligen Leiter der Presseabteilung im Auswärtigen Amt erneut als echt bestätigt worden. Das Dokument gibt ein wahrheitsgetreues Bild der englisch-polnischen Beziehungen *vor* und *nach* Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges. Der polnische Staatspräsident bestätigt im vollen Umfange die Darstellung, die aus den früher zitierten britischen Dokumenten ersichtlich ist, nämlich daß Polen durch England daran gehindert worden ist, die deutschen Vorschläge anzunehmen, und es im Vertrauen auf die englische Hilfe *schließlich* zum Kriege kommen ließ. Mit Recht beklagt sich Rydz-Smigly darüber, daß England seine Zusagen auf sofortige militärische Hilfe nicht eingehalten habe, zu der es nach dem britisch-polnischen Garantievertrag verpflichtet war. Wenn der polnische Oberbefehlshaber Moscicki in diesem Zusammenhang auf die „offiziellen Mitteilungen" der Engländer hinweist, auf die sich Polen ebenfalls vergeblich verlassen habe, so wird er sich hierbei auf den von Halifax am Nachmittag des 31. August offiziell an Oberst Beck übermittelten Inhalt des Kleist-Schmenzin-Geheimberichtes über die angeblich hoffnungslose innere Lage Deutschlands gestützt haben. Somit hat die Haltung der deutschen Verschwörer das bis zum Schluß immer noch schwankende Polen *schließlich* veranlaßt, die friedliche Lösung abzulehnen und sich für den Krieg zu entscheiden.

Es ist die Tragik Polens, daß in der Chamberlain-Regierung Männer fehlten wie ein Sir Robert Peel, der im Jahre 1850 Lord Palmerstons Neigung entgegentrat, sich in Angelegenheiten anderer Nationen einzumischen. Peel rief dem damaligen britischen Staatssekretär des Äußeren im Unterhaus zu: „Möge niemals die Zeit kommen, in der Sie, erschrocken über Ihre eigene Einmischung, jenen, die Sie selbst aufgewiegelt haben, Ihre Unterstützung entziehen und in deren Seele die bittere Erkenntnis hinterlassen, daß Sie sie betrogen haben!"

Alles wartet auf den Putsch

Gamelin: „Am Tage der französischen Kriegserklärung wird Hitler gestürzt"

Benoist-Méchin berichtet in einer unveröffentlichten Studie „La Cuisine Au Beurre" – „Durch Verrat butterweich" – über ein Gespräch, das er einige Tage vor der englisch-französischen Kriegserklärung im August 1939 mit dem Chef des französischen Generalstabes, General Gamelin, geführt hat. Benoist-Méchin hatte gerade eine Fahrt durch Deutschland beendet und sich über die Stimmung im Reich ein Bild gemacht. Nirgends hatte er ein feindliches Wort gegen Frankreich noch ein kriegerisches Lied gehört, auch keine Kritik an der Reichsregierung vernommen. Zu seiner Überraschung unterrichtete ihn dann aber General Gamelin vom Gegenteil, d. h. über die „große Unzufriedenheit" in Deutschland im Hinblick auf Hitler. Gamelin hatte Benoist-Méchin sprechen wollen, um dessen Ansicht über die deutschen Truppen und die deutschen Generale zu hören, weil dieser ein Buch über „Die Geschichte der Deutschen Armee" geschrieben hatte. Gamelin wollte wissen, wie viele Divisionen die Deutschen wohl hätten. Da aber Benoist-Méchin darauf nicht antworten konnte, weil er seine Arbeit schon 1936 beendet hatte, meinte Gamelin zum Erstaunen seines Gesprächspartners: „Ob die Wehrmacht über 20, über 100 oder über 200 Divisionen verfügt ist gleichgültig, denn wenn wir Hitler den Krieg erklären, so werde ich voraussichtlich niemals etwas mit der deutschen Armee zu tun haben." Er fügte erläuternd hinzu: „Am Tage unserer Kriegserklärung an Deutschland wird Hitler gestürzt! In Berlin werden Unruhen ausbrechen. Statt die Reichsgrenzen zu verteidigen, wird die deutsche Armee in die Hauptstadt zurückfluten, um dort die Ordnung wiederherzustellen. Die in den Westfestungen stationierten Truppen werden wenig Widerstand leisten. Dann werden wir in Deutschland so leicht und schnell eindringen, wie ein Messer Butter durchschneidet."

Gamelin machte sich lustig über Guderians Buch „Die Panzerwaffe", das er gar nicht gelesen hatte, wohl aber Benoist-Méchin. Die These des deutschen Generals, den Benoist-Méchin persönlich kannte, war „Klotzen, nicht Kleckern". Guderian wollte nötigenfalls große Massen von Panzern auf ein und dieselbe Stelle der Front ansetzen. Gamelin hielt das für eine Torheit, die er selbst nie bege-

hen würde. Außerdem sei es gleichgültig, ob Frankreich eine Panzerarmee habe oder nicht. „Denn die Ereignisse werden nach einem ganz anderen Plan verlaufen. Beim ersten Kanonenschuß wird das Hitler-Regime zusammenbrechen, und wir werden in Deutschland eindringen ‚wie in Butter, ja, wie in Butter'!" Das war die Prognose des französischen Generalissimus für den kommenden Krieg, den England und Frankreich nur deshalb erklärten, weil sie das „verratene Deutschland für butterweich" hielten. Gamelin wiederholte seine „Butterformulierung" mehrere Male, so daß Benoist-Méchin den Eindruck erhielt, der französische Generalstabschef könne keinen besseren Vergleich finden.

Schließlich überreichte Gamelin seinem Gesprächspartner zwei Geheimberichte, die ihn überzeugen sollten. Der erste befaßte sich mit der „großen Unzufriedenheit" der Hamburger Arbeiter und der badischen Bauern. In Lörrach seien bereits in der Nacht vom 28. auf den 29. August Plakate angeschlagen worden mit der Inschrift: „Nieder mit Hitler!" Man spreche von „Verschwörungen" und sei überzeugt, daß Hitler bereits den „Nervenkrieg" verloren habe. Das zweite Schriftstück ist die fast wörtliche Wiedergabe des uns bekannten Geheimberichtes, den Kleist-Schmenzin um 2 Uhr morgens des 30. August in der Berliner Englischen Botschaft abgab, also zu der Zeit, als die Reichsregierung noch auf die Ankunft eines polnischen Bevollmächtigten wartete. Durch den deutschen Verschwörerkreis war der britischen Regierung erklärt worden, daß der Westwall nicht überall stark sei und daß sich die „schwachen Stellen zwischen Freiburg, Saarbrücken und Aachen befänden". Zum Schluß hieß es u. a.: „Wenn der Generalstab wüßte, daß ein Angriff auf den Westwall sicher sei, so würde das seine Position stärken!" Dann würde Hitler eines angeblichen „Nervenzusammenbruchs" wegen von den deutschen Generalen beseitigt werden.

Gamelin glaubte tatsächlich, daß dieser Geheimbericht der wirklichen Lage in Deutschland entspräche und daß Frankreich nicht werde kämpfen müssen. Die Deutschen würden selbst dafür sorgen, daß das Hitlerreich niedergerungen werde. Gamelin wußte anscheinend nicht, daß der Verfasser dieser geheimen Informationen Kleist-Schmenzin war, den die Engländer schon seit August 1938 als deutschen Verräter kannten. (DBFP II, p. 684ff. No.; D.-E. S. 65ff.) Trotzdem verließ sich Chamberlain vollkommen auf diesen Mann, verhinderte noch zwei Tage lang Deutschlands Kontaktaufnahme mit Polen, entschloß sich dann zur Kriegserklärung an Deutschland und zwang auch Frankreich, das gleiche zu tun. Denn er hatte durch Kleist-Schmenzins Geheimbericht, der auch Oberst Beck zugegangen war, seine beiden Verbündeten überzeugen können, daß der Krieg nicht stattfinden werde. Gamelin urteilte so leichtfertig, weil auch die französische Regierung laufend Informationen von hochgestellten deutschen Verschwörerkreisen erhalten hatte.

Am 29. März 1939 hatte Rauschning eine Aufzeichnung verfertigt, die im Aktenmaterial des Obersten Französischen Kriegsrates aufgefunden wurde. Darin heißt es u. a.:

„Um einen neuen Krieg zu vermeiden, muß man sich der starken antinationalsozialistischen Kräfte in Deutschland bedienen. Diese Opposition kann aktiviert werden durch die ultimative Forderung der Westmächte, daß Deutschland die Tschechoslowakei räumen müsse . . . Sollte sich die Lage Deutschlands infolge der wirtschaftlichen Ausbeutung Rumäniens und Ungarns verbessern, würde der deutsche Verschwörerkreis zur Machtlosigkeit verurteilt werden. (Im Original heißt es natürlich ‚Deutsche Opposition'). Hitler muß daran gehindert werden, sich die Neutralität der Oststaaten zu sichern." (Dokumentarische Unterlagen über die Beeinflussung der französischen Regierung durch Rauschning und Gebauer, 3. November 1940. T 120, 733, 285, S. 235ff.)

Am 27. März 1939 hatte Rauschning gemeldet:

„Deutsche Wirtschaft steht vor der Katastrophe. Zunahme von Sabotage und passiver Resistenz . . . Der Hitlersche Sozialismus ist gefährlicher als der Marxismus. Privatinitiative und Eigentum sind nur noch Fiktionen. Die nationalsozialistische Revolution kann man nur durch Vernichtung des Regimes aufhalten.

Bitte an den Papst, beim König von Italien und beim Kronprinzen zu intervenieren, um Mussolini entsprechend zu beeinflussen. Hoffnung, daß die päpstliche Intervention die innere deutsche Opposition stützen wird."

Aufzeichnung des Professors Schairer in London, der früher in Berlin war:

„Um den Frieden mit Hilfe des deutschen Volkes zu sichern, müssen sich die Demokratien der Politik des Dritten Reiches widersetzen. Daher erforderlich: Zurückziehung der diplomatischen Vertreter aus dem Reich. Keine Glückwunschtelegramme mehr an Hitler. Verhinderung der Ausfuhr kriegswichtiger Rohstoffe nach Deutschland. Durchführung dieser Pläne energisch aber *geheim*. Möglich, daß Mussolini Fühlung mit den Westmächten sucht. Diese müßte abgelehnt, aber gleichzeitig dem König von Italien bekanntgemacht werden, daß sich diese Stellungnahme ändern wird, sobald König und das italienische Volk die entsprechenden Garantien für einen Dauerfrieden gegeben hätten. Sollte Mussolini einen Gewaltstreich gegen die Westmächte versuchen, so wird der deutsche Generalstab Hitler daran hindern, Mussolini zu folgen." (Ebd.)

Am 10. Juni 1939 hatte der Generalsekretär im Quai d'Orsay, Alexis Léger, dem Nuntius Valérie in Paris erklärt:

„Die innere Lage in Deutschland verschlechtert sich von Tag zu Tag, und auch in physischer Hinsicht wächst eine schlecht ernährte und ungesunde Generation in Deutschland heran." (Vatikan-Dokumente Band I, Doc. No. 59, p. 59.)

Am 30. Juni 1939 hatte Bullitt mit dem französischen Staatssekretär im Außenministerium, Alexis Léger, ein Gespräch geführt. Hierbei sagte Léger, er sei überzeugt, „daß die Reichswehr jetzt den Kriegsausbruch wolle, und zwar allein aus dem *seltsamen* Grunde, daß sie sich inzwischen davon überzeugt habe, daß das Hitler-Regime unerträglich sei, und daß sie selbst die Macht im Reich ergreifen wollten, um Hitler hinauszuwerfen". (US Foreign Relations 1939, Vo. I, p. 280.)

Recht aufschlußreich schildert auch der ehemalige französische Außenminister Bonnet in seinen Memoiren die Stimmung, die im August 1939 in Frankreich herrschte:

„Man rechnete mit einem leichten und schnellen Sieg in der Hoffnung auf ein bevorstehendes Attentat, das schon vorbereitet war und den Nationalsozialismus zu Fall bringen sollte . . . Ebenso wie im Jahre 1938 hat man uns hiervon in der *letzten Woche* vor dem Kriege dauernd erzählt und uns gebeten: ‚*Haltet aus, und die deutschen Generale werden Hitler stürzen!*'" (Bonnet, S. 307; m. Sp.)

Bonnet bezieht sich hier offensichtlich auf Kleist-Schmenzins Besuch in London vom 18. und 19. August und auf Weizsäckers Geheimbotschaft an Halifax vom 7. September des gleichen Jahres und schließlich auf den letzten gegen Deutschland gerichteten Geheimrapport Kleist-Schmenzins vom 30. August 1939. Auch Bonnet war überzeugt, wie es eine andere Stelle seines Buches zeigt, daß Englands und Frankreichs an Deutschland gerichtete

„Kriegserklärungen am 3. September 1939 den Weg freigeben würden für den militärischen Staatsstreich, den man uns so *verbindlich angekündigt hatte.*"

Einer seiner Kollegen erklärte ihm damals sogar, daß „Hitler und seine Regierung gestürzt sein werden, ehe ein Monat vergangen ist". Infolge einer am 6. September 1939 aus London durchgegebenen telefonischen Nachricht glaubte man in Paris fest daran, daß die „Moral der deutschen Bevölkerung so schlecht ist wie im November 1917, ja 1918"! Angeblich fehlten in Deutschland „Eisen und Kupfer", und die Bergleute leisteten „passiven Widerstand". Die „Siegfriedlinie sei schlecht entworfen und schlecht angelegt" und anderes mehr. Aufgrund dieser Nachrichten, so fährt Bonnet fort, „redete man sich in Frankreich gerne ein, daß man in der Maginotlinie nur in

aller Ruhe Hitlers sicheren Untergang abzuwarten brauche". Weiter schreibt Bonnet im Hinblick auf einige deutsche Generale:

„Sie haben im Nürnberger Prozeß mit einem unerhörten Aufwand an Einzelheiten geschildert, was sie gegen den Führer vorbereitet und – man fragt sich warum – nicht verwirklicht hatten . . .

Auf die gleiche Art und Weise und mit der gleichen Genauigkeit hat man uns 1939 und 1940 *vor* und *nach* unserer Niederlage *Militärverschwörungen* gegen den Führer angekündigt. Hitler hat trotzdem bis 1945 gelebt!" (Bonnet, S. 307 ff.; m. Sp.)

Ein Jahr nach Kriegsausbruch telegrafierte der deutsche Botschafter in Paris, Otto Abetz, am 23. August 1940 an das Auswärtige Amt, daß ihm der 1939 zurückgetretene Außenminister Bonnet „zur Beurteilung der französischen Kriegsschuld" die folgende „interessante Erklärung" abgegeben habe:

„Heute vor einem Jahr hat eine Besprechung leitender Beamter des Quai d'Orsay und der französischen Generalität stattgefunden. In dieser Besprechung vom 23. August 1939 habe er – Bonnet – geraten, Polen zu einer nachgiebigen Haltung gegenüber Deutschland zu bestimmen, und als Verhandlungsgrundlage mit Deutschland die Abtretung von Danzig, des Korridors und Oberschlesiens angeraten. General Gamelin und die übrigen leitenden Militärs hätten im Gegensatz zu ihrer Haltung während der Septemberkrise 1938 den Standpunkt vertreten, man dürfe sich nicht davor scheuen, *es auf einen Krieg ankommen zu lassen*, weil die militärische und internationale Lage des Reiches nicht die günstige Beurteilung verdiene, die Bonnet ihr gebe. In diesen Zusammenhang gehöre eine aus sicherer Quelle stammende Nachricht, daß der sonst als nüchtern geltende General Georges – französischer stellvertretender Generalstabschef – einer am 30. August 1939 erhaltenen Agentenmeldung Glauben schenkte, wonach gelegentlich der militärischen Vorbereitung gegen Polen eine ‚Revolte' im ‚preußischen'(!) Offizierskorps beobachtet worden sei." (Akten X, Dok. 380; m. Sp. – Diesem Dokument fehlt der Vermerk, daß es Hitler oder Ribbentrop vorgelegen hat.)

Diese Mitteilung über die Besprechung am Quai d'Orsay in den entscheidenden Augusttagen 1939 ist ein wertvoller Beitrag zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Bemerkenswert ist zunächst, daß das, was der französische Außenminister zur Beilegung des deutsch-polnischen Konfliktes zuzugestehen bereit war – Danzig, der Korridor ganz und ohne Abstimmung sowie Ost-Oberschlesien –, nicht unerheblich über das hinausgeht, was Deutschland in seinem Verhandlungsangebot an Polen vorgeschlagen hatte. Sodann fällt auch die Kriegsbegeisterung der sonst sehr zurückhaltenden französischen Generalität auf, die sich im Jahre 1938 gegen den Ausbruch eines militärischen Konfliktes energischst ausgesprochen

hatte, jetzt aber, im Jahre 1939, es auf einen Krieg ankommen lassen wollte. Sodann verweist Bonnet auf eine „aus sicherer Quelle" stammende Nachricht vom 30. August 1939, daß im Verlaufe der militärischen Vorbereitungen gegen Polen bereits eine „Revolte" im deutschen Offizierskorps ausgebrochen sei. Daß mit dieser Nachricht aus sicherer Quelle Kleist-Schmenzins geheime Meldung in der Berliner Englischen Botschaft vom Morgen des 30. August gemeint ist, steht außer allem Zweifel. Auch in Frankreich hat die Darstellung der deutschen Verräter über die angeblich trostlose innere Lage Deutschlands ihre unheilvolle Rolle gespielt.

Durch die Veröffentlichung aus dem Verschwörerkreis selbst und durch die Bekanntmachungen in den britischen Dokumenten wird klargestellt, daß es England und Frankreich *nicht* zum Kriege hätten kommen lassen, wenn sie Ende August 1939 nicht fest mit einer „Revolte" des deutschen Offizierskorps gerechnet hätten.

Vom englischen Standpunkt aus ist es nicht zu verstehen, daß schon bald nach Kriegsende viele Dokumente veröffentlicht wurden, die das enge Zusammenspiel der britischen Regierung mit den deutschen Verschwörern aufdecken. Man sagt heute, daß jene Beamte, die für diese Maßnahmen verantwortlich sind, große Gegner des Premierministers Chamberlain waren.

Auch Roosevelt erwartet den Putsch

Die Beziehungen der Verschwörer gingen weit über die deutsch-englischen Geheimverbindungen hinaus. Auch die Roosevelt-Regierung scheint bis zum Sommer 1940 mit dem inneren Zusammenbruch der nationalsozialistischen Regierung spekuliert zu haben. Erst mit dem deutschen Sieg über Frankreich brachen diese Hoffnungen in Washington zusammen. Die eigentliche Kriegspolitik Roosevelts setzt in diesem Augenblick ein. Darum auch die Sabotage der „Friedensfühler" von Hitler. Diese Bemühungen mußten unter allen Umständen sabotiert werden, denn das Prestige des Reichskanzlers wäre durch erfolgreiche Verhandlungen kometenhaft gestiegen – und somit der erhoffte Zusammenbruch Deutschlands ausgeblieben.

Am 16. Juni 1939 unterhielt sich der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, mit dem polnischen Handelsattaché Jan Wzelaki, worüber die folgende Aufzeichnung besteht: „Kennedy sprach mit einer gewissen Mißachtung über die Optimisten, die

glaubten, daß Deutschland leicht und schnell niedergerungen werden könnte, weil sie auf einen raschen Umsturz in Deutschland spekulierten." (Deutsches Weißbuch S. 70f.) Kennedy scheint auch einen recht guten und umfassenden Einblick in das Treiben der Verschwörerkreise gehabt zu haben. Er war auch informiert über die Reise von Trott zu Solz Anfang Juni 1939 und dessen Gespräche mit Lothian, Chamberlain und Halifax. In gewissen Kreisen Londons waren die Umtriebe der Verschwörer ein offenes Geheimnis.

Am 31. August 1939 schrieb der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Alexander C. Kirk, an den Außenminister Cordell Hull: Das deutsche Volk sei nicht nur beunruhigt über den Hitler-Stalin-Pakt, den es nicht als eine logische Entwicklung der nationalsozialistischen Politik „verdauen" könne, sondern auch über die Einführung der Lebensmittelkarten. Kirk, der erst seit April in Berlin war und vorher in Moskau, hatte sich schnell Zugang zum *Verschwörerkreis* verschafft, nur mit dem Unterschied zu anderen Beobachtern, daß er optimistische Erwartungen nicht teilte. Denn er warnte vor der falschen Annahme, daß in Deutschland „die bestehenden zersetzenden Einflüsse tatsächlich schon erfolgreich die Disziplin des Regimes untergraben hätten . . . Das Reich sei nicht durch einen unmittelbar bevorstehenden Kollaps bedroht. Es wäre gefährlich und irreführend, diesen unterminierenden Einflüssen größeres Gewicht beizumessen. Man warte umsonst auf den inneren Kollaps Deutschlands". (FRUS 1939, Vol. I, p. 395.)

Am 20. April 1940 sandte Morgenthau einen Situationsbericht an Roosevelt. Diesen „vertraulichen Bericht" hatte Morgenthau von Edwin L. James, leitender Angestellter der New York Times, über Arthur Sulzberger erhalten. In diesem langen Brief wird mitgeteilt, daß „angesehene und hochgestellte Deutsche lieber die Niederlage mit allen ihren Folgen hinnehmen würden als das Fortbestehen des augenblicklichen Regimes . . . Die Armee ist immer noch die Hoffnung für die gemäßigten und konservativen Elemente in Deutschland, weil sie die einzig mögliche Organisation ist, die die Dinge zusammenhalten kann, wenn das Regime zusammenbricht. Aber die frühere Hoffnung, daß die Armee aus eigener Initiative diese Richtung einschlagen wird, ist sehr schwach geworden . . . Allerdings versichern die Generale ihren konservativen Freunden, daß sie auf der richtigen Seite stehen werden, wenn und wann die Zeit kommt". Dieser vertrauliche Bericht ist unterzeichnet mit „Ihr Korrespondent". (Roosevelt Nachlaß, Hyde Park, New York, USA.) (Zum Komplex Roosevelt-Verschwörer s. Dirk Kunert, „German-American Relations and Soviet Russia: A Study in Triangular Interactions,

1933–1938. Some Aspects on the Origins of the Great Power Realignment in 1939." Ph. D. Dissertation, Georgetown University 1972.)

Chamberlain: „Was ich erhoffe, ist ein Kollaps der deutschen Inneren Front"

Aus Chamberlains Geheimpapieren sind kürzlich einige Dokumente der Öffentlichkeit bekanntgemacht worden. Sie wurden sowohl in der deutschen als auch in der englischen Presse dahin kommentiert, daß sie die „Friedensbemühungen" des Premierministers unter Beweis stellten. In dem sonst nicht ganz unkritischen Times-Artikel vom 18. 3. 1969 anläßlich des 100. Geburtstages von Neville Chamberlain wird sein Ausspruch im Unterhaus vom 3. September 1939, kurz nach Überreichung seines Ultimatums an Deutschland wiedergegeben:

„Alles wofür ich gearbeitet habe, alles was ich erhofft habe, alles an das ich während meines öffentlichen Lebens geglaubt habe, ist in Ruinen zusammengefallen." (S. 416.)

Damit soll auch heute noch Chamberlains Ruf als „Friedensfürst" aufrechterhalten werden. Deshalb verschweigt die Times wohlweislich, daß Chamberlain einige Tage später, am 10. September 1939 an seine Schwester schrieb:

„Was ich erhoffe, ist nicht der militärische Sieg, von dem ich bezweifle, ob er überhaupt zu erringen ist, sondern ein Kollaps der deutschen Inneren Front." (Keith Feiling: The Life of Neville Chamberlain, London 1945, p. 418.)

Bald danach gestand er Roosevelt: „Ich selbst glaube, daß wir nicht durch einen vollständigen und spektakulären militärischen Sieg gewinnen werden . . . sondern dadurch, daß wir die Deutschen überzeugen, daß sie *nicht* gewinnen können. Sollten die Deutschen einmal zu diesem Schluß gekommen sein, so glaube ich nicht, daß sie unnachgiebig gegenüber unserem Druck bleiben können." (Colvin, p. 255.) Um dieses Ziel zu erreichen, daß Deutschland selbst nicht an einen Sieg glaube, waren die deutschen Verschwörer eine unentbehrliche Hilfstruppe. Sie, die den Kriegsausbruch forcierten, um Hitler beseitigen zu können, verbreiteten überall wo sie nur konnten, daß das Reich *niemals den Krieg gewinnen könnte.*

Am 18. September 1939 berichtete der amerikanische Botschafter Joseph Kennedy dem Außenminister Cordell Hull:

„Ich – Kennedy – bin vollkommen davon überzeugt, daß sich Chamberlain der furchtbaren Katastrophe bewußt ist, die Großbritannien bevorsteht. Ich glaube, daß er von dem Wunsch erfüllt ist, auf glückliche Ereignisse zu warten, wie z. B., daß Italien und seine Balkan-Verbündeten ihm helfen werden . . . Mit all dem, was Hitler durch die Erwerbung neuer Gebiete auf sich genommen hat, könnte das Problem nur zurück auf die wirtschaftliche Basis gehen. Hitler würde dann von seinem eigenen Volk hinausgeworfen werden, weil er es mit den verfügbaren Hilfsquellen nicht beschützen konnte. Ich nehme auch an, daß Chamberlain nicht den Zusammenbruch des deutschen Volkes erwartet, aber dennoch hofft, daß die Deutschen innerhalb einer vernünftigen Zeitspanne, wenn die Blockade erfolgreicher arbeitet, gegen das Hitler-Regime angehen wird." (FRUS 1939, Vol. I, p. 440f.)

Man wird sich an Aussagen Lord Chaffields, Sir Alexander Cadogans und Chamberlains erinnern, die eindeutig beweisen, daß das Chamberlain-Kabinett von Anfang an Polen als Verbündeten brauchte, um Deutschland einen Zweifrontenkrieg aufzuzwingen, wodurch allein eine britische Blockade erfolgreich sein könne. Aber trotz des deutsch-polnischen Krieges griff Chamberlain nicht ein, um die französisch-englische Front aufzubauen, sondern überließ das niedergekämpfte Polen seinem Schicksal. Chamberlains Eingeständnis, daß er mit einem „militärischen Sieg" niemals rechnete, zeigt, daß er seine Kriegserklärung an Deutschland nie gewagt hätte, wenn er nicht auf die Verschwörer spekuliert hätte. Er gibt in seinen Privatbriefen zu, daß er selbst den Kriegsausbruch forcierte. Aber Dahlerus bezeichnet er immer noch als einen „neutralen Mittelsmann" in der Hoffnung, niemals zugeben zu müssen, daß der Schwede ein ihm von den Verschwörern zugespielter Agent war. Noch nach Ausbruch des Krieges schrieb er am 10. September 1939:

„Die letzten lang hingezogenen Agonien, die der tatsächlichen Kriegserklärung vorangingen, waren so unerträglich wie sie nur sein konnten. Wir wollten die Dinge vorantreiben, aber dabei gab es drei Komplikationen: Die heimlichen Verhandlungen mit Göring und Hitler durch einen neutralen Mittelsmann (Dahlerus), der Konferenzvorschlag von Mussolini und die französische Sorge, die wirkliche Kriegserklärung so lange wie möglich hinauszuschieben, bis sie ihre Frauen und Kinder evakuieren und ihre Armeen mobilisieren könnten. Hiervon konnten wir wenig in der Öffentlichkeit sagen." (Feiling, p. 416f.)

Für Chamberlain war alles „unerträglich", was seine Kriegserklärung an Deutschland verzögerte, lebte er doch in der ständigen Angst, daß sich Berlin noch mit Warschau einigen könnte und daß die bestehende deutsche Verschwörung aufgedeckt würde. Deshalb wollte er den *fait accompli* eines Krieges so rasch wie möglich schaf-

fen und die Haßstimmung gegen Deutschland auf die Spitze treiben. So trug er in der Unterhausrede vom 3. September, 9.15 Uhr, den Abgeordneten recht scheinheilig vor:

„Wir haben ein reines Gewissen, wir haben alles getan, was nur irgendein Land zur Erhaltung des Friedens tun konnte. Aber die Lage, in der man den deutschen Führern kein Wort glauben und kein Volk oder Land sich sicher fühlen konnte, war unerträglich geworden . . . Jetzt möge Gott Sie segnen und möge Er das Recht verteidigen, denn wir werden gegen böse Dinge kämpfen müssen, brutale Gewalt, Unzuverlässigkeit, Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Verfolgung." (Feiling, p. 416.)

Feiling nannte Chamberlains Politik jener Zeit „die Doppelpolitik von Frieden und Wiederaufrüstung". In Wirklichkeit trieb Chamberlain einerseits eine heuchlerische Politik nicht nur gegenüber der Reichsregierung, sondern auch gegenüber seinen Verbündeten Polen und Frankreich und andererseits eine mühsam verhüllte Konspiration mit den deutschen Verschwörern. Diese widersprüchlichen Ziele wären ohne die skrupellose Mitarbeit der Verräter niemals zu realisieren gewesen.

Nach 1945 war die deutsche Verschwörung tabu

Hans Rothfels erinnert daran, daß während einer beträchtlichen Zeitspanne nach dem Kriege die „deutsche Opposition tabu gewesen ist". (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1969, Heft 3, S. 251ff.) Es sei z. B. „einem US-Korrespondenten, der 1945 die Wirklichkeit aufzuspüren begann, untersagt worden, irgend etwas über eine spezifische Opposition gegen Hitler herauszugeben, und dieses Verbot sei von höchster Stelle in Washington erteilt worden". Späterhin, so fährt Rothfels fort, wurde einem anderen amerikanischen Journalisten, der in Deutschland tätig war, das Buch von Fabian v. Schlabrendorff „Offiziere gegen Hitler" weggenommen. Hierin beschreibt Schlabrendorff die Pläne zur Invasion in England, nachdem Hitlers Friedensangebot von Chamberlain zurückgewiesen worden war. Über die Haltung des Generalmajors Henning v. Tresckow im Jahre 1940 heißt es darin:

„Tresckow war an einer maßgebenden Stelle bei der Vorbereitung dieses Unternehmens eingeschaltet worden. Wir waren überzeugt, daß ein Erfolg der Invasion die Herrschaft Hitlers über Europa bedeuten würde. Diesen Erfolg Hitlers unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu verhindern, *auch auf Kosten einer schweren Niederlage des Dritten Reiches, war unsere dringlichste Aufgabe.*" (Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, Askona/New York, *Erstausgabe* 1946, S. 38.)

Eine weitere Stelle, die ebenfalls nur in der Erstausgabe des Schlabrendorff-Buches enthalten ist, befaßt sich mit der anglo-amerikanischen Invasion in Nordfrankreich, die „Churchill zu Beginn des Jahres 1944 offen angekündigt hatte". Nach mehreren mißglückten Anschlägen auf Hitler, die geheim geblieben waren, beschlossen schließlich Tresckow und Schlabrendorff im Sommer 1944, daß „das Attentat auf Hitler erfolgen muß, um jeden Preis"! Graf Stauffenberg wurde nach Frankreich zu General Speidel, Chef des Stabes des Generalfeldmarschalls Rommel geschickt, um ihm vorzuschlagen, „dafür zu sorgen, daß durch *falsche Befehlserteilung* ein Loch in der Westfront aufgerissen werde, um einen Durchbruch der Alliierten zu ermöglichen" (a. a. O., S. 129).

Solche Wahrheiten über die den Alliierten geleistete Hilfe durch die Verschwörer durften weder den Besiegten noch den siegreichen Völkern zu früh bekannt werden. Nach Rothfels wurde noch im Sommer 1946 allen Sendern in der amerikanischen Zone verboten, den „Putsch" von 1944 zu erwähnen, nachdem der Frankfurter Rundfunk für den zweiten Jahrestag des Attentats auf Hitler eine Gedächtnisfeier geplant hatte. (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1969, S. 251.) Churchill mußte sein Kapitel über „Englands größte Stunde" in der Weise schreiben, als ob die Briten im Jahre 1940 die deutsche Invasion aus eigener Kraft verhindert hätten. Ohne die Verschwörer, wie Schlabrendorff und Tresckow, hätte England die drohende Gefahr niemals abwenden können, und ohne die Männer wie Weizsäcker und Canaris hätte Hitler Gibraltar mit Francos bereits gegebener Zustimmung besetzt und zum Schutze Rommels das Mittelmeer abgeriegelt. Noch 1939 hatte Erich Kordt London aufgefordert, das Mittelmeer abzusperren oder wenigstens zu drohen, daß es abgesperrt würde. Jetzt, als es um den Schutz der deutschen Soldaten ging, ließ Admiral Canaris dem Staatschef Franco sagen, „er solle Spanien, koste es was es wolle, aus diesem Spiel heraushalten. Ihnen mag unsere Lage als die stärkere erscheinen. In Wirklichkeit ist sie verzweiflungsvoll, und wir haben wenig Hoffnung, den Krieg zu gewinnen. Franco kann versichert sein, daß Hitler niemals mit Waffengewalt in Spanien eindringen wird." (Colvin, Master Spy, Die unglaubliche Geschichte des Admirals Wilhelm Canaris, der gleichzeitig Hitlers Abwehrchef und ein heimlicher Verbündeter der Briten war, New York 1951, p. 148.) Canaris, der von Hitler in offiziellem Auftrag zu Franco geschickt worden war,

trieb ein Doppelspiel, das schon 1948 im Nürnberger Wilhelmstraßeprozeß von Weizsäcker bestätigt wurde. Auf die Frage, wie er zum deutsch-spanischen Militärbündnis und einer Besetzung Gibraltars im Jahre 1940 gestanden habe, antwortete der ehemalige deutsche Staatssekretär:

„Ich habe den Willen der spanischen Regierung, damals in den Krieg einzutreten, selbst nicht feststellen können, obgleich auch ich einmal Gelegenheit hatte, mit dem spanischen Außenminister zu reden. Aber sicherheitshalber griff ich damals zusammen mit Canaris wieder zu einem extravaganten Mittel. Um die Spanier aufzustacheln, schickte Hitler nämlich den Admiral Canaris nach Spanien, denn es war bekannt, daß Canaris dort gute alte Beziehungen hatte. Aber ich vereinbarte mit ihm, daß er statt dessen den Spaniern reinen Wein einschenken und ihnen die sichere Katastrophe klarmachen sollte, in die sie unvermeidlich und unerbittlich hineinkommen würden." (Militärgerichtshof Nr. 6, Fall 11, 9. 6. 1948 nachmittags.)

Weizsäcker erklärte auf die Frage, ob er der Ansicht sei, „daß der Rat von Canaris dazu beitrug, Spanien aus dem Krieg herauszuhalten „ . . . Das weiß ich nicht, aber gehört habe ich ‚Ja'. Ich will soviel sagen: Der Rat, den er gab, war sicher richtig." (a. a. O.)

In seinen Erinnerungen meditiert Serrano Suner über Francos weltpolitische Entscheidung, nicht auf die Seite der Achsenmächte getreten zu sein. Er meint, hätte sich Franco am Jahresende 1940 entschlossen, Hitler den Weg nach Gibraltar freizugeben,

„so sei es mehr als wahrscheinlich, daß eine solche Entscheidung Spaniens in dem Augenblick das Ende des Krieges bedeutet hätte. Die Vereinigten Staaten waren damals handlungsunfähig. Roosevelt selbst, der viel realistischer war, als dort manche Leute vermuteten, hätte dann das Steuer seiner Außenpolitik herumgeworfen. Denn nicht umsonst beherrschte der Isolationismus die Gefühle der überwiegenden Mehrheit." (Serrano Suner: Zwischen Hendaye und Gibraltar, Zürich 1948, S. 192.)

In seinem Memoirenband „Englands größte Stunde", würdigt Churchill „Francos Täuschung und Undankbarkeit gegen Hitler und Mussolini" mit den Worten:

„Spanien hielt den Schlüssel in den Händen, mit dem es allen englischen Unternehmungen im Mittelmeer ein Ende setzen konnte, doch niemals, selbst in den düstersten Stunden, versperrte es uns das Tor." (London 1949, Vol. II, p. 459 und 460.)

Ein halbes Jahr lang, von Juni bis Dezember 1940, lag der Schlüssel zur Weltgeschichte in Francos Hand. Je nachdem, ob er Canaris folgte oder sich für Hitlers Plan entschied, mußte Francos Entschluß die Zukunft Europas maßgebend bestimmen. Ähnlich wie Mussolini glaubte, daß in Deutschland durch einen „starken Stoß aus dem

Innern alles zerschlagen werde", war Franco davon überzeugt, daß das Reich durch die Gegenarbeit der Verschwörer unweigerlich auf die Knie gezwungen werde. Die Pflicht seinem Lande gegenüber schien ihm deshalb im Dezember 1940 zu gebieten, Spanien nicht an das zur Niederlage verurteilte Deutschland zu binden.

Auch der amerikanische Historiker S. T. Possony – Hoover Institution, Stanford/Californien, USA – befaßt sich in seinem Werk „Zur Bewältigung der Kriegsschuldfrage" (Köln 1968) mit den, wie Rothfels sie nennt, „Maßstabsfragen sittlichen wie politischen Handelns". Jede Kollektivschuld wird von Possony abgelehnt, denn „Herr Müller sen. war 1914 genausowenig an der Kriegsentscheidung beteiligt wie Herr Müller jun. im Jahre 1939" (S. 336 ff). Hieraus zieht Possony den Schluß: „Wenn die Müllers etc. alle sofort desertiert wären, so hätte die daraus folgende Katastrophe vielleicht noch blutiger sein können als die Weltkriege. Wer weiß, was 6–10 Bürgerkriege angerichtet hätten?" Possony gibt deshalb den Rat, das Problem der Kollektivschuld fallenzulassen. Was die Schuld kleiner Gruppen oder Einzelpersonen betrifft, so nimmt er die folgende grundsätzliche Stellung ein:

„Der Stratege, der geschlagen wird, hat zumindest dem eigenen Volk gegenüber eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Aber diese ist ihrem Wesen nach nicht krimineller Art . . . Das schließt die Möglichkeit krimineller Akte nicht aus, aber solche Akte sind Verbrechen, die vom Strategen in seiner privaten Eigenschaft begangen werden, wie z. B. Bestechung oder Unterschlagung. Diese Verbrechen unterstehen der gewöhnlichen staatlichen Rechtsprechung . . . Eine falsche *bona fide* strategische Entscheidung ist nicht strafbar, wohl aber eine Entscheidung, welche, ob aus guten oder schlechten Gründen, *wissentlich im Interesse des Feindes getroffen wird.*" (a. a. O.)

Kann man Chamberlain noch zugute halten, daß er glaubte, seine törichte Deutschlandpolitik diene dem Besten seines eigenen Landes, so kann dem Handeln der deutschen Verschwörer dieses Prädikat nicht zuerkannt werden, denn alle ihre Maßnahmen wurden „wissentlich im Interesse der Feinde" getroffen. Jetzt, da ein Teil der bisher versiegelten Chamberlain-Papiere zu unserer Kenntnis gekommen ist, wird allmählich der ganze Umfang des verräterischen Wirkens der Verschwörer bekannt. Es liegt daher im deutschen Interesse, und wir stimmen deshalb Possony zu, „daß die Zeit gekommen ist, die Archive zu öffnen und *alle* bisher versteckt gehaltenen Dokumente der Öffentlichkeit zu übergeben". (Dr. S. T. Possony, Prof. für internationale Politik an der Universität Georgetown, Washington – D. C. – und Gastprof. an der Universität von Pennsylvania.)

Die Verschwörer legten Wert auf ihr sittliches Widerstreben gegen Gewaltpolitik. Aber sie versuchten seit 1938 den Kriegsausbruch zu erzwingen, um die Reichsregierung mit Gewalt zu beseitigen. J. F. Taylor schreibt dazu:

„General Ludwig Beck ist der erste Soldat gewesen, der für sich das Recht in Anspruch nahm, in die Politik aufgrund moralischer Überlegungen einzugreifen, ohne zugleich Staatsmann zu sein. In logischer Fortsetzung seiner Ideen hat das Internationale Militärtribunal in Nürnberg dieses Recht zugleich als Pflicht anerkannt und seine Todesurteile gegen Soldaten wegen ihrer unpolitischen Haltung gefällt. Zumindest darf aber das Aufsagen des Gehorsams nicht so weit gehen, daß der sittlichen Verpflichtung zum Widerstand alle anderen Werte geopfert werden, deren Integrität ebenso wichtig ist wie der Befehl des eigenen Gewissens. Es gehört schon ein übermäßiges Vertrauen in die Richtigkeit der eigenen Ansicht dazu, die Meinung der anderen unberücksichtigt zu lassen. Zudem ist es auch vom christlichen Standpunkt aus anfechtbar, dem Gegner im Osten Divisionen zu opfern, um die Beseitigung eines Regimes zu erreichen." (J. F. Taylor, der 20. Juli 1944, Anatomie einer Verschwörung. Bremen 1968, S. 78f.)

Über die Aufrollung der deutschen Front in Rußland vor und nach Stalingrad fährt Taylor fort: „Der frühere Generalstabschef Beck hat schon im Jahre 1943 dem als Vizekanzler Goerdelers vorgesehenen Wilhelm Leuschner erklärt:

‚Der beabsichtigte Putsch sei nun nicht mehr notwendig. Man verfüge jetzt über genügend Vertrauensleute in Kommandostellen der Ostfront, so daß man den Krieg bis zum Zusammenbruch des Regimes regulieren könne. Diese Vertrauensleute arrangierten z. B. Rückzüge ihrer Einheiten, ohne jeweils die Nachbareinheiten zu benachrichtigen. Die Folge sei, daß die Sowjets in die so entstandenen Frontlücken einbrechen und die Front nach beiden Seiten aufrollen könnten. Diese Nachbareinheiten würden dann zum Rückzug gezwungen oder gerieten in Gefangenschaft. Daß ein solches Vorgehen hohe Verluste an Menschen und Material zur Folge hatte, liegt auf der Hand. Es muß den Verschwörern schon ein verdammt hohes Menschheitsziel vorgeschwebt haben, das solche großen Opfer rechtfertigen konnte . . . Ein vorhandener Notstand berechtigt zwar zum Handeln, aber nur unter Anwendung adäquater Mittel. Zu ihnen hätte der politische Mord gehören können, aber nie die Sabotage und der Verrat der deutschen Siegesmöglichkeiten, nicht einmal die Vernichtung Unschuldiger bei der Durchführung des Attentats." (Taylor a. a. O.)

Schlußwort des Herausgebers

Heute, fast 30 Jahre nach dem Ende des „Dritten Reiches", kann man noch nicht einmal in Ansätzen von einer objektiven Geschichtsforschung sprechen, Geschichtsforschung im Sinne Rankes, die „zu den Quellen vorstößt". Die vorhandene Literatur über die Zeit von 1933–1945 bewegt sich fast ausschließlich in der Sphäre des Journalistischen bzw. der Memoiren. Sie ist damit geprägt durch den jeweiligen politischen Standort des Berichtenden bzw. durch die Interessenlage im Sinne einer Selbstdarstellung des Memoirenschreibers. Ein Beweis dafür, daß die öffentliche Meinung in Deutschland nicht bereit ist, das Phänomen des „Dritten Reiches" und die Person Hitlers unvoreingenommen und objektiv zu diskutieren, sieht die Verfasserin nicht zuletzt darin, daß ihre bisherigen Bücher totgeschwiegen wurden. Weder die Medien der öffentlichen Meinung noch die wissenschaftliche Geschichtsforschung haben sich mit den Büchern der Verfasserin auseinandergesetzt, obwohl in ihnen im wesentlichen nur Interpretationen von offiziellen Dokumenten und Äußerungen bzw. Memoiren von Gegnern des „Dritten Reiches" in Gestalt führender Politiker und Militärs des damals feindlichen Auslandes sowie aus den höchsten Führungsstellen des „Dritten Reiches" selbst enthalten sind.

Die geschichtliche Bewältigung unserer Vergangenheit, soweit sie die Jahre 1933–1945 betrifft, wird sicher nicht dadurch gefördert werden, daß man in der bisherigen krassen Schwarzweißmalerei fortfährt, sondern nur, indem man die Voraussetzungen untersucht, die zu dem „Dritten Reich" und der Person Hitlers in seiner Bedeutung für die Weltgeschichte geführt haben, und indem man die treibenden Kräfte sowohl im Inland als auch im Ausland analysiert, die zum Entstehen, zu seinem Aufstieg und schließlich zum totalen Zusammenbruch dieses weltgeschichtlichen Phänomens geführt haben.

Es wird eines genialen Historikers bedürfen, der diese komplexe Erscheinung, deren Zentralproblem die Person Hitlers ist, in seinen Zusammenhängen wird analysieren und schildern können. Die große Schwierigkeit des geschichtlichen Nachvollzugs dieser Periode liegt in der Ausrichtung des Systems auf einer einzigen Person, die selbst in der Geschichte moderner Diktaturen nicht ihresgleichen

findet. Parallel dazu ist die organisatorische Desintegration des Systems zu beachten, die ohne Zweifel von Hitler so gewollt die systematische Analyse außerordentlich erschwert.

Der Vorwurf, daß es nach nunmehr fast 30 Jahren kein Historiker öffentlich unternommen hat, eine Wertung der nationalsozialistischen Periode der deutschen Geschichte unter objektiven Gesichtspunkten vorzunehmen, weil die sogenannte öffentliche Meinung ihn von allen Seiten auf das schärfste attackieren würde, gilt ohne Zweifel uneingeschränkt für den Bereich der inneren Politik des „Dritten Reiches". Für die Außenpolitik sei eingeräumt, daß es selbst für einen Historiker, der sich vornähme, die deutsche Außenpolitik im Rahmen der weltpolitischen Konstellation von 1933–1945 objektiv darzustellen und zu würdigen, es äußerst schwer ist, das erforderliche Quellenmaterial zu erhalten. Die gesamten Akten des Auswärtigen Amtes sind von den Siegern beschlagnahmt und nur teilweise nach Sichtung durch die Alliierten freigegeben worden. Es ist anzunehmen, daß die interessantesten Dokumente noch unter Verschluß sind bzw. nie veröffentlicht werden.

Dennoch sind in den letzten Jahren eine Anzahl alliierter als auch deutscher Dokumente veröffentlicht worden, ohne daß dies in der Publizistik in irgendeiner Form zur Kenntnis genommen wurde. Nur durch Zufall ist die Verfasserin auf eine Reihe von Dokumenten gestoßen, die für die Beurteilung der deutschen Politik im allgemeinen und der Auffassung des ehemaligen Reichsaußenministers von Ribbentrop im besonderen von eminenter Bedeutung sind. Nur ein Beispiel sei hier angeführt:

Am 28. Dezember 1937 hatte Ribbentrop als deutscher Botschafter in London eine umfassende Darstellung des deutsch-englischen Verhältnisses und der voraussichtlichen zukünftigen englischen Politik gegenüber Deutschland verfaßt. Die sogenannten Schlußfolgerungen zu diesem Bericht, in denen Ribbentrop aus der Analyse der englischen Politik heraus klar feststellte, daß England immer bereit sein werde, für die lebenswichtigen Interessen seines Weltreiches zu kämpfen und in diesem Zusammenhang die englische Führungsschicht als „hart und heroisch" bezeichnet, wurde in Nürnberg von der Anklagebehörde dem Gericht vorgelegt und als Beweis angeführt, daß Ribbentrop der Vorbereitung eines Angriffskrieges schuldig sei. Der Hauptteil des Berichtes wurde bisher in amtlichen Veröffentlichungen immer als nicht vorhanden bzw. als verloren bezeichnet. Durch Zufall wurde er unter den neu freigegebenen Dokumenten in England entdeckt und in dem vorliegenden Buch erstmals veröffentlicht.

Die Verfasserin hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese nunmehr freigegebenen Dokumente zu ordnen und zu interpretieren. Das Ergebnis ihrer Arbeit liegt in diesem Buch vor. Diese Dokumente in Verbindung mit anderen der Öffentlichkeit bereits zugänglichen Originaldokumenten sowie den Memoiren deutscher und ausländischer Politiker und Militärs eröffnen einen Einblick in die Hintergründe, die zum zweiten Weltkrieg geführt haben, die bemerkenswerterweise – oder wenn man will verdächtigerweise – in der offiziellen Darstellung des Kriegsausbruches nie erwähnt werden.

Die politische Bühne Europas war seit mindestens 200 Jahren durch die englische Doktrin von der „balance of power" bestimmt worden. Sie besagt, auf eine Formel gebracht, daß sich England stets mit der zweitstärksten Festlandsmacht gegen die stärkste Festlandsmacht zu verbünden habe, um mit weiteren Verbündeten zu verhindern, daß sich auf dem europäischen Festland eine Vormacht konstituiere. Das hatte im 18. Jahrhundert zu den Bündnissen Englands mit Österreich gegen Frankreich geführt, später zu einer Stärkung Preußens gegenüber Österreich, schließlich zum Beitritt Englands zur Koalition gegen Napoleon und endlich zu seiner wohlwollenden Haltung gegenüber Österreich bzw. später Preußen in der Auseinandersetzung mit Napoleon III. Mit dem Entstehen und dem Erstarken des Deutschen Reiches wurde die englische Politik zunehmend deutschfeindlich, die traditionelle Gegnerschaft zu Frankreich wurde überwunden und durch Hinzunahme von Rußland eine übermächtige Koalition gegenüber dem Reich der Mitte gebildet.

Diese englische Politik führte zum ersten Weltkrieg. Die überraschende Stärke Deutschlands in diesem vierjährigen Ringen machte es für die Briten erforderlich, alles zu tun, um die Unterstützung der Vereinigten Staaten zu gewinnen, deren Eintritt in den Krieg schließlich den Ausschlag gab.

England hatte mit dem 1. Weltkrieg erfolgreich verhindert, daß sich Deutschland zur führenden Macht Europas entwickelte. Dieser Erfolg Englands war jedoch erkauft worden mit dem Abtritt des Empires als erste Weltmacht. Eine außergewöhnliche Stärkung der USA und, wenn auch zunächst noch unerkannt, der UdSSR war die Folge. England mußte bereits im Flottenabkommen vom 6. Februar 1922 den Amerikanern die gleiche Flottenstärke zugestehen, während sich Japan und Ostasien wohl mit einer geringeren Quote begnügte – das Verhältnis USA-England und Japan war 5:5:3 – dafür aber in Ostasien zur stärksten Flottenmacht aufrückte.

Die Folgen von Versailles – die England mit zu verantworten hatte – führten direkt in eine weltweite Wirtschaftskrise, durch die der

Kommunismus weltweit erstarkte. Als Reaktion auf die bolschewistische Gefahr, gefördert durch die immer weiter um sich greifende Wirtschaftskrise, entstand in Deutschland die nationalsozialistische Bewegung unter Hitler, der schließlich 1933 die Regierungsgewalt übernahm und dem es gelang, in kurzer Zeit eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse und damit eine schnelle Wiedererstarkung Deutschlands herbeizuführen. Im Jahre 1935 mag man in England geglaubt haben, durch das Flottenabkommen die Interessen Englands und Deutschlands abgrenzen zu können und eine Vergrößerung des politischen Gewichts Deutschlands als Gegengewicht gegen Rußland vielleicht sogar begrüßt haben. Die zunehmende wirtschaftliche, politische und letztlich auch militärische Stärke Deutschlands dürfte ab 1936 für England die Grundsatzfrage seiner weiteren Politik aufgeworfen haben.

Angesichts der Schwäche Frankreichs stellte sich für England wiederum die Frage, ob es damit rechnen müsse, in Deutschland in absehbarer Zeit die starke Macht auf dem Kontinent sehen zu müssen, der man in den vergangenen Jahrhunderten eine Koalition zur Herbeiführung der „balance of power" entgegengesetzt hatte.
Das durch Ribbentrop immer wieder vorgebrachte deutsche Argument, daß die neue „balance of power" in Europa sich aus dem Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Rußland ergebe und England damit immer noch die erstrebte Position des „sitting on the fence" einnehmen könne, wurde von den Engländern nicht akzeptiert. Der englische Begriff des „sitting on the fence" besagt, daß derjenige, der diese Position einnimmt, jederzeit die Freiheit habe, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden. England hat damals die militärische Stärke Rußlands ebenso unterschätzt wie die Gefahr einer ideologisch-kommunistischen Unterwanderung seiner Arbeiterschaft. Die militärische Stärke Rußlands hat sich im zweiten Weltkrieg erwiesen und damit die Richtigkeit der deutschen Argumentation bestätigt, und es erscheint gerade in diesen Tagen so, als ob auch der Hinweis auf die ideologisch-kommunistische Gefahr für England, der von deutscher Seite damals immer wieder ins Feld geführt wurde, keine leere Formel gewesen ist.

Die englische Politik stand also vor dem Dilemma, entweder die Politik von 1914 zu wiederholen und sich mit schwächeren Bundesgenossen wie Frankreich und dem einen oder anderen osteuropäischen Staat mit der materiellen und moralischen Rückendeckung Amerikas Deutschland zu stellen, einen zweiten Waffengang auf Leben und Tod zu wagen, und damit Gefahr zu laufen, selbst bei einem Sieg das englische Weltreich endgültig zu verlieren, oder auf

diese Auseinandersetzung zu verzichten und damit das Risiko zu laufen, früher oder später Deutschland zur stärksten Kontinentalmacht aufrücken zu lassen und damit sukzessive den politischen Einfluß in Europa zu verlieren.

In Verkennung des weltpolitischen Kräfteverhältnisses starrten die englischen Politiker auf die Gefahr einer deutschen Vormachtstellung in Europa, die nach ihrer Meinung auch durch das russische Riesenreich nicht in Schach zu halten war, und fürchteten, daß der Kopf des englischen Weltreichs eines Tages zu einer unbedeutenden, Europa vorgelagerten Insel degradiert werden könnte.

Als sich Österreich begeistert dem deutschen Mutterlande anschloß und das Deutsche Reich damit eine wesentliche Verstärkung erfuhr, wurde die Frage, wie sich England zu Deutschland einstellen wollte, drängend. In dieser Situation erreichte die englische Regierung bzw. Mitglieder der englischen Führungsschicht in immer größerem Umfang seitens der deutschen Opposition ausgestreckte Fühler, die ihnen unter Preisgabe entscheidender militärischer und rüstungspolitischer sowie wirtschaftspolitischer Staatsgeheimnisse nahelegten, gegen Deutschland hart zu bleiben, einen Krieg zu riskieren und damit die Voraussetzung zur Beseitigung Hitlers zu schaffen.

Bei dieser Opposition handelte es sich – und das ist bedeutungsvoll – nicht um eine abseits stehende Gruppe mit dem Regime Unzufriedener, sondern diese Opposition umfaßte Beamte und Militärs in den entscheidenden Schlüsselstellungen des Deutschen Reiches wie den Chef des Generalstabs, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, den Reichsbankpräsidenten, um damit nur die prominentesten Vertreter zu nennen.

Das Angebot der deutschen Opposition, im Falle eines Kriegsausbruches Hitler zu beseitigen, bot der englischen Politik die Chance eines Ausweges aus ihrem Dilemma. Es erschien nunmehr denkbar, bei Eingehen eines militärischen Risikos eines Krieges mit Deutschland eine Beseitigung Hitlers und damit eine entscheidende Schwächung des Reiches herbeizuführen, ohne einen wirklichen Krieg führen zu müssen und damit das Weltreich wiederum den Belastungen eines Weltkrieges aussetzen zu müssen.

Eine Diktatur kann nur so lange an der Macht bleiben, wie sie die bewaffnete Macht hinter sich hat. Wenn also der Chef des Generalstabs im Namen hoher Militärs zusammen mit hohen Vertretern der Beamtenschaft der englischen Regierung immer wieder garantiert, im Falle eines Kriegsausbruches Hitler zu beseitigen, so mußte das die Bereitschaft der englischen Regierung stärken, das Risiko eines

Krieges auf sich zu nehmen. Dies erschien ihr als die Patentlösung für ihr vorstehend geschildertes tödliches Dilemma, eine entscheidende Schwächung des Deutschen Reiches herbeizuführen, ohne einen kräfteverzehrenden Krieg wagen zu müssen, der das Ende des englischen Weltreiches sein würde und – um es vorwegzunehmen – schließlich auch gewesen ist.

Das Jahr 1938 stellt sich rückblickend in weltgeschichtlichem Zusammenhang als ein Jahr dar, in dem die englische Regierung auf Zeitgewinn spielte. Der große „Friedenspolitiker" Chamberlain ging nach München, um sich die Zeit zu schaffen, die englischen Rüstungen auf den notwendigen Mindeststand zu bringen, um das von der deutschen Opposition immer wieder vorgeschlagene Risiko eines Kriegsausbruchs laufen zu können. Wie recht der englische Premierminister hatte, dieses Risiko ohne eine gewisse Mindestrüstung nicht laufen zu wollen, zeigte das Jahr 1939. Die deutsche Opposition hatte im entscheidenden Augenblick nicht den Mut, den Putsch zu wagen, obwohl die Engländer den Kriegsausbruch riskierten, den die deutsche Opposition – wie sich aus den Dokumenten dieses Buches ergibt – immer wieder vorgeschlagen hatte.

Die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren im Frühjahr 1939 hatte der englischen Regierung keine Möglichkeit gegeben einzugreifen, da die Entwicklung zu schnell abgelaufen war und darüber hinaus der tschechoslowakische Staatspräsident selbst um den Schutz des Deutschen Reiches gebeten hatte. Die Slowaken wollten sich ohnehin selbständig machen. Dieses führte zu einer Entwicklung in der Tschechoslowakei, die die Auflösung dieses Staates zur Folge hatte. Der neuerliche Machtzuwachs Deutschlands verlangte nun eine Entscheidung der englischen Regierung. Wiederum wurde sie – wie aus dem Vorstehenden hervorgeht – bombardiert mit allen denkbaren Informationen seitens der deutschen Opposition, daß nunmehr „Polen an der Reihe sei". Die deutsche Politik des Jahres 1938 stand nach wie vor auf der Konzeption von Frieden und Freundschaft im Westen, d. h. gegenüber England und Frankreich. Der offizielle Verzicht Hitlers auf Elsaß-Lothringen und Straßburg sowie der Bau des Westwalls sind ein eindeutiger Beweis. Die Konzeption der deutschen Ostpolitik lief darauf hinaus, einen starken Abwehrblock gegenüber dem russischen Giganten zu schaffen. Als Voraussetzung dafür wurde die Lösung der restlichen territorialen Probleme, die der Versailler Vertrag hinterlassen hatte, angesehen.

Unter diesem Gesichtspunkt wurde im November 1938 der polnischen Regierung vorgeschlagen, diese territorialen Probleme in der Form zu lösen, daß Danzig zum Reich zurückkehrte und Polen

Deutschland eine viergleisige Autobahn- und Eisenbahnlinie durch den Korridor nach Ostpreußen zugestehe. Man wird auch heute nicht behaupten können, daß das unmäßige Forderungen gewesen sind. Nach Hitlers Vorstellungen sollte Polen einen entscheidenden Platz in der Abwehr gegenüber der UdSSR einnehmen. Schon 1934 war daher mit Polen ein Nichtangriffspakt abgeschlossen worden, der damals in Deutschland gerade bei den Kreisen wenig Verständnis hervorrief, deren Exponenten nunmehr die englische Politik warnten, daß „nunmehr Polen an der Reihe sei"!

Aus den Dokumenten geht hervor, daß gerade Goerdeler und Kleist-Schmenzin bei ihrem Angebot, Hitler zu stürzen, von den Engländern die Zusicherung verlangten, daß das Korridor-Problem im deutschen Sinne gelöst würde.

Es ist also festzustellen, daß die deutschen Oppositionskreise, die Hitlers Versuche, das Korridorproblem in Verhandlungen mit Polen auf der Basis äußerst mäßiger Forderungen zu lösen, in jeder Hinsicht sabotierten, die einen Krieg herbeiführen wollten, um Hitler stürzen zu können, im Kern die Rechtmäßigkeit seiner Revisionspolitik im Osten anerkannten und im Grunde viel weitergehende Lösungen anstrebten, als Hitler sie mit seinen Vorschlägen an Polen im Jahre 1938 anvisierte.

Der polnische Außenminister Beck war nicht bereit, auf der Basis dieser deutschen Vorschläge zu verhandeln.

Daß er Anfang des Jahres 1939 ganz auf die englische Linie überschwenkte, ist rational nur damit zu erklären, daß er Deutschland unter dem Eindruck der vorgeschlagenen Umsturzpläne für entscheidend schwächer als die Westmächte hielt. Mußte dieser Eindruck nicht auch letztlich berechtigt sein? Wenn die deutschen Spitzenmilitärs zusammen mit hohen Beamten des Auswärtigen Amtes und der zivilen Verwaltung zwei Jahre lang auf den verschiedenen Kanälen erklären, daß Deutschlands Lage wirtschaftlich und militärisch schlecht sei, daß die Massen unzufrieden wären und daß man nur den Kriegsausbruch brauche, den das deutsche Volk mit Sicherheit nicht wolle, um die psychologischen Voraussetzungen zu schaffen, Hitler zu beseitigen, muß das nicht den Eindruck vermitteln, daß das Regime praktisch vor dem Zusammenbruch stehe?

Der englische Botschafter in Berlin, Henderson, schildert in seinen Memoiren eine Unterredung mit dem polnischen Botschafter Lipski zwei Tage vor Kriegsausbruch, in der er ihm dringend nahegelegt habe, die gemäßigten deutschen Vorschläge zu einer Lösung des Korridor-Problems entgegenzunehmen, und die Antwort erhielt, er dächte nicht daran. Wenn es Krieg gäbe, gäbe es in

Deutschland Revolution, und die polnische Armee wäre in wenigen Tagen in Berlin. Selbst wenn man den bekannten polnischen Chauvinismus und den polnischen Politikern vielfach Überheblichkeit in Rechnung stellt, ist eine solche Antwort, vor allen Dingen nach dem inzwischen abgeschlossenen deutsch-russischen Pakt, nicht anders zu erklären, als daß die englische und damit die polnische Politik auf den Umsturz in Deutschland setzten. Es ist heute gar nicht anders zu erklären, daß Chamberlain, als er den Polen die Garantieerklärung gab, und Außenminister Beck, als er sie entgegennahm, davon ausgingen, daß sie konkret nie zum Zuge zu kommen brauchte. Jedes Kind konnte erkennen, daß technisch auch gar nicht möglich war, diese Garantieerklärung zu effektuieren, und man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß sowohl der englische Generalstab als auch der polnische nicht damit rechneten, daß die englische Armee, Flotte oder Luftwaffe in irgendeiner Form den Polen zu Hilfe kommen konnte.

Wenn man sich die deutschen Vorschläge vom August 1939 noch einmal vor Augen führt, wenn man weiter bedenkt, daß Deutschland und Rußland ein klares Bündnis miteinander abgeschlossen hatten, ist die polnische Haltung angesichts der ganz klaren Unmöglichkeit, von den Westmächten militärische Hilfe zu erhalten, nur verständlich, wenn ihnen von den Engländern ganz eindeutig Zusagen der deutschen Opposition bekanntgemacht wurden, nach Ausbruch des Krieges durch einen Umsturz Hitler zu beseitigen. Man kann also folgern, daß eine friedliche Lösung der Danzig-Frage und des Korridor-Problems 1939 durch die politische Konstellation durchaus zu ermöglichen gewesen wäre, wenn nicht die deutsche Opposition durch – und das muß ganz klar ausgesprochen werden – falsche Versprechungen an die Engländer, deren Bereitschaft, das Risiko eines Kriegsausbruchs in Kauf zu nehmen, entscheidend gestärkt hätten. Die verantwortlichen Männer der deutschen Opposition hatten nach Ausbruch des Krieges nicht den Mut, den Umsturz zu versuchen, und brachen somit auch ihr Versprechen, das sie der englischen Regierung gegeben hatten, nachdem sie den Eid, den sie ihrem Volk gegenüber eingegangen waren, in den vorangegangenen Jahren laufend gebrochen hatten.

Man wäre versucht, von einer klassischen Tragödie weltpolitischen Ausmaßes zu sprechen, wenn die Akteure in diesem Spiel das persönliche Format der großen klassischen Tragödiengestalten hätten. Auf der einen Seite die führenden Gestalten eines Weltreichs, die glauben, sich der historischen, politischen Entscheidung entziehen zu können, indem sie ihre Entscheidung auf die fragwürdigen

Zusagen von Konspiranten – wenn auch in hohen und bedeutenden Stellungen – aufbauen, auf der anderen Seite eben diese Leute, die als höchste Würdenträger des Reiches Landesverrat in unvorstellbarem Ausmaß begehen, die vorgeben, ihrem Gewissen gefolgt zu sein, indem sie einen Weltkrieg provozierten, genau wissend, daß jeder von ihnen das Problem mit einer Pistole und dem persönlichen Einsatz hätte lösen können. Die Rolle Hitlers in diesem weltpolitischen Spiel steht hier nicht zur Diskussion. Es sei hier nur erklärt, daß Hochverrat in einer Diktatur – und wenn man glaubt, es mit seinem Gewissen verantworten zu können, auch sogar der Tyrannenmord – ihre Veranlassung in hohen menschlichen Eigenschaften haben kann, sofern der persönliche Einsatz gegeben ist. Der Landesverrat aber, wie er hier betrieben wurde und wie er heute in Deutschland gewürdigt wird, legt die Axt an die Wurzeln der Kräfte, die eine menschliche Gemeinschaft letztlich ermöglicht. Wenn Leute in höchsten politischen und militärischen Positionen des Reiches eine fremde Macht veranlassen, das eigene Land mit Krieg zu überziehen und dann das persönliche Risiko scheuen, die Konsequenzen zu ziehen, ehe der alles verheerende Krieg eingesetzt hat, und sich im Folgenden darauf beschränken, die Kriegsanstrengung zu sabotieren, was Hunderttausenden, wenn nicht Millionen deutscher Soldaten das Leben gekostet hat, dann war das zu allen Zeiten, und das wird für immer so bleiben, ein fluchwürdiges Verbrechen.

Wenn man diese Einstellung verherrlicht, wird man nichts gegen den Bundeswehr-Offizier sagen können, der militärische Geheimnisse an die Warschauer-Pakt-Mächte verrät, weil er die aggressive imperialistische Politik der kapitalistischen Staaten vor seinem Gewissen nicht glaubt verantworten zu können. Die tragische Zwangsläufigkeit der griechischen Tragödie war hier nicht gegeben. Im Widerstreit zwischen Eid und Gewissen haben die hier gemeinten Leute keine große Entscheidung gefällt und ihre Person dieser Entscheidung geopfert. Sie haben unter völliger Schonung ihrer selbst die Lösung in heimtückischem Verrat gefunden und darüber hinaus ihre englischen Partner in einer Weise getäuscht, die ihnen auch von dieser Seite nur Verachtung widerfahren ließe, wenn nicht die Staatsraison die englischen Politiker veranlassen würde, über ihren Hereinfall das Schweigen zu breiten.

Abkürzungs- und Literaturverzeichnis

A 5522	Ribbentrop Hauptbericht „London A 5522“ vom 28. 12. 1937
ADAP	Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes, Band I–VII, Baden-Baden 1950–1956
Blaubuch	Blaubuch der britischen Regierung, London 1939, und deutsche von der britischen Regierung autorisierte Übersetzung, Basel, September 1939
Bonnet	Georges Bonnet, Vor der Katastrophe, Erinnerungen des französischen Außenministers 1938–1939, Köln 1951
Burckhardt	Carl J. Burckhardt, Meine Danziger Mission 1937–1939, München 1960
Cadogan	Alexander Cadogan, Tagebücher
Colvin	Jan Colvin, Master Spy, The incredible story of Admiral Wilhelm Canaris, who while Hitlers chief intelligence was a secret ally of the british, London 1951
Colvin	Jan Colvin, The Chamberlain Cabinet, London 1971
Colvin	Jan Colvin, Vansittart in office, London 1965
Dahlerus	Birger Dahlerus, Der letzte Versuch, London – Berlin 1939, München 1946, Neuauflage 1973
DBFP	Documents on British Foreign Policy, London 1949 Vol. I Serie D
Deutsch	Harold C. Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg, Der Widerstand in den Jahren 1939–1940, München 1969
Duff Cooper	Norwich Duff Cooper, Das läßt sich nicht vergessen, München 1954
Eden	Anthony Eden, Facing the Dictators, London 1962, u. deutsche Ausgabe, Angesichts der Diktatoren, Köln 1962
FDR	FDR-Bibliothek: Franklin Delano Roosevelt Bibliothek, Hyde Park, New York
Feiling	Keith Feiling, The Life of Neville Chamberlain, London 1946
FO	Foreign Office
Forrestal	The Forrestal Diaries, London 1952
Freund	Michael Freund, Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Dokumenten I–III, Freiburg 1953–1956
Gilbert und Gott	Martin Gilbert und Richard Gott, The Appeasers, London 1963
Guderian	Heinz Guderian, Erinnerungen eines alten Soldaten, Heidelberg 1951
Harvey	Oliver Harvey, The Diplomatic Diaries of Oliver Harvey, 1937–1940, Collins 1970
Henderson	Nevile Henderson, Failure of a Mission Berlin 1937–1940, London 1940
Hesse	Fritz Hesse, Das Spiel um Deutschland, München 1953
Hitler	Adolf Hitler, Mein Kampf, Ausgabe München 1934
Hoare	Samuel Hoare, Neun bewegte Jahre, Düsseldorf 1955
Horn	Martin Horn, Halder – Schuld oder Tragik, München 1948
IMT	Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, 14. 11. 1945–1. 10. 1946, I bis XLII, Nürnberg 1947/49
Irving	David Irving, Mord aus Staatsräson? engl. Ausgabe, London 1969
Jordan R.	Rudolf Jordan, Erlebt und Erlitten, Leoni, 2. Auflage 1974
Kordt	Erich Kordt, Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950 Erich Kordt, Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart 1948
Kosthorst	Erich Kosthorst, Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug, Bonn 1957
Krogmann	Vincent C. Krogmann, Tagebuch (unveröffentlicht)
Krausnick	Helmut Krausnick, Die Vollmacht des Gewissens, Bonn 1956
Lidell Hart	B. H. Lidell Hart, Lebenserinnerungen, London 1965 und Düsseldorf 1966
Phillips	William Phillips, Tagebücher Houghton Library, Havard University
Poln. Dok.	Weißbuch der deutschen Regierung, Herausgegeben von Ausw. Amt Nr. 3, Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Folge 1, Berlin 1940
Possony	Dr. S. T. Possony, Zur Bewältigung der Kriegsschuldfrage, Köln 1968
Ribbentrop	Annelies von Ribbentrop, Deutsch-Englische Geheimverbindungen, Tübingen 1967 Annelies von Ribbentrop, Verschwörung gegen den Frieden, Leoni 1962 Joachim von Ribbentrop, Zwischen London und Moskau, Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen, Leoni 1953
Ritter	Gerhard Ritter, Karl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954
Rönnefarth	Helmut Rönnefarth, Die Sudetenkrise in der internationalen Politik I–II, Wiesbaden 1961
Rothfels	Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Krefeld 1951
Schlabrendorff	Fabian v. Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, Zürich 1946 und 1951
Schmidt	Dr. Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945, Bonn 1949
Schulthess	Schulthess, Europäischer Geschichtskalender 1933–1940, München 1934–1942
Strauch	Rudi Strauch, Sir Nevile Henderson, Bonn 1959
Taylor	J. F. Taylor, Der 20. Juli 1944, Anatomie einer Verschwörung, Bremen 1968
Thompson	Laurence Thompson, Der größte Verrat
Vertrags-Ploetz	Ploetz, Konferenzen und Verträge. Ein Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte, Vereinbarungen, Manifeste und Memoranden, I u. II. Bielefeld 1952 und 1959
Vierteljahreshefte	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München
Weizsäcker	Ernst von Weizsäcker, Erinnerungen, München 1950
Welt	Die Welt, Hamburg, 20. 5. 1972
Wiedemann	Fritz Wiedemann, Der Mann der Feldherr werden wollte, Velbert 1964
Young	Kenneth Young, Sir Alec Douglas Home, London 1970

Namenverzeichnis

Wegen ihrer Häufigkeit sind die Namen Adolf Hitler und Joachim von Ribbentrop nicht aufgeführt.

ABETZ Otto 389
ABSHAGEN Karl 133, 190
ALBEDYLL E. von 133
ALFIERI VITTORIO 310
AMERY L. S. 184
ARNAL Pierre 326, 328
ARNOLD Lord 32, 66
ASCHMANN 230
ASHTON-GWATKIN Frank 37f., 43, 106, 110, 116, 118, 194f., 198, 200, 202f., 220f., 223, 274, 278f., 309f., 331f., 369–373
ASQUITH Lord 135
ASTOR Lord 26f., 191f., 194
ASTOR DAVID 307, 347–349, 352
ATTOLICO Bernardo 151, 180, 274, 302, 320

BALLIN Albert 54
BALDWIN Stanley 13, 15f., 19f., 20, 22, 26, 31, 63, 69, 80, 98
BARKER Ernest 38–40, 234
BARTLETT Vernon 93, 107f.
BASHFORD R. F. 225, 228f.
BEAUMONT-NESBITT, Brigadegeneral 262f.
BECK Josef 147f., 206f., 209, 216, 236, 253f., 259f., 265f., 287f., 292f., 302, 308f., 312f., 316, 320f., 324–326, 342, 358f., 366, 368, 374, 383f., 405
BECK Ludwig 36, 41f., 126, 130, 146f., 193, 255, 317, 359, 398
BENEDETTI Vincent Graf 183
BENESCH Eduard 100, 109, 132, 136, 140, 157, 160, 162–164, 167–170, 173–175, 187, 312
BENOIST-MECHIN Jacques 385f.
BERCHTOLD Leopold Graf von 117f.
BERNSTORFF Albrecht Graf von 35
BETHMANN-HOLLWEG Theobald 54f., 61
BIDDLE Anthony 333
BISMARCK Otto Fürst von 183
BISMARCK Herbert Graf von 86, 255
BLAND Sir N. 222
BLOMBERG Werner von 17, 24–26, 31f., 49f., 87, 92, 130
BLUM John M. 22
BÖMER Karl 15
BÖTTIGER Theodor 251
BONNET Georges 98, 162, 172, 174, 180, 208f., 215f., 228, 232f. 347, 388f.
BOOTHBY Lord Robert 233
BONHOEFFER Karl 150
BRAUCHITSCH Walter von 133, 223, 269, 281, 285f., 359
BREEN 130
BRONISCH Gotthilf 118f.
BRÜCKELMEIER Eduard 225
BRÜNING Heinrich 12, 92, 280
BÜLOW Bernhard Wilhelm von 14, 17, 91
BULLITT William C. 23f., 208f., 226f., 257, 273, 388
BURCKHARDT Carl Jacob 145–149, 151, 153f., 208, 221, 267, 276f., 282f., 302, 308, 314–316, 320, 322, 324, 326–328, 330, 334, 336, 338, 349, 370
BUTLER Richard 250, 260, 325
BUXTON Noel 66

CADOGAN Alexander 10, 35, 40, 94, 108, 119, 127, 134, 153, 165, 192f., 201–204, 206, 211, 216, 219, 222f., 247f., 255–257, 259f., 262, 266f., 269f., 273, 275, 283, 292f., 310, 322f., 323, 327–329, 333, 337f., 343, 345, 352, 361, 380
CAILLEAUX 236f.
CANARIS Wilhelm 36, 115, 126, 145, 147, 259, 395f.
CASSEL 54
CHAMBERLAIN Austen 77
CHAMBERLAIN Neville 10, 15, 22–27, 31–33, 43–45, 47, 49, 51, 58, 61, 63, 67–73, 75, 79–82, 84, 90, 98–110, 115f., 122, 125f., 129–133, 137–143, 145, 147, 150–152, 154–176, 179f., 182, 184f., 186, 188, 191, 193, 196, 204, 206, 212, 215, 219f., 224, 226f., 228, 231–235, 241–245, 249, 251–260, 262, 265–267, 271, 273, 308f., 313, 320, 328, 333f., 337f., 342, 344, 346f., 350–355, 357–361, 365, 367f., 373–375, 377–379, 381–383, 387, 391, 394, 396, 404
CHATFIELD Ernle 257
CHRISTIE Oberst 154, 181, 246, 249
CHAUTEMPS Camille 48, 71, 92
CHODACKI 308, 312, 314–316, 321, 323, 349
CHURCHILL Sir Winston 26, 31, 37, 45, 99, 126, 128–130, 134, 164, 186, 233f., 251f., 255, 298, 319, 381, 395f.
CHWALKOWSKY Frantisek 243
CIANO Graf Galeazzo 179, 207, 213, 334, 375
CLIVE Sir R. 222
COBURG Herzog von 16f.
COLVIN Jan 37, 45, 60f., 84, 95, 100, 104, 108, 130, 134, 137, 148, 165, 186, 255–257, 259, 303f., 345, 349, 355, 379
CONWELL-EVANS Professor 213–215, 221, 225f., 232, 234f., 238, 249, 297
COOPER Duff 26, 66, 155, 164, 172f., 184, 212, 224, 250, 331
CORBIN André Charles 244
COULONDRE Robert 285f.
COT Pierre 173
CRAIGIE Robert 77
CRANBORNE 184
CRESWELL 119, 162, 177, 192
CROWE Sir Eyre 29, 82, 138f.

DAHLERUS Birger 10, 345, 347, 349–352, 355, 357–359, 361, 368, 377, 381
DALADIER Eduard 13, 36, 98, 162f., 172, 174, 179, 226f., 273, 279, 285, 342, 346f.
DARRÉ Walter 148
DELBOS Ivone 30, 48, 71, 92
DE WITT 330
DERBY Lord 31
DEUTSCH Harold C. 95
DIECKHOFF Hans-Heinrich 94
DILKS David 255f.
DIRKSEN Herbert von 93, 102f., 115f., 158f., 266f., 297, 335f.
DODD William 15
DOHNANY von Reichsgerichtsrat 111
DOLLFUSS Engelbert 40
DOUGLAS-HOME Sir Alexander 183–185
DUNN 88

EARLY H. G. 299
EDEN Anthony 14f., 23, 25–27, 33–35, 37, 44, 46–52, 66, 69f., 81, 83, 90, 145, 184, 224, 250, 331
EDUARD VIII, König von England 10, 16–19, 64, 66, 80
ELIBANK Lord 119
ETZDORF Hasso von 95

FEILING Keith 98, 102, 139, 159, 160, 162, 164, 185, 382
FIEDLER Professor 20
FLANDIN Pierre Etienne 77, 215, 228, 232
FORRESTAL James 253
FORSTER Albert 146, 267, 277, 314f., 324
FRANCO Francesco 121, 195, 212, 234–236, 395f.
FRANÇOIS-PONCET André 94, 135, 185, 187f.
FREUND Michael 102, 109, 163, 244, 246, 325, 342, 366, 394
FRIEDRICH, Prinz von Hohenzollern 202
FRITSCH Werner Frhr. von 39, 41, 87, 92, 202, 317
FUNK Walter 148

GAFENCU Gregory 252
GAMELIN Maurice Gustave 36, 173, 385–389
GARVIN J. L. 79, 171
GASELEE Sir S. 318
GAUS Friedrich Wilhelm 151
GEBHARDT Prof. 203
GEIST Amerik. Gesandter 261
GEORG V, König von England 20
GEORG VI, König von England 20
GERARD 32
GIE D. S. 136
GILBERT Martin 97
GISEVIUS Hans Bernd 7
GODFREY Admiral 298f.
GOEBBELS Joseph 22, 43, 112, 205, 224, 248, 250, 302, 306, 318
GOERDELER Karl 36–43, 105f., 114, 116, 131, 157, 176, 181f., 188, 190, 194–201, 202, 205, 220–223, 278–280, 338, 369–373, 398
GÖRING Hermann 10, 24, 37f., 40, 43, 46, 49f., 93, 98, 110–112, 116, 147f., 153, 160–162, 180, 187, 190, 192, 205f., 224, 227, 248, 250, 271, 278, 302, 306f., 309, 330–332, 334, 348–350, 352, 353, 361, 364f., 371, 373, 377
GORT Viscount 310
GOTT Richard 97
GRANDI Graf Dino 47
GREISER Arthur Karl 309, 316
GREY Sir Edward 83, 149
GUDERIAN Heinz 172, 385

HABSBURG Otto von 224, 289
HACHA Emil 174, 232, 241–245, 249
HALDER Franz 145, 153, 159, 200, 261, 268–271, 281, 310, 344, 359, 370
HALDANE Richard 51, 54–57
HALIFAX Edward 23, 26, 32, 37, 44–57, 63, 67–71, 73, 75, 79, 81–83, 85–87, 90, 92f., 97–99, 101–103, 108, 110f., 115–117, 120, 122f., 127, 129, 131, 136, 138f., 141, 143–146, 148, 151, 153f., 160, 162, 164f., 167f., 175, 179, 182f., 186, 192–194, 204, 206, 210, 216f., 219–222, 227f., 230, 234f., 237f., 246, 248f., 255f., 259, 261f., 268–271, 283f., 286f., 292f., 298, 300, 302, 304, 306, 310–314, 318–321, 324–329, 333, 337, 342, 345–347, 350–358, 360f., 366, 371, 375, 382, 384, 389, 391
HAMMERSTEIN-Equord Kurt Frhr. von 359
HARI Mata 121
HARRIS 19
HARRISON Gesandter 268
HARVEY Oliver 44, 48, 210, 255f., 259, 286
HAUSHOFER Albrecht 115
HEEVER S. C. M. von der 33
HEINEMANN Daniel Nusbaum 203
HENDERSON Nevile 25, 27, 33–36, 44, 46f., 50–52, 56–58, 83, 87, 93f., 97–99, 101, 106, 109–111, 117f., 121, 123, 126f., 129–132, 134–140, 142–146, 151f., 155, 157f., 160–164, 167, 169, 171, 177, 180, 185–188, 205, 209, 230f., 235, 244, 248f., 263–265, 267f., 270–275, 277f., 282–286, 293, 304, 311–313, 319–323, 326, 329, 333, 336, 342, 344f., 350–361, 365–368, 371, 376–379, 382, 405
HENKE Joseph 337
HENLEIN Konrad 99, 105, 109, 126, 140, 142, 165
HERTZOG J. B. M. 33
HESS Rudolf 112, 134f., 147
HESSE Fritz 334–339, 379–381
HEWEL Walter 235, 261f., 303
HEYDRICH Reinhard 39

HIMMLER Heinrich 38f., 112, 120, 137, 140, 147, 192, 203, 220, 224, 226, 248, 250f., 306, 318
HOARE Samuel 26, 162, 167, 172, 185, 193, 251
HOEPNER Erich 173
HOESCH Leopold von 17
HOGGAN David L. 60f.
HOHENLOHE Max von 110, 126, 330–333
HOHENLOHE Stefanie von 119f.
HOLLMANN A. 310f.
HOOVER Herbert 231
HORE-BELISHA Leslie 66, 251
HORN Dr. Martin 261
HORTHY Nikolaus von 207
HOSSBACH Friedrich von 42f.
HULL Cordell 15, 88, 154, 226f., 268, 272f., 391
HURTWOOD Lord Allen 66
HUTCHINSON of Montrose Lord 130

INGRIM Maurice 228, 238, 301
INSKIP Sir Thomas 26f., 31, 93, 193
IRONSIDE William Edmund 313, 327
IRVING David 60, 121

JÄCKH Ernst 109f., 303
JAMES Edwin L. 391
JANSON Martin von 315
JEBB Gladwyn 119, 130, 226, 228, 238, 247, 287, 292f., 298f., 303, 308, 369f.
JOHNSON Herschel V. 87–92, 94, 273, 219, 301, 333
JORDAN Rudolf 21
JOUNG 280

KAI-SCHEK Tschiang 227
KANTOROWICZ Hermann 316
KEITEL Wilhelm 113, 223, 227, 268–270, 281, 285
KEMSLEY Lord 323
KENNARD Sir Howard 207, 324, 328
KENNED Joseph P. 143, 150, 273, 390f.
KESSEL Albert von 225
KIDERLEN-WAECHTER Alfred V. 61
KING Mackenzie 32
KIRK Alexander C. 154, 391
KIRCKPATRICK Ivone A. 166–168, 170, 205, 210, 221, 224–226, 229, 238, 277f., 281f., 285f., 292, 299f., 302f., 307f., 309, 316, 353f., 370
KLEIST-SCHMENZIN Ewald von 100, 103f., 126–133, 137, 139f., 142, 146, 164, 173, 177, 186, 193, 255, 357–359, 368, 374, 382, 384, 386, 389f.
KNATSCHBULL-HUGESSEN H. 179
KOCH Erich 148
KOERBER Victor von 121–123, 138f., 146, 193
KORDT Dr. Erich 47, 87f., 90–95, 103f., 107f., 134, 146, 148, 153, 155, 160, 164, 171f., 176, 180, 193, 205, 211–213, 220, 225, 228f., 249, 281–283, 297, 300f., 318, 330, 338, 359, 369, 395
KORDT Dr. Theo 8, 104, 116, 148, 281, 283, 285
KOSTHORST Erich 95
KRAUSNICK Dr. Helmut 271, 381
KROFTA Kamil 173
KROGMANN Vincent C. 15f., 18, 20f., 55
KUNERT Dirk 391

LA CHAMBRE Guy 227
LAMMERS Dr. Heinrich 123
LEEPER 217–219
LEGER Alexis 179, 279, 387f.
LEITH Alexander 20
LEOPOLD, König von Belgien 194
LEUSCHNER Wilhelm 398
LICHNOWSKI Karl Maximilian Fürst 83
LIDELL HART Sir B. 253
LINDBERGH Charles 348
LIPSKI Josef 83, 148, 197, 201, 206, 252f., 265, 302, 309, 368, 374, 377f., 405
LITWINOW Maxim 227
LLOYD GEORGE David 18, 90, 149
LLOYD Lord George 126, 128, 134, 164
LONDONDERRY Lord Charles 66, 69, 79, 89, 161, 310
LORENZ Heinz 235
LORRAINE Percy Sir 77, 162, 374f.
LOTHIAN Lord Philipp 29, 66, 391
LUBIENSKI 288
LUBBE Marinus van der 140, 142
LUDWIG II., König von Bayern 39
LUDWIG XIV., König von Frankreich 141
LUKASIEWICZ Julius 254, 257

MACDONALD Malcolm 193, 205, 285
MAC-FARLANE Mason 121f., 126f., 133, 138, 222, 263, 270
MACKENSEN Hans Georg von 36, 269
MAGLIONE Kardinal 296
MAIER Hedwig 251
MAKINS Roger 259, 276f., 326, 328
MAILLAUD M. 281f., 285
MALKIN 259
MALLET Ivo 40, 179, 219, 287
MANNERHEIM Carl Gustav 300
MARGERIE Roland de 179
MARX Alla von 370
MASDYK 210
MAURICE F. 56
MENDL Charles 62, 91
MESSERSMITH George S. 21, 88, 92, 203
MILCH E. 349
MOFFAT Pierrepont 88, 94
MOLTKE Hans Adolf von 148
MONTGOMERY Gesandter 59
MONSELL Lord 66
MOORE Walton 23f.
MORGENTHAU Henry jr. 22, 119, 391
MOSCICKI Ignaz 383f.
MOUNSEY Sir G. 34
MOWRER Edgar 152
MUGGERIDGE Malcolm 213
MULLER Max W. 308f., 312, 338
MUSSOLINI Benito 39, 63, 67, 120, 134, 179, 180, 187, 195, 213, 215, 232, 236, 245, 270, 300, 345–347, 351, 374f., 387, 396

NAPOLEON I., Kaiser der Franzosen 381
NAPOLEON III., Kaiser der Franzosen 401
NEURATH Konstantin von 15, 18, 21, 24f., 31, 33–36, 41, 45–49, 57, 75, 86, 89, 94, 115, 180, 182, 187, 191, 202, 274, 301
NEWTON Basil 167f.
NICHOLSON Harold 44
NORMAN Montague 37, 227
NORTON Prince 45, 302, 308f., 314

OGILVIE-FORBES Sir George 46, 204–206, 221f., 229, 259, 261f., 303, 368
OLIPHANT Lancelot 130, 162
OSTER Hans 115, 126

PAKKARD 297
PALMERSTON Lord 384
PAPEN Franz von 13
PEAKE 153
PEEL Sir Robert 384
PERKOWSKI 321
PERTH Lord 188, 347f.
PETAIN Philippe 36
PHILIPP Herzog von Edinburgh 20
PHILIPPS William 209
PHIPPS Sir Eric 15, 35, 135, 186, 188, 203, 285, 346f.
PIROW Oswald 205
POSSONY S. T. 397

RACZYNSKI Eduard Graf 276, 302, 319 324f.
RAEDER Erich 370
RAUSCHNING Hermann 223f., 370, 387
REICHENAU Walter von 248
RENELL Lord 66
REYNAUD Paul 194, 215, 233, 279
RICHTHOFEN Wilhelm von 297
RIDSDALE Lord W. 133, 260, 281f.
RINTELEN Emil von 86
RITTER Gerhard S. 36, 150, 157, 176, 185
ROBERTS F. K. 119, 165, 220, 222f., 226, 228, 242, 247, 263, 280, 299f., 306, 310, 349, 352
ROBESPIERRE Maximilien 220
ROBINSON L. M. 189
ROHM Ernst 188
RÖNNEFARTH Helmut K. G. 103, 134, 173
RODD François 370
ROMMEL Erwin 395
ROOSEVELT Franklin Delano 22, 120f., 143, 174, 194, 209, 211, 219, 233f., 240, 253, 265, 279f., 298, 333, 390f.
ROTHERMERE Esmond Cecil 29, 69, 335, 339, 341f.
ROTHFELS Hans 9f., 14, 149, 155, 394, 397
ROTHSCHILD Anthony 237
RUMÄNIEN Helene von Prinzessin 162
RUNCIMAN Viscount Orme 63, 108–110, 126, 131f., 136f., 140, 142f., 293, 330–334
RUNDSTEDT Gerd von 359
RYDZ-SMIGLY Edward 313, 383f.
RYKENS 297

SARGENT ORME E. 10, 21, 40, 50f., 93, 107–109, 116, 119, 123, 127, 130f., 140, 142f., 162, 165, 179, 192, 201, 206, 218, 220, 226, 229, 238, 248, 259, 275, 277f., 282f., 292, 302f., 308, 313, 353f.
SASSE H. G. 59
SCHACHT Hjalmar 36, 43, 106, 193, 202f., 216, 220, 227, 302, 309f., 316–318
SCHAIRER William 116–118, 194f., 202, 221, 369–372, 387
SCHAUB Julius 59
SCHERPENBERG Frau von 302
SCHLABRENDORFF Fabian von 10, 185, 394f.
SCHLEICHER Kurt von 13, 188
SCHMIDT Paul Otto 26, 87, 155, 157f., 160, 166f., 169, 170f., 180, 345, 356, 365, 367, 377, 384
SCHULENBURG Fritz von Graf 176
SCHUSCHNIGG 97f., 312
SCHWEPPENBURG Leo Geyr von 122
SCHWERIN Graf von Oberst 222, 271, 297–300, 302f., 310
SCHWERIN-KROSIGK Lutz Graf von 216
SELZAM Eduard von 150, 297
SHEPHERD E. H. G. 314–316, 321, 324, 326
SIKORSKI Ladislaus 121
SIMON Sir John 51, 119, 133, 141, 143, 193, 237f., 259
SIMPSON Wallis 19f.
SMALLBONES R. T. 311
SMALLWOOD H. St. C. 298
SMITH Hugh 203
SPEAGHT R. L. 190
SPERRLE General 310
STACHIEWITZ General 289
STALIN Josef W. 49, 327f., 331, 352
STANLEY Oliver 193
STEED Wickham 286f.
STEVENSON R. S. Skrine 35, 146f., 153, 186
STINNES 316f.
STOFORD 38, 43
STOTBLACK Colonel 40
STRANG William 40, 146, 151, 158, 162, 165, 179, 183, 200, 206, 216f., 220, 222, 226, 259, 262f., 272, 287, 292f., 333, 349
STRASSER Otto 173
STREICHER Julius 224
SULZBERGER Arthur 391
SUNER Serrano 396
SZEMBEK Jean Graf 313

TAYLOR J. F. 398
TEMPERLEY Arthur 228
TEMPLE Lord Mount 89
TENNANT W. E. 250
TILEA Viorel 252
THOMAS Oberst 41
THOMPSON Laurence 59, 183
TIRPITZ Alfred von 56
TISO Dr. Josef 242f.

TODT D. Fritz 311
TOYNBEE Arnold J. 18
TUKA Professor, slowak. Minister 242
TRESCKOW Henning von 394f.
TROTT ZU SOLZ Adam von 307, 347–349, 352, 391

UDET Ernst 348f.
ULRICH 250

VALERI Päpstl. Nuntius 296, 387
VANSITTART Lord Robert 8, 27, 37, 41f., 45, 50, 60, 66, 69, 83–85, 99f., 105f., 111, 115, 117, 119, 128–134, 137, 148, 153f., 164f., 181, 186, 195f., 200f., 212, 215f., 220f., 226, 228, 232, 234f., 237f., 240f., 246f., 249, 255, 259, 273, 282f., 292, 300f., 346, 353f.
VICTORIA, Königin von England 89

WALEY S. D. 36, 38
WALTER Alexander 32
WALLACE H. A. 233
WARBURG Bankier 316
WARNER George 146, 222, 280
WASSERMANN William Stix 233f.
WEIZSÄCKER Ernst von 47, 59, 86, 87, 95, 99, 101, 103f., 117, 144–151, 153–160, 164, 169f., 171, 173, 180, 186, 193, 225, 228, 264, 267–269, 271, 275–277, 282f., 302, 312, 318, 320, 322f., 323, 329, 333 336, 342–344, 358, 379, 389, 395f.
WELCZEK Graf Johannes 109
WELLES Sumner 88, 94
WIEDEMANN Fritz Hauptmann 110f., 114–120, 123f., 193, 220, 238
WILHELM I., Kaiser von Deutschland 183
WILHELM II., Kaiser von Deutschland 54, 202
WILSON Sir Arnold 261f.
WILSON Sir Horace 84, 127, 143, 148, 151f., 155, 158–160, 165, 169, 172, 174–176, 179f., 234, 259, 379–381
WILSON Hugh R. 94, 136, 231, 329, 336–339
WISEMAN William 120
WITZLEBEN Erwin von 159, 176, 255
WOERMANN Dr. Ernst 21, 123
WOHLTAT Dr. Helmut 153
WOOD Sir Kingsley 164
WZELAKI Jan 288, 390

YOUNG A. P. 202
YOUNG Kenneth 183f.

JOACHIM VON RIBBENTROP

Zwischen London und Moskau

Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen – Aus dem Nachlaß
herausgegeben von A. von Ribbentrop

336 Seiten, 12 Bildtafeln, DM 16,50
ISBN 3 8061 0040 3

Die im Nürnberger Gefängnis niedergeschriebenen Memoiren des ehemaligen Reichsaußenministers: Ein historisches Quellenwerk ersten Ranges, das bereits in mehreren Auslandsausgaben vorliegt.

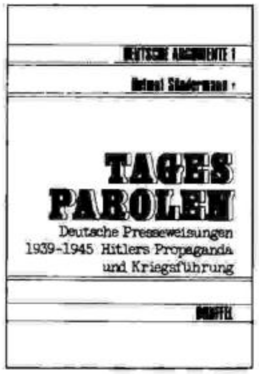
ANNELIES VON RIBBENTROP

Verschwörung gegen den Frieden

Studien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs

548 Seiten, 11 Bildtafeln, 2 Kartenskizzen, DM 28,—
ISBN 3 8061 0290 2

DRUFFEL-VERLAG
Leoni am Starnberger See



HELMUT SÜNDERMANN

Tagesparolen

Deutsche Presseweisungen 1939–1945
Hitlers Propaganda und Kriegführung

320 Seiten – Ganzleinen mit Schutzumschlag –
DM 26,50
ISBN 3 8061 0600 2

Ein Tagebuch des deutschen Schicksals wird mit dieser Studie des früheren stellvertretenden Pressechefs der Reichsregierung, Helmut Sündermann (1911–1972) veröffentlicht. Im Nürnberger „Kriegsverbrechergefängnis" konnte Helmut Sündermann eine Abschrift der bis heute weitgehend unveröffentlichten Presseweisungen und „Tagesparolen" anfertigen und die pressepolitische Kriegführung Adolf Hitlers während fast des ganzen Zweiten Weltkrieges untersuchen. In dem hier verarbeiteten Gesamtstoff, der mit dem 1. 7. 1939 einsetzt und bis zum 18. 3. 1945 führt, bietet sich ein fast lückenloses und zusammenhängendes Bild einer pressepolitischen Kriegführung, wie es bislang noch nicht vorgelegt werden konnte.
Aufgrund seiner intimen Kenntnis der Sachzusammenhänge zeigt der Autor in diesem aus dem Nachlaß herausgegebenen Werk alle wichtigen Punkte des Geschehens, alle wirksamen Thesen der deutschen Propaganda und damit auch alle echten Probleme der deutschen Kriegführung auf. Der Autor, der die meisten der erstmals veröffentlichten Dokumente in der Stunde ihres Entstehens selbst in der Hand gehabt und dienstlich bearbeitet hat, erkennt in ihnen die Wert- und Gewichtsunterschiede sowie Herkunftorte und Zusammenhänge, die für die Beurteilung jener Jahre erforderlich sind.
Der zeitgeschichtlich und allgemein politisch interessierte Leser wird von der inneren Dramatik der hier vorgelegten Dokumente nicht unberührt bleiben, bilden sie doch ein Tagebuch des deutschen Schicksals mit all dem Auf und Ab des Geschehens, mit all seiner tragischen Verkettung. Was auch immer die Deutschen in den Prüfungen des Krieges zwischen Sieg und Niederlage erlebten und erlitten, wird von Helmut Sündermann in diesem Buch nachgezeichnet. Den Situationen und der Atmosphäre des Tages waren jene Dokumente ursprünglich gewidmet; heute sind sie der Schlüssel, um die Rätsel jener Zeit zu deuten.
Die vorliegende Arbeit füllt eine große Lücke und erschließt eine für den Historiker und für den historisch-politisch Interessierten bedeutende Quelle, da sie wichtige Tatbestände eröffnet und daher für die Zeitkritik von ernster Bedeutung ist.

DRUFFEL-VERLAG
Leoni am Starnberger See